

WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG
DIE CHRISTLICHE ALTERNATIVE
ZUM MARXISMUS

*Meiner treuen Mitarbeiterin
Frau H. Weiskirch
zum Zeichen des Dankes
G. J. W.*

SAMMLUNG POLITEIA

Veröffentlichungen der Union de Fribourg,

Internationales Institut für

Sozial- und Politikwissenschaften

Pensier-Freiburg/Schweiz

Herausgegeben von

Prof. Dr. A. F. Utz, Dr. B. Gräfin von Galen, Dr. H. B. Streithofen und
Dr. W. Ockenfels

Bd. XXXII

WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

DIE CHRISTLICHE ALTERNATIVE ZUM MARXISMUS

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
WALBERBERG

WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG
DIE CHRISTLICHE ALTERNATIVE ZUM
MARXISMUS

Akten eines internationalen Symposiums

Unter Mitarbeit zahlreicher Fachleute
herausgegeben von
PROF. DR. ARTHUR F. UTZ
DR. HEINRICH BASILIUS STREITHOFEN
und
DR. WOLFGANG OCKENFELS

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
WALBERBERG

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Weltwirtschaftsordnung, die christliche Alternative zum

Marxismus : Akten e. internat. Symposiums / Inst. für
Gesellschaftswiss., Walberberg. Unter Mitarb. zahlr.

Fachleute hrsg. von Arthur F. Utz . . . — Walberberg :

Inst. für Gesellschaftswiss., 1983.

(Sammlung Politeia ; Bd. 32)

ISBN 3-922183-13-1

NE: Utz, Arthur [Hrsg.]; Institut für Gesellschaftswissenschaften (Walberberg); GT

Copyright 1983 by Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V., Walberberg
Gesamtherstellung: wico grafik GmbH, 5205 Sankt Augustin 1/Bonn

ANSPRACHE SEINER HEILIGKEIT
PAPST JOHANNES PAUL II.

„Sehr herzlich begrüße ich bei der heutigen Audienz die Teilnehmer am internationalen Symposium über die ‚christliche Konzeption der Weltwirtschaftsordnung‘, das zur Zeit in der Päpstlichen Universität Urbaniana stattfindet. Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich Ihre Überlegungen zu jener drängenden Frage, die für Millionen von Menschen lebenswichtig geworden ist: Wie können in den verschiedenen Ländern die menschliche Arbeit, die Wirtschaft und der Handel so organisiert werden, daß die begrenzten Güter dieser Welt möglichst gut genutzt werden, daß sie zugleich möglichst gerecht auf alle verteilt werden und daß dabei in einer ausgewogenen Wirtschaftsordnung die Würde des Menschen in hohem Maße sichergestellt ist? Dieses weltweite Problem verdient Ihren ganzen Einsatz als katholische Sozialwissenschaftler und Experten auf dem gesellschaftspolitischen Gebiet. Als Christen erfüllen Sie damit ein spezielles Apostolat, dem der besondere Beistand des Heiligen Geistes gewiß nicht fehlen wird. Ich begleite Ihr Symposium und Ihre weiteren Arbeiten mit meinem Gebet und Segen.“ (Osservatore Romano, 7. 10. 1982)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	9
<i>Kardinal Joseph Höffner</i> Eröffnungsansprache	13
<i>Arthur Fridolin Utz — Heinrich Basilius Streithofen</i> Einführung in die Problematik	18
1. Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung (A. F. Utz).	18
2. Probleme der Wirtschaftsordnung (H. B. Streithofen).....	24

ERSTER TEIL

<i>Fernando Cuen</i> (Mexiko) Unterentwicklung und geophysikalische Umwelt. Ein Beitrag zum Nord-Süd-Problem	39
<i>Taketoshi Nojiri</i> (Rokko-Kobe, Japan) Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Zerfall moderner Sozial- lehren	51
<i>Mariano Sebastián Herrador</i> (Madrid, Spanien) Die Maßstäbe für die Bewertung der Analyse der gegenwärtigen Situa- tion	63
<i>Julio Terán Dutari, S. J.</i> (Quito, Ecuador) Die Verwendung der marxistischen Analyse bei den Christen Latein- amerikas	71
<i>Fernando Moreno</i> (Santiago, Chile) Die Theologie der Befreiung als strategischer Diskurs	80

<i>Javier Lozano Barragán</i> (Mexiko)	
Die Normen der Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation aus der Sicht der Theologie der Befreiung	115
<i>Luz García Alonso</i> (Mexiko)	
Philosophisch-theologische Reflexion über die Marktwirtschaft	168
<i>Braulio Alfageme</i> (Madrid, Spanien)	
Der systematische Denkprozeß auf der Suche nach der Organisation der Wirtschaftsgesellschaft	172
<i>Jan Krucina</i> (Wrocław, Polen)	
Zur Frage der ordnungspolitischen Wertmaßstäbe im Sinne der katholi- schen Soziallehre	175
<i>Czesław Strzeszewski</i> (Lublin, Polen)	
Wirtschaftswissenschaftliche und sozialetische Analyse im Vergleich . .	178
<i>Joachim Kondziela</i> (Lublin, Polen)	
Marktprinzip contra Arbeit?	182
<i>Fernando Suárez González</i> (Madrid, Spanien)	
Die Marktwirtschaft aus der Sicht des christlichen Denkens. Arbeits- rechtliche Aspekte des Problems	188
<i>Manuel Capelo Martínez</i> (Madrid, Spanien)	
Die Soziale Marktwirtschaft als erfolgreiche Alternative für die Lösung der Krise	200
<i>Henry C. Wallich</i> (Washington, USA)	
Zentrale Planung und das Preissystem	221
<i>Paul Trappe</i> (Basel, Schweiz)	
Über die Ausgangslage für gesellschaftspolitische Strategien	228
<i>Clovis V. do Couto e Silva</i> (Porto Alegre, Brasilien)	
Marktwirtschaft in Entwicklungsländern	236

<i>Rüdiger Frhr. von Wechmar</i> (Rom, Italien)	
Marktwirtschaft und Entwicklungsländer	260
<i>Fernando Cuen</i> (Mexiko)	
Die Dritte Welt — Terms of Trade	271
<i>Karl-Heinz Narjes</i> (Brüssel, Belgien)	
Ordnungspolitik jenseits nationaler Grenzen	274
<i>Wolfgang Schmitz</i> (Wien, Österreich)	
Weltwirtschaftsordnung durch Soziale Marktwirtschaft. Analogien und Unterschiede zur national-innerstaatlichen Konzeption	288

ZWEITER TEIL

<i>Joseph F. Groner</i> (Fribourg, Schweiz)	
Diskussionsbericht	315
I. Die weltwirtschaftliche Situation in Wirtschaft und Gesellschaft und ihre Ursachen in Geschichte und Gegenwart	315
II. Die ordnungspolitischen Wertmaßstäbe für die Beurteilung der Situation	329
III. Die christliche Konzeption der Wirtschaftsordnung — Die Stel- lung der Marktwirtschaft im christlichen Denken	345
IV. Marktwirtschaft und Entwicklungsländer	355
V. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne der Marktwirt- schaft zur Sanierung der Weltwirtschaft	365
<i>Arthur F. Utz</i> (Fribourg, Schweiz)	
Rückblick auf das Symposium	375
Referenten und Kongreßteilnehmer	383
Mitglieder des Kongreß-Sekretariats	393
Personenverzeichnis	394

VORWORT

Im Oktober 1982 organisierten drei Institutionen — die „Union de Fribourg, Internationales Institut für Sozial- und Politikwissenschaften“, präsiert von Prof. A. F. Utz, das „Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V.“, präsiert von A. F. Utz und geleitet vom geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. H. B. Streithofen, und die „Hanns Martin Schleyer-Stiftung“ unter dem Vorsitz von Dipl.-Ing. Helmut Eberspächer — ein internationales Symposium über das im Titel dieses Buches angegebene Thema.

Man hegte keineswegs das Ansinnen, eine Lösung der Weltkrise zu finden. Darum haben sich schon zu viele umsonst bemüht. Den Teilnehmern des Symposiums ging es in erster Linie um die gesellschaftsethischen Prinzipien, die allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorgeordnet sind. Natürlich sollte die Struktur der Weltwirtschaftsordnung nicht vernachlässigt werden. Aber die einzelnen, vor allem finanzpolitischen, Maßnahmen sollten nur im Sinn einer Öffnung des Horizonts und als Denkanstöße im Hinblick auf die weltpolitische Wirklichkeit anvisiert werden.

Die den Teilnehmern vorgegebene Disposition war folgende:

I. Die weltwirtschaftliche Situation in Wirtschaft und Gesellschaft — Die Ursachen der wirtschaftlichen Situation in Geschichte und Gegenwart. Es sollte hierbei eine Bestandsaufnahme der Probleme vorgenommen werden.

II. Die ordnungspolitischen Wertmaßstäbe der Beurteilung der Situation. Diese Thematik ist in der Hauptsache erkenntnistheoretischer Natur. Die Geschichte beweist, daß alle Ordnungsprojekte, die bisher vorgelegt worden sind, Ausläufer einer bestimmten Auffassung von der Beziehung unserer Vernunft zur Wirklichkeit sind. Es genügt nicht, die verschiedenen Wirtschaftssysteme miteinander zu vergleichen. Die Zentralverwaltungswirtschaft und die Marktwirtschaft verwenden teilweise die gleichen oder ähnliche wirtschaftspolitische Instrumente. Gewiß gehen die beiden von einem je verschiedenen wirtschaftspolitischen Grundkonzept aus. Dieses ist aber tiefer begründet in einer philosophisch geprägten Lebenseinstellung. Und diese wiederum hat ihre Wurzeln in einer Erkenntnishaltung. Die liberale Marktwirtschaft ist z. B. im ethischen Individualismus begründet, der

seinerseits ein Nachkomme des Nominalismus, also einer typisch erkenntnistheoretisch bedingten Geisteshaltung ist. Die Zentralverwaltungswirtschaft ist dem Kollektivismus verpflichtet, der seinerseits, wenigstens in seiner marxistischen Version, seine Wurzeln in einer ganz eigenen Auffassung von Theorie und Praxis hat.

Von dieser grundsätzlichen Sicht aus sind die einzelnen Themenstellungen dieses Teiles zu verstehen: 1. Die marxistische Analyse der Wirtschaftskrise, die marxistische Kapitalismuskritik, 2. Die Analyse aus der Sicht der Befreiungstheologie, 3. Die liberale Analyse, 4. Die Analyse im Sinn der katholischen Soziallehre.

III. Die christliche Konzeption der Wirtschaftsordnung — Die Stellung der Marktwirtschaft im christlichen Denken.

IV. Marktwirtschaft und Entwicklungsländer.

V. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinn der Marktwirtschaft zur Sanierung der Weltwirtschaft.

Die einzelnen Referenten, deren Ausführungen hier wiedergegeben werden, haben, obwohl sie sich grundsätzlich einem Einzelthema zuwandten, zugleich auch die Themen der anderen Punkte der Disposition besprochen. Hätte man im Symposium die Referenten ihr Manuskript vortragen lassen, dann hätte sich die Diskussion notwendigerweise zu den verschiedensten, gerade vorgetragenen Gedanken äußern müssen. Es wäre somit unmöglich gewesen, Struktur und Logik in die Diskussion zu bringen. Aus diesem Grund wurden die Referenten gebeten, am Anfang jeder Diskussion aus ihrem Manuskript jeweils nur jene Gedanken kurz vorzutragen, die zum vorgezeichneten Diskussionspunkt paßten. Auf diese Weise kam nicht nur Ordnung in die Diskussion, sondern man gewann auch Zeit. Der Bearbeiter der Diskussionsbeiträge, Prof. J. F. Groner, hat sich in dankenswerter Weise der nicht leichten Aufgabe gewidmet, die Diskussionsbeiträge entsprechend der vorgezeichneten Disposition zu ordnen.

Ein bedeutender Teil der Referate und Diskussionsbeiträge mußte aus der Originalsprache (französisch, englisch, spanisch und portugiesisch) übersetzt werden. Wir verdanken diese Arbeit Dr. Brigitta Gräfin von Galen. Es sei hierbei vermerkt, daß der Sinn der Originaltexte manchmal schwer zu eruieren war. Es ist eine alte Erfahrung, daß erst der Übersetzer feststellt, wo der Autor das Verständnis des Lesers überfordert. Die Übersetzung mußte sich an das Original halten, obwohl man vom Inhalt her gern eine andere Formulierung oder einen anderen Terminus gewählt hätte.

Abgesehen von der Arbeit der beiden Mitherausgeber dieses Bandes, ist wiederum die Leistung von Dr. Brigitta Gräfin von Galen zu erwähnen, die außer der Übersetzungstätigkeit die gesamte Redaktion mitvollzog.

Vorwort

Besonderen Dank sind die Veranstalter des Symposiums Eminenz Kardinal Joseph Höffner, Erzbischof von Köln, schuldig. Er hat von Anfang an die Planung des Symposiums verfolgt und mit Anregungen bereichert. Aus Interesse am Thema hat er das Patronat übernommen und an allen Sitzungen in unermüdlicher Mitarbeit teilgenommen.

Dank schulden die Herausgeber dieses Bandes auch denjenigen, die durch ihre Unterstützung die materielle Grundlage für das Symposium schufen, darunter besonders die Hanns Martin Schleyer-Stiftung.

Schließlich sei den Mitgliedern des Organisationssekretariats gedankt, die durch ihren aufopfernden Einsatz zum reibungslosen Ablauf des Symposiums beitrugen.

A. F. Utz

ERÖFFNUNGSANSPRACHE
Sr. EMINENZ KARDINAL JOSEPH HÖFFNER

Eminenzen, Exzellenzen, meine verehrten Damen und Herren!

Sie alle begrüße ich zu Beginn dieses Symposiums. Ich danke Ihnen, daß Sie aus allen Teilen der Welt nach Rom gekommen sind, um gemeinsam an einem Thema zu arbeiten, von dessen Lösung Friede und Glück der gesamten Menschheit abhängen. Angeregt durch die sozialen Zielsetzungen der drei Institutionen, die diesen Kongreß einberufen haben — der Union de Fribourg, der Hanns Martin Schleyer-Stiftung und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg — werden wir in den nächsten Tagen die Problematik einer neu zu schaffenden Weltwirtschaftsordnung aus der Sicht der christlichen Gesellschaftslehre besprechen, um eine Grundlage zu schaffen, auf der alle, die Reichen und die Armen, miteinander ins Gespräch kommen können.

Der Problemhorizont

Die Beziehungen zwischen den fortgeschrittenen Industriegesellschaften und den Ländern der Dritten und Vierten Welt, die Schaffung einer für alle annehmbaren Wirtschaftsordnung sind nun schon seit einiger Zeit das Objekt sozioethischer und theologischer Auseinandersetzungen innerhalb der christlich denkenden Welt.

Ohne Zweifel sind die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern noch gewachsen, statt abzunehmen. Die Stichworte Handels-, Struktur- und Währungspolitik, die ländliche Entwicklung, die ökologischen Probleme, die Arbeitslosigkeit, die monetäre Stabilität, die technologische Zusammenarbeit, die Bevölkerungspolitik weisen nur auf einige der anstehenden Fragen hin.

Das sozialwirtschaftliche Bild der Entwicklungsländer ist uneinheitlicher denn je zuvor. Einige Länder befinden sich in einem schnellen Aufschwung, so besonders die Erdölländer, andere leiden unter steigender Verschuldung, Arbeitslosig-

keit, Armut und Hunger. Durch die infolge der Erdölkrise eingetretene Kräfteverschiebung droht eine nicht abschätzbare Verschärfung der schon heute nicht tragbaren, unmenschlichen Situation in den Beziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern.

Die Anteilnahme der Kirche

Die Problematik ist nicht wertneutral. Wie alle Fragen der gerechten Verteilung und der gerechten Ordnung gesellschaftlicher Tätigkeit, zu der auch die Wirtschaft gehört, bedarf sie der Rückbeziehung auf die sittlichen Normen, die der Gesellschaft vorgeordnet sind. Die Kirche als Hüterin der sittlichen Ordnung muß sich dieser weltweiten Problematik annehmen. Sie muß sich zur Anwältin der Grundwerte, der Personwürde, der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität besonders im Dienst der Armen und Ausgestoßenen machen.

Die neu zu schaffende Wirtschaftsordnung muß dazu beitragen, daß die Menschen in allen Teilen der Welt die Chance erhalten, frei von Furcht, Zwang, Hunger, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit über ihr Leben und ihre Gesellschaftsordnung entscheiden können. Die Freiheit allein bleibt jedoch ohne Sinn, solange sie nicht mit sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Die gerechte, aktive Beteiligung aller Länder und aller Bevölkerungsschichten am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ist Voraussetzung für ein freiheitliches politisches System. Mehr soziale Gerechtigkeit in den Entwicklungsländern verlangt eine gerechtere Einkommensverteilung innerhalb dieser Länder selbst, aber zugleich auch intensivere Beteiligung am Wirtschaftsgeschehen der übrigen Welt. Einseitige Abhängigkeiten müssen abgebaut, Start- und Chancengleichheit müssen hergestellt werden. Die christliche Soziallehre kann sich mit der von Ökonomen dann und wann geäußerten Resignation nicht zufrieden geben, daß die Distanz zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern nicht ausgeglichen werden könne, daß sie sich vielmehr, einem physikalischen Gesetz folgend, stets vergrößere. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die energie- und rohstoffarmen Länder, die man nicht erbarmungslos einem vermeintlich unabänderlichen wirtschaftlichen Schicksal ausliefern darf. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten dieser Größenordnung lassen sich nicht auf lange Zeit aufrechterhalten, ohne daß politische Erschütterungen und eine zunehmende Gefährdung des Weltfriedens daraus erwachsen.

Die Wirtschaftsexperten werden in ihrer fachlichen Kompetenz nicht angetastet. Die Kirche behält aber ihre Kompetenz, bei allen vorgeschlagenen Lösungen zum Fragekreis der Gerechtigkeit Stellung zu nehmen. Die Dimensionen der Ge-

rechtigkeit reichen tief in den Bereich des Sittlichen und auch des Religiösen hinein. Was Glück ist, kann nicht allein nach materiellen Maßstäben bestimmt werden. Das Glück des Menschen ist tief im Jenseits verankert. „Gewiß war der Kirche“, so sagte Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno“, „nicht die Aufgabe übertragen worden, die Menschen zu einem bloß vergänglichen und hinfälligen Glück zu führen, sondern zur ewigen Glückseligkeit. Aber unmöglich kann die Kirche sich des von Gott ihr übertragenen Amtes begeben, ihre Autorität geltend zu machen, nicht zwar in Fragen technischer Art, wofür sie weder über die geeigneten Mittel verfügt, noch eine Sendung erhalten hat, wohl aber in allem, was auf das Sittengesetz Bezug hat. Die von Gott Uns anvertraute Hinterlage der Wahrheit und das Uns von Gott aufgetragene Amt, das Sittengesetz in seinem ganzen Umfang zu verkünden, zu erklären und — ob erwünscht, ob unerwünscht — auf seine Befolgung zu dringen, unterwerfen nach dieser Seite hin sowohl den gesellschaftlichen wie den wirtschaftlichen Bereich vorbehaltlos Unserem höchst-richterlichen Urteil“ (Nr. 41).

Dies vorausgesetzt, möchte ich nur kurz auf einige geschichtliche Irrtümer hinweisen, die bis in unsere Gegenwart die Gesellschaftswissenschaften beeinflussen.

Geschichtliche Irrtümer

Die liberale Wirtschaftstheorie nahm mit einer oberflächlichen Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Wirklichkeit ihren Anfang. Ihre Vertreter betrachteten die wirtschaftlichen Gegebenheiten wie physikalische Erscheinungen, die dem Determinismus der Naturgesetze unterworfen und darum unabänderlich sind. Schon bald stellten sich die Konsequenzen eines solchen Irrtums heraus. Nicht das Glück aller, sondern vielmehr das Elend der großen Masse der Arbeiterschaft war die erreichte Wirklichkeit. Das Gewinnstreben, das zum Motor des wirtschaftlichen Handelns und der allgemeinen Wohlfahrt erklärt wurde, führte zur Ausbeutung der Schwächeren, d. h. derer, die von den Eigentümern der Produktionsmittel abhängig waren. Nicht die harmonische, sondern die klassenkämpferische Gesellschaft war die Folge.

Der Marxismus setzte dagegen die klassenlose Gesellschaft, die er mittels des Kampfes der unterdrückten Klasse verwirklichen zu können glaubte. Klassenlos heißt hierbei nicht die Negation von Klassenkämpfen, die friedliche Gesellschaft, sondern die bis in die weltanschaulichen Bereiche gleichgeschaltete und in der Folge durch und durch verplante Gesellschaft. Der Mensch wird bis in den Kern seines Wesens verwirtschaftet, materialisiert. Der Mensch wird zum Sklaven, zwar nicht mehr wie im Liberalismus einer der Sozialmoral entfremdeten indivi-

dualistischen Konkurrenz, wohl aber einer Planungsbehörde, für die Freiheit die Entfremdung des Menschen bedeutet.

Der Marxismus erklärt, die Güter dieser Welt gehörten allen Menschen zugleich. Der Liberalismus bezeichnet die Individuen als die einzigen Eigentümer unter Ausschluß der Gesellschaft.

Die Antwort der christlichen Soziallehre

Die christliche Soziallehre weiß die diesen Aussagen zugrundeliegende Wahrheit besser und genauer zu definieren. Gott hat die Welt geschaffen, damit sie allen zu Nutzen sei. Damit ist noch kein Kommunismus ausgesprochen. Der Mensch muß vielmehr mit der ihm von Gott geschenkten Vernunft in ernster Verantwortung überlegen, wie er die Güter am produktivsten allen nutzbar machen könne. Dies geschieht nun nicht aufgrund der kommunistischen Formel, auch nicht aufgrund des liberalen Vorschlages der Enthemmung individualistischer Freiheit, sondern einzig aufgrund einer Ordnung, in der die Verwaltung der Güter, im besonderen der Produktionsmittel, durch möglichst viele Eigentümer besorgt wird, wobei die privaten Eigentümer durch die Ordnungspolitik angehalten werden, die mit der privaten Disposition verbundenen und von ihr untrennbaren sozialen Aufgaben zu erfüllen.

Die Kirche hat immer die Rechtmäßigkeit des Privateigentums verteidigt, sie hat aber auch immer nachdrücklich auf seine Sozialfunktion hingewiesen. Dem Staat obliegt hierbei die Aufgabe, die Grundnormen der Wirtschaftsordnung zu formulieren, während die Wirtschaftssubjekte, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumenten partnerschaftlich, nicht klassenkämpferisch, die anstehenden Probleme in Freiheit lösen sollen. Dies war der eigentliche Sinn des in „Quadragesimo anno“ unter dem mißverständlichen Begriff der „berufsständischen Ordnung“ gemachten Vorschlages. Nur auf diese Weise können ohne überbordende staatliche Eingriffe Freiheit und sozialer Friede gewahrt werden. Allerdings setzt diese Ordnung ein hohes Maß an Wirtschaftsmoral voraus. Es ist wohl kein Zweifel, daß es daran unserer heutigen Gesellschaft in empfindlicher Weise fehlt. Ohne den Einfluß der religiösen Gemeinschaften wird dieser entscheidende Mangel nicht behoben werden können.

Die weltwirtschaftliche Problematik

Auf der internationalen Ebene verschärfen sich alle Probleme der Wirtschaftsordnung. Nicht nur die individuellen Interessen, sondern auch und besonders die von internationalen Wirtschaftsorganisationen, von Volksgruppen, von Ländern

und Staaten stehen hier einander gegenüber. Dazu kommen noch die vielen Fehler der Vergangenheit, die bewältigt werden müssen.

Die Aufgabe, die Sie sich, verehrte Damen und Herren, gestellt haben, ist wahrhaftig nicht leicht. Einerseits wissen wir, daß ohne private Initiative, ordnungspolitisch formuliert, ohne Wettbewerbswirtschaft, die produktive Verwaltung der Güter dieser Welt gefährdet ist, andererseits setzt die Wettbewerbswirtschaft eine entsprechende Verteilung der Güter, d. h. eine positive Chancengleichheit voraus. Und nicht zuletzt ist ein einigermaßen gleiches kulturelles und zivilisatorisches Niveau vonnöten, sagen wir es einfacher: ein gleich qualifiziertes Management und eine technisch ausgebildete Arbeiterschaft. Nicht vergessen sein darf auch eine harmonisierbare weltanschauliche Einstellung zum Sinn des Wirtschaftens. Nicht bei allen Völkern nimmt die Wertschätzung der produktiven Leistung und des Lebenskomforts eine so zentrale Stelle ein wie in unseren entwickelten Industrieländern.

Sie haben sich, verehrte Damen und Herren, sicherlich nicht zum Ziel gesetzt, alle diese Probleme, von denen ich nur einige andeuten konnte, endgültig zu lösen. Dazu ist auch ein Kongreß nicht angetan. Wohl aber wird es Ihren Anstrengungen gelingen, die christlichen Prinzipien nicht nur im allgemeinen, sondern im besonderen im Hinblick auf die aktuellen weltwirtschaftlichen Fragen zu formulieren, um so auf internationaler Ebene eine gemeinsame geistige Grundlage zu schaffen, auf der alle Beteiligten miteinander ins Gespräch kommen können.

A. F. Utz — H. B. Streithofen

EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK

Inhaltsübersicht

1. Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung (*A. F. Utz*)
 - 1.1 Die katholische Soziallehre als soziale Wertlehre
 - 1.2 Die verführende Faszination des Marxismus
 - 1.3 Die Theologie der Befreiung und die Marktwirtschaft
 - 1.4 Der liberale Vorschlag
 - 1.5 Die katholische Soziallehre und die Marktwirtschaft
2. Probleme der Weltwirtschaftsordnung (*H. B. Streithofen*)
 - 2.1 Ursachen der wirtschaftlichen Situation in Geschichte und Gegenwart
 - 2.1.1 Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ (NIWO)
 - 2.1.2 Die augenblickliche Situation der Entwicklungsländer — Probleme der Weltwirtschaft
 - 2.1.3 Forderungen der Entwicklungsländer nach Strukturveränderungen
 - 2.1.4 Wertung der Forderungen
 - 2.2 Notwendige Maßnahmen
 - 2.3 Marktwirtschaft und Entwicklungsländer — Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Sanierung der Weltwirtschaft

1. Die katholische Soziallehre und die Wirtschaftsordnung (*A. F. Utz*)

1.1 Die katholische Soziallehre als soziale Wertlehre

Die katholische Soziallehre ist zuallererst eine Lehre der sozialen Gerechtigkeit. Sie bewegt sich darum auf der obersten Ebene des Wertdenkens. Im Zentrum steht der Mensch als Person mit seinem Recht auf Existenz, auf Lebensunterhalt, auf Teilnahme an den Erdengütern. Von diesem Gesichtspunkt aus ist sie eine Lehre der gerechten Verteilung. Eingeschlossen ist in dieser Lehre der Verteilung die Forderung, daß die Güter dieser Welt in produktivster Weise verwendet

werden, um eine friedliche Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der alle ihre freie personale Entfaltung finden können. Über das Wirtschaftssystem, mittels dessen dieses Ziel erreicht werden soll, ist damit noch nichts ausgesagt. Anhand dieser Werte kann jedes Wirtschaftssystem, ob kollektiver oder privatrechtlicher Art, kritisch beurteilt werden.

Typisch für diese Wertbetrachtung ist die Enzyklika „*Laborem exercens*“. Man hat es ihr, wie übrigens auch anderen Enzykliken, vorgeworfen, daß nichts über den Unternehmer gesagt würde. Doch ist dieser Vorwurf unberechtigt. Anhand der vorgestellten Werte soll der Empiriker und Fachmann beurteilen, inwieweit in einer gegebenen Gesellschaft, unter Inbetrachtziehung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen, die Verteilung von Gütern und Gewalten als gerecht zu bezeichnen ist. Man kann also einzig feststellen, was in der Verteilung der Güterwelt und in der Verteilung der Machtkompetenzen zu ändern ist. Wie aber, d. h. gemäß welchem funktionierenden Mechanismus diese Änderung vorzunehmen ist, läßt sich aus der katholischen Soziallehre als Wertlehre noch nicht konkretisieren. Das Wirtschaftssystem als Ganzes kann noch nicht bezeichnet werden. Im Einzelfall mag ein kollektives System angezeigt sein (vgl. z. B. den Jesuitenstaat von Paraguay). Die früheren Päpste, so vor allem Leo XIII. in *Rerum novarum* und Pius XI. in *Quadragesimo anno*, haben konkretere Einzelhinweise hinsichtlich der Produktion gemacht, unter Voraussetzung der in den Industrieländern bestehenden Marktwirtschaft. Sie haben darum klar und deutlich vom Recht auf Privateigentum gesprochen (so vorab Pius XII.). Zwar ist auch in *Laborem exercens* vom Eigentum die Rede. Doch geschieht dies in einer allgemeinen Weise, und zwar so, daß jeder Mensch das Recht hat, irgendwie zu Eigentum zu kommen. Es wird aber nicht erklärt, daß das private Recht auf Produktionsmittel und damit die Marktwirtschaft das Wirtschaftssystem sei, das einzig und allein ein menschenwürdiges Leben aller zu garantieren vermöchte. Die Kirche hat sich immer darüber Rechenschaft gegeben, daß es im Laufe der Geschichte vielfältige Formen des Wirtschaftens gegeben hat und daß grundsätzlich vielfältige Formen möglich sind, je nach der konkreten kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation. Aus diesem Grunde hat die Kirche auch immer die Möglichkeit der Enteignung für den Fall angenommen, in dem das Gemeinwohl diese absolut forderte.

Auf politischem Gebiet verhielt sich die Kirche nicht anders. Sie hat immer erklärt, daß die Staatsform nicht a priori bestimmt werden könne, d. h. kein Objekt einer grundsätzlichen Wertvorstellung sei. Darum auch die langsame Entwicklung der katholischen Soziallehre zur Demokratie.

1.2 Die verführende Faszination des Marxismus

Marx hat keine Konstruktion eines Wirtschaftssystems geliefert. Er verstand sich als Kritiker des Kapitalismus. Sein Ausgangspunkt war die Phänomenologie der menschlichen Werte. Das Humanum stand im Vordergrund seiner Betrachtung. Insofern trifft er sich mit der katholischen Soziallehre als Lehre der allen Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssystemen vorgeordneten Wertvorstellung. Dies faszinierte die Theologen der Befreiung, die sich jedoch bemühten, den Materialismus marxistischer Provenienz durch die Lehre von der Erlösung zu ersetzen.

An sich bedarf es nicht der marxistischen Analyse, um die durch den historischen Kapitalismus erzeugten Mißstände zu entdecken. Die katholische Soziallehre hat eine viel tiefere Erklärung des Humanum zu bieten als der Marxismus, dessen Humanum sozusagen im rein Wirtschaftlichen aufgeht. Unglücklicherweise hatte *Marx* die Ursache der Ausschreitungen und Mängel des Kapitalismus im Privateigentum gesehen. Damit hat er die Weichen zum kollektivistischen Wirtschaftssystem gelegt. Die Wertlehre der katholischen Sozialdoktrin hat sich vor diesem Irrtum bewahrt. Wenngleich auf der Ebene ihres Wertdenkens das private Eigentum noch nicht enthalten ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil betonte sie immer, daß allen Menschen der Zugang zum Eigentum offenstehen müsse. Ob nun diese Öffnung zum privatrechtlichen Wirtschaftssystem, d. h. zum Wirtschaftssystem, das grundsätzlich das private Eigentumsrecht an Produktionsmitteln befürwortet, als wirtschaftsethisch vorzüglich und sogar erforderlich zu betrachten ist, kann die katholische Soziallehre, als *Wertlehre* verstanden, nicht statuieren. Dazu braucht es ein Argument, das nicht der Wertlehre, sondern der Empirie angehört, wovon später die Rede sein soll.

1.3 Die Theologie der Befreiung und die Marktwirtschaft

Die Befreiungstheologen — allerdings nur teilweise, und auch nur jene, die sich ausdrücklich mit dem Problem des Wirtschaftssystems befaßten — haben leider in Anlehnung an die marxistische Analyse auch das zentrale marxistische Argument übernommen, daß nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln der Verursacher der Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems sei. Ihre Wirtschaftskonzeption entspricht ungefähr eurokommunistischen Vorstellungen. Vor allem die marxistische Revolutionsidee scheint es ihnen angetan zu haben. Man muß diese Einstellung zu verstehen suchen. Die für Europäer kaum vorstellbaren Klassenunterschiede, die Ausbeutung von armen Leuten durch Großgrundbesitzer, die schlecht bezahlte Arbeit am Fließband werden verstanden als Folge

der privatrechtlichen Marktwirtschaft. Die verzweifelte Lage kann, so möchte man meinen, nur mittels einer revolutionären Aktion beseitigt werden. Dazu kommt, daß die politische Führung, wenigstens teilweise, sich mit den „ausbeuterischen“ Kapitalbesitzern identifiziert. Die Rationalisierung ist eine Folge der Hochtechnisierung und Differenzierung des Wirtschaftsprozesses in Ost wie in West. Die Marktwirtschaft ist lediglich bei der Modernisierung erfolgreicher als bürokratisierte Wirtschaftsordnungen. Dies bedeutet aber für die Länder mit einer großen Masse von unqualifizierten Arbeitskräften eine Vergrößerung der Gefahr, in noch weiterem Abstand hinter den kapitalkräftigen Ländern zurückzustehen. Die stets wachsende Differenzierung der Arbeitsteilung wird als Hemmnis des Aufstieges der ungelerten Masse empfunden. Auch unter diesem Gesichtspunkt wird wiederum *Marx*, der die Arbeitsteilung teilweise noch schärfer angegriffen hat als das Privateigentum an Produktionsmitteln, als Gewährsmann angerufen.

So scheint also der Marxismus für diese um das Humanum bemühten Theologen das zu bieten, was sie suchen. Jedenfalls erscheint ihnen die marxistische Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems die einzig geeignete Methode zu sein, einen echten Bezugspunkt der Kritik abzugeben.

1.4 Der liberale Vorschlag

Die Marktwirtschaft hat das Unglück, von Anfang an als ihre Verteidiger Vertreter einer Philosophie gehabt zu haben, die als Gemisch von Ideen aus *Locke* und *Kant* bezeichnet werden kann. Grundgedanke ist die Chancengleichheit von freien Bürgern. Wenngleich *John Rawls* sich heute bemüht, irgendeine Idee der gerechten Verteilung der Güter vorzutragen, so ist sein Prinzip der Fairneß nicht ausreichend, um eine echte Güterabwägung vorzunehmen. Auch *Rawls* ist noch zu sehr von der formalen Freiheit *Kants* beeinflusst, so daß sich auf dieser Grundlage keine echte soziale Umstrukturierung bewerkstelligen läßt. Gerade in der Abwehr eines so schwachen Versuches, die Marktwirtschaft zu legitimieren, verbleibt den Befreiungstheologen immer nur die marxistische Analyse als annehmbar.

Der Begriff der Chancengleichheit reicht nicht aus, um ein gesellschaftspolitisches Programm, ohne welches eine sozial gerechte Wirtschaft nicht möglich ist, zu formulieren. Zwar erklären die weniger formalistischen Vertreter der Wettbewerbswirtschaft, daß man selbstverständlich jedem zum Start verhelfen müsse, damit die Startgleichheit aller sich erfülle. Wenn aber der gesamte soziale Unterbau fehlt — Bildung, breitgestreutes Vermögen in privaten Händen usw. —, dann

muß man zunächst eine kompakte Vorstellung vom Gemeinwohl haben, das es anzustreben gilt. Dazu reicht die Ideologie der Startgleichheit und der gleichen Chancen nicht aus. Der Faktor Bildung ist nicht nur eine ökonomische Größe, sondern vor allem eine kulturelle. Schließlich ist auch an die Familie zu denken, die in jedem Land eine von der Tradition her bestimmte Struktur hat. Ein durch die Ökonomie erzwungener Abbau solcher traditioneller Strukturen könnte später nicht abwägbare soziale Lasten mit sich bringen. Das Alters- und Hinterbliebenenproblem wäre in den europäischen Ländern wohl menschlicher und auch für die Gesamtheit billiger gelöst worden, wenn man in der Wirtschaftspolitik mehr auf die Familie Rücksicht genommen hätte. Gerade die lateinamerikanischen Länder, Spanien und Italien sind in dieser Hinsicht sehr traditionell verankert. In der Wirtschaftspolitik auf solche kulturelle Traditionen Rücksicht nehmen heißt natürlich nicht, „heilige Kühe“ um jeden Preis am Leben erhalten. Rationales ökonomisches Kalkül mit den gesellschaftlichen Werten ins rechte Verhältnis zu bringen, erfordert ein kluges Abwägen im Sinn einer in jedem geschichtlichen Augenblick vorzunehmenden Formulierung des Gemeinwohls. Für den Marxisten ist diese Arbeit verhältnismäßig leicht, da gemäß seiner Doktrin das Gemeinwohl mit der wirtschaftlichen Wohlfahrt identisch ist, jedenfalls nur als Folge wirtschaftlicher Überlegungen besteht. Für den Christen ist die Wirtschaftspolitik der Gesellschaftspolitik nachgeordnet.

Es ist nicht zu leugnen, daß Liberalismus und Marxismus sich hinsichtlich der Überbewertung des Ökonomischen im Verhältnis zum Gesellschaftlichen die Hand reichen können. Diesem Übel auf zwei Seiten wollten die Theologen der Befreiung abhelfen, indem sie an den Anfang sämtlicher, sowohl wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Überlegungen, die Lehre von der Erlösung aller setzten. Es ist aber nun die Frage, ob ein solches Apriori ausreicht, um eine gesellschaftspolitisch orientierte und zugleich realistische Konzeption der Wirtschaftsordnung zu erstellen. Die unvermittelte Anwendung ewiger Werte auf die soziale Wirklichkeit führt zu utopischen Programmen.

Es ist darum zu fragen, ob die katholische Soziallehre nur eine Wertlehre darstellt, oder ob sie nicht auch Hinweise zu geben vermag, in welcher Weise die wirtschaftliche Produktion organisiert werden soll, um das von Gott vorgegebene Ziel der materiellen Güter zu verwirklichen.

1.5 Die katholische Soziallehre und die Marktwirtschaft

Es gibt nun Vertreter der Ansicht, daß die katholische Kirche hinsichtlich des Wirtschaftssystems nichts zu sagen vermöge. Da es viele Formen der Verfügung

über Produktionsmittel gebe — und im Verlauf der Jahrhunderte unter den Christen auch gegeben hat —, sei es in jeder Zeit dem jeweiligen klugen Ermessen der einzelnen Völker überlassen, welchem Wirtschaftssystem sie sich zuwenden wollen, wenn nur die Grundbedingung gewahrt sei, daß alle bei gerechter Verteilung ihre persönliche Entfaltung finden können. Mit dieser Auffassung erübrigt es sich, darüber nachzudenken, welches Wirtschaftssystem dem christlichen Geiste wohl am nächsten liege. Die katholische Soziallehre würde sich somit in einer reinen Wertlehre erschöpfen, die man „auf einen Fingernagel schreiben“ könnte und die nur dazu dient, Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben.

In der Tat aber bietet die katholische Soziallehre nicht nur absolute, für alle Zeiten gültige Werte, nicht nur das Bild eines Menschen mit ewiger Berufung, sondern ebenfalls das Bild der menschlichen Neigungen, Triebe und Interessen, die für die Organisation der Menschen untereinander von grundlegender Bedeutung sind. Die katholische Soziallehre weiß entsprechend der theologischen Anthropologie von der bedauerlichen, aber nicht aus der Welt zu schaffenden Neigung des Menschen, Macht zu mißbrauchen, das eigene Interesse als das nächste zu betrachten, Arbeit und Einsatz effizienter für diese Interessen einzusetzen. So sehr es in der Individualmoral gilt, diese Neigungen im Sinn der Erlösung und des allgemeinen Liebesgebotes zu überwinden, so muß man auf gesellschaftlicher Ebene mit ihnen rechnen, d. h. man muß gerade diese Neigungen in Kanäle leiten, die zu einer friedvollen Gesellschaft führen. Dies war der Grund, warum die Kirche sich schließlich der Demokratie zuwandte in der Erkenntnis, daß die obrigkeitlichen Gewalten sich von den christlichen Lebensprinzipien entfernten und eine Gesellschaft entstand, die sich wertneutral bezeichnen wollte. Unter solchen Bedingungen konnte nur die gleiche Freiheit aller den Gläubigen die Möglichkeit verschaffen, gemäß dem Auftrag Christi das Salz der Erde zu sein.

In analoger Weise verhält es sich auf wirtschaftlicher Ebene. Im Hinblick auf die Neigungen des Menschen, dort verantwortungsvoller zu arbeiten und zu entscheiden, wo sein eigenes, individuelles Interesse und Risiko auf dem Spiele steht, ist es angezeigt, den Weg zur materiellen Wertschöpfung zum besten der Gesamtheit über das vielfältige Eigeninteresse zu nehmen. Dies heißt aber zu guter Letzt das Privateigentum, nicht nur an Konsumgütern, sondern und vor allem auch an Produktionsmitteln befürworten. Damit ist man bei der privatrechtlichen Wettbewerbswirtschaft. Dies ist kein Rezept für alle und überall, aber ein Wegweiser für eine Entwicklung zur vielgliederten arbeitsteiligen, industriellen Wirtschaftsgesellschaft. Wo die auf dem Recht auf Produktionsmitteleigentum begründete Wirtschaftsorganisation möglich und effizient ist, dort ist sie, sofern sie nach sozialen Zielen ausgerichtet wird, das Wirtschaftssystem, das dem christli-

chen Menschenbild am nächsten steht. In diesem Sinn kann man von der Befürwortung der Marktwirtschaft in der katholischen Soziallehre sprechen.

Dem Wirtschaftspolitiker ist die schwierige Aufgabe gestellt, Ordnungsdämme zu errichten, damit die Wettbewerbswirtschaft ihr soziales Ziel nicht verfehlt. Schwierig ist diese Aufgabe auf nationaler Ebene, noch schwieriger in der Weltwirtschaft. Die christlichen Wirtschaftspolitiker haben die Gewissenspflicht, die sozialen Prämissen zu formulieren, die der Wettbewerbswirtschaft, d. h. der Marktwirtschaft vorgeordnet sind.

Zusammenfassung

Gerechtigkeit und Frieden, eine menschenwürdige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Menschen- und Freiheitsrechte fördert, sind für die katholische Soziallehre vorrangige Elemente der Orientierung. Die freie Entfaltung des Individuums, orientiert an den Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität, ist maßgeblicher Ausgangspunkt für die Beurteilung anderer Ordnungsvorstellungen.

2. Probleme der Weltwirtschaftsordnung (*H. B. Streithofen*)

Der Begriff Weltwirtschaftsordnung bezeichnet das Netz von wirtschaftlichen Beziehungen, das die Einzelwirtschaften aller Länder in ihren lebenswichtigen Belangen voneinander abhängig macht. Die Welt wird als einheitlicher Wirtschaftsraum verstanden, der unabhängig von politischen Grenzen und über natürliche Grenzen hinweg geht.

Statisch gesehen handelt es sich dabei um einen „Ordnungsrahmen“ von Grundprinzipien, insbesondere

- für die Handelsbeziehungen,
- den Kapitalverkehr,
- das Währungssystem.

Durch diese sind die einzelnen Volkswirtschaften miteinander verbunden.

2.1 Ursachen der wirtschaftlichen Situation in Geschichte und Gegenwart

Kennzeichen für die Lage der unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt waren und sind

- Armut,
- die daraus sich ergebende geringe ökonomische und politische Macht,
- wirtschaftliche Abhängigkeit.

Die politische Dekolonisierung überwand nicht die einseitigen Handelsstrukturen, Monokulturen und technologischen Abhängigkeiten.

2.1.1 Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer „Neuen internationalen Wirtschaftsordnung“ (NIWO)

Ausdruck der Unzufriedenheit der Entwicklungsländer (= EL) mit den bestehenden Institutionen (GATT, IWF) ist der Versuch, ihr zahlenmäßiges Übergewicht in den Vereinten Nationen (VN) auch im ökonomischen Bereich umzusetzen. Für diese Tendenz ist die 1964 gegründete Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zu werten. Die bisher abgehaltenen Konferenzen entwickelten sich zum institutionellen Zentrum für die Verhandlungen über die Forderung der Entwicklungsländer an die Industrieländer (Nord-Süd-Verteilungskonflikt).

Die „Gruppe der 77“, die inzwischen über 120 EL umfaßt, ist das zahlenmäßig dominierende Element der UNCTAD mit insgesamt 159 Mitgliedern. Daneben ist als zweite Gruppe der EL die „Blockfreie Bewegung“ zu nennen. Die Entwicklungsländer lasten dem bestehenden Weltwirtschaftssystem an, daß trotz der Proklamation der VN für eine erste (1960-1970) und zweite (1970-1980) Entwicklungsdekade sich das Einkommensgefälle zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern weiter vergrößert hat. Weiterhin: der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel gehe stark zurück, so daß die „terms of trade“ (= Preisrelationen zwischen Export- und Importgütern) sich von Anfang der fünfziger Jahre bis zu Anfang der siebziger Jahre ständig verschlechterten und es zudem zu großen Preisschwankungen bei ihren wichtigsten Exportgütern, vor allem Rohstoffen, kam.

Die wichtigsten Forderungen der Entwicklungsländer beziehen sich auf den Rohstoffbereich (Indexbindung, Kartellierung, Rohstofflager: ‚buffer stocks‘), eine verstärkte Kontrolle transnationaler Unternehmen, eine Verbesserung der „terms of trade“, den Abbau der Handelshemmnisse der Industrieländer, zum Beispiel des starken Protektionismus der EG, die Einführung eines allgemeinen Präferenzsystems zugunsten der Entwicklungsländer sowie, im Rahmen der allgemeinen Reform des internationalen Währungssystems, die Einführung sogenannter „links“, d. h. einer Verknüpfung von Sonderziehungsrechten mit Entwicklungshilfe, ferner die Erreichung des Zieles, 0,7 % des Bruttosozialprodukts eines Landes für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Dies soll zur Lösung der Verschuldungsproblematik beitragen.

Die Entwicklungsländer selbst fordern immer wieder für sich Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung als souveräne Staaten, das Bewußtsein der wechselseitigen

Abhängigkeit und daher der Zusammenarbeit unter allen Staaten als Grundprinzipien zur Lösung des Nord-Süd-Konflikts. Diese Forderung kann als „Integrationsthese“ bezeichnet werden.

Die Vertreter der Theorie der strukturellen Abhängigkeit und Unterentwicklung (*Senghaas*) sehen als Voraussetzung für einen eigenständigen Entwicklungsprozeß nicht eine Integration in die internationale Arbeitsteilung, sondern eine Herauslösung der Entwicklungsländer aus dem von den kapitalistischen Industrieländern beherrschten Weltwirtschaftssystem. Sie verlangen den Aufbau regionaler, sozioökonomischer Infrastrukturen („autozentrierte Entwicklung“).

Die Vorschläge der Entwicklungsländer zielen darauf ab, die Wirkungsweise des Marktmechanismus im internationalen Bereich eher einzuschränken. Sie erstreben durch direkte Interventionen auf den Märkten für Rohstoffe und andere Erzeugnisse eine Umleitung der Einkommensströme für sich.

Die Industrieländer haben der Formulierung nach der Schaffung einer NIWO zugestimmt. Aber die Praxis geht über Absichtserklärungen nicht weit hinaus. Eine Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung geht nur zögernd vor sich.

2.1.2 *Die augenblickliche Situation der Entwicklungsländer – Probleme der Weltwirtschaft*

Die beiden ersten Entwicklungsdekaden haben die „Grundbedürfnisse“ der Entwicklungsländer nicht verkleinert. Ihre Bevölkerung wächst. Dieses Bevölkerungswachstum macht in vielen Ländern wirtschaftliche Erfolge zunichte. In absoluten Zahlen errechenbare Verbesserungen werden, bedingt durch die hohen Geburtsraten, zu Engpässen, sobald die Bemessung „pro Kopf“ erfolgt.

Die Ernährung vieler Entwicklungsländer ist nicht sichergestellt. Dazu kommen Mängel an Wohnraum und die erfolglose administrative Erfassung der Riesenstädte.

Die Verbesserung der medizinischen Versorgung förderte den Anstieg der Lebenserwartung, die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit und damit das Bevölkerungswachstum.

Das Wirtschaftswachstum geht zurück, die Energiekrise ist eine Gefahr, und ungelöst bleibt die Verschuldung vieler Staaten, die finanzwirtschaftlich äußerst bedenklich ist.

Die ökologischen Fragen müssen zunehmend in ihrer Verbindung mit ökonomischen betrachtet werden.

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist ein weiteres Problemfeld.

Die Krise der Entwicklungsländer kann auf verschiedene politische, wirtschaftliche und soziale Tatsachen zurückgeführt werden. In dem Zeitpunkt, als das heute zum Teil bereits degenerierte internationale System entstand, spielten nur etwa 30 bis 40 Staaten überhaupt eine Rolle. Heute umfaßt die UNO rund 150 unabhängige Staaten. Schon diese Anzahl erschwert jeden Orientierungsprozeß.

Die seit Mitte der fünfziger Jahre in die politische Weltordnung neu eintretenden Länder wollen einen angemessenen Platz. Sie streben nach Gehör. Oft haben sie ein überzogenes Geltungsbedürfnis. Innenpolitisch sind sie weithin ungefestigt und bringen für die Weltgemeinschaft erst jetzt wirksam werdende große kulturelle Vielfalt ein. All diese Faktoren, die miteinander verbunden sind, führen zur Unsicherheit und Desintegrierung des bisher bestehenden weltpolitischen Systems.

Die Weltwirtschaftsordnung ist geschwächt. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, daß heute zwischen ungefähr 150 Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen eine Ordnung gefunden werden muß.

Erschwerend kommt der Ost-West-Konflikt hinzu. Für den Ostblock beinhaltet jede Auseinandersetzung die Frage der Machtverteilung weltweit. Die oft festgestellte Annahme, der Ost-West-Konflikt werde zunehmend auf den Nord-Süd-Gegensatz übertragen, dürfte nicht mehr stimmen. Beide Konfliktpotentiale sind zwangsläufig eingebunden in die Neuorientierung einer politischen Weltordnung. In diesem Zusammenhang müssen sie betrachtet werden.

Eine neue Dritte-Welt-Politik zu formulieren bedeutet: entwicklungspolitische, außenpolitische und außenwirtschaftliche Erwägungen zusammenzufassen. Einer Politik oder auch einer Ethik, welche diese Notwendigkeit übersieht, muß angesichts der kurz skizzierten Zusammenhänge eine unverantwortliche Wirklichkeitsferne vorgeworfen werden.

2.1.3 Forderungen der Entwicklungsländer nach Strukturveränderungen

Die Forderungen der Entwicklungsländer lauten: neue Weltwirtschaftsordnung, neue Weltwährungsordnung, neue Weltinformationsordnung usw. Diese Begriffe sind bedeutungslos. Trotzdem: ihnen liegen bestimmte grundsätzliche Argumente zugrunde:

- die materielle Überlegenheit des Westens und der fortentwickelten Industrienationen (in der UNO werden der Westen und die UdSSR bei dieser Frage stets gemeinsam gemeint) wird kritisiert, eine entsprechende Benachteiligung der Dritten Welt festgestellt. Daraus wird gefolgert: die gegenwärtige Weltordnung habe zur Verteilungsgerechtigkeit wenig beigetragen;

- der in vielen Bereichen zu beobachtende „Protektionismus“ der Industrieländer wird beanstandet;
- die Entwicklungsländer sehen sich personell und intellektuell unzureichend gerüstet. Sie kritisieren auf internationaler Ebene das Übergewicht der Industrienationen.

Die Entwicklungsländer erstreben eine Änderung der bestehenden Strukturen. Die Gestalt, die sie der politischen Weltordnung geben wollen, konkretisiert sich inhaltlich in einer neuen Weltwirtschaftsordnung, neuen Weltwährungsordnung, Seerecht, Technologietransfer, neue Weltinformationsordnung etc. Gefordert wird:

- Festsetzung gerechter Preisrelationen zwischen Ausfuhren und Einfuhren der Entwicklungsländer. Der Begriff „gerecht“ wird nicht näher bestimmt;
- möglichst ungehinderter Zugang zu den Errungenschaften der westlichen Wissenschaft und Technologie;
- Stützung der Rohstoffpreise, Errichtung eines Rohstoff-Fonds und Errichtung einer Anzahl internationaler Ausgleichslager;
- die Beschränkung der Entwicklung und Produktion synthetischer Produkte;
- die Festlegung bestimmter Anteile der Staaten an der Weltindustrieproduktion;
- massiver Ressourcentransfer auf vorhersehbarer, langfristiger und gesicherter Grundlage;
- die Neustrukturierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und seine Anpassung an die „wirtschaftlichen Realitäten“;
- die Einführung neuer Grundsätze und Regeln für den internationalen Handel und das Finanzsystem im Hinblick auf eine aktive Teilnahme sowie gerechte, angemessene und wirksame Rolle der Entwicklungsländer;
- Verzicht auf weitgehende Kontrollen bei der Kreditvergabe;
- die Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit durch Ansätze zu internationaler Zensur.

Diese wichtigsten Forderungen der Entwicklungsländer sind zu einem erheblichen Teil in den Beschlüssen der UNO zu finden.

Kernpunkt der Forderungen nach einer neuen politischen Weltordnung ist die Neue Weltwirtschaftsordnung und in dieser wiederum eine neue internationale Rohstoffpolitik. Gemeinsames Charakteristikum aller Forderungen ist die weitgehende Ausschaltung des Marktmechanismus.

2.1.4 Wertung der Forderungen

Nicht alle Entwicklungsländer werden durch die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung benachteiligt. Einige haben große wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Erfolge aufzuweisen. Werden die reichen Staaten immer reicher, die armen immer ärmer? Das kann passieren, ist aber nicht notwendig. Die Beispiele Südkorea, Taiwan, Singapur und auch einzelne südamerikanische Staaten beweisen dies. Vor allem zeigt es sich in Japan. Die genannten Staaten sind keineswegs reich an Rohstoffen, aber an motivierten Arbeitskräften und fähigen Verwaltungen. Sie lernten, unter dem Druck des Rohstoff- und Devisenmangels, mit den einzusetzenden Materialien sparsam umzugehen, wie es der Notwendigkeit entspricht, langfristig die Existenzmöglichkeiten auf dieser Erde zu sichern. Sie lernten es nur unter dem Druck eines internationalen Wettbewerbs.

Die bestehenden Strukturen scheinen also auch positive Auswirkungen zu haben. Daher sind die Forderungen der Entwicklungsländer differenziert zu beurteilen. Diese Beurteilung ist nur möglich, wenn man sich mit den Zielen der Dritten Welt auseinandersetzt.

Die von den Entwicklungsländern intendierte neue Weltwirtschaftsordnung steht damit im Widerspruch zum Bestehenden, das durch Veränderungen und Pluralismus Fortschritte erzielen und die Verantwortung des einzelnen für sich und das Ganze stärken will.

Ein wichtiges Argument für die Neuordnung der Weltwirtschaft im Sinne der Entwicklungsländer ist die bestehende weltweite Einkommensstruktur. Diese ist jedoch auch differenziert zu beurteilen. Bei Vergleichen der Einkommensstruktur wird häufig das Pro-Kopf-Einkommen angeführt. Statistisch wird festgestellt: von 150 Staaten haben nur fünf einen Anteil von 6 % an der gesamten Weltbevölkerung, aber ein Pro-Kopf-Einkommen von über 5 000 Dollar im Jahr. 55 Staaten liegen in ihrem Pro-Kopf-Einkommen zwischen 500 und 2 500 Dollar. Die große Zahl von rund 90 Ländern mit fast 60 % der Erdbevölkerung bleiben dagegen unter 500 Dollar pro Kopf im Jahr. Stimmt diese Bemessungsgrundlage der Statistik?

Wie schwer Urteile zu fällen sind, zeigt auch ein Vergleich des Bruttosozialprodukts pro Kopf. Dieses könnte sicherlich die ungefähre Dimension des Einkommensabstandes zwischen Nord und Süd skizzieren. Ob aber damit unterschiedliche Wohlstandsniveaus hinreichend beschrieben werden können, ist zweifelhaft. Die Gründe:

- Sozialprodukt Daten werden in den Entwicklungsländern in der Regel zu niedrig, Bevölkerungsziffern zu hoch eingeschätzt;

- ein internationaler Sozialproduktvergleich wirft bisher unlösbare Bewertungsprobleme auf;
- der Selbstversorgungsanteil einer Volkswirtschaft wird in der Statistik nicht ausreichend berücksichtigt;
- wegen des höheren Anteils der Nichterwerbsfähigen an der Bevölkerung der Entwicklungsländer sind die Pro-Kopf-Einkommensziffern zwangsläufig niedriger;
- die hohen sozialen Kosten in den Industrieländern sind bisher nicht in deren Sozialproduktberechnung einbezogen.

Jede Entwicklungspolitik, die nur den internationalen Einkommensvergleich als Richtgröße zugrunde legt, muß zu Fehlschlüssen führen. Konsequenz: die Pro-Kopf-Einkommensstruktur als Begründung für eine neue Weltwirtschaftsordnung im Sinne der Entwicklungsländer zu benutzen, ist falsch.

2.1.5 Zu stellende Fragen

Welche Aufgabe hat das bestehende oder ein anderes Weltwirtschaftssystem? Ist ein solches System überhaupt mit den Maßstäben der Gerechtigkeit, die relativ sind, zu bewerten?

Ist es möglich, daß die Weltwirtschaftsordnung auch Verteilungsgleichheit erzeugt? Könnte dies nicht zu einer weltweiten Nivellierung führen? Müßte nicht einem solchen Ziel — weltweite Verteilungsgleichheit — die Definition des Gleichbehandlungsgebots entgegengehalten werden: Gleiches soll gleich, Ungleiches aber ungleich behandelt werden? Übersehen werden darf auch nicht: die Produktions- und Handelsstrukturen im Rahmen internationaler Arbeitsteilung bewirken Wachstumserfolge und Kostenvorteile. Wirtschaftswachstum wird vor allem angestrebt, auch von den Entwicklungsländern.

Manche Entwicklungsländer sind der Ansicht: Wachstum und Entwicklung sei nicht im Rahmen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zu erreichen. Das bestehende System bevorzuge nur die hoch entwickelten Industriestaaten. Deshalb müsse eine neue Weltwirtschaftsordnung geschaffen werden.

Könnte nicht der Begriff Weltwirtschafts-„Ordnung“ auch falsch verstanden werden? Er suggeriert Stabilität, Normierung und eine gewisse Unveränderbarkeit. In Wirklichkeit trifft dieses aber nicht zu. Die Bedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten sind naturgemäß in ständigem Fluß. Das Bevölkerungswachstum, die Kapitalbildung, der technische Fortschritt und die Produktivität entwickeln sich von Land zu Land und auch innerhalb eines Staates verschieden. Während die Weltwirtschaft wächst, kann sich die Nachfragestruktur verändern,

können sich neue Lieferquellen ergeben oder bestimmte Materialien knapp werden. Dieser Prozeß des unkontrollierbaren und bisweilen schnellen Wandels suchen die Menschen durch eine gewisse Stabilität zu bremsen. Diese läßt sich jedoch nur verwirklichen, wenn sich die betroffenen Wirtschaftssubjekte unverzüglich dem sich abzeichnenden Wandel anpassen. Versuche, die Anpassung zu verhindern, hinauszuschieben oder zu verlangsamen, machen eine Gesellschaft noch anfälliger für die laufenden Veränderungen und schaffen die Voraussetzung für eine spätere, noch stärkere Instabilität.

2.2 Notwendige Maßnahmen

Es darf nicht übersehen werden: die Entwicklung einer jeden Gesellschaft hängt wesentlich von der Freisetzung der den Menschen innewohnenden Kreativität ab. Könnte es nicht sein, daß gerade Staaten, welche die Freiheitsrechte des Menschen einengen, die treibenden Kräfte einer radikalen Umwälzung der Weltwirtschaftsordnung im Sinne einer neuen zentralistischen Weltwirtschafts-, Währungs- und Finanzordnung sind? Ist es möglich, daß sie versuchen, den Entwicklungsprozeß ihres eigenen Landes nach außen zu übertragen? Entwicklung ist nicht von außen möglich. Ein Land wird nicht entwickelt, es entwickelt sich. Der ehemalige Hauptplaner der Weltbank, *Mbabub ul Haqu*, hat treffend bemerkt, daß „viele Entwicklungsländer noch nicht klar erkannt haben, daß interne Reformen für das Wohlergehen ihrer Völker noch wichtiger sind als internationale Reformen“. Einige Länder betrachten nach seiner Ansicht die weltpolitische Neuordnung als eine „soft option“, d. h. als eine weiche und einfachere Alternative zu harten Maßnahmen der Umstrukturierung der inneren Ordnung.

Die Entwicklung ist in vielen Staaten bereits durch innerstaatliche Behinderungen der menschlichen Innovationsfähigkeit und -bereitschaft eingeschränkt. Daher wäre es die schlechteste Reaktion auf die bestehenden Probleme, nun auch die Weltwirtschaftsordnung in einer derart ineffizienten Art und Weise zu organisieren. Statt dessen muß in jedem Staat erkannt werden, daß Entwicklung nur durch den Menschen mit seiner Kreativität und Initiative bewirkt werden kann. Diese Fähigkeiten müssen geweckt und zur Entfaltung gebracht werden. Dazu bedarf es entsprechender Motivation durch die Rahmenordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie durch das hierauf abgestimmte Regierungs- und Verwaltungshandeln.

Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß in dieser, die Entwicklung fördernden Weise gestaltet werden. Soweit die von den Entwicklungsländern aufgestellten Forderungen eine vollkommene Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung zum

Ziel haben, müssen sie als kreativitätsfeindlich und somit entwicklungshindernd abgelehnt werden.

Erforderlich ist, der neuen Weltwirtschaftsordnung bestimmte grundsätzliche Maximen zugrunde zu legen:

- die neue Weltwirtschaftsordnung muß auf bestimmte wirtschaftliche Freiheitsrechte gegründet sein;
- mit dem Ziel „Freiheit“ verbunden ist die Notwendigkeit, auf nationaler und internationaler Ebene den Marktmechanismus über Angebot und Nachfrage, Innovation und Diversifikation, Erfolg neuer Ideen und Kostenvorteile entscheiden zu lassen;
- jeder Staat ist für die eigene Entwicklung selbst verantwortlich; diese Zuständigkeit kann nicht an andere Staaten abgegeben werden;
- alle Staaten müssen hinsichtlich ihrer Entfaltung auf internationaler Ebene gerecht behandelt werden. Dazu gehört auch, daß vorhandenen Unterschieden Rechnung getragen wird;
- der Marktwirtschaft widersprechende Regelungen in den Industrieländern, wie zum Beispiel Protektionismus, müssen beseitigt werden;
- auf manchen Gebieten bedarf es einer Ergänzung des Marktes durch soziale Regelung. Dies gilt insbesondere für diejenigen Entwicklungsländer, die durch eine reine internationale Marktwirtschaft zum jetzigen Zeitpunkt geschädigt würden;
- die Notwendigkeit von temporalen und sektoralen Hilfen für die Dritte Welt muß anerkannt werden. Das Abkommen von Lomé muß weiter entwickelt werden;
- Voraussetzung für die Integration in eine Weltwirtschaftsordnung ist die Bereitschaft zur Veränderung bestehender innerstaatlicher bzw. wirtschaftlicher Gegebenheiten auf allen Seiten. Die dazu notwendigen Anpassungsmaßnahmen wurden detailliert und eingehend im letzten Weltbankbericht (1981) beschrieben;
- eine Politik der Anpassung an veränderte Einsichten sowie neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Situationen ist Voraussetzung für Entwicklung und Weiterentwicklung. Es gilt, den Wandel zu fördern, nicht aber in festgeschriebenen Ordnungen erstarren zu lassen;
- dirigistische Wirtschaftskonzepte, wie sie mit Stimmenmehrheit in der UNO durchgesetzt wurden — zum Beispiel in der internationalen Rohstoffpolitik —, helfen nicht weiter. Sie vermehren die Probleme;
- Die Industrialisierung der Entwicklungsländer bzw. der sogenannten Schwellenländer schafft einen höheren Bedarf an Investitionsgütern und hochwertigen

gen Gebrauchsgütern. Diesen Ländern muß der Markt offengehalten werden. Nur so können sie die Devisen verdienen, die für den Güterimport und Schuldendienst für sie notwendig sind.

Zu überlegen ist: sollten nicht die Schwellenländer sich ebenfalls möglichst bald in die Gemeinschaft der Freihandel betreibenden Länder einfügen und die damit verbundenen Verpflichtungen übernehmen? Denn eine zunehmende Öffnung der Märkte ist ein Schritt zur Förderung des Handels; sie öffnet zugleich auch den ärmsten Entwicklungsländern neue Absatzmöglichkeiten.

Die Entwicklungsländer haben zu bedenken: verlässliche Bedingungen für Auslandsinvestitionen liegen im eigenen Interesse der Staaten, soweit ihnen an privatem Kapital, an technischem Wissen und Management-know-how aus den Industriestaaten gelegen ist. — Die Entwicklungsländer wünschen einen UN-Kodex für multinationale Unternehmen, der den Gastländern weitgehende Freiheiten im Umgang mit transnationalen Unternehmen einräumt. Hinsichtlich der Pflichten der Regierungen der Gastländer soll der Kodex dagegen möglichst unbestimmt bleiben. Notwendig ist jedoch, das Verhalten von Regierungen in Empfehlungen einzubeziehen. Der Grund: nur ein Kodex, der beiden Seiten als Richtschnur dienen kann, ist geeignet, die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen zu verbessern und deren Nutzen für die Gastländer zu erhöhen.

2.3 Marktwirtschaft und Entwicklungsländer — Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Sanierung der Weltwirtschaft

Eine freiheitliche Grundordnung von Staat und Gesellschaft und die marktwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft sind trotz gelegentlicher berechtigter Kritik allen planwirtschaftlichen und dirigistischen Systemen in ihrer Leistungsfähigkeit und in den Vorteilen für den einzelnen sowie die Gesellschaft überlegen. Individuelle Entscheidungsfreiheit, begleitet von sozialen und korrigierend verteilenden Maßnahmen, ist die Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum und Gerechtigkeit. Die freiheitlichen Grundwerte sind daher zu verteidigen und bezüglich der Weltwirtschaftsordnung nur solche Maßnahmen zu unterstützen, die mit diesen Werten in Einklang stehen. Daher ist es notwendig, für die Entwicklungsländer und mit den Entwicklungsländern Konzepte auszuarbeiten, die der gegenwärtigen Situation Rechnung tragen und die zur Schaffung freiheitlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme führen.

Die derzeitige liberale Weltwirtschaftsordnung weist unbestreitbare Mängel auf. Diese liegen jedoch nicht in ihrem System, sondern in erster Linie in der mangelhaften Durchführung. Die Beseitigung der freien Weltwirtschaftsordnung

und ihre Ersetzung durch internationale Planwirtschaft oder durch Dirigismus ist nicht notwendig. Vielmehr lautet die Aufgabe: weiterer Ausbau der Weltwirtschaftsordnung, ihre Anreicherung mit freiheitlichen und sozialen Bestandteilen und ihre Ausrichtung am Leitbild einer *internationalen sozialen Marktwirtschaft*.

Eine reine Marktwirtschaft mit der Beseitigung aller Handelshemmnisse der Wirtschaft würde die meisten Entwicklungsländer im jetzigen Zeitpunkt massiv beeinträchtigen. Ihre industriellen Strukturen würden sie schädigen. Daher müssen Vorstellungen entwickelt werden, die grundsätzlich die freiheitlich marktwirtschaftliche Ausrichtung der langfristigen Politik mit Milderung der Auswirkungen des Weltmarktmechanismus auf solche Länder in der kurzfristigen und mittelfristigen Politik vereinbaren. Entscheidend ist die Gewähr, daß sich produktive und kreative Kräfte entfalten und die gesellschaftlichen Strukturen eigenständig entwickeln können.

Zur Verwirklichung eines solchen Systems im internationalen Rahmen sind für die Entwicklungsländer im allgemeinen und für die einzelnen Entwicklungsländer im besonderen befristete Zugeständnisse und Übergangsmaßnahmen erforderlich. Dazu gehören:

- eine faire Unterstützung der Entwicklungsländer bei ihrer Integration in die freie Weltwirtschaft;
- eine wirkungsvollere Entwicklungshilfe für rohstoffarme und außenhandelschwache Entwicklungsländer der Dritten Welt, an der sich im verstärkten Maße auch die Erdöl exportierenden Länder, andere Entwicklungsländer und insbesondere Schwellenländer unter Nutzung ihrer bereits gemachten Erfahrungen beteiligen müssen;
- Fortsetzung, Ausweitung und Verbesserung von Maßnahmen auf dem Agrar-, Handels-, Gewerbe- und Industriesektor durch die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe;
- der Abbau der bestehenden tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse, insbesondere im administrativen Bereich. Schutzzölle für noch nicht wettbewerbsfähige Sektoren sollten auf mittlere Frist mit dem Ziel des Abbaus hingenommen werden; in den internationalen Verhandlungen ist Verständnis für besondere nationale oder regionale Problemstellungen aufzubringen;
- Fortentwicklung und Verbesserung der AGP-Regelung — Lomé-Abkommen — mit dem Ziel, zugunsten aller Rohstoff exportierenden Länder zu einem global ausgerichteten System der Stabilisierung der Ausfuhrerlöse, nicht der Rohstoffpreise, gegebenenfalls unter Nutzung der kompensatorischen Finanzierung des internationalen Währungsfonds, zu kommen. Zugleich müssen alle Bestandteile des Lomé-Abkommens, die sich als Hemmnisse für die Auswei-

tung und Diversifikation der jeweiligen Wirtschaften erweisen, abgebaut werden.

Das bedeutet gleichzeitig,

- den zunehmenden Protektionstendenzen im eigenen Land, in der Europäischen Gemeinschaft und bei wichtigen Handelspartnern, wie beispielsweise USA und Japan, entschlossen entgegenzutreten und sie durch eine Renaissance der freiheitlich orientierten Bestrebungen abzulösen;
- durch eine weltweite Kampagne das Verständnis für die Vorteile des freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu wecken und wesentlich zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang sind zu unterstützen die Forderungen nach

- Förderung und Begünstigung der Übertragung von wirtschaftlichem Wissen;
- Industrialisierung, wo dies den Strukturen nach möglich und vertretbar erscheint;
- Maßnahmen zur Förderung der Weiterverarbeitung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern;
- befristeten und von Fall zu Fall entwickelten Begünstigungen des Außenhandels der Entwicklungsländer;
- sachgerechter Beteiligung der Entwicklungsländer in internationalen Institutionen;
- fairer Beteiligung der Entwicklungsländer auch an nichtmateriellen Ordnungsbereichen, wie Informationswesen und Sport;
- Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zur Schaffung größerer regionaler Wirtschaftsräume;
- größerer Transparenz der multinationalen Unternehmen;
- Erlaß und Erleichterung öffentlicher Schulden von Fall zu Fall.

ERSTER TEIL

Fernando Cuen (Mexiko)

UNTERENTWICKLUNG UND GEOPHYSIKALISCHE UMWELT Ein Beitrag zum Nord-Süd-Problem

Lokalisierung der „Dritten“ Welt

1. Es fügt sich seltsam, daß das geographische Gebiet, auf dem die Länder liegen, die die „Dritte Welt“, das heißt die Gesamtheit der unterentwickelten Länder, darstellen, zusammenfällt mit dem Territorium, das sich südlich der hochentwickelten Länder erstreckt. Mit Ausnahme des Südens der USA und Hawaii umfaßt dieses Gebiet in seiner Gesamtheit den „Hitzegürtel“ oder die heiße Zone des Erdballs, die durch die Jahresmittelisotherme von 20° C (68° F) gekennzeichnet ist, sowie einige zusätzliche Gebiete, die zum gemäßigten Süden zählen.

Um die Nordgrenze dieses Areals zu umreißen, müßten wir eine imaginäre Linie ziehen, die anfangs der mexikanischen Grenze folgt, entlang dem Golf von Mexiko in den Atlantik mündet, den Florida-Kanal durchquert und von dort zum Mittelmeer führt, in das sie durch die Straße von Gibraltar eintritt. Sie durchquert dieses Meer in der Nähe der afrikanischen Küste, biegt dann nach Norden durch die griechischen Inseln, erreicht den Bosphorus und das Schwarze Meer, um südlich des Kaukasus Asien zu erreichen und Richtung auf die Hochebene von Pamir zu nehmen, von wo sie durch die nordwestlichen Ausläufer von Tibet hinauf zur Wüste Gobi, dann weiter über die Zinnen der Großen Mauer und die mandschurische Grenze zum Pazifischen Ozean führt, in den sie zwischen Japan und den Philippinen mündet, um schließlich südlich der hawaiischen Inseln zu ihrem Ausgangspunkt zurückzukehren.

Der Südrand dieses Gürtels beginnt bei Kap Horn, durchquert den Atlantik und dann den afrikanischen Kontinent im Süden der Wüste Kalahari, folgt dann, mehr oder weniger parallel zum Nordrand, der Grenze der Republik Südafrika. Ohne die 20° C (68° F)-Isotherme zu verlassen, strebt diese Linie ihrem Ausgangspunkt zu, indem sie den Südzipfel Afrikas mit den südlichen Ländern Australiens und dann Australien mit Südamerika verbindet, wobei sie den Pazifik nördlich Neuseelands durchquert.

2. Diese beiden Ränder, insbesondere der im Norden, trennen die „Dritte Welt“ oder den *Gürtel der Unterentwicklung* von den hochentwickelten Ländern mit ihren unheilvollen, bipolaren Ost-West-Spannungen.

Auf diese Weise ist die Welt in zwei entgegengesetzte Wirtschaftsbereiche gespalten, die im großen und ganzen das Ergebnis *zweier verschiedener Kulturstufen*¹ darstellen. Jedoch sind sowohl die wirtschaftlichen als auch die kulturellen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen, die wir in diesem Aufsatz darstellen, hauptsächlich das Ergebnis zweier unterschiedlicher Arten von Beziehungen zwischen Menschen und ihrer geophysikalischen Umwelt. In gewisser Weise sprechen wir über ein *ökologisches Phänomen*.

3. Genau diese These wurde unter anderem von Prof. *David Horowitz* aufgestellt, der 1966 folgendes sagte. Menschliche Ungleichheiten und die Unterteilung in reich und arm liegen heutzutage geographisch und horizontal fest. Sie bestehen in der Diskrepanz zwischen den entwickelten Industrieländern des Nordens und den armen unterentwickelten Ländern des Südens. Diese Beobachtung spiegelt sich klar in der Tatsache wieder, daß der Anteil der höchstindustrialisierten Länder, der USA, Westeuropas, Japans am Bruttosozialprodukt aller Mitgliedsländer des Weltwährungsfonds (IMF) fast 75 Prozent beträgt, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur rund 25 Prozent ausmacht. Demnach beträgt der Anteil der primär produzierenden Länder am nationalen Einkommen 25 Prozent, und ihr Bevölkerungsanteil macht 75 Prozent aus.²

4. Obwohl einige Länder der „Dritten Welt“ ein beträchtliches Wachstum entwickelt haben, das ihnen zurecht einen Platz zwischen den mehr und weniger entwickelten Ländern zuweist, und obwohl in Lateinamerika eine starke Anlehnung an die westliche und christliche Kultur herrscht, könnte die Dritte Welt insgesamt — um einen Ausdruck aus *Toynbee's* Sprache zu benutzen — als das externe Proletariat der westlichen Zivilisation klassifiziert werden, weil dieses gesamte Gebiet seit Jahrhunderten auf der Schwelle der Zivilisation stehen geblieben ist, als Opfer einer im doppelten Sinne feindlichen Umwelt, das heißt:

a) einerseits waren sie das Opfer ihrer geophysikalischen Umwelt, die eine erdrückende Last für ihren Entwicklungsprozeß darstellte und sie nicht nur unter Krankheit und Hunger leiden ließ, sondern hauptsächlich unter dem Mangel an adäquater Technologie zur Bewältigung der geophysikalischen Hindernisse, denen sie begegneten, und den wir in den folgenden Abschnitten beschreiben werden;

b) andererseits sahen sie sich einer feindlichen menschlichen Umwelt gegenüber, das bedeutet, daß sie von feindlichen sozio-politischen Umständen aller Art eingepfercht wurden.

An diesem Punkt sollte uns die Geschichte daran erinnern, daß die Dritte Welt einem ungünstigen internationalen Umfeld widerstehen mußte und zum großen Teil noch widersteht, wo politischer, ökonomischer und sogar kultureller Imperialismus an der Tagesordnung war und noch nicht verschwunden ist. Er versteckt sich noch immer hinter Unverständnis und Überheblichkeit ebenso wie hinter der neuen Maske der Heilslehre, die der neue Imperialismus sich aufgesetzt hat, den die UdSSR über die Welt auszudehnen begonnen hat.

Die Geschichte sollte daran erinnern, wie die hochentwickelten Länder verleitet wurden, der Dritten Welt gegenüber den Weg des geringsten Widerstandes, wenn nicht gar den Weg der reinen Bigotterie oder des politischen Ehrgeizes einzuschlagen, um die falschen Gruppen und Richtungen zu stützen oder zu fördern — zum Nachteil eines ständigen Demokratisierungsprozesses.

5. Die Geschichte mag auch zurate gezogen werden, um uns prüfen zu helfen, inwieweit den Ländern der „Dritten Welt“ selbst die Schuld gegeben werden muß, weil sie zeitweise oder für lange Zeitspannen, abwechselnd oder ununterbrochen unter der Last von Diktaturen, Anarchie, Bürgerkriegen, Kastensystemen oder ausgeprägter Klassenteilung, ethnischen und sprachlichen Problemen, Krankhaftigkeit, Dummheit oder niedrigem Bildungsniveau litten.

Und all dies wird gekrönt von der endemischen Abwesenheit staatsbürgerlicher Tugenden und Sitten, zusätzlich Armut. Mit anderen Worten, sie wurden in Rückständigkeit gehalten durch jene gesellschaftlichen Übel, welche die Entwicklung einer Gesellschaft verhindern.

Die reichen Länder und die „Cacosphäre“⁶³

6. Die kurze Analyse, die wir hier versuchen, hat einen klar umrissenen Zweck. Es ist unsere Absicht, eine der unbestreitbaren Tatsachen, die bestimmte Ungleichheiten menschlichen Lebens erklären und die in der heutigen Welt vorherrschend sind — Entwicklung und Unterentwicklung —, darzustellen und versuchsweise zu erklären. Diese Erklärung wird uns zu dem Schluß führen, daß die Ungleichheit dem günstigen historischen Schicksal der nördlichen Länder zuzuschreiben ist, die sich in Gebieten entwickelten, über die die Natur ihre Wohltaten im Überfluß ausschüttete, während die übrige Menschheit in geographischen Breiten lebte, wo die Natur der Entwicklung der Menschen mißgünstig, wenn nicht gar ausgesprochen feindlich, entgegenstand.

Deshalb werden wir nun die günstigen Umstände beschreiben, die die hohe Entwicklung auf der einen Seite begünstigten und die Entwicklung der anderen Seite beeinträchtigten, und auf diese Weise erläutern, warum der Erdball von der

Geschichte in zwei Teile gespalten wurde: die der Patrizier im Norden und der Plebejer — oder Proletarier — im Süden.

7. Wenn man vom Norden spricht, kann man sagen, daß der große materielle Fortschritt der westlichen Zivilisation, abgesehen von günstigen historischen und kulturellen Umständen, unmittelbar der Tatsache zu verdanken ist, daß dem Norden geophysikalische Bedingungen (bewohnbare Zonen, natürliche Rohstoffquellen) zur Verfügung standen, die eine solche Entwicklung zuließen. Diese Bedingungen galten nicht für nichtwestliche Länder. Ihre geophysikalische Umwelt wurde demgegenüber vielmehr zu einem Haupthindernis für den Fortschritt. Wären die Menschen des Westens gezwungen gewesen, sich in den heißen Zonen des Erdballs zu entwickeln, wären sie heute ebenso unterentwickelt wie die Massen der proletarischen (oder „Habenichts“-) Länder. Wir wollen diese Frage näher untersuchen.

8. Die wohlhabenden Länder, die die gemäßigte Zone der Erdoberfläche besetzen, konnten sich auf eine fruchtbare, gastfreundliche, ausdehnungsfähige, rohstoffquellenreiche geophysikalische Umwelt stützen, wo es verhältnismäßig einfach war, die Gaben der Natur und ihre günstigen Umweltbedingungen nicht nur auszubeuten und zu nutzen, sondern auch ihre negativen oder ungünstigen Bedingungen unter Kontrolle zu bringen.

Wenn wir den „Naturzustand“, den *Rousseau* beschrieben hat, das heißt das idyllische Zusammenleben des Menschen mit der Natur, analysieren, bekommen wir den Eindruck, daß die von ihm beschriebene idyllische Existenz zu der gehörte, die er selbst gut kannte: als die des Bois de Boulogne oder der Gärten von Versailles. Hätte *Rousseau*, von Malaria oder Dysenterie niedergestreckt, in den Tropen gelebt, hätte er seine sonderbare und unrealistische Theorie nicht vertreten, auf der er seinen über Gebühr berühmten „contrat social“ aufbaute.⁴

Anders als die Patrizierländer mußten sich die proletarischen Länder, die Dreiviertel der Menschheit darstellen,⁵ in einer ungastlichen, feindlichen Umwelt zu rechtfinden in Gebieten, die a) die Entwicklung einschränken, b) schwer zugänglich sind oder deren Rohstoffquellen nur unter zahllosen Einschränkungen ausgebeutet werden können, c) nicht oder nur schlecht zu besiedeln sind, weil die meisten günstigen Umweltbedingungen von ungünstigen Naturgegebenheiten überwogen werden, das heißt von geophysikalischen Faktoren, die nicht mit den verfügbaren technologischen Mitteln der Menschen beherrscht werden können.

9. „Man wird feststellen“, sagte *Gunnar Myrdal*, „daß fast alle Forscher, die mit Problemen der Entwicklung oder Unterentwicklung zu tun haben, in der einen oder anderen Weise mit dem ‚Teufelskreis‘ Bekanntschaft gemacht haben. Zum Beispiel führt Professor C.E.A. Winslow in seinem Buch zur Gesundheitsökono-

mie aus: 'Es war klar. . ., daß Armut und Krankheit einen Teufelskreis bilden. Männer und Frauen waren krank, weil sie arm waren; sie wurden ärmer, weil sie krank waren, und kränker, weil sie arm waren.'⁶ Auf der anderen Seite führt *Myrdal* selbst dazu aus: „. . .niedriges Bildungsniveau führt zu geringer Produktivität, zu Gesundheitsschäden und niedrigem Verdienst, was wiederum das Bildungsniveau niedrig hält usw.“⁷ Der Teufelskreis der Armut, durch den die Armut verhindert, daß der Mensch ihr entrinnen kann, wird von *Ragnar Nurkse* erläutert: „. . .ein armer Mann hat nicht genug zu essen; die Unterernährung schwächt seine Gesundheit; die körperliche Schwächung verringert seine Arbeitsfähigkeit, was bedeutet, daß er arm ist, woraus wiederum folgt, daß er nicht genug zu essen hat. Wenn man eine derartige Situation auf ein ganzes Land anwendet, kommt man auf die abgedroschene Phrase, 'ein Land ist arm, weil es arm ist.'⁸ Wir können diese Feststellung bestätigen, wenn wir sagen: Ein Land ist arm, weil seine Armut es daran hindert, seiner Armut zu entgehen.

10. Allein die Tatsache, daß dem Neologismus „Cacosphäre“, der am Anfang dieses Abschnitts gebraucht wurde, sowohl Eleganz als auch Wohlklang fehlen, begründet und rechtfertigt um so mehr seine Einführung, denn er paßt mit seinem Inhalt gut zusammen, der „die Unheilszonen der Erde“ bezeichnet.

In diesem und den folgenden Abschnitten möchten wir direkt auf das Zusammentreffen ungünstiger Bedingungen eingehen, die dem Menschen in seiner individuellen und kollektiven Entwicklung schaden. Wir möchten mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die geophysikalische Umwelt des Menschen im Süden (abgesehen von historischen und politischen Gegebenheiten) *bis vor kurzem*⁹ ein unüberwindliches Hindernis für den Fortschritt ihrer Bewohner darstellte. Das Klima, die Flora und Fauna, atmosphärische Bedingungen, die topographischen Gegebenheiten des Gebietes, die Wasserverhältnisse, all das trifft in derart unterschiedlichem Zusammenwirken aufeinander, daß es ein ernstes Hindernis für die Entwicklung der Menschen in der südlichen Hemisphäre oder „Cacosphäre“ wird. Wie wir schon sagten, liegt der Großteil der südlichen Hemisphäre in den Tropen, Dürregebieten, Steppen und Feuchtgebieten, das heißt, er umfaßt die ausgedehntesten Wüsten und unfruchtbarsten Steppen der Erde, abgesehen von den kalten Wüsten des Polargebietes, die großen Urwälder und tropischen Savannen und die ausgedehntesten und höchsten Gebirgsketten.

„Die Unheilszone der Erde“

11. Im Süden ist der Zugang zu den nicht ersetzbaren Rohstoffquellen zu schwierig und unzulänglich, um eine gute Produktivitätsrate zu erzielen. Die Lage dieser Quellen macht es schwer und kostspielig, sie zu erreichen, ganz zu schweigen von ihrer kostspieligen und beschränkten Nutzung. Urwald, Gebirge und Wüste behindern und verteuern den Güterverkehr. Sie behindern und verzögern die Mobilität und die Integration der Bevölkerung.

Solche Hindernisse beschränken den Nutzen der Bewässerung oder machen sie unpraktikabel. Klima, Flora und Fauna verringern die Produktivität, die Lebensdauer und die Kraft der Menschen. Dazu kommt in einer Reihe von Fällen der entnervende Einfluß eines eintönigen Klimas, verbunden mit den schädlichen Auswirkungen direkter und zu starker Sonnenstrahlung. Kurz, es ist dies eine Umwelt, die Trägheit begünstigt und körperliche Schwächung hervorruft, verbunden mit geistigen oder intellektuellen Behinderungen.

12. Die völlige Unbesiegbarekeit des Urwaldes, die Ungesundheit des Landes, die Trockenheit der Wüstengebiete und die Unüberwindlichkeit der großen Gebirgsketten verringern die urbaren Gebiete und spalten ganze Gemeinschaften. Die Mehrheit der Flüsse in der „Cacosphäre“ sind von geringem oder sogar negativem Nutzwert. Wenn solche Flüsse schiffbar sind, wird ihr demographischer und ökonomischer Wert als Transportadern, als gesellschaftsfördernde Faktoren oder als Zugänge zu Reichtumsquellen merklich durch die Feindseligkeit des geographischen Umfeldes verringert. Der Niederschlag in den südlichen Ländern ist entweder zu reichlich, zu gering oder unregelmäßig, aber nie angemessen. Aufgrund der intensiven Bebauung oder der Erosion sind die Felder oft ausgemergelt, beide Vorgänge sind unvermeidbar aufgrund der gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen, die in diesen Gebieten vorherrschen. „Bodenerosion ist ein weltweites Phänomen, aber in tropischen Gebieten nimmt sie extremste Formen an“.¹⁰ Spärlicher oder schwacher Pflanzenwuchs oder eine feindliche Tierwelt sind Hindernisse für die Entwicklung einer gesunden Viehzucht, und wenn eine reiche Pflanzenwelt wuchert, ist ihr Überfluß erstickend.

13. Überreiche Vegetation ist kein Zeichen für landwirtschaftliche Fruchtbarkeit, wie viele Leute glauben. Im Gegenteil sind „tropische Böden ärmer und leichter zu zerstören als solche in gemäßigten Gebieten. Große Sorgfalt ist bei ihrer Bearbeitung erforderlich, um weitere Auszehrung und Zerstörung zu vermeiden. Diese Umstände machen die Landwirtschaft in den Tropen unsicher, anders als im gemäßigten Gürtel, mit Ausnahme der halbtrockenen Gebiete, wo die Erosionsfaktoren sogleich den urbar gemachten Boden angreifen.“¹¹ So sind fruchtba-

re Gebiete im Süden allgemein nur unter ungesunden Bedingungen und beschränkt zu finden, während die möglicherweise bewohnbaren und bebaubaren Gebiete mit Urwaldpflanzen überwuchert, von Wüsten bedroht oder durch die Faltung der Erdoberfläche zerstückelt sind.

14. Und um das Bild zu vervollständigen, ist die tropische Umwelt wie keine andere vom gesundheitlichen Standpunkt aus todbringend.

Hier haben die blutdürstigsten und giftigsten Tiere ihren natürlichen Lebensraum. Hier wimmelt es von tödlichen Insekten und Bakterien.

In diesen Breiten scheinen die schlimmsten Krankheiten ihren Anfang und ihre Verbreitung gefunden zu haben: Beulenpest, Cholera, Pocken, Typhus, verschiedene von Ausschlägen begleitete Fieberarten, Schlafkrankheit, Gelbfieber, „Dengue“ (Breachfieber), „Kala-Azar“, Wurmkrankheiten, Elefantiasis, Lepra und amöbische Dysenterie (fast immer begleitet von Eingeweidewürmern und *tricrocyphalus*). Schließlich müssen wir die Malaria hinzufügen, die in der menschlichen Kultur einen Hinweis auf oder ein Synonym für das Leben in den Tropen bedeutet, und welche die Menschen befällt, „indem sie ihnen das unauslöschliche Stigma der Degenerierung einbrennt, die die Auszehrung durch Sumpffieber begleitet“. Ohne Zweifel ist die Malaria im großen Umfang verantwortlich für schlechte Gesundheit, Arbeitsunlust, die Abgestumpftheit und Rückständigkeit in tropischen Ländern, eine Tatsache, die man in den Ländern des Nordens mit reiner Faulheit erklärt, die ihre Entschuldigung mit „mañana“ ausdrückt. Um dieses Bild tropischen Lebens noch dunkler zu machen fehlte nur noch, daß man entdeckte, daß auch der Krebs hier entstanden ist.

15. Es ist sinnlos, von „tropischer Fruchtbarkeit“ zu sprechen, wenn diese Fruchtbarkeit mit dem Tod oder der Vernichtung von Menschen bezahlt wird. Es ist sinnlos, Reden über tropischen „Überfluß“ zu halten, wo Wüsten, Gebirge oder Urwälder dem menschlichen Fortschritt riesige Gebiete entziehen. Es ist sinnlos, überfließende Rohstoffquellen zu preisen, wenn diese Rohstoffe nicht das nötige Material liefern, um die Werkzeuge herzustellen, die zur Erschließung der geophysikalischen Umwelt erforderlich sind. Es ist sinnlos, von natürlichem Reichtum zu reden, wenn man ihn praktisch nicht ausbeuten kann oder wenn seine Ausbeutung übermenschliche Anstrengungen verlangt.

Süd und Nord — niedrige und hohe Entwicklung

16. Welch ein Unterschied besteht zwischen der tropischen Umwelt und der in den gemäßigten Ländern, wo Wasser ohne Übermaß fließt, wo Klima und Land Ackerbau und Viehzucht begünstigen, wo gefährliche Tiere auf ein erträgliches

Maß reduziert worden sind, wo die Wälder dem Zugriff und der Kontrolle des *Menschen* unterliegen, wo es große fruchtbare Prärien, natürliche Häfen, schiffbare Flüsse, gut verteilte und gut zugängliche Rohstoffquellen im Überfluß gibt, wo große Flächen der Besiedelung und wirtschaftlichen Expansion offenstehen, wo die Lebensumstände die Initiative fördern und wo ein kräftigendes Klima die Anstrengungen der Menschen unterstützt und den optimalen Rahmen für die produktiven Bemühungen liefert.

Welch ein Unterschied zwischen Nord und Süd, besonders, wenn man daran denkt, daß die Seuchen im Süden nicht nur epidemisch, sondern auch endemisch verlaufen, während sie im Norden rein epidemischer Natur sind. Auf den ersten Blick scheinen die Rassentheorien etwas Wahrheit zu enthalten, sie verlangen jedoch weitere Überlegungen und Klärungen.

Zweifellos repräsentiert der „Nordmensch“, der Weiße, eine stärkere und fortschrittlichere Rasse seit dem Fall Roms, das jedoch ist keineswegs das Resultat struktureller oder ererbter oder entwicklungsbiologischer Eigenschaften, wie der Rassismus behauptet, sondern einfach von pathologischen und Umweltphänomenen: Schwache und kranke Körper erbringen keine geistigen Anstrengungen und sind zu körperlichen Anstrengungen erst recht nicht fähig.

17. So hat also die Geographie die proletarischen Nationen gezwungen, unter unsicheren Umständen zu überleben. Die Trockenheit und Unfruchtbarkeit des Bodens haben die Bevölkerung gezwungen, sich über weite Gebiete zu zerstreuen, während auf der anderen Seite Gebirge und Dschungel große Gruppen in kleinen Zonen zusammenpferchten. In beiden Fällen hat die Geographie den Produktionsanstrengungen des Menschen alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt, nachdem sie ihn der vollen Nutzung seines biologischen und intellektuellen Potentials beraubte.

Auf diese Weise hatte die Produktivität des Südmenschen immer überwältigende wirtschaftliche Belastungen zu tragen, die unter anderem in der Notwendigkeit gigantischer Forschungs- und Gesundheitsprogramme bestanden, in dem kostspieligen Kampf gegen Seuchen und Epidemien, in der Notwendigkeit hoher Investitionen für Bewässerungs- und Dammbauprojekte, Elektrifizierung, Hafenausbau, Gebirgsstraßenbau usw. Kurz, große Anstrengungen zur Erschließung angemessener Technologien für Ackerbau, Viehzucht, Urwaldwirtschaft sowie die daraus sich ableitenden Industrien.

18. Daraus scheint klar zu werden, daß der Mensch in der „Cacosphäre“ eine radikale Behinderung erlitten hat: er steht den Kräften der Natur praktisch machtlos gegenüber. Deshalb waren die Südländer jahrhundertlang dazu verdammt, im Hinterzimmer der Geschichte zu sitzen, bevor sie in der Lage waren, sich in

ihrer Umwelt zu behaupten, weil ihnen die technologischen Voraussetzungen zur Kontrolle ihrer geophysikalischen Umwelt fehlten. Der Süden war gezwungen, auf die Entwicklung moderner Technologie und auf den Anbruch des Industriezeitalters mit seiner jüngsten Errungenschaft, Atomenergie, zu warten. Erst jetzt können seine Völker über die Mittel verfügen, die ihnen von nun an helfen werden, einen besseren Lebensraum aufzubauen.

Anhang

Die feuchten Tropen: ein Feind des Lebens¹²

Wir, die wir in gemäßigten Breiten leben, haben Schwierigkeiten, uns klarzumachen, wie grausam die Natur dem Menschen begegnen kann, oder zu begreifen, daß auf nicht urbargemachtem Land das Wasser von gefährlichen Keimen wimmelt, Myriaden von blutsaugenden Insekten tödliche Mikroben in den menschlichen Körper injizieren und die bloße Berührung des Bodens schädlich sein kann.

Der Mensch ist nicht das einzige Opfer der Gesundheitsschädlichkeit der Tropen. Die genaue Untersuchung von Tieren in heißen Feuchtgebieten zeigt, daß sie von ernstesten Krankheiten verschiedenster Art befallen werden. Diese Gesundheitsschädlichkeit hängt mit dem Klima zusammen. Ständig hohe Temperaturen, Luftfeuchtigkeit, viele durch Regen entstandene Wasserflächen sind erforderlich für das Fortbestehen krankheitserregender Gebiete, wo Menschen, Insekten und Mikroben dicht zusammenleben.

Malaria ist die am weitesten verbreitete Tropenkrankheit. Obwohl sie gelegentlich in gemäßigten Breiten auftritt, liegt ihr Hauptwirkungsherd doch im heißen, feuchten Gürtel.

Zweifellos ist die Malaria in hohem Maße verantwortlich für die schlechte Gesundheit, die geringe Zahl, die Arbeitsunlust, die demographische Unbeweglichkeit und Rückständigkeit tropischer Völker. Die Dekadenz bestimmter Gebiete im Mittelmeerraum am Ende des Römischen Reiches wurde der Verbreitung der Malaria zugeschrieben, die letztlich auf politische Wirren zurückzuführen war, durch die das Entwässerungssystem in Unordnung geriet.

Dysenterie und Hakenwurmbefall sind die hauptsächlichen Darmkrankheiten, aber andere, weniger bedeutende Krankheiten haben einen großen Anteil, verschiedene Arten von Bandwürmern und Bilharziose, die man sich beim Baden zuzieht.

Insgesamt muß jeder, der in seinem Blut Malariaerreger aufnimmt, der eine reiche Auswahl von Amöben und dysenterischen Bazillen, Hakenwürmer, Band-

würmer, Bilharzioseegel und verschiedene andere Parasiten im Darm trägt — wie es die meisten Leute tun, die in den heißen Feuchtgebieten wohnen — mit Sicherheit geschwächt werden, unfähig für harte körperliche Arbeit und unfähig zu großen geistigen Anstrengungen sein.

Unter gewissen Umweltbedingungen können Darmkrankheiten lebhafter grasieren als Malaria. Das ist in Yukatan der Fall, welches keine Oberflächenentwässerung kennt, weil es aus einem Block pliozänen Kalksteins besteht. Andere in den warmen Breiten eigentümliche Krankheiten überwältigen den Menschen in den Tropen. In Afrika ist die Blasenbilharziose besonders todbringend, und in Indien wirkt Kala-Azar besonders verheerend. Die Lebenskraft des Menschen wird weiterhin von Fadenwurmkrankheiten, Elefantiasis, Guinea-Wurm (*Dracotiasis*), Kalabarbeulen und Onchozerkose geschwächt. Tropische Geschwüre, die Leischmann-Krankheit und immer wieder Rückfallfieber vervollständigen diese kurze Liste, deren Schrecken noch vermehrt werden durch die Schlafkrankheit und das Gelbfieber, die beide besondere Aufmerksamkeit verdienen. Teilweise erklären sich diese Plagen mit Unterernährung, aber die Hauptursache liegt im Klima. Natürlich finden hier die Krankheiten des gemäßigten Gürtels, die in den Tropen auch weit verbreitet sind, keine Erwähnung.

Das Leben der Pioniere in den Einöden Sibiriens, Kanadas und Neusüdwaales' war hart, aber gesund; in tropischen Ländern jedoch zollen Pioniere — gleich welcher Rasse — einen großen Tribut an die Krankheit, und sie sehen ihre Energie schwinden. Das hauptsächliche Problem bei der Entwicklung der heißen Feuchtgebiete ist ein gesundheitliches.

Tropische Böden sind ärmer und leichter zu zerstören als solche in den gemäßigten Gebieten. Große Sorgfalt ist bei ihrer Bearbeitung erforderlich, um weitere Auszehrung und Zerstörung zu vermeiden. Diese Umstände machen die Landwirtschaft in den Tropen unsicher, anders als im gemäßigten Gürtel, mit Ausnahme der halbtrockenen Gebiete, wo die Erosionsfaktoren sogleich den urbar gemachten Boden angreifen. Außerdem darf man aus der reichen Vegetation nicht schließen, daß der Boden in heißen Feuchtgebieten reich sei. Vielmehr zeigt die Analyse, daß tropische Böden mit seltenen Ausnahmen sehr arm an Assimilationsbasen und Phosphor und schlecht mit Humus versorgt sind. Die Mängel sind so groß, daß Böden ähnlicher Zusammensetzung in einem gemäßigten Klima als unfruchtbar gelten.

Warum sind tropische Böden mit wenigen Ausnahmen so unfruchtbar? Sie sind oft tief, weil die Krume bis auf mehrere Fuß Tiefe zersetzt ist. Aber die löslichen Stoffe, Basen und Nitrate, werden oft durch Sickerwasser weggeschwemmt und durch hohe Temperatur, Kohlen- und Salpetersäure und unzählige Bakterien ver-

nichtet. Man darf nicht vergessen, daß der elektrolytische Dissoziationskoeffizient mit der Wärme des Wassers und seiner Säure steigt. Der chemische und biochemische Prozeß wirkt so tief, daß die Silikate zersetzt werden. Im Gegensatz zu den Vorgängen in unserem Klima werden die Silikate aufgelöst und vom Wasser weggeschwemmt.

Dies ist einer der großen Unterschiede zwischen den Tropen und dem gemäßigten Gürtel; denn während die Landwirtschaft in gemäßigtem Klima mit dem geringen Anteil an organischem Stickstoff für die Pflanzen zu kämpfen hat, hat die tropische Landwirtschaft im Gegensatz dazu Sorgen mit dem Stickstoffüberfluß. Aus klimatischen Gründen sind tropische Böden arm und neigen dazu, immer rascher auszulaugen. Das wäre nicht so schlimm, wenn der Boden an seinem Platz bliebe und seine für den Ackerbau günstige bröckelige Struktur behielte. Aber tropische Böden sind von Erosion und Lateritisierung bedroht; vor allem letztere ist eine den heißen Feuchtgebieten eigentümliche Tendenz.

Bodenerosion ist ein weltweites Phänomen, aber in tropischen Gebieten nimmt sie extremste Formen an. Die Trockenheit der nackten Scholle setzt sie hilflos der Winderosion in der Trockenzeit und der Wucht heftiger Wolkenbrüche zu Beginn der Regenzeit aus.

Lateritböden sind nicht weniger nachteilig. Ein großer Teil der heißen Feuchtgebiete ist mit hochlateritischem Boden oder reinem Laterit bedeckt. Nun ist Laterit aber völlig unfruchtbar. Er setzt sich aus Aluminium- und Eisenoxydhydraten in wechselndem Verhältnis zusammen, es enthält kein Element, das Pflanzen assimilieren könnten: keine löslichen Stoffe, Kalk, Pottasche, Stickstoff, Phosphorsäure oder Humus. Andererseits widersteht Laterit aufgrund seiner kompakten Struktur und Wasserundurchlässigkeit der Vegetation. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Laterit wegen seiner Sterilität und Kompaktheit dem Ackerbau widersteht.

Nicht alle tropischen Länder haben denselben Grad an lateritischem „Selbstmord“ erreicht, aber wenn die Evolution einen beträchtlichen Weg zurückgelegt hat, befindet sich der Mensch unter sehr seltsamen Bedingungen. Madagaskar, ein Land aus rotem Laterit, hat eine bebaubare Fläche von nur 30 000 Quadratmeilen bei einer Gesamtoberfläche von 190 000 Quadratmeilen. Vielleicht ist Laterit nicht allein verantwortlich für die Sterilität der nicht nutzbaren 160 000 Quadratmeilen, aber nichtsdestoweniger bedeckt es den Großteil der Oberfläche.

Anmerkungen

- ¹ Das wird im Süden dieses „Gürtels“ deutlich, wo nur 3 Länder (mit verhältnismäßig unbedeutender Bevölkerung) liegen, nämlich Südafrika, Australien und Neuseeland.
- ² Hemisphere North South, John Hopkins Press 1966, 3.
- ³ Die Einführung dieses Neologismus wird am Ende dieses Abschnitts begründet, auf der Grundlage der Argumente, die im folgenden Abschnitt fortgeführt werden.
- ⁴ Vgl. hierzu *Pierre Gourou*, angeführt im Anhang.
- | | | |
|--|-------|--------------------|
| ⁵ <i>Weltbevölkerung</i> (1978) | | 4 258 Mio. (100 %) |
| <i>Untereentwickelte Länder</i> | | 3 228 Mio. (76 %) |
| Lateinamerika | 350 | |
| Asien (mit Türkei, ohne UdSSR) | 2 460 | |
| Afrika (ohne Südafrika) | 418 | |
| <i>Entwickelte Länder</i> | | 1 030 Mio (24 %) |
| Kanada und USA | 242 | |
| Europa und UdSSR | 742 | |
| Südafrika und Ozeanien | 46 | |
- ⁶ „Rich Lands and Poor“ von *Gunnar Myrdal*. Harper and Brothers 1957, 11.
- ⁷ A. a. O., 20.
- ⁸ A. a. O., 12.
- ⁹ Bevor die Technologie des 20. Jahrhunderts zu Hilfe kam.
- ¹⁰ *Gourou*, 19.
- ¹¹ *Gourou*, 13.
- ¹² Alle Paragraphen in diesem Abschnitt sind Zitate aus „The Tropical World“ von *Pierre Gourou*.

Taketoshi Nojiri (Rokko-Kobe, Japan)

WELTWIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL
UND
ZERFALL MODERNER SOZIALLEHREN

Heutzutage leben wir in einer Zeit der Umwandlung. Man braucht sich nur an die Weltlage vor zehn Jahren zu erinnern. Zu der Zeit war die Wirtschaft noch weltweit im Höhenflug, und die Weltpolitik wurde weitgehend von der „Détente“-Welle getragen. Dagegen ist jetzt die Lage ganz anders. Die Wirtschaft gerät in eine krisenhafte Flaute, die Politik offenbar in einen neuen „Kalten Krieg“, und damit ist die ehemalige helle Futurologie in eine dunkle umgeschlagen. Unser Beitrag soll die Richtung und den Sinn dieser weltweiten Schwankung, insbesondere in Hinsicht auf die Wirtschaftsstruktur und Sozialsystemsidee, behandeln.

I. Weltwirtschaftlicher Strukturwandel
— historische Bedeutung der Ölkrise —

Nicht die einzige Ursache, aber ein entscheidender Anlaß für die heutigen weltweiten wirtschaftlich-politischen Verwirrungen ist jene Ölkrise, die wir in den siebziger Jahren zweimal (1973 und 1979) erlebten. Von diesem Punkt aus betrachtet, darf man mindestens drei große Änderungen in der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht übersehen: nämlich wesentliche Änderungen im Wirtschaftsablauf, in der Wirtschaftsordnung und in den Wirtschaftsgrundlagen der ganzen Welt.

1. Im Wirtschaftsablauf hat die Ölkrise zuerst eine außerordentliche Steigerung des Ölpreises und dann eine radikale Umwandlung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge gehabt.

Nach dem II. Weltkrieg haben die „nördlichen“ Industrieländer ein viel höheres Wirtschaftswachstum als erwartet erreicht. Obwohl die „südlichen“ Entwick-

lungsländer hintereinander nach dem II. Weltkrieg politisch unabhängig geworden und auf die Vorderbühne der Weltgeschichte getreten waren, hatten sie doch aus ihrem wirtschaftlichen Stillstand nicht herauskommen können. Infolgedessen, trotz schnell zunehmenden Gewichts ihrer politischen Stimmen, weitete sich der wirtschaftliche Abstand der „südlichen“ von den „nördlichen“ Ländern immer mehr aus. Diese Weltlage erfuhr durch die mit der Ölkrise beginnende rasche Steigerung des Ölpreises plötzlich schwere Veränderungen.

Vor der ersten Ölkrise (Oktober 1973) kostete 1 Barrel Erdöl etwa 2 Dollar. Gegenwärtig will die OPEC den Standardpreis von 34 Dollar erhalten: eine ungefähr siebzehnfältige Preiserhöhung in neun Jahren. Dieses Faktum, zusammen mit der es begleitenden Preissteigerung der sonstigen Energie und des Industrierohstoffes, hat das hochgeschraubte Wirtschaftswachstum in denjenigen hochentwickelten Industrieländern, die sich völlig auf das Erdöl gestützt hatten, mit einem Schlag zum Scheitern gebracht. Andererseits sind ungeheuere Beträge des Öldollars in die ölerzeugenden Entwicklungsländer geflossen, und dadurch sind der weltweite Geldmarkt und die internationale Kapitalbewegung gründlich verändert worden.

Hinsichtlich der „südlichen“ Länder ist ein neues Problem äußerster Wichtigkeit aufgetreten, nämlich das der am schwersten betroffenen Länder (Most Seriously Affected Countries = MSAC). Die Entwicklungsländer, die nichts an Erdöl oder anderen ähnlichen Naturschätzen besitzen, sehen sich mit einem doppelten Problem konfrontiert, die plötzliche Erhöhung der Preise für Energie und Rohstoffe einerseits und die sich daraus ergebende Steigerung der internationalen Preise von importierten Industrieprodukten andererseits. Diese Länder konnten nur den Weg zur Vergrößerung ihrer passiven Zahlungsbilanz und zu ihrer Verelendung nehmen, damit andere „Südländer“ sich im „Süden“ etablieren konnten (sog. Vierte Welt).

Bei den heutigen weltwirtschaftlichen Verflechtungen müssen diese weltweiten Störungen bald auch auf die ölerzeugenden Länder zurückfallen. So ist die Welt unter dem Druck der im wörtlichen Sinne weltweiten Verwirrung gezwungen worden, nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung (sog. NIWO) zu suchen.

2. Die Ölkrise hat wirklich, in Hinsicht auf die Wirtschaftsordnung, die bisherige Weltwirtschaftsverfassung in ihren Grundfesten erschüttert.

Die internationalen Wirtschaftsverhältnisse nach dem II. Weltkrieg hatten auf der Breton-Woods-Verfassung beruht, bei der das Prinzip des freien und indifferenten (gleichreziproken) Handels galt. Dieses liberale Prinzip heißt, alle Nationen sollten im Feld internationalen Wirtschaftens miteinander völlig frei und oh-

ne jede unterschiedliche Behandlung einzelner Nationen konkurrieren: also das Prinzip der internationalen freien Marktwirtschaft. Die Ölkrise hat dieses Prinzip verletzt: sie war auch ein Frontalangriff gegen dieses freie weltwirtschaftliche Ordnungsprinzip, weil z. B. die erste Ölkrise daraus entstand, daß beim Ausbrechen des vierten Nahostkrieges die arabischen Länder ihre Ölvorkommen zu ihrer Strategie gegen Israel benutzten, d. h., daß sie erklärten, sie würden ihr Erdöl denjenigen nicht verkaufen, die auf sie nicht hören wollten, m. a. W., daß sie proklamierten, auch im Bereich der Wirtschaft würden sie von nun an unter Umständen aus politischen und anderen Gründen Unterschiede in der Behandlung einzelner Nationen machen. In diesem Punkt war auch die zweite Ölkrise von 1979 ganz gleichartig, welche von den politischen Ereignissen in Iran ausgelöst worden war.

In diesem Zusammenhang sollte man weitere Dinge beachten. Das Prinzip des freien und indifferenten Handels, im Wirtschaften in allen Fällen alle Länder ohne Unterschied zu behandeln, heißt zugleich, die Wirtschaft von der Politik streng zu separieren. Beide Prinzipien hängen eng zusammen. Da aber nun die Weltwirtschaft zunehmend politisiert worden ist, bedeutet dies nichts anderes, als daß das Prinzip der internationalen freien Marktwirtschaft wesentlich verletzt worden ist.

Jedenfalls ist die Ölkrise als ein historischer Vorfall anzusehen, der das Ende einer Epoche nach dem II. Weltkrieg ankündigt. Die heute zu suchende neue internationale Wirtschaftsordnung (NIWO) kann nicht mehr auf dem alten Prinzip beruhen. Eine neue Epoche der Umstellung internationaler Wirtschaftsordnung zieht herauf.

3. Im Hinblick auf die Wirtschaftsgrundlagen ist das, was die Ölkrise bedeutet, noch wichtiger. Die Problematik der Basis der modernen Weltwirtschaft wird tief betroffen.

Es ist zu fragen, warum Arabien und Iran heute in der Lage sind, die ganze Welt so zu erschüttern. Das kommt letzten Endes aus nur einer Tatsache, nämlich daß der Bodenschatz Erdöl immer knapper geworden ist oder daß die Besorgnis über diese Knappheit größer geworden ist. Diese Tatsache, zusammen mit der weiter um sich greifenden Umweltverschmutzung, ist wohl ein Zeichen dafür, daß wir die natürliche Grenze des Wirtschaftswachstums (zumindest des Wachstums durch moderne Technologie) erreicht haben. Es war 1972, als jener berühmte erste Bericht des Rom-Klubs „*Die Grenzen des Wachstums*“ erschien. Schon davor war die Umweltverschmutzung zu einem ernststen Problem geworden. Die Entstehung der Ölkrise muß auch in diesem Kontext erfaßt werden. Zwar sind einige, besonders methodologische Einwände gegen diese ziemlich pessimistischen Fol-

gerungen des Rom-Klubs vorgelegt worden, doch verändert dies nichts am Ernst des Sachverhalts. Wenn das weltweite Wirtschaftswachstum in der bisherigen Art und Weise fortschreitet, muß es früher oder später auf die Begrenztheit der natürlichen Grundlagen, die das physikalisch Bedingende sind, stoßen.

Allerdings hängt der Umfang der verfügbaren Hilfsquellen vom jeweiligen Stand der Technologie ab. Heute geht es uns um die Grenze des sich auf moderne Produktionstechnologie stützenden Wirtschaftswachstums. Die moderne Industrietechnologie ist im allgemeinen von anorganisch-mechanischer Natur und bedient sich besonders der nicht reproduzierbaren natürlichen Bodenschätze und Energiequellen (z. B. Steinkohle, Erdöl, Eisenerz usw.). Das Wirtschaftswachstum in der modernen Industriegesellschaft wird von dieser Technologie und sogar von der ökonomischen Entwicklung beschleunigt. Unter diesen Umständen, schreitet das Zerstören der Natur um so schneller fort, je schneller die Wirtschaft wächst. Dieser Entwicklungsprozeß verläuft in der Form einer in geometrischer Reihe aufsteigenden Kurve, und zu einem bestimmten Zeitpunkt muß sie in die kritische Phase eintreten, wo sie sich immer schneller der Grenze der begrenzt vorhandenen Bodenschätze nähert. Wir sind der Meinung, daß die Menschen jetzt schon in diese Phase eingetreten sind und daß die Ölkrise auch ein Zeichen dafür ist. Wenn dem so ist, könnte man wohl die Ölkrise als den Vorfall bezeichnen, der nicht nur das Ende einer Epoche nach dem II. Weltkrieg, sondern auch das des Zeitalters der sogenannten „Moderne“ anzeigt.

II. Zerfall moderner Soziallehren — die Zeit neuer Wahl ohne Modell —

Dieser weltwirtschaftliche Strukturwandel löst eine soziale und politische Spaltung sowie Verwirrung in der Welt aus. Und diese Weltlage hat den schon verblichenen sozialen Heilslehren, einschließlich der sozialistischen, zunehmend ihre Anziehung genommen.

1. Die Polyzentralisierung in der Weltpolitik

Im Frühsommer 1975, zwei Jahre nach der ersten Ölkrise, fand der Helsinki-Kongreß, die erste Konferenz für alleuropäische Sicherheit und Kooperation, statt. Das war der Höhepunkt der Bewegung, die mit dem Namen „Détente“ bezeichnet wird. Danach ging diese Bewegung rückwärts, und der Kalte Krieg erneut vorwärts. Unter den verschiedenen Tatsachen, welche die heutigen zwischenstaatlichen Spannungen zum „neuen“ Kalten Krieg machen, ist das für uns

Bedeutendste vor allem das Faktum, daß heute im Unterschied zu früher die politische Macht der Welt vielfältig zerbrochen und vielpolig geworden ist.¹

Früher bestand die Weltpolitik in dem zweipoligen Gegenüberstehen der USA und der UdSSR. Jetzt sind die weltpolitischen Machtverhältnisse polyzentralisiert, und, von der Militärmacht abgesehen, ist die politische Stellung Amerikas und der Sowjetunion in der Welt offensichtlich gesunken. Im „Westen“ haben die Europäische Gemeinschaft und auch Japan ihre internationale Stellung verbessert, und damit ist die Epoche der einfachen „pax americana“ vergangen. Im „Osten“ haben sich mehrere Spaltungen, einschließlich des Gegensatzes zwischen der Sowjetunion und China, so vertieft, daß kommunistische Länder gegeneinander, wie in Vietnam und Kambodscha, Kriege führen: heute ist auch die kommunistische Welt gar kein Monolith mehr. Dazu kommt der Aufschwung der „südlichen“ islamischen Welt: aber auch dieser Kreis enthält schon einen ersten Zwiespalt, und gegenwärtig wird innerhalb dieses islamischen Blocks ein heftiger Krieg geführt.

Nun stellt diese Zerspaltung und Polyzentralisierung der Welt eine Vergrößerung weltweiter Unsicherheit und eine Verringerung der weltpolitischen Macht Amerikas und der Sowjetunion dar. Und das Herabsinken der Stellung dieser beiden militärisch größten Länder in der Weltpolitik deutet an, daß die Verstärkung der Militärmacht nicht immer eine Zunahme an politischer Macht zur Folge hat. Es dürfte wohl außer Zweifel stehen, daß nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Machtpolitik, die Zeit des Laissez-faire zu Ende geht. In diesem Zusammenhang ist es für uns nicht zuletzt von größter Wichtigkeit, daß diese überall sich verbreitenden und vergrößernden Schwierigkeiten den Zerfall bisheriger Sozialmythen, die je die Verwirklichung einer idealen Gesellschaft versprochen hatten, beschleunigt haben.

2. Der Niedergang des liberalistischen Mythos

Es ist kaum nötig zu sagen, daß der liberalistische Mythos nicht erst heute zu sinken angefangen hat. Die Geburt dieses Mythos, der im Glauben an eine durch Marktmechanismus autonome und völlig geordnete Gesellschaft begründet ist, geht auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück. Und sein erstes Stolpern fing in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts an und selbst seine zweite entscheidende Krise schon in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts.² Die unerhörte große Wirtschaftskrise, die seit dem Herbst 1929 die ganze Welt überfiel und für einige Zeit mehreren Ländern einen Arbeitslosensatz von 30 % und darüber brachte, zeigte, daß die Selbstregulierungsfunktion des Marktmechanismus schon

paralysiert war. Jedenfalls hat seitdem, und auffallend nach dem II. Weltkrieg, in jedem liberalen Staat sich das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft erweitert, und bald wurde die staatliche umfassend-planmäßige Beeinflussung der Wirtschaft institutionalisiert, und damit hat der Staat, der liberale Rechtsstaat, immer mehr den Charakter des Sozialstaats oder des Verwaltungsstaats angenommen.³ In dieser Weise ist der rein liberalistische Mythos schon lange zerfallen.

Aber in der internationalen Wirtschaftsordnung ist noch nach dem II. Weltkrieg ein liberalistischer Grundsatz gelten geblieben: d. h. die Breton-Woods-Verfassung, welche auf dem Prinzip des freien und indifferenten Handels ruhte. Aber, wie schon erwähnt, ist auch diese Verfassung durch die beiden Ölkrisen in den siebziger Jahren wesentlich beeinträchtigt worden, und jetzt bemüht man sich, eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO) zu finden. Es gibt noch keine klare Vorstellung darüber, was für eine Ordnung sie konkret sein soll. Doch scheint es deutlich zu sein, daß sie sich nicht mehr an der durchaus freien Konkurrenz orientiert, sondern an der zunehmenden Einführung internationaler Umverteilung des Reichtums, sozusagen an der Erweiterung internationaler Sozialpolitik. Da man in entwickelten Ländern seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts begann, sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen zu treffen, darf man wohl sagen, daß auf der zwischenstaatlichen Ebene eine derartige Politik fast 100 Jahre später kommt als auf der innerstaatlichen.

3. Das Scheitern der sozialistischen Mythen

Gegen den Liberalismus predigte der Sozialismus, daß durch Sozialisierung des Eigentums und durch Planung der sozialwirtschaftlichen Prozesse eine echt menschliche, wirklich freie und gleiche Gesellschaft käme. Diese Lehre ist seit dem letzten Jahrhundert als die Fahne von sogenannten „fortschrittlichen“ Gruppen ausgegangen und nach dem I. Weltkrieg auch in der Praxis erprobt worden. Aber sobald der Sozialismus in das Stadium des Experiments eintrat, wurde zugleich eine Spaltung des Sozialismus in die zwei Gruppen von Ost und West entscheidend. Und in letzter Zeit sind die sozialistischen Mythen beiderseits weitgehend zerfallen.

Die Strömung des westlichen Sozialismus, der ideengeschichtlich die Hauptströmung des Sozialismus bildet, hatte sich schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen im Gegensatz zum Bolschewismus zunehmend gemäßigt; er hat sich nach dem II. Weltkrieg noch mehr liberalisiert und sich „Freiheitlicher Sozialismus“ oder „Demokratischer Sozialismus“ genannt. Und hier wurde im allgemeinen dem Ideal des angeblichen „Wohlfahrtsstaates“ gefolgt: die Idee, die sich vor-

stellt, daß der Staat, der alles von der Wiege bis zum Grab besorgt, der beste Staat sei. Dieses Modell ist jetzt aber doch mit dem Stillstand des schnellen Wirtschaftswachstums in eine Sackgasse geraten: durch wachsende finanzielle Schwierigkeiten, Erschwerung öffentlicher Belastung, Verlust der Volksgunst usw. Man besehe sich diejenigen Länder, welche einmal als Muster des Wohlfahrtsstaates betrachtet wurden. Jetzt spricht man z. B. von der britischen Krankheit und von der schwedischen.

Der Zusammenbruch des östlichen kommunistischen Mythos ist sogar noch dramatischer. Der dort noch geglaubte marxistisch-leninistische Chiliasmus versprach und verspricht, der kommenden vollkommunistischen Gesellschaft eine unendliche Erhöhung materieller Produktion, das Absterben des Staates und die vollkommene Freiheit der Menschen, sowie die wirkliche Solidarität und den ewigen Frieden. Aber heute könnte nur ein naiver Dogmatiker oder fanatischer Propagandist daran glauben, daß die heutigen kommunistischen Länder sich in Wirklichkeit diesem versprochenen Reich nähern, geschweige denn, daß sie schon ein solches Reich realisiert hätten. Die niedere Leistungsfähigkeit und der Stillstand der Wirtschaft, der strenge Staatsbürokratismus und seine Erweiterung, die Spaltungen und die Widerstände innerhalb kommunistischer Kreise sind inzwischen derart, daß selbst die kommunistischen Länder zum Anerkennen dieser Sachverhalte gezwungen sind. Zwar werden verschiedene Entschuldigungen für diese Mängel vorgebracht: die sowjetische offizielle Verteidigung lautet, der Marxismus-Leninismus sei an sich richtig, die Schwierigkeiten kämen nur aus dem noch überlebenden kapitalistischen Überbleibsel; dagegen lautet gewöhnlich die chinesische formelle Rechtfertigung, der Marxismus-Leninismus sei an sich richtig, aber die Praxis des Bürokratismus sowjetischen Typs verfehlt. Doch scheint eine solche ideologische Apologetik eben doch eine verdrehte Entschuldigung zu sein. Und auch innerhalb des kommunistischen Einflußbereiches verliert sie jetzt in der Tat immer mehr Überzeugungskraft. Ja, es sind nicht wenige osteuropäische Theoretiker, die, wie O. Šik, J. Kosta u. a., viele Mängel der heutigen kommunistischen Gesellschaft dem Marxismus-Leninismus selbst zuschreiben und deswegen aus ihren Ländern ausgewiesen worden sind.⁴

Wenn das oben Gesagte der Fall ist, läßt sich wohl weiter sagen, daß wir heute vor der Notwendigkeit stehen, ein neues Ordnungssystem zu wählen, dafür aber kein zuverlässiges Modell besitzen. Wir sind in einer Zeit der Wahl ohne Modell.

III. Die Suche nach neuen Ordnungsprinzipien

— Forderungen nach menschlicher Reintegration der modernen Gesellschaft —

Nun, warum mußten wir denn in diese Situation geraten? Unseres Erachtens kommt es im Grunde aus dem Scheitern dessen, was man die „Moderne“ nennt.

1. Es ist natürlich sehr schwer, darauf zu antworten, wie diese „Moderne“ charakterisiert werden soll. Im Zusammenhang mit unserem Thema wird es wohl für jetzt hinreichen, wenn wir nur folgende Charakteristiken beachten.

a) *Der Fortschritt der rein wissenschaftlichen Denkweise und der darin begründeten modernen Technik.* Bei dieser wissenschaftlich-technischen Entwicklung hat die moderne Industrietechnik immer mehr ein anorganisch-mechanisches Gepräge erhalten. Sie hat den Menschen die Möglichkeiten gegeben, die natürlichen Energiequellen und Bodenschätze nacheinander neu nutzbar zu machen und ihre materielle Produktion quantitativ zu erweitern.

b) *Die ökonomistische Wirtschaftsexpansion.* In moderner Zeit, die *W. Sombart* und *M. Scheler* einmal richtig als eine Periode des Ökonomismus bezeichneten, hat die Wirtschaft eine überlegene Stellung im Lebenssystem eingenommen. Die ökonomische oder quasiökonomische Logik hat in fast allen Lebensbereichen geherrscht, und eine ununterbrochene Wirtschaftsexpansion wurde eifrig angestrebt. Und diese, verbunden mit dem oben erwähnten technischen Fortschritt, hat einen unerhörten Wirtschaftsaufschwung gebracht.

c) *Das Herrschen des monistischen Prinzips im Sozialsystem.* Man ist bestrebt gewesen, die Gesellschaft nach nur einem Prinzip, entweder dem Individual- oder dem Solidaritätsprinzip, dem Prinzip der Freiheit oder dem Prinzip der Gleichheit u. dgl. zu gestalten. Daher kommt es auch, daß der Liberalismus und der Sozialismus gegeneinander in scharfem Gegensatz gestanden haben, obwohl jeder von beiden seine ideengeschichtliche Wurzel in der Naturrechtslehre der Aufklärungsperiode hat. Diese zwei Hauptsoziallehren der Neuzeit sind sozusagen sich dauernd bestreitende Zwillinge der Moderne.

d) *Die absolute Geltung der äußeren Souveränität des Staates, also eine Art von Staatsindividualismus.* Daraus entstanden gleichsam ein Laissez-faire der Staaten und, verbunden mit schnellem technischen Fortschritt, eine heftige Konkurrenz zur Verstärkung der Militärmacht. Da der Geburtsort der modernen Technologie Westeuropa war, ist die Moderne zu einer Zeit der Vorherrschaft Westeuropas über die Welt geworden, so daß Modernisierung fast mit Europäisierung gleichgesetzt werden konnte.

Mit einem Wort dürfte man wohl letzten Endes von der Entwicklung des Individualismus im weitesten Sinne sprechen. Unter dem Individualismus verstehen

wir hier, daß eins, sei es Person, Gruppe, Bereich oder ein sonstiges, nur sich selbst behauptet.⁵ In der Neuzeit hat jeder menschliche Lebens- oder Kulturbereich — Wissenschaft, Technik, Wirtschaft, Politik usw. — sich individuell getrennt entwickelt, und sowohl die Gesellschaftsstruktur innerhalb eines Volkes als auch die unter den Völkern sind individualistisch oder gruppenindividualistisch gestaltet worden. Ein maßgebender, wenn auch nicht einziger Grundzug der Moderne besteht in einer „zerrissenen“ Kultur, bei der jeder sich von anderen losmacht und je um „mehr und mehr“ wirbt.⁶ Infolgedessen ist die moderne Welt, im Vergleich mit der mittelalterlichen Welt, deren Ganzes durch einen übernatürlichen Wert integriert worden war, außerordentlich dynamisch geworden, und einzelne Teilbereiche haben wunderbare Fortschritte und erhebliche Erweiterungen erreicht. Aber gerade deswegen ist in der Neuzeit überall eine so abnorme Hypertrophie eingetreten, daß die völlig rationale Entwicklung in einem einzelnen Teil zu etwas durchaus Irrationalem für das Ganze geführt hat. Man sehe sich um im eigenen Lebensbereich. Wie viele Entfremdungen und Vernunftwidrigkeiten gibt es heute, obwohl man in der Neuzeit um die Befreiung und Entfaltung des Menschen bestrebt war.

2. So gesehen, wäre es wohl nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß wir jetzt in einer Zeit sind, wo die Moderne durch Ausbreitung dieser umfassenden Irrationalität ins Stocken geraten ist und ein neuer Weg über die Moderne hinaus gesucht werden muß. Dies ist nichts anderes als der tiefste Grund dafür, daß wir glauben, am Scheideweg eines neuen Zeitalters zu stehen, vor der Notwendigkeit wesentlich neue Ordnungsprinzipien zu suchen. In dieser Hinsicht sollte mindestens das Folgende als Anstoß beachtet werden.

a) Die ökonomistische Wirtschaftsexpansion hat wegen ihrer Entfremdung des Menschen Rebellion hervorgerufen und ist wegen ihrer rücksichtslosen Ausbeutung der Natur (Umweltverschmutzung, Erschöpfung der Energievorräte und der Bodenschätze usw.) auf ihre natürliche Begrenztheit gestoßen. Daher ist man heute gezwungen, das Wirtschaften aufs neue in das Gesamtsystem des menschlichen, natürlichen Lebens (oder, mit *E. Heimanns* Worten gesagt, ins neue „vollgerundete Gesellschaftssystem“⁷) einzugliedern.

b) So sind an die moderne Technologie, die ehemals auf die „Eroberung der Natur“ stolz war, nun auch starke Ansprüche auf ihre „Rückkehr zur Natur“ gestellt.

c) Betreffs der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist sowohl der liberalistische wie auch der sozialistische Monismus praktisch wie ideell ins Stocken geraten, und beiderseits wird eine neue Entfaltung versucht (z. B. als Neoliberalismus,

Freiheitlicher Sozialismus, Neomarxismus). Dabei handelt es sich heute — im Hinblick auf die Koordinations- und Eigentumsverfassung — nicht mehr um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-Als-Auch, d. h. um eine neue Synthese des Individual- und des Sozialprinzips: ja, jeder -ismus spricht heute lieber vom „Dritten Weg“⁸.

d) Auch auf internationaler Ebene sind mehrere Zeichen der Wandlung bemerkbar. Die Entwicklung moderner Waffen, die bis jetzt immer die Spitze des modernen technischen Fortschritts angezeigt hat, beginnt nun wegen der Vergrößerung der Zerstörungskraft der nacheinander entwickelten Waffen vielmehr ihre praktische Verwendung zu erschweren. Gegen die Willkür der Großmächte verstärkt sich der Widerstand der Weltmeinung mehr und mehr. Ein Weltsystem, das unter der Herrschaft von Europa und Amerika und überhaupt des „Nordens“ gewesen ist, schwankt ungewöhnlich, und der Ruf nach internationaler Umverteilung des Reichtums wird immer lauter. Inzwischen ist die Staatssouveränität so weit relativiert worden, daß der staatsindividualistische Gesichtspunkt nicht selten von menschlich-globalen Erwägungen aufgewogen wird.

Das alles stellt, so könnte man sagen, im großen und ganzen eine je größer werdende Forderung nach menschlicher Neugliederung der Gesellschaft dar. Zumindest mit der früheren Lage verglichen, ist offenbar, daß die Stimme, die eine Vermenschlichung der Gesellschaft fordert, immer lauter wird und daß diese Forderung sich auch in der Praxis durchsetzt, wenn es auch nicht sicher ist, ob damit sich eine echt menschliche Zukunft eröffnet.

3. Nun, wenn dies die Richtung ist, in die sich die heutige Welt bewegt, darf man wohl weiter sagen, daß die heutige Gesellschaft sich in gewisser Hinsicht dem annähert, was von der christlichen Gesellschaftslehre schon seit langem gefordert wurde. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, denn die moderne Zeit, welche die mittelalterliche christliche Integration ablehnte, ist gegenwärtig wesentlichen Schwankungen unterworfen, und damit setzt das Überschreiten der Moderne ein. Es beginnt sozusagen die Negation der Negation christlicher Integration. Allerdings ist es ohne Zweifel ein Anachronismus, wenn man gleich deswegen etwa an die Wiederherstellung des Mittelalters denken würde: so etwas ist reell und sogar ideell unmöglich. Doch bewegt sich die Geschichte dialektisch. Es ist sicher, daß gegen die moderne individuell zerrissene Kultur heute eine menschliche Neuintegration gefordert wird. Und dann sollte man die Bedeutung nicht vergessen, die der christlichen Soziallehre deshalb für diese neue Integration zugesprochen werden muß, weil sie grundsätzlich immer menschlich, persönlich und zugleich gemeinschaftlich, individuell und zugleich universal gewesen ist. Immer-

hin kann der heute zu suchende wirklich „dritte“ Weg nicht etwas wie eine bloße Mischung der Ordnungsprinzipien innerhalb der Moderne sein: er muß in dem gesucht werden, was durch und über die Moderne selbst hinausgeht.⁹

Anmerkungen

- ¹ Nach meiner Meinung unterscheidet sich der heutige Kalte Krieg vom früheren mindestens in drei maßgebenden Punkten: nämlich darin, 1. daß er sich auf das Bodenschätze-Problem in der Welt bezieht, 2. daß die USA und die UdSSR heute sich an militärischer Kraft fast gleich sind, und 3. daß die Welt, was die politische Macht angeht, polypolarisiert ist. Für unser Thema ist hier zunächst das Letzte am relevantesten.
- ² Bei entwickelten liberalen Staaten nahmen plötzlich seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts interventionistische sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu. Doch waren diese von der Natur des „post-festum“ und „punktuellen“ Eingriffs: totale Koordination der Gesamtwirtschaft war noch der Selbstregulierungsfunktion des Marktmechanismus überlassen, und der Grundsatz der rein freien Marktwirtschaftsordnung blieb noch erhalten. Seit der großen Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts ist dieses liberalistische Prinzip wesentlich entartet. In dieser Hinsicht siehe z. B. *Theodor Pütz*: Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung, Wien 1948, S. 133, 152; *Hans-Jürgen Seraphim*: Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955, S. 328; *Karl Schiller*: Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1958, S. 11–14.
- ³ Zur Metamorphose des modernen Staates vom liberalen Rechtsstaat zum Sozialstaat, siehe *Bernd Bender*: Rechtsstaat und Sozialstaat. Zur Dialektik des heutigen Verfassungsstaats. In: *Goetz Briefs* (Hrsg.): Laissez-faire-Pluralismus. Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters, Berlin 1966.
- ⁴ Siehe *Ota Šik*: Argumente für den Dritten Weg, Hamburg 1973; *Jiří Kosta*: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974.
- ⁵ Darunter könnte man weiter den modernen erkenntnistheoretischen Individualismus verstehen, welcher mit Agnostizismus und mit Nominalismus verbunden ist.
- ⁶ Es war *Georg Simmel*, der mit dem „mehr und mehr“ die Moderne charakterisierte. In Japan hat *Haruo Naniwada* eine ähnliche, aber ganz originelle Anschauung von der Moderne aufgestellt, die die Moderne sozusagen mit dem individualistischen „mehr und mehr“ bezeichnet, und die Notwendigkeit des Niederganges der Moderne aufzeigt. Danach besteht die Moderne darin, daß jeder getrennt „mehr und mehr“ fordert, obwohl in Wirklichkeit jeder ohne den anderen nie sein kann und alle erst in Interdependenz mit allen existieren können. Vgl. bes. *Haruo Naniwada*: Kiki no Tetsugaku (Die Philosophie der Krise), Tokyo 1974; auch Ders.: The Crisis. From Where And To Where, Tokyo 1974, und Ders.: Der Weg der Wirtschaft, Tokyo 1965.
- ⁷ Vgl. *Eduard Heimann*: Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme, Tübingen 1963.

- ⁸ Der Ausdruck vom Dritten Weg wird seit einigen Jahren gewöhnlich mit dem Namen *Ota Šik*, Neomarxist, durch sein Buch „Der Dritte Weg“ verbunden. Aber dieser Ausdruck wurde früher von einigen Neoliberalen wie *Wilhelm Röpke* und *Alexander Rüstow* zum Manifestieren ihrer Ordnungsidee benützt. Vgl. auch *Arthur Fridolin Utz*: Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus. Die Philosophie des Dritten Weges, Köln/Bonn 1975, S. 11.
- ⁹ Daraus wird auch verständlich, daß gegen die beiden „Dritten Wege“ des Neoliberalismus und des Neomarxismus *Arthur Fridolin Utz* in seinem angeführten Buch die Philosophie des wahren dritten Weges im Neothomismus findet.

Mariano Sebastián Herrador (Madrid, Spanien)

DIE MASSSTÄBE FÜR DIE BEWERTUNG DER ANALYSE DER GEGENWÄRTIGEN SITUATION

Ein spanischer Beitrag zur Frage nach der angemessenen Beurteilung der gegenwärtigen Lage muß mit der Beschreibung dieser Lage, wie man sie in Spanien erlebt und versteht, beginnen.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise, die in den siebziger Jahren entstand und heute schon fast ein Jahrzehnt andauert, wirft mit ihren tiefgehenden sozio-ökonomischen Konsequenzen (wie wachsende Verknappung der Arbeitsplätze, Stilllegungen und Arbeitslosigkeit, Inflation, Rückläufigkeit der Wirtschaftswachstumsrate, wenn nicht sogar Stagnation und Rückgang der Produktion, verminderter wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand) von Grund auf erneut die Frage nach den bis vor einigen Jahren gültigen Erklärungen für die Ursachen der Wirtschaftskrisen auf. Vor allem wird nicht nur die Frage der Werturteile bezüglich des Entwicklungsstandes der Wirtschaftswissenschaft aufgeworfen, sondern speziell nach den wirksamsten Mitteln zu ihrer Sanierung gefragt, sowie nach den notwendigen Anpassungen, die im Wirtschaftsprozeß durchgeführt werden müssen.

Aus all diesem ergibt sich eine höhere Bewertung der christlichen Alternative und ihres Konzeptes der Wirtschaftsordnung, das sich dem Materialismus jeglicher Art, speziell dem Marxismus, entgegenstellt, ohne dabei aber auszuschließen, daß das Streben nach Gewinn und vor allem nach seiner Maximierung als alleiniger Rechtfertigungsgrund für wirtschaftliche Aktivität zu ähnlichen Irrtümern führt.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die Analyse der Krise in Spanien mit ihren tiefreichenden Konsequenzen für die Welt der Arbeit: fast 15 % der arbeitsaktiven Bevölkerung sind arbeitslos, ein Prozentsatz, der praktisch doppelt so hoch ist wie der durchschnittliche Prozentsatz in den Ländern der O.E.C.D. Denkt man an den bekannten Ausspruch von Professor *Seligman*, daß spürbare Quantitätsveränderungen in der Wirtschaft auch notgedrungen zu spürbaren

Qualitätsveränderungen führen müssen, können dem Ansteigen dieses Phänomens verschiedene Gründe und Faktoren zugrunde liegen.

Die vorliegende Arbeit stellt darauf ab, diese zu ergründen durch eine Beurteilung der Analysen und Methoden, die zum Eindämmen der Krise angewandt werden. Diese Beurteilung kann sich nicht nur auf die Unvollkommenheiten und Fehler des Arbeitsmarktes, auf Diskrepanzen in der Angebots- und Nachfragesituation beschränken, sie muß sich vielmehr an die Bewertungsskala, an die geistigen und menschlichen Prinzipien von „*Laborens exercens*“ anlehnen.

Zu den Charakteristiken der Arbeitslosigkeit in Spanien gehört die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, da die Erstarbeitssuchenden mehr als ein Drittel der Gesamtarbeitslosenzahl ausmachen (736 000 jugendliche Arbeitslose gegen Ende des Jahres 1981). Bei denjenigen, die nicht zum erstenmal Arbeit suchen, sondern bereits angestellt waren, beläuft sich die Zahl der Arbeitslosen bei den 16- bis 20-jährigen auf 44 %, bei den 20- bis 24-jährigen auf 30 %, ein wahrhaft haarsträubender Prozentsatz im Verhältnis zur Zahl der arbeitenden Bevölkerung. Andererseits sind oberhalb dieser Altersstufe die Arbeitslosenquoten einigermmaßen annehmbar und stimmen mit denen der meisten europäischen Staaten überein. Sie machen bei den 25- bis 55-jährigen etwa 10 % der aktiven Bevölkerung aus und nur 7 % derjenigen, die zwischen dem 55. Lebensjahr und dem Ruhestand stehen.

Wenn auch die starke Zunahme der Geburten in den vorangegangenen Jahrzehnten und die abgeplattete Alterspyramide in Spanien hierzu teilweise eine Erklärung geben können, bleibt dennoch die Tatsache bestehen, daß die Arbeitslosigkeit in Spanien in der Hauptsache ein Jugendproblem ist, das vor allem und sogar fast ausschließlich Männer und Frauen unter 25 Jahren betrifft und unter diesen vor allem die Erstarbeitssuchenden, mit der Folge, daß Mutlosigkeit und Frustration angesichts der Unmöglichkeit, ein eigenverantwortliches Leben zu führen, entstehen, wobei auch der Weg der Auswanderung, das Auspuffventil früherer Zeiten, verschlossen ist.

Eine weitere Charakteristik des Phänomens, die auch auf sehr viele andere Länder zutrifft, ist das nunmehr schon über 10-jährige Andauern der Situation, wobei sich die Länder erschöpft in die Lage schicken und aus einem Zustand der Instabilität ein Zustand der Stabilität entsteht. Es gilt das Paradoxon, daß die Arbeitslosenunterstützung zwar nicht das Problem beseitigt, jedoch die Gewissen zu beruhigen vermag und dazu beiträgt, daß das Problem sich verewigt.

Es scheint, daß sich Spaniens Wirtschaft resigniert und erschöpft auf eine Arbeitslosenquote von rund zwei Millionen Arbeitslosen einstellt. Zwar ist die Tendenz der Verminderung der Angestelltenzahlen und der Abbau der Arbeitsplätze

leicht rückläufig, verlangsamt sich zumindest (422 000 Arbeitsplatzverlusten im Jahre 1980 stehen nur 288 000 im Jahre 1981 gegenüber und die Aussichten für 1982 sind sogar noch besser), doch ist der natürliche Bevölkerungszuwachs und die wachsende Anzahl jugendlicher Arbeitssuchender derart hoch, daß dadurch die scheinbare Verbesserung der Arbeitsmarktlage ausgeglichen wird und die Arbeitslosenquote nicht abnimmt, wenn auch ihr Ansteigen sich verlangsamt hat. Das Problem scheint sich in Spanien zu verfestigen und nicht nur kurz-, sondern mit Sicherheit mittel-, wenn nicht sogar langfristig ausschlaggebend zu werden.

Neben den vereinfachenden Erklärungen, die die Schuld an der Arbeitslosigkeit entweder den *Unternehmern* zuschreiben, die sich weigern, zu modernisieren und ihre Unternehmen den neuen Umständen anzupassen und dabei doch das Arbeitsplatzangebot zu erhalten oder sogar zu steigern, oder den *Arbeitern*, deren Gewerkschaften durch überspitzte Forderungen die Marktlage stören, abgesehen von ihrer bremsenden Wirkung auf die Produktion, oder dem *Staat*, dessen Wirtschaftspolitik reine Routine geworden ist und nicht mehr den neuen Gegebenheiten tiefgreifender Veränderungen im Produktions- und Verbrauchermarktwesen entspricht, existieren selbstverständlich die verschiedenartigsten neuen Faktoren und Aspekte, die das Ausmaß und die Entwicklung dieser Wirtschaftskrise beeinflussen, die sich so sehr von allen vorhergehenden unterscheidet, besonders von der von 1929, aus der die keynesianische Theorie entstand.

Was Spanien anbelangt, hat sich in den vergangenen zehn Jahren ein tiefgreifender Wechsel im Bezug auf die Produktionskosten ergeben, der das Realeinkommen des Landes empfindlich vermindert hat. Dieser Wechsel ist vor allem den Erdöl exportierenden Länder der O.P.E.C. zuzuschreiben. Spanien ist eines der sich in der Entwicklungsphase befindenden Länder, das einen hohen Prozentsatz seines für die Gesamtproduktion benötigten Energiebedarfes einführen muß, zur Zeit muß es bis zu 6 % seines Bruttosozialprodukts für die unentbehrlichen Rohölmengen aufbringen, einen Betrag, der somit nicht mehr wie früher den Spaniern zur Verfügung steht.

Neben dieser Kostenerhöhung eines Einfuhrproduktes, haben sich weitere, überdimensionierte Reaktionen bei anderen Produktionsfaktoren ergeben (wie: Erhöhungen der Löhne und der Zinssätze, Kostenanstieg für die Arbeit und das Geld, Realerhöhungen und nicht nur Nominalerhöhungen). Sie haben das frühere Wirtschaftsmodell zunichte gemacht, ebenso wie die entsprechende Wirtschaftspolitik, die sich auf die Expansion der allgemeinen Nachfrage stützte und darauf ausgerichtet war, den Absatz der wachsenden Produktion auf dem inländischen und ausländischen Markt zu sichern, eine Wirtschaftspolitik, in der

fast totale Vollbeschäftigung erreicht worden war. All das wehte der Sturm der O.P.E.C.-Länder hinweg.

Das Entwicklungsmodell der spanischen Wirtschaft gründete sich in den sechziger und anfangs der siebziger Jahre auf einen indikativen Entwicklungsplan, der von einem starken Zuwachs der allgemeinen Nachfrage ausging, sowohl im Konsumgüterbereich, als auch auf dem öffentlichen und privaten Investitionssektor, wobei die Finanzierung zu einem großen Teil durch den auswärtigen Bereich, wie Einkünfte durch den Tourismus und auswärtige Kapitalanlagen, gewährleistet wurde.

Noch bis weit in die siebziger Jahre existierte, durch ein Wirtschaftswachstum, das im Bereich zwischen 5 % und 6 % lag, sowie durch die Emigration, die Arbeitslosigkeit in Spanien so gut wie nicht, da alle Arbeitskräfte absorbiert wurden. Zudem war es eines der Hauptziele der Sozial- und Arbeitspolitik, bei einer relativ gemäßigten Lohnpolitik, die Stabilität der Arbeitsplätze zu sichern, indem in der Praxis Entlassungen und Beurlaubungen erschwert wurden. Und, um das Bild zu vervollständigen, die Steuerpolitik gewährleistete die Ausgewogenheit der realen Situation und der Finanzlage im öffentlichen Sektor, so wie die Währungspolitik das Geldumlaufvolumen den einzelnen Gegebenheiten der Wirtschaftsexpansion anpaßte und somit die Preisstabilität erwirkte.

Heute ist die Wirtschaftslage Spaniens vollständig verändert und das Wirtschaftsmodell des vergangenen Jahrzehnts ist verschwunden. Angesichts der enormen Kostensteigerungsrate mit ihren tiefgreifenden Veränderungen im Produktionsgeschehen und empfindlichen Einbußen an Produktivität und Rentabilität der Unternehmen, ist die Wirtschaftswachstumsrate bis zur Bedeutungslosigkeit abgesunken (sie erreicht jährlich nicht mehr ganz 1 %, und die Produktion steht vor der Stagnation). Die Gewinnspannen liegen heute im Vergleich zu vor zehn Jahren im Durchschnitt unter der Hälfte, wodurch sich auch die Kapitalisierung und die Investitionen des privaten Sektors der Wirtschaft empfindlich verringert haben und heute, gegenüber vor zehn Jahren, faktisch unter dem Halbwert liegen.

Die Steigerung der Kosten, verbunden mit enormen, breiten Preisschwankungen, ist der Grund für alle wirtschaftlichen Unausgewogenheiten und speziell für die zwei Millionen Arbeitslosen der spanischen Wirtschaft. Unter den Komponenten dieser Kosten haben einige, wie z. B. die Energiekosten, die ein echter Fall von importierter Inflation sind, akkumulierende Wirkung und ihre Auswirkungen auf den Endpreis des Produkts lassen sich nur sehr langsam einschränken, da hierzu tiefgehende Änderungen technologischer Art sowie verminderter Einsatz importierter Energie und ihr Ersatz durch andere Energieformen aus der nationa-

len Produktion notwendig wären. Die Langwierigkeit und Schwierigkeit einer solchen Änderung lassen sich damit aufzeigen, daß Spanien, nach zehnjähriger Ölkrise, noch immer fast gleich viel, nämlich fünfzig Millionen Tonnen, Rohöl wie 1970 einführt: einiges wurde erreicht, aber der Prozentsatz eingeführter Energie, im Verhältnis zu den Produktionseinheiten, ist fast gleich geblieben.

Die beiden anderen Faktoren, die im Verbund mit dem zuvor Genannten das Problem erschweren und in starkem Ausmaß die Produktionskosten verteuern, sind fast ausschließlich spanischer Natur: ein starker Anstieg der Realeinkommen, also höhere Effektivkosten der Arbeit zu Lasten ihrer Produktivität, sowie eine starke Erhöhung der Zinssätze, also nominale Mehrkosten für geliehenes Kapital. Keiner dieser beiden genannten Faktoren will aber jetzt in angemessener Weise den Rückgang des spanischen Realeinkommens auffangen, der durch die Rohölvertéuerung und die daraus entstandene importierte Inflation verursacht wurde. Vor allem haben die Gewerkschaften aus einem offensichtlich politischen Bedürfnis heraus für die Angleichung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten gekämpft und sie auch, im Sinn der Steigerung der Realeinkommen, sicherstellen können. Aus dieser illusionären Politik, die von 1975 bis 1980 betrieben und später nur leicht abgebremst wurde, entstand das Paradox, daß Spanien, als einziges europäisches Land, in der langen Zeit der bereits zehn Jahre andauernden Wirtschaftskrise, einen starken Anstieg seines Lohnniveaus erfuhr. Zwischen 1975 und 1980 stieg das Niveau der Realeinkommen in Spanien um 31 %, die höchste Anstiegsrate in ganz Europa, die nach Abzug der Steuern und Beiträge zu den Soziallasten in diesen Jahren noch eine Nettoanstiegsrate von 25 % ausmachte, was sich als vollkommen unangemessen im Bezug auf die noch mögliche Endpreisgestaltung der stagnierenden Realproduktion erwies, wodurch der Bedarf an Arbeitskräften und die Schaffung von Arbeitsplätzen schlagartig vermindert wurden.

Analog dazu, wenn auch in anderer Hinsicht zeigt sich als unausweichliche Konsequenz der Inflation, die Kostensteigerung beim anderen Produktionsfaktor, dem Kapital in Geldform. Durch die Veränderung des normalen Sparerverhaltens wurde das Geldangebot knapper; bei Kreditaufnahmen muß sein Preis eine gewisse Garantie gegenüber der Geldentwertung beinhalten; das alles trägt in großem Ausmaße zur mißbräuchlichen Erhöhung der Zinssätze, zur Erhöhung des Geldpreises bei. Nichtsdestoweniger gibt es keinerlei Verminderung des Geldbedarfes. Der Rückgang der Unternehmergewinne, aufgrund der Kostensteigerung, ist so hoch, daß Selbstfinanzierungen aus Eigenmitteln seitens der Unternehmen nicht mehr gewährleistet werden können und auf relativ kurzfristige Anleihen, nicht auf dem Aktienmarkt, sondern durch Bankkredite oder Schuld-

verschreibungen, zurückgreifen müssen. Das Vorherrschen der Fremdfinanzierung, das schon früher ein beunruhigendes Problem der spanischen Wirtschaftsstruktur darstellte, hat sich in den letzten Jahren noch verstärkt. Nun, der Zinssatz für Anleihen und Bankkredite aller Art steht nicht nur im Mißverhältnis zum Marktgeschehen in Bezug auf die Produktion und die Nachfrage, sondern beinhaltet auch eine Garantie oder eine Prämie gegen die zeitlich bedingte Entwertung: Inflation und hohe Zinssätze gehen immer Hand in Hand. Der Durchschnittssatz für Anleihen betrug in den sechziger Jahren in Spanien nicht mehr als 10 % und beläuft sich heute auf etwa 20 % im Durchschnitt, was bei einer jährlichen Inflationsrate von 15 % noch nicht einmal als übertrieben bewertet werden kann, so abstrakt solche Durchschnittswertbegriffe auch sein mögen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kostensteigerungen bei den Produktionsfaktoren nicht insgesamt auf die Endpreise abgewälzt werden können, wodurch die Rentabilität der Unternehmen aufgezehrt wird, so daß bei diesen Gewinnspannen keine Nachfrage nach dem Gesamtkontingent an Arbeitskräften, die dem Lande zur Verfügung stehen, besteht. Das Gleichgewicht zwischen Darlehen und dem für die Produktion benötigten Kapital ist mehr das Ergebnis der Geldpolitik der „Bank von Spanien“ (Banco de España) als etwa der Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt. Das Ungleichgewicht zwischen den Preisen der Produktionsfaktoren ist derartig, daß jede Umstellung oder Rationalisierung der Industrie den Verlust an Arbeitsplätzen zur Folge hat und nicht umgekehrt.

Man sollte hier nun über eine angemessenere Wirtschaftspolitik sprechen, die das Arbeitslosenproblem vermindern, zumindest das Tempo der Arbeitsplatzverluste hemmen könnte, über die hierzu notwendige Kooperation sehr vieler politischer Einzelbereiche, insbesondere der Einkommenspolitik, die die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit stabilisieren und reduzieren sollte, der Geldpolitik, die das genau benötigte Geldmittelvolumen für ein ausgewogenes und expandierendes Wirtschaftsgeschehen gewährleisten sollte, der Steuer- und Finanzpolitik, die die Ausgewogenheit zwischen Staatseinkommen und Privatinvestitionen herstellen, aber auch den öffentlichen Unternehmen die angemessenen Eigeninvestitionsmittel zugestehen sollte. Es erscheint uns aber zweckmäßig und vielleicht sogar notwendig, die Schwächen der theoretischen Analyse, insbesondere des Marxismus, zur Erklärung dieses gewaltigen Problems hervorzuheben. Vor allem aber ist auch die Unzulänglichkeit derjenigen zu betonen, die glauben, daß das Problem der Arbeitslosigkeit und überhaupt aller menschlichen Arbeit, sich auf ein Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt reduzieren lasse und sich mit Druckausübung auf letztere beheben lasse.

Die marxistische Analyse erfaßt das Problem zunächst auf der theoretischen Ebene als ein unvermeidliches Folgeprodukt einer Produktionsweise, bei der die Produktionsmittel sich in Privatbesitz befinden: dem Kapitalismus folgt die Wirtschaftskrise wie dem Körper der Schatten. Auf der normativen Ebene des Handelns und der Wirtschaftspolitik jedoch wird — angesichts der Tatsache, daß Arbeitslosigkeit in jeder Wirtschaft, auch der marxistischen, auftaucht und daß auch der kommunistische Osten nicht gegen Inflation und reale Arbeitslosigkeit immun ist — das Problem durch eine enorme Überbesetzung von Stellen bei geringen Löhnen vertuscht, indem die öffentlichen Unternehmen mit unnötigem Personal überfüllt werden, wodurch ihre Produktivität auf ein Minimum reduziert wird.

Wenn man streng wissenschaftliche Kriterien anwendet, bleibt nur wenig übrig von den abstrakten propagandistischen Konstruktionen des Marxismus: Mehrwert der Arbeit, der Prozeß der Konzentration und Akkumulation des Kapitals in den Händen einiger weniger, das eherne Lohngesetz und Arbeitslose als Reservearmee der Industrie, um so ein möglichst niedriges Lohnniveau zu sichern. Gegenüber dem Konzentrationsprozeß, der die Arbeitslöhne auf ein mittleres Niveau einpendelt — ein typisches Phänomen der entwickelten Wirtschaft der westlichen Länder — ist es heute eine geschichtliche Tatsache und ein unbestreitbarer statistischer Tatbestand, daß es die breitgefächertsten Löhne und die größten Einkommensunterschiede in den kommunistischen Ländern gibt.

Auch wenn es die geforderte Kürze dieses Referates erschwert, in angemessener Weise darauf einzugehen, wäre es doch unrecht, hier nicht hervorzuheben, daß neben der theoretischen Unwissenheit der marxistischen Regime und der praktischen Wirkungslosigkeit ihrer Versuche, die Arbeitslosensituation, die die Wirtschaft fast erstarren läßt, zu verbessern, auch in der neoklassischen Wirtschaft ein gewisses Maß an Verwirrung herrscht. Das betrifft sowohl die keynesianische Wirtschaftsform, als auch diejenige, die heute vorzuherrschen scheint, nachdem sich das keynesianische Modell als gültige und ausreichende Erklärung für die Wirtschaftsprozesse der heutigen Welt erschöpft hat.

Beide geben keine erschöpfende und somit zufriedenstellende Erklärung für die Unfähigkeit des Wirtschaftssystems, gegenüber Veränderungen angemessen zu reagieren und die Arbeitskräfte der Millionen arbeitsloser Menschen einzusetzen, und zwar auf rationale und wirksame Weise und nicht mit der Flucht-nach-vorne-Methode, wie sie für die sozialistischen Staaten typisch ist.

Neben der mangelnden Kenntnisnahme von Ausmaß und Umfang der Krise ist auch die Interpretation ihrer Gründe rein mechanistisch. Zum einen kann man noch die keynesianische Interpretation der dreißiger Jahre hören, die effektive

Nachfrage reiche nicht aus, um die gesamte Produktionsmenge, die bei Vollbeschäftigung erreicht würde, über den Markt abzusetzen. Zum anderen hört man die These der Monetarier, die angesichts der Produktionskostensteigerung hervorheben, daß bei diesem Kostenniveau die Geldmenge, die zur Sicherstellung der Funktion der Wirtschaft benötigt würde, eine derartige Inflation herbeiführen würde, daß die Lösung von heute die noch größere Krise von morgen sein würde. Man kann zur Beschreibung dieses Phänomens folgendes aussagen, wenn es auch nur recht wenig ist: wahrscheinlich gehen zwei Drittel der Arbeitslosigkeit zu Lasten der Kosteninflation — neoklassische Arbeitslosigkeit — und das weitere Drittel läßt sich der unzureichenden Nachfrage aufgrund dieser Preise und Kosten — keynesianische Arbeitslosigkeit — zuschreiben.

Vielleicht sollte man mehr den soziologischen, d. i. humanen, Tatbestand vertiefen, daß die Arbeit des Menschen → oder besser seine Fähigkeit und sein Wille zur Arbeit — nicht schlicht und einfach wie eine Ware unter den Bedingungen des Marktes gehandelt werden kann, daß der Markt zwar ein Maßstab für ihre Vergütung sein kann, daß aber für ihren Einsatz neben der wirtschaftlichen Analyse all das erforderlich ist, was der persönlichen Vervollkommnung und Entfaltung des Menschen dient, wie es die neueste päpstliche Enzyklika „*Laborem exercens*“ mit soviel Nachdruck hervorhebt.

Julio Terán Dutari, SJ (Quito, Ecuador)

DIE VERWENDUNG DER MARXISTISCHEN ANALYSE BEI DEN CHRISTEN LATEINAMERIKAS

1. Der Begriff einer „marxistischen Analyse“

Wenn hier von Analyse gesprochen wird, versteht man darunter eine Methode zur wissenschaftlichen Erfassung von Fakten sozialer und geschichtlicher Art, die Gegenstand der Sozialwissenschaften sind (der „ciencias sociales“ also in jenem eigenen Verständnis, das sich überall in Lateinamerika gerade von ideologischen Interessen her unauffällig prägt). Marxistisch heißt diese Analyse, sofern deren Prinzipien, Bezugsrahmen, Begrifflichkeit (und gewissermaßen Verstehenshorizont) dem Historischen Materialismus als wesentlichem Bestandteil des Marxismus entnommen werden sollen.

In diesem ersten Teil wollen wir auf den Ursprung, auf die Problematik und auf die Ideologisierung dieses Begriffes hinweisen.

1.1 Ursprung des Begriffes

Zurückzuführen wäre der Begriff einer „marxistischen Analyse“ auf die „Scholastik“ des sowjetischen Marxismus, d. h. auf seine dogmatisch fixierte akademische Praxis. Hier hat der Historische Materialismus durch Anwendung auf die sozialen Probleme der Gegenwart eine solche analytische Methode entwickelt und zu einer eigenen Dimension innerhalb des marxistischen Wissenschaftsbildes werden lassen. Mit diesem Verfahren glaubt der Marxismus, die Lebendigkeit seiner ursprünglichen Intuition inmitten heutiger Wissensanstrengungen aufweisen zu können, ohne dadurch irgendeine Neuerung an seinem unantastbaren Lehrgebäude vorzunehmen, handelt es sich doch nur um „Anwendung“ der Prinzipien.

An einigen Beispielen dieser Anwendung könnte man den Ausgangspunkt und somit das tiefe Anliegen aller marxistischen Analyse leicht erkennen; etwa an folgenden Fragestellungen: Wie kann man im Rahmen einer durch Klassenkampf gezeichneten Sozialgeschichte Lateinamerikas die Unabhängigkeitsbewegungen

interpretieren, die durch Bürgerkriege unter Einsatz großer Persönlichkeiten und Heranziehung liberaler Ideale zur Gründung der neuen Republiken im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts geführt haben. Hier wird das herkömmliche Verständnis völlig geändert, indem gezeigt wird, daß dabei keine „Befreiung“ und somit kein neues Nationalbewußtsein, sondern ein bloßer Herrscherwechsel zustande kam. Oder es wird analysiert, wie die neueren Übergangsphänomene zu erklären sind, die von Agrargesellschaften patriarchalischer Art scheinbar unmittelbar zu modernsten Formen der Industrialisierung und sogar der Erdölproduktion hinüberleiten. In ähnlicher Weise versucht die Analyse Probleme zu beleuchten, die im Zusammenhang mit besonders gefährdeten ethnischen Gruppen (wie indios und negros) und deren Beziehungen zu den städtischen Bewohnern, etwa durch die massive Einwanderung in die Großstädte, immer akuter werden. Die Fragen scheinen im Gebiet der Wirtschaft einer gleich sorgfältigen „Analyse“ zu bedürfen: wohin geht der Weg Lateinamerikas in der gewaltsamen Kreuzung zwischen internen und externen Faktoren der Abhängigkeit vom Weltkapitalismus?

1.2 Problematik des Begriffes

Einer unvoreingenommenen Betrachtung bietet der Begriff der marxistischen Analyse nicht wenige Probleme, weshalb wir ohne weiteres verstehen, daß er bei uns in letzter Zeit höchst polemisch werden konnte. So fragen wir zunächst: geht es hier um eine positiv-empirisch begründete oder eher um eine metaphysisch stark unterbaute Analyse? Die Zweideutigkeit ist offenbar, weil die empirische Ausrichtung dieser Analyse all dem widerspricht, was ihre konkrete Herkunft vom Historischen Materialismus in enger Verbindung mit dem Dialektischen Materialismus in unverkennbar hegelscher Verwurzelung bedeutet. Davon abgesehen ist noch zu fragen, ob hier ein operatives Werkzeug zur Zergliederung und Ordnung der Fakten oder vielmehr eine hermeneutische Deutungsrüstung vorliegt.

Können diese Fragen für unsere soziale Praxis vielleicht allzu akademisch erscheinen, so ist folgende Sicht der Begriffsproblematik um so dringender: Muß die marxistische Analyse in Bezug auf das ganze marxistische Denken (einschließlich des DiaMat) als ein innerlich zusammenhängender Teilaspekt betrachtet werden, oder kann sie als ein abtrennbares Eigenelement gelten, dessen theoretischer Sinn und praktische Brauchbarkeit nicht von DiaMat und HistMat notwendig abhängen?

Diese wichtige Frage wird von Christen und Marxisten in Lateinamerika verschieden beantwortet. Von Christen zunächst: der traditionellen Ablehnung je-

des Marxismus gegenüber ist es ab Mitte der sechziger Jahre in nicht wenigen Kreisen zur Aufnahme eben nur dieses Teiles des marxistischen Lehrgebildes gekommen, den man marxistische Analyse nannte. Mit dieser Trennung wollte man bedeutende Impulse eines Denkens (des Marxismus) aufnehmen, das die unleugbare Geschichtsmächtigkeit zu besitzen schien, und dennoch die Haupteinwände des christlichen Glaubens gegen den Marxismus ausräumen, vor allem bezüglich des grundsätzlichen Atheismus und der Kritik jedweder Religion einerseits und der deterministischen Dialektik des Geistes, die keine wahre Freiheit zuläßt, andererseits. Auf diese Weise glaubte man, DiaMat und HistMat nicht voraussetzen zu müssen, wenn „nur“ die marxistische Analyse vertreten werde.

Die Marxisten (zumal die Stalinisten) ihrerseits haben traditionell, und auch am Anfang der erwähnten Entwicklung, jede Abtrennbarkeit einer empirischen Sozialanalyse vom Systemganzen und besonders von der materialistischen Philosophie verworfen. Trotzdem haben sich nachher immer mehr Marxisten in Lateinamerika gefunden, die solchen Annäherungsversuchen einiger Christen mit Konzessionen in der Kohärenz der eigenen Lehre entgegengekommen sind. So haben einige Neo-Marxisten oder „Revisionisten“ praktisch (und eventuell auch theoretisch) angenommen, daß gewisse Punkte der marxistischen Lehre mit großem Einfluß auf ein sozio-historisches Denken, sogar unabhängig von ihren systematischen Voraussetzungen, in einer empirischen Analyse Geltung haben müssen.

1.3 Ideologisierung des Begriffes

Von dieser gegenseitigen Bewegung: der Christen, die bei den marxistischen Lehren möglichst viel zu retten versuchen, und der Marxisten, die ihre Lehren angesichts der Christen in einigen Anwendungen zu mildern bereit sind, resultiert die sogenannte marxistische Analyse, in der mit vollem Recht, auch im marxistischen Sinne, eine Ideologie zu erkennen ist. Ihre beachtliche Verbreitung in Lateinamerika muß unseres Erachtens eben dieser Tatsache, nicht minder als ihrem angeblich wissenschaftlichen Wert, größtenteils zugeschrieben werden.

Durch geschickte und vielleicht taktische Akzentverlagerungen sind aus der marxistischen Philosophie die interessengeprägten Züge einer praktischen Ideologie (bisweilen unter christlichem Gewand) entstanden. So zum Beispiel: das philosophische Prinzip, daß die Produktionsverhältnisse sämtliche Sozialvorgänge determinieren (nicht einfach bedingen), wird in der Form gemäßigt oder verdeckt, daß sich in der Gesellschaft das Gemeinwohl letztlich durch die Wirtschaft entscheide. Das Prinzip einer der Produktion eigenen Dialektik, die sich im Kampf der antagonistischen Klassen der Gesellschaft notwendig entfaltet, wird in die

Überzeugung umgewandelt, die strukturelle Auseinandersetzung zwischen Unterdrückern und Unterdrückten sei in unserer ungerechten Situation universell und unvermeidbar.

Das Verständnis vom Kapitalismus als Ergebnis der bürgerlichen Revolution gegen die Feudalgesellschaft und als Etappe, die durch die eigenen Widersprüche zum Sozialismus und über diesen hinaus zum Kommunismus führt, besteht nun weiter in der vereinfachten Weise eines Gebots der Bekämpfung von Kapitalismus jeder Art (worunter auch neue soziale Modelle verstanden werden), als einzige Möglichkeit eines sozialen Fortschritts und einer gerechteren Gesellschaftsordnung.

Schließlich manifestiert sich die überall proklamierte „unausweichliche Alternative“ zwischen jeglichem Kapitalismus und marxistischem Sozialismus als das klare ideologische Gerüst dieser marxistischen Analyse.

2. Gestalten der marxistischen Analyse im christlichen Denken

Verwendet wird diese marxistische Analyse in verschiedenen Gestalten des heutigen Denkens der Christen in Lateinamerika. Unter diesen ist diejenige, die das religiöse Phänomen betrifft, wohl die markanteste und meist bekannte, nicht aber die einflußreichste Gestalt. Wir sprechen deshalb an erster Stelle von der Theologie, dann von der Philosophie und schließlich von den Sozialwissenschaften.

2.1 *In der Theologie*

Hier halten wir uns vor Augen die klarsten Zeugnisse, etwa der Dokumente von „Christen für den Sozialismus“, ohne auf besondere Erscheinungen wie die der Befreiungstheologien im einzelnen einzugehen.

Der christliche Glaube wird heute aus der lateinamerikanischen revolutionären (bzw. befreiungsbedürftigen) Situation her gelebt. Die Welt, in die sich für uns Gottes Wort und Tat begibt, wird als eine dialektische, konfliktgeladene, von den Widersprüchen der Wirtschaft getragene erfaßt und so als vermeintlich einzig nützliche Vermittlung, die Offenbarung Gottes heutzutage zu verstehen und den darauf antwortenden Glauben konkret zu artikulieren. Hier setzt die Analyse an, indem das soziale Sein interpretiert und folglich (nach einem marxistischen Prinzip) das soziale Bewußtsein bestimmt wird. Denn dieses soziale Sein determiniert derart das Bewußtsein (und das Gewissen — mit Anspielung auf die tiefe Doppel-

bedeutung von „conscientia“ in unseren Sprachen), daß das Evangelium in keinem „neutralen“ (d. h. nicht marxistischen) Kontext gelesen werden kann, keine andere Entsprechung zuläßt als jene des sozio-politischen (d. h. marxistischen) Engagements. So soll der Gläubige mitten im Klassenkampf für die Sache der Unterdrückten Partei ergreifen, und zwar, wo es nötig ist (d. h. praktisch überall, wo Konflikte sind), mit Gewalt — als neues Gesicht der christlichen Nächstenliebe.

Der Klassenkampf geht sogar durch die Kirche hindurch. Deshalb muß jede kirchliche Vollmacht an die Basis, an das Volk zurückgegeben werden. Solange die sozialistische Etappe der Geschichte aussteht, kann die Kirche keine Versöhnungsgemeinschaft sein. Gegenwärtig soll die Kirche ihre weltliche Sendung so ernst wahrnehmen und darauf hin den Kampf so fördern, daß ein Ende der Klassengesellschaft aufbrechen kann. Dann allerdings, wenn die neue Gesellschaftsordnung endgültig etabliert ist (wie schon manchenorts in Lateinamerika, nach diesen Analysen), kann der Glaube nur noch die Bedeutung einer privaten Angelegenheit besitzen. Gottes Macht in der Geschichte wird der immanenten Kraft dialektischer Vorgänge gleichgestellt, in denen nicht die Macht des Kreuzes, sondern die des Ökonomischen sich widerspiegelt.

Echtheit einer christlichen Handlung wird nur an der historisch relevanten Praxis gemessen. Sie selbst untersteht nicht dem Urteil durch Gottes Wort angesichts einer Sünde, die vom Herzen herauswächst. Die marxistische Religionskritik wird honoriert, das offizielle Christentum als eine den Unterdrückten dienende Ideologie desavouiert.

2.2 In der Philosophie

Hier spürt man die Gegenwart der marxistischen Analyse in der Form eines noch und noch kolportierten, programmatischen „Ausgangspunkts des Philosophierens bei unserer Wirklichkeit“. Aber ein im Grunde so berechtigtes Anliegen, wie der verlangte neue Ausgangspunkt, erscheint oft als entkräftigt. Denn diese Wirklichkeit, die ein sachbezogenes, geschichtlich und sozial verwurzeltes philosophisches Denken fundieren soll, wird meistens durch die Linse der marxistischen Analyse betrachtet.

Leicht zu ersehen ist, wie daraus eine Philosophie entsteht, die nur das zu entfalten vermag, was schon im Keim der ersten „Wirklichkeitsanalyse“ enthalten war. Unter Vermeidung der bekanntesten Extrempositionen des Vulgärmarxismus kommen dabei im besten Fall Versuche heraus, die im Banne einer Dialektik und eines Materialismus verfangen bleiben, denen nach Absicht ihrer christlichen Verfechter die Bezeichnung „nicht exklusiv“ zukommen konnte: Nicht ausge-

geschlossen wird Gott; aber dann weiß kaum einer, warum philosophisch von Gott die Rede ist. Nicht ausgeschlossen wird die Freiheit, noch die Offenheit der Geschichte auf eine uns nicht verfügbare und doch von uns zu verantwortende Zukunft hin. Aber, indem der alte (und vielleicht doch wirklich unzulängliche) griechische Dualismus von Geist und Materie durch einen Monismus in nivellierendem Einerlei ersetzt wird, kann unmöglich auf eine denkerische Begründung von Freiheit und Geschichtsverantwortung des Menschen gehofft werden.

Dem für christliches Verständnis zentralen Begriff einer entscheidenden Freiheitsbegegnung zwischen Gott und Mensch in der Welt und in der Geschichte, der gerade für heutige Fragestellungen der konfliktiven sozialen Verhältnisse so wichtig wäre, bleibt im philosophischen Denken dieser Christen kein Raum mehr übrig.

2.3 In den Sozialwissenschaften

Das ist das breiteste und wichtigste Gebiet, in welchem marxistische Analyse von Christen in größerem oder kleinerem Umfang betrieben wird. Hier besteht die höchste Gefahr des Mißverständnisses, da es sich um ein selbstverständlich empirisches Gebiet handelt. Denn es geht im Grunde um die Verwendung nicht empirisch kontrollierbarer Werkzeuge, die in ihrem empirischen Gebrauch philosophisch begründet werden müßten und doch solcher Kontrolle nicht unterstehen wollen.

Solange man der marxistischen Philosophie als Philosophie nicht offen das Wort geben will (und das ist oft gerade bei Christen der Fall), besteht man unwissenschaftlich und unphilosophisch auf der faktischen Behauptung, die Analyse sei empirisch begründet und bedürfe keiner philosophischen Rechtfertigung.

So verfährt man selbstverständlich, wie oben angedeutet, bei den Untersuchungen der Soziologie, der Ökonomie und der Politik. Aber ähnliche Phänomene kommen nicht selten auch in den Domänen der Sprachwissenschaft, der Kunst, der Anthropologie und der Ethnographie oder Archäologie vor. Sogar die Religionswissenschaften (hauptsächlich beim Studium der Volksreligiosität) werden, auch unabhängig von jedem theologischen Interesse, durch die marxistische Analyse gestützt.

Überall sucht man nach den dahinter stehen sollenden Produktionsverhältnissen, meint Klassenantagonismus und Kampfmechanismus rekonstruieren zu können. Nicht selten werden (ausgesprochen von Christen) Schlußfolgerungen gezogen, die sich auf eine scharfe Kritik des in den entsprechenden Gebieten der Sozialwissenschaften konkretisierten Glaubensvollzugs der Kirche oder der christlichen Institutionen konzentrieren.

Bei all diesen Vorgängen wird der Anspruch erhoben, rein positive Wissenschaft zu betreiben, wobei in der Tat sehr wenig konkrete Forschung des vorhandenen empirischen Materials, sehr wenig Aufschließung neuer Quellen geschieht, und andererseits falsche oder sehr diskutabile Positionen unter der Prestigeetikettierung einer wissenschaftlichen Analyse verkauft und somit der nötigen Diskussion durch Fachwissenschaftler der Philosophie und der Theologie entzogen werden.

3. Motivationen der Christen zur Verwendung der marxistischen Analyse

Wir führen die möglichen Motivationen, die gewisse Gruppen bei den lateinamerikanischen Christen zu einer Verwendung der marxistischen Analyse bewegt haben mögen, auf diese Stichworte zurück: Anpassung, Bekehrung, Beitrag, Pragmatismus.

3.1 *Anpassung*

Es geht um das Bestreben, sich an die überall verbreiteten und akzeptierten Denkmodelle anzupassen. Einige helllichtige Christen meinen, alle Methoden der empirischen sozio-historischen Analyse seien heutzutage sowieso stark ideologisiert; es gebe nicht-marxistische Methoden mit einer gegenüber dem Christentum gefährlicheren Ladung als die marxistische Analyse. Gemeint ist damit vor allem die sogenannte funktionalistische Analyse, die als positivistisch-kapitalistisch bezeichnet wird.

Der Anpassungsdrang kann oft als Imperativ erscheinen, nicht nur in den geographisch sehr beschränkten Räumen, wo sich angeblich eine sozialistisch-marxistische Revolution durchgesetzt hat, sondern auch in Universitäten und anderen intellektuellen Milieus all unserer Länder. Nicht selten wird diese Anpassung, die sich bewußt auf der bloßen Ebene einer empirischen Analyse bewegen will, als das einzig gebotene Mittel angesehen, schwerwiegende Grundirrtümer des Marxismus erfolgreich bekämpfen zu können. Aber viel öfters besteht im Hintergrund die Überzeugung, daß kein „Tercerismo“ mehr möglich ist, d. h. keine „dritte Position“ zwischen dem Marxismus und dem traditionellen Denken der Philosophie, der Sozialwissenschaften und selbst der Theologie.

Im letzteren Fall wird ohne weiteres angenommen, daß der Marxismus trotz seiner vielen negativen Seiten (die in optimistischer Sicht als nicht unheilbar betrachtet werden), schließlich doch für sich die „historische Wahrheit“ hat und auf der einzigen Fortschrittsbahn der Menschheit steht. Damit wird praktisch zuge-

geben, es wäre illusorisch vom Christentum zu verlangen, etwas Neues und Originelles dort zu bieten, wo der Marxismus schon längst epochemachende Antworten gegeben habe. Ja noch mehr, jeder Versuch in dieser Richtung vonseiten der Kirche wird als Komplizität mit den etablierten Mächten der Unterdrückung und der Ungerechtigkeit disqualifiziert und als kontrarevolutionäre, bürgerlich neo-kapitalistische Ideologie gebrandmarkt.

Theoretisch wird manchmal diese Anpassung damit begründet, daß sich die Christen heutzutage eines dem Christentum im Grunde fremden Denkens müssen bedienen können, in ähnlicher Form wie sich die Kirchenväter und die mittelalterlichen Doktoren der heidnischen Philosophie und des Aristotelismus der Araber bedient haben.

3.2 Bekehrung

Mit Erstaunen kann man in gewissen Fällen feststellen, daß die Übernahme der marxistischen Analyse einer tieferen Einstellung entspringt: Im marxistischen Denken wird wie von Neuem die Echtheit und der absolute Anspruch der Existenz und des sozialen Seins entdeckt. Es gibt Christen, die meinen, im Irrtum, ja im Betrug gelebt zu haben, im Ghetto eines rückständigen, abstrakten, ideologisierten Denkens verschlossen zu sein. Diese „bekehren sich nun zum Marxismus“ und zeigen sehr oft die kämpferische Leidenschaft der Konvertiten. Wenn dann eine christliche Substanz noch aufrecht erhalten wird, was in den hier anvisierten Fällen tatsächlich geschieht, gerät man in eine zwiespältige Situation. Denn der ganze Denkvorgang läuft so in eine dem Christentum geradezu entgegengesetzte Richtung.

Daß allzu oft die christliche Substanz selbst schnell verloren geht oder bewußt preisgegeben wird, kommt hier verständlicherweise mit leichterem Schritt vor als bei den anderen Motivationen.

3.3 Beitrag

In ganz besonderen Fällen von Christen innerhalb eines marxistischen Milieus kann die Absicht deutlich werden, mit einer vom Christentum inspirierten Reflexion das marxistische Denken zu stützen. Dies geschieht nicht nur in anderen Ländern mit einer marxistischen Gesellschaftsordnung, wo solche Christen als „Kolaborationisten“ bezeichnet werden, sondern auch in Lateinamerika, wo eventuell gewisse Umstände gegeben sind, die einen Christen dazu bewegen können, von seinem Glauben auf diese Weise Zeugnis ablegen zu wollen.

Es soll vor der marxistischen Intelligentsia bewiesen werden, daß ein Gläubiger in den Bereichen der empirischen Sozialwissenschaften nicht nur sich mit uneingeschränkter Freiheit bewegen, sondern auch von seiner tiefsten Glaubensüberzeugung und Tradition her wichtige Beiträge liefern kann.

Was die Bedeutung solcher christlichen Beiträge auf der Basis einer marxistischen Analyse (oder gar zur marxistischen Analyse selbst) betrifft, muß angemerkt werden, daß sie in ihrem *Inhalt* von den Marxisten, mit seltenen Ausnahmen, gering eingeschätzt werden; das *Faktum* der Kollaboration aber nach pragmatischen Kategorien beurteilt wird, weil es durch taktische Gründe motiviert oder für taktische Zwecke verwendbar erscheint.

3.4 Pragmatismus

Manchmal wird von Christen mit der Sprache der sogenannten marxistischen Analyse nur folgendes in pragmatischer Haltung beabsichtigt: gewisse gutgeheißene Aktionsmethoden des Marxismus zu fördern und von christlichen Gruppen übernehmen zu lassen.

Es liegt hier einfach eine realistische Taktik vor, ohne daß ein tieferes Engagement für die in der marxistischen Analyse dahinterliegende Deutung des Menschen und seiner Welt erfolgt. Dies ist nicht notwendigerweise ein Betrug oder eine Simulation. In vielen Situationen, angesichts der längst verbreiteten Sprach- und Denkmodelle, meinen kritische Beobachter feststellen zu müssen, daß eine mühselige und zugleich unnütze Anstrengung erforderlich wäre, damit die marxistische Analyse von ihren Unzulänglichkeiten gereinigt oder eine nicht-marxistische Begrifflichkeit in die Sozialwissenschaften eingeführt werden könnte. Dann macht man eben von der eingebürgerten marxistischen Analyse weiterhin Gebrauch.

Zwei Gefahren scheint diese Motivation christlichen Verhaltens besonders ausgesetzt zu sein: *Erstens*, dem „Immediatismus“ der unmittelbar erfolgreichen soziopolitischen Handlung, ohne Bezug auf die implizierten theoretischen Prinzipien. In Sachen Kampf gegen institutionalisierte Gewalt usw. käme dies dem alten verwerflichen Spruch gleich: „Der Zweck heiligt die Mittel“.

Zweitens, dem Individualismus oder Privatismus der Optionen, die nicht in Solidarität mit der eigenen Kirche und nicht einmal in Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubens- und Denkwelt erfolgen und deshalb jede wahre geschichtliche Tragweite entbehren.

Fernando Moreno (Santiago, Chile)

DIE THEOLOGIE DER BEFREIUNG ALS STRATEGISCHER DISKURS

Mit dem Ausdruck „Theologie der Befreiung“ bezeichnen wir hier verschiedene „theologische“ Richtungen¹, die ungefähr von 1968 an zur sozio-politischen Befreiung vermeintlich unterdrückter „Gruppen“ und in Abhängigkeit gehaltenen Völker aufrufen². Seitdem haben diese Theologen ihre Aktivität als missionarischen Dienst verstanden, der eine wahrhaft befreiende *Praxis* ins Leben rufen³ und rechtfertigen kann, die ihrerseits der eigentliche *Entstehungsort* und die *conditio sine qua non* der theologischen Forschung ist. So wirkt die Glaubenserkenntnis aus der historischen Praxis der Befreiung heraus und wieder auf sie hin, was der Aussage von *Gustavo Gutiérrez* gemäß soviel bedeutet wie, das „Evangelium im Herzen dieser Praxis“ zu verkündigen, durch die „viele Lateinamerikaner, mühsam aber verbissen, versuchen, eine andere Sozialordnung zu schaffen und eine neue Art und Weise, als Männer und Frauen in diesem Erdteil zu leben, der durch Zwang und Unterdrückung geprägt ist“⁴. Lateinamerika wird hierbei als theologischer Ort schlechthin des „Engagements für eine gerechte und brüderliche Gesellschaft“⁵ betrachtet. *Jon Sobrino* sagt, daß „Theologie in ihrem befreienden Sinn zu betreiben, bedeutet, die sündige Wirklichkeit zu verändern“⁶. Im gleichen Sinn erklärt *Leonardo Boff*, „die Theologie der Befreiung entstand als Antwort auf die Herausforderungen einer unterdrückten Gesellschaft und als vom Glauben inspirierter Beitrag zu einem umfassenden Befreiungsprozeß, der sich in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens artikuliert“. Nach *Boff* ist diese Theologie „aus einer erlebten Praxis oder einer in diesem Zusammenhang gemachten Erfahrung heraus entstanden, und sie strebt nach einer aufgeklärteren und qualifizierteren Praxis, die wirklich befreiend ist“⁷. Diese Praxis, die sich ganz in die Perspektive des Reiches Gottes einfügt, bedeutet eine Herausforderung für die Kirche: „Was die Theologie der Befreiung tut, ist, die Kirche aufzufordern, die Kämpfe der Armen in aller Welt zu beachten und diese nicht nur in ihren sozio-politischen Zusammenhängen zu sehen oder in ihrem nationalen Kontext, sondern in den Kämpfen die Manifestation des Reiches Gottes in der

heutigen Welt zu sehen“⁸. In jedem Fall ist die Theologie der Befreiung „eine Theorie sozialer und religiöser Natur, die von der Notwendigkeit ausgeht, die politisch-soziale Befreiung der Völker Lateinamerikas zu verwirklichen“⁹, wie der Bischof von Cuernavaca (Mexiko), *Sérgio Méndez Arceo*, sagt, oder, besser gesagt, sie gibt vor, es zu sein.

Aus dem bisher Gesagten läßt sich schon unschwer ersehen, bis zu welchem Grad die Theologie der Befreiung es ablehnt, nur noch eine Theologie mehr (oder eine unter anderen) zu sein, daß sie vielmehr danach strebt, „ein anderer theologischer Diskurs“ zu sein, in dem Sinne, wie der Argentinier *Enrique Dussel*¹⁰ diesen Ausdruck versteht, oder, wie *Gutiérrez* sagt, „eine neue Art Theologie zu betreiben“¹¹. Ebenso versteht man jetzt bereits, warum eine Kirche, wie diese „Theologie“ sie fordert, nur eine grundsätzlich erneuerte oder zu neuem Leben erwachte Kirche sein kann¹². In diesem und jenem Sinn ist die Aussage zu verstehen: „Wir werden nicht eher eine wirkliche Theologie der Befreiung haben, als bis die Unterdrückten sich frei und schöpferisch in der Gesellschaft und innerhalb des Gottesvolkes ausdrücken können“¹³.

In dieser Form beinhaltet die Theologie der Befreiung, die Zeugnisse des Glaubens, wie auch der gesamten christlichen Tradition, radikal neu zu lesen, und zwar auch von „der Solidarität mit den Armen und den Unterdrückten“ ausgehend, die die befreiende Praxis bestimmt¹⁴.

1. Die Praxis der Befreiung

Die Theologie der Befreiung hebt den *politischen* Aspekt der Praxis hervor, wobei sie Politik nicht im traditionell-klassischen Sinn als die Wissenschaft und Kunst des Gemeinwohls und der guten politischen Führung definiert, sondern im hegelianisch-gramscianischen Sinn¹⁵, wo alles politisch wird, oder, wie *Gutiérrez* sagt, „wo die menschliche Vernunft zur politischen Vernunft wird“¹⁶. „Das Politische“ hat hier aufgehört, eine Dimension unter anderen oder ein bestimmter Sektor des menschlichen Lebensbereiches zu sein und wurde zur „allgemeinen Bedingungsform und zum Sammelplatz menschlicher Verwirklichungen“; „nichts entgeht der so verstandenen Politik. Alles ist politisch gefärbt. Nur in diesem Gewebe und niemals außerhalb desselben kann der Mensch als freies und verantwortliches Wesen entstehen, sagt *Gustavo Gutiérrez*, als Mensch in Verbindung mit anderen Menschen, als jemand, der eine Aufgabe in der Geschichte auf sich nimmt“¹⁷, oder, als jemand, „der die Zügel seines Geschickes in die Hand nimmt und dadurch die Geschichte verändert“¹⁸.

Diese Aufgabe ist in dem Sinn eine angeblich befreiende Praxis¹⁹, daß alles, was den Menschen unterdrückt und seine freie Entwicklung hemmt, abgelehnt wird.

Es handelt sich aber trotzdem nicht nur um eine „Theologie der ‚Freiheit‘ — mit de. einer rein dialektisch die erlebte Unterdrückung bekämpft — sondern um eine Theologie der ‚Befreiung‘“, wie *Sobrino* sagt²⁰.

Die hegelianisch-marxistische Dialektik gibt so dem Begriff der Befreiung ein spezifisches Gepräge (und belastet ihn zugleich). Dieser Begriff hat nicht nur eine negative Seite als Fliehen vor oder sich Befreien von allem, was unterdrückt²¹, sondern hat darüber hinaus in seiner Wirkungsweise eine mehr positive, d.h. aktive Seite in Form von Kampf und Gewalt. Man könnte sagen, daß der „Klassenkampf“ und die Revolution bereits in dem *dialektischen* Begriff der Befreiung enthalten sind und daß dieser Begriff, und nicht die Wahrnehmung der realen sozialen Wirklichkeit, dem *Konfliktthema* die besondere Note gibt²². Die Praxis der Befreiung als Konkretisierung dessen, was *Hugo Assmann* „Liebe als Dienst“ nennt, würde historisch „die Manifestation des Klassenkampfes“ auch „im Schoße der Kirchen“²³ bedeuten. Aus der gleichen (dialektischen) Perspektive heraus wird die Revolution, verstanden als radikaler und gewaltsamer Bruch²⁴ mit der Vergangenheit, im Namen der Befreiung gefordert, insbesondere seit den Pionierarbeiten von *Richard Shaull*²⁵. Die Schriften des belgischen Priesters *Joseph Comblin* haben in Lateinamerika trotz, oder vielleicht sogar wegen, ihrer Mittelmäßigkeit ein besonderes Echo hervorgerufen. Für *Comblin* ist die Revolution einfach die *constitutio libertatis*. Diese Aussage ermöglicht es ihm, logischerweise aus der Revolution „das Herz der christlichen Botschaft“²⁶ zu machen.

Hier und da erscheint die Theologie der Befreiung als Theologie *der* Praxis zugleich auch als Theologie *für* die Praxis: sie ist, bzw. will sein, ein praktischer Diskurs, der eine konkrete Wirkung in der sozialen Welt ausübt²⁷. Vielleicht hat niemand diesen fundamentalen, der „Schule“ eigenen Aspekt besser zum Ausdruck gebracht als *Hugo Assmann*. Er sagt: Die Theologie der Befreiung „ist nicht mehr in erster Linie an der Aufgabe interessiert, eine zeitlose, abstrakte Wahrheit aufzustellen, sondern sie möchte die Wahrheit als eine historische und effektive Wahrheit in die Zeit einbringen. Die Liebe gewordene Wahrheit, die Wahrheit als Praxis, das ‚Tun der Wahrheit‘, wird zum Hauptanliegen einer Theologie im sozialen Raum. Nicht mehr die bloße Interpretation, sondern die Umwandlung der Welt, bildet das Zentrum der Bemühungen des Theologen. . . Das Neue an dieser Theologie ist. . . die mutige Übernahme der Ideologie als Waffe für die Umwandlung der neuen Welt. . .“²⁸.

In dieser „Theologie“ „*be-wahr-heitet*, erzeugt sich“ die Wahrheit und die Erkenntnis der Wirklichkeit, die nicht zu ihrer Veränderung führt, ist eine nicht verifizierte, eine nicht Wahrheit gewordene Interpretation²⁹. Die Wahrheit in fieri oder das „Sich-Bewahrheiten“ in der Praxis der Befreiung geht über in die er-

folgreiche Praxis oder, wenn man so will, die erfolgreiche Durchführbarkeit wird zur wesentlichen Dimension der Wahrheit³⁰, und „nur eine ausreichend weit gestaffelte, reiche und intensive revolutionäre Praxis kann die Bedingungen für eine fruchtbare Theorie schaffen“³¹. Logischerweise wird man auf der Grundlage solcher Behauptungen den Primat der Orthopraxis über die Orthodoxie fordern oder man versichert einfach: „die wahre Orthodoxie ist die Orthopraxis“³².

Von hier aus stellen sich der Theologie der Befreiung drei Schlüsselprobleme: die Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Verständnisses der Verhältnisse; das vorausgesetzte oder vorgeschlagene „Modell“ der Gesellschaft oder, subjektiver, die Bereitschaft für die Zukunft aus Hoffnung; schließlich der einzuschlagende Weg³³.

2. *Das wissenschaftliche Verständnis der Verhältnisse*

Man spricht hier von wissenschaftlicher „Vermittlung“, worunter man sowohl die „wissenschaftliche“ Deutung der Realität („absteigende“ Bewegung) als auch die eigentliche Strukturierung des „theologischen“ Diskurses („aufsteigende“ Bewegung) versteht. Mit anderen Worten, verhält sich die besagte „Vermittlung“ der Realität gegenüber analytisch, dann ist sie der Theologie gegenüber formalstrukturierend³⁴.

Aber welche Wissenschaft steht hier eigentlich zur Debatte? *Gustavo Gutiérrez* glaubt, in *Marx* die „wissenschaftliche Rationalität“ gefunden zu haben, die den Anforderungen dieser „neuen Art, Theologie zu treiben“ entspricht. Seiner Ansicht nach wird durch *Marx*, mit einem vertieften und erneuerten *Hegel*, „die wissenschaftliche Erkenntnis der historischen Realität aufgebaut werden. Indem er die kapitalistische Gesellschaft analysiert, in der es, konkret, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der einen sozialen Klasse durch die andere gibt, und indem er den Weg in eine neue Etappe der Geschichte weist, in der der Mensch als Mensch leben kann, prägt *Marx* Kategorien, die die Erarbeitung einer Geschichtswissenschaft ermöglichen. Diese Wissenschaft trägt dazu bei, daß der Mensch einen Schritt weitergehen kann auf dem Weg zu kritischer Erkenntnis, daß er sich der sozio-ökonomischen Konditionierung seiner ideologischen Schöpfungen bewußt wird und daß er dadurch ihnen gegenüber freier und klarsichtiger wird“³⁵.

Seit *Marx* — oder seit der hegelianischen „Vertiefung“, die die zweite Generation der Theologen der Befreiung³⁶, ohne dabei den Marxismus zu verlassen, betreibt, birgt die Vermittlung der „wissenschaftlichen Rationalität“ (*Gutiérrez*) eine wahrhaftige Hypothek für das Verständnis und Erlebnis des Glaubens (jenseits

der Theologie). *Jon Sobrino* kommt zu dem Schluß: „die Nachfolge Jesu“ kann nicht „automatisch zu einer Nachahmung werden“, ohne zuvor durch das „soziale, wirtschaftliche, anthropologische und politische Studium unserer konkreten Situation“ hindurchgegangen zu sein³⁷.

Diese Deutung der Realität fällt in ihren Anfängen — und bis heute hat man ihr nicht abgeschworen — mit dem zusammen, was man seit den sechziger Jahren in Lateinamerika „die Dependenztheorie“ nennt. Es ist eine „kreolische“ Version des Marxismus-Leninismus“, in der die Imperialismus-Theorie *Lenins* auf die Analyse der zwischenstaatlichen Beziehungen und der nationalen Situationen angewandt wird, und zwar im Grund auf der Basis der marxistischen Theorie der sozialen Klassen und kapitalistischen Ausbeutung. Die „dependenztheoretische“ Position verformt einen bestimmten Begriff der Abhängigkeit zum Schlüsselbegriff zur Interpretation der Geschichte und zum bevorzugten Erklärungsprinzip für alle Probleme der Unterentwicklung³⁸.

Aus dieser Sicht heraus versichert *Gustavo Gutiérrez*, daß „der Begriff der Abhängigkeit. . . wie ein Schlüsselement zur Interpretation der lateinamerikanischen Realität auftrat“ und daß „jeder seinen Weg verfehlt und sich täuscht, der seine Analyse nicht in den Rahmen des Klassenkampfes, der sich weltweit entwickelt, stellen würde“³⁹. *Hugo Assmann* sagt seinerseits: „das theologische und politische Thema der ‚Befreiung‘ ist . . . bei seiner Verwurzelung in den aktuellen Gegebenheiten in Lateinamerika offensichtlich das Korrelat zum sozial-analytischen Thema der ‚Abhängigkeit‘“ und „die Art und Weise der Interpretation der Mechanismen der ‚Abhängigkeit‘, das jeweilige Niveau der analytischen Tiefe des Phänomens der Unterentwicklung sowie die Stellung, die man ihm gegenüber bezieht, charakterisieren die mehr oder weniger hohe Präzision der ‚befreienden‘ Sprache“⁴⁰. Der ecuadorianische Bischof von Riobamba, *Leonidas Proaño*, meint schließlich: „Abhängigkeit ist ein modernes Wort, das eigentlich das ausdrückt, was man früher unter Sklaverei verstanden hat. . . dem Wort Abhängigkeit entspricht das Wort Herrschaft. Die Situation wird hier durch das Vorhandensein von Beherrschern und Beherrschten gekennzeichnet. Die Untersuchung der Situation ergibt, daß die Beherrscher eine sehr kleine Gruppe ausmachen und die Beherrschten die große Masse. Diese Untersuchung zeigt ebenfalls, daß es eine internationale und eine innerstaatliche Beherrschung gibt“⁴¹.

Wenn schon bei den Befreiungstheologen der „ersten Stunde“ (*Gutiérrez*, *Segundo*, *Assmann*) die „Vermittlung“ der Sozialwissenschaften nicht vollkommen die philosophische „Vermittlung“ ausgeschlossen hat⁴² — obwohl die Tendenz dahin ging, die Philosophie (*ancilla theologiae*) durch die Sozialwissenschaften zu ersetzen⁴³ — so wurde bei den Theologen der „zweiten Generation“ eine analytische

„Vertiefung“ im Sinne der hegelianischen Philosophie ausgearbeitet, ohne daß dabei die Doktrin von *Marx* und seinen Epigonen ihrer Funktion enthoben worden wäre. Diese hegelianische „Vertiefung“, die besonders z. B. bei *Leonardo Boff* und *Jon Sobrino* deutlich ist, bedingt sowohl die Deutung der Realität, wie auch die Strukturierung der Theologie selbst, die man schon als das „zweite Wort“ in bezug auf jene grundlegende und ursprüngliche Deutung und als „zweiten Akt“ in bezug auf die Praxis bezeichnet hat⁴⁴.

Durch das Einbringen der *Hegelschen* Philosophie in den Glauben wird die Geschichte mythifiziert und alles Reale in ihr wird dialektisch erklärt. In diesem Sinn spricht man bereits von der „Versuchung, Erfüllung und Heil außerhalb der Geschichte zu suchen, anstatt diese zu ergünden“⁴⁵. Ergänzend läßt sich sagen, daß die Auffassung vom Vorrang der kritischen Funktion der Krisen und des Konfliktes hier nichts anderes als das „Korollarium“ ist⁴⁶ zu einer Einstellung, für die die Negation das wichtigste dialektische „Moment“ ist, das selbstschöpferisch wirkt und den historischen Fortschritt beschleunigt. Schon für den Argentinier *J.C. Scannone*⁴⁷ gibt es Dialog, Befreiung und Versöhnung „nur auf dem Weg über das Offenbarmachen und das Austragen der latenten Konflikte. . ., durch Anstrengung und durch Kampf, durch die Krise (die Grenzsituation) und durch den Tod des Unterdrückers in seiner Eigenschaft als solcher. . .“⁴⁸. Die Autoren der „zweiten Generation“ — wie *Sobrino* oder *Leonardo Boff* — benutzen die Dialektik selbst zum Verständnis des Wesens Gottes, der Person Jesu Christi und seiner Erlösermission, wie auch des Wesens der Kirche. Nach *Sobrino* hätte *Hegel* die moderne Formulierung der biblischen Lehre von der Dreifaltigkeit gefunden, indem er sagt, „das Wesen der Person liegt darin, sich einer anderen hinzugeben und sich in ihr zu verwirklichen“⁴⁹. Aus dieser Sicht erkennt *Sobrino* eine vermeintliche Konfliktsituation und Krise im Leben Jesu als Voraussetzung für sein messianisches Bewußtsein (gemäß dem Autor ein rein menschliches Bewußtsein)⁵⁰, für die Erfüllung seiner Mission und für das rechte Verhältnis zu seinem Vater. Die Krise wird schlechthin „die Bedingung der Möglichkeit, die Beziehung zu seinem Vater im Vertrauen und im Gehorsam bis in die äußerste Konsequenz zu vertiefen und zu konkretisieren“⁵¹.

Der gleiche Autor sieht den innerkirchlichen Konflikt als „unvermeidbar und notwendig und, darüber hinausgehend, im Namen des Evangeliums gefordert und notwendig für die wahre Mission“⁵².

Leonardo Boff betont den „Primat des kritischen Elements unserer Reflexion über kirchliche Traditionen und Institutionen“ und versichert dann: „Die Kritik hat die Aufgabe des Unterscheidens und Erläuterns im Hinblick auf den Wesens-

kern der christlichen Erfahrung, damit diese mit der historischen Erfahrung, so wie wir sie erleben, verschmelzen kann“⁵³.

Sei dem, wie es wolle, sicher ist, daß dieses *Hegelsche* Element in den grundlegendsten Glaubensaussagen den ursprünglichen Marxismus in der Befreiungstheologie nicht ersetzt, sondern, im Gegenteil, ergänzt und „vertieft“⁵⁴. Man kann mit recht weiterhin sagen, daß „die analytischen Kategorien und Methoden, die in diesen Analysen verwandt werden, an das marxistische Denken gebunden sind“⁵⁵; sei es, daß man mit *Juan Luis Segundo* anerkennt, daß „die Instrumente für die Analyse der Praxis, die der Marxismus anbietet, untrennbar mit der Gesamtheit des Systems verbunden sind, durch das sie eingeführt werden,“ und daß sie folglich, wenn sie „in dem Spiel ehrlich eingesetzt werden“, dem theologischen Denken untergeordnet sind, das „wie könnte man daran zweifeln? — sagt *Segundo* — zum Überbau gehört“⁵⁶; sei es, daß man innerhalb des Marxismus eine mögliche Trennung in Methodik und Ideologie (oder, wenn man so will, Philosophie) fordert, wie der mexikanische Bischof *Sergio Méndez Arceo*, der glaubt, daß es „möglich ist, die Doktrin von Marx als eine Methode und Wissenschaft zur Veränderung der Geschichte von der Erfahrung aus zu betrachten oder als eine Wissenssoziologie, um den Einfluß der Klasseninteressen auf die Bildung religiöser Ideologien zu entdecken“. In diesem Sinn fordert er, „friedvoller mit Begriffen des historischen Materialismus zu diskutieren, um die Geschichte durch die dynamische Dialektik der Produktionsweisen und Produktionsbedingungen zu erklären. So wird man“ — seiner Meinung nach — „erreichen können, daß die Weltanschauung des dialektischen Materialismus, durch gemeinsame Überlegung, von den übrigen Annäherungsstufen an den Marxismus getrennt wird“⁵⁷.

Ein weiterer Bischof, *Dom Helder Camara*, glaubt ebenfalls, sich der — wie er sagt — „immer noch gültigen marxistischen Methode der Analyse unter Ausschaltung der materialistischen Lebensanschauung“⁵⁸ bedienen zu können. Auch wenn man nur wenige fundierte Kenntnisse über den Marxismus besitzt, fällt es schwer, eine solche Abtrennung richtig nachzuvollziehen. Noch schwieriger wird es, wenn man all die angeblich „methodologischen“ „Elemente“ genauer betrachtet, die von der Theologie der Befreiung tatsächlich benutzt werden und unter denen der Begriff der „kapitalistischen Ausbeutung“ und mehr noch die marxistische Kritik am „System“ und an den Ideen, der „Klassenkampf“ und der Sozialismus als „Modell“ der angestrebten Gesellschaft herausragen.

Aber schon der Anspruch, sich hierbei der Sozial- und Geschichtswissenschaft zu bedienen, beweist, daß die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen dieser „Theologie“ vom Marxismus geprägt sind. Man hat sich hierbei die ideologische Behauptung des Marxismus zu eigen gemacht, selbst schon mit der sozio-

historischen Wissenschaft identisch und somit wissenschaftlich bewiesener Sozialismus zu sein⁵⁹. Diese Perspektive macht schon aus sich heraus den bereits erwähnten Anspruch. Es wird nämlich die ganze Realität durch das ideologische Prisma des Marxismus hindurch erkannt. Jede Unterscheidung, aus der sich eine Trennung ergeben könnte, ist von daher und eben dadurch dialektisch infiziert, obwohl sie rein material zu sein scheint.

Auch wenn man zugibt, daß es möglich ist, einzelne, aus dem Zusammenhang genommene Elemente der marxistischen Lehre zu verwenden⁶⁰, bleibt es doch nur schwer verständlich, in welcher Form eine Feststellung wie diejenige, die sich auf den „Klassenkampf“ bezieht, in der Analyse als Methode verwandt werden könnte, ohne daß durch ihre Verwendung *gleichzeitig* die gesamte Wirklichkeit im Lichte der Dialektik erscheint, wie es von Grund auf das *Marx*'sche und das marxistische Denken prägt. Die gesamte Soziologie von *Marx* (dem Geschichtsphilosophen *Marx*) steht und fällt mit seiner Klassenkampffidee, und diese ließe sich nur schwerlich von dem abtrennen, was sie überhaupt erst möglich macht: die dialektische Auffassung der gesamten Wirklichkeit, die *Marx* von *Hegel* geerbt hat⁶¹.

Auf jeden Fall wird, indirekt, wenn man so will, durch die Folgen, zu denen die Aussicht und die Notwendigkeit eines „Klassenkampfes“ führen, das Wesen seiner Botschaft offengelegt. Auf diese Weise kommt z. B. *Gustavo Gutiérrez* am Ende zu der Forderung, daß die Kirche für die „Volksklassen“ Partei ergreifen soll in einem Kampf, der durch „die Ausbeutung der einen sozialen Klasse durch die andere soziale Klasse“⁶² bestimmt wird; „für die Armen eintreten“, meint jedoch *Gutiérrez*, „heißt, *für* eine soziale Klasse und *gegen* eine andere optieren. . . heißt, in die ausgebeutete soziale Klasse hineingehen. . . heißt, mit ihren Interessen und ihren Kämpfen solidarisch sein“⁶³.

Hier verstehen wir, bis zu welchem Grad das „wissenschaftliche“ Instrumentarium, nicht wissenschaftlich (d. h. entsprechend dem Wahrheitsgehalt, der ihm innewohnt) verwendet wird, sondern ideologisch, d. h. in diesem Fall nur insofern, als es eine gewisse soziale „Praxis“ zu dynamisieren vermag. Aus dieser Sicht — und nicht aus der richtigen Sicht des praktischen Diskurses, wie er von *Aristoteles* und dem heiligen *Thomas* definiert wurde — ist die Ansicht von *Leonardo Boff* zu verstehen, daß „die Humanwissenschaften, insbesondere die sozialen, die analytischen Werkzeuge abgeben, mit deren Hilfe man die Gründe der Unterdrückung aufdecken und alternative Modelle erarbeiten kann“⁶⁴.

3. Das „Modell“ der wünschenswerten Gesellschaft

Da es sich hier um eine Praxis-Theorie oder um eine strategische Theologie handelt, kommt dem „Modell“ der Gesellschaft sowie dem Weg zu seiner Verwirklichung eine besondere Bedeutung zu. *Ex parte objecti* läßt sich diese Frage zusammenfassen in die Frage nach der Beziehung zum Sozialismus, wie er auf verschiedene Weise von Befreiungstheologen dargelegt wird. *Ex parte subjecti* muß auf die eschatologische Hoffnung verwiesen werden.

a) Der Sozialismus

Schließt man jene Beziehungen zum Sozialismus, die um die Würde der menschlichen Person und um den Geist des Evangeliums kreisen, als der Theologie der Befreiung widersprechend aus⁶⁵, muß man zwischen dem, was man den einfach konstatierten (oder auch den stillschweigend gewünschten) Sozialismus nennen könnte, und dem versteckt oder offen geforderten Sozialismus, als dem „Modell“ der wünschenswerten Gesellschaft, unterscheiden. Allgemein kann man in dem einen oder anderen Falle sagen, daß die Option für den Sozialismus die beiden anderen alternativen Modelle ausschließt: den Kapitalismus und die Entwicklung und Reformen propagierende Theorie des Dritten Weges⁶⁶. Im gleichen Sinn muß man feststellen, daß die besagte Option für den Sozialismus weit davon entfernt ist, in ihrer objektiven Darlegung von der Situation der Armut, der Ungerechtigkeit oder auch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auszugehen: sie wird *deduktiv* oder, genauer, in ideologisch-deduktiver Weise formuliert. In der sozialen Wirklichkeit gibt es höchstens das Zusammentreffen zwischen der Herausforderung der Wirklichkeit (soweit diese problematisch ist) und der Rezept-Antwort: die Forderung nach dem Sozialismus als „Modell“ der wünschenswerten Gesellschaft oder als Kulminationspunkt einer notwendigen geschichtlichen Evolution.

Hier ist es wichtig hervorzuheben, daß die Wertschätzung des Sozialismus oder der Glaube an das sozialistische „Paradies“ Hand in Hand geht mit der Verurteilung des Kapitalismus. Dort, wo jener als Sitz der Wahrheit, des Guten und der Freiheit erscheint, wird letzterer als die „Hölle“ angesehen. In diesem Kontrast, wo die „Verteufelung des Kapitalismus nur die notwendige Folge der Heiligsprechung des Sozialismus als prophetischer Bewegung ist, die den Willen Gottes verkörpert“⁶⁷, wird „die soziale Todsünde des kapitalistischen Systems angeprangert, das so vielen Brüdern das Leben kostet. . .“, das das „Reich der Diskriminierung, der Gewalt und des Todes“ ist. So beschrieben, gleicht der Kapitalismus dem „Drachen der Apokalypse“, und man erklärt ihn, logischerweise, „zum gemeinsa-

men Feind aller“⁶⁸. Vor diesem Ungeheuer nimmt sich der Sozialismus wie die Güte selber aus.

Der Bischof von Cuernavaca (Mexiko) sieht den Marxismus als eine „unausweichliche historische Bewegung“; für ihn ist der Sozialismus eine vorherrschende Bewegung, die ganz „auf der Linie“ des Verlaufs der Geschichte liegt, ein Zeichen der Zeit ist⁶⁹. Mgr. *Méndez Arceo* „geht von der geschichtlichen Notwendigkeit der Revolution und des Sozialismus aus“ und versichert, daß „der Sozialismus relevanter als irgendeine andere Idee ist, um die Menschlichkeit im XXI. Jahrhundert aufzubauen“⁷⁰. Indem er (wie *Ernesto Cardenal* und der spanische Kommunist *Alfonso Comín*) den Aufruf *Fidel Castros* an die Christen, eine „strategische“ (nicht nur „taktische“) Allianz einzugehen, aufgreift, mahnt der Bischof die Christen, am „Aufbau des Sozialismus aktiv teilzunehmen (da ein bloßes Nebeneinander oder eine bestenfalls vorsichtige Annäherung keine angemessene Antwort auf die große, bereits erwähnte Forderung der Menschlichkeit ist. . . .)“⁷¹.

Jedoch, „die generelle Option für eine *sozialistische* Gesellschaftsform. . . stellt für sich noch kein ausführliches Projekt dar“, sagt *Assmann*⁷². Ohne *Assmann* zu widersprechen, fügt der Uruguayaner *Segundo* einige konkretere Fakten hinzu: „Wir nennen hier ein politisches Regime sozialistisch, in dem der Besitz der Produktionsmittel den Privatpersonen abgenommen und höheren Institutionen überstellt wurde, die sich um das öffentliche Wohlergehen kümmern“, was jedoch, trotz allem, noch kein „vollständiges sozialistisches Projekt“ ausmacht: „Wir sind keine Hellseher, noch haben wir die Macht, die ganze Zukunft zu kontrollieren“, fügt *Luis Segundo* noch hinzu⁷³.

Gustavo Gutiérrez sagt seinerseits, „nur die Überwindung der Klassengesellschaft, nur eine politische Macht im Dienste der großen Volksmehrheiten, nur die Beseitigung der privaten Aneignung der Reichtümer, die durch menschliche Arbeit geschaffen wurden, kann uns die Basis für eine gerechtere Gesellschaft geben“⁷⁴. Dieser „Theologe“ sieht in der Abschaffung des „Eigentums an Produktionsmitteln“ die grundlegende Ausgangsbasis für eine sozialistische Gesellschaft. „Man muß also *für den Allgemeinbesitz der Produktionsmittel* eintreten“⁷⁵. Für *Gutiérrez* muß der radikale Strukturwandel zu einer „Gesellschaft“ führen, „in der der Mensch frei von jeglicher Art von Knechtschaft ist, in der er nicht Objekt, sondern Gestalter seines eigenen Schicksals ist“⁷⁶. Es handelt sich hier um einen „historischen Abschnitt, in dem der Mensch als solcher leben kann“, in dem die Solidarität „streng alle Tätigkeiten der Menschen“ lenkt⁷⁷.

Ebensowenig präzisiert die Beschreibung des Sozialismus durch die *Coordinadora Nacional de la Iglesia Popular* von Msgr. *Oscar Arnulfo Romero* (CONIP) in El

Salvador, die als „theologische Grundlage“ dienen soll: „Allgemeinbesitz der Produktionsmittel, organisierte Macht des Volkes, Würdigung der Kultur und der geistigen Werte des Volkes“⁷⁸.

Wenn auch der ideologische Sinn klar ist und eventuelle Ergebnisse vorausgesehen oder einfach abgeleitet werden können, handelt es sich hier doch eher um eine Utopie im Sinne von *Mannheim*⁷⁹ oder höchstens um ein historisches Projekt⁸⁰, als um das „Modell“ einer Gesellschaft. *Gustavo Gutiérrez* bewertet die Utopie (das „utopische Denken“) nach „ihrer subversiven und die Geschichte bewegenden Kraft“, die in ihrer „ursprünglichen Absicht“ liegt. Mit *Mannheim* versichert *Gutiérrez*, daß die Utopie „durch ihren Bezug auf die geschichtliche Wirklichkeit gekennzeichnet ist, auch wenn der geläufige Wortgebrauch das Gegenteil vermuten läßt“, wodurch es erlaubt wäre, sie als „Vorausschau einer andersartigen Ordnung, einer neuen Gesellschaft“ zu bezeichnen. Zugleich würde die Utopie zur Brücke, zur „Vermittlerin“ zwischen Glauben und politischer Aktion werden. Diese könnten keine „richtige und fruchtbare Beziehung“ eingehen, außer „durch das Projekt der Schaffung eines neuen Menschen, in einer andersgerteten Gesellschaft, außer durch die Utopie“⁸¹.

Entgegen dem äußeren Anschein scheint uns dies der Sinn des Aufrufs von Bischof *Méndez Arceo* „zur sofortigen Bildung einer neuen, freien Gesellschaft“⁸² zu sein. Der Begriff der neuen Gesellschaft wird hier durch den des Reiches Gottes verstärkt. „Der Aufbau des Sozialismus ist hier und heute die Alternative und die historische Vermittlung, die auf höchst christliche Weise dem Reich Gottes näherbringt“⁸³.

Die Utopie nimmt so die Dynamik des Glaubens in sich auf, ohne daß sie im reinen und einfachen Sinn christlich genannt werden könnte. Dieser Vorbehalt — und dieser Verdacht. . . — erscheinen uns um so mehr angebracht und notwendig, als durch die Verwechslung oder Identifikation der Ebenen des Transzendenten und des der Geschichte Immanenten mehr und mehr aus dem Kampf für die Gerechtigkeit, für den Frieden und für die menschliche Brüderlichkeit — und ihre immer schwieriger werdende Verwirklichung — Synonyme für die Gegenwart des Reiches Gottes unter den Menschen werden. Das *Regnum Dei* geht so in das *Regnum hominis* über⁸⁴. Für *Jon Sobrino* „sucht. . . der in der Nachfolge Jesu Lebende. . . die Möglichkeit, das Reich Gottes zugunsten der Mehrheiten zu errichten“⁸⁵. Und *Leonardo Boff* sagt: „Wann immer man. . . bei der Errichtung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Liebe mithilft, konstruiert und baut man an dem Reich Gottes, das in dieser Welt schon gegenwärtig ist und das wächst, bis es durch die Ankunft Christi vollendet wird“⁸⁶.

Das besagt nichts anderes als die logische Folgerung aus der These, die dieser „Schule“ eigen ist: es gibt nicht zwei Geschichten, eine von dieser Welt und eine von der Erlösung und dem Reich; es gibt nur eine Geschichte: „nur ein Mensch-Werden, das Christus, der Herr der Geschichte, unwiderruflich auf sich genommen hat“⁸⁷. Getreu seinem „Meister“, tut *Leonardo Boff* nichts anderes, als dieses Axiom zu wiederholen: „Es gibt nicht zwei Geschichten, eine profane und eine sakrale. . . Es gibt nur eine Geschichte. . .“ und er fügt hinzu: „Man hat uns keine *andere* Welt versprochen, sondern eine *neue*“⁸⁸.

Man hat behauptet, diese neue Gesellschaft zuerst in Kuba und neuerdings in Nicaragua gefunden zu haben. Msgr. *Méndez Arceo* (wie auch *Ernesto Cardenal* und *Alfonso Comín*) meint, „daß die Aussichten, die sich durch die Institutionalisierung der kubanischen Revolution eröffnen, nach einer anspruchsvollen und mutigen Antwort seitens der Kirche verlangen. Diese darf nicht abseits stehen bei dem entscheidenden Ereignis, das das kubanische Volk erfaßt hat und von dem es bewegt wird: dem revolutionären Aufbau“⁸⁹. Andererseits wird Nicaragua schlechthin als der Sitz der Freiheit und der Befreiung angesehen: „In der siegreichen Revolution von Granada und Nicaragua — sagt man — hat das Volk seine Freiheit zum Frei-Sein-Können erobert“⁹⁰. Die Ausdrucksweise wird lyrisch, wenn erklärt wird, daß „das Licht von Nicaragua jeden Morgen in die Kerker der Unterdrückung dringt, den Weg der Armen in Stadt und Land erleuchtet, die Mächtigen zittern läßt und ein Vorzeichen des Sieges der Armen und Unterdrückten dieses Erdteils“ ist⁹¹. Im gleichen Sinn betont Pater *Ricardo Zúñiga* die Harmonie, die in Nicaragua zwischen „dem christlichen Glauben und der Revolution“ besteht, „zwischen einer Volksrevolution im Dienste des Volkes und einem gelebten Evangelium als Engagement für die Sache der Armen“⁹².

Die Illusion, bereits in sozial-revolutionärer Weise das Reich Gottes zu erleben, ist in Nicaragua besonders stark ausgeprägt. Denn durch die Allianz zwischen Marxisten und Christen kam dort die Revolution an die Macht und die bislang verwirklichten Aufgaben hatten eine enge Zusammenarbeit zwischen einer gewissen Anzahl „engagierter“ (von marxistischem Einfluß geprägter) Christen und „klassischen“ Marxisten bedingt. Bei den einen wie bei den anderen verbindet sich die Ungeduld mit einem Messianismus und einer immanentistischen Lebensauffassung und erweckt in ihnen die vom Marxismus ausgehende eschatologische Erwartung eines „Paradieses“ auf Erden.

Jedoch erfordert diese Utopie noch eine Art Neuerschaffung des Menschen: einen neuen Menschen. Ein obligatorisches Thema des orthodoxen wie des zeitgenössischen Marxismus, das die „engagierten“, „progressiven“ Christen zusammen mit ihren „Weggenossen“⁹³ aus der gleichen Quelle schöpfen: *Karl Marx* und sei-

ne Epigonen⁹⁴. Für *Gustavo Gutiérrez* muß der Befreiungsprozeß zu der „immerwährenden Schöpfung einer neuen Art, Mensch zu sein“ führen; dem Autor entsprechend ist „die Erschaffung eines neuen Menschen, der immer mehr von jeglicher Art von Knechtschaft frei wird,“ bereits in dem „Projekt einer anderen Gesellschaft“ enthalten⁹⁵.

Zum Schluß wollen wir der Vollständigkeit halber von der subjektiven Perspektive (*ex parte subjecti*) ausgehen. Das große Thema, das die Theologie der Befreiung, in der Nachfolge der protestantischen Theologie Deutschlands, als Schlüsselfrage aufwirft, ist die Hoffnung⁹⁶. Ein Thema, das eng mit der Zukunft verknüpft ist oder, genauer, mit der Erwartung einer besseren Zukunft. *Sobrino* sagt: „Die Hochherzigkeit im Dienst, das wachsende Bewußtsein der Armen von ihrer Würde als Kinder Gottes, ihre Kämpfe und ihre konkreten Erfolge, begründen aufs Neue die (durch Sünde, Tod und Ungerechtigkeit) bedrohte Hoffnung“⁹⁷.

4. *Der einzuschlagende Weg*

Uns soll hier nicht die theologische Methode in der Erarbeitung der Befreiungstheologie, insofern es sich um eine „Theologie“ der Praxis handelt⁹⁸, beschäftigen; uns interessiert der von dieser „Theologie“ vertretene Weg, ihr *Objekt* zu konstituieren, das als praktisches erkenntnistheoretisch den *Zweck* der (klassischen) Theologie zu ersetzen hat. Um es mit den Worten dieser „Theologie“ auszudrücken, könnte man auch sagen, man realisiert die Theologie, um mit ihr sein Ziel zu erreichen. Wie *Marx* wissen auch diese „Theologen“, daß es sich im Grunde um die Verwandlung der Welt handelt. Die „Theologie“ *aus* der Praxis und *über* der Praxis erscheint nun als Theologie *für* die Praxis, im Dienste der Praxis. Diese Bestimmung der Theologie bedingt ihren eigentlich politischen Charakter; die angebliche Bedingung ihrer Möglichkeit liegt in der Tatsache, daß sie *in* der Praxis erarbeitet wurde⁹⁹. Hier müssen wir zwei Unterscheidungen beachten: zum einen zwischen dem Aufbau der Kirche (die von der Welt aufgesogen, oder zumindest in sie verwickelt ist) und dem Aufbau der Welt selbst; zum anderen zwischen der Ebene des Subjekts und der Ebene des Objekts, oder, anders ausgedrückt, zwischen dem „Mikro“-Sozialen und dem „Makro“-Sozialen.

Bezüglich der ersten Unterscheidung ist die Bedeutung hervorzuheben, die für eine Theorie-Praxis, wie sie die Theologie der Befreiung zu sein vorgibt, die Tatsache hat, daß sie sich für ihre sozialen Ideale eine oder mehrere geschichtlich wirksame Kräfte „aufbauen“ oder sich anpassen muß. Die Kirche nimmt dabei natürlich eine „privilegierte“ Stellung ein: nicht nur ihre Glaubwürdigkeit und

ihr heilsames Wirken, sondern ihr eigentliches Wesen wird hier angesprochen und hinterfragt, um damit eine radikale Forderung nach sozialem Engagement mit „weltlicher Wirksamkeit“ zu begründen. Zitieren wir *Sobrino*: „Die heutige Situation zeigt die Wahrheit der Kirche, wenn sie Gott als die wahre Hoffnung für die Mehrheit der Unterdrückten verkündet und nicht voreilig bei der Eschatologie Rückhalt sucht; wenn sie mit weltlichen Mitteln ihrer Predigt Wirksamkeit verleiht, ohne vorschnell mit der Unterscheidung zwischen Natürlichem und Übernatürlichem zu operieren; wenn sie die konkrete Sünde bei ihrem Namen nennt, nämlich die kapitalistischen Strukturen, die unsere heutige Gesellschaftsform ausmachen; wenn sie sich ausdrücklich den großen Massen der Unterdrückten zuwendet und ihre Mission direkt in deren Dienst stellt, ohne lediglich die universale christliche Liebe zu predigen, die auf eine Verkürzung der christlichen Option hinausläuft; wenn sie sich dem Risiko öffnet und der Verfolgung, ohne sich in sozial und politisch keimfreie Tätigkeiten zu flüchten“¹⁰⁰. Wenn die Kirche diesen Forderungen nicht entspricht, würde sie, diesen „Theologen“ gemäß, ihre Mission und folglich auch ihr Wesen verraten, das sich in einer reinen Selbstdarstellung erschöpfen würde¹⁰¹.

Nun denn, die Kirche solchen sozialen Zielen und einem solchen Engagement anzupassen, kommt einer *Ekklesiogenese* gleich, um es mit den Worten von *Leonardo Boff* auszudrücken. Man fordert hier die „*Neuerfindung der Kirche*“ von den „Basisgemeinden und deren Praxis“ aus, insofern die neue Realität „die geltende Form des Kirche-Seins“ und das „allgemeine Verständnis der Kirche“ in Frage stellt¹⁰². Der Arme wird zum Eckpfeiler; er bewirkt das, was *Jon Sobrino* die „Auferstehung der wahren Kirche“ nennt: „In dem Maße, in dem eine Kirche der Armen entsteht, ergibt sich auch eine neue Art des Kirche-Seins, daher sprechen wir von der ‘Auferstehung’ der Kirche“; „in den Armen manifestiert sich der Hl. Geist, daher sind sie die strukturellen Wegmarken, um die Wahrheit der Kirche, die Richtung und den Inhalt ihrer Mission zu finden“¹⁰³.

Im Grunde und trotz der (mehr scheinbaren als realen) Nuancen, die man oft anbringt, ist es *der Arme* (weniger die konkreten Armen), der hier zum *locus salutis* schlechthin wird. Anstatt der Liebe vorzüglich für die Armen, die das Evangelium von der Kirche fordert¹⁰⁴, schlägt man uns hier die Übertragung der (unendlichen) erlösenden Gnade Christi, an der die Kirche als der (mystische) Leib und die Braut teilhat, auf den Armen vor. Mehr noch: der Arme ist, *weil er arm ist*, oder, besser, *weil er arm gemacht worden ist*, und insofern er arm und besitzlos ist, der Träger dieser Gnade und wird zum Ersatz für Christus und seine Kirche. Wir stehen hier vor einem Armen, der auf mythische Weise Christus und die Kirche wurde¹⁰⁵.

Aus dieser Sicht heraus sollte die Kirche nicht zu den Armen *geben*, noch sich arm *machen*, sondern, vom Armen ausgehend, sich erneuern, zu sich selbst finden, um schlechthin Kirche Christi zu sein. Im besten Falle können wir, wenn wir diese Beziehung Kirche – Arme annehmen, sagen, daß die Kirche die Armen nicht deshalb mit ihrer mütterlichen Liebe bevorzugen soll, weil Christus, obwohl reich, sich arm machte (2 Kor. 8, 8), nicht, weil Er arm lebte, nicht weil Er vor allen die Armen liebte, sondern, um es noch einmal zu sagen, weil gerade ihre materielle Armut ihnen nicht nur ein besonderes Recht gibt, sondern weil sie sie in ihrem Sein als mit einer heilenden (erlösenden), universal wirksamen Kraft ausgestattet konstituiert¹⁰⁶.

Hier und da ist es die ungerechte und bedrückende gewaltsame Enteignung, die den Armen im materiellen Sinne kennzeichnet. Der marxistische Einfluß ist offensichtlich: die allgemeine Befreiung ist auch hier bedingt durch die Existenz einer sozialen Klasse in „eisernen Ketten“, die die Ungerechtigkeit verkörpert und die von sich sagen könnte: „Ich bin nichts und sollte alles sein“¹⁰⁷. Der „Klassenkampf“ steht in dieser Forderung (diesem Protest) geschrieben. *Gustavo Gutiérrez* sagt: „Der ‘Arme’ existiert nicht als unabänderliche Tatsache, seine Existenz ist weder politisch neutral, noch im ethischen Sinne unverschuldet. Der Arme ist ein Folgeprodukt des Systems, in dem wir leben und für das wir die Verantwortung tragen; er steht im sozialen und kulturellen Abseits unserer Welt. Mehr noch: Arm ist der Unterdrückte, der Ausgebeutete, der Proletarier, der seiner Arbeitserträge und seines Mensch-Seins Beraubte. . . Es geht nicht darum, den Unterdrückten aus der Klasse, zu der er gehört, zu isolieren. Der Arme, der Unterdrückte ist Mitglied einer, verdeckt oder offen, durch eine andere soziale Klasse ausgebeuteten Klasse. . . Sich für den Armen entscheiden bedeutet, sich für eine soziale Klasse gegen eine andere zu entscheiden, sich der Tatsache bewußt zu werden, daß es den Kampf zwischen sozialen Klassen gibt, und für die Besitzlosen Partei zu ergreifen. Sich für den Armen entscheiden heißt, sich in die Welt der ausgebeuteten Klasse, ihre Werte und ihre kulturellen Kategorien hineinzubegeben; es heißt, sich mit ihren Interessen und ihren Kämpfen solidarisch zu erklären“¹⁰⁸. Die Kämpfe des Armen sind „Klassenkämpfe“, in denen er sich gegen den „Reichen“, den Kapitalisten, den Bourgeois. . . im Grund einfach gegen den *Anderen* stellt, und zwar auf einer politisch-praktischen Ebene, auf der die Kritik der Ideen mehr und mehr durch die Kritik der Waffen ersetzt wird (wie *Karl Marx* sagt)¹⁰⁹. Man setzt hier die dialektische Beziehung Arme – „Andere“ voraus, die von ihrem Ursprung her die Negation, den Konflikt und den Kampf (zwischen den Gegensätzen) beinhaltet.

So verstanden, bewirken die Armen nicht nur die Befreiung, sondern auch die heilbringende Evangelisation¹¹⁰. Sie sind es, die durch ihre Kämpfe das Reich Gottes aufbauen; mehr noch: Gott „offenbart sich in der Geschichte. . . durch die Armen“¹¹¹, sagt *Gutiérrez*, in dem Sinn, daß „in der Befreiung des Armen die wahre ‘Theophanie’, die Offenbarung Gottes geschieht“¹¹².

Diese lange (in Wirklichkeit nur scheinbare) Abschweifung über den (die) Armen schien uns zum Verständnis notwendig, bis in welche Tiefen die Strategie der Befreiungstheologen bei der Neubildung der Kirche reicht. Durch die Angleichung an den Armen, an seine Interessen und seine Kämpfe baut sich die Kirche heute auf und findet sie zu sich selbst: „Ihr Leben und ihre Aufgabe im Sinn des Evangeliums definieren sich neu vom Armen her und in Abhängigkeit von ihm, der beladen ist mit Elend und Ausbeutung, aber auch mit Kampfgeist und Glauben vor ihr steht“¹¹³. Der Arme ist der Grundpfeiler der Basisgemeinden, die ihrerseits in „einer wahren Ekklesiogenese“ als das Fundament der „erneuerten“ Kirche angesehen werden¹¹⁴.

Was ist nun eigentlich das Neue an diesen Gemeinden?¹¹⁵ Sie „bedeuten den Bruch mit dem sozialen und religiösen Machtmonopol und die Entstehung eines neuen religiösen und sozialen Strukturierungsprozesses in der Kirche und in der Gesellschaft, mit einer anderen Arbeitsteilung im sozialen Bereich und einer anderen Verteilung der Kirchenarbeit im religiösen Bereich“; sie bilden „die angemessene Kirchenform für die Opfer der Kapital-Akkumulation, an Stelle der traditionellen, hierarchischen Kirche, mit ihren klassischen. . . , zwar modernisierenden Anschauungen, die aber der Klassengesellschaft angepaßt sind und in das Projekt der herrschenden Klasse passen.“ In den Basisgemeinden, die *Boff* (unter anderen Autoren) beschreibt, würde gleichzeitig „die Kirche des Volkes und der Armen, die es immer gab, deren Geschichte aber fast nie erzählt wurde“¹¹⁶, fortbestehen.

Im gleichen Sinn versichern uns die „ökumenischen Theologen“ (der Befreiung), daß in diesen Gemeinden „das Volk einen Freiraum für den Widerstand, den Kampf und die Hoffnung angesichts der Unterdrückung findet. Dort — so sagt man — feiern die Armen ihren Glauben an Christus den Befreier und entdecken die politische Dimension der Liebe. Die kirchlichen Basisgemeinden oder die christlichen Volksgemeinden sind ein wesentlicher Bestandteil für die Volksbewegung (und) . . . leisten innerhalb des Volkes der Armen durch *Bewußtseinsbildung*, durch Schulung des Volkes und durch die Entwicklung ethischer und kultureller Werte einen Dienst im Sinn der Befreiung. . .“¹¹⁷. Klar ausgedrückt, die so genannten christlichen Volksgemeinden bilden nur Instanzen der „Bewußtseinsbildung“ und radikaler Politisierung, wobei der Glaube nur einen

Firnis-Überzug darstellt oder die katalysierende Motivation einer politisch-revolutionären „Praxis“, deren Zeichen und tieferer Sinn ihnen schon von *Marx* und seinen intellektuellen Epigonen gegeben wurden.

Aus dieser Perspektive könnte man sagen, daß der „politische Leib“ des „Armen“ den Mystischen Leib Christi ersetzt. Die Kirche, das Volk Gottes, wird so auf die Armen, in ihrer Eigenschaft als unterdrückte Klasse, reduziert. Diese Klasse ist durch ihre „Kämpfe“ auf dem Weg zur Selbstbefreiung. Durch diese Kämpfe muß sie dazu führen, ein der Geschichte immanentes Reich Gottes aufzubauen, dessen Kennzeichen die Gerechtigkeit, die Brüderlichkeit und die Mitbeteiligung sind. Dergestalt wird die Kirche von Grund auf desakralisiert und der Geschichte immanentisiert, der große Baal für viele, seit *Hegel* bis in unsere Tage¹¹⁸.

Diese „neue Art, Kirche zu sein“ hat man „Volkskirche“¹¹⁹ oder „Kirche, die von den Armen ausgeht“¹²⁰ oder auch „wirkliche, aus dem Volk geborene Kirche“¹²¹ genannt. Für den Bischof *Méndez Arceo* findet man die „Volkskirche“¹²² in der Glaubenserfahrung des Armen und des Unterdrückten, die sich von der „Interpretation und dem Erleben der herrschenden Klassen“ unterscheidet; das „ist nicht jene Kirche, die, außerhalb der Welt der Armen stehend, ihnen großzügig ihre Hilfe anbietet“¹²³. Letztlich liegt es in der materiellen Situation wirklicher Armut begründet, daß die Armen als „der wahre theologische Ort der Erkenntnis der Wahrheit und der christlichen Praxis und damit zugleich der Konstitution der Kirche“ angesehen werden; „in den Armen manifestiert sich der Hl. Geist; daher sind sie die strukturellen Wegmarken, um die Wahrheit der Kirche, die Richtung und den Inhalt ihrer Mission zu finden“¹²⁴.

So verstanden, ist die Kirche nicht nur der Welt nahe, sondern die Welt wurde ihr gewissermaßen „introjiziert“ (um einen gebräuchlichen Ausdruck der Befreiungsbewegung zu gebrauchen). Anders ausgedrückt, indem man die Kirche auf der Grundlage einer politischen Norm umwandelt, paßt diese sich der Welt an, und ihre operative Leistungsfähigkeit wäre nur ein funktionales Problem (der Fortbildung). Aus dieser Sicht hätte sich die Kirche im *Hegelschen* Sinn ihres eigenen Seins entleert, um zu sich selbst zu finden; sie hätte ihre Identität verloren, um Welt mit der Welt zu werden, um in ihr aufzugehen. Statt das Evangelium zu verkünden und Erlösung zu vermitteln, könnte sie, logischerweise, ihre Tätigkeit auf den Kampf um die Gerechtigkeit im Hinblick auf die Veränderung der Welt reduzieren¹²⁵.

Die soziale Forderung, die Welt zu verändern, ist daher nicht nur der Kirche nicht fremd¹²⁶, sie wird in der Perspektive, die uns hier beschäftigt, zur eigentlichen Mission¹²⁷ der Kirche: die Welt zu verändern, bedeutet in diesem Fall, das Reich Gottes zu bauen¹²⁸. Und das wird verständlich aus der Mission Christi: „Je-

sus kündigt nicht nur Gott an, sondern das Reich Gottes. Das bedeutet von vornherein, daß die Verkündigung Jesu sich nicht nur auf Gott, sondern auch auf eine menschliche, gottgemäße Gesellschaft bezieht, die ihren Kulminationspunkt am Ende aller Zeiten erleben wird, die aber auch schon in dieser Welt erkennbar ist. In dieser Verkündigung des Reiches Gottes ergreift Jesus die Partei der Ärmsten¹²⁹.

Jedenfalls läßt sich, sonderbarerweise, sagen, daß die Kirche, nachdem man ihr die Eigenschaft, Vorbote des Reiches Gottes zu sein, abgesprochen hat, sich nun in die Dienste dieses Reiches stellt, indem sie der Welt dient und sich darüber hinaus mit ihr identifiziert. Eine Folge dieser Konfusion bildet die Gleichsetzung von Evangelisation und Gerechtigkeit oder mindestens die Anschauung, daß die Gerechtigkeit der *wesentliche* Teil¹³⁰ der Evangelisation ist und die Bedingung ihrer Möglichkeit¹³¹. In dieser Sicht der Dinge, erscheinen Revolution und Sozialismus als der Sitz der Gerechtigkeit und ihrer vollkommenen Verwirklichung. Die Kirche muß für die Welt Partei ergreifen, indem sie für die Revolution und für den Sozialismus Partei ergreift, was bedeutet, für den Armen, die ausgebeutete Klasse oder das Volk als Klasse (*L. Boff*)¹³², im Kampf (der grundsätzlich ein Klassenkampf ist) für ihre Befreiung. Diese Aufgabe würde der Kirche durch die „vorherrschend religiöse Weltanschauung der Völker“ (von Lateinamerika) erleichtert, wenn auch „im allgemeinen — wie *Boff* sagt — unter der kapitalistischen Produktionsweise die Kirche nicht die wichtigste Instanz zur Schaffung sozialer Beziehungen ist“¹³³. Derselbe „Theologe“ spricht davon, „eine ‘Strategie der Befreiung’ zu schaffen“, und er sagt darüber hinaus, „die Erarbeitung eines christlichen, unabhängigen, alternativen und in Opposition zur herrschenden Klasse stehenden Projekts in den vorwiegend religiösen Gruppen der Unterdrückten würde den Start für den Befreiungsprozeß geben, dem ein *historischer Erfolg unter der Bedingung, daß ein gewisser Grad an Bewußtheit, an Organisation und Mobilisierung der Klasse erreicht würde, beschieden sein könnte*“¹³⁴.

Die Welt zu verändern heißt aus dieser Sicht, den (unterdrückenden) Kapitalismus durch Revolution zu vernichten und den (befreienden) Sozialismus, sowie den ihm entsprechenden neuen Menschen, aufzubauen. So wie man die Kirche (auf der Grundlage der Basisgemeinden, gemäß der Definition der Befreiungsbewegung) auffaßt, erscheint diese nicht nur besonders geeignet, an der Erfüllung der Aufgabe der sozialen Umgestaltung mitzuwirken, sondern auch, die Welt zu verändern, dadurch daß sie sich selbst verändert. Wir erinnern daran, daß die Basisgemeinden — das Fundament der „erneuerten“ oder „wiederauferstandenen“ Kirche — „über ihren kirchlichen (theologischen) Wert hinaus einen eminent politischen Wert darstellen: sie wirken als kleine Zellen mit, die durch Klassentren-

nung und Angriffe der herrschenden, volksfeindlichen Klasse entzweite Gesellschaft aufzubauen. Sie schaffen eine Mystik gegenseitiger Hilfeleistung, sie erproben ganz konkret eine auf Gemeinschaftsgeist und Solidarität aufgebaute Praxis und entwerfen eine neue Art des sozialen Zusammenlebens als Gegenposition zur bürgerlichen Gesellschaft und bereiten sie vor¹³⁵.

Die Aussage ist unwiderruflich: die „neue Art des sozialen Zusammenlebens“ nennt sich Sozialismus, der, angesichts der Radikalität der notwendigen Umgestaltung, nur auf revolutionärem Wege eingeführt werden kann. Die „Fragestellung“, die dieser Aussage zugrundeliegt, „will an die Wurzeln des Elends und der Ungerechtigkeit, wie sie in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt erlebt werden, gehen — sagt *Gutiérrez* — deshalb ist der Weg dorthin die soziale Revolution und kein Reformismus mit nur halben Maßnahmen. Befreiung, nicht ‘Entwicklungsborniertheit’, Sozialismus und nicht Modernisierung des herrschenden Systems¹³⁶.

Aber die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft geht nicht ohne die Verwandlung des „alten Menschen“ in den „neuen Menschen“: „Das Projekt einer neuen Gesellschaft schließt auch die Schaffung einer neuen menschlichen Persönlichkeit ein, die von der Knechtschaft, dem Hindernis bei der eigenen Bewältigung der geschichtlichen Berufung, befreit ist“¹³⁷. Dieses muß im Sinn einer dialektischen Gegenseitigkeit verstanden werden: der „neue Mensch“ ist das Produkt einer neuen Gesellschaft, die ihrerseits sein Werk ist. Auf jeden Fall gelten zwei hauptsächliche Methoden die zur Verwandlung des Menschen führen: die „Bewußtseinsbildung“ und der politisch-revolutionäre Kampf¹³⁸. Die erste wurde aus den Analysen des brasilianischen Politikers Marx-Hegelscher Prägung *Paulo Freire* übernommen, für den „Bewußtseinsbildung“ eine „wahre Praxis“ ist, durch die die Menschen „den Status eines *Objekts* (insofern sie beherrscht werden) überwinden und den Status des *Subjekts* der Geschichte gewinnen“¹³⁹. Das schließt aber ein, daß sie sich des Konfliktcharakters ihrer Situation bewußt werden.

In der Nachfolge von *Freire* wiederholen bzw. verwenden die Befreiungstheologen analytisch und praktisch die „Rezepte“ oder, wenn man so will, die Prinzipien der Bewußtseinsbildung. *Gutiérrez* erinnert daran, daß „in diesem, von *Freire* ‘Bewußtseinsbildung’ genannten Prozeß der Unterdrückte sein ihm innewohnendes unterdrückendes Bewußtsein ‘abstößt’, Kenntnisse über seine Situation erlangt, seine eigene Sprache findet und er selbst wird, unabhängiger und freier, indem er sich in der Umgestaltung und dem Aufbau der Gesellschaft engagiert“¹⁴⁰. Msgr. *Leonidas Proaño* sieht in den „Aufrufen und Anstrengungen zur Bewußtseinsbildung“ ein „Zeichen der Zeit, Verkünder der neuen Zeiten im Leben dieser Völker“¹⁴¹.

Dank der „Bewußtseinsbildung“ sind diese „neuen Zeiten“ auch die des „neuen Menschen“, der sich selbst gestaltet, auch im politischen und sogar im militärischen (oder Guerrilla-) Kampf. Die Konflikt- und Gewaltthematik erreicht hier ihren größten Tiefgang: der Mensch selbst wird „in den Kämpfen“ neuerschaffen. Die Theologen der Basisgemeinden von Nicaragua versichern, „für den Kampf zugunsten eines menschlichen Lebens in Zeiten schrecklicher Unterdrückung“ geboren worden zu sein. In diesem Kampf, der „Dienst“ an „der Bildung des neuen Menschen“ bedeutet, ist die Kirche zur Mitwirkung aufgerufen, was, wie wir gesehen haben, ihre „Umgestaltung“ und „Wiederauferstehung“ voraussetzt¹⁴².

Die Mitwirkung der Kirche muß sich aber, über den Menschen als solchen hinausgehend, in den sozialen Strukturen widerspiegeln, die im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus im gesamten sozialen Umfeld des Menschen durch Revolution verändert werden müssen. „Eine Theologie, die das revolutionäre Engagement der Christen begleitet, sich selbst als kritische Reflexion dieser Praxis versteht und den Glauben in der Geschichte verkörpert, *kann nicht umhin, von Revolution zu sprechen*“¹⁴³. Msgr. *Leonidas Proaño* definiert die Revolution als „die umfassende Veränderung des Menschen, in all seinen Eigenschaften, und der Gesellschaft, in all ihren Strukturen“¹⁴⁴; die Revolution sprengt die Ketten der Unterdrückung und der Abhängigkeit: sie befreit die Menschen endgültig¹⁴⁵. Die Revolution ist hier das Ziel (oder das Nahziel) und die Norm der sozialen Aktion; alles dreht sich um sie. Sie „nimmt den ganzen Menschen in Anspruch, wie auch die Verantwortung für die Bestimmung der Art und Weise seiner Aktion“¹⁴⁶. So gesehen, hat die Revolution den früheren Platz des (klassischen) Humanismus in der Kirche eingenommen¹⁴⁷. *Fidel Castro* nachfolgend, stellt Msgr. *Méndez Arceo* (zusammen mit *Ernesto Cardenal* und dem spanischen Kommunisten *Alfonso Comín*) fest, daß „die Allianz zwischen Christentum und Revolution strategisch sein muß“¹⁴⁸. Aber die Revolution ist ein Mittel, eine sozialistische Gesellschaftsform zu erreichen; mehr noch, man könnte sagen, der Weg dahin ist, im weiteren Sinn, der sozialistische Weg der sozialen Veränderung¹⁴⁹. Dieser Weg ist selbstverständlich der des Klassenkampfes. Weit davon entfernt also, daß dies ein neuerartiger Weg sei oder daß man „auf unbekanntem Pfaden“ reise, wie *Gutiérrez*¹⁵⁰ vorgab, handelt es sich in Wirklichkeit um einen recht „ausgefahrenen“ Weg, bestens bekannt aus einer Anzahl neuerer und alter geschichtlicher Erfahrungen (Rußland, China, Volksdemokratien, Kuba). Es ist der gleiche *Gutiérrez*, der andererseits im Übermaß vom Sozialismus und der „Suche nach dem sozialistischen Weg“ spricht¹⁵¹.

Natürlich wird *das* Politische (und *die* Politik) hier „aufgeblasen“. Die sozialistische Veränderung der Gesellschaft politisiert jede Form der Aktivität (auch die künstlerisch-kulturelle und die religiöse), um alles kontrollieren zu können (Totalitarismus) und, koste es, was es wolle, alle Aktivitäten auf das „gelobte Land“ des Überflusses, der reinen Spontaneität und der unabdingbaren menschlichen Glückseligkeit auszurichten. „Der Primat des Politischen — sagt *Hugo Assmann* — drückt das Bewußtsein aus, daß alle anderen Bereiche menschlicher Tätigkeit (z.B. der technische, der wissenschaftliche und auch der individuelle Bereich) eine Eingliederung in ein übergeordnetes ‘wozu’ (Sinn) fordern“¹⁵². Aus dieser (extremen) Perspektive ergibt sich eine wirkliche „Vertiefung“ der Einstellung von *Maurras*, die fordert: „die Politik vor allem“. So ist auch das, was sich am Horizont (des Glaubens?) abzeichnet, schlicht und einfach der Totalitarismus.

Zusammenfassung

Die Handlungsmächtigkeit der Theologie ist die allgemeine und ursprüngliche Forderung der Theologie der Befreiung. Als Diskurs, der sich *in* der Praxis *von ihr ausgehend, über* und *für* die Praxis entwickeln will, versteht sich die Theologie der Befreiung als strategischen und engagierten Diskurs. „Weder Anbetung, Bekenntnis noch Verkündigung — so sagt man — kann man oberhalb von Rechts und Links, von Unterdrückung und Befreiung in einem klassenlosen und konfliktfreien Himmel ansiedeln“¹⁵³. Die Befreiungstheologie will an der Seite der Armen im Klassenkampf stehen und übernimmt, ohne wenn und aber, die praktische Forderung nach deren Befreiung durch Revolution und Sozialismus. Die Gedankenführung ist hierbei typisch marxistisch. So geschieht es nicht namens der christlichen Forderung, die Zeichen der Zeit zu übernehmen, daß der Praxis, nämlich dem „Kampf der Armen zur Erlangung ihrer Befreiung aus versklavenden sozio-politischen Situationen“, eine privilegierte Stellung eingeräumt wird¹⁵⁴. Weniger noch kann man behaupten, daß es sich hierbei um eine *methodologische* Privilegierung handelt¹⁵⁵. Was hier zur Debatte steht, ist die Notwendigkeit oder der Anspruch, dem Glauben *Wirksamkeit* zu verleihen (was *schon* eine ideologische oder doktrinäre Perspektive voraussetzt, um die Wirksamkeit zu bestimmen) und *von daher* die Theologie zu legitimieren. Auf Grund dieser Forderung wird die Praxis als der Sitz des Glaubens selbst angesehen, als die *conditio sine qua non* seines wahren Ausdruckes und als die „Quelle“ oder die „Werkstatt“ einer „neuen Art, Theologie zu betreiben“ (*Gutiérrez*)¹⁵⁶.

Die Herausforderung der Praxis kommt bei der „Theologie der Befreiung“ in der (tatsächlich illusorischen) Behauptung vom Vorrang der Praxis zum Aus-

druck¹⁵⁷ oder, wenn man so will, vom Vorrang der Orthopraxis vor der Orthodoxie. In Wirklichkeit hat man hier eine Orthodoxie (die des Glaubens) durch eine andere (hegelianisch-marxistische) ersetzt. Ausgehend von dieser Umbesetzung oder *aus dem Innern* dieser neuen Orthodoxie — und nicht, um es noch einmal zu sagen, vom Glauben der Kirche¹⁵⁸ ausgehend — fordert man nun den Vorrang der Orthopraxis.

All dies setzt eine grundlegende Neulesung der Glaubenszeugnisse voraus: eine radikale Hermeneutisierung des Glaubens, wenn man so will. Diese fordert, logischerweise, als höchste Norm der Interpretation den Vorrang der „Praxis“ (und der „Orthopraxis“) vor der „Theorie“: „Richtige Kenntnis — so sagt man — hängt von einer richtigen Aktion ab. Oder, besser, die Erkenntnis erwacht mit dem Tun“¹⁵⁹.

Es ist offensichtlich, daß eine solche Aussage selbst wieder eine doktrinaire Aussage *voraussetzt*¹⁶⁰, die in diesem Falle mit der von *Marx* in seiner These über *Fewerbach* aufgestellten Forderung des Vorranges der „Praxis“ vor dem Denken und der „Theorie“ übereinstimmt. Diese ideologische Grundlage (und nicht der überlieferte Glaube) wirkt, wo es darum geht, den Forderungen nach sozialem Engagement und nach Veränderung der Welt einen Sinn zu geben, auch als Prisma für die Lesung (Neulesung) bezüglich der objektiven und subjektiven Forderungen des Glaubens¹⁶¹. So kann der Brasilianer *Clodovis Boff* feststellen, daß nicht so sehr der Text selbst, als vielmehr „die Art, ihn zu lesen“ wichtig ist, welche „von unserer eigenen Problematik ausgehen muß“¹⁶².

Der Rückgriff auf *Hegel* soll der Vertiefung und Vervollständigung dienen. Jedenfalls handelt es sich bei dieser „Hermeneutisierung“ des Glaubens nicht nur darum, den Text im Hinblick auf die heutige Wirklichkeit zu aktualisieren, sondern ihn den Erfordernissen des politischen Engagements für die Veränderung des Menschen und der Gesellschaft anzupassen. Eine „*militante Auslegung*“, wie *Gutiérrez* folgerichtig sagt¹⁶³, und er verlangt, das Wort Gottes „von ‘den Verdammten dieser Erde’ aus“ zu hinterfragen; „sich voll und ganz in die Welt der Unterdrückung zu begeben, an den Kämpfen des Volkes für die Befreiung teilzunehmen, führt zur Neulesung des Glaubens. . .“¹⁶⁴.

In diesem Zusammenhang haben die Autoren der Befreiungstheologie von einem „hermeneutischen Zirkel“ gesprochen, um das gegenseitige dialektische Sich-Bedingen von Gottes Wort und menschlichen Situationen, von Glaube und Geschichte,¹⁶⁵ auszudrücken: die christliche Existenz „beinhaltet eine Auslegung der Offenbarung von der historischen Praxis aus und eine Auslegung der historischen Praxis von der Offenbarung aus“, wie *Ignacio Ellacuría* sagt¹⁶⁶. Abgesehen von einigen entgegengesetzt lautenden Äußerungen¹⁶⁷, gibt dieses Urteil tatsächlich die

Zuordnung und die Priorität in diesem gegenseitigen Sich-Bedingen an: das Wort Gottes eignet sich zur Erläuterung von „Situationen“ nur in dem Maße, als es zuvor den Erfordernissen einer dem Glauben fremden Ideologie angepaßt worden ist.

Dank dieser Neuinterpretation des Glaubens kann die Theologie der Befreiung für sich in Anspruch nehmen, ein „neuer globaler Entwurf der theologischen Aufgabe“ zu sein¹⁶⁸.

Anmerkungen

- ¹ Wie schon an anderer Stelle erwähnt, kann man selbstverständlich von den Theologien der Befreiung im Plural sprechen. Was es uns trotzdem hier erlaubt, von der Theologie der Befreiung im Singular zu sprechen, sind die Übereinstimmungen in dem wesentlichen Punkt: der ideologische Vorrang der Praxis der Befreiung als Herausforderung an den Glauben. Vgl. *Fernando Moreno*, *Cristianismo y marxismo en la teología de la liberación*. Santiago, Salesianos, 1977, 11; Vgl. auch *Roger Vekemans S.J.*, *Las teologías de la liberación en América Latina*, in: *Tierra nueva* 8 (1974) 15–21; und: *Teología de la liberación y cristianos por el socialismo*. Bogotá, Cedral, 1976.
- ² Der argentinische Jesuit *Juan Carlos Scannone* spricht über „die Armen und Unterdrückten“ und von „den unterdrückten Völkern, in denen sich der absolute Imperativ der Gerechtigkeit verkörpert“. Vgl. *Trascendencia, praxis liberadora y lenguaje*. in: SELA-DOC, *Panorama de la teología latinoamericana*, Band II. Salamanca, Sígueme, 1975, 107.
- ³ Für *Gustavo Gutiérrez* ist die Theologie eine „kritische Reflexion über die Praxis“. Vgl. *Teología de la liberación*. Salamanca, Sígueme, 1972. 26–41. „Somit ist die Theologie der Befreiung eine mehr oder weniger homogene Strömung des Denkens und Handelns in Lateinamerika.“ Vgl. *Sergio Méndez Arceo*, *Jesucristo, los pobres, el socialismo y la Iglesia de hoy*. Bilbao, Desclée de Brouwer, 1979, 96.
- ⁴ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*. Lima, LEP, 1979, 65–67, 106–108 und 114–117. Für den chilenischen Priester *Ronaldo Muñoz* wird die Theologie aus der Praxis zur Theologie aus der Theologie: „Die Theologie der Befreiung kommt aus dem Innersten der Volkstheologie und ist ganz auf den Dienst an der Volkstheologie ausgerichtet“. Vgl. *Recuperación de la dimensión liberadora de la fe*. Interview in: *Páginas (Lima)* 42 (1981) 8 und 9–12.
- ⁵ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 107.
- ⁶ Vgl. *Jon Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia. Los pobres lugar teológico de la ecclesiólogía*. Santander, Sal Terrae, 1981.
- ⁷ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*. Madrid, Ediciones Paulinas, 1977, 36 und 51.
- ⁸ Vgl. das Interview mit dem Nordamerikaner *James Cone*, einem Vertreter der sogenannten „schwarzen Theologie“ in: *Páginas (Lima)* 42 (1981) 13.
- ⁹ Vgl. op. cit., 96.

- ¹⁰ Vgl. Dominación — liberación. Un discurso teológico distinto. in: Concilium (Madrid) 96 (1974) 328—352.
- ¹¹ Vgl. Teología de la liberación, 40. Gutiérrez spricht auch „von einer Art, Theologie zu betreiben, die neue Perspektiven eröffnet“. Vgl. La fuerza histórica de los pobres, 117.
- ¹² Vgl. J. Sobrino, op. cit., im allgemeinen, und Leonardo Boff, *Eclesiogénesis*. Las comunidades de base reinventan la Iglesia. Santander, Sal Terrae, 1980.
- ¹³ Vgl. G. Gutiérrez, *La fuerza histórica de los pobres*, 116.
- ¹⁴ Vgl. ebenda, 122.
- ¹⁵ „Alles ist politisch, sogar die Philosophie oder die Philosophien. . .“, vgl. Antonio Gramsci, *Il materialismo storico e la filosofia di Benedetto Croce*. Torino, Editori riuniti, 38.
- ¹⁶ Vgl. op. cit., 76 und unser bereits erwähntes Buch, 63—64. Die Abweichung (*Comblin*) bzw. die nuancierte Unterscheidung erscheinen uns in dieser zentralen Stellung nebensächlich. Siehe weiter unten.
- ¹⁷ Teología de la liberación, 77, und für das erste Zitat, *La fuerza histórica de los pobres*, 83. Das „Alles ist Politik“ der christlichen Marxisten ist ein Echo auf das „Zuerst die Politik“ von Charles Maurras.
- ¹⁸ Vgl. G. Gutiérrez, *La fuerza histórica de los pobres*, 83.
- ¹⁹ Im marxistischen Sinn, in dem die Befreiungstheologen den Ausdruck „Praxis“ verstehen, gehören in die Bandbreite seiner Definition sowohl die Umwandlung des Milieus und seiner selbst, das der Arbeiter durch seine Arbeit bewirkt, als auch die politisch-revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft.
- ²⁰ Vgl. op. cit., 43.
- ²¹ Gegenüber der positiven Bedeutung sich für (Gott im letzten Sinne) zu befreien, vgl. das Dokument von Puebla, Nr. 480—490.
- ²² Die hegelianische Dialektik enthält Gewalt und Kampf schon, indem sie vor allem das „Moment“ der Negation als Bedingung des Fortschritts und der Kreativität herstellt. „Dasjenige, um welches sich der Begriff erfolgreich weiterentwickelt, ist das *Negative*. . ., das er in sich trägt“, was Hegel als „das Prinzip aller natürlichen und geistigen Vitalität“ ansieht. Vgl. *Scienza della logica*, vol. I, Bari, Laterza, 1974, 49 u. 50. Das ist die Konfliktsituation, die unserer Meinung nach auch die Auffassung einiger latein-amerikanischer Bischöfe kennzeichnet. Vgl. z.B.: Sergio Méndez Arceo, *Jesucristo, los pobres, el socialismo y la Iglesia de hoy*, a.a.O., oder auch Leonidas Proaño, *Pour une Église libératrice*. Paris, Cerf, 1973.
- ²³ Vgl. „Liberación“. Notas sobre las implicaciones de un nuevo lenguaje teológico. in: SELADOC, op. cit., Band I, 311. Die Forderung nach dem Klassenkampf aus christlicher Liebe erscheint auch ausdrücklich bei Ronaldo Muñoz, *Lucha de clases y evangelio*, ebda. 290 u. 291. Der Leitgedanke dieser Ideologie findet sich bei Giulio Girardi, *Amor cristiano y lucha de clases*. Salamanca, Sígueme, 1971. „Paradoxerweise widerspricht der Klassenkampf nicht nur der Universalität der Liebe nicht, er ist sogar eine ihrer Forderungen“ (57).
- ²⁴ Trotz aller intellektuellen Jongleurkünste, auf die *Comblin* sich einläßt, widerlegt seine soziologische (eher: sozio-journalistische, auf keinen Fall theologische, wie der Autor vorgibt) Analyse der Revolution seiner Versicherung, Gewalt gehöre nicht notwendigerweise zum Begriff der Revolution im kulturell geprägten Sinn, zu dem sich

der Autor — es sei wiederholt — trotz all seiner Erklärungen bekennt. Vgl. *Théologie de la révolution*. Paris, Édition universitaires, 1970. Für eine genaue und tiefergehende Analyse vgl. *Heinz R. Schmitz*, *Progrès social et changement révolutionnaire*. *Dialectique et révolution*. in: *Revue Thomiste* 74 (1974) 391—451.

²⁵ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 77; *J. Comblin*, op. cit., 38.

²⁶ Vgl. op. cit., 216.

²⁷ Wir sagen 'operational' statt 'praktisch', um Verwechslungen mit der praktischen Erkenntnis der Sittenlehre zu vermeiden. Vgl. *Jacques Maritain*, *Ciencia y Sabiduría*, Buenos Aires, Desclée de Brouwer, 1944, und die Studie von *P. Michel Labourdette* OP in: *Étienne Gilson et al.*, *Jacques Maritain. Su obra filosófica*. Buenos Aires, Desclée de Brouwer, 1950, 181—224.

²⁸ Vgl. op. cit., 316 bzw. 319. Wir erinnern an die Thesen zwei und elf von *Marx* über *Feuerbach* (die beiden Thesen, auf die uns auch *G. Gutiérrez* hinweist): „Das Problem, ob der menschlichen Erkenntnis eine objektive Wahrheit zukommt, ist kein theoretisches, sondern ein praktisches Problem. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit darstellen, d.h. die Realität und die Macht, das Irdische seines Denkens. Der Disput um die Realität oder Irrealität des Denkens ist — losgelöst von der Praxis — ein rein scholastisches Problem“ (These 2); „Die Philosophen haben sich darauf beschränkt, die Welt in vielfacher Art zu interpretieren; doch handelt es sich darum, sie zu verändern“ (These 11). *Gutiérrez* sagt seinerseits: „Das Wissen ist mit der Umwandlung verknüpft.“ (Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 104), und *Jon Sobrino* — in Anlehnung an *Marx*, *Assmann* und *Gutiérrez* — versichert: „Die Wahrheit erkennen heißt die Wahrheit tun.“ (Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 53).

²⁹ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 104.

³⁰ Vgl. *Hugo Assmann*, *Opresión — liberación. Desafío a los cristianos*. Montevideo, Tierra Nueva, 1971, 90 bzw. 92.

³¹ Vgl. *Gustavo Gutiérrez*, *Evangelio y praxis de liberación*. in: Instituto Fe y Secularidad (Madrid), *Fe cristiana y cambio social en América Latina*. Salamanca, Sígueme, 1973, 231—245. Im gleichen Sinn sagt ein anderer Autor der Befreiung: „... besagte Sprache der Transzendenz wird nur in der historischen Praxis der Befreiung und für sie Wahrheit“. Vgl. *J.C. Scannone*, op. cit., 110.

³² Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 106, und *Teología de la liberación*, 33. Vgl. auch *Leonardo Boff*, *Gesu-Cristo liberatore*. Assisi, Cittadella, 1976, 50.

³³ Diese Ordnung, die dem Diskurs der Befreiung innewohnt, geht wie bei *Marx* von der Forderung nach Wissenschaftlichkeit aus, ohne mit der ethischen „Dimension“, die vorrangig mit dem Ziel zusammenhängt, fertig zu werden. Der Diskurs ist somit erkenntnistheoretisch hybrid, wenn nicht gar inkohärent.

³⁴ Vgl. *F. Moreno*, op. cit., 57.

³⁵ Vgl. *Teología de la liberación*, 57 u. 58. Dieser Text erscheint mir von besonderer Bedeutung, um die Aufnahme des Marxismus in die Theologie der Befreiung bei ihrem hervorragendsten Vertreterer aufzuzeigen. Darüber hinaus ist unter den Befreiungstheologen die Meinung geläufig, daß die Theologie heute mit *Marx* tun müsse, was seinerzeit der heilige *Thomas* mit *Aristoteles* gemacht habe. Vgl. *Clodovis Boff*, *Santo Tomás de Aquino y la teología de la liberación*. Sonderdruck aus: *Páginas*, Nr. 42, Dezember 1981, 5, und *Sergio Méndez Arceo*, op. cit., 123 u. 124.

- ³⁶ Besonders *Leonardo Boff* und *Jon Sobrino*. Vgl. *L. Boff*, *Gesu-Cristo liberatore*, a.a.O.; *Teología del cautiverio y de la liberación*, a.a.O.: *Eclesiogenésis*, a.a.O.; und *Iglesia: carisma y poder. Ensayos de eclesiología militante*. Santander, Sal Terrae, 1982. Von *J. Sobrino* vgl. *Cristología desde América Latina*, Mexiko, CRT, 1976, und *Resurrección de la verdadera Iglesia*, a.a.O.; vgl. außerdem *J. Comblin*, op. cit., 227, 236 u. 237 u.a.
- ³⁷ Vgl. *Cristología desde América Latina*, 20 u. 21; vgl. auch *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 112. In Wirklichkeit müßte man hier von einer Neudeutung in zwei Richtungen sprechen: eine „nach oben“ und eine „nach unten“. Erstere entspricht einer gewissen „Hermeneutisierung“ des Glaubens, d. h. sie stimmt mit der historischen, mit Texten belegten und sogar kämpferischen Deutung (*Gutiérrez*) des Wortes Gottes überein: „eine Deutung, ausgehend von ‘den Verdammten dieser Erde’, denn ihrer ist das ‘Himmelreich’“ (vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 13). Die zweite Neudeutung, die wir im folgenden behandeln werden, bezieht sich auf die sozialen Gegebenheiten.
- ³⁸ Hier einige Autoren der Dependenztheorie. Vgl. *Fernando Henrique Cardoso*, *Politique et développement dans les sociétés dépendantes*. Paris, Anthropos, 1971; *Helio Jaguaribe* et al., *La dependencia político-económica de América Latina*. Mexiko, Siglo XXI, 1969 (in diesem Buch ist die Arbeit von *Jaguaribe* umstritten, aber interessant, die von *T. Dos Santos* ist pamphletisch); *André Gunder Frank*, *Capitalisme et sous-développement en Amérique latine*. Paris, Maspéro, 1968, und die Polemik zwischen *Fernando Henrique Cardoso* und *Francisco Weffort* in: *Revista Latinoamericana de Ciencia Política* (Santiago) 1, 3 (1970) 389–414. Eine komplette und kritische bibliographische Analyse der Dependenztheorie wurde von *Roberto Jiménez* erarbeitet: *La „Teoría de la dependencia“*. Algunos elementos críticos. in: *Nueva Tierra* (Bogotá) Nr. 5, April 1971, 79–94, und: *Notas sobre las teorías del imperialismo y de la dependencia in Latinoamérica*. in: *Tierra Nueva*, Nr. 8, Januar 1974, 59–80.
- ³⁹ Vgl. *Teología de la liberación*, 119 bzw. 125. „In dem Maße, in dem die sogenannte Theorie der Abhängigkeit es verstanden hat, die Herrschaftsverhältnisse in den Kontext des Klassenkampfes einzubringen, regte sie erfolgreich diese Art der Wirklichkeitserkenntnis an.“ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 136.
- ⁴⁰ *Opresión — liberación*, 42–44; vgl. auch *F. Moreno*, op. cit., 57–62.
- ⁴¹ Vgl. op. cit., 113. *Leonardo Boff* sagt, daß der Mensch „stets in der Spannung zwischen dem Pol der Abhängigkeit und dem Pol der Befreiung gelebt hat“ und daß dieses „Bionom Abhängigkeit — Befreiung die Entstehung eines neuen historischen Bewußtseins ausdrückt“, das seinerseits „eine Linse oder einen Focus“ hervorbringt, „durch die man gewisse Phänomene und Dimensionen der Realität sehen kann, die zuvor verborgen und verschleiert waren. . .“ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 31 u. 32. Vgl. auch *José Miguez Bonino*, *La fe en busca de eficacia*. Salamanca, Sígueme, 1977, 36–42 u. 50–61.
- ⁴² *Gutiérrez* spricht von „einer Philosophie im Dialog mit den Humanwissenschaften“. Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 110.
- ⁴³ Dies charakterisiert insbesondere die Stellung von *Hugo Assmann*, der den Vorrang der Philosophie vor den „Human- und Sozialwissenschaften“ mit einem gewissen theologischen Totalitarismus verbindet. Vgl. „Liberación“. *Notas sobre las implicaciones de un*

- nuevo lenguaje teológico, 302 u. 303. Diese Einstellung wird von *Jon Sobrino* geteilt: „Wenn man die Aufgabe der Theologie darin sieht, den Dingen einen Sinn zu geben, wendet man sich spontan der Philosophie zu, die traditionsgemäß als Erkenntnisweise gilt, die, indem sie verallgemeinert und vervollständigt, als konkrete Vermittlung bei Sinnaussagen dienen kann. Geht das Interesse aber dahin, die Wirklichkeit von ihrem Elend zu befreien, richtet sich die Aufmerksamkeit noch spontaner auf die Sozialwissenschaften, die das konkrete, reale Elend analysieren sowie seine Mechanismen und die möglichen Modelle seiner Überwindung. . . Liegt das Interesse eher im Bereich des Handelns als des Erkennens, erweisen sich die Sozialwissenschaften als angemessener Vermittler des theologischen Wissens.“ Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 33.
- ⁴⁴ Vgl. *H. Assmann*, *Opresión — liberación*, 65: man versteht die Theologie „nicht nur als ‘zweiten Akt’ in bezug auf den ‘ersten Akt’ der Praxis, sondern auch als ‘zweites Wort’ in bezug auf das ‘erste Wort’ der Humanwissenschaften“. *Gutiérrez* sagt dazu, daß „die Theologie nach dem Kompromiß kommt. . . sie ist ein zweiter Akt“. Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 109 (auch 176 u. 367).
- ⁴⁵ Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 205.
- ⁴⁶ Anscheinend kann man nichts mehr erklären, es sei denn in der Sprache der Opposition und des Konfliktes. Das ist nichts anderes als das „Korollarium“ der dialektischen These vom Primat der Negation. Man darf nicht vergessen, daß auch die Kritik ein Produkt des modernistischen Rationalismus des Jahrhunderts der Aufklärung ist.
- ⁴⁷ Ein junger Vertreter der „ersten Stunde“.
- ⁴⁸ Vgl. *Ontología del proceso auténticamente liberador*, in: SELADOC, op. cit., 264. Für *Scannone*, der hier ein treuer Schüler *Hegels* ist, ist der Frieden das Ergebnis des Kampfes und der Spannungen (265, siehe auch 266).
- ⁴⁹ Vgl. *Cristología desde América Latina*, 292. Im gleichen Sinn sagt *Leonardo Boff*: „Je mehr der Mensch in Beziehungen eintritt und aus sich herausgeht, um so mehr wächst er innerlich und wird er zum Menschen.“ Vgl. *Gesu-Cristo liberatore*, 192.
- ⁵⁰ Für *Leonardo Boff* wie für *Jon Sobrino* ist Christus ein Grenzfall menschlicher Entwicklung. Ersterer sagt ausdrücklich: „Christus verkörpert die höchste Stufe der Dynamik, die Gott selbst in die Schöpfung und insbesondere in den Menschen gelegt hat“; „der perfektteste, vollkommenste Mensch ist derjenige, der mit dem Unendlichen sich identifizieren und eins werden kann. Jesus von Nazareth war das menschliche Wesen, das bis zum Extrem diese menschliche Möglichkeit verwirklicht hat und somit das Ziel des Menschseins erreichen konnte. Dadurch, daß er sich Gott gegenüber so geöffnet hatte, daß er ganz von Ihm erfüllt war, muß Jesus der Mensch gewordene Gott genannt werden. . .; damit der Mensch wirklich er selbst werden kann, muß er die in seiner Natur liegenden Möglichkeiten verwirklichen können, insbesondere die, mit Gott eins werden zu können. . ., dann erreicht er die höchste Form der Menschwerdung. Wenn dies geschieht, vermenschlicht sich Gott und vergöttlicht sich der Mensch und Jesus Christus erscheint in der Geschichte.“ (Vgl. *Gesu-Cristo liberatore*, 241 u. 245 (sowie 252 u. 253).
- ⁵¹ Vgl. *Cristología desde América Latina* 293 (und 292).
- ⁵² Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 224.
- ⁵³ Vgl. *Gesu-Cristo liberatore*, 49 u. 50. Hier wird außerdem noch die Notwendigkeit der „Vermittlung“ der Geschichte als Voraussetzung für die Wirksamkeit des Glaubens ge-

fordert. Dagegen liegen die („vermittelnden“) Bedingungen ihrer Wirksamkeit in der Glaubensbotschaft selbst (und nicht außerhalb), ohne daß sie etwas ihr fremdes nötig hätte. Vgl. Nr. 18 von *Evangelii nuntiandi* (1975).

⁵⁴ Übrigens wurde *Hegel* im Wesentlichen schon mit *Karl Marx* übernommen. Vgl. *Fernando Moreno*, *La herencia doctrinal y política de Karl Marx*. Santiago, Salesianos, 1979. 37–41.

⁵⁵ Vgl. *J. Miguez Bonino*, op. cit., 59.

⁵⁶ Vgl. *Instrumentos de la teología latinoamericana*, 39. Zitiert in: *Roger Vekemans*, *Las teologías de la liberación en América Latina*, 20 u. 21.

⁵⁷ Vgl. op. cit., 131.

⁵⁸ Zitat bei *J. Miguez Bonino*, op. cit., 73. Wir möchten hier an die diesbezügliche Mahnung von *Paul VI.* erinnern: „Zwischen den verschiedenen Formen, in denen sich der Sozialismus ausdrückt — hochherziges Streben und Suchen nach einer gerechteren Gesellschaft, geschichtliche Bewegungen mit politischer Organisation und politischem Ziel, systematisch ausgebaute Ideologie, die vorgibt, ein vollständiges und autonomes Menschenbild zu bieten — sind Unterschiede zu machen, um im einzelnen Fall die richtige Auswahl zu treffen.“ sagt der Papst in: *Octogesima adveniens*, Nr. 31 (siehe auch Nr. 61 von *Pacem in terris*). Und *Paul VI.* fügt hinzu: „Diese Unterscheidungen sollten nicht dazu führen, die besagten Ebenen als voneinander vollkommen getrennt und unabhängig zu betrachten. Der konkrete Zusammenhang, der den Umständen entsprechend zwischen ihnen besteht, muß klar im einzelnen zu Tage gefördert werden, so daß die Christen mit Scharfblick die mögliche Kompromißweite in dieser Richtung bestimmen können, nachdem sie sich zuvor der Werte versichert haben, die die Gesamtentwicklung des Menschen ausmachen, insbesondere der Freiheit und der Aufgeschlossenheit allem Geistigen gegenüber.“ (Nr. 31). In demselben Apostolischen Brief, drei Ziffern zuvor, mahnte *Paul VI.*, daß es „Gefahr bedeute, sich von Grund auf einer Ideologie anzuschließen, die nicht auf einer wahren und organischen Doktrin beruht, sich in eine endgültige und allgenügende Erklärung zu flüchten, um sich so ein neues Idol aufzubauen, dessen totalitären und einschränkenden Charakter man, manches Mal unbewußt, akzeptiert. Man vermeint so, trotz der gewalttätigen Aktionen, die Rechtfertigung für das eigene Handeln zu finden; man glaubt, für den edelmütigen Wunsch, zu dienen, die geeignete Instanz gefunden zu haben. Dieser Wunsch bleibt bestehen, doch geht er in einer Ideologie auf, welche, auch wenn sie gewisse Wege zur Befreiung des Menschen aufzeigt, ihn in letzter Instanz unterjochen wird.“ (Nr. 28).

⁵⁹ *Marx* (und *Engels*) kritisiert die Utopisten, etwa *Proudhon* oder *Lassalle*, im Namen der „Wissenschaft“. Er betonte schon in frühem Alter seinen Glauben an die Wissenschaft (Die jüdische Frage) und gelangt später zu der Überzeugung, die historische Wissenschaft entdeckt zu haben. Vgl. *F. Moreno*, *La herencia doctrinal y política de Karl Marx*, 37–84.

⁶⁰ Wir haben selbst Elemente der Lehre von *Marx* benutzt im Zusammenhang mit dem Begriff der sozialen Klasse (nicht des „Klassenkampfes“) und der Ideologie. Vgl. *F. Moreno*, *Teoría marxista de las clases sociales*. it: *Tierra Nueva*, Nr. 15, Oktober 1975, 67–85; *Sobre el estatuto y función social de las ideas*. in: *Tierra Nueva*, Nr. 36, Januar 1981, 58–71 (besonders 63–71), und Nr. 37, April 1981, 54–71. Ebensowenig darf man vergessen, bis zu welchem Grad *Marx* selbst — ob gut oder schlecht, ist eine ande-

re Frage — philosophisches und wirtschaftswissenschaftliches Material benutzt hat, das nicht nur nachweisbar ist, sondern darüber hinaus die heutigen Analytiker zu den Quellen selbst, die er benutzt hat, führt. *Marx* bediente sich des *Aristoteles* — und verfälschte ihn — (vgl. *Paul-Dominique Dognin*, *Introducción a Karl Marx*. Bogotá, Cedral, 1975, 312—317 u. 373—377), um seine wirtschaftliche Werttheorie zu begründen. (Vgl. *Karl Marx*, *Capital*. Moskau, Progress Publishers, 1965, Band I, 59, 60 u. 85). Vielleicht weniger unangemessen bediente er sich *David Ricardos* mit dem gleichen Ziel. (Vgl. *Capital*, Band I, 35—69 insbes.).

⁶¹ Vgl. *F. Moreno*, *La herencia doctrinal y política de Karl Marx*, 38—40.

⁶² Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 32 (u. 124).

⁶³ Vgl. ebda. 79 u. 80 (von uns unterstrichen). Puebla spricht jedoch von einer „Vorliebe, aber nicht ausschließlichen Liebe für die Armen“ und vom „Dienst an den Armen“ als einem „bevorzugten, wenn auch nicht ausschließlichen Mittel“, Christus nachzufolgen (s. Nr. 1165 bzw. 1145).

⁶⁴ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 55.

⁶⁵ Das trifft z.B. auf Msgr. *Helder Camara* zu, der nicht eigentlich ein „Theologe der Befreiung“ ist. Vgl. die Zitierung in: *J. Miguez Bonino*, op. cit., 73.

⁶⁶ *Assmann, Gutiérrez, Comblin, Scannone, Dussel*, sowie *Boff, Sobrino* oder *Ellacuría* erklären unzweideutig: alle Versuche, ein „intermediäres“, sozial-wirtschaftliches und politisches System zu schaffen, das nur Reformen des „kapitalistischen Systems“ enthält und (radikale und gewaltsame) revolutionäre Umwandlungen der Staaten und des internationalen Systems ausschließt, sind (nach den selbstverständlichen Normen der Ideologie, die diesen „Theologen“ in unterschiedlichen Ausmaßen und Formen zu eigen ist) zum Scheitern verurteilt. Hierzu einige Beispiele: „Die in den vergangenen Jahrzehnten begonnenen und augenblicklich, trotz der Krise bis heute noch nicht aufgegebenen Veränderungen an der internationalen Wirtschaftsordnung vermindern nicht im geringsten die Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten, sie vervielfältigen und vertiefen sie nur. Aus diesem Grund haben die Anhänger der Theorie des Dritten Weges ihre nationalistischen Anwendungen bereits wieder aufgegeben und sich in die Arme des transnationalen Kapitals geworfen. . .“ (*G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 147); „In Lateinamerika ist die Ablehnung des ‘Desarrollismo’ ein wichtiges Symptom. . . Die Reformisten, die christlichen sowohl als auch die kommunistischen, neigen dazu, die realen Konflikte geringzuschätzen. Veränderungen werden proklamatorisch heraufbeschworen, werden als ideologische Utopie ‘geglaut’, nicht aber im Kampf erobert“ (*H. Assmann*, *Opresión — liberación*, 129 u. 131); „Nach dem euphorischen Optimismus des ‘Desarrollismo’ kam die Kritik an dem Modell, die die grundlegenden Perspektiven verfälschte: Es handelt sich hierbei nicht um eine innere und äußere Interdependenz, sondern um eine echte Abhängigkeit.“ (*Leonardo Boff*, *Teología del cautiverio y de la liberación*, 18). *J. Comblin* zentrierte seine Kritik auf den „reformerischen Desarrollismo“ in: *J. Maritain*, *la Democracia Cristiana y la Doctrina Social de la Iglesia*. (Vgl. op. cit., 12, 22, 23, 31, 37, 58, 69—77, 111 u. 227). Schließlich stellt *J. Miguez Bonino* fest, daß „ein sozialistisches Befreiungsprojekt in Lateinamerika. . .“ grundsätzlich jeden Versuch der Entwicklungstheoretiker ablehnen wird, die lateinamerikanischen Probleme innerhalb des internationalen kapitalistischen Systems, das von den nordatlantischen Staaten abhängig ist,

- zu lösen. . .“ Vgl. op. cit., 65. Anhand des Erwähnten können wir klar die „dependentistische“ (und marxistische) Ausrichtung dieser Kritiken erkennen.
- ⁶⁷ Vgl. *Manfred Spieker*, *Socialismo religioso y marxismo*, 27. in: *Tierra Nueva*, Nr. 16, Januar 1976, 18–30. „Der lebendige Gott hat sein Antlitz dem atheistischen und materialistischen Sozialismus zugewandt, da er der einzige ist, der das verwirklicht, was die Christenheit hätte verwirklichen sollen.“ Zitat von *H. Hutter*, vgl. Msgr. *Sergio Méndez Arceo*, op. cit., 127.
- ⁶⁸ Vgl. „Abschlußdokument des Internationalen Ökumenischen Kongresses für Theologie“ (São Paulo, 20. Februar — 2. März 1980), 9 (des Manuskriptes).
- ⁶⁹ Vgl. op. cit., 128 (u. 121–132). Auch für die „Priester für die Dritte Welt“ (Argentinien) ist die „Suche und Formulierung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ein Zeichen der Zeit. Vgl. *Sacerdotes para el Tercer Mundo*, Buenos Aires 1970. Zitiert bei *J. Miguez Bonino*, op. cit., 77.
- ⁷⁰ Vgl. op. cit., 127 bzw. 125.
- ⁷¹ Vgl. ebda., 123.
- ⁷² Vgl. *Opresión — liberación*, 179.
- ⁷³ Vgl. *Capitalismo — Socialismo: „Crux Theologica“*, 413. in: *Concilium* (Madrid) Nr. 6, Juni 1974, 403–422.
- ⁷⁴ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 81.
- ⁷⁵ Vgl. *Teología de la liberación*, 264 bzw. 157 (im Original unterstrichen).
- ⁷⁶ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 49.
- ⁷⁷ Vgl. *Teología de la liberación*, 57 bzw. 76.
- ⁷⁸ Vgl. das polykopierte Dokument vom 23. November 1980, 4.
- ⁷⁹ Für *Mannheim* enthält die Utopie eine Fehleinstellung und eine nur relative (nicht absolute wie bei *Thomas Morus*) Wirkungslosigkeit in ihrer Beziehung auf die gegebene Situation. Gerade diese Beziehung soll der Utopie ihre mobilisierende Kraft verleihen. Vgl. *Ideology and Utopia. An Introduction to the Sociology of Knowledge*. London, Routledge & Kegan Paul, 1964.
- ⁸⁰ „Ausdruck eines Mitteldings zwischen der Utopie als Vision, die keine geschichtliche Verbindung zur gegebenen Wirklichkeit herzustellen sucht, und dem technisch ausgefeilten Programm zur Organisation der Gesellschaft“. Vgl. *J. Miguez Bonino*, op. cit., 65.
- ⁸¹ Vgl. *Teología de la liberación*, 310, 311 u. 317. Vgl. auch *F. Moreno*, *Ensayo sobre la liberación y las liberaciones*. Santiago, ICHEH, 1981, 100 u. 101. *Herbert Marcuse* sagte 1969, daß das Adjektiv „utopisch“ nicht mehr das bezeichne, was „keinen Ort hat“ oder was in der Geschichte nicht realisierbar wäre, sondern vielmehr dasjenige, dem die Machthaber der etablierten Gesellschaften verbieten, Realität zu werden. Vgl. *Vers 1a libération*. Paris, Les Éditions de Minuit, 1969, 12. In diesem Sinn versteht auch *Joseph Comblin* die Utopie. Vgl. op. cit., 219.
- ⁸² Vgl. op. cit., 96.
- ⁸³ Vgl. die bereits erwähnte Erklärung der CONIP (El Salvador), 3 (des Manuskriptes).
- ⁸⁴ Wir erinnern an die Ansprache von *Johannes Paul I.*, in der er hierzu Stellung nahm: „Es ist ein Irrtum, zu meinen, daß die politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung mit der Erlösung in Jesus Christus eines sei; daß das Regnum Dei sich mit dem Regnum hominis identifiziere; daß ubi Lenin, ibi Jerusalem sei.“ Ansprache vom 20. Sep-

tember 1978. Diese Ansicht wurde von *Johannes Paul II.* anlässlich seiner Eröffnungsansprache zur III. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats wieder aufgegriffen (Puebla, 28. Januar 1979, Nr. 1, 8).

⁸⁵ Vgl. *Cristología desde América Latina*, 133.

⁸⁶ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 256. „Das Streben nach dem Aufbau einer bewohnbareren und humaneren Welt ist die Art und Weise, wie sich das Reich Gottes selbst im Rahmen der Geschichte offenbart.“ (289). Im gleichen Sinn: „Die vollendete Begegnung mit dem Herrn wird der Geschichte ein Ende setzen, aber es gibt sie schon in der Geschichte.“ (Vgl. *G. Gutiérrez*, *Teología de la liberación*, 225 (von uns unterstrichen). Vgl. auch *J.L. Segundo*, *Capitalismo — Socialismo*, 421.

⁸⁷ Vgl. *G. Gutiérrez*, *Teología de la liberación*, 188. Wir glauben trotzdem, mit *Jacques Maritain* und *Charles Journet*, daß „die Unterscheidung zwischen dem Weltlichen und dem Geistlichen eine zutiefst christliche Unterscheidung ist.“ Vgl. *J. Maritain*, *Humanisme intégral*. Paris, Aubier-Montaigne, s.d., 105, und Kardinal *C. Journet*, *L'Église du Verbe Incarné. Essai de Théologie spéculative*. Band I, Desclée de Brouwer 1955, 225.

⁸⁸ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 83 bzw. 88, vgl. auch 280.

⁸⁹ Vgl. op. cit., 122. „Indem das Christentum mit den Revolutionären revolutionär wird, kann es sich neu beleben, Salz der Erde sein und so seinen Verantwortlichkeiten genügen. . .“ (123).

⁹⁰ Vgl. Brief an die Christen, die ihren Glauben in den Christlichen Gemeinschaften des Volkes der armen Länder und Regionen dieser Erde leben und verwirklichen. Anlässlich des Internationalen Ökumenischen Kongresses für Theologie (São Paulo, 20. Februar — 2. März 1980).

⁹¹ Vgl. die Eröffnungsansprache des o.g. Kongresses von *Sergio Torres*.

⁹² Vgl. *Iglesia de Nicaragua. Tiempo de crisis: tiempo de discernimiento y de gracia*. Lima, MIEC/JECI, Nr. 25, Juli 1981, 35. Man spricht auch dort von „dem Volk (von Nicaragua), das heute so viel kämpfen und leiden muß, bis die Sonne seiner Befreiung aufgehen wird“ (82).

⁹³ „Unzweifelhaft hat der zeitgenössische Marxismus ausgiebigen Gebrauch vom Thema des neuen Menschen gemacht.“ Vgl. *J. Comblin*, op. cit., 218.

⁹⁴ Und nicht mehr aus der Quelle des hl. Paulus und des Glaubens der Kirche.

⁹⁵ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 49 bzw. 81.

⁹⁶ Die vielleicht einflußreichsten europäischen Theologen in bezug auf die lateinamerikanische Theologie der Befreiung sind *Jürgen Moltmann*, *Karl Rahner*, *Johann Baptist Metz* und *Hans Küng*. Von *Moltmann* vgl. *L'Espérance en action. Traduction historique et politique de l'Évangile*. Paris, Seuil, 1973, und *Théologie de l'espérance*. Paris, Cerf-Mame, 1970. *Moltmann* lehnt sich an den deutschen Neo-Marxisten *Ernst Bloch*, insbesondere sein „Prinzip Hoffnung“ an. Er „verteidigt die These, daß die Hoffnung der Christen weit davon entfernt sei, den status quo leichtthin anzunehmen, sondern einen ständigen Unruhefaktor und eine Pro-Vokation in Richtung Zukunft darstelle“. Vgl. *J. Miguez Bonino*, op. cit., 173 u. 174.

⁹⁷ Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 172. Vgl. auch vom gleichen Autor, *Cristología desde América Latina*, 318.

⁹⁸ Was an anderer Stelle schon dargelegt wurde. Vgl. *F. Moreno*, *Cristianismo y marxismo en la teología de la liberación*, a.a.O.

- ⁹⁹ Was selbstverständlich nur eine Illusion ist. Sie ist aus der Ideologie (der Praxis) und nicht aus konkreter Praxis entstanden. Vgl. *F. Moreno*, Cristianismo y marxismo en la teología de la liberación, 55. Im gleichen Sinn wird die Illusion, daß man von Lateinamerika aus theologisch operieren könnte, von dem mexikanischen Theologen *Juan Gutiérrez* kritisiert. Vgl. Teología de la liberación, Evaporación de la teología. La obra de Gustavo Gutiérrez vista desde ella misma. Mexiko, Jus, 1975, 17–21.
- ¹⁰⁰ Vgl. Resurrección de la verdadera Iglesia, 241 u. 242.
- ¹⁰¹ „Durch ihren Zeichencharakter ist die Kirche relational; sie hat in sich keine Eigenbedeutung, sondern nur insofern als sie die Liebe Gottes (Gottesdienst) den Menschen (Menschen dienst) sichtbar macht.“ Vgl. ebda., 255.
- ¹⁰² Vgl. Ecclesiogénesis, 37.
- ¹⁰³ Vgl. Resurrección de la verdadera Iglesia, 111.
- ¹⁰⁴ Vgl. *M.-V. Leroy* OP, Pobreza de Cristo, pobreza de la Iglesia. in: *Communio* (Santiago) Nr. 1, Juni–Juli 1982.
- ¹⁰⁵ Vgl. *F. Moreno*, Reflexiones sobre el Congreso Internacional Ecu­ménico de Teología, 54. in: *Tierra Nueva* Nr. 36, Januar 1981, 51–57.
- ¹⁰⁶ Vgl. *G. Gutiérrez*, La fuerza histórica de los pobres, 266: „Die Seligpreisungen sprechen von den materiell Armen und sprechen deshalb von Gott.“
- ¹⁰⁷ Vgl. *Karl Marx*, Contribution à la critique de la philosophie du droit de Hegel, 211 bzw. 209. in: *Karl Marx*, Critique du droit politique hégélien. Paris, Éditions sociales, 1975. 197–212. Von *Gustavo Gutiérrez* vgl. Teología de la liberación, 369–386, und La fuerza histórica de los pobres, 17, 19, 79, 80, 93, 95, 133, 151, 160, 165, 178, 179, 262 u. 266.
- ¹⁰⁸ Vgl. La fuerza histórica de los pobres, 79 u. 80. Man beachte auch 93 und 165, und in Teología de la liberación insbesondere 385.
- ¹⁰⁹ Vgl. *F. Moreno*, Reflexiones sobre el Congreso Internacional Ecu­ménico de Teología, 54.
- ¹¹⁰ Sie „evangelisieren, indem sie sich befreien“. Vgl. *G. Gutiérrez*, La fuerza histórica de los pobres, 179.
- ¹¹¹ Vgl. ebda.
- ¹¹² Vgl. ebda., 17 (auch 95). Aus dem gleichen Grund kann man den Armen auch als „historisches Subjekt eines neuen Glaubensverständnisses“ bezeichnen (160).
- ¹¹³ Vgl. ebda., 133.
- ¹¹⁴ Vgl. ebda., 10, 37, 50, 62 u. 65.
- ¹¹⁵ Man beachte in „Evangelii nuntiandi“ (Nr. 58) die Charakterisierung einer echt kirchlichen Basisgemeinde und die Kritik an den politisierten und ideologisierten „Gemeinden“, die diesen Namen usurpieren und die genau dem entsprechen, was *Boff* verteidigt.
- ¹¹⁶ Vgl. Ecclesiogénesis, 62, 65 bzw. 68. Vgl. auch 70 u. 72. „Die Kirche der Armen ist ein Bruch mit anderen traditionellen Formen des Kirche-Seins und in dieser Kirche der Armen wird die Kirche glaubwürdiger.“ Vgl. *Jon Sobrino*, Resurrección de la verdadera Iglesia, 100.
- ¹¹⁷ „Documento final“ (die Unterstreichung stammt von uns).
- ¹¹⁸ Vgl. *F. Moreno*, Reflexiones sobre el Congreso Internacional Ecu­ménico de Teología, 55.

- ¹¹⁹ Vgl. *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 142.
- ¹²⁰ Vgl. *Leonardo Boff*, *Iglesia: carisma y poder. Ensayos de eclesiología militante*, 22. Vgl. auch die eingehende Kritik an diesen Einstellungen von *Bonaventura Kloppenburg*, in: *Iglesia Popular*. Bogotá, Ediciones Paulinas, 1977.
- ¹²¹ Vgl. *L. Boff*, *Teología del cautiverio y de la liberación*, 11; vgl. auch *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 388 (passim).
- ¹²² Vgl. op. cit., 105. Hier wird der Klassenkampf innerhalb der Kirche vorausgesetzt.
- ¹²³ Vgl. *Ignacio Ellacuría*, *La Iglesia de los pobres, sacramento histórico de liberación*. ECA, Oktober-November 1977, 717. Zitiert nach *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 108.
- ¹²⁴ Vgl. *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 109 bzw. 111.
- ¹²⁵ Hier steht die christliche Eigenart als solche auf dem Spiel. *Assmann* weist sie zurück, indem er den Christen geradezu definiert durch die Beseitigung „jeglichen Glaubens an einen nicht-historischen Gott, um den Nächsten als den ‘Ort, wo sich seine menschlich-göttliche Existenz offenbart’, ernstzunehmen. . .“ Christus findet man nur in den Brüdern, „insbesondere in den Unterdrückten“. Vgl. *Opresión — liberación*, 156. „Der Christ gehört keiner Familie an, wenn er nicht der Familie aller angehört“ sagt *Leonardo Boff*; „das Christentum ist so weit, wie die Welt human ist“; „nicht mehr, was christlich und katholisch ist, ist gut, wahr und gerecht, sondern das Gute, Wahre und Gerechte ist christlich und katholisch“. Vgl. *Gesu-Cristo liberatore*, 79, 243 u. 244. Vgl. auch vom gleichen Autor, *Teología del cautiverio y de la liberación*, 101. Vgl. weiterhin *Pablo Richard*, *La negación de „lo cristiano“ como afirmación de la fe*. in: *Teología y Vida* (Santiago) Nr. 3—4 (1971) 262—271.
- ¹²⁶ Was mindestens seit „*Rerum novarum*“ (1891) als der Ausdruck eines „neuen“ Bewusstseins der Kirche in bezug auf die Welt erkennbar wurde. Der Beitrag des Zweiten Vatikanischen Konzils ist diesbezüglich ebenfalls entscheidend. Andererseits zeugt das gesamte kultur- und sozialphilosophische Werk eines *Jacques Maritain* von der Tiefe, die diese Forderung für die christliche Welt erreichen kann.
- ¹²⁷ Mehr als eine einfache Aufgabe.
- ¹²⁸ Für *Jon Sobrino* ist „der entscheidende Kampf für eine gerechte Welt, gemäß der Liebe Gottes“ gleichbedeutend mit „dem absoluten Kampf für das Reich Gottes“. Vgl. *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 236.
- ¹²⁹ Vgl. *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 253.
- ¹³⁰ Das steht in Widerspruch sowohl zur Synode von 1974 als auch zu „*Evangelii nuntiandi*“ Nr. 29. Man beachte auch die Ansprache von *Paul VI.* an das Konsistorium am 24. Mai 1976: „Man sollte nicht. . . den Fortschritt der Menschheit im weltlichen Bereich, den sozialen Fortschritt usw. überbetonen zu Lasten der wesentlichen Bedeutung, die für die Kirche Christi die Evangelisierung, die Verkündigung der Frohen Botschaft besitzt.“ (Zitiert bei *Roger Vekemans* SJ, *Evangelización y liberaciones humanas*. Del Vaticano II a la *Evangelii nuntiandi*, 14. in: *Tierra Nueva* Nr. 30, Juli 1979, 5—18. — Wir empfehlen allen diesen ganzen ausgezeichneten Artikel — Wie man weiß, hat die (päpstliche) Internationale Theologische Kommission den Beziehungszusammenhang Evangelium-Gerechtigkeit im Geist der Synode von 74 dargelegt: die Gerechtigkeit ist „ein integrierender, aber nicht der wesentliche Teil“ der Verkündigung. Weiter gefaßt, legt diese Kommission dar, daß „man aus der Einheit von Weltgeschichte und Geschichte der Erlösung nicht die Vorstellung ableiten könne, die profane Geschichte

falle mit dem Evangelium Jesu Christi zusammen. . . Die Welt, wie sie in der Geschichte existiert, ist zwar der Ort, wo sich der göttliche Plan der Erlösung entfaltet, doch nicht dergestalt, daß die Kraft und die Dynamik des Wortes Gottes sich auf sozialen und politischen Fortschritt beschränken würden.“ Zitiert ebda., 13 bzw. 9.

- ¹³¹ Im Vergleich zur extremen Einstellung eines *Assmann* oder eines *Sobrino* erscheint die des Argentiniers *J.C. Scannone* etwas nuancierter, wenn auch ebenso mehrdeutig. Vgl. *La Teología de la liberación: ¿evangélica o ideológica?*, 459 u. 460. in: *Concilium* Nr. 93, März 1974, 457–463.
- ¹³² Im wesentlichen sind diese Ausdrücke gleichbedeutend. Jedenfalls muß die Kirche sich „für die Sache der Ausgebeuteten dieser Welt“ engagieren. Vgl. *L. Boff*, *Eclesiogenésis*, 73.
- ¹³³ Ebda., 61.
- ¹³⁴ Vgl. ebda., 61 u. 62 (von uns unterstrichen, um einen Aspekt der Operativität, die in dem „theologischen“ Diskurs liegt, aufzuzeigen).
- ¹³⁵ Vgl. ebda., 67.
- ¹³⁶ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 350.
- ¹³⁷ Vgl. ebda., 352.
- ¹³⁸ Wir haben uns hier weit vom hl. Paulus entfernt. . . Vgl. in diesem Zusammenhang Römer 6, 1–11 u. 7, 4; Kolosser 3, 9 u. 10 und Epheser 2, 15 u. 16 und 4, 20–24. Vgl. weiterhin Johannes 3, 3–8 und, im Alten Testament, Psalm 51 und Jeremias 31, 31–34.
- ¹³⁹ Vgl. *La pedagogia degli oppressi*, Mondadori 1976, 195. Siehe auch *La educación como práctica de la libertad*. Santiago, ECIRA, 1973.
- ¹⁴⁰ Vgl. *Teología de la liberación*, 133. Vgl. auch *L. Boff*, *Teología del cautiverio y de la liberación*, 21 u. 22.
- ¹⁴¹ Vgl. op. cit., 119 (auch 129).
- ¹⁴² Vgl. *Iglesia de Nicaragua*, ebda., 73 bzw. 78.
- ¹⁴³ Vgl. *H. Assmann*, *Opresión — liberación*, 113. „ . . . die ‘Theologie der Befreiung’ versucht, kritisch über die revolutionäre Aktion zu reflektieren, sowohl in ihrem Gesamtzusammenhang als auch in ihrer umstandsbedingten Verwirklichung. . . “ (114).
- ¹⁴⁴ Vgl. op. cit., 117.
- ¹⁴⁵ Man beachte in diesem Zusammenhang die *Mannheimsche* Konzeption von *Comblin*, op. cit., 219. Vgl. außerdem *J.C. Scannone*, *Trascendencia, praxis liberadora y lenguaje*, 108.
- ¹⁴⁶ Vgl. *Comblin*, op. cit., 282.
- ¹⁴⁷ Vgl. *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 206.
- ¹⁴⁸ Vgl. op. cit., 122.
- ¹⁴⁹ *Leonardo Boff* disqualifiziert ausdrücklich „das kapitalistische System der westlichen Gesellschaften“ und „die technokratische Planwirtschaft der sozialistischen Länder“. Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 165. Ist nur die *Planwirtschaft* der sozialistischen Länder fragwürdig? Mehr als *Boff*, hat hier *Solschenizyn* selbstverständlich die Antwortbefugnis! Unterstellt man *Boffs* eigene intellektuelle Kategorien, müßte man sagen, daß *Solschenizyns* Diskurs auch aus einer Praxis stammt, die aber *Boff* nicht erfahren hat!
- ¹⁵⁰ Vgl. *Teología de la liberación*, 76. Vgl. vom gleichen Autor, *La fuerza histórica de los pobres*, 124.

- ¹⁵¹ Vgl. La fuerza histórica de los pobres, 124.
- ¹⁵² Vgl. Opresión — liberación, 17. In diesem Zusammenhang zeigt *Leonardo Boff* eine nuanciertere Einstellung: „Wir erleben in Lateinamerika einen entscheidenden Moment dieses Befreiungsprozesses, der sich insbesondere auf der sozio-politischen Ebene abspielt. Die Befreiung wird zwar auf allen Ebenen durchgeführt, erfährt aber in diesem Bereich eine erstrangige Konkretisierung.“ Vgl. *Teología del cautiverio y de la liberación*, 30. Im gleichen Sinn beachte man die theologischen Grundsätze der „Priester für die Dritte Welt“ (Argentinien) in *J. Miguez Bonino*, op. cit., 76 u. 77.
- ¹⁵³ Vgl. *J. Miguez Bonino*, op. cit., 200.
- ¹⁵⁴ Vgl. *Antonio Bentué*, *Teología de la liberación, ¿sí o no?*, 2 (vervielfältigtes Manuskript). Foro ILADES (Santiago) 15. Juli 1982.
- ¹⁵⁵ Vgl. ebda.
- ¹⁵⁶ Vgl. *J.L. Segundo*, *Capitalismo — Socialismo: „Cruz Theologica“*, 403. in: *Concilium* Nr. 6, Juni 1974, 403—422.
- ¹⁵⁷ Was hier Vorrang hat, ist eine besondere Ideologie (marxistischer Prägung), aber nicht die konkrete Praxis. Vgl. *F. Moreno*, *Cristianismo y marxismo en la teología de la liberación*, 55.
- ¹⁵⁸ Wie gelegentlich behauptet wird. Vgl. *A. Bentué*, op. cit., 6.
- ¹⁵⁹ Vgl. *J. Miguez Bonino*, op. cit., 116. „... Wir können nicht die Interpretationen aus der „Welt der Reichen“ übernehmen, ohne Verdacht zu hegen und nachzufragen, welche Klasse der Praxis sie meinen, unterstützen und legitimieren.“ Ebda., 117.
- ¹⁶⁰ „Die Hermeneutik ist kein primärer, sondern ein sekundärer, abgeleiteter geistiger Prozeß.“ Vgl. *Georges Cottier*, *Brèves remarques sur le problème herméneutique*, 277. in: *Nova et Vetera* Nr. 4, Oktober—Dezember 1968, 274—280.
- ¹⁶¹ „Die Gefahr der Hermeneutik liegt darin begründet, daß sie bei der Reaktualisierung eines Textes für uns. . . den Text auf unsere Aktualität reduziert, auf *unsere* Kategorien, wobei es ihm unmöglich wird, uns zu belehren und zu beurteilen. Als Grundlage der Erklärung dient hierbei *unsere* Geschichte, eventuell das revolutionäre Engagement im Lichte der marxistischen Analyse und Praxis.“ Vgl. *Yves Congar*, *Un peuple messianique*. Paris, Cerf, 1975, 189. Zitiert nach *Roger Vekemans* SJ, *Panorámica actual de la teología de la liberación en América Latina*. *Evaluación crítica*, 30. in: *Tierra Nueva* Nr. 17, April 1976, 5—33 (erster Teil).
- ¹⁶² Vgl. *Santo Tomás de Aquino y la teología de la liberación*, 3. in: *Páginas* (Lima) Nr. 42, Dezember 1981, Beilage Nr. 42, 1—8.
- ¹⁶³ Vgl. *La fuerza histórica de los pobres*, 13 (und 172, 173 u. 197). Vgl. auch *J. Miguez Bonino*, op. cit., 106: „Die Theologie Lateinamerikas“ (d.i. der Befreiung) „ist eine militante Theologie. . . vielleicht sektiererisch“.
- ¹⁶⁴ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 13, 354 bzw. 355 (ebenso 370).
- ¹⁶⁵ Vgl. ebda., 108.
- ¹⁶⁶ Vgl. *En busca de la cuestión fundamental de la pastoral latinoamericana*. in: *Sal Terrae*, August—September 1976, 567, zitiert nach *J. Sobrino*, *Resurrección de la verdadera Iglesia*, 238.
- ¹⁶⁷ „Das große hermeneutische Prinzip des Glaubens, das Fundament jeglichen theologischen Diskurses, ist Jesus Christus.“ Vgl. *G. Gutiérrez*, *La fuerza histórica de los pobres*, 108.
- ¹⁶⁸ Vgl. *J.C. Scannone*, *La teología de la liberación: ¿evangélica o ideológica?*, 458.

Javier Lozano Barragán (Mexiko)

DIE NORMEN DER ANALYSE DER GEGENWÄRTIGEN
WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION AUS DER SICHT DER
THEOLOGIE DER BEFREIUNG

Erlauben Sie mir, zunächst dem Internationalen Institut für Sozial- und Politikwissenschaften der Union de Fribourg für die Einladung zur Teilnahme an diesem Symposium zu danken.

Das vorgeschlagene Thema scheint auf den ersten Blick vornehmlich ein ökonomisches zu sein, das nicht viel mit der Theologie als solcher zu tun hat. Trotzdem könnten wir von einer gewissen Richtung innerhalb der Theologie der Befreiung fast sagen, daß die ökonomische Sicht im Einvernehmen mit einer gewissen Betrachtungsweise schließlich die Grundlage derselben darstellt. Ich beziehe mich auf eine bestimmte Richtung, denn es gibt nicht nur eine Theologie der Befreiung, sondern mehrere, die sich in ihren Ausgangspunkten hinsichtlich der Theologie unterscheiden. Trotzdem versteht man in gewissen lateinamerikanischen und europäischen Kreisen unter Theologie der Befreiung nur jene Ideen bezüglich des Christentums in Lateinamerika, die die sogenannte Dependenztheorie als den einzig gültigen Ausgangspunkt betrachten.

In der vorliegenden Untersuchung werde ich versuchen, in erster Linie gewisse herausragende Merkmale der Analyse der gegenwärtigen ökonomischen Situation aus der Sicht der Theologie der Befreiung darzustellen*. Diese Analyse betrifft unmittelbar Lateinamerika. Zweitens werde ich den ökonomischen Ausgangspunkt aus der „nicaraguanischen“ Perspektive der Theologie der Befreiung vertiefen, da sie für die gegenwärtige Haltung dieser theologischen Richtung re-

*) Zum Verständnis der Ausführungen des Bischofs Lozano muß man sich stets vergegenwärtigen, daß es sich um die Darstellung der ökonomischen Analyse stets im Sinn der Befreiungstheologie handelt. Vgl. auch die entsprechende Stelle im Diskussionsbericht. (A. F. Utz)

präsentativ zu sein scheint. Die Vertiefung wird darin bestehen zu zeigen, wie die dargestellte Analyse zur „Theologie“ wird. Meiner Arbeit füge ich einen Anhang bei. In diesem Anhang betrachte ich die wichtigsten Themen der Theologie der Befreiung anhand des Dokumentes der Dritten Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla, Mexiko, im Jahre 1979. Ich stelle hier die zwei Hauptströmungen der Theologie der Befreiung und den möglichen Dialog dieser beiden untereinander im Lichte des Dokumentes von Puebla dar.

I. Analyse der ökonomischen Faktoren im Befreiungsprozeß Lateinamerikas

Die Untersuchung, die ich vorlege, beschreibt die gegenwärtige Situation anhand der Geschichte im Sinn der Befreiungstheologie. Um die Botschaft des Evangeliums in der lateinamerikanischen Wirklichkeit zu verstehen, muß die wirtschaftliche Vergangenheit Lateinamerikas nach der Dependenztheorie gesehen werden. Methodisch werde ich so vorgehen, daß ich einige Sätze aufstelle, die ich, wenn nötig, weiter ausführe und erläutere. Zur Bibliographie dieses ersten Teiles verweise ich auf die erste Fußnote.

1. Allgemeine Sicht

Um Lateinamerika zu verstehen, muß man es im Weltzusammenhang innerhalb der kapitalistischen industriellen Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte sehen. Diese Entwicklung brachte auf internationaler Ebene eine Arbeitsteilung, in der Lateinamerika die Rolle des Exporteurs von billigen Rohstoffen und des Importeurs von teuren Fertigwaren einnahm.

2. Die Kolonisierung

Schon seit der Zeit der iberischen Kolonisierung kennzeichnete sie sich durch die Zerstörung der indianischen Kulturen und durch die Ausbeutung der Eingeborenen in den Minenarbeiten, die diese akzeptieren mußten, weil davon ihr Überleben abhing.

3. Die Unabhängigkeit

In dem Augenblick, da Lateinamerika die politische Unabhängigkeit von der iberischen Halbinsel gewinnt, verlieren die alten Metropolen Spanien und Portugal an Bedeutung und werden ihrerseits durch die expandierende Industrie zu Satelliten der neuen Herrschaftszentren, insbesondere Englands. Die ehemals beherrschten Länder, die nun die neuen lateinamerikanischen Nationen bilden, geraten allmählich in den ökonomischen Einflußbereich der Industriezentren, deren Expansionspolitik von den Gesetzen des Kapitalismus geprägt ist.

4. „Unabhängiges“ Leben zu Beginn

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit machte sich in den lateinamerikanischen Ländern eine Tendenz nach außen zu expandieren bemerkbar, insbesondere nach England. Das Leben dieser Länder hing von den wirtschaftlichen Beziehungen zu den neuen industriellen Metropolen ab. Ihre Entwicklung war gekennzeichnet durch eine überaus enge Beziehung zu den neuen Machtzentren und durch eine sehr geringe Verbindung mit dem alten spanischen oder portugiesischen Zentrum. Mexiko und Peru z. B., die mit Spanien enger verbunden waren, kamen anfangs nur langsam voran. Argentinien und Venezuela hingegen begannen gleich am Anfang, Ackerbau- und Viehzuchtprodukte nach England zu exportieren, und beschleunigten dadurch ihren Fortschritt.

England seinerseits beeilte sich vor 1850 nicht mit wirtschaftlichen Kontakten zu Lateinamerika, unter anderem wegen der Transportschwierigkeiten. Das wurde in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts anders, als England seinen Handel intensivierte.

5. Äußere wirtschaftliche Entwicklung

Die Exporte umfassen, wie wir gesagt haben, zu Anfang Ackerbau- und Viehzuchtprodukte und später Mineralien. Sie spielen sich in jedem Land anders ab. Manchmal, wie in Argentinien und Brasilien, stehen sie unter der Leitung der lokalen Grundbesitzer, und dieselben Gruppen kontrollieren zusammen mit den Exporten auch die Importe von Waren, die für die Produktion gebraucht werden. Aufgrund dieser Kontrolle fällt unschwer auch die politische Führung des Landes in ihre Hände. Den Maßstab für ihre Kontrolle liefert die Summe des angesam-

melten Kapitals, durch das sie schließlich unbegrenzte nationale Macht erlangen. In diesem Zusammenhang versteht man die zahlreichen Kämpfe zwischen den klassischen Parteien Lateinamerikas: den Liberalen und den Konservativen. Die Grund- und Minenbesitzer hängen — je nach wirtschaftlichen Interessen — der einen oder anderen Partei an. Wenn es darum geht, volle politisch-ökonomische Freiheit zu proklamieren, schließen sie sich dem Liberalismus an; wenn es darum geht, das Erreichte zu erhalten, werden sie zu „Konservativen“.

Es kommt oft vor, daß die Eigentümer Ausländer sind. Zum Beispiel bilden in Peru und Chile Ausländer Export- und Importfirmen, sogenannte „Enklaven“, die das gesamte Leben des Landes kontrollieren.

Es versteht sich demnach von selbst, daß die Politik zugunsten dieser Wirtschaft und der privilegierten Gruppen gemacht wird. Aber diese Politik wird hauptsächlich von außen, von der industriellen Metropole aus betrieben. Was die Gruppen der Privilegierten betrifft, so werden sie von England, je nach den wirtschaftlichen Interessen, einmal in Harmonie gebracht und ein anderes Mal wieder gegeneinander ausgespielt. Andererseits manipuliert England sehr klug in diesem politischen Spiel, und es gibt dabei allen Ländern das Gefühl, „unabhängig“ zu sein. Es greift nicht direkt in die Politik ein, sondern herrscht über die Wirtschaft.

6. Verteilung des Einkommens

Die Exportwirtschaft nützt einigen wenigen, die ihrerseits alles dem Export unterwerfen. Da der Export in der Hauptsache Ausfuhr von Ackerbau- und Viehzuchtprodukten und von Mineralien ist, muß man immer mehr Land besitzen. So entstehen die Latifundien, durch Enteignung der legitimen Besitzer, die vielfach Indianergemeinden sind.

Was den Lebensstil betrifft, so versuchen die privilegierten Gruppen den Lebensstil der Metropolen nachzuahmen. So entsteht auch eine starke kulturelle Abhängigkeit. Die große Mehrheit der lateinamerikanischen Bevölkerung hingegen lebt unter großen Entbehrungen in einer reinen Subsistenzwirtschaft. Ihre Kaufkraft in bezug auf die Einfuhren aus den Metropolen ist sehr niedrig, so daß diese ihren Lebensstil nicht wesentlich beeinflussen.

So erfahren die verschiedenen Länder eine völlig ungleiche Entwicklung. Die Ungleichheit stabilisiert sich mit der Stabilisierung des kapitalistischen Systems in der Welt. Trotzdem wächst nach und nach eine gewisse Mittelschicht heran, von der Widerstände gegen diese ungerechte Situation ausgehen. Aber die wirtschaftlichen Machthaber fangen den Widerstand auf, indem sie ihn vernichten oder in-

dem sie denen, die ihnen passen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten geben, sich in die herrschenden Eliten einzugliedern. Die Volksmassen ihrerseits lehnen sich in äußerst grausamen Explosionen auf, wenn die Ungerechtigkeit ein Höchstmaß erreicht. Aber es sind isolierte und vorübergehende Phänomene. So verläuft das ganze XIX. Jahrhundert.

7. Interne wirtschaftliche Entwicklung

Die große Finanzflaute, die an der Wertpapierbörse in New York 1929 beginnt und bis 1932 fort dauert, trifft die kapitalistische Welt so stark, daß sie nicht mehr wie früher importieren noch exportieren kann. England verliert seine Vorherrschaft an die Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Krise wird sich von 1939 bis 1945 wegen des Zweiten Weltkrieges noch verschärfen. Lateinamerika sieht sich gezwungen, das zu produzieren, was es vorher importiert hat, und Binnenmärkte aufzubauen und zu konsolidieren. Den großen Ländern Lateinamerikas, Mexiko, Brasilien und Argentinien, gefolgt von Chile und später von Kolumbien und von Uruguay, gelingt dies in gewisser Weise. Allerdings hängen sie für den Aufbau ihres Binnenmarktes weiterhin von den alten Metropolen ab, da sie Technologie und qualifizierte Arbeitskräfte brauchen, die sie nur bekommen können, wenn sie Kapital besitzen, und zwar akkumuliertes Kapital aus den Devisenrücklagen als Mehrwert der Exporte, die sie bei ihrem Wachstum nach außen hin tätigen. Die Länder, die über diese Rücklagen verfügen, können irgendwie die Krise überstehen. Die, die sie nicht haben, müssen weiterhin in einer prekären Subsistenzwirtschaft verharren.

8. Markt und interner Konsum

Mit der Konsolidierung der Binnenmärkte werden die entsprechenden Wege für Produktion und Konsum bereitet. Es geht darum, immer größere Bevölkerungsschichten in den internen Konsum einzubeziehen. So beginnt die Industrialisierung und die Arbeiterbewegung.

Aus der mangelnden Produktionskapazität und Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung ergibt sich die trügerische Anziehungskraft der Großstädte, und wegen der Unsicherheit und Not auf dem Land beginnt die Landflucht. Beides zusammen verursacht das Phänomen des Marginalismus in den großen Städten. Auf der politischen Ebene kann das System nicht von den Eliten allein legitimiert werden, wie es früher der Fall war, man muß auf die Massen zurückgreifen. So

zeichnet sich aus der Perspektive der Arbeiter und des Volkes ein nationalistischer Reformismus ab, aus dem der sogenannte „Populismus“ entsteht, der sich scheinbar gegen geschlossene elitäre Gruppen richtet, die aber andererseits gerade diejenigen sind, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht eben diese Politik in kluger Weise dirigieren.

Der unproduktive tertiäre Sektor wird größer, besonders in den Großstädten. Wenn es aber darum geht, das Produzierte zu exportieren, dann verteidigen die Metropolen ihre eigene Produktion bis aufs Messer mit einer Reihe von protektionistischen Maßnahmen. Was Lateinamerika produziert, wird nicht gekauft, man zwingt es sogar, weiterhin die Exporte der Metropolen zu konsumieren. Wieder bleiben die ärmeren Länder, die nicht einmal einen ersten Ansatz eines Binnenmarktes konsolidieren konnten, in einer präkapitalistischen Phase der Subsistenzwirtschaft stehen. Nur ist es jetzt noch schlimmer, dramatischer und explosiver, wie im Falle Zentralamerikas, wo man mit äußerst heftigen Gewaltakten auf eine schon verzweifelte Situation antwortet.

9. Die Multinationalen

Mitte der fünfziger Jahre geht das ausländische Kapital innerhalb des inzwischen vereinheitlichten kapitalistischen Systems stark zurück. Lateinamerika erzeugt weiterhin Rohstoffe, die im eigenen Land verarbeitet werden, und zwar mit billigeren Arbeitskräften als denen des kapitalexportierenden Landes und mit viel niedrigeren Transportkosten. So wachsen die Multinationalen. In dieser Etappe gibt es weder eine eigene Technologie noch qualifizierte Arbeitskräfte. Die nationalen Kapitalien reichen für die Diversifizierung und das erforderliche Ausmaß der Industrialisierung nicht aus. Die mühevoll beginnende Industrialisierung, die trotz allem in Lateinamerika erreicht wird, bleibt eine Randerscheinung der großen Konsumgesellschaft. Die großen Massen der Bevölkerung bleiben weiterhin Randgruppen. Was das Kapital in dieser Situation betrifft, so hat man, um den Erfordernissen der Industrialisierung gerecht zu werden, auf große ausländische Anleihen zurückgreifen müssen, die den Kontinent zu einer immer stärkeren und tödlichen Verschuldung geführt haben. Allein schon die Zinsen der Kredite, dazu noch die mangelhafte Produktionskapazität und der mangelnde Binnen- und Außenhandel führen Lateinamerika immer mehr zum Bankrott.

10. Niedergang des Kapitalismus in Lateinamerika

Diese letzte Periode, in der wir gerade leben, zeigt am deutlichsten durch galoppierende Inflation, ungeheure Abwertungen, Verteuerung des Lebens, mangelnde Kaufkraft der großen Mehrheit, wirtschaftliches Chaos, daß der Kapitalismus an Boden verliert. Gewiß ist seine internationale Macht sehr groß und er benutzt alle Mittel um sich zu rechtfertigen. Er stellt sich sogar als einzigen Verteidiger der Freiheit und den marxistischen Sozialismus als eine absolutistische Diktatur dar. Er benutzt immer mehr populistische Formeln, aber diese scheinen an Boden zu verlieren. Man hat gewaltsam mit Guerrilla und mit Terrorismus geantwortet und auf der anderen Seite mit blutiger Unterdrückung. Kuba und Nicaragua sind aber Beispiele dafür, was ein Volk leisten kann, wenn es erkennt, daß es sich von der Unterdrückung, von der es zerstört wird, befreien kann.

11. Die Kirche

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Kirche in Lateinamerika eine Schlüsselfunktion hat, und sie hat auch in diesem ökonomischen Spiel eine wichtige Rolle gespielt, jedoch als Beschönigerin des „Status quo“ der verschiedenen oligarchischen Regime, die das lateinamerikanische Volk unterdrückt haben.

12. Die sozialistische Alternative

Die gegenwärtige Situation zeigt ganz deutlich, daß für Lateinamerika in der Zukunft nur eine wirkliche Alternative übrigbleibt. Diese Alternative ist nicht mehr das Dilemma Rückständigkeit — Fortschritt (Industrialisierung) oder Oligarchie — Demokratie, sondern sie heißt *Kapitalismus oder Sozialismus*. Entweder entscheidet man sich dafür, ein Lateinamerika aufzubauen, das abhängig und nur für elitäre Gruppen existiert und den dringenden Bedürfnissen der Volksmassen verschlossen ist, wie sehr sich die beherrschenden ausländischen Firmen als humanitär in ihrem Verhalten auch erweisen mögen, oder man entscheidet sich dafür, für die Befriedigung der Bedürfnisse der Mehrheit zu kämpfen, indem man sich für die Klassentrennung entscheidet und für den daraus resultierenden Klassenkampf im Hinblick auf eine wirkliche Befreiung. Es geht nicht um das moralisch Gute oder Böse, sondern um eine Logik, die die Entwicklung des Kapitalismus notwendig macht, die zur Zerstörung unserer Völker geführt hat.

13. Der dritte Weg

Hier gibt es keinen dritten Weg. Die Christdemokratie, zum Beispiel in Chile, sagte, daß man weder den liberalen Kapitalismus noch den marxistischen Sozialismus akzeptieren dürfe. Sie schlug eine soziale Reform ohne Klassenunterschiede vor. Als sie von der Theorie zur politischen Praxis übergang, scheiterte sie ganz einfach. Das hat bewiesen, daß nur durch einen echten Klassenkampf die Befreiung erreicht werden kann. Das bedeutet nicht, daß man zwangsläufig irgendeinem sozialistischen politischen Modell des Ostens folgen muß, sei es das sowjetische oder das chinesische oder irgendein anderes; wohl aber, daß man den Kapitalismus als Lösung für Lateinamerika völlig ausschließt und daß man für einen Sozialismus kämpft, der eigene lateinamerikanische Wege zeigt und uns unsere eigenen Lösungen gibt, wie es in Kuba und Nicaragua gemacht wurde.

14. Theologie der Befreiung

Das theologische Nachsinnen über die Forderung der Befreiung in Lateinamerika stellt die entfremdende Abhängigkeit als Ursache für unsere Unterentwicklung fest. Diese Unterentwicklung ist nicht wertneutral, sondern eine unmögliche Situation, die man abschaffen muß, die Situation der institutionalisierten Gewalt, die Situation der Sünde. Die theologische Reflexion über die Befreiung sieht in dieser Situation einen Zustand der Sklaverei, in der die Herren die Länder der sogenannten ersten Welt sind, imperialistische Mächte, deren Reichtum unser Hunger ist. Folgerichtig zu diesem Imperialismus ist nicht das jeweilige Land als solches der Verursacher unserer Sklaverei, sondern das Land als imperialistisches, und es ist imperialistisch, weil es den liberalen Kapitalismus praktiziert, und zwar sowohl innerhalb seiner eigenen geographischen Grenzen als auch mittels seiner ausländischen Geschäftsträger in den Multinationalen und seiner kreolischen Strohmänner, den „Herodianern“, Bourgeois, Kapitalisten und Reaktionären, die ihre eigenen Brüder in ihrem eigenen Haus ausbeuten. Die einzig wirksame, die einzige konkrete Alternative, die nicht in entfremdende Utopien ausartet und sich wirklich dieser Situation stellen kann als echte alternative Gesellschaft zur dehumanisierenden kapitalistischen Gesellschaft, ist die sozialistisch-marxistische Alternative. Lateinamerika muß sich dem Sozialismus anschließen. Da dieser Anschluß die Vergesellschaftung aller Mittel kollektiver Produktion beinhalten wird, die jetzt Privateigentum sind, wird der Klassenkampf unabwendbar sein, da die kapitalistischen Bourgeois nicht mit gekreuzten Armen dastehen wer-

den, wenn ihre Interessen, die im Widerspruch zu denjenigen der enterbten Klassen stehen, angefochten werden. Dieser Klassenkampf muß auf nationaler, auf regionaler und auf Weltebene ausgetragen werden, da letzten Endes das Imperium nicht dadurch ausgelöscht wird, daß man mit den Kapitalisten des eigenen Landes oder der eigenen Region aufräumt. Der Christ engagiert sich für die Befreiung und deswegen engagiert er sich dafür, im revolutionären Klassenkampf die Abhängigkeit zu zerstören. Die christliche Reflexion über diese Tatsache ist die Theologie der Befreiung. Es ist die einzige Möglichkeit, die Botschaft hörbar und glaubwürdig zu machen für den „Nicht-Menschen“, für den Unterdrückten, für den Verarmten, den Behinderten, den Entfremdeten, und für die zahllosen Randgruppen Lateinamerikas¹.

II. „Nicaraguanische“ Perspektive der Theologie der Befreiung

Wir haben von der äußerst konfliktreichen Situation Zentralamerikas gesprochen. Wir glauben, daß der vorgelegte Bericht ergänzt werden kann durch die „ökonomisch“ konkrete Art und Weise, wie dieser angeblich theologische Diskurs erarbeitet wird. Ich füge noch einige Gedanken bei, die in mexikanischen Veröffentlichungen zum Ausdruck gebracht wurden. Um eine größere Klarheit zu verschaffen gehe ich von Aussagen aus, die ich nach folgendem Schema ordnen möchte: 1. Gott; 2. Anthropologie: a) Macht, b) Armut, c) Volksreligiosität; 3. Christologie; 4. Ekklesiologie: a) Identität und Ewigkeit, b) Offenbarung, c) Lehramt, d) Theologie, e) Basiskirchengemeinden.

1. Gott

Gott ist das utopische Prinzip par excellence, das die Geschichte bewegt und unter den gegenwärtigen Bedingungen der Gott des Lebens ist, Verteidiger des Lebens dort, wo es auf primärer Ebene nicht existiert, wo es ständig bedroht wird, besonders durch die Armut².

Der Glaube an Gott kann nicht auf Kosten des Lebens der Menschen wachsen. Das Geheimnis, Gott anzunehmen, heißt, die menschliche Niedrigkeit und zugleich die eigene Rebellionskraft annehmen und der Dynamik keine Grenzen setzen, dies bedeutet, beide Dinge anzunehmen³.

Man manipuliert, verkleinert oder würdigt Gott herab, in krasser oder subtiler Weise, über religiöse und kirchliche Mechanismen, wenn man durch die Beru-

fung auf das Geheimnis Gottes der Analyse oder der Motivation eine neue Größe hinzufügen wollte, um eine vermeintliche Bereicherung der Kenntnis und der Praxis zu erreichen⁴.

2. Anthropologie

a) *Die Macht*

Gegenüber der politischen Macht nahm und nimmt der christliche Glaube folgende Haltungen ein: Mißtrauen, aber zugleich die Vorstellung von einer anderen Art von Macht; Machtausübung, um die Evangelisierung zu erleichtern; die Forderung nach einer unabhängigen Macht als Freiraum gegenüber dem Staat, der ihr die Erfüllung ihrer Mission als Kirche garantiert; die Feststellung, daß wegen der Sünde jede Gesellschaft ein gewisses Maß an politischer Zwangsgewalt braucht; die Macht, verstanden als menschliche Berufung für den Dienst, nicht als Privileg in der Mission der Kirche⁵.

In Nicaragua gibt es zwei Arten von Macht, die alte und die neue; die alte, die somozistische, ist Verderben; die neue, solange sie eine Macht der Armen, des Volkes ist, ist Rettung⁶.

Die Hierarchie hat das Gefühl, daß die neue Macht, die sandinistische, nur eine andere Form der Unterdrückung darstellt, die sich auf Kriterien stützt, die den demokratischen Freiheiten im Stil der bürgerlichen Demokratien die Priorität gibt und nicht der gesamten Sache der Armen dient⁷.

„Totalitarismus“ ist nicht dasselbe wie „Vorherrschaft des revolutionären Projektes“ im „Sandinistischen Staat und Regime“. Wenn man die neue Wirklichkeit der politischen Macht mit neuen Augen sieht, so muß die neue Macht, das neue populäre Modell der Demokratie, die Vorherrschaft der Volksklassen mit ihrer Avantgarde, nicht Totalitarismus bedeuten, vielmehr in erster Linie Dienst an den Armen⁸.

Nach und nach kann der Staat verschwinden, kann man mehr Freiräume geben, damit das Volk immer mehr zum Vorkämpfer seiner eigenen Geschichte wird.⁹

Im Namen des Christentums braucht man nicht Privateigentum an den Produktionsmitteln, Pluralismus der Klassen oder Pluralismus der Parteien zu fordern. Das Ziel des revolutionären Prozesses ist die Klassensolidarität und nicht das allzu simple Gerede von einer universellen Brüderlichkeit; es sei denn, diese letztere werde als Ziel betrachtet, das durch die Klassensolidarität erreicht werden soll¹⁰.

Das patriotische Bündnis besteht aus den Armen, der nicht illoyalen Bourgeoisie und den Kleinbürgern. Es ist ein rein taktisches Bündnis, damit die Bourgeoisie die Kosten des revolutionären Prozesses bezahlt. Es muß verschwinden, wenn die Bourgeoisie verlangt, daß der Staat nicht sandinistisch sei, daß eine legale juristische Ordnung errichtet werde und daß sie mehr Entscheidungsmacht erhalte¹¹.

Wir müssen alle lieben, selbst in dieser ungerechten Gesellschaft, aber die einen so, daß wir versuchen, sie daran zu hindern, andere aufgrund ihrer strukturellen Position zu unterdrücken; und die Unterdrückten so, daß wir mit ihnen kämpfen, um die Gesellschaft so zu verändern, daß es diesen strukturellen Antagonismus nicht mehr gibt. Dabei dürfen wir nicht dem psychologischen Fehler verfallen, die Klassenkonflikte als persönlichen Haß aufzufassen, denn der Klassenkampf hat im Grunde nichts mit Haß zu tun¹².

Der Sandinismus identifiziert sich mit dem Staat, mit der Regierung und mit der Nation und so auch mit der Macht des Volkes im Kampf gegen die Bourgeoisie. Um den revolutionären Prozeß zu festigen, braucht man eine starke Führung von seiten der revolutionären Avantgarde. Auch das ist eine Forderung der christlichen Liebe¹³.

b) Die Armut

Armut ist Leben, das bedroht ist vom Mangel an Mitteln für die Befriedigung primärer Bedürfnisse, Leben, das von unterdrückerischen Strukturen zerstört ist. So muß sich das erste und allgemeine Urteil über revolutionäre Prozesse an den Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Besitzlosen orientieren. Die Revolution erklärt besser als andere Situationen der Geschichte, daß die Geschichte ist, was sie ist, und nicht bloß die ständige Wiederholung einer — im besten Fall modifizierten — universellen Idee¹⁴.

c) Die Religiosität des Volkes

Die Säkularisierung in Lateinamerika ergibt sich aus der Politisierung der Massen. Trotzdem ist die Religiosität des Volkes nicht geschwächt, sondern angereichert worden mit einem starken Befreiungspotential und mit revolutionärer Ethik. Denn die Religiosität des Volkes gehört der gesamten Bevölkerung und das Volk selbst in seiner Gesamtheit erlebt die eigene Religiosität entweder als Befreiung oder als Entfremdung¹⁵.

Ob die Religiosität des Volkes Entfremdung oder Befreiung ist, hängt von gesamthistorischen Situationen ab und nicht vom Urteil des Theologen, des Historikers oder des Kirchenträgers. Man kann das religiöse Feld nicht verlassen oder in die Hände des Feindes geben. Man muß dem Volk beibringen, sein religiöses

Bewußtsein und seine Selbständigkeit gegenüber der Religion und den Göttern der herrschenden Klassen wiederzuerlangen, denn die religiöse Vernunft war Ausdruck der politischen Vernunft der Bürger. Der wahre Sinn der Befreiung in der Religiosität des Volkes entspringt dem Evangelium und der sandinistischen Volksrevolution, solange diese letztere erlaubt, diesen Sinn zu bewahren¹⁶.

In der Praxis der Volksreligiosität versteht sich die Basiskirchengemeinde (CEB) als ausgebeutet und notleidend. Im historischen Prozeß will sie ihre eigene Situation überwinden, mit einer Befreiung, die sich nicht nur auf das Ökonomische beschränkt, sondern auch das Politische, Kulturelle und Ideologische einschließt. Das alles erwartet sie nicht vom Gott der Bürger oder von seinen Heiligen, sondern von der Organisation des Volkes, von seinem erwachenden Klassenbewußtsein, von seinen entsprechenden politischen Zielen, von dem in der Geschichte lebenden Gott der Armen, dem in letzter Instanz Gebenden — das alles sozusagen in einer Osmose zwischen Glauben und Politik. So ist die Basiskirchengemeinde (CEB) der Adressat dieser religiösen Aktion als Volk im Sinn der Klassenkategorie. Ihre Widersacher, Dämonen, Geister usw. sind alle möglichen Arten von historischen Feinden, die eine Verständigung zwischen Geber und Empfänger verhindern wollen: Desorganisation und der Mangel an Bewußtsein, die herrschenden Klassen, die Reichen, der Imperialismus, der Mangel an Glauben und somit an Hingabe und Engagement, der Gott-Kirche-Pfarrer der Reichen, die in letzter Instanz entscheiden. Ihre Verbündeten, ihre Helfer, Engel, Seelen und anderen Heiligen sind die tatsächlichen historischen Freunde: die Organisation, die Bewußtwerdung, das Engagement, die Siege des Volkes, der volksdemokratische Führer, die Kenntnis der historischen Gesetze, Strukturen und Gesetzbücher, die Kirche, die aus dem Volke stammt mit ihren Priestern-Nonnen-Laien, der Gott Jesu Christi, die Märtyrer der Befreiung: Glauben und Politik in osmotischer Verbindung¹⁷.

Das Originäre an der Religiosität des nicaraguanischen Volkes wäre die freudige und mutige Verehrung der Märtyrer, die liturgische Erneuerung aus der Poesie, die Verbindung der christlichen Güte mit der moralischen Güte der Revolutionäre, eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber der Autorität, die gastfreundliche Aufnahme der internationalen Zusammenarbeit als eine Gabe, die man dankbar annimmt. Der Merkmale einer bürgerlichen Religiosität, an der auch die Bischöfe, ein Teil des Klerus und der Seelsorger teilnehmen: götzendienerische Verehrung von Autorität, Privateigentum als Glaubensdogma, ein falsches Verständnis der Freiheit, so als ob diese ohne soziale Bedingungen ausgeübt werden könnte, Mißtrauen gegenüber der Weisheit der Armen und Ungebildeten und Privatisierung des gesellschaftlichen Lebens¹⁸.

3. Christologie

In der Christologie ist Jesus der Verkünder des Evangeliums, der den Gott des Lebens verkündet, der in der Todesgefahr von den Christen verlangt, daß sie sich mit den Ursachen des Todes aus der sandinistischen politischen und revolutionären Sicht auseinandersetzen¹⁹.

Man kann von Christus als Gott oder als Mensch sprechen. Oft hat man von Christus als Gott gesprochen, weit entfernt von dem Leben und der Problematik, in der wir leben. Jetzt müssen wir von ihm als dem Menschen Jesus sprechen. Menschlich gesehen, tritt Christus in die Geschichte als „Täufer“ ein, als Schüler eines großen „Täufer“-Meisters, Johannes des Täufers. Herangereift wird er selbst zum „Täufer“. So sammelt er seine eigenen Schüler um sich, so wie er einst von Johannes berufen wurde. Unter den „Täufern“ bestand eine enge gefühlsmäßige Beziehung zwischen Lehrer und Schülern. Deswegen bittet Christus seine Schüler, ihn nie zu vergessen. Darin besteht der Sinn der Eucharistie als Erinnerung der Schüler an den Meister, von dem sie geliebt werden. Der Tod Christi am Kreuz war völlig unvorhergesehen; er hatte höchstens mit einer Steinigung gerechnet. Am Anfang dachte der junge Meister-Täufer, daß er unter seinen Landsleuten Erfolg haben würde. Als er das Gegenteil erfuhr und sogar Todesgefahr spürte, floh er in den Norden. In dieser Krise der Flucht gründete er die Hierarchie als eine Art gefühlsmäßige Stütze für sein Scheitern als Prediger und „Täufer“. Nachdem er die Krise überwunden hatte, kehrte er nach Jerusalem zurück, um gekreuzigt zu werden. Die Kirche entsteht aus der Erfahrung der Schüler des leeren Grabes²⁰.

4. Die Kirche

a) Identität und Ewigkeit

Die Volkskirche ist die Kirche, die der Geist im Volk der Armen wachruft, so die Erinnerung an Jesus neu belebt und dazu aufruft, ihm zu folgen²¹.

Die Identität der Kirche wiederzufinden heißt, sie in den revolutionären Prozeß zu integrieren, nicht um ihn zu legitimieren, sondern damit sie diese intellektuelle „ethische“ Bewegung der Massen in sich aufnimmt, ihre Werte und ihre Lebensanschauung und ihren revolutionären populären sozialen Konsens, ohne das Christentum zu manipulieren im Dienste der Revolution, sondern in einem echt christlichen Leben in der Revolution. So wird das einstimmige Bekenntnis der Christen ein Bekenntnis zu dieser „evangelisierenden Revolution“ in der die Kir-

che ihre pastorale Identität wahr, sofern sie in der Lage ist, als Schülerin von Jesus in diesem revolutionären Prozeß zu leben²².

Das Haupthindernis für die Evangelisierung in der Kirche ist nicht der Atheismus, sondern die Götzenverehrung in einer kapitalistischen Welt, die erfüllt ist von Götzen, von Göttern, wo alles von der Unterdrückermacht zum Fetisch, zum Götzen gemacht und nur ihr geweiht wird²³.

In der Kirche als Sakrament muß man unterscheiden zwischen „res“ und „sacramentum“. „Res“ ist die Gnade, das Reich Gottes. „Sacramentum“ ist die institutionelle Kirche, die verderben und aufhören kann, Zeichen des Reiches Gottes in der Geschichte zu sein²⁴.

Die hierarchische Kirche war in Nicaragua lange Zeit mit dem somozistischen Regime „verheiratet“. Ihre Seelsorge beschränkte sich auf die Spendung der Sakramente. Jetzt muß sie den revolutionären Prozeß moralisch unterstützen. Aber diese Unterstützung darf sie nicht mit einem „neuen Christentum“ anstecken und auch nicht den Staat mit Übernatürlichem, mit Religiösem oder Mystizismus²⁵.

Die Kirche rechtfertigt — bewußt oder unbewußt — das unterdrückerische System, solange sie es nicht wirksam bekämpft. Im Lauf der Geschichte hat die Kirche oft die Menschenrechte verletzt. Die offizielle Kirche hat sich gegen die Volkskirche gerichtet und so ihre Identität verraten. In Lateinamerika existiert ein passiver Episkopalismus. Man muß erreichen, daß die Bischöfe sich bekehren und sich im Volk engagieren²⁶.

Man muß die Einheit der Kirche schaffen, indem man ihre Parteinahme für die Armen im Klassenkampf zum Ausgangspunkt nimmt²⁷.

b) Die Offenbarung

Der Geist führt uns zur ganzen Wahrheit. Diese Wahrheit ist im wesentlichen schon in Jesus erreicht, auch wenn sie zugleich noch gestaltet werden muß. Innerhalb dieser historischen Perspektive spricht Gott jetzt ein neues aktuelles Wort, ein modernes Wort. Auch wenn es zu Anfang schon ganz in Jesus von Nazareth ausgesprochen wurde, so entfaltet es doch die ganze Fülle seiner Möglichkeiten erst im Laufe der Geschichte, denn wir können natürlich in Jesus nicht alle konkreten Formen der Antwort auf das Wort des Vaters finden. Dafür gibt es den Heiligen Geist und die Offenbarung der Zeichen der Zeit. Das Leben Jesu und der Bereich seines Wirkens waren begrenzt. So müssen wir sein Wirken ergänzen, mit Arten und Weisen zu leben und zu sterben, die Jesus in ihrer Vielfalt und ihrer historischen Unvorhersehbarkeit nicht ausschöpfen konnte. Auch wenn Jesus selbst keine politische Berufung hatte, so gibt es die politische Berufung der Chri-

sten. Man muß eine Spiritualität des politischen Dienstes der Christen als Option für eine Klasse entdecken, die der Kirche zu einer Erweiterung ihrer Identität verhilft²⁸.

Wenn die Kirche die Möglichkeit eines neuen Wortes Gottes in der gegenwärtigen Geschichte nicht zuläßt, dann könnte es sein, daß sie mit all ihren Dogmen, ihrer Sozialdoktrin, ihrem Kirchenrecht, der Tradition der Väter und der offiziell anerkannten Theologen, sogar mit den Büchern der heiligen Offenbarung genau das Wort überhört, von dem Gott will, daß es gehört wird, und so a priori einer Offenbarung Gottes in der Gegenwart Grenzen setzt, indem sie nicht zuläßt, daß Gott Gott sei, der Herr und König der Geschichte. Es ist die typische Versuchung für die Kirche, daß sie nicht bescheiden zuläßt, daß Gott spricht, wo und wie er sprechen will, auch mittels der Konflikte und Errungenschaften einer antikapitalistischen Revolution²⁹.

c) *Das Lebramt*

Die Kriterien, zu erkennen, was das Wort Gottes ist und was nicht, zu erkennen, was hier und jetzt dem Reich Gottes am nächsten steht, sind die Erfahrung des Geistes heute, die Analyse der Wirklichkeit und der Bezug auf die Praxis Jesu als negatives Kriterium. Allerdings kann die Praxis Jesu nicht ohne weiteres angewandt werden, denn er ist die letzte und endgültige Vermittlung Gottes und wir bewegen uns im Rahmen von Zwischenvermittlungen. Das wichtigste der christlichen Kriterien zur Beurteilung des revolutionären Prozesses ist die tatsächliche Situation des Volkes, sein Fortschritt in der Organisation und seiner Mission als Vorkämpfer, und nicht irgendwelche anderen Rücksichten. So besteht das Kriterium darin, daß wir im Lichte des Evangeliums Solidarität mit den Armen praktizieren, daß wir uns ständig verändern im Sinne einer Stärkung unserer kirchlichen Identität im Einklang mit unserem Engagement im revolutionären Prozeß³⁰.

Der Marxismus ist vom Sandinismus angenommen und in Nicaragua zur revolutionären Theorie und Praxis geworden. Die Tatsache, daß die katholische Hierarchie eine von der sandinistischen verschiedene politische Aktivität entwickelt, hat mit einer bestimmten Art des Verständnisses der Verkündigung, der Liturgie und der Seelsorge nach dem Modell des „Neu-Christentums“ zu tun. Dieser Marxismus versteht sich selbst nicht dogmatisch als letztes Wort, sondern als ein „Modell“ oder als theoretisch-praktischer Rahmen, der nur Wirklichkeit wird, wenn er fruchtbar wird im Kampf der Volksklassen. Da es keinen wesentlichen Widerspruch zwischen dem Marxismus-Sozialismus und dem christlichen Glau-

ben gibt, ist jede Opposition der Christen gegen den Marxismus nur eine Verstocktheit, die davor Angst macht, den Volksklassen das Recht und die Fähigkeit zuzusprechen, ihre eigene Befreiung und ihren eigenen Aufbau zu versuchen³¹.

Das bürgerliche Denken der Bischöfe kommt von dem Einfluß, den die Bourgeoisie auf sie ausübt, indem sie ihnen schmeichelt. Als christliche Revolutionäre dürfen wir die Hierarchie jetzt nicht allein lassen angesichts des Angriffes der Bourgeoisie oder bürokratischer kirchlicher Elemente, die wenig kreativ sind. Wir müssen öffentlich ihr Lob singen, ihre Gedanken weiter vertiefen. Wir müssen fordern, daß ihr Brief vom 17. November 1980, der noch über Puebla hinaus ging und von einem Sozialismus sprach, der sich mit dem christlichen Glauben vereinbaren läßt, in der Seelsorge konkrete Gestalt annehme. CELAM versucht, durch den Angriff auf die theologische Legitimation des Marxismus die eigene Auffassung vom Christentum aufzudrängen, indem es sie als Nebenprodukt der westlichen Kultur darstellt³².

Um die Heilige Schrift zu interpretieren, muß man sowohl den „Text“ berücksichtigen: was in ihm gesagt wird, als auch den „Kontext“: was im Zusammenhang mit ihm gesagt wird, sowie den „Praetext“: warum die Hl. Schrift jetzt gelesen wird. Und von diesem „Praetext“ aus versteht man dialektisch die Hl. Schrift. Es bedeutet einen Mißbrauch eines historischen Privilegs, wenn die Geistlichen die politische Option der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront kritisieren. Viereinhalb Jahrhunderte lang hat die Kirche die herrschende politische Macht legitimiert, ist integriert worden in die Struktur eines herrschaftlichen Staates, der der Kirche ihre Selbstverantwortung nimmt. Die Kirche bewirkt auch, daß der Staat seine Autonomie, seine laikale Autonomie, verliert, indem sie ihn mit Götzen und Fetischen füllt. Es entsteht so eine äußerst entfremdende und unterdrückerische Beziehung zwischen Glauben und Politik, wobei die Kirche die Reichen bevorzugt, die die Macht haben. Die Kirche übernimmt für ihre eigene Institution dieselbe Logik der politischen Macht und schafft so das kirchliche Modell des Christentums. Wenn immer die Kirche das revolutionäre Projekt unterstützt, trägt sie weder zur Motivation noch zum Inhalt dieses Projektes etwas bei, da das Projekt aus sich selbst gut ist. Das Gegenteil würde bedeuten, es zu taufen, zu sakralisieren, zu versuchen, christliche Güte seiner eigenen moralischen Güte hinzuzufügen. Was die Kirche tun muß, ist, die Autonomie des revolutionären Projektes zu fördern, zu verkünden, daß all das, was aus dem Projekt heraus den Armen zugutekommt, Zeichen und Vorwegnahme des Reiches Gottes ist, und daß das, was nicht so ist, vom revolutionären Projekt abweicht. Man darf nicht der Versuchung unterliegen, den revolutionären Prozeß zusätzlich durch die soziale und politische Macht der Hierarchie zu legitimieren oder gar von der Hier-

archie aus eine Legitimation für die Religiosität des Volkes zu finden. Es gibt andererseits sandinistische Wege, die geeignet sind, zu zeigen, daß sich christliche und revolutionäre Werte nicht ausschließen. Und sie sind deswegen so geeignet dazu, weil sie keine Übereinstimmung in der letzten Begründung dieser Werte fordern³³.

Die Wertentscheidungen in der Kirche werden durch die christlichen Gemeinden gefällt, die immer volksnäher werden, mit der Hilfe des Hl. Geistes, im Einklang mit den verantwortlichen Bischöfen, im Dialog mit allen anderen christlichen Brüdern und mit allen Menschen guten Willens. Was die Bischöfe betrifft, so darf man nicht vergessen, daß Puebla von der Kirche als von einem Volk der Pilger sprach. Das könnte den Begriff des Bischofs revolutionieren, wie der Begriff der Kirche im zweiten und dritten Kapitel von *Lumen Gentium* revolutioniert wurde. Denn Pilger sein heißt, die Ungewißheit des Augenblicks zu akzeptieren. Zwischen Erfolgen und Mißerfolgen zu unterscheiden, ist eine Aufgabe, die nur in gemeinsamer Arbeit in umfassender Wertung gelöst werden kann. Sie verlangt den Dialog mit allen. Sie regt an und löscht den glimmenden Docht nicht aus. Sie ist nicht dazu da, die eigene Macht zu entwickeln, Schwierigkeiten zu machen oder sich Vorteile zu verschaffen³⁴.

d) Die Theologie

Man muß die Theologen auffordern, den Dialog mit den Bischöfen zu pflegen, um so die revolutionäre Linie zu sichern. Man muß die Evangelisierung politisieren und die Politik evangelisieren. Im Gegensatz zur europäischen Theologie, stellt die Theologie der Befreiung die Frage nach den dringenden Aufgaben des Lebens. Diese dringenden Aufgaben sind für gewöhnlich nicht der letzte Sinn des Lebens, der der Gegenstand der Theologie der ersten Welt ist. So untersucht die Theologie der Befreiung zum Beispiel die nicaraguanische Revolution als Vermittlerin des Reiches Gottes, in der Gott selbst spricht. Ihr „Text“ ist die geleistete Praxis. Ihr „Praetext“ ist der Schrei der Unterdrückung, ihr „Kontext“ jeder Ausdruck des Glaubens an Jesus Christus. Man muß alle Seelsorger qualitativ neu ausbilden. Man muß sie in sandinistischen „Spezialfächern“ unterrichten. Das Ziel ist, das Volk zum Protagonisten der Geschichte zu machen³⁵.

e) Die Basiskirchengemeinden

Die Basiskirchengemeinden sind keine parallelen Organisationen zu den Volksbewegungen, sondern sie nehmen selber daran teil, um dort den Glauben zu leben und das Brot zu teilen und sich so mit ihren Klassen-, Kultur- und Rassenbrü-

dern zu solidarisieren. Die Basiskirchengemeinde optiert nicht für den abstrakten Menschen der bürgerlichen Ideologie, deren konstitutive Elemente sind: die abstrakte und unveränderliche Gleichheit der Menschen, die Brüderlichkeit oder die universelle Liebe für alle Menschen guten Willens, die universelle und ahistorische wissenschaftliche Vernunft als Grundlage des menschlichen Fortschritts ohne antagonistischen Widerspruch. Ihr Berührungspunkt mit den Organisationen des Volkes ist die Möglichkeit eines befreienden, mit der Fähigkeit der sozialen Veränderung des Volkes, des Armen und des Unterdrückten verbundenen Glaubens³⁷.

Die Aufgabe der Kirche besteht nicht darin, das Volk zu organisieren, denn Jesus hatte nicht die Absicht, eine Kirche zu schaffen, in der das Volk in die Kirche geht. Er wollte vielmehr eine Gemeinde schaffen, die zum Volk geht. Und ihre apostolische Aufgabe besteht darin, dort anwesend zu sein, wo das Volk sich organisiert und nicht innerhalb ihrer selbst zu verharren³⁸.

Die Basiskirchengemeinden dürfen nicht der Hierarchie und den konservativen Kreisen den Anspruch überlassen, die wahre Kirche zu sein. Sie dürfen sich nicht absondern und etwas anderes unter dem Namen „Volkskirche“ schaffen. Sie müssen in der Kirche bleiben. Nur im Kampf von innen heraus kann man die Kirche verändern. Andernfalls wird den Kirchengemeinden das gleiche passieren wie den protestantischen Sekten, die geschwächt wurden, als sie sich von der alten Kirche trennten³⁹.

Schlußwort

Das Thema, das wir untersucht haben, behandelt die Normen für die Analyse der gegenwärtigen Situation aus der Sicht der Theologie der Befreiung. Wir haben uns auf die Theologie der Befreiung konzentriert, die sich auf den Historischen Materialismus und auf die Dependenztheorie stützt. Diese Theologie ist die bekannteste. Aber fragen wir uns, welches die Normen der Theologie der Befreiung sind, die von Puebla akzeptiert werden, oder vielmehr, wie Puebla die Normen der Theologie der Befreiung, die wir dargestellt haben, beurteilt. Läßt sie einen Dialog mit ihnen zu? Es würde zu weit führen, wenn ich ausführlich auf diese Fragen antworten würde. Trotzdem ist es sehr wichtig, dies mit vollem Ernst zu tun. Deswegen weise ich auf eine ausführlichere Untersuchung zum Thema hin, die ich „Elemente für eine Theologie der Befreiung von Puebla aus“ betitelt habe. Es handelt sich um eine Untersuchung, die ich in der Zeitschrift des Instituts für Pastoraltheologie der CELAM Medellín, veröffentlicht habe⁴⁰.

Anmerkungen

- ¹ Zur Theologie der Befreiung, bietet Absatz 14 meiner im „Anhang“ erwähnten Publikation bibliographische Angaben. Bezüglich der Analyse der wirtschaftlichen Situation Lateinamerikas durch die Befreiungstheologie, Abs. 1–13, zwei Bemerkungen: *Erstens* zum Inhalt: Die Autoren, die diesen Überblick geben, sind sich bewußt, daß eine derart synthetische Beschreibung notwendigerweise die Details verliert und die Dinge zu sehr vereinfacht. Die Analyse erfaßt 22 verschiedene Länder. Gelegentlich spricht man von Lateinamerika, als wäre es eine einzige Nation; aber es gibt natürlich zahlreiche Unterschiede von einem Land zum andern. Was gesagt wurde, sind allgemeine Feststellungen, die aber trotzdem andererseits auf alle 22 Länder anwendbar sind, wenn auch nicht in gleicher Weise. *Zweitens*: Ich möchte nicht zu jedem Absatz die entsprechende Bibliographie zitieren, denn die einzelnen Absätze enthalten allgemeine Überblicke, die Anmerkungen werden erst am Schluß besser verständlich. Für eine allgemeinere Beurteilung cf. *Rolando Amés Cobián*: Factores económicos y fuerzas políticas en el proceso de liberación. In: Instituto Fe y Secularidad, Fe Cristiana y cambio social en América Latina, Ed. Sigueme, Salamanca 1973, 33–64. Für eine Analyse der Abhängigkeit in Lateinamerika cf. *F. H. Cardoso* – *E. Faletto*, Dependencia y Desarrollo en América Latina, México 1969. Bezüglich ihrer Anwendung auf die Geschichte Lateinamerikas cf. *T. Holperin Donghi*, Historia contemporánea de América Latina, Madrid 1970. Für den ökonomischen Aspekt im eigentlichen Sinn cf. *M. da Conceicao Tavares*, El Proceso de sustitución de importaciones, como modelo de desarrollo reciente en América Latina, in: América Latina, Ensayo de interpretación económica, Santiago de Chile 1969. — *Naciones Unidas*, CEPA 1, Estudio económico de América Latina 1949, New York 1951. — *Naciones Unidas*, Yearbook of national accounts statistics 1969, New York. — *US Department of Commerce*, Office of Business Economics, Survey of current business 1970.
- ² Cf. Apuntes para una teología nicaragüense, Encuentro de Teología, 8–14 de septiembre de 1980, Managua, Nicaragua. Centro Antonio Valdivieso e Instituto histórico centroamericano, 1981. *Jon Sobrino*: Dios y los procesos revolucionarios, 109–111.
- ³ Cf. id., ibid. o.c. 123–124.
- ⁴ Cf. id., ibid. o.c. 128.
- ⁵ Cf. o.c., *Juan Hernández Pico*, Los cristianos y el poder en la Nicaragua de hoy, 133–134.
- ⁶ Id., ibid., El proceso global en la Nicaragua revolucionaria, y los retos que propone a la fe cristiana eclesial, 24–27.
- ⁷ Id., ibid., Los cristianos y el poder en la Nicaragua de hoy, 136.
- ⁸ Id., ibid., 137.
- ⁹ Cf. ibid., *Uriel Morlina*, La Iglesia en la Revolución, 61.
- ¹⁰ O.c., *Hernández Pico*, El proceso global en la Nicaragua revolucionaria, y los retos que propone a la fe cristiana eclesial, 59–65. Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 61.
- ¹¹ O.c., *Hernández Pico*, ibid., 28–30. Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 59–65.

- ¹² O.c., *Miguel Concha*, La lucha de clases en la sociedad y la Iglesia, y la conciencia cristiana, 151. Cf. *Alberto Arroyo*, Clases sociales, in: *Christus 534* (mayo 1980) 20—24.
- ¹³ O.c., *Juan Hernández Pico*, *ibid.*, 31—35; Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 62.
- ¹⁴ O.c., *Juan Hernández Pico*, Dios y los procesos revolucionarios, 109—111, 113—115.
- ¹⁵ O.c., *P. Richard*, Religión del pueblo y política, 177, 179.
- ¹⁶ O.c., *id.*, *ibid.*, 181—182; Conclusiones provisionarias de las Comisiones y la Asamblea final, 100—191.
- ¹⁷ O.c., *Miguel Concha*, Las CEB y la Iglesia que nace del Pueblo, 155. *Arnaldo Zenteno*, Comunidad de Base, in: *Christus 534* (mayo 1980) 25—26.
- ¹⁸ O.c., Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 70—71.
- ¹⁹ O.c., Diócesis de Estelí, Presencia cristiana en el proceso revolucionario, 46—48.
- ²⁰ Cf. Curso de Teología para formadoras de religiosas, Apuntes (anonym), México 1980. Cf. Programa del curso bienal para la formación de la vida religiosa, Cuernavaca, México.
- ²¹ Apuntes para una teología nicaragüense, Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 62, Anmerkung.
- ²² O.c., *P. Richard*, Identidad eclesial en el proceso revolucionario, 100—103.
- ²³ O.c., *id.*, *ibid.*, 92.
- ²⁴ O.c., *id.*, *ibid.*, 94.
- ²⁵ O.c., *Juan Hernández Pico*, El proceso global en la Nicaragua revolucionaria, y los retos que propone a la fe cristiana eclesial, 37; *Uriel Morlina*, La Iglesia en la Revolución, 61.
- ²⁶ O.c., Diócesis de Estelí, Presencia cristiana en el proceso revolucionario, 46. *Frei Beto*, La Iglesia que surge del Pueblo, 80.
- ²⁷ O.c., Conclusiones provisionarias de las Comisiones y la Asamblea final, 193.
- ²⁸ O.c., *Jon Sobrino*, Dios y los procesos revolucionarios, 116—117; *Juan Hernández Pico*, Los cristianos y el poder en Nicaragua hoy, 138.
- ²⁹ O.c., *id.*, *ibid.*, 118—119.
- ³⁰ O.c., *id.*, Marxismo y Cristianismo hoy, 147. *José I. González Faus*, Función de la teología en la Iglesia de Nicaragua, 167—168.
- ³¹ O.c., *Juan Hernández Pico*, Marxismo y Cristianismo hoy, 143—145; 141—143; 146.
- ³² *Id.*, *ibid.*, 143—145. *Frei Beto*, La Iglesia que surge del Pueblo, 88.
- ³³ O.c., *id.*, *ibid.*, 80—82. *Enrique Dussel*, Estatuto del texto final en el acontecimiento Puebla, in: *Signo* (40) 78—79. O.c., *P. Richard*, Identidad eclesial en el proceso revolucionario, 95—96; *Juan Hernández Pico*, Los cristianos y el poder en Nicaragua hoy, 136—138.
- ³⁴ O.c., *Juan Hernández Pico*, Marxismo y Cristianismo hoy, 146. *J.I. González Faus*, Tareas de la Jerarquía en una situación revolucionaria, 175—176.
- ³⁵ O.c., Conclusiones provisionarias de las Comisiones y la Asamblea final, 196—197. *J. I. González Faus*, Función de la Teología en la Iglesia de Nicaragua, 164—165; Problemas que plantea a la fe el proceso revolucionario, 64.
- ³⁶ O.c., *M. Concha*, Las CEB y la Iglesia que nace del Pueblo, 155. *Arnaldo Zenteno*, Comunidad de Base, in: *Christus 534* (mayo 1980) 25—26.
- ³⁷ O.c., *M. Concha*, *ibid.*, 156, 158. *Arnaldo Zenteno*, *ibid.*, 25—26.
- ³⁸ O.c., cf. *Frei Beto*, La Iglesia que surge del Pueblo, 89.

³⁹ O.c., id., *ibid.*, 79.

⁴⁰ Die Studie ist ein Kommentar zum Dokument von Puebla und zwar zum Absatz „Evangelisation, Befreiung und menschlicher Fortschritt“. Sie geht von dem allgemeinen Kontext aus: Medellín, *Evangelii nuntiandi*, die Arbeitsunterlage für Puebla, die Eröffnungsansprache Johannes Paul II., um sich dann auf dieses Thema zu konzentrieren, indem sie Nummer für Nummer das bischöfliche Dokument kommentiert. Zum Punkt 480 dieses Dokuments, wo von den gemeinsamen Merkmalen und den schwierigen Fragestellungen der Befreiungstheologie die Rede ist, stelle ich systematisch dar, was eine „Theologie“, die auf der marxistischen Analyse basiert, wäre und wie Puebla darauf antwortet. Die Beschreibung der Befreiungstheologie, die ich hier mache, ist nicht ganz die gleiche, wie die bisher beschriebene; doch glaube ich, daß sie im Grunde übereinstimmen. Diesen Artikel vervollständigte ich in meinem Buch: „Puebla, Pueblo, Liberación, Educación“, Ediciones Paulinas, México 1980, indem ich noch einige Aspekte beider Richtungen hinzufügte. Bezüglich der Annahme der marxistischen Analyse beziehe ich mich ausdrücklich auf diese Analyse, und ich entwickle darüber hinaus in einer gewissen Breite das Thema der Geschichte und der Macht. Auf S. 93 gebe ich noch weitere bibliographische Angaben zur Befreiungstheologie, die die marxistische Interpretationsmethode übernommen hat.

ANHANG

GRUNDGEDANKEN FÜR EINE BEFREIUNGSTHEOLOGIE NACH
PUEBLA*

Während der letzten zehn Jahre war die Theologie der Befreiung eines der zentralen Themen der theologischen Reflexion Lateinamerikas. Die Situation unserer Länder wie auch die wachsende Reife unserer Theologen haben dazu geführt. Unsere christliche Reflexion verlangte, immer konkreter und glaubwürdiger zu werden und dem Lateinamerikaner, so wie er heute lebt, die letzten Konsequenzen des Dogmas von der Erlösung deutlich zu machen. Es ist eine Forderung der Gemeinschaft, das Elend unseres Kontinents zu beseitigen, jede Art von entfremdender Abhängigkeit zu beenden und unser Volk zum Subjekt seiner eigenen Befreiung zu machen. Das Evangelium engagiert alle für alle, und dieses Engagement enthält zugleich die besondere Bevorzugung der Armen. Die Produktionsverhältnisse sind in unserem lateinamerikanischen Vaterland nicht korrekt. Es gibt viele Ungerechtigkeiten, soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung. Es ist unmöglich, Christ zu sein und vor dieser Situation die Arme zu kreuzen. Wer eine echte theologische Reflexion über die Botschaft des Evangeliums anstellen will, kann das zentrale Thema der Befreiung nicht übergehen.

Das Thema ist brennend, es begeistert, erschüttert und bedrängt. Es war unmöglich, es in Puebla unerwähnt zu lassen. Es ist bedeutsam, daß gerade im Namen der Befreiungstheologie einige Gruppen versucht haben, die Vorbereitung und die Durchführung von Puebla zu behindern, und daß darüberhinaus im Lager der Presse und der theologischen Beiräte bezüglich der Konferenz sozusagen das Lösungswort der Individuation die Position der Befreiungstheologie gewesen ist. Für einen Teil der Presse und für einige Gruppen war die Trennungslinie klar, sie wurde gezeichnet durch die marxistische Analyse. Wer sie akzeptierte, akzeptierte authentische Befreiungstheologie und das Engagement für die Armen. Wer sie ablehnte, wurde dadurch zum „antagonistischen“ Feind, der die authentische

* *Anmerkung der Redaktion:* Leider können wir hier den Text des Dokumentes von Puebla nicht wiedergeben. Dennoch dürfte dieser Kommentar auch ohne das Dokument von Interesse und Nutzen sein. Der Kommentar erschien unter dem Titel „Elementos para una Teología de la Liberación desde Puebla“, in: Medellín, vol. V, Nr. 19, 1979, 357–387.

Theologie und das Engagement zerstören wollte, zu einem geschickten Erfinder beschönigender Legitimationen des bedrückenden Status quo, ein idealistischer Träumer, ein reiner Spiritualist.

Mir scheint, daß die Polemik vor allem in diesem Bereich steril ist. Und diese Studie über Puebla soll nicht polemisch sein. Ich glaube nicht, daß innerhalb der Kirche irgendjemand der Gegner von irgendwem ist, auch wenn wir, was natürlich ist, verschieden denken. Meine Absicht ist es, zu beschreiben und zu erklären. Ich will versuchen, Puebla zu kommentieren anhand des Themas der Befreiung, der Theologie der Befreiung. Gewiß spricht Puebla nirgendwo ausdrücklich von der „Befreiungstheologie“, aber an vielen Stellen wird implizit mit großem Nachdruck davon gesprochen. Diese *implicita* möchte ich anhand der Doktrin von Puebla beschreiben und interpretieren. Ich behaupte, daß dadurch viele Elemente aufscheinen werden, die in Zukunft geeignet sein werden, eine umfassendere und anregendere Befreiungstheologie zu entwickeln.

Das Thema, das uns hier besonders beschäftigen soll, lautet im Dokument von Puebla: 4. Evangelisation, Befreiung und menschlicher Fortschritt. Es steht im Teil II, Abschnitt 2, Punkt 4 des Dokuments. Es antwortet auf die Frage: „Was ist evangelisieren?“ Es umfaßt die Nummern 470-506.

Einleitung zum Kommentar

Im Kommentar zu diesem Thema konzentriere ich mich besonders auf „Evangelisation und Befreiung“. Es handelt sich hier zugleich um die Sozialdoktrin der Kirche und um den menschlichen Fortschritt. Bezüglich der Befreiung werde ich nicht alle diesbezüglichen Positionen im theologischen Lager aufzählen, sondern den Sinn der Äußerungen der Bischöfe im lateinamerikanischen Kontext erläutern. Dieser Kontext ist nicht eigentlich derjenige, der im ersten Teil des Dokuments von Puebla wiederaufgenommen wird, sondern der Kontext der Doktrin bezüglich der Befreiung, wie er in den der Konferenz vorausgehenden Dokumenten erschien und wie er von Papst *Johannes Paul II.* als Ausgangspunkt für die Konferenz empfohlen worden war. In der Nummer 480 dieses Themas wird gesagt, daß sich in Medellín ein dynamischer Prozeß der integralen Befreiung entfaltet, deren positives Echo die Enzyklika *Evangelii Nuntiandi* und die Botschaft des Papstes *Johannes Paul II.* an diese Konferenz wieder aufnimmt. In dieser Botschaft sagt der Papst, daß die III. Konferenz die Beschlüsse von Medellín zum Ausgangspunkt nehmen solle . . . daß das Arbeitspapier die Debatten leiten solle . . . und daß darüberhinaus die Enzyklika *Evangelii Nuntiandi* berücksichtigt werden solle (Doc. Puebla, 1. Aufl. 3–4).

Um daher unser Thema genau zu umschreiben, werden wir von Medellín ausgehen, danach werden wir untersuchen, was *Evangelii Nuntiandi* über die Befreiung noch hinzufügt, dann wenden wir uns dem Arbeitspapier zu und schließlich der Eröffnungsansprache des Papstes.

I. Der Kontext der Befreiung

1. *Die Doktrin von Medellín über die Befreiung*

Die Aussagen von Medellín zur Befreiung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

In Lateinamerika kann man die bedrückende Lage von Millionen von Armen feststellen. Die Mission Christi konzentriert sich auf die Ankündigung ihrer Befreiung (Armut in der Kirche, Nr. 7). In der Geschichte der Erlösung bewirkt das göttliche Handeln eine integrale Befreiung der menschlichen Entfaltung in allen Dimensionen, sein einziges Motiv ist die Liebe. Sie ist das Grundgesetz der Verwandlung der Welt, die Dynamik der Gerechtigkeit, die in der Wahrheit ihre Grundlage hat. Ihr Erkennungszeichen ist die Freiheit (Justicia 4). Der Sohn Gottes kam, um alle Menschen aus jeder Art von Sklaverei zu befreien. Die Sünde, die Unwissenheit, der Hunger, das Elend und die Unterdrückung halten ihn in Sklaverei, mit einem Wort die Ungerechtigkeit und der Haß, die ihren Ursprung im Egoismus des Menschen haben. Ohne eine echte Bekehrung gibt es keine Befreiung. Die christliche Befreiung ist nicht gekennzeichnet durch den Strukturwandel, sondern durch die Bekehrung, die diesen Wandel fordert (Justicia y Paz, 3).

Eine arme, missionarische, österliche Kirche, die sich von weltlicher Macht gelöst hat, engagiert sich für die Befreiung des ganzen Menschen und aller Menschen (Juventud, 15). Ihr solidarisches Engagement ist durch Befreiung geprägt. Sie ermahnt dazu, präsent zu sein im Milieu oder den funktionalen Strukturen, wo der Befreiungsprozeß in Gang gebracht und entschieden wird (Laicos, 9.13).

Sie verlangt, daß die Katechese die Befürchtungen und Hoffnungen des Menschen von heute aufnimmt, um ihm Möglichkeiten anzubieten zur vollkommenen Befreiung mit den Reichtümern der integralen Erlösung in Christus. Die Katechese muß der Hl. Schrift treu bleiben, nicht nur hinsichtlich ihres intellektuellen Gehaltes, sondern auch bezüglich ihrer lebendigen Verkörperung in den Handlungen der Menschen von heute. Historische Situationen und authentische Bestrebungen der Menschen müssen im Licht der Erfahrungen des Volkes Israel, Christi, der Kirchlichen Gemeinschaft, im Leben des Geistes Christi interpretiert werden (Catequesis, 6). Sie verlangt von der Erziehung, daß sie in der Lage ist, von kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung zu befreien und eine Befreiung zu schaffen, die eine Vorwegnahme der vollen Erlösung in Christus ist. Sie bedauert, daß die lateinamerikanische Erziehung gegenwärtig im Dienste der Wirtschaft steht (Educación, 7, 9. 1).

2. *Die Befreiung in Evangelii Nuntiandi*

Evangelii Nuntiandi stellt die Fortschritte fest, die in der Sache bereits gemacht wurden, und zeigt die Wege auf, auf denen voranzuschreiten ist.

Es wird gesagt, daß die Befreiung sich nicht auf rein soziale, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Bereiche beschränken darf. Daß die christliche Befreiung sich nicht auf ein rein zeitliches Projekt beschränken darf. Daß die zeitliche Befreiung der Völker nicht ein

Zustand des Reiches Gottes oder identisch mit der von Christus gegebenen Erlösung sein kann. Daß die christliche Befreiung sich nicht durch Ideologien oder Parteien beschlagnahmen oder manipulieren lassen darf. Daß Gewalt kein Mittel zu ihrer Verwirklichung ist.

Positiv ausgedrückt wird gesagt, daß die Kirche die Befreiung verkündigen muß; daß sie ihr helfen muß, zu entstehen, daß sie Zeugnis von ihr ablegen muß; sie muß sie proklamieren. Sie muß verlangen, daß die Menschenrechte verwirklicht werden. Sie muß eine integrale Befreiung fördern, die den ganzen Menschen in seiner ganzen Komplexität befreit. Diese Befreiung gestaltet sich aufgrund einer christlichen Anthropologie; dadurch ist sie im Reich Gottes verankert. Sie erfordert eine echte Bekehrung. Der spezifische Beitrag der Kirche zum Aufbau einer befreiten Gesellschaft ist die Inspiration aus dem Glauben, die Motivation aus der Liebe (Charitas) und ein Handeln auf der Grundlage der Sozialdoktrin der Kirche (Nr. 30–39).

3. Die Befreiung im Arbeitspapier

Es ist von besonderer Bedeutung, sich eine Vorstellung davon zu machen, was das Arbeitspapier als Doktrin bezüglich der Befreiung aufgestellt hat, und zwar weil das Arbeitspapier nicht nur Medellín und Evangelii Nuntiandi in sich aufgenommen hat, sondern darüberhinaus eine Synthese alles dessen ist, was die lateinamerikanischen Bischöfe als Grundlage für Puebla beigesteuert haben. Alles, was später in Puebla gesagt worden ist, hat diesen Hintergrund. Konkret gesprochen, von den 22 Bischofskonferenzen des Kontinents haben 17 in ihren Beiträgen zu Puebla ausdrücklich von der Befreiung gesprochen. Sie alle stimmen miteinander überein, und es ist interessant festzustellen, wie das, was eine Konferenz sagt, von den Aussagen einer anderen ergänzt wird, oder, wie die Fragen, die die eine Konferenz stellt, von einer anderen beantwortet werden, ohne daß sie sich untereinander vereinbart hätten. Das Thema wird sowohl im Arbeitspapier selbst behandelt als auch in den Anmerkungen zu speziellen Themen, die einen Anhang zum Arbeitspapier bilden. Wir werden es in beiden Teilen untersuchen. Im Arbeitspapier selbst wird die Befreiung im zweiten Teil – Reflexion über die Doktrin – im dritten Kapitel behandelt.

a) Evangelisation, Kultur und menschliche Entfaltung

Kirche, Evangelisation und Kultur – sagt das Arbeitspapier – sind aufeinander bezogen, aber nicht identisch; in dieser Beziehung müssen die kulturellen Werte erhalten bleiben, muß die Evangelisation ihnen angepaßt werden; die kulturellen Werte müssen kritisch beurteilt und geläutert werden, wobei die Kriterien von der Kultur ausgehen müssen; sie die gefährdeten Kulturwerte müssen verteidigt, entfaltet und zur Reife gebracht werden aufgrund von Erkenntnis und Erfahrung aus dem Glauben (Nr. 417–445).

Hinsichtlich der Evangelisation und der menschlichen Entfaltung muß alle Tätigkeit im Lichte des Evangeliums stehen, das als seinen ureigenen Beitrag dem Menschen die Botschaft von seiner integralen Befreiung bringt, von einer Gemeinschaft, die ihr Vorbild in

der Gemeinschaft der Dreifaltigkeit und der Einheit der Naturen in Christus besitzt und dadurch einen von Liebe erfüllten Humanismus schafft (Nr. 446—460).

Die Sozialdoktrin der Kirche ist die Zusammenfassung aller Prinzipien, die im Lichte des Evangeliums die menschliche Entfaltung leiten, ausgehend von einer genauen Prüfung der Erfahrung. Auf diese Weise gründet die Sozialdoktrin der Kirche im Glauben, in der Vernunft und in der Erfahrung; sie wird dadurch evolutiv. Wenn sie vom Menschen spricht, so betrachtet sie ihn als Person, sie spricht von der Gleichheit seiner Rechte und Pflichten, die dadurch entstehen, daß der Mensch ein Ebenbild des Dreieinigen Gottes ist; als solcher gewinnt der Mensch die Herrschaft über die ganze Schöpfung und tritt in Gemeinschaft mit allen anderen Menschen. Die Wissenschaften genießen vollkommene Autonomie; wenn sie sich jedoch den ihnen zugrunde liegenden Werten zuwenden, dann muß der Glaube orientieren. Was die Ideologien im politischen Sinne betrifft, so laufen diese leicht Gefahr — weil sie Ausdrucksformen von Gruppen sind —, ihre Voreingenommenheiten als absolute Wahrheiten darzustellen; deshalb muß der Glaube sie leiten und ihnen eine vollständige, globale Sicht des Lebens vermitteln. Die Integrismen entstehen aus einer Verabsolutierung solcher Voreingenommenheiten und aus der Tendenz, den Glauben zu einem Werkzeug zu machen. Sie wollen den Glauben vom Integrismus aus verstehen. Der Glaube bietet somit die Grundlage eines echten Dialogs, auf jeden Fall gibt für den Christen der Glaube das Urteil über die Ideologie ab und nicht die Ideologie über den Glauben (Nr. 446—483).

Die Evangelisation muß befreiend wirken; die Bekehrung des Menschen fordert einen Strukturwandel, der bedeutet, den Armen das Evangelium zu verkünden, indem sie zugleich für das menschliche Zusammenleben befreit werden. Den Armen das Evangelium zu verkündigen bedeutet, sich der Unmenschlichkeit ihrer Lage bewußt zu sein sowie der Tatsache, daß sie die Bevorzugten des Herrn sind, ihre Leiden zu heilen, sich mit ihnen zu identifizieren und von ihnen aus das Evangelium zu verkündigen (484—493).

Die Evangelisierung als Befreiung für das menschliche Zusammenleben bedeutet den Sturz der Idole und damit die Freiheit. Es ist sicher, daß der Mensch durch die Arbeit eine göttliche Herrschaft über die Güter der Erde gewinnt, was jedoch das Mysterium des Leidens nicht verschleiert. Und für diese Herrschaft muß der Mensch jegliche Idolatrie zurückweisen. Er muß sich vom Götzen des Reichtums befreien. Die Verabsolutierung des Reichtums vom liberalen wie vom marxistischen Standpunkt aus bedeutet eine Institutionalisierung der Ungerechtigkeit. Die Befreiung führt zur gemeinsamen Nutzung der Güter; das Privateigentum ist die Kompetenz zu ihrer Verwaltung und zur Verfügung über sie als Quelle der Freiheit und der konkreten Verantwortung gegen das Monopol einiger weniger, vor allem des Staates; die Nutzung der Güter ist gemeinsam. Der Mensch steht über der Wirtschaft und nicht umgekehrt. Die Macht des Menschen ist die Fähigkeit, gemäß der Vernunft zu befehlen zur globalen Organisation der Wohlfahrt. Sie muß jede Verabsolutierung meiden und sich so befreien für ein gesellschaftliches Zusammenleben in Freiheit und Gerechtigkeit, in partizipativer Gleichheit und achtungsvoller Freiheit. Sie muß sich befreien von einer Verabsolutierung des Sexuellen für ein Familienleben, das im Einklang steht mit der Heiligkeit der Ehe, die eine Gemeinschaft nach dem Vorbild der

Gemeinschaft der Dreifaltigkeit ist. Die Befreiung geschieht auch für das internationale Zusammenleben, sie zerstört jede ungerechte Abhängigkeit, die auf der Ungleichheit der Partner beruht, auf Überlegenheit in der Bewaffnung, auf Multinationalen, die nicht die angemessenen Arbeitsplätze schaffen, die nicht in dem Land investieren, in dem sie ihre Gewinne erzielen, und die die Autonomie des politischen Lebens des Landes stören. Sie muß die Ökologie beachten und sich bewußt bleiben, daß die natürlichen Ressourcen erschöpft oder beschädigt werden. Bezüglich der Industriestädte muß sie den Marginalismus bekämpfen sowie den überflüssigen Konsum, die Einsamkeit in den großen Städten, die Kluft zwischen Armen und Reichen, die hier besonders bemerkbar ist, den religiösen Indifferentismus und die zunehmende Sittenlosigkeit (494–554).

Um diese Befreiung zu bewirken, unterliegen viele der Versuchung zur Gewaltanwendung; jedoch muß der Geist, der herrschen soll, die Liebe sein, die stärker und wirkmächtiger ist als die Gewalt. Wir haben in Lateinamerika schon viele traurige Beispiele dafür, wohin die Gewalt führt (555–560).

Diese Zusammenstellung entspricht den Aussagen folgender Episkopate: von Guatemala, Brasilien, Peru, Kolumbien, Venezuela, Uruguay, Chile, Mexiko, Costa Rica, Paraguay, Bolivien, Puerto Rico, Panama, Argentinien, El Salvador, Ecuador.

In den „Notizen zu einigen Themen“, die im Arbeitspapier enthalten sind, wird das Thema der Befreiungstheologie erläutert. Es kommen darin vor allem die Bischofskonferenzen von Mexiko und Ecuador vor.

b) Befreiungstheologie

Das Arbeitspapier sagt: Die Befreiungstheologie entsteht aus dem reichen Leben der lateinamerikanischen Kirche, das sich vor allem in Medellín manifestiert hat. Sie enthält verschiedene Strömungen. In diesen Strömungen gibt es einige Elemente, die uns helfen die entdeckte Wirklichkeit zu erklären, und andere, die nur schwer zu integrieren sind. An sich wäre es berechtigt und würde es genügen, sich an das zu halten, was Evangelii Nuntiandi sagt, ohne sich zu irgendeiner besonderen Strömung der Befreiungstheologie zu äußern. Trotzdem wollen wir hier noch einige Erläuterungen anfügen, die zu einem besseren Verständnis beitragen können.

Elemente, die uns helfen. — Das Bemühen, Erlösung und Befreiung nicht zu trennen: Gemeinschaft mit Gott und Gemeinschaft mit dem Menschen; und zwar im vollen Wortsinn verstanden, nicht nur in psychologischer Hinsicht, sondern auch in äußerer wirtschaftlicher und sozialer. Die Meinung, daß man in der Unterdrückung eine Manifestation der Sünde sehen müsse und daß man daraus schließen müsse, daß es keine authentische Befreiung geben könne ohne Befreiung von der Sünde und ihren sozialen Folgen. Die Eindringlichkeit, mit der vom Armen und seiner Evangelisation gesprochen wird. Die Orthopraxis und ihr Zusammenfallen mit der Orthodoxie in Christus als dem Erlöser, als dem erlösenden Wort des Vaters, der als Wort zugleich die Lehre von Gott ist und als Erlösung zugleich die Fülle göttlichen Handelns. Die besondere Beachtung des zeitlichen und historischen Aspektes der Erlösung.

Elemente, die zu Kritik Anlaß geben. — Einige Strömungen der Befreiungstheologie enthalten Elemente, die von einem Christen nicht angenommen werden können: der Klassenkampf, die Gewalt, die Identifikation des christlichen Denkens mit Ideologien, die ein Paradies auf Erden versprechen. Die Annahme der marxistischen Analyse. Eine betont immanentistische und horizontalistische Tendenz. Das Gewissen des Menschen, das nicht bestimmend ist für seine soziale Existenz. Die soziale Existenz, die sein Gewissen bestimmt. Daß die Evangelisation darin besteht, den Unterdrückten das Bewußtsein von ihrer Lage zu vermitteln und den Zustand der Sünde, in dem sich die Unterdrückten befinden, anzuprangern, um beide zu befreien durch den Klassenkampf. Die Annahme der marxistischen Kritik an der Religion als einer Ideologie, die nur den Unterdrückten nützt, und das Bestreben, ein „nicht religiöses“ Christentum zu verbreiten, das nur noch eine politische Dimension hat, mit der es die Ungerechtigkeiten anprangert und das Volk für den revolutionären Kampf geistig präpariert. Die Behauptung, daß es einen proletarischen und einen bürgerlichen Glauben gebe, die notwendigerweise sich bekämpfen müssen. Sodaß die Kirche nicht eine echte Gemeinschaft der Liebe und Versöhnung sein kann. Daß der Glaube nur gelebt und gedacht werden könne innerhalb des Bereichs der revolutionären Erfahrung und innerhalb der konfliktgeladenen und dialektischen Wirklichkeit der Geschichte. Die Nichtanerkennung der Vorsehung, vor allem auf sozialer und struktureller Ebene. Das Verschweigen des Eingreifens Gottes in der Geschichte und seine Gleichstellung mit der rein immanenten Macht der menschlichen Prozesse, die durch den ökonomischen Bereich bestimmt werden. Die Reduktion der Wirksamkeit des Erlösungswerkes Christi im Glauben auf die bloße Nachahmung oder das Beispiel des historischen Jesus. Daß Christus nur als Symbol des Armen und des Revolutionärs aufgefaßt wird und seine Erlösung auf den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich beschränkt wird. Die ausschließende Gegenüberstellung einer Kirche als Kommunikationsnetz und einer Kirche als Institution. Das Nichtanerkennen des hierarchischen Lehramtes der Kirche als authentischer Interpretin des Wortes Gottes. Die „Neulesung“ des Wortes Gottes, indem man es interpretiert durch das Erlebnis der Befreiung, das im Engagement für den Klassenkampf als der eigentlichen befreienden Praxis besteht. Die Sozialdoktrin der Kirche für einen „Dritten Weg“ zu halten, der aus der kapitalistischen Interpretation der Schrift stammt. Das Urteil, daß die Volksfrömmigkeit etwas entfremdendes sei. Der Begriff der „Volkskirche“ als etwas ausschließlich den sozial und wirtschaftlich Armen zukommendes, die sich für den Kampf innerlich vorbereitet haben. Das Nichtanerkennen der Wirksamkeit der Sakramente und ihre Reduktion auf bloße Symbole (Arbeitspapier Nr. 227–256).

4. Die Befreiung in der Eröffnungsansprache Papst Johannes Pauls II. in Puebla

Als Höhepunkt der drei vorgenannten Dokumente fügt der Papst noch einige neue Aspekte hinzu, indem er sagt, daß man Befreiung in ihrem tiefsten Sinn verstehen müsse, als Befreiung von allem, was den Menschen bedrückt, von der Sünde und vom Bösen, zusammen mit der Freude, die die Erkenntnis Gottes verleiht. Diese Befreiung ist Versöh-

nung und Verzeihung. Sie wurzelt in der Tatsache, Kinder Gottes und dadurch Brüder aller Menschen zu sein. Sie drängt nach Gemeinschaft. Sie überwindet die Versklavung an Idole. Sie muß übereinstimmen mit dem Wort Gottes in der Hl. Schrift, der Tradition und dem Lehramt. Sie muß Gemeinschaft mit dem Bischof und den übrigen Teilen des Volkes Gottes schaffen. Sie muß wirksam den Aufbau der Gemeinschaft verwirklichen. Sie muß besonders einmünden in die Liebe und Hilfsbereitschaft für die Armen, Kranken, Hilflosen, Unterdrückten usw. Die Armen und Bedrückten wissen, wann es sich um eine echte christliche Befreiung handelt und wann nicht (Dokument von Puebla, 1. Auflage, S. 17).

Wenn man diese vier Dokumente vergleicht, kann man sehen, wie das Verständnis der christlichen Befreiung sich fortschreitend entfaltet. In Puebla wird die Frucht all dieser Stellungnahmen eingebracht. In ihrem Licht können wir verstehen, was die an der Konferenz anwesenden Bischöfe uns mit ihren verschiedenen Äußerungen sagen wollten. Diese Dokumente sind gleichsam ein Wörterbuch für die Interpretation.

II. Kommentar zum Dokument von Puebla

Eine Bemerkung zur Methode: wir werden Nummer für Nummer das Thema gemäß dem Dokument von Puebla kommentieren. Wir setzen voraus, daß der Leser den Text zur Hand hat und geben ihn darum hier nicht wieder, um die Studie nicht unnötig zu verlängern. Die Nummern des Dokumentes stehen in Klammern am Rand. Der Artikel folgt der gleichen Einteilung.

Worte der Anerkennung für die Befreiungstheologie

(470)

Wir können sagen, daß das Thema sehr positiv mit einer Anerkennung der Reflexionen beginnt, die im Lichte des Glaubens zur konfliktgeladenen Situation in Lateinamerika gemacht wurden. Mit anderen Worten: ermutigt wurde die authentische Theologie der Befreiung. Wie wir bereits am Arbeitspapier gesehen haben, ist es für Puebla offensichtlich, daß es viele verschiedene Befreiungstheologien gibt, viele verschiedene Richtungen dieser Theologie. Es ist daher falsch zu sagen, daß Puebla die Befreiungstheologie verurteilt hat. Sicher ist nur, daß sie bestimmte Richtungen nicht annehmen kann, von denen unten gesprochen werden wird. Die Ablehnung scheint verständlich, wenn man die Entstehungsgeschichte dieser Nummer betrachtet. Die Mitglieder dieser Kommission haben bei der dritten Redaktion folgende Formulierung vorgeschlagen: „Wir freuen uns auch, daß die Evangelisation von den konstruktiven Elementen einer theologischen Reflexion über die Befreiung, wie sie in Medellín aufgetreten ist, profitiert“. Zur Kommission gehörten 11 Bischöfe mit Sitz und Stimme; unter ihnen fand die erste Abstimmung statt und dieser Satz wurde fast einstimmig mit 6 : 5 Stimmen angenommen. Er wurde so in die dritte Redaktion übernommen, die der Generalversammlung zur Annahme vorgelegt wurde. Sie hat sie (die 3. Redaktion) angenommen, aber bezüglich des Satzes, der uns hier interessiert,

erhielt sie 52 Voten, die seine Streichung wünschten, und die Gründe, die dafür angeführt wurden, besagten, daß dieser Text zu vielen Fehlinterpretationen Anlaß geben könne, daß er einseitig sei und daß er eine Rückendeckung für jede Art von Befreiungstheologie sei. Innerhalb der Kommission haben 6 aktive Mitglieder diese Voten abgelehnt, vier haben sie angenommen (während ein Mitglied abwesend war). Demzufolge wurde er in die vierte Redaktion aufgenommen. Jedoch waren die Bischöfe, die die (Abänderungs)-Voten eingereicht hatten, nicht zufrieden und verlangten, daß über ihre Voten separat abgestimmt werde. Die separate Behandlung fand in Anwesenheit der gesamten Versammlung statt, und es wurde gebeten, daß die ganze Versammlung sich für oder gegen diesen Satz aussprechen solle. Die Rechtskommission betonte, daß, um diesen Satz aus dem Gesamttext zu entfernen und die separate Votierung anzunehmen, zwei Drittel aller Stimmen notwendig seien. In dem Augenblick befanden sich 176 Stimmberechtigte in der Generalversammlung. Das Abstimmungsergebnis war folgendes: 124 Bischöfe stimmten zugunsten der separaten Votierung und gegen den Satz der Kommission; 52 stimmten gegen die separate Votierung und für den Satz. Der Grund, den die letzteren dafür anführten, war, daß sie die Wichtigkeit der Diskussion nicht einsehen könnten.

Trotz allem, richtete sich die Abstimmung, wie gesagt, nicht gegen jegliche Richtung der Befreiungstheologie. Die Befürworter der separaten Abstimmung sprachen davon, den Satz fallen zu lassen, weil er „zweideutig“, „simplistisch“ und eine „Rückendeckung für die Befreiungstheologie“ sei. Der Ausdruck „zweideutig“ will besagen, daß man Befreiungstheologie in verschiedenem Sinn auffassen könne und darum präzisieren müsse. Es gibt einen Sinn, das ist sehr deutlich, den die große Mehrheit, mehr als zwei Drittel, der Bischöfe in der Versammlung für total unannehmbar halten, aber es gibt auch einen anderen, den sie annehmen. Welcher ist das? Die Antwort ist in dem gleichen Paragraphen, den wir hier kommentieren, enthalten: die konfliktgeladene Situation in Lateinamerika mit dem Glauben zu erhellen. Bestrebungen in dieser Richtung werden nicht nur geduldet, sondern es wird ermahnt, sie weiter zu verfolgen. Es werden sogar anschließend Kriterien zur Unterscheidung aufgestellt, die diese Bestrebungen orientieren sollen.

(471) *Fortschritte und Schwierigkeiten*

In der vorangehenden Nummer hat Puebla festgestellt, daß seit Medellín bedeutende Fortschritte gemacht wurden, daß aber zugleich Schwierigkeiten aufgetaucht waren. Im Sinne der Befreiungstheologie fragen wir uns, welches die Fortschritte und welches die Schwierigkeiten sind. Oder, was das gleiche ist: Welche Befreiungstheologie soll weiter voranschreiten und welche nicht? Die Antwort wurde schon durch die Beiträge des Arbeitspapiers gegeben. Die Fortschritte wurden hier „Elemente, die uns helfen“ genannt, und die Schwierigkeiten „Elemente, die zu Kritik Anlaß geben“. Im ganzen übrigen Teil des von dieser Kommission erarbeiteten Themas finden wir nach und nach alle diese Elemente. Ganz allgemein können wir als Fortschritt die vorzugsweise Option für die Armen erkennen, einschließlich den Gesichtspunkt, vom Armen aus die Absicht der Befreiung für Lateinamerika im Plan Gottes zu erkennen, und die Bedeutung der personalen, in-

dividualen und sozialen, Bekehrung und ihr Echo im Strukturwandel. Als Schwierigkeit erweist sich die Annahme des marxistischen Instrumentariums. Davon wird in Nummer 481 gesprochen.

Die Soziallehre der Kirche.— Für den Kommentar zu diesen Paragraphen erlaube ich mir, (472—479) einige Ideen vom theologischen Gesichtspunkt aus herauszugreifen:

1. Soziallehre und Dialog. Die erste Idee bezieht sich auf die Art und Weise, wie die Kirche ihr Lehramt im Bereich der Sozialdoktrin ausübt. Es ist bekanntlich die Form des Dialogs. Es ist ein Dialog, in dem das Volk Gottes Meister ist, jedoch in einer organischen Perspektive. Die Hierarchie tritt in dieses Lehramt von dem Ort aus ein, den sie innerhalb des Volkes Gottes einnimmt. Sie übt ihr Lehramt aus aufgrund des Charismas der Unterscheidung. Dieses bezeichnet ihren Anteil am Dialog und die Notwendigkeit, das Lehramt nur im Dialog auszuüben; für das Gegenteil gibt es kein Objekt der Unterscheidung. Daraus geht hervor, daß das hierarchische Lehramt etwas lebendiges, dynamisches und darum evolutives ist. Es hängt von den umgebenden Verhältnissen ab und von der Erkenntnis, einschließlich der wissenschaftlichen, dieser Verhältnisse. Eine Reflexion über das Gesagte mit bezug auf die Entwicklung des Dogmas kann die Funktion des Lehramtes noch tiefer spezifizieren. Seine Entwicklung geht nicht vom Falschen zum Wahren, sondern von geringerer Klarheit zu größerer Klarheit. So wird die Botschaft immer besser verstanden und erklärt und der sich wandelnden Wirklichkeit der Zeichen der Zeit angepaßt. Es bedeutet auch, daß die Theologie in diesem Lehrprozeß eingeschlossen ist. Es ergibt sich ein Dialog zwischen der Erfahrung der sich wandelnden Wirklichkeit, ihrer wissenschaftlichen und wertmäßigen (philosophischen) Formulierung, ihrer theologischen Interpretation und dem kirchlichen Lehramt, das entwirrt, was in diesen Formulierungen und Interpretationen der authentische Sinn des Wortes Gottes ist.

2. Die Sozialdoktrin der Kirche und die Ideologien. Die zweite Idee bezieht sich auf die Sozialdoktrin und -lehre der Kirche und die Ideologien. Dieser Punkt wird besonders in Nr. 540 behandelt, nachdem über Evangelisation, Politik und Ideologie gesprochen worden war. Es wird dort gefragt, wie wir die Sozialdoktrin der Kirche von einer Ideologie unterscheiden können. Im nachfolgenden Thema wird gesagt, daß das Spezifische einer Ideologie ihre Einseitigkeit sei, d. h. daß sie die Legitimation sei, die eine partikuläre Gruppe innerhalb der Politik für ihre eigenen Interessen vorbringt. Für einige könnten auch die Doktrin und die Soziallehre der Kirche als die Legitimation sozialer und politischer Interessen einer partikulären Gruppe erscheinen. Jedoch, wenn man das Gesamt der kirchlichen Sozialdoktrin und -lehre betrachtet, finden sich einige Aspekte, die nicht als Partikularitäten angesehen werden können. Diese Aspekte bilden gerade das Charisma der Unterscheidung, das im Letzten eine Gabe des Heiligen Geistes ist und das bewirkt, daß der oberste Hirte sich in der Weise mit der grundlegenden, universalen Offenbarung identifiziert, daß er jedes Geschehnis, das sich ihm darbietet, in seiner Partikularität beurteilen

kann. Aus dieser Unterscheidung gewinnt die Sozialdoktrin und -lehre der Kirche ihre eigene Universalität und die Eigenart, über jeder Ideologie zu stehen, in der Weise, daß sie mit allen in Dialog treten kann und alle zur Vollendung führen kann. So ist jeder Versuch, die Sozialdoktrin zu ideologisieren ein Versuch, ihr ihre Universalität zu nehmen und das Evangelium in den Dienst von Interessen zu stellen und nicht zu ihrem Richter zu machen. Das bedeutete genau, das Evangelium zu partikularisieren und damit zu ideologisieren.

(480) *Gemeinsame Merkmale und schwierige Einstellungen — Die Theologien der Befreiung*

Nachdem in diesem Paragraphen alles, was sich auf die dynamische Entwicklung von Medellín bis Puebla bezog, kommentiert wurde, wird im zweiten Paragraphen dieser Nummer dargelegt, daß es nicht nur eine, sondern verschiedene Befreiungstheologien gibt, das heißt, um verschiedene Begriffe und Anwendungen der Befreiung. Oft wird von der Befreiungstheologie gesprochen, als könnte sie nur in einem einzigen Sinne verstanden werden; mehr noch, als wäre die Befreiungstheologie das gleiche wie die Befreiung selbst, oder wie jedwede Reflexion über die Befreiung.

Das erste, was mit aller Deutlichkeit gesagt werden muß, ist, daß Puebla die Befreiung in ihrem authentischen Sinn akzeptiert, was ein klares Engagement für die Armen bedeutet; es wird in diesem Dokument die „vorzugsweise Option für die Armen“ genannt. Jede weitere Überlegung muß von dieser Voraussetzung ausgehen. Es ist daher nicht die Frage, ob Puebla dieses Engagement akzeptiert; wir müssen es nochmals betonen: das steht außer jedem Zweifel. Das Problem, das in diesem Paragraphen angeschnitten wird, betrifft die verschiedenen Auffassungen von Befreiung.

Wir müssen zunächst sagen, daß nicht jeder Begriff von Befreiung ein christlicher Begriff ist. Es gibt verschiedene Begriffe je nach der Meinung, die man von dem Gegenstand hat, von dem man sich befreien muß, und was das Ziel und die Mittel der Befreiung sind, wovon man sich befreien will und auf was hin.

Aber auch innerhalb der christlichen Auffassung von Befreiung ist nicht jede christliche Auffassung, auch wenn sie noch so richtig ist, eine Theologie der Befreiung. Und nicht jede christliche Reflexion ist eine theologische Reflexion. Es kann daher auch christliche Begriffe von Befreiung geben, die weder theologische noch befreiungstheologische Begriffe sind. Nicht jede Reflexion, die der Christ über seinen Glauben macht und mit der er sich auf den Weg in eine bestimmte Handlungsweise begibt, ist schon Theologie. Auf jeden Fall wäre eine solche Theologie eine Theologie im weitesten Sinne, und nicht im strengen.

Im strengen Sinne nennen wir Theologie ein systematisches Studium der geoffenbarten Wahrheiten auf höchster Ebene. Wir gehen aus vom Glauben des Volkes Gottes, von der Gegenwart der Heiligsten Dreifaltigkeit im Getauften. Die theologische Reflexion nimmt die Züge eines Charismas an. Mit ihm wird die Kirche aufgebaut, d. h. sie wird erneuert, erweitert und geeint. Dazu muß man sich an die lebendige Offenbarung, die der Christ ist, annähern und an ihren authentischen Ausdruck, die Hl. Schrift, wie sie in der Kirche gele-

sen wird, mit einer Reihe von Mediationen, sowohl wissenschaftlichen als auch religiösen, und indem man so beide Wirklichkeiten mit aller wissenschaftlichen und philosophischen Strenge vertieft, macht man Theologie. Wenn das Kriterium der Authentizität des geöffneten Wortes die Hl. Schrift, wie sie in der Kirche gelesen wird, ist und wenn in dieser Lesung das kirchliche Lehramt enthalten ist, dann ist die Theologie, die gemacht wird, katholische Theologie. Wenn das Kriterium unabhängig vom kirchlichen Lehramt ist, dann ist die Theologie, die daraus entsteht, keine katholische Theologie.

Neben diesem letzten Kriterium der Authentizität ist für jede Theologie die Art der Mediationen, die benutzt werden, von größter Bedeutung. Von diesen Mediationen gibt es zwei Klassen: die wissenschaftlichen und die philosophischen. Die Wissenschaften fragen im Grunde nach dem „wie“ der Dinge, die Philosophie nach dem „was“ derselben. Die Wissenschaften beschreiben Phänomene, die Philosophie erfaßt die Werte. An sich könnte man von neutralen Wissenschaften sprechen. In concreto besteht diese Neutralität nicht, weil der Mensch, der eine Wissenschaft betreibt, sie für ein vorgesehenes Ziel betreibt, für einen Wert, auf den sie ausgerichtet ist und durch den sie ihre Neutralität verliert.

Wer Theologie betreibt, muß die wissenschaftlichen und letztlich die philosophischen Mediationen miteinbeziehen. Welche Werte werden als Linsen für die Erkenntnis der Offenbarung benutzt? Wenn man unter dieser Nummer von verschiedenen Auffassungen und Anwendungen der Befreiung spricht und sagt, daß man gemeinsame Merkmale und schwierige Einstellungen entdecken kann, dann bezieht sich das auf die philosophischen und die „wissenschaftlichen“ Mediationen im besagten Sinne. Wenn von schwierigen Einstellungen gesprochen wird, dann bezieht man sich konkret auf den Marxismus. Im folgenden Thema, Evangelisation, Ideologien und Politik, wird, im Tenor der Enzyklika Octogesima Adveniens 34, konkret gesagt, daß die Doktrin und die (wissenschaftliche) Analyse des Marxismus nicht voneinander getrennt werden können. Unter Nummer 545 wird gesagt, daß die Konsequenzen, denen sich die theologische Reflexion aussetzt, wenn sie die marxistische Analyse annimmt, die folgenden drei sind: 1. die totale Politisierung der christlichen Existenz, 2. die Auflösung der Sprache des Glaubens in diejenige der Sozialwissenschaften, 3. die Aushöhlung der transzendentalen Dimension der christlichen Erlösung.

Zum besseren Verständnis der Unterscheidung der Befreiung in Christus, von der diese Nummer 3 spricht, benutzen wir folgende Methode:

- als erstes stellen wir dar, was eine „Theologie“ wäre, die auf der marxistischen Analyse basierte (wobei wir der Kürze wegen voraussetzen, daß die marxistische Analyse bekannt ist, besonders unter ihren philosophischen Aspekten des Leninismus, die für das Verständnis des folgenden grundlegend sind);
- danach, wenn wir jede einzelne Nummer dieses Abschnittes studieren, werden wir versuchen, die Konvergenzpunkte des Dokuments mit dieser „Theologie“ zu finden, wie auch die schwierigen Einstellungen.

Mit dieser Methode wird deutlicher, welche Theologie der Befreiung Puebla akzeptiert.

a) „Theologie“ der Befreiung, die auf der marxistischen Analyse basiert

Ich skizziere nunmehr eine Synthese der verschiedenen Wege, die eine auf der marxistischen Analyse basierende „Theologie“ verfolgen würde. Es gibt lateinamerikanische Theologen, die bei der Reflexion über die konfliktgeladene Situation Lateinamerikas einige der hier beschriebenen Punkte anwenden. Jedoch werden wir schwerlich einen Theologen finden, der sie ohne weiteres alle und jeden einzelnen anwenden würde.

1. *Die Theorie der Dependenz*: Die theologische Reflexion über die Notwendigkeit der Befreiung Lateinamerikas konstatiert die Tatsache der Abhängigkeit als Grund der Unterentwicklung. Diese Unterentwicklung ist nicht neutral, sie ist eine ungerechtfertigte Situation, die abgeschüttelt werden muß; diese Situation ist institutionalisierte Gewalt, ein Zustand der Sünde.

2. Die theologische Reflexion über diese Befreiung erkennt diesen Zustand als Zustand der Sklaverei, deren Herren die Länder der sog. Ersten Welt sind: imperialistische Mächte, deren Reichtum unser Hunger ist.

3. Aufgrund dieses Imperialismus verursacht ein Land unsere Sklaverei nicht als solches, sondern insofern es imperialistisch ist, und zwar aufgrund des liberalen Kapitalismus, sowohl innerhalb der eigenen geographischen Grenzen als auch auf dem Weg über ihre ausländischen Vertreter in den multinationalen Unternehmen und über ihre kreolischen, „herodianischen“, bürgerlichen, kapitalistischen, reaktionären Strohleute, die ihre eigenen Brüder in ihrem eigenen Haus ausbeuten.

4. *Sozialismus*. Die einzig wirksame, die einzig konkrete Option, die nicht in entfremdende Utopien verfällt und die wirksam dieser Situation entgegenzutreten kann, indem sie eine echte alternative Gesellschaft der entmenschlichenden kapitalistischen Gesellschaft entgegenstellen kann, ist die sozialistisch-marxistische Option; Lateinamerika muß sich zum Sozialismus bekennen.

5. Das würde die Sozialisierung aller kollektiven Produktionsmittel bedeuten, die sich heute in Privatbesitz befinden; das erfordert den Klassenkampf, da die kapitalistischen Bürger nicht tatenlos zusehen werden, wenn man sie in ihren, den enterbten Klassen entgegengesetzten Interessen angreift; der Klassenkampf wird sich auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene abspielen, denn die Herrschaft hört nicht dadurch auf, daß die Kapitalisten im eigenen Land ausgelöscht werden.

6. *Christliches Engagement*. Der Christ ist engagiert in der Befreiung und damit in der Vernichtung der Abhängigkeit durch den revolutionären Klassenkampf.

7. *Theologie der Befreiung*. Die christliche Reflexion über diese Tatsache ist die Theologie der Befreiung. Sie ist die einzige Art und Weise, die Botschaft den „Nicht-Menschen“, den Unterdrückten, den Entfremdeten, den großen marginalen Gruppen Lateinamerikas zugänglich und glaubwürdig zu machen.

8. *Das Subjekt der Theologie der Befreiung*: es handelt sich um eine theologische Reflexion, deren Subjekt die sich befreiende Gemeinschaft ist. Die im revolutionären Kampf engagierte Gemeinschaft denkt an die Wirksamkeit ihres befreienden christlichen Engage-

ments und drückt so ihre christliche Liebe aus; danach wird die Theologie der Befreiung eine kritische Reflexion über die Praxis der Kirche.

9. Die Theologie wird so vom Armen her aufgebaut, indem sie voll an seiner revolutionären Armut teilnimmt. Durch ihre Frische und Unvorhersehbarkeit ist diese Theologie zutiefst vital und unwiederholbar, im höchsten Sinne lateinamerikanisch.

10. *Objekt der Theologie.* Es handelt sich nicht um eine übertragbare Theologie. Sie ist ein Focus, der das ganze theologische und das ganze lateinamerikanische Handeln erfäßt; es ist darum ein ausschließlicher Begriff Lateinamerikas. Wenn sie an anderen Orten realisiert würde, wäre sie von dieser verschieden; generalisieren kann man nur die Methode, nicht die Befreiungstheologie in sich. Ihr Objekt ist in dieser Form der geliebte Glaube und konkret die Befreiung, die Christus uns bringt.

11. *Die privilegierte Mediation.* Aber es besteht kein Zweifel, daß diese Reflexion zwei Pole beachten muß: einmal das volle Erlebnis der Gemeinschaft dieser Befreiung, zum andern die *rationale* menschliche Mediation, um dieses Erlebnis zu verstehen. Früher beschäftigte man sich in der Theologie mit der scholastischen Philosophie, heute benutzt man die einzige in der Soziologie wirklich gültige Analyse, die vollkommen wissenschaftliche Analyse, die die Interpretation der Geschichte gibt: die marxistische Analyse des Historischen Materialismus. Der Akzent wird von der Philosophie auf die Soziologie verlagert.

12. *Theologische Kriterien:* das Wort Gottes, wie es in der Hl. Schrift gefunden wird, die „nächste Glaubensregel“, erleuchtet die „Orthopraxis“; das ist die „pastorale Praxis der Kirche“. Aber dieses Wort erfordert eine Neuinterpretation, die aus eben dieser pastoralen Praxis der Kirche oder dem Ereignis der Befreiung entsteht, als eine „andere Bibel“, die historische Bibel. Das heißt, das befreiende Ereignis, wie es durch den historischen Materialismus wissenschaftlich interpretiert wird, begründet die Neuinterpretation des Wortes Gottes in der Hl. Schrift. Es ist das Kriterium für die Interpretation der Bibel.

13. *Die Befreiungstheologie im Gesamt der Theologie:* die Theologie kann sich als Weisheit verstehen, die die geistige Nahrung für die Seele im Wort Gottes sucht, oder als System, das eine solide kohärente Doktrin erstellen will aus der Begegnung des Glaubens mit der Vernunft; oder, fortführend, als Reflexion über das Leben und die Praxis der Kirche. Diese letztere Auffassung ist diejenige, die der Theologie der Befreiung entspricht, wenn auch nicht bezweifelt werden kann, daß ein wechselseitiger Austausch zwischen den drei Formen der Theologie besteht und die Befreiung auch eine systematische Reflexion und eine geistige Nahrung hervorbringen kann.

14. *Grundelemente ihres Inhalts:* ein Heilsplan und eine Heilsgeschichte. Die Befreiung ist Teil der Erlösung, sie ist das wirksame Zeichen derselben, ist die Gegenwart des Reiches Gottes. So ist die Geschichte des Reiches Gottes die Weltgeschichte. Es gibt keine andere Geschichte, sondern nur eine einzige Geschichte. Diese Geschichte ist die Heilsgeschichte. Das Reich Gottes muß gegenüber der Welt wie Christus den höchsten Ausdruck der Kenosis erreichen, es muß sterben um aufzuerstehen. Das ist der Impuls, den es dem Christen gibt. Es ist die Motivation für die Befreiung. Wie diese herbeigeführt werden

muß, braucht nicht gesagt zu werden, es handelt sich nicht darum, eine neue Christenheit zu schaffen.

15. *Exodus und Gefangenschaft*: die Reflexion muß heute ausgehen von der Perspektive der Knechtschaft, des Exodus, der Sklaverei. Die Befreiung kann nicht schnell erreicht werden. Das Thema des Exodus, der Befreiung des Volkes aus der ägyptischen Sklaverei, muß heute ergänzt werden durch das Thema des Exils. Das babylonische Exil gibt das Vorbild, um die befreiende Praxis des Christen von heute zu verstehen. In Lateinamerika sind die Regierungen hochgradig repressiv geworden, eine Klugheit von Sklaven ist notwendig, Pakte und Allianzen. Aber heute mehr denn je muß man klare Ziele haben und wissen, wohin die Befreiung des Volkes gehen soll.

16. *Wirklichkeitsbezogene Versöhnung*: die Befreiung schließt Versöhnung und Brüderlichkeit ein, die sich auf der allgemeinen Liebe gründen. Aber die Liebe, die Christus gepredigt hat, war keine romantische, affektive, bloß psychologische Liebe. Vor allem anderen ist sie eine wirklichkeitsbezogene Liebe, die objektiv das Wohl des Nächsten sucht, auch wenn es subjektiv, an der Oberfläche das Gegenteil zu sein scheint; so widerspricht die christliche Liebe auch nicht dem Klassenkampf, da man im Kampf nicht den Kapitalisten oder das kapitalistische Land haßt, sondern nur den Kapitalismus an sich, den ungegerechtfertigten Besitz der Produktionsgüter. Indem man den Bürger, gegen seinen Willen, von diesem Besitz befreit, erleichtert man ihm den Zugang zur neuen Brüderlichkeit der Kinder Gottes, so daß er seine sündhaften Handlungen ablegt, so daß er sich versöhnt mit all den vielen Brüdern am Rande, die er vorher durch seinen Reichtum beleidigt hat.

17. *Christologie*: in der Evangelisation müssen wir unserem Volk einen befreienden Christus vermitteln, der uns zum Kampf gegen die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung antreibt. Christus war aufs äußerste mitfühlend mit allen Leiden seiner Zeit, die sich in der damaligen politischen und religiösen Unterdrückung äußerten. Das Römische Reich beherrschte Palästina. Die politischen Autoritäten Palästinas waren Kollaborateure, die die Sache des Volkes verraten hatten und den Unterdrückern dienten. Die religiösen Autoritäten, die sich in unnötigen Ritualen verfangen hatten, bemäntelten den Zustand der Unterdrückung. Christus konnte nicht anders als mit ihnen zusammenstoßen, als zu rebellieren und sich für das Volk bis zur letzten Konsequenz zu engagieren. Daher haben die politische und die religiöse Gewalt ihn vernichtet. Christus wurde ermordet durch die Machthaber. Indem der Vater ihn auferweckt, begründet er die Sicherheit der Triumphs der Sache der Unterdrückten. Der Kampf für die Befreiung ist keine reine Utopie. Der Unterdrückte wird schließlich über den Unterdrücker siegen. Wir haben die Sicherheit, den Sieg zu erlangen.

18. Lateinamerika hat viele Ähnlichkeiten mit dem Palästina der Zeit Jesu. Auch hier gibt es ein Imperium, das uns beherrscht, die Erste Welt. Wir sind politisch, religiös und kulturell abhängig. Unser Befreiungskampf muß den gleichen Spuren folgen, denen Christus folgte, und wir haben die Sicherheit des Sieges über die bürgerliche, kapitalistische, imperialistische und nationalistische Klasse. Darum ist für ganz Lateinamerika die angemessene Christologie, die einzige, die unsere Wirklichkeit erleuchtet, die der Nachfolge;

Christus nachahmen in seinem radikalen Kampf für die Befreiung. Die Achse der lateinamerikanischen Christologie ist die Sorge Christi für die Armen. Seine katechetisch-homiletische Darstellung ist, wie es die ursprüngliche Kirche tat, der theologischen und proklamatorischen Darstellung vorzuziehen. Der menschliche Aspekt in Jesus muß mehr hervorgehoben werden. Seine Unabhängigkeit gegenüber jenen, die ihn für ihre Interessen benutzen wollten, gegenüber den Vorschriften des Gesetzes, gegenüber den unantastbaren Formulierungen der Orthodoxie, gegenüber den religiösen und nichtreligiösen Autoritäten seiner Zeit. Man muß sich mehr für den Jesus, der das Evangelium verkündet, interessieren, als für den Jesus, den das Evangelium verkündet. Man muß ihn mehr als Schicksalsgemeinschaft mit den Menschen denn als Epiphanie Gottes darstellen, weniger als Opfer und Versöhnung, mehr den Jesus am Kreuz, im höchsten Konflikt und in beständigem Verrat.

19. *Die Kirche*: um heute zu evangelisieren müssen wir eine Reihe von Punkten hervorheben, die uns zu einer Option für die Befreiung führen. An erster Stelle müssen wir die Einheit der Kirche nicht als etwas schon bestehendes verkündigen, sondern als etwas, das wir für die Zukunft erhoffen. Heute besteht ein Idealismus, der die Fähigkeit zur Befreiung abtötet, denn er will den Konflikt beseitigen, indem er das Unversöhnliche, Unterdrücker und Unterdrückte, versöhnen will. Die Eucharistie ist das große Zeichen der Einheit und Gemeinschaft. Daher ist es absurd, sie zwischen antagonistischen Klassen zu zelebrieren. Es ist eine Lüge im Innersten der tiefsten Darstellung der Kirche. Die antagonistischen Klassen müssen sich notwendigerweise vernichten, sie können sich nicht in einer heuchlerischen Umarmung vereinigen.

20. *Institution und Ämter*: die Kirche hat sich nach der konstantinischen Wende institutionalisiert auf der Grundlage eines Paktes mit der Macht. Die Hierarchie wurde angesteckt mit Machtgier. Einige Male hat sie das Volk Gottes gegen die Mächtigen verteidigt, aber zumeist leidet sie unter Verstockung, die den Eingebungen des Hl. Geistes widersteht. Gegenüber der Institution erhebt sich frisch und voll Leben die Kirche des Geistes. Die Kirche des Charismas, der Orden und Kongregationen, die aufgrund des revolutionären Engagements mit dem Armen solidarisch sind. Die Kirche als ein Netz von Basisgemeinschaften. Dort weht der Hl. Geist.

21. *Lehre*: von dieser Gefügigkeit gegenüber dem Geist, der zum Engagement für den Armen, zum Engagement für die Stimmlosen, zum Engagement für die Befreiung, das die Ungerechtigkeit anprangert, die Befreiung verkündet und sich engagiert im Kampf für sie, führt, versteht sich die Ausübung des Prophetenamtes in der Kirche: das Lehramt des Volkes Gottes.

22. *Sakramente*: die Sakramente führten zu einem Sakramentismus in der Kirche, der sie das wesentliche Engagement für die Gerechtigkeit vergessen ließ, das das einzige glaubwürdige Zeugnis der Sendung des Evangeliums ist. Zugleich hat er in ihr eine magische und fatalistische Mentalität gefördert.

23. *Die Heiligen*: heute braucht das lateinamerikanische Volk neue Heilige, neue Vorbilder, die ihm als Leuchttürme dienen auf dem Weg zur Gerechtigkeit. Es sind die vielen

Christen, die gefoltert und ermordet wurden durch die totalitären Regime Lateinamerikas im Kampf gegen die Unterdrückung. Diese neuen Martyrer muß man heute dem Volk vorstellen.

24. *Mariologie*: die Jungfrau Maria ist der Prototyp der Niedrigen und der Armen, die im Vertrauen auf die Kraft Gottes voll der Gnade war, um den Mächtigen vom Thron zu stürzen und den Reichen leer ausgehen zu lassen. Ihre historischen Begegnungen mit dem lateinamerikanischen Volk in den sogenannten Erscheinungen waren ein Zeugnis gegen die Macht der Unterdrücker und ein Bündnis, das gemeinsame Sache mit den Armen und Elenden macht.

(482) *b) Die Befreiungstheologie, die sich auf Puebla stützt*

Befreiung „von“ und „für“. Parallel zu den Punkten 1, 2 und 3 der Synthese, die wir aufgestellt haben, analysiert diese Nummer des Dokuments die Wirklichkeit, um einen Blickpunkt für das Verständnis jener Befreiung zu gewinnen, von der aus eine Befreiungstheologie im Sinne von Puebla als möglich erscheint. Diesen Gesichtspunkt gewinnt sie, indem sie definiert, was Befreiung ist.

1. „Von“: In der oben angeführten Befreiungstheologie besteht die Befreiung letztlich in der Befreiung vom Privatbesitz der kollektiven und sozialen Produktionsmittel. Gemäß der erwähnten Schauweise überschreitet die Unterdrückung nicht den biologischen Bereich des Menschen, in Übereinstimmung mit seinen Wurzeln im Säkularismus. Das heißt, die marxistische Analyse übersteigt in keiner Weise die Doktrin von Locke, aus der der liberale Kapitalismus hervorgegangen ist. Dieser meint, die Probleme des Menschen lösen zu können, indem er die sozialen Produktionsmittel dem Privateigentum zuteilt; der Marxismus denkt, daß das Problem des Elends, das er dem kapitalistischen System zuschreibt, gelöst wird, wenn dieses Eigentum statt privat, kollektiv wird. Sein Heilmittel verbleibt im gleichen biologischen Teilbereich, es geht nicht darüber hinaus zur vollen Entfaltung des Menschen; als solcher bleibt er in der gleichen geschlossenen biologischen Konzeption des Menschen. Beide sind ein Humanismus ohne Ausgang, ein Materialismus.

Die Nummer, die wir hier kommentieren, bleibt nicht in dieser Gedankenrichtung. Sie denkt nicht, daß der Gegensatz sich innerhalb des ausschließlich biologischen Bereichs auflösen kann. Das „von“ dieser Befreiung geht an die integrale menschliche Wurzel der Unterdrückung; einer Unterdrückung, die eben gerade aus dem Materialismus entspringt, sei er nun kapitalistisch oder marxistisch. Diese Wurzel nennt sie persönliche oder soziale, individuelle oder soziale Sünde. Tiefer lotend muß man sagen, diese Sünde hat ihre Quelle im Egoismus und darüber hinaus im Geheimnis der Bosheit.

Wenn wir später vom „für“ sprechen, wird diese Sünde, der Egoismus und das Geheimnis der Bosheit, noch genauer umschrieben, durch die Idole des Reichtums, der Macht und des Vergnügens, die durch den Egoismus motiviert sind, d.i. durch die Anbetung des eigenen Selbst oder durch den Bösen. Frei von der materialistischen Bemäntelung der wahren Ungerechtigkeiten, die wir in der Verteilung der Reichtümer und ihrer Produktion fest-

stellen, analysiert das Dokument die Wirklichkeit sehr viel tiefer und umfassender und gelangt so wirklich bis zu den letzten Wurzeln des ungerechten Zustandes. Daher muß auch die Lösung weit über den Klassenkampf und ein neues Wirtschaftssystem — als einer kurzlebigen Strategie gegen die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus — hinausgehen.

2. „Für“: Der zweite Teil der Nummer befaßt sich mit dem Tiefsten des „für“; denn diese Befreiung darf nicht in einem „von“ stehenbleiben. Dieses wäre zwar ein wichtiger, aber doch nur ein unvollständiger Teil. Wer von seinen Ketten befreit ist, ist befreit, um konstruktiv seine Freiheit zu nutzen. So spricht auch das Dokument gerade von dieser konstruktiven Freiheit der Gemeinschaft, indem sie diese Freiheit im Thema der Würde des Menschen behandelt (vgl. Nr. 321—329). Hier im zweiten Teil dieser Nummer wird die tiefste Synthese dieser Konstruktion gegeben; man ist befreit für ein fortschreitendes Wachstum im Sein.

Wie geschieht dieses Wachstum? Die Antwort wird gegeben mit dem spezifisch christlichen Beitrag zur Befreiung: mit der Gemeinschaft mit Gott und mit dem Menschen. Diese Gemeinschaft baut sich stufenweise und fortschreitend auf und kulminiert im Himmel. Um diese Gemeinschaft gut zu verstehen, verweisen wir auf die Nr. 211—219 des Themas über Christus. Hier behandelt das Thema die Fülle der Gemeinschaft und Teilhabe für den Menschen in der Teilhabe am trinitarischen Leben. Insbesondere muß man Nr. 215 beachten, wo gesagt wird, daß die Gemeinschaft unter den Menschen sich aufbauen muß aus den Wurzeln der Liebe des Vaters und daß sie sich im ganzen Leben manifestieren muß, auch in seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dimension. Hervorgegangen aus dem Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geist ist sie, so wird gesagt, eine Gemeinschaft mit der Gemeinschaft der Dreifaltigkeit.

Das heißt, die Gemeinschaft, für die die Befreiung geschieht, ist die trinitarische Gemeinschaft. Wenn wir uns nun fragen, welche Strategie wir anwenden müssen, um die Befreiung positiv zu bewerkstelligen, um im Sein voranzuschreiten, dann ist die Antwort: das Wachsen in der trinitarischen Gemeinschaft. Sie ist die Alternative, die Puebla anbietet zu den Nummern 4, 5 und 6 der vorhin beschriebenen theologischen Synthese.

3. *Trinitarische Gemeinschaft*. Wie gewinnt man Anteil an der trinitarischen Gemeinschaft? Die Antwort auf diese Frage kann eine flüchtige Betrachtung der besagten Gemeinschaft und Teilhabe geben. Wenn wir das Leben der Dreifaltigkeit betrachten, so sehen wir, daß der Sohn alles, was er ist, nur ist, weil er es vom Vater empfangen hat. Und der Vater hat alles, was er ist, außer der Beziehung der Vaterschaft, rückhaltlos dem Sohn übergeben; wenn dem nicht so wäre, wären weder der Vater noch der Sohn Gott. Seinerseits hat der Heilige Geist alles, was er ist, vom Vater und vom Sohn empfangen, die rückhaltslos alles außer der Vaterschaft und der Sohnschaft sowie der aktiven Inspiration, dem Geist übergeben haben, der seinerseits ohne jede Schmälerung sich in seinem ganzen Sein in einem einzigen Strom der Liebe auf den Vater und den Sohn bezieht. In diesem Strom des göttlichen Lebens fällt eines sofort ins Auge, daß die göttlichen Personen konstituiert sind in ihrer unwiederholbaren und unendlichen Individualität durch die gegenseitige Hingabe, ohne Rückhalt, ohne Schmälerung in ihrer Göttlichkeit. Diese Hingabe bedeu-

tet die einzige, unwiederholbare Göttlichkeit, die Einheit Gottes, seine höchste Gemeinschaft. Die Individualität in Gott, seine dreifache Individualität, ist gänzlich durch seine Gemeinschaft, seine Einheit konstituiert. Das Maß der Identität in der Unterscheidung der göttlichen Personen ist die göttliche Gemeinschaft, und das Maß der Vereinigung ist dieselbe Gemeinschaft-Einheit, ist die dreifache Individualität in der Dreifaltigkeit.

Wenn wir nun die Frage nach dem Menschen stellen, so müssen wir uns darüber Rechenschaft geben, daß das fortschreitende Wachstum im Sein, das Ziel aller Befreiung, nur erreicht werden kann durch seine Hingabe an die anderen. Seine rückhaltlose Hingabe an Gott und an die anderen durch Ihn. So vollzieht sich die einzig mögliche Gemeinschaft und Teilhabe. Dies ist die wahre Originalität der Befreiung. Der Mensch ist befreit für Gemeinschaft und Teilhabe. Und die einzig mögliche Art und Weise ist die Teilhabe am Leben der Dreifaltigkeit.

Ich sagte, daß dies die ureigene Originalität ist, der „eigene und spezifische Beitrag“, von dem unser Thema unter Nummer 483 spricht. Es ist ein eigener und spezifischer Beitrag des Evangeliums. Diese Eigenheit und Spezifität bedeuten das Wesen der Gnade. Das heißt, diese Gemeinschaft und Teilhabe kann auf keine andere Weise erlangt werden als durch ein Geschenk, eine Gnade. Sie ist die Gabe der Befreiung. Keine menschliche Anstrengung ist fähig, diese Einheit zu erreichen. Jede andere Anstrengung, die Einheit unter den Menschen zu schaffen, sagt uns Nummer 218, wächst immer aus einer Beziehung zu dieser Gnade. Und ihr Erfolg ist immer ein Erstlingsgeschenk dieser Gnade, die erfüllt ist mit der Gemeinschaft und Teilhabe der Dreifaltigkeit.

Das bedeutet, daß der Mensch aus eigener Anstrengung niemals diese Einheit erreichen kann. Es bedeutet die Erbsünde als die Unmöglichkeit, einen wahren schöpferischen Dialog in einer menschlicheren Gesellschaft allein durch den Menschen zu führen. Wenn wir einen Blick auf die Geschichte der Menschheit werfen, erkennen wir, daß das Problem immer die Einheit war und daß ohne die Gnade alles, was in der Geschichte aufgezeichnet war, die Dialektik von Herr und Knecht, der Wölfe, der Feinde, der Kriege, der Unterdrückungen jeder Art war. Und wenngleich die Einheit ein uns eingeborenes Verlangen ist, so ist es doch ganz und gar unmöglich, sie in unserem Leben konkret zu verwirklichen. Und der Grund davon wird deutlich, wenn wir bedenken, daß wir zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse, d. i. der Bedürfnisse nach einem „Du“, das wir brauchen, dasselbe immer verobjektivieren wollen. Aber dieses Du ist immer eine Person, die nicht verobjektiviert werden kann. Wir fühlen also, daß wir zur Befriedigung unserer Bedürfnisse zwei Alternativen haben: entweder besitzen wir die andere Person, aber dann verobjektivieren wir sie und können sie nicht mehr als Person besitzen (denn die Person ist unveräußerlich), oder wir übergeben uns der Person und verlieren uns in ihr, aber dann verliert sich das Ich in der Masse.

In der höchsten Anstrengung des Menschen, die sich Religion nennt, hat dieses Verlangen nach Einheit und Gemeinschaft seinen höchsten Ausdruck gefunden, und zwar von einer individualistischen Tendenz aus wie in den westlichen Religionen, in denen die Versuche, die Person zu verobjektivieren, bis ins Unendliche vermehrt wurden, oder wie in

den orientalischen Religionen, wo man sich im „Du“ verloren hat, „wie der Wassertropfen in der Unendlichkeit des Ozeans“ (z. B. im Buddhismus).

Auch unsere Zeit des Materialismus spiegelt diese Problematik wider, und es könnte auch gar nicht anders sein, etwa in der Problematik zwischen dem Individualismus des Kapitalismus und der Vermassung des marxistischen Kollektivismus.

Das Problem trägt in sich zwei anscheinend unvereinbare Richtungen — eine individuelle und eine soziale —, die sich nur auf einem Weg treffen können, auf einer Hypothese, die die beiden Katheten des offenen Winkels zu einem Dreieck schließen kann: die Liebe, aber nur die Liebe Gottes, der Heilige Geist, der als Liebe Gottes uns teilhaben läßt an dem vom Vater und Sohn ausgesandten Sein und uns auffordert, sein Volk zu sein. Das ist die Gemeinschaft und Teilhabe an der Dreifaltigkeit.

Der Anruf, der aus der Feststellung unserer Sünde, unseres Egoismus, des Geheimnisses der Bosheit, aufsteigt, ist dazu angetan, radikal alle diese Unterdrückungen zu vernichten, er ist der Anruf zur vollen, rückhaltlosen Hingabe an die anderen, in Gemeinschaft und Teilhabe aller mit allen, von der Gemeinschaft und Teilhabe der Dreifaltigkeit aus. Wir erkennen so, daß das, was uns wirklich als Christen kennzeichnet, die heiligste Dreifaltigkeit ist, und nicht nur ein Theismus, den wir personifizieren könnten in ähnlicher Weise wie im Judentum, im Islamismus oder in einer anderen monotheistischen Religion die Beziehung zu Gott sich ausdrückte. (In dieser Form scheint auch Nr. 483 des Dokuments erklärt werden zu können).

Diese christliche Reflexion, die aus den Tiefen der Dreifaltigkeit ihren Ursprung nimmt, ist die eigentliche Theologie der Befreiung, die sich aus den Forderungen von Puebla ergibt. Sie ist auch die einzige Form, die Botschaft dem „Nicht-Menschen“, dem Unterdrückten, dem Entfremdeten, den großen marginalen Massen Lateinamerikas glaubhaft und verständlich zu machen (vgl. Nr. 7 der theologischen Synthese, auf die wir uns beziehen).

4. *Das Subjekt der Theologie:* In dieser Form hat die Theologie den Menschen zum Subjekt, der sich in seiner gemeinschaftsbezogenen Individualität befreit. Dieser Mensch reflektiert über die Forderung und die konkrete Verwirklichung seiner totalen Hingabe. So verwirklicht er in Wahrheit und formuliert er seine christliche Liebe. Das ist die pastorale Praxis der Kirche. So konstituiert die kritische Reflexion die Theologie der Befreiung (vgl. Nr. 8 der Synthese). So baut sich die Theologie vom Armen her auf, oder besser gesagt, von der Heiligsten Dreifaltigkeit im Armen her, der sich befreit aufgrund dieser totalen Hingabe an die andern, mit dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Inhalt seines Lebens, d. h. in der Verwirklichung seines biologischen, psychologischen und sozialen Seins (vgl. Nr. 9 der Synthese).

5. *Das Objekt der Theologie:* es ist die Totalität des Lebens als Kind Gottes, das der Mensch wird kraft der Gemeinschaft und Teilhabe, die sich in allen Bereichen des Lebens real verwirklichen. Das gesamte katholische Dogma wird so von dieser Vision der Einheit her erfaßt (vgl. Nr. 10 der Synthese).

6. *Mediationen*: Wir haben über die theologischen Mediationen zu Beginn dieser Überlegungen (vgl. Nr. 11 der Synthese) gesprochen. Gemäß dem Tenor des gesamten Dokuments von Puebla können wir sagen, daß die Mediationen dieser Theologie die aufmerksame Beobachtung der wechselhaften Situation Lateinamerikas ist sowie der Begründungen des Wandels in ihren verschiedenen individuellen und sozialen, personalen und strukturellen Momenten. Sie sind auch eine kritische, analytische und beschreibende Studie der totalen Wirklichkeit im Einvernehmen mit den Humanwissenschaften, den Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie, Anthropologie, Linguistik usw.; eine kritische Studie der Frage nach den legitimen Werten unter Bezugnahme auf die verschiedenen kulturellen Grundformen mittels der Geschichte und der Philosophie.

7. *Kriterien*: Von den theologischen Kriterien (vgl. Nr. 12 der Synthese) haben wir gesprochen, als wir die Voraussetzungen dieser Theologie darlegten. Um uns nicht zu wiederholen, verweisen wir auf das Dokument von Puebla, das das Thema ex professo in den Nr. 370–384 behandelt. Wir werden weiter unten einen Kommentar dazu geben.

8. *Der Ort*: auch über den Ort, den die Befreiungstheologie im Gesamt der Theologie einnimmt (vgl. Nr. 13 der Synthese) wurde schon gesprochen. Um das Vorherige noch zu vervollständigen, können wir hinzufügen, daß die Theologie als menschlich-göttliches, „theandrisches“ Bemühen, das Wort Gottes zu verstehen und zu leben, ein Charisma ist, das das Reich Gottes aufbaut. Sie ist eine evangelisierende Tätigkeit. Um aber evangelisieren zu können, muß diese Theologie vom authentischen Wort Gottes ausgehen. Gott spricht zu uns durch die Ereignisse, und um seine Stimme zu hören und nicht etwas für das Wort Gottes zu halten, das es nicht ist, brauchen wir ein hermeneutisches Kriterium. Dieses Kriterium ist Christus der Befreier, der im Volk Gottes lebt und sich im Glaubenssinn dieses Volkes ausdrückt, einem Glauben, der sich normiert an der Hl. Schrift, so wie sie in der Kirche verstanden wird und deren authentisches hermeneutisches Kriterium das Lehramt ist. Dieses Lehramt hat vom Hl. Geist das Charisma der Unterscheidung empfangen, kraft dessen das im historischen Geschehen anwesende Wort Gottes sich identifizieren läßt, sowie das Versprechen, zu bewirken, daß der Glaube, der bekannt wird, der Glaube der ganzen Kirche ist. In dieser Norm wird die Orthopraxis der Kirche, Christus heute, der seinerseits die wahre Orthodoxie ist, kraft ebendieser Orthodoxie erkannt; das heißt kraft des Charismas der Liebe des Hl. Geistes, des einzigen Weges, den Herrn zu erkennen. Ausgangspunkt ist Er. Die Entfaltung vollzieht sich in drei Etappen: die eine ist positiv, man betrachtet die geoffenbarte Wahrheit und erfaßt sie in ihrer ganzen Tiefe; die andere ist systematisch, man klassifiziert und ordnet sie, um sie besser zu verstehen und um sie der realen Situation einzuverleiben als operativen Horizont des Wortes Gottes in der gelebten Wirklichkeit, als Kriterium der Aktion; die dritte ist praktisch, man sucht die angemessene Geisteshaltung, die entsprechende, Wandlung schaffende Einstellung und die wirksamen Strategien für die Verwirklichung der Wahrheit. Die Theologie der Befreiung konzentriert sich stark auf diese letztere Etappe. Jedoch bleibt wahr, daß diese keinerlei Wirksamkeit hat, außer im Lichte der beiden vorhergehenden.

Die drei großen Säulen

(484)

9. *Christus*: weiterhin spricht das Dokument von den Inhalten dieser Befreiungstheologie (wir eröffnen hier den Dialog mit den Nr. 14–24 der Synthese). Wir sprachen bereits von dem wesentlichen Inhalt dieser Theologie, der Trinität. Nunmehr sprechen wir von den drei großen Säulen oder dem „Dreifuß“, auf dem Puebla im Lichte der Eröffnungsansprache Johannes Pauls II. ruht: Christus, die Kirche und der Mensch. Die Ansicht über Christus gibt die Grundlage für die Ansicht über die Kirche und über den Menschen.

Als zweiten wichtigen Punkt im Inhalt der Befreiungstheologie, gemäß dem Dokument von Puebla, sehen wir Christus. In diesem Licht und gemäß dem Tenor des Themas über Jesus Christus, Nr. 170–201, und der Eröffnungsansprache des Papstes können wir unseren Dialog mit dem bereits in der Synthese skizzierten Punkt der Christologie wie folgt zusammenfassen:

In der Befreiungstheologie müssen wir ohne jede Abschwächung Christus ganz und gar im Menschen von heute gegenwärtig machen. Christus ist der große Befreier, weil er sich allen Mächten des Bösen entgegengestellt und gesiegt hat. Dem Bösen, das sich als Sünde, als Satan darstellte, als Krankheiten, die er heilte, als Nachstellungen und Heucheleien seiner Zeitgenossen, als Reichtum, der von Gott abwendet, als Lieblosigkeit, die die Menschen trennt und einander entgegenstellt. Die Feinde Christi wußten, daß der religiöse Konflikt, den Er verursacht hatte, viel tiefer reichte als ein politischer Zusammenstoß. Für sie ist Christus nicht ein Zelot oder ein Revolutionär, sondern etwas viel Tieferes. Es gibt zwar auch eine politische Sünde, aber die politische Sünde schöpft das ganze Böse nicht aus und ist auch nicht das größte Übel.

Der Tod Christi ist nicht der Tod eines Revolutionärs oder Guerrilleros, der unglücklicherweise in die Hände der „etablierten Ordnung“ gerät und ermordet wird. Christus wird nicht getötet oder „ermordet“. Freiwillig übergibt er sich dem Tod. Er ist vollständig frei. Sie profitieren nicht von seiner Schwäche oder Ohnmacht. Die Auferstehung des Herrn ist sein Triumph über die Sünde und ihre Folgen: über die Sünde, die individual und sozial, politisch, juristisch, ökonomisch usw. ist.

Christus bietet eine universale Erlösung. Man kann nicht den historischen Christus vom Christus des Glaubens trennen, noch einseitig einige Aspekte des historischen Jesus bevorzugen, ohne sie in einer integralen Einheit zu erfassen. Was nicht bedeutet, in kluger Weise, gemäß den pastoralen Gegebenheiten gewisse, für die Verkündigung geeignetere Aspekte auszuwählen, jedoch immer ohne jeden Reduktionismus. Christus ist in höchstem Grade frei, und in seiner Freiheit begründet er innerhalb der Kirche für uns die höchste Freiheit als oberste Norm der Pflicht.

Und diese Befreiung, die Christus heute bringt, ist wirksam; sie ist nicht eine bloß mechanische Nachahmbarkeit dessen, was er getan hat; vielmehr tut er heute an uns und unserer Welt, was er damals tat. Er befreit uns wirksam.

Und diese Wirksamkeit besteht darin, daß der Vater uns durch den Hl. Geist mit dem gestorbenen und wiedererstandenen Christus vereinigt und uns mit Ihm zu Befreiern un-

serer Brüder macht. Das will besagen: Christus ist unsere Blickrichtung und unsere Aktion, um unsere biologischen Bedürfnisse nach Erhaltung und Verbreitung, unser Verlangen nach Wahrheit und Liebe zu erfüllen, damit wir uns mit den andern in Gemeinschaft und Teilhabe vereinen. Die Hingabe an die andern bis zum Tode ist die radikalste Befreiung. Es handelt sich hier nicht um einen Kampf gegen antagonistische Klassen, wobei der Antagonismus auf entgegengesetzten ökonomischen Interessen beruht; es handelt sich um einen radikalen Kampf gegen die Unterdrückung selbst, dessen tiefste Motivation die Liebe bis zum Tod ist. Unterdrückung ist das Gegenteil von Leben, darum fordert Befreiung die Schenkung an den Nächsten bis zum Tode. Das ist die wahre Nachahmung Christi, die wahre Nachfolge. In dieser Form vollzieht Christus die Befreiung heute mit uns und von uns aus. Dies sind seine wahren Spuren. Die wahre Christologie der Nachfolge, der Nachahmung Christi.

Eine Nachahmung Christi ohne die wirksame verwandelnde, „neu erschaffende“ Kraft würde die häretische Auffassung von einer Erlösung durch bloßes Beispiel und Nachahmbarkeit nicht überwinden.

10. *Die Kirche:* mit Bezug auf die Kirche ist gemäß dem Tenor der Nr. 220–303 und als konvergierende und divergierende Punkte zu Nr. 19 der Synthese folgendes zu sagen:

In einem authentischen Begriff von Befreiung müssen wir auf das Lehramt der Kirche zurückgehen. Diese ist heute die Befreiung für alle Menschen. Die Einheit zu vertiefen, Schutz, Wurzel und Ziel der Evangelisation zu sein, ist das große Ziel von Puebla. Um zu evangelisieren muß man von der Überzeugung ausgehen, daß die Einheit der Kirche im letzten Grunde verwirklicht wird, wenn man alle Menschen aus allen Rassen und Völkern zur Einheit mit dem Vater, dem Sohn und dem Hl. Geist führt, wie wir vorher beschrieben haben. In diese Einheit gliedert der Mensch sich ein, indem er sich mit Christus verbindet, indem er den einen gleichen Glauben bekennt, den er in der Taufe empfangen und in den übrigen Sakramenten vertieft hat. Für diese Einheit gibt der Hl. Geist nach dem Willen des Vaters der Kirche das Amt der *Communio*, das in seiner Fülle den Bischöfen gegeben ist, die stufenweise die Priester und die anderen geweihten und eingesetzten Diener der Kirche daran teilhaben lassen, die alle das Volk durch das Wort Gottes und die Eucharistie zusammenführen.

11. *Die Eucharistie:* als Wurzel und Angelpunkt der Gemeinschaft gedeiht in der Kirche eine Einheit, die fähig ist, jeden Reduktionismus wirksam zu überwinden, dem man verfallen muß, wenn man das Volk Gottes oder eine Gruppe innerhalb desselben als sozial-wirtschaftliche Klasse im antagonistischen Kampf gegen eine andere sozial-wirtschaftliche Klasse betrachtet.

Die Eucharistie ist die Realisierung des Abendmahles heute; und so ist sie die integrale Befreiung, die Christus bringt. Sie ist nicht nur ein Symbol der Einheit, sondern die real wirksame Kraft der Gemeinschaft. Die Einheit ist dargestellt und verwirklicht durch die Eucharistie als eine Tatsache, die existiert, und als ein Projekt, das sich verwirklicht. Sie ist die Einheit in ihrer eschatologischen Perspektive, die schon existiert und zu ihrer Fülle gelangen soll in der bekannten Spannung von „schon“ und „noch nicht“. Die Eucharistie als Vollendung der Kirche fordert von denen, die daran teilnehmen, die vollständige Bekeh-

rung, die Identifikation mit Christus, der stirbt und aufersteht. Er ist das zentrale Kriterium, um die Bedürfnisse des Menschen in all ihrer Vielfalt zu erfüllen, sein Verlangen nach Wahrheit und Liebe und seine Beziehungen zu den anderen Menschen.

In einem tiefen Verständnis der Eucharistie und aus der Kraft der Gemeinschaft widersetzt sich der Christ radikal dem Skandal der Ungerechtigkeit, die Elend auf der einen und Überfluß auf der anderen Seite bedeutet. Die Einheit der Kirche in der Eucharistie beseitigt Polarisierungen und Antagonismen, sie fordert mit der radikalen Konversion eine wirkliche Versöhnung.

Gewiß ist die vollständige Einheit in einer Gesellschaft von Bedürftigen und Befriedigten, von denen, die haben, und denen, die nicht haben, menschlich unmöglich; aber hier wurzelt die befreiende Kraft Christi, der das menschlich Unmögliche in der Gegenwart seiner Kirche wirklich werden läßt. In der Eucharistie verwirklicht sich die Vereinigung Gottes mit dem Menschen und der Menschen untereinander in unserer konkreten Welt, wodurch die einzig mögliche Form einer echten Teilhabe ermöglicht wird. Das erfordert vollständige Hingabe und gegenseitige Versöhnung. Das verlangt in radikaler Weise, bis zum Tod, den Kampf gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Unterdrückung; sie öffnet sich, in der Wirklichkeit wie zugleich in der Hoffnung, einer Auferstehung in einer neuen Gesellschaft, die solidarisch und brüderlich ist und in der tagtäglich der neue Mensch in Christus geboren wird. Die Eucharistie ist so ein Anruf zur Versöhnung und eine Zelebration, welche die Begegnung mit Gott und den Brüdern im Haus des Herrn vorwegnimmt.

12. *Die Kirche als Institution:* Die Kirche als Institution wird im Dokument in den Nr. 659–720 behandelt, einschließlich der kirchlichen Basisgemeinschaften, in den Nr. 618–657; wenn wir in den Dialog eintreten mit dem, was wir in Nr. 20 der Synthese gesagt haben, im Tenor der Doktrin von Puebla und in der Richtung der Befreiung, dann können wir sagen, daß die kirchliche Institution in ihrem historischen Werden nicht eine bloße Szenerie für die Erlösung, sondern das Instrument der Erlösung ist. Die sichtbare, institutionalisierte Organisation der Kirche ist, was ihr Wachstum und ihre Entfaltung betrifft, für den Hl. Geist in analoger Weise das, was die menschliche Natur Christi für das Wort Gottes ist. Die Kirche als Institution ist auf der Pilgerschaft, sie unterliegt daher Beschränkungen aufgrund der Geschichte wie aufgrund der Sünde. Trotzdem ist sie eine Institution der Erlösung. Das ist die Ökonomie der Menschwerdung. Sie wird mit ihren Charismen und ihren Ämtern fortwährend aufgebaut durch das Wirken des Hl. Geistes. Er, der vom Vater und vom Sohn ausgeht, macht Christus sichtbar in der Institution und in der Verwirklichung. Charismen und Institution dürfen sich nie kontradiktorisch gegenüberstehen, wenngleich im Laufe der Geschichte Spannungen zwischen beiden entstanden sind, denn beide stammen vom Hl. Geist. Beide sind zusammengehörende Ausdrucksformen der Kirche im allgemeinen, wie der Diözesen, der Pfarreien und der Basis.

13. *Die kirchlichen Basisgemeinschaften:* sie treten in die Institution der Kirche ein durch das Amt, das aufgrund der Sendung durch den Bischof in ihnen ausgeübt wird und das in ihnen den Dienst der Gemeinschaft verwirklicht. Die Kirche als Netz von Gemeinschaften steht nicht im Widerspruch zur Kirche als Institution, und darf es auch nicht.

14. *Die Ämter:* in der Kirche versteht man sie, entsprechend der Vorrangstellung Christi als dem Haupt, als in der trinitarischen Einheit begründete Faktoren der Einheit der dienenden Kirche. So versteht man die Bischöfe als Diener der Einheit und ebenso, durch Teilhabe, ihre Priester. In dieser kirchlichen Perspektive muß man auch die anderen Diener der Kirche verstehen, die geweihten wie die eingesetzten. Die Kirche ist keine bloß soziologische Einheit. Daher ist in ihr die Funktion des Bischofs unentbehrlich als Ausdruck der Funktion Christi als dem Haupt. Die Priester partizipieren an diesem Amt und sind somit nicht dem Amt der Laien gleichgestellt. Diese Verschiedenheit innerhalb der Kirche manifestiert ihre Einheit.

In Lateinamerika vollzieht sich heute der Wechsel von einer bäuerlichen zu einer städtischen und industriellen Gesellschaft. Man muß daher unentwegt neue angemessene Formen des Dienstes finden, um wirksamer die Mission der Gemeinschaft und der Teilhabe innerhalb der Kirche zu erfüllen.

15. *Das Lehramt:* Mit Bezug auf Nr. 21 der Synthese, die die Lehre in der Kirche betrifft, auf den Tenor des in den vorhergehenden Nummern Gesagten und auf die Aussagen über die Kirche (Nr. 220—230) können wir sagen, daß Christus als das Wort im Volk Gottes wohnt. Daraus erwächst der lebendige Glaube, der den Christen antreibt, in einem echten Engagement die Wunder des Herrn zu verkünden, sowohl im Alltagsleben als auch im Bemühen um eine wirklich gerechte und brüderliche Gesellschaft.

Der prophetische Geist des Volkes Gottes besteht so darin, daß es diesen Glauben innerhalb der geschichtlichen Wirklichkeit als Vorankündigung des Reiches Gottes bekundet. Er schließt zugleich die Ablehnung der Sünde und die Aufforderung zum befreienden christlichen Engagement ein.

Der Hl. Geist gibt den Nachfolgern der Apostel ein spezielles Amt, um Christus als das Wort Gottes zu erfassen, das den Glauben des Volkes gemäß der Hl. Schrift und der Tradition lenkt, und um den von der gesamten Kirche anzunehmenden und zu bekennenden Glauben vorzustellen, zu hüten, zu verteidigen und zu interpretieren.

Dieses Amt ist enthalten im prophetischen Charisma, welches das ganze Volk Gottes vom Hl. Geist empfangen hat. Es ist ein Amt der Beglaubigung aufgrund der prophetischen Sendung der ganzen Kirche. Es ist zum großen Teil ein Amt der Unterscheidung, das die Gefahr verhindern soll, etwas als Wort Gottes vorzustellen, das es nicht ist. Die Anerkennung dieser Wahrheit vermeidet die Konstitution sog. paralleler Lehramter, die der Einheit der Kirche schaden. Was nicht bedeutet, daß das authentische Lehramt einen gesunden Pluralismus ausschließt oder die theologische Forschung ablehnt, die im Gegenteil gefördert werden muß.

16. *Die Sakramente:* Bezüglich der Sakramente im allgemeinen (vgl. Nr. 22 der Synthese) können wir gemäß der Position von Puebla sagen, daß sie die Verwirklichung des Geheimnisses Gottes in uns sind: die je verschiedene Teilnahme am Ostermahl Christi und daher am großen Sakrament, der Kirche. Sie bauen die Einheit der Kirche auf. In ihnen erreicht das Wort Gottes seine Fülle und Wirksamkeit und bewirkt die Gemeinschaft Gottes mit dem Menschen und die Gemeinschaft und Teilhabe der Menschen untereinander.

Es ruft sie auf zum Engagement als Herren der Geschichte. Die sakramentale Kirche, die Sakramente werden nicht zurückgestellt durch das Engagement in der Kirche zugunsten der Gerechtigkeit, sie geben ihm vielmehr die volle und echte Dynamik.

Die Einheit der Kirche ist die Bedingung für die Erstellung ihres ureigenen Beitrags zur Gerechtigkeit. Für sie ist die Dynamik der Sakramente die notwendige Quelle, vor allem, wie gesagt, die Eucharistie.

17. *Die Heiligen*: Von ihnen spricht das Dokument im Zusammenhang mit der Volksfrömmigkeit und, in gewisser Weise, im Thema der Kirche, mit den einzigartigen Persönlichkeiten in der Geschichte und sogar in der Zukunft (Nr. 963, 274–279). Wenn wir in den Dialog mit der Nr. 23 der Synthese eintreten, sagen wir, daß der Volkskatholizismus als konstituierender Kulturhorizont Lateinamerikas von ausschlaggebender Bedeutung ist, wie wir bei der Behandlung des einschlägigen Themas bereits kommentiert haben. Die Rolle, die darin die Verehrung und Nachahmung der Heiligen, der früheren wie der gegenwärtigen, spielt, ist von lebenswichtiger Bedeutung. Man muß beispielhafte Lebenswege in ihrer ganzen Anziehungskraft vorstellen, damit sie das Volk Gottes leiten, sowohl in der gegenwärtigen Etappe seiner Geschichte als auch in Zukunft, und damit sie durch ihr vollkommenes, im Glauben und in den Werten des Reiches Gottes verankertes Engagement ein klares und erleuchtendes Vorbild seien. Für all das muß man sich dem Urteil der Kirche anschließen¹.

18. *Die Jungfrau Maria*: Über Nr. 24 der Synthese, die sich auf die Mariologie in der Perspektive der Befreiungstheologie bezog, spricht das Dokument besonders in der Nr. 297, wo der Sinn des Magnificat behandelt wird. Wir können sagen, daß in diesem Licht Maria als der Prototyp der Zuwendung zu Gott erscheint. Ihr ganzes Leben war auf Jesus ausgerichtet, den sie mehr noch als mit ihrem Leib mit ihrem Tun empfangen hat. Dieses war Demut und Armut. Losgelöst von sich selbst und ganz dem Herrn zugewandt, war sie hervorragend geeignet, den Mächtigen zu entthronen, der auf seine eigene — strukturelle, ideologische, politische, soziale, kulturelle, ökonomische — Macht vertraut und geglaubt hat, er könne seine eigene Befreiung selbst herbeiführen. Dem Reichen hat sie die Hinfälligkeit von allem, das nicht der Herr ist, gezeigt und hat ihn in dieser Weise leer ausgehen lassen. Ihre historischen Begegnungen mit dem lateinamerikanischen Volk in den „Erscheinungen“ (wie man sie im Thema der Volksreligiosität des Dokuments findet) geschahen, um die Geschichte der Erlösung auf diesem Kontinent zu wiederholen. Durch Maria ist das Wort Fleisch geworden in Nazareth und in Lateinamerika. Ihre lateinamerikanischen Erscheinungen sind ein mütterliches Zeugnis, das den Charakter des lateinamerikanischen Volksbewußtseins ursprünglich prägte. Und in den Konflikten, im Laufe seiner Geschichte hat sie ihm ein wirkungsvolles Fundament gegen jede unterdrückende Macht gegeben und so sich mit dem Armen und Notleidenden verbunden.

19. *Die Versöhnung*: Jenes Fundament der Befreiung in der Dreifaltigkeit, in Christus und im Menschen in der Kirche bedeutet die wahre wirklichkeitsbezogene Versöhnung. Es handelt sich um die totale Hingabe des Menschen an seine Brüder, die begründet ist in der Hingabe der Dreifaltigkeit. Mit der ganzen Radikalität des Todes Christi. Und sie for-

dert, mit allem nur möglichen Ernst, die Beseitigung der Ungerechtigkeit, worüber das Dokument in einem späteren Passus spricht, wo von der Befreiung von den Idolen die Rede ist, und von der in Nr. 491 gesprochen wird, wo gesagt wird, daß der Sturz der Idole dem Menschen das ihm wesentliche Feld der Freiheit wiedererstattet. In dieser Form wird der Dialog mit Nr. 17 der Synthese geführt.

Die letzte, fehlende, Nr. der Synthese, die Nr. 14, betr. den einen Heilsplan und die eine Heilsgeschichte, behandeln wir zusammen mit der schon zitierten Nr. 491.

- (485) *Vier Elemente für die Befreiung.* Weiterhin betont das Dokument die Ernsthaftigkeit der Befreiung und fordert für sie vier Elemente: Befreiung von der Sünde, Konkretisierung der Befreiung, die Christus anbietet, der Mensch als Objekt dieser Befreiung und die Situation der entfremdenden Abhängigkeit.
- (486) 20. *Der Bewegter zur Befreiung: der Hl. Geist:* Gemäß dem, vor allem im Zusammenhang mit der Dreifaltigkeit Gesagten, betont das Dokument besonders, daß der Bewegter zur Befreiung in keiner Weise die Gewalt oder der Klassenkampf sein könne, sondern nur die Wirkung des Hl. Geistes in den Christen, d. i. die Liebe. Man hat in pejorativem Sinn von einer „spirituellen“ Befreiungstheologie gesprochen. Hier sprechen wir im tiefsten und positiven Sinn von einer „spirituellen“ Theologie, denn nur mit der Kraft des Hl. Geistes kann man den ontologischen Defekt heilen, der die Befreiung verhindert, den individuellen und den kollektiven Egoismus. Der Hl. Geist ist der einzige, der bewirken kann, daß das Maß der individuellen Identität der Person zugleich das Maß ihrer Hingabe an die Gemeinschaft ist. Jeder andere Bewegter, vor allem der Haß des Klassenkampfes, des Egoismus, führt zu etwas anderem.
- (487) *Die Dringlichkeit der Befreiung:* Dieser „spirituelle“ Begriff von Freiheit, wie ihn Puebla definiert, ist keine Naivität. Er wird vielmehr angewandt, wenn man die Dringlichkeit einer Situation feststellt, den Ernst der Unterdrückung und die Zunahme der Forderungen nach Befreiung.
- (488) *Die kulturellen Aufgaben:* Diese Nummer behandelt die authentischen kulturellen Aufgaben, die sich aus der Botschaft der Befreiung ergeben. Sie mahnt zur Kreativität und zur Vermeidung von Zweideutigkeiten und Reduktionismen.
- (489) *Kriterien der echten Befreiung:* Gleichlautend wie die Nr. 370–384 spricht man hier von den allgemeinen Kriterien der authentischen Befreiung, wobei ein Teil der Eröffnungsansprache des Papstes zitiert wird. Es gibt zwei Klassen von Kriterien oder „Zeichen, die uns helfen, zu unterscheiden“. Einige stammen aus dem Inhalt der Befreiung, andere aus der Haltung der Befreier. Wir können sagen: Theorie und Praxis vereint. Die ersteren beziehen sich auf die Treue zum Wort Gottes, zur lebendigen Tradition der Kirche und ihres Lehramtes. Die letzteren verlangen drei wichtige Kennzeichen, nämlich: Gemeinschaft mit den Bischöfen und den übrigen Sektoren des Volkes Gottes; Wirksamkeit im Aufbau der Gemeinschaft; Liebe zu den Armen, Kranken, Hilfsbedürftigen, Besitzlosen usw. Es ist interessant, hier jetzt auf diese letzteren Kriterien hinzuweisen. Konkrete Gemeinschaft: eine Befreiung ohne Verbindung mit dem Bischof und nur auf der Grundlage von elitistischen, exklusiven Basisgruppen kann nicht gelingen. Die Universalität der Gemein-

schaft ist ein starkes Kriterium. Wirksamkeit im Aufbau der Gemeinschaft bedeutet, daß man nicht bei bloßen Anklagen, so notwendig sie gelegentlich auch sein mögen, stehen bleiben darf, daß man vielmehr nachweisen muß, daß man die Gemeinschaft aufbaut; das erfordert große Klugheit und die Mitwirkung des ganzen Volkes Gottes; es wäre naiv zu glauben, daß eine Person allein wirksamer Gestalter der Gemeinschaft sein könnte. Danach wird von der Liebe zu den Armen gesprochen; auch hier wird die Universalität betont: nicht nur der wirtschaftlich Arme ist Objekt der Fürsorge, sondern jeder, der aus irgendeinem Grund oder in irgendeiner Weise am Rand der Gesellschaft lebt. Es handelt sich hier nicht darum, ein ökonomistisches System zu propagieren, auch wenn in keiner Weise verkannt wird, daß der Aspekt oder die Struktur des Wirtschaftlichen innerhalb des effektiven Aufbaus der Gemeinschaft nicht fehlen darf. Die Nummer schließt mit einem sehr praktischen Kriterium: der Glaubenssinn des Volkes Gottes ist ein Sinn der Unterscheidung der heilbringenden Ereignisse, und er findet sich in den „demütigen Gläubigen“ als ein „evangelischer Instinkt“. Die Gemeinschaft der Gläubigen selbst wird hier, aufgrund ihres Glaubenssinnens, zu einem lebendigen Kriterium.

21. *Die Radikalität des befreienden Engagements:* Von neuem berühren wir hier den Punkt der Radikalität des Engagements: „keine Opfer scheuen, um allen die Möglichkeit zu geben, wahre Kinder Gottes und Brüder in Jesus Christus zu werden“. Es ist die Radikalität, die sich mißt am Kreuzestod. Der Christ hat als Maß der Erfüllung aller seiner kulturellen Bedürfnisse, der biologischen, soziologischen oder psychologischen, den Herrn in seinem Leiden. Er erfüllt sie nur, wenn er sich in jeder Weise für seine Brüder einsetzt. Das ist nach dem Vorhergesagten das Maß seiner individuellen Identität. Bis zu welchem Grad er sich einsetzen muß, mißt er am Tode Jesu Christi, in seiner ganzen Totalität. Und auch entsprechend der Hingabe in der Dreifaltigkeit.

(490)

22. *Die Idole:* Die folgenden Nummern umkreisen das „für“ der Befreiung, das einen der originalen Punkte von Puebla darstellt. Man spricht nicht nur von Befreiung „von“, sondern auch von Befreiung „für“, gemäß dem vorher Gesagten. Die vorliegende Nummer insistiert allerdings noch auf dem „von“ der Befreiung und spricht davon, daß die Befreiung im Letzten eine Befreiung „von“ den Idolen sein muß, denn diese sind es, die die Unterdrückung bewirken. Der Mensch nimmt als Idole den Reichtum, die Macht und das Vergnügen an, so daß er sich ihnen unterordnet; für ihn werden dann die anderen Menschen nur noch Mittel, um Kult und Anbetung in den Dienst der Abkehr von Gott zu verfälschen. Wenn wir noch genauer formulieren wollen, müssen wir sagen, daß der Mensch sich selbst zu seinem eigenen Idol macht. Er verehrt sich selbst wie den Reichtum, die Macht und das Vergnügen. Das Individuum oder die Gruppe wird ein neuer Gott, um den alles wie um eine Achse zentriert wird. Es ist das „Ihr werdet sein wie Gott“ der Genesis. Nur wenn diese Idole gestürzt werden, nur wenn der Mensch seinen Egoismus überwindet, kann er sich befreien. Die Anbetung des einen Gottes ist die Quelle der Befreiung. In diesem Zusammenhang versteht man die Aussage Johannes Pauls II. in seiner Ansprache an die Ordensleute (November 1978), in der er erklärte, daß eine Stunde echter Anbetung sehr viel mehr wert sei als eine Stunde apostolischer „Tätigkeit“.

(491)

23. *Die Geschichte*: In dieser Nummer findet sich auch wieder die Position des Dokuments bezüglich der Geschichte, d. i. bezüglich der Frage, ob es nur eine Geschichte gebe oder mehrere, eine menschliche auf der einen Seite und eine heilsgeschichtliche auf der anderen (Nr. 14 der Synthese, mit der wir im Dialog stehen). Die Position besagt, daß es eine menschliche Geschichte gibt, die dazu ausersehen ist, durch den Menschen Gott geweiht zu werden. Es ist also nur eine Geschichte, die aber erfüllt ist von Idolen und die Gott geweiht wird, indem man für die Befreiung kämpft, für den Sturz der Idole aus der Kraft des Hl. Geistes. So versteht man die Konfliktsituation in der Geschichte im Licht der Macht Gottes. So kann man über eine Theologie der Geschichte reflektieren. In dieser Weihe haben wir das wesentliche „für“ der Befreiung. Von hier geht jede weitere Befreiung aus.

(492) 24. *Das Privateigentum*: Damit der Reichtum nicht zu einem Idol wird, muß man ihn zum Diener des Menschen machen. Allerdings will das nicht besagen, daß man damit zur Beseitigung des Privateigentums kommt, sondern nur zu seinem ursprünglichen Sinn. Die Güter der Welt sind für alle da; sie müssen solidarisch gebraucht werden. Das Privateigentum wird als Freiheitsraum angesehen, als Fähigkeit zu verwalten und zu leiten. Es ist von Interesse darauf hinzuweisen, daß bezüglich des Gebrauchs des Reichtums an erster Stelle die Solidarität genannt wird. Diese Solidarität bedeutet, daß man die konkreten Bedingungen, in denen man lebt, betrachtet und von da aus entscheidet, was man privat benutzen kann und was nicht. Dies ist übrigens die alte, klassische Position der Gütergemeinschaft in Zeiten höchster Not. Folglich kann das Privateigentum nicht Quelle von Privilegien sein, noch weniger von bedrückender Herrschaft. Wie wir sagten, verschwindet der Freiheitsraum nicht, er wird sogar bestätigt. Vor allem gegenüber dem totalitären Staat. Wenn ein einzelner oder eine Gruppe, privat oder öffentlich, alles besitzt, dann unterhält er alle anderen, dann hält er sie alle in der Hand; er läßt sie nicht sie selber sein, sie sind immer Untergeordnete; denn jede Meinungsverschiedenheit kann Hunger oder Tod bedeuten. In diesem Sinn wird das „für“ der Befreiung vom Idol des Reichtums bestätigt: für den solidarischen Gebrauch und für die im Eigentum gegründete Freiheit.

(493) *Wann ein Idol geschaffen wird*: Das Dokument ist sehr konkret in dieser Nummer: wenn sich die ganze Aufmerksamkeit des Menschen auf den Reichtum konzentriert, entsteht ein Götzendienst. Es ist gut zu erwähnen, daß die Anbetung dieses Idols nicht seinen aktuellen Besitz voraussetzt, es genügt, es zu begehren.

(494—496) *Folgen der Anbetung des Idols des Reichtums*: Unter diesen Nummern warnt das Dokument vor den logischen Folgen der ökonomistischen Idolatrie. Wenn dem Menschen der Reichtum das wichtigste wird, wenn sich seine ganze Aufmerksamkeit auf ihn konzentriert, wird alles andere im Bezug auf ihn zu etwas Sekundärem. Dieser Widerspruch gegen Gott ist ein Widerspruch gegen die Schöpfung, von der Natur an sich bis zur sozialen Gestalt des Menschen. Das erste, das erwähnt wird, ist der niederdrückende Kontrast zwischen Luxus und Elend. Danach wird das allen sozialen Strukturen Gemeinsame, die Korruption, das doppelte Gesicht dieser Idolatrie deutlich machen, „die man institutionalisierte Ungerechtigkeit nennen könnte“: den liberalen Kapitalismus und den marxistischen Kollektivismus. Der Konsumismus ist eine Konsequenz davon, ihm wird die Umwelt un-

tergeordnet, oder, besser gesagt, ihre Zerstörung durch eine unkontrollierte Industrialisierung und die Verstärkung, die sie mit sich bringt. So gelangen wir zur Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und zur Umweltverschmutzung.

Das „für“ der Befreiung vom Idol des Reichtums: es wird in dieser Nummer als der Kulminationspunkt aller Bedürfnisse beschrieben. Der Konsumismus richtet sich nur auf die biologischen Bedürfnisse. Nunmehr muß man nach einem neuen Zusammenleben streben, in dem zwar diese Bedürfnisse befriedigt werden müssen, in dem aber auch die psychologischen und sozialen Bedürfnisse in der Begegnung mit Gott und den übrigen Menschen erfüllt sein müssen. So zitiert das Dokument in dieser Nummer die Enzyklika *Populorum Progressio* und spricht vom Menschen, der sich selbst findet, indem er die Werte der Liebe, der Freundschaft, des Gebetes und der Meditation aufnimmt. So wird er menschlicher, mehr Mensch. So erdrückt das „Haben“ nicht das „Sein“. Und „die Wirtschaft wird geplant im Dienst des Menschen und nicht der Mensch im Dienst der Wirtschaft“.

25. *Der Mensch und die Macht:* In diesen Nummern wird von der Gutheit der Macht gesprochen, wann und wodurch auch die Macht ein Idol werden kann, von der Komplexität in unseren Ländern und der Dringlichkeit, unsere Völker von den Idolen der verabsolutierten Macht zu befreien, um ein gesellschaftliches Zusammenleben in Gerechtigkeit und Freiheit zu erreichen. (498—500)

Angesichts der Tatsache, daß das Problem der Befreiung in Lateinamerika sehr stark mit Machtverhältnissen verbunden ist, muß man diesen Punkt ausführlich kommentieren, um gemäß Nr. 485 die Befreiung in einwandfreier Weise zu konkretisieren.

Für viele bedeutet, von der Macht zu sprechen, etwas, das ihrer kirchlichen Sensibilität widersteht, weil sie Macht so oft als Synonym für Machtmißbrauch verstehen. So denkt man oft fälschlicherweise, daß jede Macht Unterdrückung sei und daher aus dem Denken und Tun der Christen ausgeschlossen werden müßte. Der Kürze halber verweisen wir auf das, was wir anderen Orts dazu geschrieben haben².

Aber die authentische Macht muß als heilbringende Macht, als absolute Hingabe und Dienst verstanden werden, gemessen an der Hingabe der Dreifaltigkeit und Christi, als Quelle der Gemeinschaft und Teilhabe am individuellen und sozialen Leben des Menschen.

Im Lichte dieses Verständnisses von Macht versteht man besser die folgenden Nummern des Themas, vor allem diejenigen, die sich auf die politische Ordnung beziehen, von der Nr. 502 spricht, sowie auf die Rechte und Pflichten, von denen in Nr. 503 die Rede ist; oder Nr. 504—506, wo davon gesprochen wird, daß keine echte Ausübung der Freiheit ohne angemessene Institutionen möglich ist, oder Nr. 505, wo die Selbstbestimmung besprochen wird. (501—506)

26. *Die Multinationalen:* Zum Schluß noch eine kurze Überlegung zu Nr. 501, die von den Machtzentren spricht, die auf internationaler Ebene operieren. (501)

Das Dokument erwähnt konkret die Multinationalen als unterdrückend. Um das Thema besser zu verstehen, wird es nützlich sein, zu bedenken, was sein Hintergrund, das Arbeitspapier, dazu sagt: „Die multinationalen Unternehmen stellen ein ernstes Problem auf

unserem Kontinent dar. Es kann sich hier nicht darum handeln, ihre positiven Wirkungen zu leugnen, die sie für die Industrialisierung unserer Länder gehabt haben, indem sie die Arbeit rentabler machten, ihre Bedingungen verbesserten und auch ihren Lohn erhöhten. Aber das beste Rentabilitätsniveau fällt nicht immer mit den Bedürfnissen nach Beschäftigung in unseren Ländern zusammen. Darüberhinaus reinvestieren die Unternehmen gewöhnlich nicht ihre unkontrollierbaren Gewinne in unseren Ländern und intervenieren oftmals direkt oder indirekt im politischen Leben und bilden so einen ‚internationalen Imperialismus des Geldes‘, vor dem schon *Quadragesimo anno* gewarnt hat“ (Nr. 542).

Wir leben im Zeitalter der Weltwirtschaft, in die wir uns nicht international einschalten können ohne Unternehmen, die in irgendeiner Weise multinational sind. Auf den ersten Blick scheinen sowohl das Arbeitspapier als auch das Dokument von Puebla in ihrem Werturteil die Multinationalen auszuschließen; aber wenn wir genauer zusehen, finden wir schon im Arbeitspapier die Anerkennung positiver Aspekte bezüglich der Industrialisierung des Kontinents, vor allem in drei Richtungen: Verbesserung der Arbeitsproduktivität, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Arbeitslohnes. Diese drei bedeutenden Vorteile sprechen für die ethische Qualität der Multinationalen, wenn noch drei weitere Bedingungen dieser Unternehmungen in Lateinamerika erfüllt werden, nämlich:

1. daß sie sich den Bedingungen der Beschäftigung in jedem Land, in dem sie operieren, anpassen,
2. daß sie ihre Gewinne in dem Land investieren, in dem sie sich befinden,
3. daß sie weder direkt noch indirekt in das politische Leben des Landes eingreifen, noch es durch wirtschaftlichen Druck beeinflussen. Jedes multinationale Unternehmen, das diese Bedingungen nicht erfüllt, wirkt entfremdend und unterdrückend.

27. *Die Machtzentren*: Obwohl Nr. 501 sich direkt auf die wirtschaftlichen Machtzentren bezieht, bleibt doch zu beachten, daß im Hintergrund auch die sog. Macht-„Pole“ der internationalen Politik stehen, was bedeutet, daß unsere Aktion für eine wahre Befreiung in der operativen Ordnung nicht auf den nationalen Bereich beschränkt werden kann, sondern auch die realen Möglichkeiten beachten muß, die das politische System der Nationen mit ihren verschiedenen Machtzentren darstellt. Oftmals führt die geopolitische Lage zum Aushandeln eines Konflikts und zur Nahrung des Bewußtseins von der Rolle, die man im Konzert der Nationen auf Weltebene spielen kann. Der Realismus muß das Kennzeichen der christlichen Bemühungen um Befreiung bleiben, damit man nicht in kindliche Naivität verfällt. Von diesem Thema wird ausführlich in den Nr. 1275—1282 gesprochen, die von der internationalen Gesellschaft und ihrer Evangelisation handeln.

Anmerkungen

- ¹ Mit Bezug auf die neuen Martyrer Lateinamerikas vgl. meine Studie: Militärische Macht und Evangelisation in Lateinamerika, in: Medellín 14 (1978) 186—189.
- ² Vgl. den vorgenannten Artikel, 176—189.
- ³ Zum Schluß unserer Studie möchten wir noch einige bibliographische Angaben machen. Die Literatur zur Befreiungstheologie ist riesig. Anstelle von Angaben, die doch in jeder Beziehung unvollständig sein würden, verweise ich auf zwei Werke: das eine, mit einer sozusagen erschöpfenden Bibliographie katalogisiert 1090 Titel — Bücher und Zeitschriftenartikel — über die Befreiungstheologie in Lateinamerika, und 633 Titel — Bücher, Artikel, Erklärungen, Manifeste — über die Christen für den Sozialismus. Es ist das Werk von *Roger Vekemans*: *Teología de la Liberación y Cristianos por el Socialismo*, Bogotá, Cedral, 1976. Das andere Werk katalogisiert die Schriften von 22 Befreiungstheologen, die gemäß dem Urteil des Herausgebers dieser Auswahl (*R. Vidalés*) grundlegend sind; es handelt sich um das Werk von *Rosino Gibellini*, *Le Nueva Frontera de la Teología en América Latina*, Salamanca, Sígueme, 1977. Wir könnten noch weitere Angaben hinzufügen:
- zur Entstehung und Entwicklung der Befreiungstheologie, vgl. *Roberto Oliveros*, *Liberación y Teología, Génesis y crecimiento de una Reflexion*, Lima, CEP, 1977.
 - über die Macht kann man insbesondere konsultieren: *Romano Guardini*, *El Poder*, Madrid 1960; *K. Rahner*, *El poder*, in: *Escritos de Teología*, Barcelona 1958, IV, 495—517; *J. M. Reese*, *El acontecimiento de Jesús, Poder en la carne*, in: *Concilium* 90, 489—492; *C. Gerest*, *Espiritualidad de la Autoridad en los siglos XI—XII*, in: *Concilium* 90, 527—538; Verschiedene Autoren, *Praxis del Martirio ayer y hoy*, Bogotá 1977, 1—190.
 - bezüglich der christologischen und ekklesiologischen Ansichten in den verschiedenen Richtungen der Befreiungstheologie vgl. insbes. *Equipo de Teología de la CLAR, Pueblo de Dios y comunidad liberadora*, *CLAR* 33 (1977) 1—112.
 - für fast alle hier behandelten Aspekte vgl. *J. Lozano*, *Teologías Subyacentes en los Aportes a Puebla*, in: *Medellín* 15—16 (1978) 368—381.

Luz García Alonso (Mexiko)

PHILOSOPHISCH-THEOLOGISCHE REFLEXION ÜBER DIE MARKTWIRTSCHAFT

Da die wirtschaftliche Ordnung sich aus ihrer Beziehung zur moralischen Ordnung nicht lösen kann, muß die Kirche in all den Fragen, in denen diese Beziehung angerührt wird, Stellung nehmen können.¹ Sie hat dies auch tatsächlich getan, indem sie die Prinzipien der Wirtschaftsordnung umschrieb.

Die besagte Beziehung ist eine Beziehung der Unter- und Überordnung. Die Kirche anerkennt zwar die unbezweifelbare Autonomie der Wirtschaft in rein technischen Sachfragen. Sobald aber die Wirtschaft von der menschlichen Tätigkeit her gesehen wird, fordert die Kirche die Unterordnung unter die Moral.² Damit ist aus noch zu besprechenden Gründen auch die Unterordnung unter die Politik angesprochen.³

Die Unterordnung unter die Moral wird sowohl vom Marxismus wie auch vom Liberalismus bestritten. Letzterer leugnet auch die Unterordnung unter die Politik.

Die christliche Auffassung im Gegensatz zum Marxismus und zum Liberalismus

Der Marxismus wurde zu wiederholten Malen von der Kirche als mit christlichem Denken unvereinbar erklärt. Die Verurteilung richtete sich nicht nur gegen seine philosophischen Prinzipien, sondern auch gegen seine Stellungnahme zur Wirtschaftsordnung in ihrem Bezug zur Moral. Die marxistische Auffassung von der Wirtschaftsordnung wird in den kirchlichen Verlautbarungen durch folgende Defekte gekennzeichnet: 1. Die kollektivierte Wirtschaft ist von Grund auf unmoralisch⁴; 2. sie leugnet das Recht des Menschen auf Privateigentum⁵; 3. sie behindert das Recht des Menschen auf freie Initiative in der Entfaltung seiner Arbeitskraft⁶; 4. sie behindert das Recht auf Eigenverantwortung im wirtschaftlichen Tun⁷; 5. sie mißachtet völlig die private Initiative als treibende Kraft wirtschaftlichen Handelns⁸.

Andererseits besteht die christliche Soziallehre gegenüber dem Liberalismus darauf, daß eine human organisierte Wirtschaft auf die gerechte Verteilung der Reichtümer zu achten hat⁹, und zwar im Dienst des ganzen Menschen ohne Unterschied der Rassen oder Kontinente¹⁰; daß die Beherrschung der Wirtschaft durch Machtblöcke, wie gigantische Unternehmen und Verbände, den Sittennormen widerspricht¹¹.

Liberalismus und Kollektivismus sind getroffen durch die Erklärung, daß als falsch zu bezeichnen sind sowohl die Lehre, die im Namen einer individualistischen Freiheit sich gegen Reformen richtet, als auch jene, welche die Grundrechte von Personen oder Gruppen einer kollektiven Organisation der Produktion opfert¹².

Die Marktwirtschaft im christlichen Denken

Obwohl die Lösungen der praktischen Probleme im Gegensatz zu denjenigen der spekulativen vielfältigen und kontingenten Charakter haben, steht der Gegensatz von Kollektivismus und Marktwirtschaft nahe der spekulativen Erkenntnisnotwendigkeit, so daß es im letzten Grund kein Zwischenglied zwischen beiden gibt, so sehr es auf beiden Seiten in concreto Mischformen geben mag. Grundsätzlich kann sich daher der Christ im Prinzip nur für die Marktwirtschaft entscheiden.

Es kommt nun nur darauf an, welche Defekte der liberalistischen Marktwirtschaft, d. h. des Kapitalismus, vermieden werden müssen. Der Wettbewerb darf nicht als unbegrenzt begriffen werden.¹³ Der Kapitalismus, der aufgrund eines individualistischen Freiheitsbegriffs den sozialen Bezug des Eigentums ignoriert, kann vor der christlichen Soziallehre nicht bestehen.¹⁴ Es muß also einen Kapitalismus und mit ihm eine Wettbewerbswirtschaft geben, die man nicht für soziales Elend haftbar machen kann.¹⁵ Der Neoliberalismus scheint, wenigstens in seinen Anfängen, nicht alle liberalistischen Mängel abgelegt zu haben.¹⁶

Der Irrtum des Liberalismus ist weniger wirtschaftlich, noch politisch, noch ethisch, sondern im Grunde gnoseologisch begründet: im Nominalismus. Der liberalistische Irrtum ist im Empirismus verankert. Die Sanierung liberalistischen Denkens hat darum auf der Basis der Erkenntnistheorie zu erfolgen. Der Nominalist vermag das bonum commune aeternum, das unverlierbar zum christlichen Denken gehört, nicht zu erfassen. Er reduziert die Erkenntnis auf die Sinneserkenntnis, für die Gott unfaßbar ist. Er kann aber auch das bonum commune temporale nicht erkennen, denn dazu bedarf es der Abstraktion von Wesenheiten aus der Wirklichkeit.

Der Nominalist versteht Freiheit nur als Abwesenheit von Schranken in der Entfaltung des Individuums. Der Finalismus gesellschaftlichen Lebens mit seiner Forderung nach konstruktiver Ordnung, Engagement und Verantwortlichkeit für das Ganze geht über seinen Horizont hinaus. Er ist darum auch unfähig, den Sinn der gerechten Verteilung zu begreifen. Kurz: Gesellschaftsmoral gibt es für ihn nur als Resultat von einander stoßenden Freiheiten.

Der wirtschaftliche Liberalismus, der mit dem Laizismus des Staates Hand in Hand geht, ist im Grunde der Wegbereiter des Kommunismus.¹⁷

Der hoffnungsvolle Weg

Aus dem Dilemma kommt man nur heraus, wenn man die Marktwirtschaft der Ordnungsmacht des Staates unterwirft, um sie auf diesem Weg mit der Ethik zu verbinden. Die wirtschaftliche Ordnung verhält sich nämlich zur politischen wie ein Teil zum Ganzen, weil nur die politische Ordnung das umfassende bonum commune temporale zum Objekt hat¹⁸, das seinerseits direkt der vorgegebenen moralischen Gesellschaftsordnung unterworfen ist wie das Zeitliche dem Ewigen¹⁹.

Wirtschaft und Politik bewegen sich zunächst im Raum des Machbaren, etwa desjenigen, was *Aristoteles* als künstlerisches und technisches Schaffen bezeichnete. Da sie aber zugleich als menschliche Handlungen angesehen werden müssen, unterstehen sie der moralischen Verantwortung. Das Machbare ist somit dem Wissen um das Sollen, d. h. der Ethik unterstellt. Die Ethik, wenigstens wenn man sie als Wissenschaft vom Sollen des real existierenden Menschen auffaßt, ist wesentlich auf das letzte Ziel des Lebens ausgerichtet. Das letzte Ziel kann nur Gott sein. Von der konkreten Handlung bis zu diesem Ziel gibt es aber intermediäre (Teil-)Ziele. Ein solches ist, wie bereits gesagt, das wirtschaftliche Wohl der Gesellschaft, das seinerseits im Gesamtwohl, das der Staat zum Objekt hat, enthalten ist. Die materielle Wohlfahrt kann nur im Rahmen dieses Gesamtwohls, das alle menschlichen Werte in sich schließt, definiert werden.

Entscheidend ist nun die Frage, ob das Gemeinwohl in seinem umfassenden Sinn als sittlich geprägtes Wohl der Staatsbürger überhaupt erkennbar ist oder ob man es einfachhin irgendeinem gesellschaftlichen Prozeß nach Art von natürlichen Entwicklungsgesetzen überlassen muß. Auf dem Boden des Nominalismus gelangt man einzig zur Erstellung von Verfahrensweisen, von sozialen Prozessen. Wie es für ihn kein Wesen des Menschen gibt, so gibt es auch nicht das wesentliche Ziel des oder der Menschen. Er kann darum auch das bonum commune als Aufgabe menschlichen Handelns nicht begreifen²⁰.

Um auf die Marktwirtschaft zurückzukommen: solange man nicht die materielle Wohlfahrt in die Ethik der Gesellschaft zu integrieren versteht, mißkennt man den tieferen Sinn wirtschaftlichen Handelns. Marktwirtschaft wird dann zu jenem Monstrum, das im liberalen Kapitalismus sein leidvolles Unwesen trieb.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. *La famiglia* 27, AAS 44 (1952) 276.
- ² Vgl. *Quadragesimo anno* 43, AAS 23 (1931) 191.
- ³ *Octogesima adveniens* 46, AAS 63 (1971) 435.
- ⁴ Vgl. *Divini Redemptoris* 23, AAS 29 (1937) 77.
- ⁵ *Rerum novarum* 33, AL 11, 133. Vgl. *Mater et Magistra* 108-109, AAS 53 (1961) 427.
- ⁶ *Pacem in terris* 18, AAS 55 (1967) 261-262.
- ⁷ *Ibid.* 20, 252.
- ⁸ *Mater et Magistra* 51-52, AAS 53 (1961) 413-414.
- ⁹ Vgl. *Dans la tradition* 6, AAS 44 (1952) 621-622.
- ¹⁰ Vgl. *Gaudium et spes* 64, AAS 58 (1966) 1086.
- ¹¹ *Nell'alba* 8, AAS 34 (1942) 13.
- ¹² *Gaudium et spes* 65, AAS 58 (1966) 1087.
- ¹³ *Quadragesimo anno* 88, AAS 23 (1931) 206.
- ¹⁴ *Oggi* 22-24, AAS 36 (1944) 252-253.
- ¹⁵ *Populorum progressio* 26, AAS 59 (1967) 270.
- ¹⁶ *A. F. Utz, Entre neoliberalismo y neomarxismo*. Barcelona, Herder, 1977.
- ¹⁷ Vgl. *Divini Redemptoris* 16, AAS 29 (1937) 73-74.
- ¹⁸ *Immortale Dei* 6, AL 5, 128.
- ¹⁹ *Ibid.*
- ²⁰ Vgl. *L. García Alonso, Filosofía de la eficacia*. Mexico, Jus, 1978.

Braulio Alfageme (Madrid, Spanien)

DER SYSTEMATISCHE DENKPROZESS AUF DER SUCHE NACH DER ORGANISATION DER WIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT

Der Weg, der von der allgemeinen Sozialdoktrin in die Organisation der Wirtschaftsgesellschaft führt, ist äußerst schwierig, weil er nicht rein theoretisch gegangen werden kann. Philosophische Erkenntnisse reichen nicht aus, es bedarf vielmehr zusätzlich eines ausgedehnten Wissens juristischer, wirtschaftlicher, soziologischer Art und der Kenntnis der konkreten politischen Situation. Bis heute ist das, was man katholische Soziallehre nennt, noch in keinem Land konkret verwirklicht worden. Man begnügte sich teilweise mit Zitationen päpstlicher Dokumente, man nahm aus einzelnen Stellen der Enzykliken gerade das heraus, was man für den Augenblick brauchen konnte. Wenn irgendwo vom Mitbestimmungsrecht des Arbeitnehmers gesprochen wird, dann greift man nach diesen Texten, um zu all dem ja zu sagen, was in der sozialpolitischen Diskussion zugunsten der Mitbestimmung vorgetragen wird. Diese Taktik ist Flickwerk.

Um die katholische Soziallehre korrekt zu verwirklichen, hat man die gesamte soziale Problematik neu zu überdenken. Vor allem kann man im Denkprozeß nicht unten auf der Mikro-Ebene beginnen, sondern muß von oben nach unten vorgehen. Jeder Wirtschaftspolitiker weiß heute zur Genüge, daß die Sanierung der sozialwirtschaftlichen Zustände nicht mit Betriebs- und Unternehmenspolitik zuwegegebracht werden kann, daß man vielmehr zunächst die Wirtschaftsordnung finden, d. h. die Wirtschaftsgesellschaft strukturieren muß. Und hier fehlt es uns noch an zugkräftigen Vorbildern.

Die Orientierung ist in Deutschland durch die Mitbestimmungsgesetze festgelegt worden. Diese Orientierung weist aber in eine etwas gefährliche Richtung, denn die Gesetze drohen als Instrument revolutionärer Systemveränderung mißbraucht zu werden. Jedenfalls sind sie für eine Übernahme in andere nationale Wirtschaften, wo keine so hohe partnerschaftliche Moral vorausgesetzt werden kann, untauglich oder nicht ausreichend. Außerdem ist das Aktienrecht ganz verschieden.

Keine wirtschaftliche Reform kann sich einzig auf die Unternehmensverfassung beschränken. Es braucht eine gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung mit intermediären Verbänden, um das Unternehmen vor dem direkten Eingriff des Staates zu schützen.

In gewissem Sinn hat das niederländische Gesetz von 1950 das getroffen, was der katholischen Vorstellung von intermediären Körperschaften am nächsten kommt. Der Sozialökonomische Rat ist das die einzelnen Branchen umfassende Organ, in dem die 45 Branchenverbände zwei Drittel ausmachen, während staatlicherseits das letzte Drittel besetzt wird. Obwohl nur mit konsultativer Aufgabe ausgerüstet, genießt der Sozialökonomische Rat als öffentlich-rechtliche Institution bei politischen Entscheidungen doch hohen Respekt. Das niederländische Modell erfüllt in glücklicher Weise das Erfordernis der makro-ökonomischen Organisation als von der Politik unabhängiges Organ.

Während in den Niederlanden die branchenmäßigen Verbände sich völlig frei entwickeln, sind sie in Österreich stark gesetzlich verankert. Die Wirtschaftskammern sind obligatorische Einrichtungen. Allerdings bestehen ebenfalls freie Verbände, die engstens mit den Kammern zusammenarbeiten. Doch ist das hauptsächlichste Merkmal des österreichischen Modells, daß es hier weder öffentlich-rechtliche noch privat-rechtliche Verbände gibt, in denen sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber vertreten sind, wie dies in den Niederlanden der Fall ist. Diese Zusammenfassung vollzieht sich in den Kammern, in denen die Verantwortlichkeiten mit den Vertretern des Staates geteilt sind.

In Mitteleuropa besteht die allgemein verbreitete Meinung, daß das Nebeneinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern im gleichen Verband eine Zersplitterung bedeute, die für die Interdependenz der verschiedenen Wirtschaftszweige sowohl auf nationalem wie auf internationalem Gebiet unzutraglich sei. Jedoch ist, worauf anlässlich des Symposiums von Fribourg im Jahre 1977 zu recht hingewiesen wurde, die Idee der kämpferischen Auseinandersetzung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, die maximal ihre eigenen Interessen aushandeln, dabei keineswegs an das Gemeinwohl denken, eine liberale Konzeption des 19. Jahrhunderts.

Das österreichische Modell, auf nicht-föderalistische Länder angewandt, bringt unter Umständen die Gefahr einer massiven Zentralisierung mit sich.

Hinsichtlich der lateinischen Länder schließe ich mich den Gedanken von Professor *Fernando Suárez González* an. Gewerkschaften, die sich, wie es in mitteleuropäischen Ländern der Fall ist, einzig mit der Lohnfrage und den sonstigen Arbeitsbedingungen befassen, gibt es in den lateinischen Ländern nicht. Vielmehr mischen sich hier die Gewerkschaften, die übrigens ausgesprochen klassenkämp-

ferische Eigenschaften an den Tag legen, mit politischen Absichten in die Angelegenheiten der Betriebe ein. Dort organisieren sie auch politische Zellen. Daraus mag man ermesen, wie schwer es ist, die Vorstellung von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, wie sie beispielsweise in Deutschland vorherrschend ist, einfach auf diese Länder zu übertragen. Hier muß eine Lösung gesucht werden, die gewissermaßen von vorne anfängt, d. h. unabhängig von solchen Modellen von den christlichen Grundsätzen der Wirtschafts- und Sozialordnung ausgeht. Nur so wird man in diesen Ländern dem Kollektivismus entgegenarbeiten können. Jedenfalls müssen diese Länder sich grundsätzlich von der liberalen Vorstellung trennen, daß die Ausbalancierung von Interessen gegensätzlicher Verbände zu vernünftigen Lösungen der wirtschaftlichen und sozialen Probleme führen würde. Die Befolgung des Subsidiaritätsprinzips, d. h. der Forderung, das Verbandswesen von unten nach oben aufzuschichten, so daß die unteren Verbände gewisse Kompetenzen nach oben abgeben, scheint für diese Länder unumgänglich, um einerseits den Kollektivismus abzuriegeln, andererseits aber auch das Chaos zu vermeiden, das im Gefolge der liberalen Organisationsweise unausweichlich wäre.

Jan Krucina (Wrocław, Polen)

ZUR FRAGE DER ORDNUNGSPOLITISCHEN WERTMASSTÄBE IM SINNE DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE

Eingehende Studien von wirtschaftsethischen Erscheinungen führen weder zu deren eindeutiger Bewertung noch zu praktischen Lösungen, wenn das Problem ihrer Prinzipien nicht gelöst wird. Heute beobachten wir fast in der gesamten zivilisierten Welt auf der einen Seite eine tiefe Wahrheitskrise, auf der anderen eine noch tiefere Krise der Moralprinzipien.

Die Annahme, daß diese Behauptung für das Wirtschaftsleben nicht zutrifft, ist unzutreffend und irreführend. Das Wirtschaftsleben erstreckt sich nämlich nicht nur auf die Gütererzeugung; es umfaßt die Gesamtheit der zwischenmenschlichen Beziehungen im Bereich der Nachfrage nach jenen materiellen, kulturellen und geistigen Gütern, die die Veränderungen der ökonomischen Situation der einzelnen Menschen sowie der ganzen Gesellschaft herbeiführen. Je durchschaubarer und verständlicher die wirtschaftlichen Beziehungen für alle Wirtschaftssubjekte sind, desto höher ist die Wirtschaftsmoral der gegebenen Gesellschaft. Man kann die Menschen nicht im Geiste der sozialen Gerechtigkeit erziehen, wenn sie nicht in der Lage sind, in der Praxis zu beurteilen, ob und warum selbst die einfachste Transaktion gerecht oder ungerecht ist. Menschen, die nicht wissen, welche Prinzipien dem gegebenen Wirtschaftssystem zugrundeliegen und worauf sich die jeweiligen Beschlüsse stützen, kennen z. B. nicht die volle Wahrheit über die gegebene Transaktion und vermögen nicht immer, im Wirtschaftsleben eine sittliche Haltung einzunehmen und gerecht zu urteilen.

Die Grundlage der sozialen Gerechtigkeit und des sozialwirtschaftlichen Lebens ist das Wahrheitsprinzip, aufgefaßt als Wissen um die Welt, um den Menschen und um Gott, aber auch als Zugang zu allen unumgänglichen Informationen. Unabhängig davon ist die Information ein wesentlicher und mächtiger Faktor der sozialen Kontrolle, mithin also auch ein Bestandteil des gesellschaftlich funktionierenden Mechanismus der Gerechtigkeit.

Mit dem Wahrheitsproblem hängt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Dieses kann nur dann voll und ganz verwirklicht werden, wenn es sich auf die integrale Menschauffassung stützt, ohne die ein umfassendes und kompetentes Reflektieren der menschlichen Würde unmöglich ist. Damit wird die enge Beziehung zwischen der bereits erwähnten Wahrheitskrise und den moralischen Grundsätzen genauso offenbar wie die zwischen dem Informationszugang und den Realisierungsmöglichkeiten gesunder Prinzipien des Wirtschaftslebens.

Man muß sich endlich bewußt werden, daß in der Struktur der klassischen Modelle ökonomischen Denkens (sowohl des kapitalistischen als auch des sozialistischen) kein Platz für die Liebe ist. In dem einen werden die ökonomischen Beziehungen durch das Gesetz des Konkurrenz, in dem anderen durch das des Klassenkampfes bestimmt. In beiden wird der Fortschritt durch den Zusammenprall von Gegensätzen erreicht. Damit wird erkennbar, ein wie weiter Weg geistigen Umdenkens zurückzulegen ist, bis im Wirtschaftsleben das Prinzip der Liebe eingeführt wird. Dieser Weg muß aber eingeschlagen werden, wenn die in der heutigen Welt, insbesondere im Wirtschaftsbereich, sich häufenden und zuspitzenden Gegensätze und die aus ihnen entspringenden Konflikte nicht zu noch größeren Komplikationen, zum Chaos führen, mehr noch, wenn sie die Gefahr der Selbstvernichtung nicht herbeiführen sollen.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Gegensätze selbst ausgeräumt werden können, sind sie doch die natürliche Folge von Entwicklungsprozessen und Umbrüchen. Doch sollte man lernen, sie zu überbrücken. Dies aber ist nur durch die Liebe möglich, die entgegen allem Anschein auch der Kern der Sozialordnung ist und somit aus der Wirtschaftsordnung nicht ausgeklammert werden kann.

Der Versuch, die Überbrückung von Gegensätzen und die Bewältigung von Konflikten durch die Liebe mit theoretischer Analyse zu durchdringen, ist bis heute in befriedigender Weise kaum unternommen worden. Umso beachtenswerter ist daher *Johannes Pauls II.* Beitrag zur Neuinterpretierung dieser Problematik. Gemeint ist nicht nur die Hervorhebung der drei Hauptakzente seiner Lehre — des anthropologisch-theologischen, genauer des christozentrischen, des erzieherisch-apostolischen und des prophetisch-kritischen Akzents —, durch die eine maximale Annäherung der katholischen Soziallehre an die Theologie der Befreiung erreicht wird, gemeint ist vor allem jener neue Beitrag der päpstlichen Konzeption zur „erbarmenden Liebe“, die „auf der gemeinsamen Erfahrung jenes Gutes, welches der Mensch ist — auf der gemeinsamen Erfahrung der dem Menschen eigenen Würde“ (*Dives in misericordia*, 6) beruht.

Die von den Moraltheologen zur Randfrage degradierte Idee der „erbarmenden Liebe“ muß — und das in einer völlig neuen Dimension — wieder in die sozial-

wirtschaftliche Ethik aufgenommen werden. Es genügt nicht, sich nur auf ihre psychologische Interpretation zu beschränken; notwendig ist hier eine theologische und zugleich praktische Interpretation der Liebe als Entsprechung und Fortführung der eschatologischen Liebe Gottes zum Menschen. Auf diese Weise rückt das Prinzip der erbarmenden Liebe in das eigentliche Zentrum der wirtschaftsethischen Problematik. „Das wahrhaft christliche Erbarmen ist in gewisser Hinsicht auch die vollkommenste Inkarnation der „Gleichheit“ unter den Menschen und daher auch die vollkommenste Inkarnation der Gerechtigkeit“ (*Dives in misericordia*, 14).

Die Neuinterpretation der erbarmenden Liebe zeigt auf, daß es nicht genügt, in dem so überaus menschlichen Bereich der Ethik, auch der Wirtschaftsethik, sich bei der Suche nach deren wichtigsten Problemen nur auf die rein philosophische Menschauffassung zu stützen. Eine theologische, christologische Ergänzung ist dringend notwendig, „man kann nämlich den Menschen letztlich ohne Christus nicht begreifen. Oder besser: der Mensch kann sich selbst nicht im letzten ohne Christus verstehen. . . weder wer er ist, noch worin seine wahre Würde besteht, noch welches seine Berufung und was seine endgültige Bestimmung ist“ (Johannes Paul II. in Warschau).

Czesław Strzeszewski (Lublin, Polen)

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE UND SOZIALETHISCHE ANALYSE IM VERGLEICH

Bevor man an die Analyse der — internationalen, nationalen oder regionalen — wirtschaftlichen Situation herangeht, muß man zunächst das Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit definieren. Dieses Ziel kann kein anderes sein als der wirtschaftliche Wohlstand, der zugleich die Norm der Wirtschaftsanalyse bildet, denn er bestimmt die Zweckmäßigkeit jeder wirtschaftlichen Handlung, jeder wirtschaftlichen Maßnahme und auch die Beurteilung des wirtschaftlichen Erfolgs.

Weder Gerechtigkeit, noch Friede, noch Solidarität sind formell erstrangige Normen einer Wirtschaftsanalyse im Sinne der katholischen Soziallehre, sondern der wirtschaftliche Wohlstand.

Aus dieser Definition könnte man schließen, daß die Norm der christlichen Wirtschaftsanalyse sich nicht wesentlich von der Norm unterscheidet, die die Wirtschaft selbst anwendet, deren Kriterien Zins, Gewinn, Einkommen, maximale Produktionssteigerung sind und die von der Wirtschaftstheorie des Liberalismus vertreten wird.

Es ist daher angebracht, den Begriff Wohlstand und vor allem wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand näher zu umschreiben.

Die modernen Wirtschaftswissenschaften befassen sich weniger mit der statischen Analyse und der Analyse der kleinen Wirtschaftseinheiten. Bezüglich des Wohlstands ist daher die Norm der Wirtschaftsanalyse 1. der allgemeine soziale Wohlstand und 2. der Wohlstand, der über eine lange historische Periode hin gemessen wird. Mit anderen Worten: die Norm des Nutzens und Erfolges einer Wirtschaft ist die optimale und dauerhafte Befriedigung der Bedürfnisse einer ganzen Gesellschaft oder der Menschheit im Laufe von langen Perioden. Wenn wir „dauerhafte Befriedigung“ sagen, so bedeutet das eine evolutionäre Befriedigung, denn das wirtschaftliche und soziale Leben ist in beständiger Entwicklung. Unter „sozialen Bedürfnissen“ verstehen wir Bedürfnisse, die sich nicht allzu sehr von einem Mittelmaß entfernen, also nicht Luxus oder ungesunde Bedürfnisse.

Wenn man die wirtschaftlichen Tatsachen dynamisch, gesamtgesellschaftlich, historisch und umfassend bezüglich der Bedürfnisse des Menschen, und zwar nicht nur der materiellen, betrachtet, dann führt eine Analyse, welche die rein ökonomische Kategorie des Wohlstandes anwendet, zu den gleichen Schlußfolgerungen wie die sozialetische Analyse, die von sozialen und moralischen Voraussetzungen ausgeht.

Hier einige Beispiele, die diese These stützen sollen:

Die Theorie der Gerechtigkeit von *J. Rawls* verlangt, daß ein großer Teil des sozialen Einkommens den ärmsten Schichten der Gesellschaft zukommen soll, denn dadurch erreiche der Nutzen der Wirtschaftsgüter seinen höchsten Grad. *G. Toniolo* fordert das gleiche aus dem Geist der christlichen Sozialprinzipien. Wenn die Soziallehre der Kirche die Achtung vor der Würde des Arbeiters und damit eine gewisse Partizipation fordert, dann wird durch die Realisierung dieser Forderung zugleich die Arbeitsproduktivität aufgrund eines intensiveren Engagements erhöht. Allerdings besteht heute da und dort die Tendenz, den Arbeiter in übertriebenem Maße mit seinem Arbeitsplatz zu identifizieren. Die Übereinstimmung zwischen der wirtschaftlichen und der moralischen Analyse läßt sich sogar in einem Bereich nachweisen, der ausschließlich von wirtschaftlichen Kriterien bestimmt wird, nämlich im Bereich des Geldes. In der Inflation sehen heute beinahe alle Wirtschaftswissenschaftler eine falsche Maßnahme der Wirtschaftspolitik. Sie ist vom sozialetischen Gesichtspunkt aus ungerecht, weil sie vor allem die ärmsten sozialen Schichten, die Arbeiterklasse trifft. Die forcierte Stabilisierung oder die Deflation sind dagegen schädlich, denn sie bremsen die Entwicklung der Wirtschaft und verursachen auf lange Sicht den Rückschritt im wirtschaftlichen Leben. Vom moralischen Standpunkt aus führen forcierte Stabilisierung und Inflation zur ungerechten Verfestigung der Strukturen von Eigentum, Vermögen, Verteilung des Sozialeinkommens. Aus diesem Vergleich wird ersichtlich, daß eine umfassende Analyse des Geldes, des Kredit- und des Bankwesens, die außer den materiellen Bedürfnissen des Menschen auch seine Bedürfnisse auf geistiger und sozialer Ebene berücksichtigt, zum gleichen Ergebnis kommt wie die sozialetische Analyse, die von den moralischen Normen ausgeht. Dies ist übrigens auch die Orientierung der von katholischen und evangelischen Wirtschaftswissenschaftlern redigierten *Acta Monetaria*, die seit kurzem erscheinen und die Fragen des Geldsystems und der Geldpolitik behandeln.

Aus den vorangehenden Prämissen ziehen wir folgenden Schluß:

Die Analyse der wirtschaftlichen Situation kann vom Gesichtspunkt der Sozialethik, näherhin der katholischen Soziallehre gemäß den Normen wirtschaftlicher Rationalität erfolgen, wenn sie alle Bedürfnisse des Menschen in seiner wirtschaft-

lichen Tätigkeit umfaßt, das heißt seine materiellen, sozialen, kulturellen, sittlichen und religiösen Bedürfnisse, und wenn sie eine dynamische, historische und nicht statische Analyse ist, wenn sie nicht nur die individuellen, sondern auch die sozialen Bedürfnisse berücksichtigt, um auf diese Weise die optimale Ausnutzung der wirtschaftlichen Mittel anzustreben.

Die sozialetischen Prinzipien sollen nicht etwa die wirtschaftliche Analyse ersetzen, sondern zur kritischen Verifizierung ihrer Resultate dienen. Dabei sind die wirtschaftlichen Prämissen, wie gesagt, im Sinne der integralen Wohlfahrt zu verstehen und angemessen zu interpretieren, wobei angemessen bedeutet, daß sie der Natur des Wirtschaftssubjekts, des Menschen, entsprechen.

Eine so verstandene Wirtschaftsanalyse sollte 1. das Ziel der Wirtschaftspolitik und 2. die Mittel dazu definieren.

Um das Ziel der Wirtschaftspolitik zu definieren, muß ein ideales Modell aufgestellt werden, dem sich die wirtschaftlichen Strukturveränderungen anpassen sollen, gemäß den dazu notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Diese Strukturveränderungen kann man mit dem Terminus der katholischen Soziallehre als Wirtschaftsreform bezeichnen, während das ideale Modell mehr eine Utopie darstellt. Die zweite Aufgabe der Wirtschaftsanalyse besteht in der Festlegung der praktischen Maßnahmen.

Da das ideale Modell ein fernes Ziel ist, das in der historischen Wirklichkeit nicht realisierbar ist, müssen neben diesem Modell, als Mittel zur Erreichung des Ziels konkretere Modelle oder Sofortprogramme aufgestellt werden, wobei die Entwicklungsmöglichkeiten einer gegebenen Wirtschaft und die für die Aktion der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehenden Mittel zu berücksichtigen sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Kompromisses, sowohl bezüglich der programmierten Reformen als auch bezüglich des Ausmaßes, der Natur und des Rhythmus in der Anwendung der Mittel für diese Reformen. Die Notwendigkeit eines Kompromisses ergibt sich übrigens nicht nur aus der begrenzten Reichweite der Reformen, auch von seiten der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte kann sich ein, unter Umständen unliebsamer Kompromiß aufdrängen. *Paul VI.* sagt in *Octogesima adveniens*, man könne mit Ideologien keine Kompromisse schließen, wohl aber, wo es darum ginge, gemeinsam gewisse soziale Reformen zu erreichen, denen politische Gruppen mit ganz verschiedenen Ideologien, aus verschiedenen Gründen zustimmen können.

Der Rhythmus der Veränderungen ist ebenso wichtig wie der Kompromiß. Nach der Meinung des verstorbenen Primas von Polen, Kardinal *S. Wyszyński*, ist es angebracht, schrittweise vorzugehen, vor allem in Situationen, die leicht soziale Konflikte entstehen lassen.

Auf der katholischen Soziallehre basierende ethische Normen, die in der wirtschaftlichen Analyse eine Anwendung finden sollen, haben nach unserer Meinung hauptsächlich die Funktion der Kritik und der Verifikation, und zwar aus dem Grunde, weil sie selbst nicht eine abgesicherte konkrete Lösung anbieten, so daß die ausschließliche Beachtung moralischer Prämissen in der Wirtschaftspolitik zur Verkennung der wirtschaftlichen Regeln und folglich zu fatalen Irrtümern führen kann. Als Beispiel erwähnen wir die sozioethisch vielleicht plausiblen, wirtschaftlich aber zu hoch angesetzten Löhne der Arbeiter, welche die Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz lähmen. Dasselbe gilt von der Partizipation der Arbeiter im Betrieb, wenn deren kulturelles Niveau und soziale Reife der Aufgabe nicht entsprechen. Auf der anderen Seite sind die ethischen Normen immerhin ein wichtiger Maßstab für die rein ökonomische Analyse, insofern die Interessen, Parteilichkeiten und Partikularismen leicht zu Vorurteilen und zur Verletzung der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe führen.

Damit der freie Markt gemäß den christlichen Sozialprinzipien funktioniert, muß man ihn ordnen und vor allem die Wirtschaftssubjekte erziehen, d.h. die Produzenten (Unternehmer und Arbeiter) ebenso wie die Konsumenten, damit ihre Entscheidungen mit dem Gemeinwohl übereinstimmen. Allerdings wird diese Erziehung nie ganz gelingen. Wirtschaftspolitische, manchmal sogar einschneidende, Maßnahmen sind unvermeidlich. Für den Weltmarkt ist dies die Aufgabe aller Nationen und der UNO. Das vordringlichste Mittel dieser Politik wird es sein, auf gerechte Weise die terms of trade zu regeln.

Joachim Kondziela (Lublin, Polen)

MARKTPRINZIP CONTRA ARBEIT?

Kein Konflikt zwischen Marktprinzip und Arbeit

„Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital im gegenwärtigen Abschnitt der Geschichte“¹ hat keineswegs seinen Ursprung im Marktprinzip. Dieses Prinzip als Grundordnung der Wirtschaft läßt sich auf die Bewertungsfähigkeit des Menschen und auf die Entfaltungsfähigkeit und das Entfaltungstreben (Grundrecht!) der menschlichen Person zurückführen und gehört somit zur „Natur der Sache“ der Wirtschaftsordnung.² Seine Kritiker, darunter auch Marxisten, verwechseln oft das Marktprinzip und seine Rentabilitätsorientiertheit mit dem Gewinnmaximierungsprinzip einerseits, andererseits den marktgebundenen echten Wettbewerb mit dem brutalen Konkurrenzkampf. Da diese Entartungen des menschlichen Wirtschaftsverhaltens sich besonders in der Zeit des Spätkapitalismus im Rahmen der Marktwirtschaft entwickelt haben (und eine andere hat es zu Lebzeiten von *Marx* und *Engels* nicht gegeben), hat die Kapitalismuskritik sie mißverständlichweise dem Marktprinzip gleichgestellt.

Nicht das Marktprinzip per se ist konflikterzeugend. Doch zu bemerken wäre, daß „innerhalb des Marktsystems die allgegenwärtige Tendenz zu beachten ist, Machtpositionen aufzubauen und damit wettbewerbliche Prozesse abzubauen.“³ Den Konfliktherd bildet nicht das Marktprinzip als solches, sondern Machtstrukturen in der Wirtschaft und der ihnen eigene Machtausübungsstil, der bis zum Wirtschaftsdarwinismus entarten kann.

Neue Gesellschaft: die Arbeitsgesellschaft

Die meisten Strukturen unseres wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Lebens stammen aus dem vorigen Jahrhundert und sind mit dem Beginn des Industriezeitalters verbunden. In allen diesen Gesellschaftsstrukturen ist die Macht, mehr oder weniger, hierarchisch, „zentralistisch“ aufgebaut. Gesellschaften werden

„von oben“ *regiert* und *verwaltet*. Das gilt nicht nur für politische Strukturen; so ist z. B. das europäische Parteiensystem, die marxistischen Parteien, auch die im Ostblock, miteingeschlossen, in diesem Zeitabschnitt strukturmäßig zu lokalisieren; vor allem aber gilt dies für wirtschaftliche Strukturen, die sich auf ein Abhängigkeits- und manchmal sogar Untertanensystem stützen, so daß das „Lohnarbeitsverhältnis ex definitione ein Abhängigkeitsverhältnis ist“ — wie *J. Majka* in einem seiner letzten Bücher argumentiert.⁴ Inzwischen ist aber unter dem Einfluß vieler Faktoren, nicht nur wirtschaftlicher Art, ein Gesellschaftswandel zustande gekommen: eine neue Gesellschaft, eine moderne „Arbeitsgesellschaft“ ist entstanden. Zu den charakteristischen Merkmalen dieser Gesellschaft gehört nicht nur die Tatsache, daß die abhängigen Erwerbstätigen die überwiegende Mehrheit der Gesamtbevölkerung bilden, sondern vor allem das neue Bewußtsein dieser sozialen Klasse. Es ist eine aufgeklärte Klasse, die sich ihrer Stärke bewußt ist und nach Anerkennung ihrer gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Subjektivität strebt, kurzum: nach Beheimatung in der Gesellschaft. Hier aber muß man mit Kardinal *J. Höffner* fragen: „Beheimatung und Verwurzelung worin? Etwa in der überkommenen sogenannten „bürgerlichen“ Gesellschaft?“⁵ Diese Frage betrifft a fortiori die „alten“ wirtschaftlichen Strukturen, die dem neuen Bewußtseinsstand nicht mehr adäquat sind. Die neue Arbeitsgesellschaft ist im Konflikt mit ihnen. Es ist aber kein Konflikt mit dem Marktprinzip: es ist ein Konflikt der Verwalteten mit den Verwaltenden, deren traditionelle Macht- und Verwaltungsmonopole man durchbrechen möchte und auch zu durchbrechen versucht.

Das Streben nach mehr Verantwortung

Allerdings darf man keineswegs diesen Konflikt auf das Marktwirtschaftsprinzip projizieren. Gerade deswegen, weil die mündiggewordene Arbeitsgesellschaft nicht nur das herkömmliche Machtmonopol, sondern auch das Verantwortungsmonopol in der Wirtschaft (und nicht nur dort) in Frage stellt. Dieses Streben nach mehr Verantwortung geht keinesfalls in Richtung einer Wirtschaftsarchie, sondern in die der verantwortlichen Partnerschaft. Diese Tendenz ist ziemlich allgemein und als solche wurde sie in den päpstlichen Sozialdokumenten registriert, um hier nur die Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ und das Apostolische Schreiben „*Octogesima adveniens*“ zu erwähnen.

Aus den oben genannten Gründen ist man in der neuen Arbeitsgesellschaft gegen die Bevormundung durch eine Wirtschaftsbürokratie, durch den westlichen Sozialstaat, durch den kommunistischen Versorgungsstaat⁶ und, merkwürdiger-

weise, manchmal auch gegen die Bevormundung durch zu stark gewordene Gewerkschaften, wie das im letzten Jahrzehnt am Beispiel Englands verdeutlicht worden ist.⁷

Hinter dieser Negation stecken jedoch positive Ziele: nämlich die Eröffnung neuer Möglichkeiten der unmittelbaren Einwirkung des einzelnen Menschen, der lokalen Gruppen und kleinen Einheiten auf ihre Lebensverhältnisse und damit die Schaffung einer Marktgesellschaft, was mit *R. Dahrendorf* zu unterstreichen ist gegen alle Behauptungen von der Anomie der modernen Massengesellschaft.⁸

Das Zukunftsmodell: Marktwirtschaft und Partnerschaft

Obwohl am Marktwirtschaftsprinzip nicht zu rütteln ist, muß man dieses Prinzip im Kontext der gegenwärtig dominierenden Tendenzen in den entwickelten Gesellschaften sehen. Hier ist vor allem die Unteilbarkeit des Strebens nach mehr Demokratie zu beachten. Es kann heute keine Demokratie, keine politische Demokratie ohne Demokratie im wirtschaftlichen Bereich geben. Auch das Gegenteil ist wahr: wer denkt, daß eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens ohne politische Demokratie gedeihen kann, der gibt sich realitätsfremden Erwartungen hin. Demokratie ist unteilbar! Welche Wege soll man angesichts dieser Tendenzen gehen? „Eine Patentlösung gibt es da nicht, schon gar nicht eine christliche. Aber eine sozialetische Richtung, in der es zu gehen und eine Neuordnung der Wirtschaft in Angriff zu nehmen gilt, ist angebbbar. Ein Schritt in die rechte Richtung ist die Mitbestimmung“ — schreibt *Arthur Rich* in einem lesenswerten Artikel „Sachzwänge und strukturell Böses in der Wirtschaft.“⁹ Doch bedarf es schon heute eines weiteren Schrittes — den der sozialen Partnerschaft im umfassenden Sinne, d. h. nicht nur auf betrieblicher, sondern auf breiterer Ebene.¹⁰

Diese sozialetische Richtung des Strukturwandels der Wirtschaft wird von der katholischen Soziallehre befürwortet (auch wenn der Begriff „soziale Partnerschaft“ nur ein einziges Mal wörtlich in den päpstlichen Dokumenten erwähnt wird, nämlich in der Enzyklika „*Mater et Magistra*“¹¹). Sie ist sicherlich auch der jüngsten Sozialenzyklika zu entnehmen.¹² *Johannes Paul II.* gebraucht zwar den terminus „Partnerschaft“ nicht, aber er schildert unzweideutig den wahren Inhalt des Partnerschaftsystems, wenn er von einer Wirtschaftsordnung spricht, die „den Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert, das heißt, wenn jeder aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet.“¹³ Als Wege, die zu diesem Gesellschaftsziel führen könnten, erwähnt der Papst beispielsweise (1) „...die Arbeit soweit wie möglich mit dem Eigentum am

Kapital zu verbinden und (2) eine große Vielfalt mittlerer Körperschaften mit wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Zielsetzung ins Leben zu rufen: Körperschaften mit echter Autonomie gegenüber den öffentlichen Behörden, Körperschaften, die ihre spezifischen Ziele in ehrlicher Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf die Forderungen des Gemeinwohls verfolgen und sich in Form und Wesen als lebensvolle Gemeinschaften erweisen, so daß sie ihre Mitglieder als Personen betrachten und behandeln und zu aktiver Teilnahme an ihrem Leben anregen.“¹⁴

Dieses, fast definitionsartig dargestellte, Partnerschaftssystem hält *Johannes Paul II.* für realisierbar und empfiehlt es, was höchst interessant ist, als Mittel zur Überwindung des „Standpunkts des ‚strengen‘ Kapitalismus“ wie auch als nötige Korrektur des kollektivistischen Sozialismus, was unzweideutig unter Nr. 14, letzter Abschnitt der Arbeitszyklika nachzulesen ist. In *beiden Fällen* soll eine ständige Revision mit dem Ziel einer Reform unter der Rücksicht der Menschenrechte eingesetzt werden, wobei Menschenrechte im weitesten Sinn und im Zusammenhang mit der Arbeit zu verstehen sind.¹⁵

Auch im Osten keine Alternative zum Marktwirtschaftsprinzip

Die negativen Erfahrungen mit der Zentralverwaltungswirtschaft, die auch in „*Laborem exercens*“ hervorgehoben worden sind, haben selbst unter Ökonomen und Wirtschaftspolitikern, die von ihr herkommen, die Unaufgebbarkeit des Marktprinzips neu zur Evidenz gebracht. So betont *Ota Šik*, „. . . daß der Markt im heutigen Stadium der menschlichen Gesellschaft durch nichts anderes ersetzbar ist. Es ist eine der Grunderkenntnisse aus dem Kommunismus, daß der Markt nicht durch eine direktive zentrale Planung ersetzt werden kann. Die Vorstellung einer Ersetzung des Marktes durch den Plan (d. h. den zentralen Plan, J. K.) ist die große Illusion.“¹⁶

Auch die Wege die man seit einigen Jahren in Ungarn zu gehen versucht, führen in Richtung Marktwirtschaft. Die in Polen aktuell angestrebte Wirtschaftsreform rechnet in ihrem Entwurf direkt mit der Wiederbelebung des Marktmechanismus. In einem Papier über „Richtungen der Wirtschaftsreform“, das von dem IX. Parteitag der P.V.A.P. (polnische K.P.) verabschiedet wurde, heißt es ausdrücklich, daß man vom zentralen Planen und von der zentralisierten Wirtschaftsverwaltung Abschied nimmt und diese durch die sogenannte „Drei S—Regel“ ersetzen will, d. h. durch *Selbstständigkeit* (Abkoppelung der Unternehmen vom zentralen Plan), *Selbstverwaltung* (Abkoppelung von der Zentralverwaltung, Liquidierung der Zentralverwaltungsstellen; Mitbestimmung, bzw. Partner-

schaft), *Selbstfinanzierung* der Unternehmen, was Anpassung an den Markt voraussetzt. Ein Unternehmen kann als bankrott erklärt werden, wenn es sich am Markt nicht mehr durchsetzen kann und sich so gegen das Rentabilitätsprinzip versündigt — heißt es in dem neu beschlossenen „Gesetz über das staatliche Unternehmen“. Man hat sich also entschlossen, das Marktprinzip und die mit ihm strikt verbundenen Marktmechanismen wahrzunehmen.¹⁷ Selbstverständlich ist eine so breit zugeschnittene Reform nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern zugleich ein gesellschaftspolitisches Problem, das nicht nur die Berücksichtigung des Marktprinzips verlangt; was es vor allem voraussetzt, ist das Prinzip der Unteilbarkeit der Demokratisierungs-Forderungen der neuen Arbeitsgesellschaft.

Grenzen der Wirtschaftsdemokratie

So wie es Grenzen einer politischen Demokratie gibt, gibt es auch Grenzen für eine Wirtschaftsdemokratie. *Johannes Paul II.* hat sie als „Rücksicht auf die Forderungen des Gemeinwohls“ formuliert.¹⁸ Daß der Papst hier den wirtschaftlichen Bereich gemeint hat, dafür spricht eindeutig der ganze Kontext des Abschnitts unter Nr. 14 von „*Laborem exercens*“.

Jede Interessenmonologie stößt gegen diese Grenzen. Auf der Seite des „Kapitals“ macht sich die Tendenz zur Gewinnmaximierung und dadurch zur Monopolisierung der Wirtschaftsmacht bemerkbar, was wiederum zur Beschränkung des echten Wettbewerbs und hiermit des Marktprinzips führt. Auf der Seite der „Arbeit“ besteht heute die Gefahr einer ständigen Anspruchssteigerung: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Herabsetzung des Pensionsalters usw.. All dies kann, wenn unterstützt durch Streikandrohungen und Streikwellen, zur Anarchisierung der Wirtschaftsdemokratie führen und zur Zerstörung des Marktmechanismus.

An Stelle der Interessenmonologie muß man, um des Gemeinwohls willen, dialogale Strukturen ins Wirtschaftsleben hineinkomponieren, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Dies herbeizuführen ist keine Utopie. Doch was hier vorausgesetzt wird, ist ein Umdenken, ein Gesinnungswechsel. Auf dieses Ziel hin neue Sensibilisierungsstrategien zu entwickeln, Annäherungsversuche zum Ideal (Marktwirtschaft und Partnerschaft) zu inspirieren — dies ist schließlich eine Aufgabe u. a. auch für die christliche Soziallehre.

Anmerkungen

- ¹ Enzyklika *Laborem exercens*, (nicht authentische, sondern in den Übersetzungen stehende) Überschrift des III. Teils.
- ² A. Rich: Sachzwänge und strukturell Böses in der Wirtschaft. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik, H. 1 (1982) 74.
- ³ H. Leipold: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart 1980, S. 98.
- ⁴ J. Majka: *Etyka zycia gospodarczego* (Die Ethik des Wirtschaftslebens), Warszawa 1980, S. 156.
- ⁵ Kard. J. Höffner: Von der Sozialpolitik zur Gesellschaftspolitik. Referat bei der Feierstunde der 75-Jahrfeier des Diözesanverbandes der KAB im Erzbistum Köln am 15. April 1975. Hrsg. vom Presseamt des Erzbistums Köln. Reihe „Themen und Thesen“, Sonderdruck Nr. 33. Höffner unterscheidet drei Entwicklungsepochen der Arbeiterschaft: Epoche der dulddenden Verproletarisierung, Epoche der klassenkämpferischen Solidarität, Epoche der Beheimatung der Arbeiterschaft in der Gesellschaft.
- ⁶ In Danzig, Stettin und Jastrzebie haben 1980 die am besten besoldeten Arbeiter protestiert. Es ging hier also nicht um das Materielle, man war vielmehr gegen einen besonderen Verwaltungsstil in Wirtschaft und Gesellschaft.
- ⁷ Hierzu vgl. R. Dabrendorf: Ein Klassenkampf ohne Klassen. In: Die Zeit, Nr. 38, 12. Sept. 1980. In den in England durchgeführten Befragungen haben sich sogar Arbeiter für die Beschränkung der Gewerkschaftsmacht geäußert.
- ⁸ *Ibidem*.
- ⁹ Rich, *op. cit.* S. 80.
- ¹⁰ H. Budde: Soziale Partnerschaft als gesellschaftliche Ordnungsaufgabe. In: Die Neue Ordnung, 4 (1982) 306 ff.
- ¹¹ Mater et Magistra, Nr. 97.
- ¹² *Laborem exercens*, Nr. 14. Obwohl hier von einer „Sozialisierung“ die Rede ist, geht es dem Inhalt nach um ein Partnerschaftssystem in der Gesellschaft.
- ¹³ *Ibidem*.
- ¹⁴ *Ibidem*.
- ¹⁵ *Ibidem*.
- ¹⁶ O. Šik: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, in: Demokratisierung der Wirtschaft, hrsg. von W. Fricke, A. Geissler, Hamburg 1973. S. 305.
- ¹⁷ So heißt es in der 11. These des zitierten Dokuments „Richtungen der Wirtschaftsreform“; das Gesetz wurde am 25. 9. 1981 vom Sejm verabschiedet.
- ¹⁸ *Laborem exercens*, Nr. 14.

Fernando Suárez González (Madrid, Spanien)

DIE MARKTWIRTSCHAFT AUS DER SICHT DES CHRISTLICHEN
DENKENS
ARBEITSRECHTLICHE ASPEKTE DES PROBLEMS

Christentum und Gesellschaftssystem

Auch wenn es ungewöhnlich erscheint, an dieser Stelle darauf hinzuweisen: das Christentum ist keine weltliche soziale Doktrin, sondern die Religion Christi. Der Erfolg des Christentums kann nicht auf der Ebene sozialer Effizienz gemessen werden, sondern allein auf dem Gebiet der transzendentalen Errettung des Menschen. Während der Marxismus oder der Liberalismus, der Sozialismus oder der Kapitalismus danach trachten, auf dieser Erde ein bestimmtes System einzuführen, geht das Christentum davon aus, daß sein Reich nicht von dieser Welt und keine Doktrin des Sozialen *Fortschritts*, sondern der ewigen *Erlösung* sei.

Wenn also das Christentum kein zeitliches soziales Programm darstellt, noch darstellen kann, vermag es doch zwei Dinge zu bieten und bietet sie in der Tat: erstens einen doktrinären Rahmen moralischer Art, den der Christ bei der Abfassung seiner konkreten sozialen Ideen nicht sprengen darf. Zweitens einige Vorschläge bzw. Orientierungshilfen, hinsichtlich möglicher Lösungsformeln, mit denen der Christ innerhalb des vorgegebenen moralischen Rahmens, jedoch undogmatisch die Lösung der sozialen Probleme angehen kann. Alle kirchlichen sozialen Äußerungen gehen in dieser Weise vor.

Die Überlegenheit des freien Unternehmertums

Erst vor kurzem erklärte *Gustav Thibon*, daß das System des freien Unternehmertums und der Marktwirtschaft dasjenige Wirtschaftssystem (oder Sozialsystem) sei, das am besten (oder am wenigsten schlecht) nicht nur den materiellen Besitzumsbedürfnissen, sondern auch dem humanistischen Ideal, das auf den Begriffen der Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe beruht, gerecht wird. Wenn das Ziel

der Wirtschaft die Produktion, die Verteilung und der Konsum von Gütern ist, um den Bedürfnissen des Menschen zu dienen, verbietet es sich aus rein menschlicher Sicht, diese Bedürfnisse auf die nur materiellen zu reduzieren und die geistigen und das Trachten des Menschen nach der Wahrheit, dem Guten und dem Schönen, zu vergessen. Zwar muß sich ein Wirtschaftssystem ohne Zweifel zunächst an seinen Möglichkeiten, materielle Güter zu schaffen, messen lassen, es muß aber auch an seiner Fähigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit zu entwickeln, gemessen werden.

Es ist heute schwerlich in Frage zu stellen, daß der materielle Wohlstand in den Ländern mit freiem Unternehmertum und freier Marktwirtschaft absolut höher liegt, als in denen, die die Legitimität des Privateigentums leugnen oder die totale Wirtschaftsplanung erzwingen.

Der Grund dafür ist wesentlich einfacher zu finden, als dies zunächst erscheinen mag, denn ohne Anreize, arbeiten die Menschen weniger, als wenn sie nach ihren eigenen persönlichen und familiären Interessen handeln können. Neue Methoden der Güterherstellung zu erfinden, das Risiko ihrer Erprobung einzugehen, die Initiative zu ihrer Herstellung zu ergreifen, Mittel zu beschaffen und Aktivitäten rationell zu strukturieren, die Arbeit zu organisieren und zu verteilen, die Bemühungen zu koordinieren, die verschiedenen Funktionen und Verantwortungsbereiche zu spezialisieren und hierarchisch aufzugliedern, sowie Instrumente, Maschinen und Werkzeuge zu entwickeln und einzusetzen, um hierdurch die menschliche Arbeitskraft um ein Mehrfaches zu steigern, all dies ist die unternehmerische Tätigkeit schlechthin und die Funktion des Unternehmers. Um in dieser Vielfalt überleben zu können und den Überblick zu behalten, braucht der Unternehmer die Freiheit, die ständig seine Phantasie anregt und ihn zwingt, sich mit anderen freien Unternehmern auf dem Markt zu messen.

Es ist zwecklos, in den Ländern der Dritten Welt den wirtschaftlichen Aufschwung versuchen zu wollen, ohne in ihnen einen Ansporn zu schaffen, einen Unternehmenssektor mit großen schöpferischen Kräften hervorzubringen. Wie es sich schon deutlich gezeigt hat, kann die Menschheit ohne Erfindungen und wagemutige Unternehmer die ihr zur Verfügung stehenden natürlichen Reichtümer nicht ausnutzen, auch wenn es sich dabei nur um die Arbeitskraft handelt, die die Reichtümer schafft; wo es mehr Arbeiter gibt, müßte es auch einen größeren Wohlstand geben. Die nackte Wahrheit ist, daß ohne freie Unternehmer der Fortschritt undenkbar ist, wobei wir uns hier selbstverständlich auf solche Unternehmer beziehen, die tatsächlich Güter schaffen und umsetzen und nicht auf solche, deren Aktivitäten rein spekulativer Natur sind.

Das Produktionsmitteleigentum

Eine Wirtschaftsordnung, die für die Freiheit des Unternehmers eintritt, muß die Rechtmäßigkeit des Privateigentums an den Produktionsmitteln zur Prämisse haben. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle zusammenfassend auf die christliche Lehre bezüglich des Privateigentums an den Produktionsmitteln einzugehen, sei es auch nur diejenige, die in päpstlichen Verlautbarungen enthalten ist. Es soll genügen zu sagen, daß Papst *Johannes Paul II.* erst kürzlich die Auslegung der Kirche in Bezug auf den Kollektivismus und den Kapitalismus scharfsinnig und genauestens charakterisiert hat. Die Einstellung der Kirche zum Privateigentum an den Produktionsmitteln weicht radikal vom Programm des Kollektivismus ab und unterscheidet sich vom Programm des Kapitalismus.

Die radikale Abweichung im ersteren Falle kommt dadurch zustande, daß der Kollektivismus bestreitet, was die Kirche bejaht: den bleibenden Wert des Rechtes auf Privatbesitz, auch an Produktionsmitteln: „Das Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, gilt für jede Zeit. Es ist in der Natur der Dinge selbst grundgelegt, die uns belehrt, daß der einzelne Mensch früher ist als die bürgerliche Gesellschaft, und daß diese zielhaft auf den Menschen hingeeordnet sein muß. Übrigens würde die Anerkennung des menschlichen Rechts auf wirtschaftliche Privatinitiative gegenstandslos, wollte man dem Menschen nicht zugleich auch die Möglichkeit einräumen, die für die Ausübung dieses Rechts notwendigen Mittel selbst zu bestimmen und anzuwenden. Sowohl die Erfahrung wie die geschichtliche Wirklichkeit bestätigen es: wo das politische Regime dem einzelnen das Privateigentum auch an Produktionsmitteln nicht gestattet, dort wird auch die Ausübung der menschlichen Freiheit in wesentlichen Dingen eingeschränkt oder ganz aufgehoben. Das beweist: das Recht auf Eigentum bildet in der Tat eine Stütze und zugleich einen Ansporn für die Ausübung der Freiheit“ (Mater et Magistra, Nr. 109).

Dennoch haben die Kirche und die christliche Tradition dieses Recht niemals als absolut und unantastbar verteidigt. Insofern unterscheiden sie sich von der kapitalistischen Auffassung vom Recht auf Besitz, indem sie es dem allgemeinen Gebrauch und der universellen Bestimmung der Güter unterstellen.

Weiterhin ist in der Enzyklika „*Laborem exercens*“ zu lesen: „Die Lehre der Kirche hat das Eigentum nie so aufgefaßt, daß es zur Ursache eines sozialen Konfliktes in der Arbeit hätte führen können. . . Man erwirbt Eigentum vor allem durch Arbeit und damit es der Arbeit diene. Dies gilt namentlich für das Eigentum an Produktionsmitteln. Eine Auffassung, welche diese isoliert betrachtet, als einen geschlossenen Komplex von Eigentum, der dann als 'Kapital' der 'Arbeit'

gegenüberstände oder sie gar ausbeuten sollte, steht im Gegensatz zum Wesen dieser Mittel und ihres Besitzes. Man darf sie nicht gegen die Arbeit besitzen. . .“ (Laborem exercens, Nr. 14).

So gesehen ist der Privatbesitz von Produktionsmitteln zulässig und das freie Unternehmertum als konkreter Ausdruck der allgemeinen menschlichen Freiheit wünschenswert. Dennoch darf das eine nicht der Einschränkungen entbehren, sowie das andere nicht ohne Sicherheiten für die Schwachen ausgeübt werden. Letzten Endes richtet sich die ethische Wertung der Wirtschaftsordnung danach, in welchem Maß die menschliche Würde im Arbeitsverhältnis respektiert wird.

Die Menschenwürde

Der große Fehler des Marxismus besteht darin, den Menschen rein wirtschaftlich zu sehen. Neben seinen materiellen Bedürfnissen trachtet der Mensch auch nach kulturellen und geistigen Gütern, die sich nicht auf eine strikt wirtschaftliche Betrachtungsweise reduzieren lassen. Hieraus folgt, daß ein vom christlichen Geist geprägtes Arbeitsverhältnis, von christlichen Politikern vorgeschlagen, von christlichen Unternehmern und Gewerkschaften aufrecht erhalten, sich nicht auf die materialistische Forderung nach einer größeren Fülle an Gütern für den Arbeitnehmer beschränken darf, sondern vor allem garantieren muß, daß der Arbeiter seiner menschlichen Würde gemäß behandelt wird.

Eine der immerwährenden Wahrheiten, die zum christlichen Denken gehören, besagt, daß der lebendige Gott, Schöpfer und Erlöser, dem Menschen ein transzendentes, ewiges Schicksal gab. Im Zusammenhang mit diesem Mysterium der Schöpfungsgeschichte und den grundsätzlichen Wahrheiten über den Menschen darf man niemals aus den Augen verlieren, daß er nach dem Ebenbild Gottes erschaffen wurde mit der Bestimmung ewiger Errettung.

Wiederum auf die Gedanken des Papstes *Johannes Paul II.* zurückkommend, handelt es sich hier darum, „das menschliche Leben noch menschlicher zu gestalten“, ohne dabei die ewige Bestimmung des Menschen aus den Augen zu verlieren und ohne wegen der Hoffnung auf eine neue Erde in den Bemühungen, diese Welt zu verbessern, nachzulassen.

Die Arbeit hat im menschlichen Leben eine unermessliche Würde und einen unermesslichen Wert, weil der Mensch durch sie am Werk der Schöpfung mitwirkt, sie weiter entwickelt und vervollständigt und weil er durch die Mühe, das Leiden, die Entbehrung und die Ungerechtigkeit, die die Arbeit mit sich bringt, in gewisser Weise mit Gottes Sohn, der zur Erlösung der Menschheit gekreuzigt wurde, mitwirkt.

Konsequenzen für die Frage der Beschäftigung

Wenn demnach durch die Arbeit der Mensch menschlicher wird, wenn Arbeit das Fundament des persönlichen und des Familienlebens ist, wenn der Mensch durch die Arbeit sich seinem Schöpfer und Erlöser nähert, erscheint eine Lage, in der tausende von Menschen einen Arbeitsplatz entbehren müssen, als in Wahrheit ungerecht. Die Arbeitslosigkeit, sagt die Kirche, ist „in jedem Falle ein Übel und wenn sie gewisse Dimensionen erreicht, kann sie zur sozialen Katastrophe werden“.

Die kompetentesten Experten weisen immer wieder auf den engen Zusammenhang zwischen dem Ansteigen der öffentlichen Ausgaben und der Inflation und Arbeitslosigkeit hin. Zu Zeiten kann ein infernalischer Teufelskreis dadurch entstehen, daß Regierungen mit erheblichem finanziellen Aufwand den Arbeitslosen beistehen und dadurch die öffentlichen Ausgaben dergestalt steigern, daß sie zu einem Inflationsfaktor werden und somit folglich auch zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führen, die man bekämpfen wollte.

Auf diesem Gebiet ist die größte Vorsicht noch zu gering, und die Maßnahmen müssen sorgfältig abgewogen werden, um mit größtmöglicher Genauigkeit ihre Auswirkungen bestimmen zu können. Es gibt aber drei Kriterien, die man niemals aus den Augen verlieren sollte: *Erstens* sollte in einer freien Wirtschaft die Gesellschaft in hohem Maße die Funktion derer, die Arbeitsplätze beschaffen, würdigen und schätzen. Es erscheint in höchstem Maße widersinnig, wenn diejenigen Gesellschaften, die am meisten echte Unternehmer brauchen, widerstandslos wahrhaftige Diskreditierungskampagnen gegen die Person des Unternehmers hinnehmen, wenn sie das Gefühl verbreiten, daß derjenige, der sein Geld in einem Unternehmen riskiert, das in der Lage wäre, weiteren Menschen Arbeit zu verschaffen, wie ein Feind derselben behandelt werden müsse. *Zweitens* sollten die planerischen Maßnahmen des Staates stets die Privatinitiative von Einzelpersonen und Gruppen garantieren. *Drittens* sollten alle davon überzeugt sein, daß eine christliche Gesellschaft es zu einem ihrer Hauptanliegen machen sollte, zu erreichen, daß alle Menschen eine Arbeit finden, indem man die vorhandene besser aufteilt und so das erschreckende Problem der Arbeitslosigkeit, das heute schon eine erhebliche Bevölkerungsschicht ängstigt, gleichmäßiger auf die ganze Bevölkerung verteilt.

Konsequenzen für die menschliche Gestaltung der Arbeit

Die Menschenwürde hat zudem eine unausweichliche Konsequenz, wenn man von der menschlichen Arbeit spricht: das erste Fundament des Wertes der Arbeit ist der Mensch selbst, und somit steht die Arbeit in Funktion zum Menschen und nicht der Mensch in Funktion zur Arbeit. Das bedeutet wiederum, daß nicht alle Arbeitsbedingungen der menschlichen Würde entsprechen.

Es wurde bis zum Überdruß davon gesprochen, daß der heutige Arbeiter immer weniger mit Werkzeugen umgeht und immer mehr mit Maschinen arbeitet. Dank ihrer sind seine Arbeitsbedingungen weniger hart als in der Vergangenheit und sein Lebensstandard spürbar besser geworden. Ebenso sicher aber ist es, daß er durch seine Spezialausbildung immer weniger von der Struktur und dem Prozeß weiß, von dem er ein Teil ist, und immer mehr die kreative Herrschaft über die von ihm geleistete Arbeit verliert. In dem Maße, in dem die Arbeiterschaft einen größeren politischen und sozialen Machteinfluß ausübt, verringern sich ihre Chancen, auf die Arbeitsorganisation Einfluß zu nehmen. Parallel dazu gilt, je perfekter die Maschinen werden, um so mehr fordern sie Aufmerksamkeit anstatt Können, Vorsicht statt Manipulationen und verringern so die Möglichkeiten des Arbeiters, sich persönlich hervorzutun, seine Persönlichkeit zu festigen.

Niemand wird heute in Zweifel ziehen, daß die Humanisierung der Arbeit im Fabrikbetrieb davon abhängt, inwieweit der Arbeiter in den Produktionsprozeß eingreifen kann. Und da die technische Weiterentwicklung und die steigende Automatisierung im Produktionsprozeß unausweichlich sind, muß dem Arbeiter eine kreative Möglichkeit durch Eingriff in die innere Struktur des gesamten Betriebes gegeben werden, nämlich in die Organisation und Planung seiner eigenen Arbeit.

Der Handwerker, der mit seinen Händen und Werkzeugen einen bestimmten Gegenstand herstellt, kann sich einer Aufgabe widmen und sich an ihr erfreuen, weil in ihr das menschliche den höchsten Wert hat, während der Wert der Maschinen gering ist. Ähnliches galt auch für die frühen Fabrikanlagen, die noch nicht den heutigen perfekten Standard hatten, so daß in ihnen der Arbeiter mit seiner Intelligenz die möglichen Mängel der Maschine ausgleichen mußte.

Im früheren Fabrikbetrieb hing die Qualität des jeweiligen Produktes sehr viel vom guten Willen und der Intelligenz, die ein Arbeiter mitbrachte, ab. Genauso wie man ihm viele Mißerfolge anrechnete, wurde ihm auch ein großer Anteil der Erfolge in der Produktion zugeschrieben. Dies alles verschwindet in den Ländern mit fortgeschrittener Wissenschaft und Technik und wird ohne Zweifel auch in jenen verschwinden, die jetzt an der Schwelle ihres Industrialisierungsprozesses stehen, da es sich um ein irreversibles Phänomen handelt. Der Erniedrigung, die

durch die Trennung von Arbeit und Produktionsmittelbesitz verursacht wurde, wird die Erniedrigung im schöpferischen Auftrag des Arbeiters folgen, denn nicht umsonst befassen sich die Ingenieure, die eine neue Maschine entwickeln, hauptsächlich mit der Frage, ob sie mehr und/oder billiger produziert, d.h. sie handeln im Interesse des Fabrikanten und des Konsumenten und haben nur selten die menschlichen Probleme, die auf den sie bedienenden Arbeiter zukommen, vor Augen. Das Taylorismus verfolgte und verfolgt systematisch Rentabilität und Leistungsfähigkeit, wird aber von einer intensiven Abwertung des Arbeiters und seiner Persönlichkeit begleitet, der zum Objekt statt zum Subjekt der Produktion geworden ist und die Freude, die schöpferische Tätigkeit mit sich bringt, verloren hat. Trotz fortschreitender Proletarisierung der technischen und organisierenden Kader der Unternehmen, gibt es dennoch zwischen den Arbeitern und den leitenden Angestellten eine tiefe Kluft, die nicht nur wirtschaftlicher und sozialer Natur ist, sondern sehr viel tiefer geht. Es ist der Unterschied zwischen einer leitenden und kreativen Gruppe und einer untergeordneten und abhängigen, zwischen einer Gruppe, die in alles eingeweiht ist und die die Erwartungen und Unruhen ihrer Arbeit aktiv miterlebt, und einer Gruppe, die aus Individuen besteht, die zu Automaten geworden sind, ohne irgendwelche Entscheidungsbefugnisse, denen man das Zugehörigkeitsgefühl nicht nur im wirtschaftlichen Bereich nimmt, sondern auch im Arbeitsprozeß selbst, von dem sie ein Teil sind.

Zur Lösung dieser Probleme genügen die oft zitierten menschlichen Beziehungen in der Industrie nicht.

Die Industrie der Zukunft, die nicht als Instrument der Degradierung auftreten will, muß den Arbeiter als den Zweck und nicht als das Mittel betrachten; als Mensch, dessen Würde es verbietet, ihn zu benutzen und zu dessen Diensten alle der modernen Zivilisation zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden müssen.

Konsequenzen für das Arbeitsrecht

Die christlichen Wahrheiten hinsichtlich der Arbeit beinhalten eine bestimmte Einstellung zum Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, das durch das Arbeitsrecht geregelt wird und dessen adäquate Ordnung entscheidend dafür ist, daß die Marktwirtschaft keine erbitternden Unausgewogenheiten oder untolerierbare Ungerechtigkeiten in sich birgt.

In der Tat müssen die gesetzgeberische Intervention des Staates und die schützenden Aktionen der Gewerkschaften, deren Autonomie und Freiheit ebenfalls

unabdingbare Bestandteile einer freien Wirtschaft sind, korrigierend gegenüber möglichen Ungleichgewichten sowie als Garant dafür wirken, daß der Wettbewerb nicht zur Verelendung oder Eliminierung der sozial Schwächeren führt. Aber das Arbeitsrecht ist gegenwärtig Thema einer tiefgehenden ideologischen Auseinandersetzung, aus der ersichtlich ist, daß einige Gruppen es als ein Hilfsmittel zum Überleben für den Kapitalismus ansehen, weshalb sie es als Brechstange zur Zerstörung dieses Systems ansetzen, während es andere Gruppen als einen unverzichtbaren Faktor betrachten bei dem Versuch, die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit in der Wirtschaft in Einklang zu bringen, beides Werte, die zur Aufrechterhaltung des Systems vonnöten sind.

Der Tatbestand, daß die Erbringer des Kapitals und die Erbringer der Arbeit stets zu unterschiedlichen Auffassungen über die von ihnen verfolgten Interessen gelangen werden, kann nicht übersehen werden. Ebenso wäre es nutzlos zu leugnen oder zu vertuschen, daß dies innerhalb des Unternehmens zu Zusammenstößen und Gegensätzlichkeiten führt. Angesichts dieser Tatsache und der Unvermeidbarkeit gegensätzlicher Interessenlagen innerhalb eines Unternehmens, gibt es, — um es in gewohnter Weise auszudrücken und ohne die Nuancen, die wir eigentlich hier anbringen müßten — zwei wesentliche Einstellungen bei den Theoretikern, Politikern und Gewerkschaftlern der heutigen Welt.

Die in der marxistischen Klassenkampfvision verankerten Gruppen und Organisationen, die von der Prämisse der Ablösung der Gesellschaftsform, in der das freie Unternehmertum eingebettet ist, ausgehen, verstehen die Interessen der Geldgeber und der Arbeiter als derartig diametral gegensätzlich, daß eine Überwindung des radikalen Klassenkonfliktes vollkommen ausgeschlossen ist. Von daher fordern sie richtungweisend für die Arbeitsverhältnisse die Legalisierung dieses Konfliktes, die Institutionalisierung des Dauerkonfliktes, ohne integrierende und ausgleichende Maßnahmen, die den Legimitätsbereich des Konfliktes eingrenzen könnten, zuzulassen. Jeder Versuch der Eingliederung der Arbeiter in die Unternehmen, jede Institution mit dem Ziel, die Arbeiter in das Schicksal und die Verantwortung eines Unternehmens miteinzubeziehen, wird aus dieser Sicht systematisch abgewehrt, mit dem bekannten Argument, daß hierdurch die Arbeiter zu Komplizen kapitalistischer Geschäftsführung würden, verspießern und ihr Klassenbewußtsein verlieren und letzten Endes das Verschwinden des kapitalistischen Systems hinauszögern würden.

Im anderen Lager ist man der Ansicht, daß eine weitgehende Übereinstimmung zur wirksameren Organisation eines Unternehmens beiträgt und die Voraussetzung ist für den Fortschritt in der Gütererzeugung, ohne damit die unterschiedliche Bewertung hinsichtlich der Frage der Verteilung auszuschließen. Hier glaubt

man nicht, daß durch Unruhen und Dauerkonflikte eine blühende Wirtschaft und ein auch nur minimal einheitlicher sozialer Wohlstand erreicht werden können, im Gegenteil, man begünstigt Mittel, die Arbeiter am Geschehen des Unternehmens aktiv teilnehmen zu lassen. Mehr oder weniger, entsprechend dem Entwicklungsstand der Länder und dem Niveau, auf dem die Arbeiter bereits stehen, geht der Trend arbeitsrechtlicher Anordnungen dahin, diejenigen Einrichtungen zu fördern, die, ohne Einbußen an Effizienz und Funktionalität eines Unternehmens, neue Wege zur Humanisierung der Arbeit und zur gerechteren Verteilung der Früchte gemeinsamer Anstrengungen suchen, wobei versucht wird, auf dem Wege der Information, der Vermittlung von Kenntnissen und der Weckung des Verantwortungsgefühls das Bewußtsein zu schaffen, an einer Gemeinschaftsarbeit mitzuwirken, von der das Wohlergehen aller am Unternehmen Beteiligten abhängt.

Meiner Ansicht nach sind folgende Einstellungen im heutigen Europa vorherrschend: zum einen sieht man das Unternehmen und die Arbeiter als zwei sich im Kampf gegenüberstehende Lager, wobei sich letztere solcherart gewerkschaftlich organisieren, daß sie eine ausgleichende Gegenmacht zur unternehmerischen Macht bilden, wofür der Streik in seiner ganzen Wirkungsbreite genutzt wird; zum anderen begreift man das Unternehmen als eine Gemeinschaftsaktion, in der es, unbeschadet von gelegentlichen Konfliktsituationen, an der Tagesordnung ist, ein Höchstmaß an Verständigung und Eintracht zu schaffen, und in der folglich auch mit größter Selbstverständlichkeit das Recht der Arbeiter akzeptiert wird, sich bei Entscheidungen, die sie selber angehen, nicht an den Rand drängen zu lassen.

Dies sind im Grunde auch die Haltungen, die die unterschiedlichen Einstellungen zum Problem der Arbeitervertretungen in den Unternehmen bestimmen. Während einige diese Vertretung einheitlichen Organen zuschreiben, die alle Arbeiter eines Unternehmens, unabhängig von ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, umfaßt, und sie als Instrument der „positiven Kontrolle“ und der Integration sehen, das gegründet ist auf der Existenz eines gemeinsamen Interesses aller Mitglieder eines Unternehmens und auf dem Geist der Zusammenarbeit mit dem Unternehmer, erklären andere, daß diese Organe nicht das kollektive Interesse der Arbeiter, die von ein und demselben Unternehmer abhängen, zu vertreten haben, sondern das der gesamten Arbeiterklasse, was einen Einfluß auf das gesamte wirtschaftliche System beinhaltet und erfordert, daß die Vertretung den Gewerkschaften und ihren Betriebsräten zugeschrieben wird, die eine „negative Kontrolle“, eine „Gegenmacht“ in der Fabrik ausüben sollen, die jegliche Zusammenarbeit verweigert. *Garcin* hat dies sehr deutlich erkannt, als er schrieb, daß

man Vertretungskomitees für die gesamte Arbeiterschaft eines Unternehmens instituieren müsse, wenn man ein Modell der Zusammenarbeit aufstellen möchte, während man Gewerkschaftssektionen innerhalb der Unternehmen gründen müsse, wenn das Ziel die Verstärkung des Klassenkampfes sei.

Es erscheint klar, daß diejenigen, die die Ablösung der freien Wirtschaft wünschen, in dieser Einführung der gewerkschaftlichen Einrichtung marxistischer Herkunft ein wichtiges Sprungbrett sehen, ihr Ziel zu erreichen. Wir, die im Gegenteil glauben, daß das Ende der freien Unternehmen auch das Ende aller anderen Freiheiten mit sich bringt, glauben, daß die Funktion der Gewerkschaft darin liegt, beizutragen und zu garantieren, daß das freie Unternehmen demjenigen, der darin integriert ist, in breitem Umfang positive Möglichkeiten zur Entfaltung seiner Persönlichkeit bietet, Vergütung seiner Arbeit, die den erbrachten Leistungen und dem Lebenskostenstandard der Gesellschaft, in der er lebt, entspricht, Arbeitsbedingungen, die seine Menschenwürde nicht verletzen, Arbeitszeiten, die mit seinem Kultur- und Familienleben in Einklang stehen, die Abschaffung von untragbaren Umständen und Faktoren, ganz allgemein ein Milieu, in dem Gerechtigkeit geübt und verteidigt wird, denn die unentbehrliche Intention des Unternehmens, bestmöglichen Gewinn zu erzielen, darf nicht um den Preis erfüllt werden, daß man die menschliche Arbeit zu einer Ware macht.

Integration des Arbeiters im Unternehmen

Vom christlichen Standpunkt aus erscheint die ausdrückliche Zurückweisung des Klassenkampfes einleuchtend, da man nicht Kapital und Arbeit und noch weniger die konkreten Menschen, die mit diesen untrennbaren Begriffen gemeint sind, trennen oder gegeneinander stellen darf. In dieser Trennung und Gegeneinanderstellung liegt das fundamentale Mißverständnis des Ökonomismus und des Materialismus, die beide dem Materiellen vor dem Geistigen und Personalen den Vorrang geben.

In der Enzyklika „*Laborem exercens*“ steht zu lesen: „Richtig, das heißt der Natur der Sache gemäß richtig, mit anderen Worten innerlich wahr und zugleich moralisch zulässig, kann nur eine Ordnung des Arbeitslebens sein, die den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital schon in ihrer Grundlage überwindet und darauf angelegt ist, das dargestellte Prinzip zu verwirklichen, wonach der Arbeit ein wesentlicher und wirksamer Vorrang zukommt, weil die Arbeit von ihrem Subjekt her gesehen menschlich ist und demzufolge der arbeitende Mensch entscheidenden Anteil am ganzen Produktionsprozeß hat, unabhängig von der Art der von ihm erbrachten Leistung“ (Nr. 13).

Von daher ist die Vervollkommnung aller Instrumente und Mechanismen, die die Eingliederung der Arbeiter in das Unternehmen erleichtern, sowie aller Lösungsmöglichkeiten, die ihre Teilnahme am Produktionsprozeß begünstigen, ein Leitgedanke des christlich-sozialen Denkens. „Wir halten das Streben der Arbeiter nach aktiver Beteiligung am Leben des sie beschäftigenden Unternehmens für gerechtfertigt“, steht in *Mater et Magistra* (Nr. 91) zu lesen.

Wie man wohl weiß, kann diese Beteiligung drei dem Begriff nach verschiedenartige Formen annehmen, wenn auch in der Praxis einige dieser Formen die übrigen voraussetzen: Beteiligung am Besitz, Beteiligung an der Geschäftsführung und Beteiligung am Gewinn.

Beteiligung am Besitz der Produktionsmittel

Die Idealform, die in neuerer Zeit auch vom kirchlichen Lehramt befürwortet wird, scheint das genossenschaftliche Unternehmen zu sein oder dasjenige, das man in Spanien „sociedad anónima laboral“ nennt, in der die Arbeiter auch Mitbesitzer sind. Man kann selbstverständlich diese Form nicht generell und allein vertreten, weil es auch noch eine weniger absolute Form gibt, in der die Arbeiter nur Mitbesitzer des Unternehmens mit anderen Geldgebern sind.

Pius XI. in „*Quadragesimo anno*“, *Pius XII.* in seiner Rundfunksendung vom 1. September 1944 und in seiner Rede vor spanischen Arbeitern am 11. März 1951, *Johannes XXIII.* in „*Mater et Magistra*“ und *Johannes Paul II.* in „*Laborem exercens*“ haben diesen Gedanken im Hinblick darauf verteidigt, daß das Verantwortungsgefühl des Arbeiters in dem Maße steigt, wie sein Verhalten auf seinen eigenen Besitz bezogen ist, daß der Besitz von Gütern die Freiheit des Menschen sichert und den besten Schutz vor entmenschlichender Verstaatlichung bietet, insbesondere wenn es sich um die Produktionsmittel handelt, an denen der Mensch seine Arbeit verrichtet.

Beteiligung an der Unternehmensführung

Seit *Leo XIII.* in seiner Enzyklika „*Rerum novarum*“ die Ansicht vertrat, daß die aus Vertretern des Unternehmers und der Arbeitnehmer zusammengesetzten Räte zu bestimmten Fragen gehört werden müßten, weil dies die Solidarität fördern würde, und seit *Pius XI.* vorschlug, die Arbeitsverträge durch Aufnahme einiger Elemente des Gesellschaftsvertrages abzumildern, wurde ein bestimmter Grad der Mitbestimmung bei der Unternehmensführung, jedoch ohne Teilhaberschaft am Unternehmen, von weiten Kreisen christlichen Denkens verfochten. Dem Arbeiter sein Recht auf Eigeninitiative im Bezug auf die Probleme seiner Ar-

beit vorzuenthalten, ist ungerecht, auch wenn ausreichende Löhne bezahlt werden.

Selbstverständlich muß der Maßstab dieser Beteiligung in richtiger Funktion zu der Situation des jeweiligen Landes, seinem Entwicklungsstand, seinem kulturellen Niveau und vielen anderen schwer zu verallgemeinernden Umständen stehen. Jedoch sieht sich die Marktwirtschaft gerade in den Ländern am wenigsten gefährdet, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, in ihren Erfahrungen mit der Mitbeteiligung am weitesten fortgeschritten sind. Möglicherweise denkt man heute in einigen Kreisen der Bundesrepublik, daß man bei einigen Mitbestimmungsmodellen zu weit gegangen sei. Aber jedenfalls muß die deutsche Erfahrung Gegenstand eingehender Analyse werden, da die christlichen Vertreter der freien Wirtschaft daraus Aufklärung für verschiedene Probleme gewinnen können.

Beteiligung am Gewinn

Ohne alte Polemiken wieder aufgreifen zu wollen, läßt sich wohl nichts gegen das Prinzip einwenden, daß ein Unternehmen, das nach Abzug der Kosten und der Zahlungen für zufriedenstellende Löhne Gewinne erzielt hat, diese nicht nur der einen Seite zuschreiben darf, sondern sie in angemessener Weise zwischen beiden Teilen aufteilen muß. Alle Gründe, die es für die Einbeziehung der Arbeiter in die Geschicke eines Unternehmens gibt, sprechen auch für die Notwendigkeit, Anreize für den Einsatz und die Verantwortung der Arbeiter durch proportionale Anteile an den mehr oder weniger großen Erfolgen zu schaffen, Anreize, die das Interesse an der Unternehmensführung selbst wecken. Auch hierfür gibt es verschiedene Modelle, die hier nicht erörtert werden können, doch ist das Prinzip als solches unabdingbar für eine marktwirtschaftlich orientierte Unternehmenspolitik, der etwas an der Humanisierung der Arbeit gelegen ist.

Schlußbewertung

Die hier aus der arbeitsrechtlichen Perspektive vorgetragenen Überlegungen sollten eine Ergänzung zu den rein technischen Gesichtspunkten der Wirtschaftsordnung sein. Es ging also nur um eine Teilsicht der gesamten Problematik. Die konkrete Ausformung hängt von den in jedem Land verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen, sogar politischen Umständen ab, die, wenigstens heute noch, eine einheitliche Regelung auf umfassend internationaler Ebene nicht zulassen.

Manuel Capelo Martínez (Madrid, Spanien)

DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS ERFOLGREICHE ALTERNATIVE FÜR DIE LÖSUNG DER KRISE

1. Der Rahmen der Grundwerte in der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik setzt im allgemeinen eine Anordnung von Mitteln zur Verfolgung von Zielen voraus. Wenn das anordnende Subjekt der Staat ist, spricht man, in einer weiten Fassung dieses Begriffs, von staatlicher Wirtschaftspolitik oder einfacher auch von Wirtschaftspolitik, die sich an mikro- oder makroökonomischen Zielsetzungen orientieren kann. Hinsichtlich der Details und Bezeichnungen bestehen große Verschiedenheiten; doch besteht darüber grundsätzliche und allgemeine Übereinstimmung, daß die wirtschaftspolitische Fragestellung eine theoretische Konzeption impliziert, welche die Mittelordnung und einige Werturteile begründet, auf deren Grundlage die Maßnahmen ausgewählt und ihrem Rang nach angeordnet werden. Es gibt keine Wirtschaftspolitik ohne ausdrücklichen Bezug auf einen Wertmaßstab.

Aus der Sicht des christlichen Humanismus läßt sich dieser Wertmaßstab in dem folgenden Schema von Ordnungsprinzipien ausdrücken. Die Wirtschaft ist nicht das Ergebnis des Wirkens von spontanen, anonymen und unbegrenzten Kräften, sondern muß sich als eine Ordnung darstellen, die eingebettet ist in die Gesamtordnung der gesellschaftlichen Ziele, die ihrerseits theologisch am Dienst am Menschen orientiert ist. Aus diesem Grund muß die Wirtschaftsordnung die Bedingungen für seine volle personale Entfaltung, für die Persönlichkeitswerdung der Person sicherstellen, denn diese ist letztlich der Urheber, das Zentrum und der Zweck allen sozialen Lebens.

Wenn man von einem personalistisch und transzendent orientierten Menschenbild ausgeht, muß man hinzufügen, daß wir, wenn wir vom Menschen sprechen, den ganzen, vollständigen Menschen meinen, seine Bedürfnisse jeglicher Art, die materiellen wie die moralischen und kulturellen. Aber wir beziehen uns auch auf alle Menschen ohne Klassenunterschiede, denen die Organisation der Wirtschaft

mit einem unverzichtbaren Anspruch auf Solidarität dienen muß. Person und Solidarität sind die beiden fundamentalen Pfeiler des christlichen Humanismus.

Daher darf sich die Wirtschaftsordnung, um einer aussagekräftigen Konzeption willen, nicht nur der Vermehrung materieller Güter und Reichtümer, einem lediglich wirtschaftlichen Fortschritt oder nur dem Nutzen einiger weniger, dem Herrschaftsstreben oder der Macht einzelner gesellschaftlicher Gruppen dienen. Die personale und die solidarische Orientierung der Wirtschaft verlangen selbstverständlich die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Effizienz, aber auch die gerechte Verteilung, die Milderung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und der sozialen Ungleichheiten und eine Form der Beteiligung an den Entscheidungen, die den Menschen, seine Umgebung oder die Gesellschaft betreffen.

Diese Konzeption schließt auch die Einsicht ein, daß die Wirtschaft keine Einrichtung des Staates ist, sondern vor allem Frucht der privaten Initiative der Bürger, seien es Individuen oder Gesellschaften, die gemeinsame Ziele verfolgen. Die Wirtschaft ist das lebendige Produkt der persönlichen Freiheit, eine freie Schöpfung der Gesellschaft. Sie kann mittels geeigneter juristischer Regeln geordnet werden, sie kann aber nicht ausschließlich die Frucht der Aktivität des Staates werden, eine rein verwaltungsmäßige Aktivität, ein bloßes Ausüben öffentlicher Funktionen. Denn wo die Initiative des Einzelnen fehlt, wird sie durch die politische und soziale Tyrannei ersetzt, durch den uneffizienten Gebrauch der Produktionsmittel und die Schaffung eines Güter- und Dienstleistungsangebotes, das der Verewigung der Macht derjenigen Gruppen dient, die das soziale Leben für sich in Anspruch nehmen und beherrschen.

Dieser Gedankengang führt außerdem auch zu der Betrachtung der Wichtigkeit des Privateigentums an Gütern, seines persönlichen Wertes, seiner sozialen Bedeutung, zu der Notwendigkeit, es anzuerkennen und zu schützen, zu seiner weitmöglichen Verbreitung, wie auch zu seiner rechtlichen Regelung durch den Staat, der seine Grenzen, Einschränkungen und gegebenenfalls Sozialisierungen im Hinblick auf das Gemeinwohl festschreibt. Insofern die Güter dem Menschen dienen sollen, können sie weder nur um des Besitzens willen, noch gegen den Menschen besessen werden. Privatinitiative und Privateigentum als grundlegende Merkmale der Wirtschaftsordnung dienen auch der Freiheit der Unternehmungen, der Ausübung der unternehmerischen Aktivität für die Produktion von Gütern und die Bereitstellung von Dienstleistungen, für die Assimilierung des technischen Fortschrittes und für die Koordinierung der persönlichen Zusammenarbeit und der Teilnahme an den Ergebnissen und Entscheidungen.

Die Person, die Solidarität und die Privatinitiative bilden einen Wertrahmen, der nicht vollständig wäre, ohne Bezugnahme auf die Tätigkeit des Staates, seine

notwendige, kontinuierliche und aktive Präsenz im Bereich der Wirtschaft, ohne dessen Unterstützung keine Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann, welche die Ordnung für die freie und friedliche Ausübung der Privatinitiativen schafft und aufrechterhält, indem sie unsolidarische Aktionen der Manager und der Machtgruppen, die gegen sie verstoßen könnten, verhindert, subsidiär Unzulänglichkeiten ausgleicht und jene Aspekte korrigiert, die, auch wenn sie Folge der Mechanik der wirtschaftlichen Effizienz sind, mit den Forderungen der Solidarität und des Gemeinwohls unvereinbar sind.

Diese Bezugnahme auf Werte impliziert eine Gestaltung der Wirtschaftsordnung, die derjenigen entgegengesetzt ist, die zugunsten utopischer Bestrebungen nach Freiheit und Gleichheit, die Wirtschaft in eine ausschließliche Schöpfung des Staates umwandelt und, gestützt auf eine Zwangsorganisation des Produktionsmechanismus und der sozialen Institutionen, die fundamentalen Rechte der Person unterdrückt. Gleichmaßen wendet sie sich auch gegen die Alternative, die zugunsten der persönlichen Freiheit, aber unter Mißachtung der Forderungen der Solidarität, das Grundprinzip der Wirtschaft ausschließlich auf die Konkurrenz der wirtschaftlichen Kräfte begründet, wobei dem Staat jeglicher Eingriff untersagt ist oder nur die Befugnis eingeräumt wird, ein Minimum an ordnenden Regeln aufzustellen, die kaum wirtschaftspolitische Elemente zur Gewährleistung der sozialen Gerechtigkeit enthalten. Zwischen diesen beiden alternativen Konzeptionen bleibt eine weite Zone, die durch die Koordinaten der Menschenwürde und der Solidarität bestimmt wird, in deren Rahmen unterschiedliche Ordnungsgefüge Platz finden, die darauf abzielen, entsprechend den Verhältnissen die beiden Pole des Wertschemas mit der größten wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der besten Effizienz bei der Anwendung der verfügbaren Mittel in Einklang zu bringen.

2. Ein wirtschaftspolitisches Programm — Die Soziale Marktwirtschaft

In dieser weiten Zone findet sich das Angebot der Sozialen Marktwirtschaft als besondere Version der Wirtschaftspolitik des Wohlfahrtsstaates, die, auf *Keynes'*scher Grundlage, verschiedene Mischformen eines mehr oder weniger große Anteile indikativer oder aktiver Planung enthaltenden Kapitalismus einschließt.

Die kapitalistische Wirtschaft — um einen Ausdruck zu gebrauchen, der konkreten historischen Situationen entspricht — stand in Blüte bis zum ersten Weltkrieg, obgleich es schon im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts Anzeichen eines staatlichen Eingreifens gab, wie die Schutzzölle im Außenhandel. Wenn gleich seine Entwicklung positive Aspekte enthielt, hinsichtlich der wirtschaftli-

chen Unabhängigkeit und der Vermehrung des Reichtums, so wurde doch sein Erscheinungsbild in der Geschichte vor allem durch seine negativen Aspekte in der Sozialordnung geprägt, die Ausgangspunkt nicht nur für verschiedene Reformbewegungen wurden, sondern auch für die marxistische Theorie, die die Selbstzerstörung des Systems und seine Ersetzung durch eine utopische Gesellschaft der Endzeit prophezeite. Der Altliberalismus führte nicht, wie erwartet, zu einem größeren Wettbewerb und einem effizienteren ökonomischen System, sondern zu einer Vermehrung der Konzentration und Macht in der Wirtschaft.

Die Schwere der sozialen Probleme und die Folgen des Krieges verlangten dringend nach einem Eingreifen des Staates, die ideologischen Veränderungen verstärkten noch die Notwendigkeit einer Intervention. All das begründete, was *W. Eucken* treffend die „Epoche der Experimente“ nannte, in der der Staat in allen Ländern aus den genannten Gründen zunehmend Experimente im Bereich der Wirtschaft machte, paradoxerweise ohne eine theoretische oder wissenschaftliche Basis, die den unkoordinierten, wenn nicht gar widersprüchlichen Manifestationen der vielfältigen und unterschiedlichen Staatseingriffe in die Wirtschaft Rationalität und fachliche Absicherung verliehen hätten. In jene Epoche fallen die Experimente mit dem Korporativismus, die verschiedenen Versuche mit dem wirtschaftlichen Dirigismus und der Beginn der Planwirtschaft in Rußland und Deutschland. Tatsächlich war die Planwirtschaft in Deutschland nicht nur eine Idee, sie fand in diesem Land auch weitgehend ihre Verwirklichung..

Die theoretische Reflexion über die Folgen des Wirtschaftsdirigismus durch eine Gruppe von deutschen Intellektuellen, von denen ein großer Teil aus den Reihen des Neoliberalismus kam, gab der wissenschaftlichen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft jenen Gehalt, der später in Deutschland nach 1948 ihre Realisierung ermöglichte. Es ist symptomatisch, daß wissenschaftlich und historisch die Soziale Marktwirtschaft eine ausschließlich deutsche Sache ist. Die übrigen entwickelten Länder folgten einem anderen Weg, der angelsächsischen Version der *Keynes*'schen Wirtschaftspolitik, deren glänzende Resultate auf dem Gebiet der Beschäftigung, dem ernststen Problem vor allem seit der Krise der dreißiger Jahre, die intellektuellen Bemühungen der Schöpfer der Sozialen Marktwirtschaft in den Schatten stellten, was nur durch das unleugbare Vorhandensein des sogenannten „deutschen Wirtschaftswunders“ ausgeglichen wurde.

Die späteren theoretischen Kontroversen im Gefolge der sogenannten Monetaristen gegen die Übertreibung des Neokeynesianismus und vor allem die Unfähigkeit der Wirtschaftspolitik herkömmlicher Art, der gegebenen Situation fortwährender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Inflation die Stirn zu bieten und die Krise des „Sicherheitsstaates“ zu verhindern, dessen Lebensfähigkeit von Grund

auf in Frage gestellt wird, haben das Interesse an der deutschen Wirtschaftspolitik entstehen lassen, der es gelungen ist, dem Unwetter der Wirtschaftskrise besser zu trotzen als andere Länder, und zwar auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Inflation und der Zahlungsbilanz.

Andererseits wird aber auch die Argumentation weitgehend akzeptiert, daß die Krise zwar ursprünglich durch die Stabilitätspolitik angesichts exzessiv hoher Nachfrage verursacht und durch das Aufrechterhalten restriktiver Maßnahmen verschärft worden war, daß aber ihr Ausmaß auf die „Schocks“ zurückzuführen ist, die das gesamte Angebot getroffen haben, wie z. B. die Energieverteuerung, die Verschiebungen der realen Relationen im Austausch, die Erhöhung der Zinssätze, der Lohnkosten und der Abschwung der Investitionen im Produktionsbereich. Das Ausmaß des Angebots „schocks“ bewirkt auch ein größeres Interesse an Programmen der Wirtschaftspolitik, wie an dem der Sozialen Marktwirtschaft, die dem Spiel des Marktes als dem Allokationsfaktor und dem Bereich der Mikroökonomik eine beachtliche Priorität einräumen, während sie der Idee der kontinuierlichen Expansion des Nationalproduktes mittels fortwährender Manipulation der gesamten Nachfrage wenig Vertrauen schenken.

Die Soziale Marktwirtschaft bildet ein wirtschaftspolitisches Programm, das vorgibt, die Effizienz mit der sozialen Solidarität und die Freiheit der Initiative im Wirtschaftsprozess mit einer größeren sozialen Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Daher hat sie sich von der Idee losgesagt, daß die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und ihre Funktionsfähigkeit unter die Verantwortung des Staates fallen.

Diese Wirtschaftsordnung gründet sich in erster Linie auf einige juristische Institutionen und Regeln, die verfassungsmäßigen Charakter haben und den Rahmen des Wirtschaftssystems abstecken. Die Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn diese Vorbedingungen geschaffen worden sind, die zum Beispiel die Eigentumsordnung, die Unternehmensfreiheit oder das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft betreffen.

Nachdem der geeignete Rahmen gegeben ist, machen drei grundsätzliche Aspekte die Ordnung aus: der Wettbewerb, die monetären und die sozialen Aspekte. Die Marktwirtschaft will eine effiziente Wirtschaft sein, daher legt sie den Akzent auf ein gutes Funktionieren des Marktes. Es handelt sich nicht um eine Rückkehr zum „laissez-faire“, sondern um die Schaffung eines wirklichen Leistungswettbewerbs durch die Beseitigung der Hindernisse, die die Mobilität der produktiven Faktoren erschweren. Dadurch entsteht ein wirklich freier Zugang zum Markt für unternehmerische Initiativen, und das freie Funktionieren des Preismechanismus ohne die Störungen, die seinen Informationswert für die kor-

rekte Kalkulation der Kosten und die Anpassung im Verhalten der Unternehmer und Verbraucher behindern oder abschwächen, wird ermöglicht. Zugleich wird der freie Zugang zum Markt auch ausländischen Unternehmen gewährleistet. In dieser gesamten Konfiguration steht als grundlegendes Ordnungsprinzip die Gewährleistung der Effizienz des freien Wettbewerbs.

In monetärer Hinsicht schreiben die Regeln in kohärenter Weise die größtmögliche Unabhängigkeit der emittierenden Bank vor, der im Grunde die Verantwortung für die Währungsstabilität, einem der Pfeiler des Systems zukommt, flexible und weitgehend liberalisierte Finanzmärkte, marktgerechte Wechselkurse und Währungskonvertibilität. In sozialer Hinsicht, große Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt unter Ausschluß der Interventionen hinsichtlich Mindestlöhnen, tarifvertragliches Aushandeln der Einkommen und ein umfassendes, solides System sozialer Sicherheit. In diesem Punkt hat die konkrete Erfahrung die Maßnahmen zugunsten der Arbeiterbeteiligung bei der Unternehmensführung beigesteuert.

Stellt man die Ordnung in diesen Rahmen von Regeln und Institutionen, so besteht die unterscheidende Originalität des Programms der Sozialen Marktwirtschaft in der Praxis einer weitgefaßten Wirtschaftspolitik, die die unvermeidlichen Unzulänglichkeiten des Marktes unter den Bedingungen wettbewerbsmäßiger Effizienz ergänzt und korrigiert. Dies ist ein grundlegender Aspekt, ohne den die Soziale Marktwirtschaft sich wenig von den neoliberalen Programmen unterscheiden würde. Die Rückkehr zu den Prinzipien einer vernünftigen Wirtschaft, sagte einer ihrer wichtigsten Theoretiker, *Müller-Armack*, verlangt in keiner Weise den Verzicht auf eine aktive Wirtschaftspolitik, die im Einklang mit unseren sozialen und ethischen Überzeugungen steht.

Diese Politik umfaßt vor allem eine Wettbewerbspolitik, welche die Effizienz des Marktes unter annehmbaren Bedingungen sicherstellen soll. Es wäre illusorisch zu meinen, der Markt funktioniere gemäß dem Modell des vollkommenen Wettbewerbs. Das ist lediglich ein theoretisches Modell, das wegen der optimalen Bedingungen, die in einer Situation des Gleichgewichts herrschen, als utopisches Ziel die Maßnahmen der Politik beeinflusst. Im vollkommenen Wettbewerb fällt die Maximierung des persönlichen Vorteils, der Nutzen, mit dem größten sozialen Vorteil, der Effizienz, zusammen. Im wirklichen Ablauf des Marktgeschehens kann ein Unternehmen seinen privaten Vorteil weit über das hinaus, was der vollkommene Wettbewerb erlaubte, vergrößern, wenn es ihm auf irgendeine Weise gelingt, die Preise zu kontrollieren, wobei dieser Gewinn zum Teil auf Kosten des sozialen Fortschrittes gemacht wird. Es gibt viele Faktoren, die im wirklichen Leben diesen Prozeß begünstigen können, sei es durch Maßnahmen der gesteigerten Expansion, der Produktdifferenzierung oder andere. Die reale Wirt-

schaft ist eine unvollkommene Welt. Daher läßt sich die ökonomische Effizienz des Marktes nicht erreichen, ohne eine Wirtschaftspolitik, die beständig darauf abzielt, sie zu gewährleisten, und zwar eine Politik, die durch verschiedene Maßnahmen hinsichtlich der Transparenz, der Freiheit des Zugangs, der Eindämmung von Monopolen, von Kartellisierung des Angebots, von Konzentration der wirtschaftlichen Macht, sich als Wettbewerbspolitik darstellt.

Es ist eine unerläßliche Bedingung, die nationalen Märkte der ausländischen Konkurrenz offen zu halten, mittels der Beseitigung mengenmäßiger Einschränkungen, unterstützt durch marktgerechte Wechselkurse und Währungskonvertibilität. Diese Forderung ist nicht unvereinbar mit der Durchführung einer Zollpolitik, soweit diese aus „konformen“ Maßnahmen besteht und wenn der Grad der Protektion nicht die effiziente Allokation der Produktivkräfte beeinträchtigt.

Die Wettbewerbspolitik als solche, die die Wirtschaftsordnung funktionsfähig macht, ist notwendig, aber unzureichend. Sie muß mittels der Konjunkturpolitik vervollständigt werden, mit dem Ziel die starken Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität zu vermeiden, die weder sozial noch ökonomisch wünschenswert sind und einen ständigen Ruf nach einem vermehrten Eingreifen des Staates zur Folge haben.

In diesem Sinn muß die Konjunkturpolitik wirken, nicht nur um eine übermäßige Nachfrage auszuschalten, die, abgesehen von ihrer Wirkung auf das Preisniveau, den Wettbewerb schwächt und zu einer falschen Kalkulation der Investitionen führt, sondern auch, zu Zeiten einer Depression, mit Anreizen für private Investitionen, einer Steigerung der öffentlichen Investition zugunsten bestimmter Regionen und Unterstützung spezifischer Beschäftigungsprogramme.

Besondere Bedeutung kommt in dieser Hinsicht der Währungspolitik zu, nicht allein in ihrer institutionellen Form durch die Autonomie der Notenbank, sondern auch durch Verhinderung einer übermäßigen Geldvermehrung um einer größtmöglichen Währungsstabilität willen. Die Inflation stellt eines der größten Hindernisse für die Aufrechterhaltung einer Marktwirtschaft dar.

Die Konjunkturpolitik der Sozialen Marktwirtschaft mittels einer restriktiven Währungspolitik findet ihre angemessene Ergänzung in einer Steuerpolitik, die auf Ausgeglichenheit des öffentlichen Haushaltes abzielt, der durch seine dem Erfordernis der Stabilisierung entsprechenden Steuer- und Ausgabenpolitik eine feste Grundlage für die private Investition schaffen soll. Die Kreation von Staatsunternehmen, die, wo sie existieren, „gemäß“ den Marktmechanismen handeln müssen, liegen an sich nicht in der Logik des Systems.

Nichtsdestoweniger muß hinzugefügt werden, daß es sich gezeigt hat, daß das Angebot der Produktion durch den Markt nicht immer die geeignete Struktur für

die sozialen Notwendigkeiten aufweist, weil der Markt in Wirklichkeit außer „Unvollkommenheiten“ auch „Mängel“ aufweist, die im Hinblick auf das öffentliche Wohl in Ländern, die kein hohes wirtschaftliches Niveau erreicht haben, schwerwiegend sein können. Auch die Konjunkturpolitik kann unvollständig sein, wenn diese Mängel nicht im Rahmen einer Entwicklungspolitik behoben werden.

Wie angedeutet, kann die Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft einen umfassenden Inhalt einschließen. Und dies ist ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal. Aber dennoch implizieren die Ausdrücke „Markt“ und „sozial“ für viele fast einen Begriffswiderspruch. Trotzdem haben die sozialen Aspekte diesem wirtschaftspolitischen Programm eine gewisse Attraktivität im Volk verliehen. Um diese sozialen Aspekte hervorzuheben, legen die einen den Akzent darauf, daß die Beseitigung des Dirigismus und die Wiederherstellung der Vorrangstellung der Person mit ihrer Eigeninitiative einen sozialen Wert erster Größe darstellen; andere setzen auf die Währungs- und Preisstabilität und die soziale Sicherheit, durch die stabile Verhältnisse in den Realeinkommen und in den Vermögenswerten geschaffen werden; wieder andere heben hervor, daß die sozialen Vorteile eben von der funktionalen Effizienz des freien Wettbewerbs herkommen, das heißt von der Orientierung der Wirtschaft am Verbraucher, an seinen Wünschen und Bedürfnissen, von der Bereicherung des Angebots, die die Folge des kontinuierlichen Produktionsanstieges ist, den die Wettbewerbseffizienz mit sich bringt, und von den verfassungsmäßigen Garantien, die eine Sicherheit gegen jegliche Ausbeutung des Marktes und der Verbraucher durch monopolistische Verhaltensweisen bieten, ganz allgemein gegen Praktiken, die den Wettbewerb beschränken.

Wie wichtig dies alles sein mag, soweit es um die Voraussetzung für die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Freiheit, der Effizienz und der Stabilität geht, so weist das Programm der Sozialen Marktwirtschaft nichtsdestoweniger in konkreter Weise auf grundlegende soziale Ziele hin, an denen sich auch andere Programme, wenngleich mit anderen Mitteln, orientieren können, das heißt, auf einen höheren Grad des sozialen Wohlstands, auf einen Wohlstand, der in erster Linie auf einer größeren Gerechtigkeit bei der Verteilung beruht. Zu diesem Zweck kann eine aktive Finanzpolitik einen Prozeß der Umverteilung der hohen Einkommen einleiten und auf diese Weise der reinen Markteffizienz Elemente der Gerechtigkeit hinzufügen.

Aber andererseits genügen einer humanistisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik nicht die quantitativen Aspekte des Verteilungsprozesses, das soziale Wohl setzt letztlich eine geringere Ungleichheit und eine Entproletarisierung der ein-

zelen *Person* voraus. Auf diesem Gebiet erlangen nicht nur die Finanz- und Transferpolitik, sondern auch die Vermögenspolitik, die Politik zur Förderung der Mittelschicht, der Chancengleichheit, der Beteiligung an den sozialen Entscheidungen, in der Tat einen großen Anteil an der Sozialpolitik und anderen Zweigen der Staatspolitik. Denn wie ein anderer Gründer der Sozialen Marktwirtschaft, *Ludwig Erhard*, sagte, muß die Wirtschaftspolitik im Rahmen einer bestimmten Wertehierarchie durchgeführt werden, in der der Respekt vor der Würde des Einzelnen, der Herr seiner selbst, seines Lebens und seiner Entwicklung sein soll, enthalten ist.

3. Der Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft — Perspektiven und Probleme

Wir haben unter dem ersten Punkt auf das Werteschema Bezug genommen, das die Planung und die Praxis der Wirtschaftspolitik auf eine christlich-humanistische Perspektive ausrichten soll. Unter dem zweiten Punkt sind wir dazu übergegangen, die Form zu untersuchen, in der die Soziale Marktwirtschaft, mit ihren Ordnungsprinzipien und wirtschaftspolitischen Entwürfen, eine Ordnung begründen will, in der ein Werteschema wie das vorher aufgezeigte realisiert und abgesichert werden kann. Wir müssen jetzt unter diesem dritten Punkt der Frage nachgehen, in welchem Maß das Programm der Sozialen Marktwirtschaft ein Angebot für Länder sein kann, die verschieden von Deutschland sind, auch für Entwicklungsländer, und in welchem Maß es auch eine Alternative werden kann, um die Wirtschaftskrise, in der sich die Welt gegenwärtig befindet, zu mildern.

Wegen des begrenzten Umfangs dieser Arbeit beschränken wir uns auf eine kurze und vereinfachte Darstellung. Auf den ersten Blick fällt als positives und frappierendes Argument die Tatsache auf, daß das einzige Land, das das Modell der Sozialen Marktwirtschaft angewandt hat, nämlich Deutschland, trotz seiner Schwierigkeiten und Probleme, trotz der Energieverteuerung, die so sehr die gegenwärtige Krise beeinflusst hat, eine überschüssige Zahlungsbilanz aufweist, eine stabile, aufgewertete Währung und eine mäßige und fallende Inflationsrate, die niedrigste aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und nur 50 % des Durchschnitts der westeuropäischen Länder. Es konnte einige zufriedenstellende Ergebnisse auf zwei Fronten der Krise verzeichnen: bei der Inflation und der Zahlungsbilanz. Obgleich das Wirtschaftswachstum sich während der beiden letzten Jahre in bedeutendem Maß verringert hat, findet sich immerhin seine Arbeitslosenrate immer noch unter den niedrigsten der europäischen Wirtschaften, und die Voraussagen weisen darauf hin, daß sich auch Verbesserungen auf dem Gebiet der Produktion ergeben werden. Wenn man auch hinzufügen muß, daß infolge der Meinungsverschiedenheiten und der wirtschaftlichen Strategien, als Konsequenz

der gegenwärtigen (Mitte 1982) Regierungskoalition, die deutsche Wirtschaft nicht mehr nach den gesamten Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft abläuft.

Wenn man jedoch diese Wirtschaftsentwicklung betrachtet und sie vergleicht mit der anderer Länder, die eine Nullwachstumsrate haben, die eine Arbeitslosenzahl aufweisen, die über dem dreifachen der deutschen liegt, ein großes Zahlungsdefizit und eine Inflationsrate, die fortwährend weit über 10 % liegt, taucht die Frage auf, ob das Problem in einem einfachen Wechsel des wirtschaftspolitischen Modells liegt oder ob im Gegenteil noch besondere Bedingungen vorliegen, die eine substantielle Verbesserung der Lage verhindern. Wenn das letztere die Antwort ist, besteht kein Zweifel, daß die Anwendung eines der Sozialen Marktwirtschaft entsprechenden Programms es mit zusätzlichen Schwierigkeiten zu tun hätte.

Wenn wir die spanische Wirtschaft als Beispiel nehmen, auf die wir uns in den folgenden Überlegungen beziehen wollen, mit mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, obgleich es den Unternehmen sehr schwer gemacht ist, Arbeitnehmer zu entlassen, dann würden die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Beseitigung der Subventionen, die staatliche und private ins Defizit geratene Betriebe zu Lasten des Staatshaushaltes empfangen, auf kurze Sicht ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit von solchem Ausmaß bewirken, daß seine Konsequenzen unabsehbar wären. Eine Entscheidung dieser Art, auch wenn sie mit der nötigen Klugheit und den entsprechenden Fristen getroffen würde, erforderte nicht allein eine feste Überzeugung von der Güte der Initiative, sondern auch einen politischen Mut, der eher selten scheint. Vertrauen in die Effizienz des Programms und politische Entschiedenheit, es durchzuführen, sind metaökonomische Voraussetzungen, um der tiefgreifenden Wirkung eines Wechsels des wirtschaftspolitischen Modells zu begegnen. Dies waren, wie es scheint, die Qualitäten der Politiker, welche die Wirtschaftsreform des Jahres 1948 in Deutschland in Angriff nahmen.

Aber auch wenn die Überzeugung in die Effizienz dessen, was man lehrt, eine Frage der Bildung und des persönlichen Charakters ist, hängt die Fähigkeit, die Entscheidungen zu treffen, davon ab, ob man über die politische, parlamentarische Mehrheit verfügt, damit diese Entscheidungen durchgebracht werden können. Wenn wir bei dem spanischen Beispiel bleiben, so haben die zur Mehrheit zusammengewürfelten Minderheiten weder ein kohärentes marktwirtschaftliches Programm verteidigt, noch haben sie über eine dauerhafte Koalition verfügt, um ein systematisches wirtschaftspolitisches Programm durchzuführen.

An zweiter Stelle unter diesen nötigen Bedingungen dafür, daß die Alternative der Sozialen Marktwirtschaft durchgeführt werden kann, steht ohne Zweifel

auch die Tatsache, daß die in der Verfassung verankerten Prinzipien und Institutionen in Übereinstimmung stehen mit der angestrebten Wirtschaftsordnung. Die derzeit gültige spanische Verfassung aus dem Jahre 1978, die mit dem politischen Konsens der verschiedenen Parteien, die Träger sehr unterschiedlicher Ideologien sind, zustande kam, bildet ein elastisches Modell, bei dem die Freiheit des Unternehmens im Rahmen der Marktwirtschaft anerkannt wird, aber auch die staatliche Initiative, Unternehmungen zu verstaatlichen oder selbst staatliche Gründungen vorzunehmen, und das planende Eingreifen des Staates in die allgemeine Wirtschaftsaktivität. Wenngleich die Meinung hervorragender Verfassungsrechtler zu der Feststellung neigt, daß die Unternehmensfreiheit hinreichend formuliert und gesetzlich verteidigt sei, ist die Mehrheit der Ansicht, daß die Verfassung lediglich ein Mischsystem bestätige, das dem gegenwärtig existierenden Wirtschaftssystem entspreche, das zwar ein Minimum an hinreichenden Elementen zur Errichtung einer Marktwirtschaft beinhalte, aber auch über ausreichende Bestandteile verfüge, um der Wirtschaftskontrolle, den Verstaatlichungen und der Wirtschaftsplanung ein verfassungsmäßiges Fundament zu geben, so daß die reale Wirtschaftsordnung den einen oder anderen Aspekt zeigt, je nachdem, welche politischen Parteien die Regierung bilden, und je nach den Möglichkeiten, stabile und homogene Mehrheiten zu bilden.

Wenn wir von den Vorbedingungen und den politischen Aspekten zu den realen Prozessen übergehen, so dürfte bekannt sein, daß die spanische Wirtschaft einen schmerzhaften Anpassungsprozeß an die von der internationalen Wirtschaftskrise verursachten neuen Bedingungen durchmacht, wobei erschwerend hinzukommt, daß die Auswirkungen dieser Krise hier relativ viel stärker waren, wegen ihrer strukturellen Umstände wie auch wegen der Tatsache, daß sie mit einem großen Prozeß des Übergangs und des politischen Regimewechsels einhergeht. Daher hat man gesagt, der spanische Fall sei eine „Differentialkrise“.

In der Mitte der siebziger Jahre, in der Zeit, da die erste Ölkrise entstand, befand sich die spanische Wirtschaft in einer sehr prekären Lage, da ihre Energieversorgung übermäßig von diesem Produkt abhängig war. Als 1979/80 die zweite Krise dazukam, hatten die meisten europäischen Länder schon Schritte zur Energieeinsparung und für den Strukturwechsel des Energieangebotes unternommen, weshalb sie der neuen Lage mit einer wirkungsfähigen Strategie begegnen konnten. Das konnte aus politischen Gründen in der spanischen Wirtschaft nicht so geschehen, weshalb die Verschlechterung des Exportes viel spürbarer war und die Auswirkung auf die Zahlungsbilanz enorm. Zu Beginn der achtziger Jahre wurde die Energiestrategie umrissen und man begann, ihre Folgen zu erfassen. Allerdings sind einige Punkte der Strategie auf starken Widerstand gestoßen.

Der „Energieschock“ auf die Gesamtproduktion erforderte eigentlich, um inflationäre Folgen zu verhindern, mittels entsprechender Preisbildung der Faktoren, einschließlich der Reallöhne, eine Anpassung an den durch die Energieverteuerung verursachten Produktionsausfall. Die Reaktion in einer Wirtschaft, in der die Arbeitsplätze garantiert sind, war, im Gegenteil, eine starke Anhebung der Reallöhne, vorangetrieben von einigen stark politisierten neugegründeten Gewerkschaften, die ihren Gefolgsleuten einen Erfolg präsentieren wollten. Die Bruttokosten, einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung, stiegen weit über die Produktivität an. Damit verwandelte sich der importierte Preisanstieg in einen wachsenden Prozeß der Kosteninflation.

Die wirtschaftspolitische Reaktion bestand, wie in den meisten Ländern, in restriktiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Nachfrage. Die Konsequenzen ließen nicht auf sich warten: erneuter Preisanstieg, Verschlechterung der Finanzlage der Unternehmen und eine größere Arbeitslosigkeit, die einen Arbeitsmarkt traf, in dem das Angebot zunahm, weil die aktive Bevölkerung zunahm, während zugleich die Möglichkeiten, ins Ausland auszuwandern, geringer wurden. Die Kapitalschöpfung war während der ersten fünf Jahre der Krise negativ, und noch heute ist die Zunahme der Investitionen sehr schwach. Die Kapitalisierungsquote fiel von 26,7 % im Jahre 1974 auf 19,5 % im Jahre 1981.

Zur Energieverteuerung und zum Anstieg der Reallöhne ist ein dritter Faktor hinzugekommen. Die Verringerung und die Verschiebung der Nachfrage sowie die Verteuerung der Kosten haben einen großen Teil der Industrie in eine äußerst schwierige Lage gebracht, die eine tiefgreifende Umstrukturierung nötig machte. Wäre diese mit Hilfe der Marktmechanismen zustande gekommen, wäre der Verlust an Kapital und Arbeit beträchtlich gewesen. Man hat einen Mittelweg eingeschlagen, eine Politik der schrittweisen Anpassung, die zu großen Lasten für den Haushalt und trotzdem zu bedeutenden Arbeitsplatzverlusten geführt hat.

Alle diese Anpassungen an die Krise haben, wie gesagt, in einer Periode des politischen Übergangs stattgefunden, mit einer raschen Ersetzung des früheren Wirtschafts- und Arbeitsmodells, außer in einem Punkt, der Möglichkeit der Entlassung von seiten der Unternehmungen. Neue Ideologien, die der Privatinitiative und der unternehmerischen Funktion argwöhnisch, wenn nicht feindlich gegenüberstehen, sind auf der wirtschaftlichen Szene erschienen. Klassenkämpferische Gewerkschaften mit großen Ansprüchen haben eine größere soziale Konfliktgeladenheit verursacht; der politische Übergang und vor allem der Prozeß zur Klärung der unterschiedlichen Optionen hat eine außerordentlich lange Reifezeit erforderlich gemacht.

Zwar hat sich das Wachstum der Reallöhne in diesen beiden letzten Jahren abgeschwächt, jedoch nicht in ausreichendem Maße, daß es sich an die Verringerung der Produktivität der Wirtschaft und die verschlechterte Zahlungsbilanz im Verkehr mit dem Ausland angepaßt hätte.

Die Krise hat einen großen Teil ihrer Kosten auf den öffentlichen Haushalt abgewälzt, mit einer starken Zunahme der laufenden Ausgaben, der Sozialtransfers und schließlich der Investitionsaufwendungen. Bei alledem hat der Haushalt ein wachsendes Defizit zu verzeichnen, dessen Umfang sich gegenwärtig auf annähernd 5 % des BIP beläuft. Die Finanzierung des Defizits, zum großen Teil zu Lasten der Notenbank, hat inflationäre Folgen, und der Geldbedarf des Fiskus hat Einfluß auf die Steigerung der Zinsraten, wodurch der Bedarf an finanziellen Mitteln von seiten der Unternehmen zu leiden hat.

Am Ende dieses langen Prozesses zeigen die Daten einen kräftigen Fall der Wachstumsrate; zwischen 1975 und 1980 betrug das reale Wachstum des BIP 2,1 % und das des Pro-Kopf-Einkommens 1,1 %. Während der sechziger Jahre hatte die spanische Wirtschaft einen Wachstumsvorsprung gegenüber der europäischen Gemeinschaft; gegenwärtig ist der Unterschied umgekehrt, da die EG in demselben Zeitraum mit einer Rate von 2,6 % wuchs. Die Zahlungsbilanz weist ein Defizit im Kontokorrent von ungefähr 5 Milliarden Dollar auf, bei einer starken Auslandsverschuldung. Die Inflationsrate, die einzige Größe, die eine günstige Tendenz gezeigt hatte, wird dieses Jahr wieder ansteigen. Das Schwerwiegendste ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit, die bei 15 % der erwerbstätigen Bevölkerung liegt, wenngleich die letzten Daten hinsichtlich des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der Beschäftigung eine positivere Perspektive bieten.

In dieser Situation ist der Planungshorizont für unternehmerische Aktivitäten und Investitionen auf ein Minimum reduziert. In diesem Jahr (1982) oder wahrscheinlich im nächsten, werden allgemeine Wahlen stattfinden. Die spanische Wirtschaft scheint auf der Stelle zu treten. Angesichts der politischen Unsicherheiten haben die Unternehmerorganisationen in den Wahlkampf eingegriffen, was in weiten Bereichen scharf kritisiert wurde. Mögen die Unternehmer nun Recht behalten mit diesen Entscheidungen oder nicht, sicher ist, daß sie damit zeigen, daß sie ihre Zielsetzungen von den widerstreitenden politischen Richtungen nicht hinreichend vertreten erachten oder daß sie es für nötig halten, jenen zu helfen, die ihrem Gesellschaftsmodell näherstehen. Man sollte sich im Einvernehmen mit den Plänen des Kongresses fragen, welches das Angebot der Sozialisten, gegenwärtig der wichtigsten Oppositionspartei, zur Bewältigung der Krise ist, um dann auf die realen Aussichten zu schließen, die ein marktwirtschaftliches Programm noch hat.

In Wirklichkeit ist das Wahlprogramm der sozialistischen Partei noch gar nicht bekannt. Aus den früheren Versionen und den Erklärungen ihrer Führer läßt sich auf eine dem französischen Sozialismus ähnliche, wenn auch vielleicht etwas weniger dogmatische Orientierung schließen. Aber auch wenn es paradox scheinen mag, dieses Programm wird keine grundsätzlichen Änderungen gegenüber der Wirtschaftspolitik, die die Regierungspartei gegenwärtig betreibt, aufweisen. Das Programm, das in einem stärkeren Maße interventionistisch sein wird, mit mehr Rückgriffen auf direkte Kontrollen, legt sein Hauptgewicht auf die Beschäftigungspolitik. Für die Steigerung der Beschäftigung würde es auf der einen Seite die Maßnahmen zur Verteilung des Arbeitsangebotes vermehren: Verringerung der Arbeitszeit, mehr Urlaub, Herabsetzung des Pensionsalters usw. Auf der Seite der Nachfrage würde das Programm zur Ausweitung der Gesamtnachfrage neigen durch Unterstützung des Konsums auf dem Wege der Lohnpolitik, der Steigerung der Renten usw. und zu einer Ausweitung der staatlichen Investition. Beide Instrumente werden zu größeren finanziellen Belastungen für die Haushalte der öffentlichen Verwaltungen führen und letztlich zu einer Anhebung der Steuern und einem größeren Haushaltsdefizit.

Worin der spanische Sozialismus sich weniger dogmatisch zeigt, ist die Frage der Verstaatlichungen. Abgesehen von der Verstaatlichung einiger ausgewählter Industrien und einer größeren Kontrolle der Sparkassen schlagen sie zur Zeit nicht die Verstaatlichung des Bankwesens vor. Dagegen würden sie mit größerem Nachdruck durch den öffentlichen Sektor und das weite Netz der staatlichen Betriebe, die gegenwärtig eine wichtige Rolle in der spanischen Wirtschaft spielen, Einfluß nehmen. Nichts wird gesagt über die Form einer Steigerung des Sparens und der Privatinvestition.

Die Auswirkungen des Programms der französischen Sozialisten sind zum Teil schon bekannt; diejenigen des spanischen Programms lassen sich auch schon absehen, da die spanische Wirtschaft über einen sehr viel kleineren Handlungsspielraum verfügt als die französische, vor allen Dingen was die Möglichkeiten der Vergrößerung des Haushaltsdefizits und der Anhebung der Reallöhne betrifft. Das Programm würde versuchen, nachdrücklich die Umverteilung bei totaler wirtschaftlicher Stagnation zu betreiben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß seine Ergebnisse im Gegensatz zu den erwarteten eine Verschärfung des Beschäftigungsproblems, größere Inflation, größere Defizite in der Zahlungsbilanz und den öffentlichen Finanzen sein werden, was schließlich zu einem Stabilisierungsplan führen wird, wie er in Frankreich entstanden ist und in Italien angestrebt wird.

Welche Veränderungen würde das Programm einer Sozialen Marktwirtschaft hervorrufen? An erster Stelle würde der Wechsel in einem stärkeren Einwirken

auf das Produktionsangebot bestehen, was weniger wirtschaftspolitische Eingriffe, vor allem quantitativer Art bedeutete, deren Auswirkungen langsamer und später kämen, mit einer kleineren Rolle des öffentlichen Sektors und einer größeren Tätigkeit des Marktes und der sozialen Initiativen. Da die „Schocks“ der Krise vor allem das Angebot trafen, mit starken Bewegungen im Preisgefälle der Produktionsfaktoren, und man außerdem den durch eine lange Periode wirtschaftlicher Interventionen verfallenen konstitutionellen Rahmen wiederherstellen muß, wird es notwendig sein, einen Zeitplan für die mittel- und langfristigen Maßnahmen zu erstellen, vor allem auch deswegen, weil mit Widerstand gegen das Programm vonseiten unterschiedlicher Ideologien gerechnet werden muß. Dafür wird man eine effiziente, stabile Wirtschaft erreichen, mit wachsendem Wohlstand und der Privatinitiative als ihrem Hauptträger.

Der erste Programmpunkt wäre, auf der Linie der Wettbewerbspolitik, so weit wie möglich, die Liberalisierung des Marktes voranzutreiben, wobei an erster Stelle die gesetzlichen oder tatsächlichen Hindernisse, die die Entfaltung der Unternehmungen in der Übernahme neuer Technologien behindern, beseitigt würden, unter Abbau der direkten Interventionen auf die Preise und, soweit nötig, der allmählichen, vorsichtigen Reduzierung des außenwirtschaftlichen Protektionismus, und wobei an zweiter Stelle die Gesetze und der institutionelle Rahmen geschaffen würden, die erforderlich sind, um alle Absprachen, Verhaltensweisen und Verfahren zu verhindern, die die effektive Konkurrenz der Unternehmungen auf dem Markt einschränken. Die zugrundeliegende Idee ist, daß die Effizienz, die bessere Allokation der Produktionsfaktoren mittels der freien Preisbildung erreicht wird. Jegliche soziale Verzerrung, die die Konkurrenz erzeugen mag, muß mit entsprechenden Interventionen behandelt werden, die das soziale Ziel verfolgen, ohne die Effizienz des Marktes zu beeinträchtigen.

Der zweite Punkt des Programms wäre, den Liberalisierungsprozeß so zu leiten, daß eine nicht-inflationäre Anpassung an die durch die Energieverteuerung erzeugten Schwankungen der Faktorpreise erzielt wird. Es wären politische Maßnahmen, die auf der Seite des gesamten Angebots der Wirtschaft wirken würden.

In Bezug auf die Energie dürfte die vollständige Übertragung der internationalen Preissteigerung nicht verhindert werden, noch versucht werden, ihre Auswirkung mittels kompensatorischer Maßnahmen zu dämpfen, dagegen sollten mittel- und langfristig die Prozesse der Substitution zur Umwandlung der Struktur des Energieangebotes unterstützt werden.

Bezüglich der Arbeit muß die Existenz und Tätigkeit von zentralen professionellen Gewerkschaften und einer Arbeitsgesetzgebung, die die Rechte der Arbeitnehmer und die Arbeitskonflikte regelt, begleitet werden von einer größeren Li-

beralisierung der Entlassungsmöglichkeit, deren Einführung schrittweise vor sich gehen kann, mit dem Ziel, auf dem Arbeitsmarkt mittels der Tarifverträge eine korrektere Festsetzung der Nominallöhne zu erreichen im Einklang mit den Produktivitätsschwankungen und den Schwankungen der Handelsbilanz.

Im gleichen Sinne muß die Liberalisierung auf den Finanzmärkten gefördert werden, mit dem Ziel, durch Verschärfung des Wettbewerbs Gewinnprivilegierungen zu beseitigen und der passiven Übernahme der Kostenanhebungen, die einen stetigen Anstieg der Zwischenhandelsspanne schaffen, entgegenzuwirken. Allmählich müssen die privilegierten Kreise eliminiert werden, die Kredite zu einem reduzierten Zinssatz erhalten, was letztlich die Investitionsmöglichkeiten verzerrt und die Kosten der Kredite für konkurrierende Unternehmungen in die Höhe treibt. Auf diese Weise würden sich die Aktivzinsen mehr an die Entwicklung der Passivzinsen angleichen, die zwar kurzfristig steigen, mittelfristig aber mit der größeren Währungsstabilität und dem höheren Sparaufkommen fallen würden.

Realistische Preise, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeitskosten, Produktivität und finanzieller Liberalisierung, sind notwendige, wenn auch nicht hinreichende Faktoren für die Förderung der Privatinvestition, den Zuwachs der Produktion und der Beschäftigung und die Verbesserung der Produktivität. Andererseits sollte eine größere rechtliche Sicherheit für die grundlegenden Institutionen der Marktwirtschaft und eine höhere Wertschätzung der Funktion des Unternehmens seitens der Gesellschaft durchgesetzt werden. In jüngster Zeit veranstaltete Umfragen haben ergeben, daß nur ein äußerst geringer Prozentsatz an Persönlichkeiten bereit ist, sich auf unternehmerische Risiken einzulassen.

Die Liberalisierung der Interventionen und Kontrollen sollte sich auch auf den öffentlichen Sektor erstrecken, was sowohl eine Reform der Verwaltung bedeutet, deren Umfang an ihre geringere Rolle im Wirtschaftsleben angepaßt werden müßte, als auch eine Reform der staatlichen Unternehmen impliziert, die einer rigorosen Kosten- und Gewinnanalyse unterzogen werden müßten.

In jedem Fall müßte die Konjunkturpolitik mit einer Währungspolitik, die der Regierung zur Reduzierung der Ermessensfreiheit sich auf die Unabhängigkeit der Notenbank stützt, nur mit unbedingt notwendigen Maßnahmen die Entwicklung der Wirtschaft zu begleiten. Die Währungspolitik hat eine sehr wichtige Rolle bei der Beseitigung der Inflationsbefürchtungen der Wirtschaftsteilnehmer zu erfüllen. Die Steuerpolitik muß auf die Reduzierung des Defizits eingestellt sein. Die unproduktiven öffentlichen Ausgaben sollen zugunsten von Investitionen für Wohnungen und Infrastruktur eliminiert werden, es sollen regionale Beschäftigungsprogramme gefördert und Arbeitsplätze für die jüngere Genera-

tion geschaffen werden. Trotz allem muß, wie gesagt, als wichtigster Anreiz zur Schaffung von Arbeitsplätzen die Steigerung der Privatinvestitionen betrachtet werden, die durch die Reform des wirtschaftlichen Rahmens, die Währungsstabilität, die adäquatere Gestaltung der Arbeitskosten, die Reduzierung des Haushaltsdefizits und eine Verbesserung des politischen und sozialen Klimas herbeigeführt werden.

Ein solches Programm beinhaltet offensichtlich das Risiko, daß sich die Situation zunächst verschlechtern wird, insbesondere was die Beschäftigungslage betrifft. Daher sind von Anfang an die sozialen Aspekte des Programms zu beachten. Damit würde zugleich eine wohlwollende Aufnahme des Programms im Volk erreicht. Die Arbeitslosenversicherung sollte ihren Schutz auf die Gesamtheit der Beschäftigungslosen ausweiten und die sog. langfristige Arbeitslosigkeit berücksichtigen, die proportional zur Dauer der Krise zunimmt. Im gleichen Sinn muß die Politik der Umverteilung als soziale Komponente wirken, denn die Markteffizienz und die wirtschaftlichen Liberalisierungsmechanismen sind durchaus vereinbar mit einer gerechteren Verteilung und einer geringeren sozialen Ungleichheit.

4. Die Soziale Marktwirtschaft und ihr möglicher Beitrag zu einer solidarischeren Gestaltung der internationalen Ordnung

Die jüngst von verschiedenen internationalen Organisationen, der UNCTAD, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond, veröffentlichten Daten über die wirtschaftliche Situation der verschiedenen Länder der Welt und über die bestehenden schwerwiegenden Ungleichheiten haben von neuem die Aufmerksamkeit auf das so oft schon wiederholte Problem der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten bei der internationalen Verteilung des Reichtums und der Erträge gelenkt.

Aber diese Daten betreffen nicht nur eine Welt der Ungleichheiten, mit abgrundtiefen Unterschieden der Pro-Kopf-Einkünfte, sondern auch eine Welt der wirtschaftlichen Stagnation, in der viele Länder ein Negativwachstum aufweisen und mit einer großen Auslandsverschuldung belastet sind.

Die wirtschaftliche Rezession und die Zunahme des Protektionismus von seiten der Länder mit einem höheren Entwicklungsniveau, haben zu einer bedeutenden Verringerung des internationalen Handelsvolumens und zu einem beträchtlichen Fall der Rohstoffpreise geführt, wodurch die schon jetzt geringen Aussichten auf internationale Finanzierungshilfen weiter abnehmen. Der Anstieg der Zinssätze und der Verschuldung bringt die Länder der sogenannten Dritten Welt

auf Rekordhöhen der Auslandsverschuldung und führt zu einer starken Vergrößerung der Zinslast. Der OECD zufolge hat sich während der letzten sechs Jahre der Umfang dieser Auslandsschulden verdreifacht und die Kosten dafür verfünffacht.

Äußerste Ungleichheit, Stagnation, tiefe Auslandsverschuldung, dies sind drei fundamentale Aspekte, die die wirtschaftliche und soziale Lage der Welt charakterisieren. Demgegenüber konnten die internationalen Organisationen kaum substantielle Faktoren für die Besserung der Lage namhaft machen, noch eine wirksame Wirtschaftspolitik betreiben, die über Studien, Empfehlungen und Zusammenkünfte der verschiedenen Institutionen zur regionalen oder weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit hinausgegangen wären. Angesichts des Fehlens einer kohärenten und auf internationaler Ebene koordinierten Wirtschaftspolitik ist man schließlich dazu gekommen, die Lösung auf dem Weg der Wirtschaftshilfe zu suchen, mit allen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die daraus folgten. Letztlich haben sich die Grundlagen des internationalen Handels auf keine Weise wirklich geändert, ist langfristig kein Prozeß eingeleitet worden, der zu einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung, zur Liberalisierung des Handels und zu einer besseren Allokation der Produktionsfaktoren auf weltweiter Ebene führt. Die durch die Krise belastete wirtschaftliche Entwicklung akzentuiert vielmehr die negativen Faktoren und reduziert die Funktionsmöglichkeiten eines wettbewerblichen Marktes, der Angebot und Nachfrage auf weltweiter Ebene koordinieren würde. Und es bleibt kein anderer Ausweg als die nachträgliche finanzielle Unterstützung, noch dazu mit unzureichenden Mitteln, die nur wechselseitige Abhängigkeiten schafft.

Diese Situation dient den bestehenden Blöcken und Interessengruppen zur Konsolidierung oder Ausweitung von Machtpositionen, zur ideologischen Kolonisierung und zur, häufig gewaltsamen und revolutionären, Umverlagerung von ungerechten und konfliktreichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, zu deren Entstehung sie selbst zu einem guten Teil beigetragen haben.

Wie kann in diesem Zusammenhang die Soziale Marktwirtschaft eine Alternative der Effizienz und des Wohlstandes auf weltweiter Ebene darstellen? Wird sie erfolgreich bestehen können gegenüber anderen, wie der marxistischen, die den armen Ländern die gewaltsame Befreiung der Ausgebeuteten bringen wollen?

Um die Soziale Marktwirtschaft auf weltweiter Ebene einführen zu können, ist eine internationale, die ganze Welt umfassende Wettbewerbsordnung unabdingbar. Diese Ordnung impliziert an erster Stelle einen Prozeß vollständiger Liberalisierung, der die vielfältigen Hemmnisse, die dem freien Verkehr von Personen, Produktivfaktoren, finanziellen Mitteln und Fertigwaren entgegenstehen, besei-

tigt. Das hauptsächliche Hindernis dafür ist, wie man weiß, die protektionistische Politik, die weitgehend von allen Ländern betrieben wird, insbesondere von den reichen Ländern und deren Institutionen zur Wirtschaftsintegration wie der EWG.

Die geringe Einkommenselastizität der am meisten industrialisierten Länder hinsichtlich der Nahrungsmittelprodukte aus Entwicklungsländern hat die internationale Nachfrage nach diesen Produkten nicht wachsen lassen und damit ihre Exportmöglichkeiten eingeschränkt. Außerdem hat die Ersetzung von Rohstoffen aus der Dritten Welt durch solche industrieller Herkunft, wie sie in den am weitesten entwickelten Ländern praktiziert wird, die Neigung dieser Länder zu Importen aus Entwicklungsländern reduziert. Beide Faktoren haben grundsätzlich zur Verschlechterung der Handelsbilanz der Entwicklungsländer, d. h. zu ihrer wachsenden Auslandsverschuldung geführt.

Aber abgesehen von diesen langfristigen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung, haben die am weitesten entwickelten Länder einen mächtigen, über Zollschränken hinausgehenden, protektionistischen Gürtel um ihren landwirtschaftlichen Sektor gelegt und verringern damit wesentlich die Importchancen dieser Produkte, die die Exportgrundlage für die meisten der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder darstellen.

Die Politik des Protektionismus und der Preisintervention erzeugt große Produktionsüberschüsse, die dann mit Subventionen exportiert werden sollen, wodurch den Entwicklungsländern noch größere Schäden entstehen. Aus all diesen Gründen und anderen, die hier zu erwähnen kein Platz ist, haben die ärmsten Länder mit ihren Exporten keinen Zugang zu den internationalen Märkten und keine Möglichkeit, unter einigermaßen gleichen Chancen zu konkurrieren. All das bedeutet, daß es ohne einen tiefgreifenden und umfangreichen wirtschaftlichen Liberalisierungsprozeß keine Möglichkeit eines wirklichen Wettbewerbs und folglich einer Koordination von Angebot und Nachfrage auf weltweiter Ebene geben wird.

Die Wettbewerbsordnung, wie sie vorher dargelegt wurde, impliziert nicht nur eine Mobilität der Faktoren und freie Preisbildung, sondern auch energische Maßnahmen gegen Monopole und wettbewerbsverzerrende Praktiken. Ein international koordiniertes Vorgehen gegen „Kartelle“ wie es auf der Ebene des Gemeinsamen Marktes bereits initiiert wurde, muß auf der ganzen Welt, einschließlich bei den weniger entwickelten Ländern, verbindlich sein. Zudem müssen diese Maßnahmen auf andere Praktiken, die den Wettbewerb verfälschen, ausgedehnt werden, wie es von seiten der GATT mit den Dumpingverboten, wenn auch noch wenig erfolgreich, geschehen ist.

Ebenso wie es der Wirtschaftspolitik des Staates zukommt, Bedingungen für einen echten Leistungswettbewerb auf nationaler Ebene zu schaffen, so käme es einer Wirtschaftspolitik im internationalen Maßstab zu, Bedingungen für das Funktionieren des Wettbewerbs auf weltweiter Ebene zu schaffen. Das ist allerdings nur möglich in dem Maße, wie internationale Institutionen bestehen, die mächtig genug sind, als Gegengewicht gegen nationalen Egoismus und Mangel an Solidarität der Reichsten zu wirken, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht den übrigen ihren Willen aufoktroyieren. Es wird keine wirkliche internationale Ordnung geben, wenn die am höchsten entwickelten Länder nicht einwilligen, einen Teil ihrer wirtschaftlichen Souveränität an eine internationale Organisation abzutreten und auf ihren unverhältnismäßigen Einfluß im internationalen Bereich zu verzichten. Dies wäre die Grundvoraussetzung dafür, daß die Soziale Marktwirtschaft auf weltweiter Ebene zur Geltung kommen könnte. Sie ist der Preis einer leistungsfähigeren, freieren und sozial einheitlicheren Welt.

Die Wettbewerbsordnung muß durch die Währungsordnung ergänzt werden, die von der Existenz korrekter Wechselkurse abhängt. Selbst ohne staatliche Interventionen, die den Wettbewerb einschränken, ohne Monopole und internationale Kartelle führen freie Preise ohne korrekte Wechselkurse nicht zu einer effizienteren Allokation der Faktoren und zu einer Besserung des Warenverkehrs. Ein gutes System wäre die Anwendung fester Wechselkurse in Verbindung mit einer Politik des Zahlungsbilanzgleichgewichts. Doch würde unter den gegenwärtigen Umständen die Beibehaltung flexibler Wechselkurse weniger Probleme schaffen. Dieses letztgenannte System bietet den Vorteil, die Zahlungsbilanzprobleme wesentlich zu mildern und daher die Beseitigung der Handelsschranken und der Kontrollen der Devisen und des internationalen Zahlungsverkehrs zu erleichtern.

Wenn man zu einem System mit wirklichem Wettbewerb übergeht und korrekte Währungsbedingungen geschaffen werden, wird man gewisse Vorteile viel deutlicher bemerken als bisher. Die Vorteile bestimmter Zonen der Welt bei der Produktion einiger Produkte würden sich verlagern, wodurch große Strukturveränderungen, die alle Länder betreffen, entstünden. In den hochentwickelten Ländern würden Industriezweige betroffen sein, die gegenwärtig nur dank künstlicher protektionistischer Maßnahmen weiter existieren, die unter dem Vorwand des sogenannten „sozialen Dumping“ getroffen wurden. Die Länder mit billigerer Arbeitskraft können doch auch nichts anderes tun, als Produkte exportieren, bei denen sie verhältnismäßige Vorteile besitzen. Gleichmaßen würde der übermäßig geschützte Agrarsektor der hochindustrialisierten Länder betroffen sein, mit günstigen Aussichten für den Export der Produkte aus Ländern der Dritten Welt.

Solche Strukturveränderungen würden bedeutende Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftspolitik erfordern, die durchaus mit der Marktwirtschaft vereinbar

sind, solange sie nicht dazu bestimmt sind, künstliche Vorteile aufrechtzuerhalten, die vielmehr die Anpassung und Angleichung erleichtern und die sich möglicherweise ergebenden sozialen Probleme mildern. Es wäre auch zweckdienlich, daß der Strukturwandel im voraus geplant würde und die Wirtschaftszweige mit vergleichsweise größerer Überlegenheit gefördert würden.

Wenn man die Soziale Marktwirtschaft auf die internationale Ordnung anwendet, sollten sich schließlich spezielle Maßnahmen nicht auf den Bereich der Wirtschaft beschränken, sondern auch ihre soziale Komponente einschließen. Im internationalen Vergleich sind die weniger entwickelten Länder die sozial schwächsten Sektoren. Daher wären alle ausgleichenden Maßnahmen anzuwenden, die auf einer größeren sozialen Gerechtigkeit fußen. Derartige Maßnahmen würden sich nicht auf der Grundlage von Preisinterventionen oder ähnlichen Eingriffen, die die Verwirklichung des Ziels der besseren Allokation der Faktoren behinderten, artikulieren, sondern durch Maßnahmen der Einkommensumverteilung auf weltweiter Ebene. Die Entwicklungshilfe würde in vielfältiger Form notwendigerweise Teil einer Sozialen Marktwirtschaft auf internationaler Ebene sein. Daher müssen Ziele bezüglich des Umfangs der Hilfe gesetzt werden im Verhältnis zu den verfügbaren Einkommen in den meistbegünstigten Ländern. Diese durch die internationalen Organisationen geleistete Hilfe muß multilateralen Charakter haben und darf keine bilateralen Abhängigkeiten schaffen.

In jedem Fall dürfen die indirekten sozialen Vorteile nicht vergessen werden, die sich aus der dem Wettbewerbsmechanismus innewohnenden Effizienz ergeben. Wenig würden die Hilfen, so umfangreich sie auch wären, nutzen, wenn sie lediglich als Flickwerk im nachhinein eingesetzt würden, während vorher der Handelsaustausch, der sich aus einer korrekten internationalen Arbeitsteilung ergibt, behindert wurde. Die größten sozialen Vorteile ließen sich unmittelbar durch den Handel erreichen, indem man die Grenzen der Industrieländer für die Exporte von Rohstoffen ebenso wie von Fertigprodukten aus den Entwicklungsländern öffnete. Zuerst neu geordneter Handel und dann Hilfe ist der Inhalt eines Programms, das nicht nur an sich gültig ist, sondern den Hauptanziehungspunkt der Sozialen Marktwirtschaft auf weltweiter Ebene bilden würde.

Damit kehren wir erneut zu den Prinzipien zurück, die zu Anfang dieser Arbeit erörtert wurden, zu ihrer richtungweisenden Geltung für die Gestaltung der internationalen Wirtschaft. Eine in sozialer Hinsicht bewohnbarere Welt läßt sich nur mit der Ethik der Solidarität errichten. Und diese fordert ebenso die Beseitigung der nationalen Egoismen wie das konzertierte Zusammenwirken internationaler Institutionen, die nicht nur von diesen Vorsätzen geprägt sind, sondern die effektive Autorität haben, damit sie in die Praxis umgesetzt werden können.

Henry C. Wallich (Washington, USA)

ZENTRALE PLANUNG UND DAS PREISSYSTEM

Es ist nun mehr als zwanzig Jahre her, daß der Vorsitzende *Nikita Chruschtschow* eine berühmte Bemerkung über die Wirtschaft der Vereinigten Staaten machte. Nachdem er sie näher betrachtet hatte, war, Berichten zufolge, sein knapper Kommentar: „Wir werden euch begraben“. *Chruschtschows* Bemerkung war keine leere Prahlerei. Sie war auf damals maßgebende relative Wachstumsraten in den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland gegründet, die, wenn sie so blieben, die Wirtschaft der Sowjetunion möglicherweise vor die der Vereinigten Staaten plazieren würde.

Zu dieser Zeit war es durchaus möglich, auf der Basis einer nicht-marxistischen Analyse zu schließen, daß die UdSSR die Vereinigten Staaten einmal einholen würde. In „Der Preis für die Freiheit“ legte ich dar, daß die USA zweimal von einer freien zu einer zentralen Planwirtschaft, nämlich im 1. und 2. Weltkrieg, übergangen und eine beschleunigte Wachstumsrate verzeichneten. Die Mittel wechselten vom Konsum zur Produktionssteigerung. Die Sowjetunion könnte, durch die zentrale Planung, die ja ein fester Bestandteil ihrer Wirtschaft ist, eine dauerhaft hohe Wachstumsrate erzielen, indem sie den Konsum niedrig hält und Investitionen auf ein Höchstmaß steigen läßt. Nur wenn äußerst ineffizienter Gebrauch von den dem Konsumenten nicht zur Verfügung gestellten Mitteln gemacht würde, würden die Gewinne einer hohen Investitionsrate nicht zu einer höheren Wachstumsrate führen.

Wachstumsinvestition der USA und der UdSSR

Die Rate der Bruttoersparnisse und Investitionen betrug in den USA zu der Zeit ca. 17 % des Bruttosozialprodukts und ca. 7 % netto, nach Amortisierung der Produktionsanlagen. In der UdSSR lag die Bruttoersparnis- und Investitionsrate bei ca. 25 %, bei Berechnung des Bruttosozialprodukts nach amerikanischen Methoden (Dienstleistungen eingeschlossen). Die Nettorate muß der Bruttoreate

wesentlich näher gewesen sein als in den USA, da die Anzahl der sich zu amortisierenden Produktionsanlagen sehr viel geringer war. Die Bruttoinvestition in der UdSSR betrug also fast das Zweifache derjenigen in den USA, und die Nettoinvestition wahrscheinlich mindestens das Zweifache. Für die UdSSR war also eine sehr viel höhere Wachstumsrate zu erwarten. Innerhalb der letzten 25 Jahre haben sich diese Relationen zugunsten der UdSSR geändert, wo die Investition nun ca. 33 % des Bruttosozialprodukts ausmacht, während sich in den USA nichts grundsätzlich geändert hat.

Die Frage, ob die Wirtschaft der UdSSR die der USA „beerdigen“ würde, hängt deshalb sowohl aus *Chruschtschows* als auch der heutigen Sicht davon ab, wie das Gleichgewicht aussieht, zwischen dem Vorteil, den Konsumenten ausnutzen zu können, und dem Nachteil eines möglicherweise ineffizienten Einsatzes der Mittel, die aus den freiwilligen Konsumentensparnissen hervorgehen.

Wer gewinnt am Ost-West-Handel?

Der mögliche Vorteil einer Wirtschaft nach Sowjetmuster könnte durch die Folgen eines Ost-West-Handels noch weiter verstärkt werden. Der Westen gewinnt durch den Ost-West-Handel, weil er einige Waren billiger bekommt, als er sie selbst produzieren könnte. Pro Handelseinheit ist der Gewinn jedoch gewöhnlich nicht groß. Von einigen Ausnahmen abgesehen, könnten ähnliche Waren zu nur geringfügig höheren Kosten im Westen produziert werden oder ohne große Schwierigkeiten auch ersetzt werden. Bei dem geringen Ausmaß des zur Zeit bestehenden Ost-West-Handels ist der Gewinn für den Westen daher recht bescheiden.

Für den Osten ist der Gewinn gewöhnlich größer. Wenn der Osten Waren oder Dienstleistungen vom Westen kauft, so tut er das gewöhnlich nicht, weil sie etwas billiger sind als seine Ostprodukte, sondern weil sie dringend gebraucht werden. Dies trifft bei Lebensmittelimporten, technisch hoch entwickelten Gütern und bei Dienstleistungen im technologischen Bereich zu. Darüber hinaus haben Importe in einem straff durchgeplanten System auch die Funktion, kritische Lücken zu füllen, die plötzlich zu Versorgungsschwierigkeiten bei jeglichem Produkt führen können, Engpässe zu entschärfen und, falls auf Kredit gekauft, die Versorgung über das zu steigern, was im eigenen Land produziert werden kann. Wenn man alles in Betracht zieht, ist der Ost-West-Handel für den Osten wohl sehr viel wichtiger als für den Westen.

Verlangsamung des Ostblock-Wachstums

Aber obwohl sich dieser Handel ausgedehnt hat und obwohl viel auf Kreditbasis finanziert worden ist, ist die Wirtschaft des Ostblocks nicht in der Lage gewesen, ihre ursprünglich hohe Wachstumsrate beizubehalten. Das Wachstum hat sich in allen Ostblockländern verlangsamt, in einigen sogar bis zur Negativrate. Ohne westliche Importe und Kredite wäre dies wahrscheinlich schon eher der Fall gewesen. In der Zwischenzeit müssen die zusätzlichen Mittel, die dadurch frei wurden, daß der zum Konsum bestimmte Teil der Produktion niedrig gehalten wurde, ineffizient eingesetzt worden sein, um diese Folgen nach sich zu ziehen. Daher muß die Regel, daß hohe Ersparnis- und Investitionsraten Unzulänglichkeiten beim Einsatz der Mittel überwinden können, erneut geprüft werden.

Die Hauptunterschiede zwischen dem Wirtschaftssystem des Westens und Japans und dem des Ostblocks liegen in den Bereichen Kapitalbesitz und Art der Produktionssteuerung. Im sozialistischen Wirtschaftssystem befindet sich Kapitalbesitz, sowohl selbstgeschaffener als auch Land und Bodenschätze überwiegend in öffentlicher Hand. Im Westen findet sich Besitztum hauptsächlich in privaten Händen, wenn auch je nach Land in verschieden hohem Ausmaß. Noch einmal, in den sozialistischen Ländern ist die Produktion festgelegt und Mittel werden nach einem zentralen Plan vergeben. Im Westen wird diese Funktion hauptsächlich durch die Preise auf dem Markt übernommen.

Besitz von „Produktionsmitteln“

Welche Folgerung schließt man aus diesen Unterschieden für das Funktionieren der Wirtschaft? Leicht überschätzt man die Bedeutung von Besitz. Im Westen besitzen die meisten nicht direkt „Produktionsmittel“. Viele besitzen natürlich derartiges indirekt durch Rentenansprüche und ähnliches. Aber der tatsächliche Besitz von Werkzeugen, mit denen gearbeitet wird, besteht gewöhnlich nur in Kleinbetrieben und in der Landwirtschaft. In den meisten westlichen Ländern überwiegt keine dieser Gruppen zahlenmäßig, wogegen Landwirte in Ostblockländern zahlenmäßig sehr bedeutend sind. In einem westlichen Land, wie z. B. in den USA, ist das als langlebige Konsumgüter und Eigentumshäuser und -wohnungen eingesetzte Kapital fast genauso groß wie das auf dem betrieblichen Sektor eingesetzte Kapital.

Daher haben, insofern ein Anreiz zum Produzieren bei Besitz von „Produktionsmitteln“ besteht, beziehungsweise kein Anreiz beim Fehlen von derartigem Besitz, die meisten in westlichen Ländern keinen solchen Anreiz. Ihre Situation ist diesbezüglich nicht anders als die der meisten Arbeiter im Ostblock. Ein be-

deutender Unterschied, der vom Besitz abhängt, scheint bei Landwirten zu bestehen. Es wird vielfach angenommen, daß das Fehlen von Privateigentum in Form von Land im Ostblock einen stark leistungshemmenden Faktor in der Produktion darstellt.

Bei jenen großen Unternehmen in westlichen Ländern, die der öffentlichen Hand gehören, wird oft bemerkt, daß sie öfter defizitärer laufen als Privatunternehmen. Andererseits muß daran erinnert werden, daß solche Unternehmen manchmal gerade deshalb in öffentlichen Besitz übergingen, weil sie als Privatunternehmen Verluste verzeichneten und übernommen wurden, um sie zu erhalten. Diese erwähnten Überlegungen geben Anlaß zu glauben, daß Besitz von „Produktionsmitteln“ wahrscheinlich nicht der Hauptfaktor für das Funktionieren einer Wirtschaft darstellt, vielleicht mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Bereichs.

Man kommt zu einer anderen Schlußfolgerung, was die Bedeutung von Privatbesitz betrifft, wenn man seine Auswirkungen auf die Rolle der Regierung in der Gesellschaft untersucht. Öffentlicher Besitz von Produktionsmitteln erhöht die Macht des Staates; Privateigentum dagegen verringert sie. Es wird natürlich verschiedene Ansichten über die Vorzüge größerer öffentlicher oder privater Macht in der Gesellschaft geben. Viel wird davon abhängen, wie Besitz unter Privatbesitz verteilt wird, d. h. vom Ausmaß der Ballung.

Zentrale Planung

Der zweite große Unterschied zwischen westlichen Ländern und Ostblockländern bezieht sich auf den Steuerungsmechanismus für die Produktion — durch Marktpreise oder durch zentrale Planung. Dabei soll bemerkt werden, daß dieser Unterschied bis zu einem gewissen Grad unabhängig von Privateigentum oder öffentlichem Eigentum ist. Es ist zumindest vorstellbar, eine Marktwirtschaft bei öffentlichem Eigentum von Betrieben zu haben, vorausgesetzt, daß die Regierung gewillt ist, diese Firmen nach den Regeln des Preissystems arbeiten zu lassen. Länder wie Ungarn und Jugoslawien scheinen sich in diese Richtung zu bewegen. Ebenso ist es möglich, daß eine Wirtschaft mit Privateigentum zentral geplant wird. Jedoch ist es offensichtlich, daß zwischen Privateigentum und Marktsystem eine Verwandtschaft besteht, so wie auch zwischen öffentlichem Eigentum und zentraler Planung.

Bei der Untersuchung der relativen Vorzüge für eine effiziente Wirtschaft sowohl bei der Marktwirtschaft als auch bei der Planwirtschaft, werde ich auf die Marktwirtschaft nicht näher eingehen, weder hinsichtlich ihrer Vorteile noch ih-

rer Nachteile. Beide sind vielfach beschrieben worden. Ihr Einfluß auf das Funktionieren der westlichen Wirtschaftssysteme kann an den Daten bezüglich Wachstum und Lebensstandard, aber auch an den periodischen Hochs und Tiefs mit manchmal hoher Arbeitslosigkeit abgelesen werden. Die Frage, die in diesem Papier gestellt wird, befaßt sich damit, warum das Versprechen der Ostblockländer, die westlichen Länder zu „begraben“, d. h. einzuholen, heute von seiner Realisierung weiter entfernt zu sein scheint, als zu der Zeit, da *Chruschtschow* vor Jahren diesen Ausspruch tat. Im folgenden werde ich mich auf jene Aspekte des wirtschaftlichen Steuerungsmechanismus der Wirtschaftssysteme im Ostblock konzentrieren, die dafür verantwortlich sein könnten.

Zentrale Planung, die ja für die Wirtschaftssysteme im Ostblock charakteristisch ist, besitzt dadurch, daß „Planung“ gewöhnlich eine intelligente und konstruktive Tätigkeit bezeichnet, einen gewissen einleuchtenden Charakter. Ein jeder plant bis zu einem gewissen Grad in seinem persönlichen Leben. Unternehmen planen sicherlich sehr sorgfältig. Warum sollte die zentrale Planung einer Wirtschaft untauglich sein?

Bei der Planwirtschaft kommt die Schwierigkeit auf, Nachfrage und Angebot auf den Märkten in Betracht zu ziehen. Dieser Umstand erschwert es, die wirksamsten, d. h. billigsten Produktionsmethoden auszuwählen und die Produktion veränderten Bedingungen anzupassen. In einer Wirtschaft ohne Märkte geben die Preise weder Auskunft über die Knappheit eines Produktes noch über die Intensität der Nachfrage. Ein essentieller Faktor zur Systemführung fehlt. Die Mittel könnten an den falschen Stellen eingesetzt werden, d. h. Waren werden produziert, die weniger gebraucht werden als andere, die nicht produziert werden, und zwar zu Kosten, die die optimalen übersteigen.

Dies trifft vor allen Dingen beim Einsatz von Kapital zu. In der frühen Entwicklungsstufe ist Kapital der knappste Produktionsfaktor. Ohne einen vernünftigen Preis für Kapital, d. h. einen Zinssatz, der die Knappheit und Produktivität wiedergibt, wird zu viel Kapital in einigen Bereichen eingesetzt werden, was verschwenderisch ist, und zu wenig in anderen, was ineffizient ist.

Also wird eine gänzliche Befriedigung verringert sein, wenn die Waren dem Konsumenten zu Preisen verkauft werden, die die Produktionskosten nicht wiedergeben. Der Konsument wird mehr subventionierte, d. h., wirtschaftlich gesehen, teurere Waren kaufen, als er sonst tun würde, und weniger von den Waren mit Aufpreis, d. h. die wirtschaftlich billiger sind. Zu viel von den teureren und zu wenig von den billigeren werden produziert werden aufgrund des Konsumentenverhaltens. Natürlich kann es soziale Gründe für besondere Subventionen und Aufpreise geben. In dem Fall wäre es jedoch wirtschaftlicher, die Unterstützung

dem Konsumenten zu geben, der sie braucht, als sie in den Preis einzubetten, um somit die Verschwendung zu vermeiden, die dadurch entsteht, daß die Unterstützung auch für jene zugänglich ist, die sie nicht benötigen. Bei einem Aufpreis wäre es besser, ihn zu einer Abgabe für diejenigen zu machen, die zahlen können und dadurch die Gruppe der Wenigverdiener zu entlasten.

Anreize

Anreizschaffung ist ein zweiter Aspekt für Wirksamkeit. Die normalen Anreize wie Lohnerhöhung und Beförderung kann es in einer zentral geplanten Wirtschaft ebenso geben wie in einer Marktwirtschaft. Sehr viel hängt höchstwahrscheinlich vom Steigungsgrad der Lohnskala ab.

Aber bei zentral geplanten Wirtschaftssystemen spielt ein systematischerer Faktor eine Rolle, der Anreize verringert, wenn man die Art und Weise, wie diese von den Behörden gesteuert werden, betrachtet. Dies ist die unzureichende Versorgung mit Konsumgütern oder der hohe Preis von all den Gütern, die nicht den Grundbedarf decken. Wie am Anfang schon erwähnt, hat die zentrale Planwirtschaft einen großen Vorteil: sie kann die Sparrate in der Wirtschaft willkürlich steigern, indem sie den Konsum niedrig hält und somit Mittel für Investitionen freisetzt. Dies kann getan werden und wird in den meisten zentral geplanten Wirtschaftssystemen getan, indem Löhne, Preise und das Maß, nach dem staatliche Zuschüsse gewährt werden, festgelegt werden. Das daraus resultierende Potential für hohe Investitionen ist gerade das, was einer zentral geplanten Wirtschaft den Vorteil gegenüber einer Marktwirtschaft verschafft, bei der das Ausmaß der Investitionen davon abhängt, wieviel Verbraucher und Unternehmen sparen wollen. Aber der Gegenspieler dieses Vorteils ist das verringerte Angebot an Konsumgütern. Dies könnte den Arbeitswillen vermindern, es sei denn, daß die Aussicht auf eine bessere Zukunft den Enthusiasmus am Leben hält.

Diese Tendenz zur Unterproduktion von Konsumgütern könnte noch dadurch gesteigert werden, daß man dazu neigt, produktive Anstrengungen nicht nur in den allgemeinen Bereich von Investitionsgütern zu leiten, sondern auch auf Gebiete für hochspezialisierte Technologie. Die Ostblockländer, und vor allem die Sowjetunion haben gezeigt, daß sie sehr wohl in der Lage sind, auf dem Gebiet hochentwickelter Technologie zu arbeiten, jedoch in einem umgrenzten Teilgebiet, wie Raumforschung und Medizin. Diese Anstrengungen scheinen jedoch zu Lasten von Fortschritt in anderen Bereichen unternommen worden zu sein und nicht dem Wohl der gesamten Wirtschaft zu dienen.

Schwindende Effektivität der Planwirtschaft

Wenn die vorangegangene Analyse richtig ist, so heißt das, daß die Vorteile von zentral geplanten Wirtschaftssystemen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachteile übertrafen und daß sich diese Beziehung später umzukehren begann. Wachstum im Ostblock war während der ersten Jahre schnell und verlangsamte sich danach erheblich. Natürlich waren dabei auch andere Faktoren im Spiel, die das Wachstum beeinflussten, so wie auch im Westen. Die höheren Energiekosten und die Verlangsamung der Arbeitsverlagerung von der Landwirtschaft zur Industrie gehörten wahrscheinlich auch dazu.

Was die Verteilungsauswirkungen der zentralen Planung betrifft, so scheint es keinen Grund zur Annahme zu geben, daß die jüngsten Tendenzen nicht auch weiterhin bestehen werden. Je mehr sich eine Wirtschaft entwickelt, um so differenzierter wird sie und mehr abhängig vom geschickten Einsatz als von einem enormen Ausmaß der Mittel. Dadurch, daß die dringendsten Bedürfnisse der Verbraucher immer mehr erfüllt werden, werden ihre Nachfragen auch differenzierter werden und sie werden sich weniger bereitwillig mit Waren auf technisch niedrigem Niveau oder von schlechter Qualität zufrieden geben. Es scheint plausibel, daß diese Einflüsse die Ostblockländer im Laufe der Zeit immer mehr dazu führen werden, weniger Gewicht auf eine zentrale Planung zu legen, dafür aber die Rolle des Marktes verstärkt zu betonen.

In diesem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral geplanten Wirtschaftssysteme wird die Anhäufung von Verbraucherkapital mit Sicherheit eine immer größere Rolle spielen. Höherer Lebensstandard wird mit intensiverem Gebrauch von langlebigen Konsumgütern in Zusammenhang gebracht, in vielen Ländern auch mit dem Besitz von Wohnungen und Häusern. Wie schon erwähnt, nähert sich in den USA das Verbraucherkapital dem Ausmaß der in Betrieben eingesetzten „Produktionsmittel“. Im Laufe der Zeit sollte diese Entwicklung in den sozialistischen Ländern zu einer geringeren Betonung der ausschließlichen Rolle des öffentlichen Eigentums führen.

Paul Trappe (Basel, Schweiz)

ÜBER DIE AUSGANGSLAGE FÜR GESELLSCHAFTSPOLITISCHE STRATEGIEN

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die landwirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer lenken. Es wird sich erweisen, daß diese Probleme sträflich vernachlässigt worden sind, was überraschen sollte, da ja die Entwicklungsländer als Agrarländer anzusehen sind. Diese stehen vor wachsenden Schwierigkeiten — die Agrarproduktion rund um die Welt ist bei den gegebenen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen geschädigt und weiterhin gefährdet, nicht nur die exportorientierte Agrarproduktion, was viel besorgniserregender ist: auch und vor allem die für die *Selbstversorgung* notwendige Produktion.

Ich betrachte die Agrarprobleme unter dem Gesichtspunkt des Kongreßthemas: Es geht also um Probleme der Agrarstruktur in ihrer Verflechtung mit *spezifischen sozialstrukturellen Voraussetzungen*. Weder liberalistische, noch kollektivistische Konzeptionen können aus der Misere heraushelfen. Solidarische Strukturen mit individuellen Rechten herrschten im Agrarbereich vor, bevor die ideologische Überlagerung der DrittenWelt ihre fatalen Wirkungen zeitigte. Diese ideologische Überlagerung verstärkt sich noch in der Gegenwart, verdrängt traditionelle und angepaßte soziale Lebensformen. Sie weckt Hoffnungen, ohne diese erfüllen zu können.

Zu diesem komplexen Problem möchte ich mich in Thesenform äußern.

1. *Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche nimmt weltweit ab — die Bevölkerungsvermehrung hält an.* Nach menschlichem Ermessen führt dieser Trend zu einer Verelendung von immer mehr Menschen. Wir beobachten dies nicht nur in den Gebieten anthropogen verursachter Verwüstung von Agrarland (Sahel), sondern auch dort, wo Agrarland bei hektischer Landflucht unbewirtschaftet bleibt und der beschleunigten Erosion ausgesetzt ist, ferner auch dort, wo nicht angepaßte hochmechanisierte Großraumbewirtschaftung zur allmählichen Produktivitätssenkung führt.

2. Die Unabhängigkeit brachte, mehr als die vorangehende Kolonialepoche, eine überstürzte „Europäisierung“ der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaftsverfassung. Gewachsene Verbände in Vielvölkerstaaten mit starken Selbstversorgungs- und Sozialversicherungs-Funktionen wurden ausgehöhlt und zerfielen. Verbreitet sind defekte soziale Einheiten. Neue Strukturprinzipien erlangten noch nicht die Breitenwirkung, als daß sie als tragender Ersatz wirksam werden konnten.

3. Wo früher Herrschaftslosigkeit in gewachsenen Verbänden wirkte (so beispielsweise verbreitet in Afrika südlich der Sahara bei „segmentary systems“), entstanden *wildwüchsige Prozesse der Machtbildung* (vor allem auf der Grundlage der extrem ungleich verteilten Machtfaktoren Ausbildung, regelmäßiges Einkommen, Parteizugehörigkeit), gegenüber denen die Negativprivilegierten (i. S. *Max Webers*) keine Gegenkräfte mobilisieren, geschweige denn soziale Kontrollen aktivieren konnten.

4. Die Imperialismen unserer Tage, vor allem der wissenschaftliche und der ideologische in jeweils zahlreichen Varianten, haben soziale Hilfslosigkeit, aber auch Rastlosigkeit und Unberechenbarkeit gefördert. Sie haben den Eindruck erwecken wollen, die gewachsenen sozialen Identitäten seien als überholt einzuschätzen. Sie haben das *Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten* geschwächt, im Extremfall anomische Situationen (nach *E. Durkheim*) provoziert. Dabei wächst der Glaube an eine externe Erneuerung. Ein „entgotteter Messianismus“ (*P. Lapide*) greift um sich — oder auch Fatalismus beherrscht den Lebensstil, vereinzelt abgelöst von nativistischen Strömungen, die bei neuentstandenen Abhängigkeiten zum Scheitern verurteilt sind.

5. *Gesellschaftspolitische Ordnungsinstrumente* sind bisher kaum oder fehlerhaft, auf keinen Fall mit Breitenwirkung, genutzt — dies bei relativ günstigen Voraussetzungen (insbesondere in Afrika südlich der Sahara).

6. *Interne Strukturveränderungen* haben erste Priorität; bis dahin sind externe Interventionen riskant. Dabei sollte in Erinnerung gerufen werden, daß sich der Rückgriff auf vorgegebene Sozialstrukturen schon während der Kolonialzeit — vor allem in afrikanischen Ländern — bewährt hat: „indirect rule“, „community development“, „co-operative societies“ (letztere in Form von Vermarktungsgenossenschaften, nie in Form kollektivistischer Produktions- oder gar Lebensgemeinschaften unter Nichtverwandten). Inzwischen sind die gewachsenen Strukturen, in denen solche internen Veränderungen einsetzen sollten, zunehmenden Belastungen durch neue Herrschafts- und Machtverhältnisse und desintegrativen Prozessen bis hin zur Anomie unterworfen. Der sich zuspitzende Stadt-Land-Ge-

gensatz, der u. a. durch die Männer- und Knaben-Migration zu Lasten der ländlichen Einheiten geht, kann nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben.

7. Die infrastrukturellen Voraussetzungen (im Sinne einer personalen und administrativen Infrastruktur) gestatten (noch) keine auf Individuen und ihrem Marktverhalten aufbauende Soziale Marktwirtschaft, zumal vielerorts, so in Afrika südlich der Sahara, kein individuelles Eigentum an Grund und Boden besteht (von daher Schwierigkeiten für den Agrarkredit, der nicht durch hypothekarische Belastung abgesichert werden könnte; von daher der Fortbestand des Geldverleihsystems mit Zinsen bis zu 100 % für eine Wachstumssaison von vier Monaten). Soziale Marktwirtschaft muß hier die *Gruppenbindung des Individuums* berücksichtigen. Auch wenn diese sich wandelt (z. B. durch „voluntary associations“ unter Nichtverwandten) bleibt die personale Bindung an traditionelle Gruppen erhalten. Für diese ist kurzfristig kein Ersatz, hingegen eine Fortentwicklung (nach vorgängiger Restrukturierung unter veränderten Bedingungen) möglich.

8. Relativ unvermittelte Einführung einer „freien“ Marktwirtschaft — die auch in Westeuropa nicht existiert! — führt bei fehlenden rechtlichen und sonstigen Voraussetzungen, zu einem *liberalistischen „catch-as-catch-can-Kampf“* mit horrender Verdrängung und Ausbeutung. Gesetze, die den Schwächeren schützen, sind nur unzureichend — oder gar nicht — entwickelt; sofern sie erlassen sind, wirken sie ansatzweise im städtischen Rahmen, nicht aber dort, wo die Masse der Bevölkerung zu finden ist, auf dem Lande. Die Abwehrmechanismen über traditionelle soziale Normsysteme sind zu schwach und zunehmend schwächer. Der Appell an menschliches Mitgefühl verfängt nicht. Die totale, oder absolute, Verdrängung und Ausbeutung gipfelt im Masseneleud der Flüchtlingslager. An das Masseneleud der Flüchtlinge und der beständig wachsenden Zahl der „outcasts“, der Unberührbaren — ganz abgesehen von den Vereinsamten — hat eine Welt, die gebannt auf den Holocaust an den Juden starrt, sich gewöhnt. Hinter den durch Amnesty International u. a. namhaft gemachten Leidenden verbirgt sich das Heer der leidenden Namenlosen.

9. Die Lage der Entwicklungsländer ist bedingt durch die sich zur Verarmung potenzierenden Kräfte *ungezügelter Staats- und Privatkapitalismen* einerseits und Bevölkerungswachstum bei abnehmendem Bodenertrag andererseits. Am Kapitalismus — Staats- wie Privatkapitalismus — können nur Oberschichten, durch bestimmte Machtfaktoren privilegiert, partizipieren; die Masse der Bevölkerungen besteht aus Ausgelieferten. Eine ausgleichende Gesellschaftspolitik steht intern vor systemspezifischen Schwierigkeiten. Als „soft States“ erfüllen die Regierungen nicht die Anforderungen eines Leistungsstaates. Sie sind überfordert, auch

und insbesondere in der Rolle einer zentralen Verwaltungswirtschaft, wie verlockend ein solches Modell in der nicht ohne zentrale Planung auskommenden konfusen Situation erscheinen mag. Das Modell verlangt Einsicht in „letzte“ Details und ist bisher, historisch, und zwar nicht nur wegen der heute zunehmend bemühten „Systemkonkurrenz“, an der Praxis gescheitert.

10. *Verarmung*, nicht nur „relative Verelendung“, ist unter diesen Bedingungen ein Prozeß, der sich quasi in Eigendynamik verstärkt. Die Tragik liegt nicht nur in der genannten Männer- und Knaben-Migration, sondern auch am (regionalen) „brain drain“. Diese Sogwirkung geht heute nicht nur von den Industrieländern aus, sondern viel unvermittelter und in fast vollständiger Form von den Wachstumszentren, wie den arabischen OPEC-Ländern und einigen „typischen“ Schwellenländern (so in Singapur, das als „Schwellenland“ eher atypisch ist als Stadtstaat mit Freihafen). Die Sogwirkung auf Ausgebildete der umliegenden Länder hat für diese negativste Auswirkungen.

11. Soziale Marktwirtschaft, die auf Eigeninitiative und verlässlichem Eigentumsrecht, überhaupt rechtsstaatlichen Bedingungen beruht, findet dort beschränkte Startbedingungen und auch Legitimation, wo kein individuelles Eigentum an Grund und Boden besteht, wo ein Kataster allenfalls für städtisches Bauland und Immobilien gegeben ist (Afrika südlich der Sahara), wo Landarbeitermassen einem Latifundismus mit extensiven Wirtschaftsweisen (d. h. vor allem saisonbedingt) gegenüberstehen (Lateinamerika), wo einzelne Kasten vom Grundbesitz ausgeschlossen oder als Kleinpächter in Erbschuldknechtschaft gehalten werden, im übrigen die Bodenrente noch ca. 30 % des BNP ausmacht (Indien). Wenn dabei die wenigen, die an einer Marktwirtschaft partizipieren, d. h. deren Vorteile zu nutzen imstande sind, keine Steuergerechtigkeit kennen, Kapitalflucht praktizieren und die Korruption der Verwaltung nutzen, *verschärft sich der interne soziale Gegensatz*. Bei solchen Gegebenheiten die Rettung aus der sozio-ökonomischen Misere in erhöhter Finanzhilfe durch die Industriestaaten zu sehen, ist absurd.

12. Angesichts der manchem Entwicklungsexperten erst heute einsichtig werdenden und zu *berücksichtigenden Vorbedingungen* ist auf entwicklungspolitische Instrumente zu verweisen, die sich seit Jahrzehnten — trotz gegenteiliger Verzerrungen und Fehleinschätzungen — bewährt haben. Selbst wenn sie zuweilen nicht „gegriffen“ haben sollten, wären sie erneut einzusetzen und dabei zu verbessern, d. h. den Vorgegebenheiten anzupassen. Bei der Restrukturierung, Reintegration des Landvolkes helfen kaum Modelle, die sich an Kibbuzim, Kolchosen oder Raiffeisenkassen orientieren. Der Genossenschaftstypus mit einer klar umrissenen Zielsetzung hat hingegen Chancen.

13. Es handelt sich um ethnisch fragmentierte Gesellschaften, meist des segmentarischen Typs, über die sich eine mächtige *bürokratische Oberschicht und eine Wirtschaftsoberschicht* gelegt hat, die die ihr jeweils nützlichste Wirtschaftsform propagiert und für sich zu nutzen sucht. Da diese Oberschichten ihren Aufgaben im Interesse der nationalen Entwicklung selten gewachsen sind, die Einheiten an der Basis penetrant überlagern, bzw., wie oben schon gesagt wurde, direkt oder indirekt aushöhlen, bleiben die traditionellen Basisgruppen ineffektiv, unterliegen diese einem Auflösungsprozeß. Auf Detribalisierung, Destrukturierung der kleinen Einheiten unter der Stammesebene folgen nur unzulängliche Restrukturierungen, Reintegrationen zu neuen tragfähigen Einheiten. Es gab wohl kaum zuvor eine Epoche der Menschheitsgeschichte mit so verbreiteter Verdammung zur Ineffektivität, ja zu so verbreiteter Anomie.

14. Neben einer nicht praktikablen „freien“ Marktwirtschaft und einer noch nicht möglichen oder aber sich leicht denaturierenden Sozialen Marktwirtschaft steht dort eine *sozialistische Weltanschauung*, für die die Menschheitsgeschichte von Klassenkämpfen diktiert wird, vor einer Ausgangssituation sui generis. Das ist von sowjetischen Entwicklungsspezialisten spätestens seit dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) auch so gesehen worden. „Klassen für sich“ bestehen nicht, trotz eines Heeres total Verarmter und Hungernder. Eine revolutionäre Klasse besteht nicht, erst recht nicht eine revolutionäre Situation im *Lenin*'schen Sinne. Für eine Umwandlung bedarf es struktureller Voraussetzungen, die erst noch geschaffen werden müssen. Es sind Putsche, Rebellionen, Focus-Revolutionen möglich — die das Los der Massen prinzipiell nicht ändern. Es wechselt die Herrschaftsclique; die neue hat für die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards keine umfassenden, detaillierten Konzeptionen, noch die personellen Infrastrukturen, diese mit sichtbarem Erfolg zu realisieren. Bei solchen unbestreitbaren Auspicien sind gerade die Vorbedingungen zu schaffen, ohne die auch der Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft nicht auskommt.

15. Der Geschichtsverlauf geht anders, als in der Konzeption von der Geschichte als Abfolge von Klassenkämpfen angenommen wird. Der *Klassenkampf* erscheint aber in atypischen Situationen auch nicht attraktiv, wenn über soziale Kosten, den Faktor Zeit, über die nachrevolutionäre Phase und die Dauer der sozialistischen Übergangsperiode nur spekuliert werden kann. Die sprunghafte Erneuerung wäre nach diesem Geschichtsverständnis in den Ländern der Dritten Welt erst recht eine atypische Erscheinung — unter noch schlechteren Bedingungen als bei den sich schnellstens folgendenden bürgerlichen und proletarischen Revolutionen Rußlands im Jahre 1917.

16. Der Glaube, der den Marxismus und die von ihm inspizierten Richtungen von Anfang an beherrschte, nämlich nationale und schließlich Weltrevolution unter den *Bedingungen des Klassenkampfes* zwischen Proletariat und Bourgeoisie hat angepaßte Theorien kaum entstehen lassen, wenn auch eine den nationalen Traditionen angepaßte Praxis, wie *S. N. Eisenstadt* gezeigt hat. Die Puristen haben einen Erfolg verhindert, berechnete Kritik geradezu provoziert. Erst in den letzten Jahren wird wieder auf den Relativismus *Lenins* verwiesen.

17. Eine *angepaßte Theorie* wurde vom Marxismus-Leninismus bislang nicht entwickelt, wiewohl *Lenin* solches vorgetragen zu haben scheint:

„Alle Nationen werden zum Sozialismus gelangen, aber keine auf genau die gleiche Art und Weise, jede wird zu dieser oder jener Form der Demokratie, zu dieser oder jener Abart der Diktatur des Proletariats, zu diesem oder jenem Tempo der sozialistischen Umgestaltung der verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens etwas Eigenes beitragen“. W. I. Lenin sprach sich kategorisch gegen die Mißachtung der spezifischen Entwicklung des konkreten Lebens, der nationalen Besonderheiten und Traditionen dieses oder jenes Volkes aus.“ (Zitiert nach *D. A. Kerimow*, *Die Demokratie des entwickelten Sozialismus*, Moskau/Berlin 1982, S. 45).

18. Eine große Zahl von angepaßten Theorien erwuchs hingegen aus der christlichen Soziallehre. Die Vielfalt nationaler und kultureller Identitäten, die eigenen Wege der Entwicklung, die „Dritten Wege“, entfalteten sich unabhängig von ideologischer Bevormundung. Es besteht in der Dritten Welt *kein kapitalistisches Modell im Marx'schen, auch nicht im Max Weber'schen Sinne*, so wie die *Marx'sche Kapitalismus-Kritik* aus ihrer Sicht des 19. Jahrhunderts ihre Vorgegebenheiten in den „kapitalistischen“ Ländern des ausgehenden 20. Jahrhunderts verloren hat: Nicht mehr der am Eigenunternehmer orientierte Kapitalismus, sondern gemischtwirtschaftliche Kapitalismen, mit wirksamen sozialpolitischen Entartungsbarrieren, und Staatskapitalismen beherrschen unsere Epoche in den Industriestaaten.

19. „Revolutionäre“ Aktionen, zumal schnell wirksame, sind bei den Vorgegebenheiten der Dritten Welt zum Scheitern verurteilt, es sei denn, es würden die teils ursozialistischen, urdemokratischen, „genossenschaftlichen Gesellschaftsformen“ (*A. Vierkanndt*) mit ihren *starken Stellungen des Individuums in der Gruppe* tatsächlich genutzt. Die Nutzung hätte als Voraussetzung die Aufgabe wesentlicher Teile der Konzeption: Die Rollen der Kollektivierung und der Parteilite wären nicht mehr beizubehalten.

20. Zur sozialen Erneuerung müssen Revolutionstheorien der Vergangenheit nicht bemüht werden („Eine Revolution erreicht niemals ihr Ziel“): Die Erneuerung hat intern Chancen bei *Remobilisierung der agrarischen Massen zur Selbsthilfe*. Selbsthilfe hat zum primären Ziel die Wiederherstellung der Selbstversorgung der

gewachsenen sozialen Einheiten auf dem Lande (Familie, Großfamilie, Sippe, Nachbarschaft, Gemeinde). Bei Fehlen einer leistungsfähigen und einsichtigen administrativen Infrastruktur und der geschilderten Beschaffenheit von Oberschichten wäre eine Zwangsmobilisierung zum Scheitern verurteilt.

21. Rebellionen, Putsche, auch Revolutionen, helfen also bei den gegebenen sozio-ökonomischen Voraussetzungen nicht weiter. Vielleicht bringen sie (einer Minderheit) momentane Befriedigung — sie *verharren in den gegebenen Rahmenbedingungen der Misere*. Diese muß mit konstruktiven, kenntnisreichen, vor allem humanen Strategien überwunden werden. Das setzt Kenntnisse und vor allem auch die Anerkennung des Gegners voraus, andernfalls mehrt sich das Unheil.

22. Ein marxistisch orientiertes Entwicklungsmodell, zumal ein orthodoxes, resp. die Einleitung einer sozialistischen Übergangsperiode bei einem in nebulöser Ferne liegenden „Reich der Notwendigkeit“ kann ebensowenig eingesetzt werden wie ein unter den Bedingungen des Industriezeitalters, ja einer „post industrial society“, entstandenes Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Der Aufbau von „Klassen für sich“, die unter diffizilsten Bedingungen über die Zusammenarbeit mit den „nationalen Bourgeoisien“ erst geschaffen werden müßten, würde das grauenvolle Los immer größerer Menschenmassen ebensowenig *zu ihren Lebzeiten verändern* wie der Einsatz marktwirtschaftlicher Prinzipien ohne Barrieren gegen Machtmißbrauch gegenüber Massen, die nicht mitvollziehen können.

23. Auch die international angestrebten Zentralverwaltungswirtschaften (im Rahmen einer Neuen Weltwirtschaftsordnung) können auf *die vielfältigen Initiativen* der jetzt zur Marginalität verdammten Massen von Individuen nicht verzichten. Bei diesen käme es zur fortschreitenden sozio-ökonomischen Verarmung, Rückbildung statt Wachstum.

24. Bei dieser Einschätzung der Lage kann aber auch nicht eine sich progressiv gebende Intelligenz zum Experimentieren ermuntert werden. Die Kontrolle der Machteliten ist kaum zu verwirklichen, am wenigsten bei denen, die für die Dritte Welt nichtangepaßte Modelle verheißen, seien es liberalistische oder zentralistische. Chancen haben Modelle, die *soziale Solidarität wiedererwecken* oder neu einführen — an der Basis. Dabei brauchen die Basiseinheiten — seien es Gruppen oder Individuen — einen innovativen Spielraum.

25. Die Prinzipien zwischenmenschlicher Solidarität sind, wo immer möglich, umgehend zu reaktivieren. Für *solidarische Basisprozesse* gibt es keinen Ersatz. Der Staat kann sich dieser Funktion nicht ermächtigen, auch ein starker Staat nicht, ohne Entfremdung, Verelendung (auch in Gestalt der „relativen Verelendung“), geistige Verarmung zu produzieren.

26. Evident dürfte sein, daß *Selbstverwirklichung* die günstigsten Voraussetzungen im landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieb findet. Ausgerechnet diesen stehen Entwicklungspolitiker unserer Tage mit Desinteresse gegenüber; die Entwicklungshoffnungen richten sich auf Stadtleben, Industrialisierung, Weltmarkt. Bei diesen Hoffnungen und ihrer teilweisen, sehr begrenzten Realisierung hat sich die Zahl der Notleidenden beständig vergrößert.

27. Die Chancen für eine *basisorientierte Entwicklungspolitik*, die also zunächst die traditionellen Selbstversorgungseinheiten zu reaktivieren hätte, um so die Voraussetzungen für einen „self-sustaining socio-economic growth“ zu schaffen, sind ohne Zweifel regional verschieden günstig. Trotz aller Hiobsbotschaften über „desertification“ scheinen sie in Afrika südlich der Sahara immer noch am günstigsten zu sein.

28. *Konzeptionen Dritter Wege*, die an überkommene soziale Prinzipien und den Wert des menschlichen Lebens anknüpfen, sollten überprüft und neu bedacht werden. Solche wurden rund um die Welt entwickelt („Afrikanischer Sozialismus“ der *L. S. Senghor*, *K. Nkrumah*, *J. Nyerere*, *K. Kaunda*; „Sarvodaya“ in Sri Lanka; „Pankasila“ in Indonesien und andere mehr). Man sollte sie nicht voreilig verwerfen, wenn sie mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatten und selbst scheiterten. Alle diese legen aus guten Gründen Wert auf die Erhaltung von Prinzipien der „community based society“, die sich seit langem bewährt hatten.

29. Die unter einem Existenzminimum vegetierenden Massen in den Entwicklungsländern, die heute ca. 25 % der Menschheit ausmachen dürften, können nicht weiter in eine *Wartehaltung* abgedrängt werden, solange internationale Behörden und Experten über den rechten Weg nachsinnen. Sie sind zu mobilisieren zur Selbsthilfe — wo immer möglich durch Fremdhilfe.

30. Eine internationale oder Weltinstanz, ein Konzept oder eine Ideologie, die zum Wohle aller, für die je spezifischen Probleme aller denkt und handelt, gehört in den Bereich der Phantasie. *Entwicklung ist menschenbezogen und geht vom Menschen aus.*

Clovis V. do Couto e Silva (Porto Alegre, Brasilien)

MARKTWIRTSCHAFT IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Die Einrichtung einer Marktwirtschaft im modernen Sinne ist eins der Hauptprobleme für Entwicklungsländer. Heutzutage gibt es zwei klar umgrenzte Wirtschaftsformen: die eine ist zentralisiert, die andere befindet sich größtenteils in den Händen privater Eigentümer. Zwischen diesen beiden einander entgegengesetzten Modellen, der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle und der reinen Marktwirtschaft (als reine Idealtypen), existieren Zwischenformen, in denen der Staat direkt oder indirekt aufgrund einer Planung interveniert. Bekanntlich besteht das Hauptproblem für die Entwicklungsländer in der Kapitalknappheit und in der Folge davon in der Schwierigkeit, die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur aufzubauen. Zeitweilig muß man durch verschiedene Instrumente private Ersparnisse in die gewünschte Richtung leiten. Dieses Problem ließe sich leicht lösen, gäbe es in den Entwicklungsländern keine sonstigen Schwierigkeiten: zum Beispiel die hohe Inflationsrate, die viel höher liegt als in Industrieländern. Diese Inflationsrate bleibt tendenziell hoch, da aufgrund eines exzessiven Bevölkerungswachstums die Beschaffung von Arbeitsplätzen subventioniert werden muß. Unter diesen Umständen ist für viele die Versuchung groß, sich einen besseren Wirtschaftsaufschwung durch ein zentrales Plansystem vorzustellen.

Jedoch zeigen jüngste Ereignisse in zentralen Planwirtschaften, daß diese Form der Wirtschaftsorganisation nicht mit den raschen Konjunkturschwankungen sowohl der internationalen als auch der nationalen Wirtschaft vereinbar ist. In den Entwicklungsländern hatte diese Form der zentralistischen Wirtschaftsplanung früher eine größere Zahl Befürworter gefunden als gegenwärtig. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der sozialistischen Länder belegen, daß die zentralistische Wirtschaft auch dort keine zufriedenstellenden Ergebnisse gebracht hat.

Bei Marktwirtschaften sind mehrere Probleme zu beachten. Zuerst die ständig hohe Inflationsrate¹. Zweitens muß die indirekte oder gegebenenfalls die direkte Intervention in die Wirtschaft geplant werden, um die optimale Verwendung der nationalen Rücklagen zu sichern.

1. Die Beziehung zwischen Recht und Wissenschaft

Die Etablierung einer modernen Marktwirtschaft in Entwicklungsländern erfordert eine künstlich gestützte Währung, die zumindest sektoral stabil ist, wenn es schon nicht gelingt, sie allgemein zu stabilisieren, auf die die Instrumente und Mechanismen, die den Geld- und Kapitalmarkt dynamisieren sollen, sich stützen können. Die Existenz dieser beiden Märkte mit ihren spezifischen Instrumentarien charakterisiert eine Wirtschaft als Marktwirtschaft.

Jedoch darf man die Wirkungen der Rechtsmodelle auf die Struktur und Wirtschaft eines Landes nicht über Gebühr strapazieren. Zwar können und sollen die Gesetze die Wirtschaft regulieren, in geordnete Bahnen lenken und sogar soziale Ungerechtigkeiten ausgleichen, aber es fehlt ihnen die Zauberkraft, den Markt in Gang zu bringen. Das Recht kann keine Situation bewältigen, die nicht von ihm abhängig ist. Diese Situation hängt aber von der Wirtschaft selbst ab und nicht von den Ordnungsvorschriften, die sie möglicherweise regulieren. Wie bereits festgestellt wurde, ist es der Zweck jeder Wirtschaftspolitik, das Preisniveau stabil, die Beschäftigungsrate hoch und den Außenhandel im Gleichgewicht zu halten, sowie das Einkommen und den Besitz der Bevölkerung gerecht zu verteilen. Auch die Rechtssicherheit darf nicht außer Acht bleiben, insbesondere angesichts der zunehmenden Kompliziertheit der modernen Wirtschaft. Diese Grundsätze sind Idealvorstellungen und als solche nicht immer in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen, nicht einmal in Industrieländern. Deshalb verankern zahlreiche Länder in ihren Verfassungen Bestimmungen, die die Wirtschaft organisieren oder dirigieren sollen, die sogenannte „Wirtschaftsverfassung“. Einige dieser Bestimmungen kommen unmittelbar zur Anwendung, während andere entweder wegen ihrer extremen Allgemeinheit oder weil ihre Anwendung eine extrem hohe Belastung für den Staat bedeutet, nicht direkt umzusetzen sind.

Der Staat selbst stellt einen Prozeß dar, in dem individuelle und kollektive Interessen ständig aufeinander prallen, was es unmöglich macht, selbst den Begriff wohlerworbener Rechte mit absoluter Sicherheit zu definieren, obwohl dieser Begriff als Schranke gegen die Willkür des Staates unverzichtbar ist. Folglich ist es schwierig, eine rechtliche Formulierung der wirtschaftlichen Grundsätze in der Verfassung zu verankern, wie es besonders *Arthur F. Utz* mit Nachdruck gefordert hat². Ihre Anwendung offenbart auch die Besonderheiten des jeweiligen Landes. Nicht alle Verfassungssysteme bestimmen ausdrücklich eine Wirtschaftsform. Dennoch ist es immer möglich, diese zu formulieren, wenn man aus den unterschiedlichen Teilen der Verfassung diejenigen Bestimmungen heranzieht, die ausdrücklich oder implizit die Wirtschaft betreffen. So haben zum Beispiel die

Vereinigten Staaten in ihre Verfassung kein eigenes Kapitel über die Wirtschaft aufgenommen. Die allgemein herrschende Rechtsauffassung, die auf dem „common law“ fußt, folgt der Erfahrung mehr als einer Systematik und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, was das Problem der Zusammenfassung unterschiedlicher Prinzipien zu einer sehr schwierigen Aufgabe macht. Entsprechend deren (der USA, d. Ü.) spezifischer Systematik obliegt es der Rechtsprechung, dieses Modell linear fortzuschreiben, ohne sich um die vorhergehende Ausformulierung oder ihre Erhebung zur Verfassungsbestimmung zu kümmern. In Ländern, die, wie Brasilien, von amerikanischen Wirtschaftspraktiken und Doktrinen beeinflusst sind, wird die „verfaßte Wirtschaftsform“ losgelöst von den Instrumenten betrachtet, die sich die Wirtschaft selbst geschaffen hat, weil die Wirtschaftler sich im allgemeinen wirtschaftliche Lösungen nicht im Lichte von Rechtsgrundsätzen vor Augen führen.

Diese Trennung zwischen rechtlichem und wirtschaftlichem Denken ist bei anderen Wirtschaftsdoktrinen ebenso stark, besonders beim marxistischen Sozialismus, der dem Wirtschaftssozialismus den sogenannten Rechtssozialismus gegenüberstellt, der, wie *Gioele Solari*³ nachdrücklich betont hat, auf der Feststellung „sozialer Mißstände, Ungerechtigkeiten der Rechtsprechung und der bestehenden Verteilung des Eigentums“ beruht: „Entgegen dem Wirtschaftssozialismus glaubt er an die Wirksamkeit der Gesetze, nicht um einer neuen Gesellschaft den Weg zu bereiten, sondern um die Übel des kapitalistischen Systems aufzudecken.“

Diesen Rechtssozialismus könnte man heute als ein „Mischsystem“ begreifen, in dem die Einschränkung individualistischer Standpunkte dem Modell nicht äußerlich sind; sie ist vielmehr eine Folge der Tatsache, daß die Gesetze mit den Interessen all jener, die arbeiten, befaßt sind und, wie *Solari* feststellt, zur Grundlage die Einrichtungen des Privatrechts behalten⁴; der Rechtssozialismus fixiert die Respektierung der individuellen Freiheit, das Privateigentum, die Familie und die Freiheit der Willensbildung.

Bei einer globalen Analyse von Recht und Wirtschaft in Brasilien kann man feststellen, daß zwei verschiedene Denkformen existieren: Während dem Recht im allgemeinen europäisches Denken zugrundeliegt, basieren die wirtschaftlichen Lösungen und Vorstellungen auf bestimmten amerikanischen Schulen.

Bis vor kurzem herrschte das Kriterium des Nutzens (utility) im wirtschaftlichen Handeln vor. Jedoch kamen neben diesem Kriterium immer mehr Zweifel an der Gerechtigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen auf.

Lange Zeit betrachtete man Recht und Wirtschaft als eigenständige Bereiche ohne Austauschverbindung zueinander, und ihr gegenseitiges Verhältnis stand nicht zur Debatte.

Was die rechtliche Seite angeht, müßte das Wirtschaftssystem den Schwerpunkt auf die Verteilung legen, nicht nur in den Industrie-, sondern auch in den Entwicklungsländern. Jedoch stößt man sehr häufig auf die Vorstellung, daß die Verteilung erst dann stattfinden sollte, wenn ein bestimmtes Niveau an Reichtum erreicht worden ist. Aus vielen Gründen richtet sich die Politik gewöhnlich auf die Kapitalkonzentration, im Gegensatz zu einer distributiven Tendenz. Als Ausnahme davon mag in Brasilien die Regierungszeit von 1969 bis 1973 gelten.

Für welches Modell soll man sich dann also entscheiden?

Im sozialistischen Lager wurde bisweilen eine stärkere Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen durchgeführt, mit dem Zwecke, seine Planungssysteme flexibler zu gestalten. In einigen Ländern versucht man gerade, die „Selbstverwaltung“, *Kardelys* jugoslawisches Modell, durchzusetzen. Dieses System wurde mit zweifelhaftem Erfolg teilweise in Portugal und Peru angewandt. Dies sind eher „liberale“ Formen innerhalb des sozialistischen Plansystems. Das eigentliche liberale Wirtschaftsmodell, ohne äußere noch innere Hindernisse noch Planung, wurde vor kurzem mit katastrophalen Ergebnissen in Argentinien in die Tat umgesetzt. Es bleibt jedoch noch eine Mischform, in der Marktwirtschaft und Planung eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft spielen.

Meines Erachtens sind die brasilianischen Wirtschaftseinrichtungen ein interessanter Lösungsversuch für Marktwirtschaften in Entwicklungsländern. Deshalb diskutieren wir hier unsere Probleme und die vorgeschlagenen Lösungen, weil sie einen gangbaren Weg aufzeigen könnten für Länder auf vergleichbarer wirtschaftlicher Entwicklungsstufe. Jedoch darf es nicht als Schablone aufgefaßt werden, weil man viele Lösungen kritisieren kann und soll, insbesondere die Konzentration des Reichtums, die das Wirtschaftsmodell hervorgebracht hat, anstatt einer mehr auf Verteilung zielenden Politik, die eine Herausforderung und Notwendigkeit darstellt, das schwer zu lösende Dilemma für Länder, die unter Kapitalknappheit leiden. Auch in Industrieländern ist eine Politik der Kapitalkonzentration auf Kosten einer besseren Einkommens- und Vermögensverteilung festzustellen.⁵

2. Kapitalmangel und Planung

Das am schwierigsten zu bewältigende Problem ist nicht nur der Mangel an Kapital, sondern auch die Erhaltung des investierten Kapitalwerts. Kapital wird durch Investition gebildet; und Investition erfordert zunächst Konsumverzicht. Die Investitionspolitik ist mit der Streuung des Eigentums verbunden sowie mit

der Garantie des Existenzminimums, das wiederum einen interventionistischen Staat voraussetzt, wie er viele Male nachdrücklich gefordert worden ist⁶.

Die Tendenz zum Sparen, die manchmal aus der Tatsache resultiert, daß das Volk sich von den sozialen Sicherheitsmaßnahmen nicht geschützt fühlt, zeigt einige Besonderheiten, die in verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel in Frankreich, genau untersucht worden sind⁷. In Wahrheit sind Investitionen nur möglich, wenn die investierten Güter mit der Zeit nicht an Wert verlieren und außerdem für den Investor eine annehmbare Rendite abwerfen. Sodann müssen Einrichtungen geschaffen werden, die sie in die wichtigen Bereiche der Volkswirtschaft lenken. Zu diesem Zweck sind in Brasilien außerordentlich erfolgreiche Investitionsfonds und Sparvereine gegründet worden, deren Erfolg wahrscheinlich der Durchführung monetärer Korrekturen zu verdanken ist.

Eine Marktwirtschaft braucht einen entsprechenden Finanzmarkt ebenso nötig wie einen effektiven Kapitalmarkt. Die Schwierigkeit liegt beim Kapitalmarkt, durch den das Marktrisiko auf die Schuldner verteilt wird, was ein weiteres notwendiges Element für die Kapitalaufstockung der Firmen ausmacht. Wenn der Kapitalmarkt nicht funktioniert, suchen die Unternehmen auf dem Geldmarkt Hilfe und schaffen so mit der Zeit eine Situation, in der das Fremdkapital, die Anleihen, die unternehmerische Initiative erheblich bremst.

Wenn dies schon in den Industrieländern ein ernstes Problem darstellt, kann man sich vorstellen, wie ernst es erst für Entwicklungsländer ist, wo der Kapitalmangel viel größer ist⁸.

Wie jeder weiß, stellen die Konzerne, um einen bekannten Ausdruck zu gebrauchen, „eine Kapitalpumpe“ dar, einen notwendigen Bestandteil für die Existenz einer Marktwirtschaft, weil sie das Hauptinstrument sind, das aus der Vertragsfreiheit resultiert. Ohne Zweifel ist die Schaffung dieser Instrumente sehr wichtig für eine freie Wirtschaft, in der die Freiheit der Produktion und des Konsums untrennbare Elemente darstellen. Das Gewinnstreben ist nicht das einzige Element, das zu berücksichtigen ist. Deshalb entstand eine große Diskussion um die Marktwirtschaft und die Planung. In Brasilien lenkten die Anstrengungen des Krieges (1939 bis 1945) die Aufmerksamkeit auf die Planung, wie das in der ganzen Welt geschah. Am Ende des Krieges wurde das diktatorische System, das seit der Verfassung des „Estado Novo“ von 1937 an der Macht war, durch das liberale Regime der Verfassung von 1946 ersetzt, behielt jedoch aus der Verfassung von 1934 ein Kapitel über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung bei, in dem das Prinzip der freien Wirtschaftsorganisation, verbunden mit sozialen Prinzipien, verankert wurde.

Zu dieser Zeit erhoben sich die ersten Stimmen zugunsten einer Planwirtschaft. Eine umfassende Diskussion entstand in der Hauptsache zwischen *Roberto C. Simonsen*, der für die Planung eintrat, und Professor *Eugenio Gudín*, der sich schon immer gegen diese Lösungsform gewandt hatte, weil er, wie *Walter Eucken*, *Hayek* und *Friedman*, eine neoliberale Wirtschaftsauffassung vertrat.

Dann entwickelte sich eine streng ökonomistische Denkweise, der sich die Juristen im allgemeinen nicht anschlossen. Es gab keine Überlegungen zum Wirtschaftsrecht, und aus unserer Verfassung, insbesondere aus den Vorschriften des Kapitels „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, ließen sich keine ständigen Normen ableiten. Hätten wir das getan, wäre daraus eine gemischte Wirtschaftsform entstanden, in der die Verteilungsgesichtspunkte, die „soziale Gerechtigkeit“ klarer zutage getreten wären. Nichtsdestoweniger mußte die Wirtschaftsgrundlage so oder so geschaffen werden, wobei die ersten Elemente der Planung sichtbar wurden. Diese Elemente traten übrigens schon während des Krieges auf, mit den Missionen zweier Amerikaner: der von *E. S. Taub*, 1942, und der von *M. L. Cook*, 1943. Ersterer legte einen Zehnjahres-Investitionsplan im Umfang von 4 Billionen Dollar vor, letzterer analysierte regionale und sektorale Fragen bezüglich Transport, Treibstoff, Erdöl, Mineralproduktion und chemische Industrie u. dergl.⁹.

In den 50ern wurde der SALTE-Plan (Gesundheitswesen, Lebensmittel, Transport) vorangetrieben, aber nur seine ersten Schritte kamen zur Anwendung. Jedenfalls analysierte dieser Plan die nationalen Grundbedürfnisse. Es war jedoch schwierig, ein effizientes Verwaltungskonzept zu organisieren, das ohne politische und technische Probleme funktionierte. Eigentlich schufen diese Pläne nur neue Arbeitsplätze, die im allgemeinen von Leuten besetzt wurden, denen die Kompetenz für diese Aufgabe fehlte. Diese Sachlage gefährdete von Anfang an die wirksame Erfüllung des Plans. Infolgedessen ließ man davon ab. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte der gegenwärtigen öffentlichen Verwaltung Brasiliens ist die Schwierigkeit, ein Leistungssystem einzurichten, trotz seiner rechtlichen und administrativen prohibitiven Verfügungen. Dieses Leistungssystem findet im allgemeinen auf den privaten Unternehmensbereich Anwendung, wo das Gewinnprinzip nicht mit überflüssigen Ausgaben für den Verwaltungsapparat zu vereinbaren ist. Deshalb ist die Schaffung dezentralisierter Organe zur Kontrolle oder zur Ankurbelung der Wirtschaft keine leichte Aufgabe. Die Wirtschaftskontrollorgane sind die ältesten; solche zur Wirtschaftsförderung, zum Beispiel Entwicklungsbanken, sind jüngerer Datums. Von 1952 an wurden zu diesem Zweck die Nationalbank für Wirtschaftsentwicklung (BNDE) und Regionalbanken, wie zum Beispiel die Regionalbank für Wirtschaftsentwicklung (BRDE) geschaffen.

Vor kurzem änderte die BNDE teilweise ihren Aufgabenbereich ebenso wie ihre Abkürzung, sie wurde zur „Nationalbank für Wirtschafts- und Sozialentwicklung“ (BNDES), um den „Fundo social“ (Sozialfonds) zu verwalten, einen Fonds, der aus der Besteuerung der Bruttoeinnahmen der Unternehmen in Höhe von 0,5 Prozent entstanden ist¹⁰.

Nach 1964 gab es aufgrund der Ziele der revolutionären Bewegung und angesichts des Chaos im Lande bekanntlich sowohl eine bemerkenswerte Aufwertung des Staates, woraus eine stärkere Zentralisation der öffentlichen Verwaltung in allen Sektoren resultierte, als auch den Versuch, die technischen und die politischen Aufgaben klar voneinander zu trennen. Es wurde damals eine Technokratie eingerichtet, das heißt, es wurden mit der Wirtschaftskontrolle Spezialisten beauftragt, die zwar politisch nicht repräsentativ waren, die aber verstanden, die Wirtschaft zu planen. Es wurde das Planungsministerium geschaffen, das später in das Planungssekretariat beim Präsidenten der Republik überging, der obersten Behörde für Planungsangelegenheiten¹¹.

Bezüglich der Planung muß betont werden, daß es Planungskonzepte in sozialistischen und in marktwirtschaftlich orientierten Ländern gibt, die jedoch je nach den zugrundeliegenden Ideologien verschieden sind und sich in der Wirtschaftsverfassung und in der Eigentumsordnung, der Existenz oder Nicht-Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln verschieden manifestieren. Aber man darf nicht davon ausgehen, daß der Plan in den sozialistischen Ländern aus spezifischen Bestimmungen und Verordnungen besteht, die unmittelbar die wirtschaftliche und soziale Landschaft formen. Der Plan besteht lediglich aus Mengenangaben, Daten und Zahlen. Andererseits gibt es nicht nur einen einzigen, sondern mehrere Pläne; in Rußland zum Beispiel gibt es jedes Jahr einen Plan für das ganze Land, fünfzehn Pläne für jede der Republiken und zusätzlich die Pläne der Ministerien, Ausschüsse und so weiter, und außerdem die Pläne von zahllosen Unternehmen. Diese Pläne werden nicht veröffentlicht, sondern nur die Gesetze zur Ermächtigung oder Bestätigung der Pläne des Landes und der Republiken werden in den amtlichen Zeitungen abgedruckt¹².

Bemerkenswerterweise ist, wie *Loeber* betont, der letzte vollständig bekannte russische Plan der Wirtschaftsplan von 1941, von dem eine Kopie den Krieg überdauerte; öffentlich bekannt sind die Pläne für längere Zeiträume, wie die Fünfjahrespläne¹³. In Ländern mit Zentralverwaltungswirtschaft decken diese Pläne das gesamte Sozialprodukt des Landes ab und lassen praktisch keine privaten Initiativen zu. Weil jedoch der Plan nicht aus sich selbst erfüllt werden kann, „einigen“ sich die Organe der sozialisierten Wirtschaft untereinander auf die für ihren jeweiligen Wirtschaftskreislauf erforderlichen Elemente. Jedoch sind diese Abkom-

men im allgemeinen verpflichtend und zwingend, weil ihre Existenz aus einem Verwaltungsakt hervorgeht, obwohl ihr Zustandekommen Gegenstand von vereinbarten Vertragsklauseln ist. In Marktwirtschaften hängt die wirtschaftliche Entwicklung größtenteils von Privatpersonen ab, weil die Produktionsmittel nicht der staatlichen Kontrolle unterliegen. Die Stützungsmaßnahmen sind indirekt und konstituieren das Hauptelement der Finanzpolitik eines Landes.

Der Plan wird in der Marktwirtschaft indirekt realisiert mit Hilfe fiskalischer Anreize und Vergünstigungen. Dies ist der bedeutendste rechtliche Unterschied, wengleich es auch noch andere gibt, wie die Teilnahme der öffentlichen Meinung an wichtigen wirtschaftlichen Maßnahmen, die eine wirksame Kontrollinstanz darstellt. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die totalitären Systeme klar von den pluralistischen. Für die erstgenannten gibt es nur ein Organ, das die gesamte Entscheidungsmacht über die wesentlichen Wirtschaftsfragen in sich vereinigt; in Rußland ist dafür das Präsidium des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zuständig. In Marktwirtschaften, wo die wirtschaftlichen von den politischen Absichten getrennt sind, tendiert man dazu, die grundsätzliche Richtlinienkompetenz einer Instanz zuzuweisen, die im allgemeinen aus Praktikern besteht. In vielen Ländern ist es die Aufgabe der Zentralbank, die spezielle Befugnisse hat, um ihre Funktion als „Währungswächter“ ausüben zu können.

Die Dezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsgewalt auf verschiedene, im allgemeinen ineffiziente Organe war eine Zeitlang eins der ernsthaftesten Probleme Brasiliens. Dann wurde sie dem „Conselho Monetário Nacional“ übertragen mit der Zuständigkeit als „normative Instanz für die gesamte Wirtschaftspolitik“ und desgleichen als „Organisation zur Beobachtung der Wirksamkeit dieser Politik“¹⁴.

Seine Entscheidungen folgen jedoch den allgemeinen Leitlinien, die der nationale Wirtschaftsentwicklungsplan (PND) vorschreibt, wobei die Erwähnung interessant sein dürfte, daß der erste PND, der per Gesetz vom 4. November 1971 für den Zeitraum von 1972 bis 1974 in Kraft trat, sich selbst als Modell für eine Marktwirtschaft begriff, die aus der „Vitalität des privaten Sektors“ lebt, „der einem neuen Unternehmenskonzept entspringt, das den Trend zur Fusionierung und die modernen Strukturen von Produktion und Marketing einschließt“. Diese Tendenzen existieren noch, obwohl das Staatskapital in der brasilianischen Wirtschaft bekanntlich vorherrscht und durch große staatliche und gemischte Unternehmen bewegt wird.

Diese Pläne haben indikativen Charakter und ihre Bestimmungen sind „Leitlinien“, insbesondere wenn man weiß, daß dieses „Planum“ der Ursprung mehrerer „Planula“ ist. Letztere sind in der Tat viel konkreter und effizienter als zum

Beispiel die Aktivitäten einiger Fonds aus dem fiskalischen Unterstützungsprogramm. Aufgrund der Verschiedenartigkeit dieser „kleinen Pläne“ gibt es in Brasilien ebenso wie in Frankreich keine vollkommenen Koordinationen unter ihnen¹⁵.

In dem Maß, in dem der Staat seine Wirtschaftsbeteiligung verstärkt, bahnt sich eine Änderung an; nach einer Periode unsystematischer und punktförmiger Interventionen erscheinen neuerdings Pläne für bestimmte Wirtschaftsbereiche, die von Privatunternehmen nicht entwickelt werden können, wenn sie nur auf die eigene Kraft angewiesen sind. Weil diese Situation auch auf andere zutrifft, die scheinbar keine Verbindung untereinander haben, fängt der Staat an, sein Wirkungsfeld auszudehnen. Selbst dort, wo die Verfassung die Tätigkeit des Staates auf eine rein subsidiäre beschränkt, versucht er durch privatrechtliche Modelle, insbesondere durch Partnerschaftsabkommen, die Wirtschaftskontrolle direkt oder indirekt auszuüben. Die Praxis der öffentlichen Finanzierung durch Anteilkäufe kann angesichts des privaten Kapitalmangels viele Unternehmen unter die wirksame rechtliche oder tatsächliche Kontrolle des Staates bringen¹⁶. In Wirklichkeit werden, wo man versucht, die liberale und die sozialisierte Wirtschaft zu überwinden, notwendigerweise einige Mischformen entstehen, in denen sich komplementär liberale Institutionen und Planung in ständiger Spannung begegnen. Deshalb steht die Planung einer Marktwirtschaft nicht konträr gegenüber. Sie kann einen Weg der Einigung oder Zusammenarbeit mit den Privatunternehmen durch Vergünstigungen und Anreize aufzeigen, wozu zum Beispiel fiskalische Vergünstigungen zählen. Dennoch können Pflichtverträge ausnahmsweise zu direkten Eingriffen in den Markt führen.

Schließlich werden wegen des Kapitalmangels Exporte gefördert, um ausländisches Kapital anzuziehen. Eine interessante Lösung zur Exportförderung waren die flexiblen Wechselkurse mit periodischer Abwertung. Über die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Einsatzes ausländischen Kapitals ist in unserem Land wie in allen Entwicklungsländern viel diskutiert worden. Das gilt für multinationale Unternehmen und direkte Investitionen in wichtigen Bereichen unserer Wirtschaft. Ausländisches Kapital ist nicht nur in Entwicklungsländern mit Marktwirtschaft von Bedeutung, sondern auch in sozialistischen Ländern. Ihre größere oder geringere Bedeutung hängt von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation eines Landes ab. Angesichts der Gefahr von Direktinvestitionen in strategisch wichtigen Industriezweigen haben viele Länder vor kurzem nicht gezögert, ihren liberalen Kurs zu verlassen, um solche Investitionen zu verhindern¹⁷.

Ausländisches Kapital sollte in ganz bestimmten Sektoren eingesetzt werden, die für die nationale Entwicklung von Bedeutung sind. In der Praxis jedoch geht

dieses Kapital in Länder, die bessere Einsatzbedingungen versprechen, wobei der Gesichtspunkt der Investitionssicherheit, des Vorhandenseins von Fachkräften, des Lohnniveaus usw. eine Rolle spielt¹⁸, was die Planung seines Einsatzes schwierig macht. Wie dem auch sei, die Kapitalknappheit hat die Suche nach ausländischem Kapital zur Folge, insbesondere nach Beteiligungen, so daß auf diese Weise eine Konkurrenz zwischen den Ländern entsteht. Jedoch kann keine Wirtschaft, sei sie Planwirtschaft oder Marktwirtschaft, ohne die bedeutende Beteiligung ausländischen Kapitals bestehen.

3. Die spezialisierten Finanzierungsinstitute und die Inflation

Das erste wirtschaftliche Instrument für eine Marktwirtschaft ist eine relativ stabile Währung, ohne die eine Investitionspolitik unmöglich ist. Ein weiteres, schwer zu lösendes Problem, ist das Nichtvorhandensein ausreichenden Kapitals, das zu Finanzierungslücken in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen führt. Um diesem Problem zu begegnen, wandte man das System der Spezialisierung der Finanzierungsinstitute an, und nicht das der „Universal Banks“, die im allgemeinen in Europa existieren. Auf diese Weise wurde der Finanzmarkt, den *Adolf Weber* das „Vorzimmer“ des Kapitalmarktes nennt,¹⁹ neu strukturiert.

In den Ländern mit einem starken Hang zum Sozialismus, wie Portugal und Frankreich, gibt es einen Trend zur Nationalisierung der Banken, wobei dann der Finanzmarkt im Machtbereich des Staates bleibt, sehr zum Schaden der Marktwirtschaft, denn diese setzt voraus, daß private Unternehmen sowohl den Geld- als auch den Kapitalmarkt kontrollieren, weil zwischen den beiden Märkten eine enge Verbindung besteht. Deshalb sollte sich in einer wirklichen Marktwirtschaft der Finanzmarkt in der Kontrolle privater Unternehmen befinden, und nicht in der des Staates, das heißt, die Finanzierungsinstitute sollten sich im Privatbesitz befinden. Dennoch nimmt der Staat in gewissem Umfang an der Kontrolle des Finanzmarktes teil, weil die moderne Verwaltung häufig privatrechtliche Formen annimmt. So gibt es in unserem Wirtschaftssystem neben dem „Banco Central“, einem öffentlich-rechtlichen Institut, noch den „Banco do Brasil S. A.“, eine mischwirtschaftliche Aktiengesellschaft, bei dem die Bundesregierung und private Unternehmen als Anteilseigner auftreten und auf die das Aktienrecht Anwendung findet. „Banco Central“ ist das Organ, das die nationale Finanzpolitik gemäß den Beschlüssen des „Conselho Monetário Nacional“ (Nationaler Monetartrat) in die Praxis umsetzt. Das Vorhandensein einer Zentralbank ist ein wichtiger Gesichtspunkt für Marktwirtschaften. Manchmal ist ihr Wirkungsbereich größer

in Form einer „Währungsmagistratur“, um die Finanzpolitik unabhängig zu formulieren und durchzuführen. Wie wir bereits erwähnt haben, obliegt die Zuständigkeit, eine solche Politik zu formulieren, dem „Conselho Monetário Nacional“ (Nationaler Monetarrat)²⁰, und nicht der Zentralbank. Später wurde die „Comissão de Valores Mobiliários“ mit dem Ziel geschaffen, den Kapitalmarkt zu regulieren²¹ und damit einen Teil des Aufgabenbereichs der Zentralbank zu übernehmen²².

Einerseits ermutigte der Kapitalmangel das Zustandekommen von Pflichtverträgen, andererseits machte er die Finanzierung der verschiedenen Marktbereiche teilweise problematisch. Um dem Rechnung zu tragen, wurden aus den Finanzierungsinstituten spezialisierte Organe, deren spezifische Aufgaben ihrer jeweiligen normativen Bestimmung entsprachen. Die Spezialisierung der Finanzierungsinstitute begann mit den Gesetzeserlassen Nummer 7.583 vom 25. Mai 1945 und Nummer 9.603 vom 16. August 1946, die sich auf Kredit-, Finanz- und Investitionskörperschaften bezogen. Diese speziellen Bankaufgaben wurden reguliert durch das Ergänzungsgesetz Nummer 309 vom 30. November 1959 der „Superintendência da Moeda e do Crédito (SUMOC)“, die später in den „Banco Central do Brasil“ überführt wurde²³. Diese Instrumente wurden nach und nach durch weitere Gesetze verbessert, insbesondere durch das Gesetz Nummer 4.595 von 1964 und Nummer 4.728 von 1965. Man übernahm das amerikanische System der spezialisierten Finanzierungsinstitute im Gegensatz zu dem europäischen System der „Universal Banks“, die die Funktionen von Handelsbanken, Finanzinstituten und Investitionsbanken ausüben.

Wie bereits erwähnt, erhielt die Spezialisierung der Finanzierungsinstitute ihre heutige Form durch das Gesetz Nummer 4.595/1964, das Bankreformgesetz. Der Kapitalmarkt wurde in den Einzelheiten durch das Gesetz Nummer 4.728 geregelt.

Auf diese Weise wurde die Entwicklung beider Bereiche, des Geld- und des Kapitalmarktes, durch eine Reihe von Beschlüssen gelenkt, die die verschiedensten Aktionen regulierten und noch regulieren. All dies wäre nicht möglich gewesen, wenn man diese Operationen – vor allem die des Kapitalmarkts – den Nennwertschwankungen der Währung unterworfen hätte. Die Operationen mit den Instrumenten des Handels, mit Wechseln, Annahme oder Einlösung durch private Investitionsbanken und Entwicklungsbanken oder durch Kredit-, Finanz- oder Investitionsanstalten²⁴ sind den Währungsausgleichsschwankungen unterworfen, genau wie von privaten Investitions- und Entwicklungsbanken ausgegebene Garantianleihen²⁵ und Obligationen, die von ihnen²⁶ oder von Handelsgesellschaften²⁷ ausgegeben werden.

Selbst wenn der Währungsausgleich auf weite Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt wird, verschwinden die Schwierigkeiten nicht, das Gegenteil ist der Fall, weil einerseits nicht alle Wirtschaftsbereiche gleichmäßig produktiv sind und die gegenwärtige Inflationsrate nachvollziehen können, und andererseits die wirtschaftliche Entwicklung selbst zugunsten einer gesunden Planung eine Vorfixierung der Ausgleichsraten für die Währungsschwankungen nahelegen könnte, mit dem Ziel, sie allmählich ganz verschwinden zu lassen. Einige Länder, wie Uruguay, legen jedes Jahr die Ausgleichsquote fest, die manchmal unter dem Niveau der Geldentwertung liegt, und schaffen damit eine fiktive „Kaufkraft“, die höher als die gegenwärtig tatsächliche liegt. In Brasilien wurde dieser Plan bis Oktober 1980 durchgeführt, der Cruzeiro wurde um 50 Prozent abgewertet, dann aber kam aufgrund einiger Probleme in der Zahlungsbilanz die entgegengesetzte Politik zum Zuge, das heißt, die Bankzinssätze wurden freigegeben.

Angesichts der ungleichen Produktivität der verschiedenen Wirtschaftsbereiche mußten, insbesondere bei Landwirtschaftskrediten, subventionierte Zinssätze gewährt werden, um Überschuldungen zu vermeiden, die einen Produktivitätseinbruch hätten verursachen können. Das ist das Problem einer ausreichenden Finanzierung, gemessen an der Gewinnspanne der unterschiedlichen Wirtschaftszweige. Wenn die Finanzierung nicht dem damit angestrebten Ziel entspricht, kann man nicht von Finanzierung im eigentlichen Sinne sprechen, da sie weder ausreichend noch endgültig ist; es handelt sich lediglich um eine vorläufige Finanzierung. Das ist eins der Hauptprobleme der Entwicklungsländer, vor allem, wenn sich in ihnen verschiedene Regionen mit unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden, die alle von den wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen erfaßt werden sollen.

Wenn die Finanzierung nicht angemessen ist, wird der Schuldner sie zu anderen Zwecken einsetzen. Und weil seine Bedürfnisse nicht befriedigt werden, wird er sie durch eine weitere Anleihe decken müssen, wodurch er dann seine Verschuldung noch vergrößert.

Schließlich muß hervorgehoben werden, daß der Markt verschiedenen äußeren Kontrollen unterliegt, zum Beispiel der Kontrolle der Finanzinstitute, die entweder klug abwägen, wo sie die Ausgabe von Wertpapieren erlauben oder verbieten, oder repressiv tätig werden, wo sie die Institutionen, z. B. wegen falscher Information, bestrafen. Es gibt auch eine aktive Kontrolle (steuerliche Intervention), die durch Steuervorteile zum Einsatz des Unternehmenskapitals ermutigt oder private Rücklagen dorthin kanalisiert. In gleicher Weise kann die Kontrolle den Verhandlungsspielraum der Unternehmen einschränken, indem sie entweder ih-

re Eigenständigkeit bei der Vereinbarung von Vertragsklauseln beschränkt oder den Markt, auf dem die Transaktionen abgewickelt werden sollen²⁸.

4. Zwangsverträge

Die Zwangsverträge stellen in einer Planwirtschaft einen sehr bedeutenden Faktor dar. Sie existieren aber auch in Marktwirtschaften, haben aber dort nicht die gleiche Bedeutung. Wie wir bereits erwähnten, ist eines der Probleme der Entwicklungsländer der Mangel an Kapital für die notwendigen Investitionen.

Andererseits wird eine rasche industrielle Entwicklung immer ohne steile Investitionsneigung angestrebt, denn ein Industriestaat gilt — zu recht oder nicht — als ein wirtschaftlich starker Staat, im Gegensatz zum Agrarstaat. Das beweist der Versuch, Deutschland am Ende des Krieges 1939–1945 zur Strafe von einem Industriestaat in ein Agrarland zu verwandeln, ein Plan, der den Namen seines Erfinders *Morgenthau* trug. Eine rasche Industrialisierung galt in vielen Entwicklungsländern als unabdingbar, nicht nur in den marktwirtschaftlich orientierten, sondern auch in den sozialistischen. Sie war auch das Ziel vieler Regierungen, was zu einer hohen Verschuldung bei westlichen Banken führte.

Wie dem auch sei, das brasilianische Gesetz 1.474 vom 26. November 1951²⁹ schuf die Zwangsanleihe in Form einer Ergänzung zur Einkommensteuer, die als Wertpapier mit dem Namen „Pfandbrief für die wirtschaftliche Erneuerung“ ausgegeben wurde und in dem ihrer Ausgabe folgenden Fiskaljahr retourniert werden sollte. Dann rief man einen Kapitalfonds ins Leben, der vom „Banco Nacional de Desenvolvimento Económica“ (Nationalbank für Wirtschaftsentwicklung) mit dem Ziel verwaltet wurde, Verbesserungsprojekte für die Industrialisierung zu unterstützen, für Anleihen zu bürgen und bei Auslandstransaktionen als Regierungsgesellschaft für Behörden, mischwirtschaftliche Unternehmen und Privatunternehmen wirksam zu werden. Mit der Einrichtung des „Nationalen Plans für wirtschaftliche Erneuerung“, der „Plano Lafer“ genannt wurde, machte man die ersten Erfahrungen mit autonomen Fonds unabhängig von politischem Druck, der aus Haushaltsdebatten, traditionellen Defiziten und den Lohnforderungen der Funktionäre resultierte³⁰.

Per definitionem ist die Zwangsanleihe ein „Zwangsvertrag“. Dieses neue juristische Modell blieb zunächst unbekannt, bis auffallende Entscheidungen es anerkannten. Seltsamerweise resultierte dieses Wirtschaftsverfahren aus der Arbeit einer „gemeinsamen brasilianisch-amerikanischen Entwicklungskommission“ aus der Zeit Präsident *Trumans*. Die Absicht der Ökonomen jener Zeit war die Errichtung eines automatischen „autonomen Fonds“, der, unabhängig von politi-

schem Druck, aus einer Zwangsanleihe entstehen sollte. Sie merkten nicht, daß dabei ein dem brasilianischen Recht bis dahin unbekanntes neues Rechtsmodell geschaffen wurde, der Zwangsvertrag, den viele Juristen als eine bloße Steuer betrachteten. Als Gewohnheit was diese Praxis der Zwangsanleihe und anderer Zwangsverträge schon verbreitet, bevor die Bundesregierung per Gesetz Nummer 4.069 vom 11. Juni 1962³¹ eine öffentliche Notzwangsanleihe einführte. Später setzte die Bundesregierung per Gesetz Nummer 4.242 vom 17. Juli 1963 für die Jahre 1963 bis 1965 eine neue Zwangsanleihe fest, die „auf allen aus Steuerbefreiung resultierenden Einkommen und allen Einkommen physischer Personen basiert“.

Als die Bundesregierung dieses Instrument wiederholt einzusetzen begann, zögerten auch die Bundesländer nicht mehr, das gleiche zu tun. Zum Beispiel erhob das Bundesland Paraná die obligatorische, rückzahlbare Ergänzungssteuer neben den überkommenen Staatssteuern für Umsätze und Depositen³². Danach wurde die Verfassungswidrigkeit der Zwangsanleihe diskutiert. Das Wesen der Zwangsverträge wurde durch das Charakteristikum der Zwangsanleihe erkennbar. Das Hauptproblem war dabei die Frage, ob die Zwangsanleihe ein Vertrag oder eine Steuer sei. Weil der erhobene Betrag zurückgezahlt werden sollte, waren die Privatunternehmer logischerweise Gläubiger, und daher handelte es sich nicht um eine Steuer, sondern um eine Art Abkommen³³. Weil das Rechtsverständnis des obersten Gerichts sie mehr als Abkommensform denn als Steuer betrachtete, wurde die rechtliche Gestalt der Zwangsanleihen nicht mehr diskutiert, bis die Verfassung von 1967, im Artikel 19, III Paragraph 4, in einer Ergänzungsverfügung zur gegenwärtigen Verfassung, im Verfassungsänderungsgesetz Nummer 1, 1969, festlegte, daß „die Bundesregierung Zwangsanleihen verfügen kann für die besonderen im Ergänzungsgesetz definierten Fälle, auf welche die Verfassungsbestimmungen bezüglich Steuern und allgemeine Regeln des Steuergesetzes Anwendung finden“.

Folglich hat es den Anschein, als ob die Verfassung sie nicht als eine Sonderform von Steuer betrachtete; jedoch aufgrund der Ähnlichkeit ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung beschloß die Verfassung, sie unter die Verfassungs- und Ordnungsbestimmungen für Steuern einzugliedern. Wenn die rechtliche Bewertung der Zwangsanleihe den Bogen von einem Extrem zu andern schlägt, d. h. sie aufgrund ihrer formalen Ähnlichkeit mit dem Vertrag als Vertrag betrachtet oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Zweckbestimmung als eine Steuer ansieht, muß man auf andere Formen von Zwangsverträgen verweisen, die nicht mit Steuern vergleichbar sind, weil sie keine Anleihe darstellen, die zur Abgabe eines bestimmten Geldbetrages verpflichtet.

Der vielleicht am besten über Zwangsverträge informierte Autor ist *Dietrich Loeber*³⁴. Er erarbeitete einen detaillierten Vergleich dieses Modells im sozialistischen und im marktwirtschaftlichen System. Er verwies darauf, daß eine von ideologischen Vorurteilen geprägte Analyse seine Untersuchungen stören würde. Die sozialistischen Länder seien daran gewöhnt, den Zwangsvertrag in Marktwirtschaften ebenso wie viele andere Rechtsformen nur als ein Instrument der Ausbeutung der Arbeiter zu sehen. Diese Vorstellung hat offensichtlich keinen Bestand. Die Zwecke der Zwangsverträge müssen in sozialistischen Wirtschaften allgemein festgelegt werden. Es scheint eindeutig, daß sie das Hauptinstrument der Plandurchführung sind und demzufolge die Bedürfnisse der Organe und Unternehmen der sozialisierten Wirtschaft befriedigen sollen. Weil sie alle dem Staat gehören, könnte man annehmen, der Staat treffe mit sich selbst Abkommen. *Dietrich Loeber* beantwortet diese Frage mit der Feststellung, daß „eine Zentralverwaltungswirtschaft in einem Land wie Rußland kein reines Modell darstellt; ernsthafte wirtschaftliche Bedürfnisse verursachen tiefgehende Veränderungen an diesem Modell und führen zur Anerkennung von Wirtschaftseinheiten, die ein Eigenleben führen“. So entstehen Mischformen, d. h. gelegentlich werden Verträge im eigentlichen Sinn geschlossen, in denen die Vertragspartner gleichberechtigt sind. Was in sozialistischen Wirtschaftssystemen als Ausnahme gilt, wird in der Marktwirtschaft zur Regel: der Vertrag als Instrument der Privatautonomie. Marktwirtschaftliche Systeme dürfen aber gegenwärtig gleichfalls nicht als reines Modell gesehen werden, weil der Staat in die Wirtschaft eingreift, manchmal direkt durch Zwangsverträge — was nicht mit der Marktwirtschaft vereinbar ist — oder durch induktive fiskalische Maßnahmen, wie zum Beispiel durch zahlreiche Steuervorteile und -vergünstigungen.

Wie bereits der Name sagt, wird der Zwangsvertrag ohne Rücksicht auf den Willen der Vertragsparteien geschlossen. Er ist eine einseitige Handlung des Staates. Aber während des Vertragsabschlusses treten Rechte und Befugnisse aufgrund des Vertragsverhältnisses zutage, wie zum Beispiel der Rücktritt bei Vertragsbruch, das Recht auf eine bestimmte Durchführungsform und das Recht auf Entschädigung. Aus diesem Grund nannte man dieses Zwittermodell „Zwangsvertrag“, „Auflagevertrag“ oder „diktiertem Vertrag“. Die mit diesem Problem befaßten Autoren interpretieren diesen Vertrag wie *Santiago Dantas*³⁵ in Brasilien auf zwei verschiedene Weisen: Entweder zählen sie ihn völlig zum öffentlichen Recht oder sie betrachten ihn als Mischform, deren Zustandekommen einem Verwaltungsakt entspringt, und dessen Abwicklung den Bestimmungen des Privatrechts unterliegt³⁶. Der letztgenannte Gesichtspunkt scheint zuzutreffen, da es in der Tat eines Aktes des öffentlichen Rechts bedarf, um den Zwangsvertrag zu begrün-

den, da es aber gleichzeitig privatrechtlicher Bestimmungen bedarf, um die rechtlichen Beziehungen der Abwicklung des Vertrages zu klären, einschließlich des oben genannten Rücktrittsrechts bei Vertragsbruch.

Die Eigenart der Zwangsverträge für Brasilien liegt darin, daß sie nicht Elemente zur systematischen Intervention oder Planung sind, dennoch aber den Kapitalmangel in einigen Sektoren beheben, die auf andere Weise vielleicht nicht einmal durch steuerliche Maßnahmen verbessert werden können. Und vielleicht auch da, wo ein anderes Verfahren nicht wirksam ist, weil das Kapital dringend erforderlich ist zur Förderung bestimmter Aktivitäten oder zur Verhinderung gewisser anderer wie das in Brasilien der Fall ist bei der Zwangseinlage vor Auslandsreisen. Bisweilen war es obligatorisch, Anteile von Petrobrás, einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft, oder von Eletrobrás zu erwerben. Was Exporte betrifft, so muß der Eigentümer von Exportdevisen diese an die Bundesregierung verkaufen. Der Zwangsverkauf von Kaffee an das „Instituto Brasileiro do Café“, das Zwangsabkommen zur Versicherung von Transportunfällen, die Zwangsbildung von Fonds in dem „Banco do Brasil S. A.“ durch Privatbanken etc. sind ebenfalls Zwangsverträge.

Was die staatlichen Aktivitäten betrifft, liegt der Schluß nahe, daß „der Unterschied zwischen einer Planwirtschaft und einer Marktwirtschaft, rechtlich gesehen, darin liegt, daß der Staat, die Wirtschaft im ersten Falle direkt und im zweiten Falle indirekt verwaltet; das bedeutet, daß der Zwangsvertrag in Planwirtschaften das Hauptelement zur Wirtschaftsführung darstellt, während er in Marktwirtschaften ein bloß subsidiäres Element ist“³⁷.

Oder, anders ausgedrückt, der Zwangsvertrag ist in Marktwirtschaften mehr ein Element zur Lösung spezieller Probleme, die sich aus dem Kapitalmangel ergeben, als ein langfristiges Planungselement.

Möglicherweise ist die Praxis der Zwangsverträge in Entwicklungsländern gebräuchlicher als in Industrieländern, weil der Kapitalmangel die ersteren stärker trifft.

„Kriegswirtschaften“ machen sogar in Friedenszeiten gewöhnlich davon Gebrauch, um eine Vorausplanung durchzuführen. Deshalb muß die Anwendung von Zwangsverträgen in der Verfassung verankert werden. In Brasilien beziehen sich die detailliertesten Bestimmungen auf die Zwangsanleihen. Was die anderen Formen angeht, werden die Zwangsverträge durch besondere Gesetze geregelt, aufgrund der Verfassungsbestimmung, daß „niemand verpflichtet ist, etwas zu tun oder zu unterlassen, wenn das Gesetz es nicht vorschreibt“³⁸, womit die Grenzen der Vertragsfreiheit berührt sind.

Die Rechtsprechung sollte auf Bundesebene erfolgen, weil die Vertragsregelung Teil des Zivil- und Handelsrechts ist und die Zwangsverträge über den oben genannten Grundsatz der Vertragsfreiheit hinausgehen, welche die Basis des Zivil- und Handelsrechts legt.

5. Steuerliche Anreize

Planung in Marktwirtschaften findet, wie bereits gesagt, indirekt auf fiskalischer Basis mittels zahlreicher steuerlicher Anreize und Vergünstigungen statt.

Es liegt auf der Hand, daß der Staat viele Investitionen direkt tätigt, um die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu gestalten, wobei er andere Praktiken wie Finanzierungen und Subventionen anwendet. Dies geschieht insbesondere durch eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Elemente: die staatlichen Unternehmen. Andererseits haben sich in der Landwirtschaft, vor allem im Süden, Genossenschaften entwickelt, ähnlich wie in anderen Ländern. In einigen Entwicklungsländern hat man versucht, die Probleme dadurch zu lösen, daß die Gemeinde sich selbst an Programmen beteiligte, wie zum Beispiel die „Community Development“ oder die „Desenvolvimento Rural Integrado“, die hauptsächlich in den ehemaligen Kolonien Englands und Frankreichs angewandt werden. Im Hinblick auf Brasiliens Größe und seine besondere Struktur scheint ein solches Programm nicht besonders erfolgreich zu sein.

Steueranreize wurden geschaffen als ein Weg, die öffentlichen Investitionen mit der Wirksamkeit privatwirtschaftlicher Unternehmensführung zu verbinden. Jedoch werden sie kritisiert, weil sie einen Verlust an Staatseinkommen zugunsten privater Unternehmen bedeuten und zur Verschwendung führen. Jedenfalls entwickelten sich steuerliche Anreize weitgehend aus der Einkommensteuerermäßigung für physische Personen zugunsten von Investitionen³⁹ oder für juristische Personen zugunsten von sozialen Zwecken wie zum Beispiel die bessere Berufsausbildung ihrer Angestellten⁴⁰; oder für örtlich begrenzte Projekte im Tätigkeitsbereich der obersten Aufsichtsbehörde für die Entwicklung des Nordostens (SUDENE) oder für Unternehmensmodernisierung, was einer Subvention gleichkam, oder durch Einkommensteuerermäßigung bei Einlage von bis zu 50 % der pflichtigen Steuern in den Investitionsfonds Nordost (FINOR)⁴¹ oder in den Amazonas-Investitionsfonds (FINAM)⁴²; oder durch Einkommensteuerermäßigung bei Einlage in Sektorialfonds (FISSET), für Fischerei⁴³, Tourismus⁴⁴, Forst- und Aufforstwirtschaft⁴⁵ oder in den „Empresa Brasileira de Aeronáutica“⁴⁶. Die „interne Geschichte“ der brasilianischen Anreizpolitik läßt sich analysieren,

wenn man die Ermäßigungsquoten jeder dieser Steuern über einen längeren Zeitraum vergleicht.

Neben diesen Anreizen zugunsten juristischer Personen, die den Nordost-Regionalfonds und den Amahonie-Fonds (FINOR) und (FINAM) sowie den Sektoralfond (FISSET) bilden, gibt es noch den Steuerfonds aus den Ermäßigungen gemäß Gesetzesverordnung 157/67, die mehrfach geändert wurde, weil sie anfangs physische und juristische Personen betraf; gegenwärtig können nur noch physische Personen davon Gebrauch machen. Zwischen diesen jeweiligen Verfahrensweisen gibt es einige Unterschiede. In den durch die Gesetzesverordnung 157 geschaffenen Steuerfonds zum Beispiel werden die Steuerzahler zu Anteilseignern des Fonds, der eine breite Palette von Wertpapieren ausgibt. Dieser Fonds verwaltet die von ihm gehaltenen Anteile. Es gibt jedoch andere Fonds, die nur in Projekten investieren und später dem Steuerzahler, wenn er will, das Eigentum an dieser Investition in Höhe des Ermäßigungsbetrages auf seine Einkommensteuer, der dem Fonds zugute gekommen ist, gutschreiben. Die Besteuerung wird somit dem Steuerzahler übertragen und dem Fonds obliegt lediglich der Einsatz der verfügbaren Mittel für die Wirtschaft. Man kann sich fragen, ob dies das beste System ist oder ob der Fonds die Investition verwalten sollte, wie das der Steuerfonds gemäß Gesetzesverordnung 157 tut. Die Investitionen der Regionalfonds können jedoch keinem Profitkriterium unterworfen werden, weil es ihr Hauptzweck ist, lokale und regionale Ressourcen in den Wirtschaftskreislauf einzubringen, die in der gewünschten Betragshöhe nicht verfügbar sind oder deren Flüssigmachung von einer Zeitfrist und von der Überwindung mehrerer Schwierigkeiten abhängt, was im Gegensatz steht zu einer sofort wirksamen Wirtschaftspolitik⁴⁷.

Selbst wenn man versucht, mit höheren Steuerermäßigungen Investitionen in eine bedürftige Region zu locken, ist die Steuerermäßigung eine Illusion, weil sie nur eine geringe Rentabilität besitzt. Daher wählt der Steuerzahler sie kaum zu Anlagezwecken. Vielleicht wäre ein Verfahrenswechsel mit dem Ziel, einen Anlagefonds für Teile der Einkommensteuer zu schaffen, der beste Weg zu einer Subventionspolitik, obwohl die Wirtschaftswissenschaftler sich allgemein gegen diese Vorstellung wenden, weil Subvention einen Gewinn für das Unternehmen, aber eine Sozialisierung des Verlustes bedeutet und das Grundprinzip der Marktwirtschaft außer Kraft setzt: das Gleichgewicht von Gewinnchance und Verlustrisiko⁴⁸.

Subvention entweder à fond perdu oder rückzahlbar aus dem Unternehmensgewinn, oder mit günstigen Krediten oder Zinsen, stellt eine Art Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und dem Subventionierten dar, die sich von der

eigentlichen Staatsintervention unterscheidet. Weil die Verwaltung zur Wirtschaftsförderung privatrechtliche Figuren anwendet, wäre es möglich, wenngleich irreführend, Subventionen nur unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und außer Acht zu lassen, was höchst bedeutsam ist — daß die einem Privatunternehmen gewährte Vergünstigung nur durch ihren Endzweck gerechtfertigt wird: die Wahrung und Befriedigung des öffentlichen Interesses. Deshalb ist es die Befriedigung des öffentlichen Interesses, in welcher der Unterschied zwischen dem ersten und letzten Zweck der Subvention liegt.

Im Hinblick auf diese Eigentümlichkeit ist die staatliche Kontrolle und die Wirtschaftlichkeit ihrer Durchführung⁴⁹ inhärenter Bestandteil der Subvention.

Es gibt, wie mir scheint, im brasilianischen Recht keine vergleichende rechts- oder wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung über die verschiedenen Formen von Anreizen mit Subventionscharakter — „fonds perdu“, Zinsvorteil oder „negativer Zins“ — und den Anreizen zur bloßen Finanzierung und Transferierung an den Steuerzahler, welche die den verschiedenen Formen von Subventionen und ihren Wechselbeziehungen zugrundeliegende Philosophie ergründen könnte. Allgemein unterscheidet man Anreize und Subventionen, die der Erhaltung oder der Förderung des Unternehmens dienen, einschließlich der Anreize zur Durchführung von Projekten, durch die viele Unternehmen erst entstehen. Man kann auch die Finanzierungs- und Verwaltungsfonds unterscheiden von den Fonds, die nur den Transfer an den Steuerzahler nach der Anlegung von Anteilen oder Rücklagen finanzieren. Es gibt auch Anreize für den Direkterwerb bestimmter Wertpapiere durch physische Personen, oder für ein in der Einkommensteuererklärung gemachtes Versprechen, sie zu erwerben und für einen bestimmten Zeitraum, normalerweise zwei Jahre, ruhen zu lassen⁵⁰.

Trotz aller Einwände eignen sich Subventionen doch besser zur Kontrolle und zur Stimulierung als die Anreize, bei denen die Fonds nur die Ermäßigungen der Einkommensteuer in Wertpapiere, Anteile oder Rücklagen bei Unternehmen transferieren, deren Projekte gebilligt worden sind. Außerdem könnte man noch hinzufügen, daß diese aus reinen Finanzierungsfonds in Verwaltungsfonds überführten Fonds einerseits den Steuerzahler von der direkten Unternehmensbeteiligung abhalten und andererseits die Verwaltungsausgaben erhöhen. Auf jeden Fall ist es notwendig, sehr sorgfältig die möglicherweise gewinnbringenden Segmente von jenen zu trennen, in denen ein Gewinn problematisch oder nur auf lange Sicht zu erzielen wäre. Ist der Gewinn niedrig, hat die Steuerermäßigung keine Anziehungskraft, weil es dann vorzuziehen wäre, daß die Einkommensteuer direkt mit dem Betrag belastet wird, aus dem ein Finanzierungs- und Verwaltungsfonds geschaffen werden soll. Alles hängt von einer Vorausschätzung ab, damit

man die verschiedenen Formen von Anreizen in ein System bringen und koordinieren kann, denn alle diese Mechanismen sind wesentliche Elemente der indirekten Planung in einer Marktwirtschaft.

Durch ein gut vorbereitetes Subventionierungsprogramm in den bezeichneten Sektoren ließen sich die verbindenden Elemente zwischen dem Staat und den Privatunternehmen stärken. Um zu diesem Ergebnis, der Systematisierung und Verbesserung der Anreize in ihrer mannigfachen Gestalt, zu gelangen, ist die rechtliche „forma mentis“ unverzichtbar.

Ein anderer Gesichtspunkt, der schließlich genannt werden muß, obwohl er nicht zu den Steueranreizen gehört, betrifft die staatlichen Unternehmen, die riesige Summen des Bundeshaushalts absorbieren. Obwohl sie, insbesondere bei Auslandsverschuldungen, der Kontrolle des Planungssekretariats beim Präsidenten der Republik unterliegen⁵¹, hängt ihr Einkommen nicht von ihrem Marktverhalten ab, und somit entsteht die Möglichkeit großer Defizite⁵². Das intensive Wachstum von Staatsunternehmen kann mit der Zeit von einer Mischwirtschaft zum Staatskapitalismus führen, um so mehr, als der Einfluß des Staates sich auch auf Aktiengesellschaften niederschlägt, in denen er Hauptanteilseigner ist. Diese Gesellschaften benutzen den Kapitalmarkt häufig, weil ihre Aktien und Wertpapiere bevorzugt von der Öffentlichkeit angenommen werden. Auf der anderen Seite kann eine stark gestützte Wirtschaft die Gefahr des „Subventionismus“ heraufbeschwören, das heißt, die Geschäftsleute investieren nur in steuerlich begünstigten Sektoren.

Alle diese Gründe führen zu immer größerer Interdependenz zwischen Wirtschaft und Staat, obwohl der Einfluß des Staates auf weite Bereiche der Wirtschaft die Marktmechanismen in Brasilien nicht wesentlich zurückgedrängt hat. Dieser Aspekt ist in allen westlichen Ländern zu beobachten⁵³, und in den Ländern mit starkem privatem Kapitalbedarf ist die Präsenz des Staates um so markanter, was die Gefahr einschließt, daß der Markt von der Regierung manipuliert wird und seine spezifischen Funktionen verlorengehen oder zumindest geschwächt werden.

Die inneren Reformen in privaten Unternehmen sind aufgrund des fehlenden Interesses der Anteilseigner sowohl in entwickelten als auch in sich entwickelnden Ländern ergebnislos geblieben. Alles hat sich geändert. Und durch die Dissoziierung des Eigentumsrechts an den Aktien von der Kontrolle hat sich in den großen Gesellschaften auch die Machtstruktur geändert. Oft wird das Management nicht von den Anteilseignern getragen, wodurch das kooperative Element im Management ausfällt⁵⁴. Unter diesem Gesichtspunkt unterscheiden sich die öf-

fentlichen Unternehmen nicht sehr von großen Privatgesellschaften mit zahlreichen Anteilseignern.

Neben all diesen Gesichtspunkten wird in Brasilien wie in vielen anderen Ländern die Trennung zwischen wirtschaftlichem und rechtlichem Denken deutlich, wodurch das Risiko der konkreten Entstehung eines Staatskapitalismus wächst. Damit wird die „formale Wirtschaftsverfassung“ und die verfassungsmäßige Kontrolle über ihre strikte Einhaltung bedeutsam, um die Zerstörung des Gleichgewichts zwischen privatem und öffentlichem Interesse zu verhindern, das in ständiger Spannung gehalten werden muß, so daß eins das andere nicht völlig dominieren kann. Somit ist die Praxis der rechtlichen Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verwaltungsakten eines der wichtigsten Elemente für den Aufbau eines Staates, in dem Freiheit und soziale Verantwortung sich nicht wechselseitig ausschließen.

Anmerkungen

- ¹ Zum Thema Inflation siehe Band 45 (1981) von Rabels Zeitschrift über „Rechtsfragen der Inflation“, mit Artikeln von *Bruno Inzitari*, *Juan José Reyren*, *Bertran Huber*, *Arnoldo Wald* und *Bernardo Gesche*.
- ² Siehe „Die rechtliche Verfassung des Wirtschaftssystems“, in *Memória del X Congreso Mundial Ordinário de Filosofia de Derecho y Filosofia Social (IVR)*, Band I, 1 ff. Universidad Nacional Autónoma del México, 1981.
- ³ *Socialismo e Diritto Privato*, Milano 1980, 227.
- ⁴ *Op. cit.*, 229.
- ⁵ *Alfredo Conard* hält den Begriff „Kapitalkonzentration“ für nicht richtig, da man genauer sagen müßte „Ungleichheit der Unternehmen“. (*Corporation in Perspective*, 1976, 104).
- ⁶ Siehe dazu die Artikel von *Arnold Gehlen*: *Soziologische Aspekte des Eigentumsproblems in der Industriegesellschaft*, und *Günther Schmolders*: *Eigentum und Eigentumpolitik*, in: *Eigentum und Eigentümer*, Band 1 (Walter Raymond Stiftung), Köln 1960, 164–184 u. 213–233.
- ⁷ In Frankreich wurde vor der Schaffung von „Investitionsgesellschaften mit variablem Kapital“ durch Erlaß vom 20. September 1963 dieses Unterfangen breit diskutiert. Das „Institut Dourdin“ unternahm einige Forschungen, die widersprüchliche Leitlinien eröffneten, obwohl man von einem ursprünglichen Wunsch, Geld zu sparen, ausgehen kann; siehe *G. Gallais-Hammono*, *Les sociétés d'investissements à capital variable*. Paris, Presses universitaires de France, 1970, 34 ff.
- ⁸ Allgemein herrscht in den Vereinigten Staaten ebenso wie in Europa die Politik der Eigenfinanzierung des Unternehmens vor der Finanzierung des Unternehmens durch Ausgabe von Anteilscheinen oder durch Anleihen. In den Industrieländern wächst jedoch die Verschuldung, wie es von 1959 bis 1964 der Fall war; und heute ist

sie sicherlich höher. (Siehe *Harold Lang — Erich Zeillinger*, Beteiligungsfinanzierung als Instrument der Wirtschaftsförderung, Wien 1971, 122 ff.) Im Modell Japan jedoch hat die hohe kurzfristige Verschuldungsrate (die höchste unter den Industrienationen) nicht die ausgezeichnete Entwicklung seiner Wirtschaft verhindert. Aber das ist eine Ausnahme. Mit dieser Politik, die die Schuldenfinanzierung der Beteiligungsfinanzierung vorzieht, fühlen sich die Unternehmen in Japan nicht gezwungen, Dividende unter die Anteilseigner auszuschütten, sondern praktizieren eine harte Reinvestitionspolitik. (s. *H. J. Bendiv*, Interaction of business and government in Japan. Lessons for the United States. in: *The International Lawyer* 15, 4 (1981) 576.

- ⁹ *Lorenzo-Fernandes*, A evolução da Economia Brasileira. Rio 1976, 162.
- ¹⁰ Gesetzverordnung Nr. 1940, 25. Mai 1982, Artikel 1, § 1, dies gilt uneingeschränkt, gemäß Artikel 1 derselben Gesetzesverordnung, für finanzielle Investitionen im Wohlfahrtswesen, Lebensmittel, Wohnungsbau, Gesundheit, Erziehung und Unterstützung für kleine Landwirte.
- ¹¹ *Roberto Campos*, A Experiência Brasileira de Planejamento. in: *Simonsen e Campos*, A Nova Economia Brasileira. Rio 1979, 47 ff. Er untersucht die Entwicklung des Planungskonzepts, insbesondere nach 1964, und betont, daß die „umfassendsten Nationalpläne rein indikativ sind und den privaten Sektor nicht berühren und in Bezug zum Staat und den politischen Unterabteilungen eher koordinativ als zwanghaft sind“. Ab 1964 wurde unter dem „Programa de Ação Econômica do Governo (PAEG)“ eine erneute Planungsanstrengung unternommen, gefolgt vom „Plano Estratégico de Desenvolvimento Econômico“ (PED) (Strategischer Entwicklungsplan), den „Metas e Bases para a Ação do Governo — outubro de 1970“ (Leitlinien für die Regierungsaktion — Oktober 1970) und dem „Primeiro Plano Nacional de Desenvolvimento Econômico — 1. PND“ (Erster Nationalplan für Wirtschaftsentwicklung). Mit diesen Plänen war die Sektoralplanung überholt, integriert, wie *Roberto Campos* feststellt, „in ein makroökonomisches Programm, das globale Größen wie Inflationsdruck, Zahlungsbilanz und Beschäftigungsrate berücksichtigt“. (op. cit., 48). Schließlich wurde per Gesetz Nr. 6.151 vom 4. Dezember 1974 der zweite PND gebilligt und war von 1975 bis 1979 in Kraft.
- ¹² *D. A. Loeber*, Der hoheitlich gestaltete Vertrag. Berlin 1969, 47.
- ¹³ *D. A. Loeber*, op. cit., 47.
- ¹⁴ *Monteiro/Azevedo Cunha*, A Organização do Planejamento Econômico. in: *Pesquisa e Planejamento*, 3, Nr. 4, S. 1057 ff. Siehe auch *Lorenzo-Fernandes*, op. cit., 234 ff.
- ¹⁵ *D. H. Scheuing*, Les aides financières publiques. Paris 1974, 203.
- ¹⁶ Das Zeichnen von Anteilen zu Finanzierungszwecken begann in Brasilien mit der Resolution Nr. 26, 1956, des „BNDE“, die gestattete, Anteile während der Produktionsinvestitionen zu zeichnen und sie, wenn möglich, auf den Effektenmarkt zu werfen. Diese Praxis brachte zahlreiche Firmen unter die Kontrolle des BNDE. Vor kurzem beabsichtigte man die Privatisierung, aber das ist keine leichte Aufgabe.
- ¹⁷ Die Direktinvestition, welche die Kontrolle über Firmen ermöglicht, wurde in Industrieländern wie z. B. Australien durch das „Unternehmensgesetz“ (Auslandsübernahme) von 1972 geregelt, in Kanada durch das „Foreign Investment Review Act“ von 1973, in England durch das „Industry Act“ von 1975. Vgl. dazu den Artikel von *Peter Behrens*, „Kontrolle ausländischer Investitionen“, in: *Rabels Zeitschrift* 40 (1976) 233 ff.

- ¹⁸ *Alejandro Melchior Jr.*: A Perspective of the Emerging Asia-Pacific Region. in: *The International Lawyer* 15, 1 (1981) 131–137, betont (133), daß nach amerikanischer Sicht der asiatisch-pazifische Raum, der Indonesien, Malaysia, Singapur, die Philippinen und Thailand umfaßt, für das amerikanische Kapital attraktiver ist, als irgendein anderer Raum. Er entwirft eine Interessenskala der „Aktivitätsrate“ für das Kapital, einschließlich ideologischer und kultureller Affinitäten, Zugang zu Rohstoffquellen, Geschäftsbedingungen und Marktgrößen, Grad wirtschaftlicher Kontrolle, Grad politisch-militärischer Kontrolle, politische Stabilität und politische Distanz zur Sowjetunion.
- ¹⁹ *Spindler/Becker/Starke*, Die deutsche Bundesbank, 1969, 258.
- ²⁰ Gesetz Nr. 4.595 vom 31. Dezember 1964, Art. 1 ff.; Gesetz Nr. 4.728 vom 14. Juli 1965, Art. 1; Gesetz Nr. 6.385 vom 7. Dezember 1976, Art. 3 und 4, 15, § 1, 18, 22.
- ²¹ Gesetz Nr. 6.385, Art. 5 ff.
- ²² Gesetz Nr. 6.385, Art. 15, II, § 2.
- ²³ Siehe unseren Essay: A Fundamentação Jurídica do Mercado de Capitais. Porto Alegre 1969, 19.
- ²⁴ Gesetz Nr. 4.728/1965, Art. 27.
- ²⁵ Gesetz Nr. 4.728/1965, Art. 28.
- ²⁶ Resolution Nr. 19/1965.
- ²⁷ Gesetz Nr. 4.728/1965, Art. 26.
- ²⁸ Siehe unseren Essay: A Fundamentação Jurídica do Mercado de Capitais, op. cit., 14.
- ²⁹ Gesetz Nr. 1.474 vom 26. November 1951, Art. 3, § 3. Gesetz Nr. 2.973 vom 26. November 1956, Art. 1.
- ³⁰ *Lorenzo Fernandes*, op. cit., 174.
- ³¹ Art. 42.
- ³² Gesetz Nr. 4.429 vom 12. Januar 1962.
- ³³ *Esteves Irmãos S. A. vs. Estado do Paraná*; RMS 11.252, RDA 80/172. Später erließ der Oberste Gerichtshof Sumula Nr. 418, und erklärte, daß „die Zwangsanleihe keine Steuer darstellt, daß ihre Erhebung nicht der vorgängigen Genehmigung aufgrund von verfassungsmäßigen Haushaltsbestimmungen unterliegt“. Viele Autoren betonen nachdrücklich, daß die Zurückzahlung beweist, daß die Zwangsanleihe keine Steuer ist (für den Standpunkt der deutschen Autoren über das deutsche Steuergesetz s. *Becker/Riewald/Koch*, Kommentar zur Reichsabgabenordnung I, § 1, 1963, S. 17).
- ³⁴ Der hoheitlich gestaltete Vertrag, passim, insbes. 216 ff.
- ³⁵ *Problemas de Direito Positivo*. Rio 1953, 13 ff.
- ³⁶ Dies ist unsere und auch die Meinung vieler anderer Autoren. Vgl. unser Buch: *A Obrigação como Processo*. 2. Auflage, São Paulo 1976, 93 ff.
- ³⁷ *Dietrich A. Loeber*, op. cit., 315.
- ³⁸ Constituição Federal, Art. 153, § 2.
- ³⁹ Die Anlage kann als fristfreier Investitionskredit erfolgen, als Beteiligung an Investitionsgesellschaften, als Wertpapiere oder konvertible Wertpapiere mit Laufzeit nicht unter zwei Jahren, oder als Beteiligung an Industrie- oder Agrarunternehmen im Nordosten oder in Amazonien, oder als Beteiligung an staatlich majorisierten Unternehmen usw. mit unterschiedlicher Ermäßigungsquote. Siehe Gesetzesverordnung 1338/74, Gesetzesverordnung 1494/76, Gesetzesverordnung 1641/78.

- ⁴⁰ Gesetz Nr. 6.297/75.
- ⁴¹ Gesetzesverordnung 1.364/74.
- ⁴² Gesetzesverordnung 1.376/74.
- ⁴³ Gesetzesverordnung 1.594/77, Art. 1 — Ermäßigung bis 25 %.
- ⁴⁴ Gesetzesverordnung 1.514/76, Art. 1 — Ermäßigung bis 12 %.
- ⁴⁵ Gesetzesverordnung 1.478/76, Art. 1 — Ermäßigung bis 50 % für Projekte in den Nordost- und Amazonas-Gebieten und 25 % in den übrigen Gebieten.
- ⁴⁶ Gesetzesverordnung 1.802, Art. 1, Ermäßigung 1 %.
- ⁴⁷ *D. H. Scheuing*, Les aides financières publiques, op. cit., 55.
- ⁴⁸ Über die Kritik in Frankreich, ähnlich der in Brasilien, vgl. *D. H. Scheuing*, Les aides financières publiques, op. cit., 51.
- ⁴⁹ *Gerd Schetting*, Rechtspraxis der Subventionierung, 1973, 6 u. 163 ff.
- ⁵⁰ Vgl. Gesetzesverordnung 1.338/74, Art. 4.
- ⁵¹ Der Erlaß Nr. 84.128 vom 29. Oktober 1979 schuf das Sekretariat für die Kontrolle der staatlichen Unternehmen, um das ausländische Kapital zu kontrollieren.
- ⁵² *Ota Šik*, Argumente für den dritten Weg, Portugiesische Übersetzung von *Vieira Andrade*, Coimbra 1978, 89 ff., erwähnt, daß im sozialistischen System die Mittel zur Entwicklung und Erhaltung des Unternehmens z. B. „nicht auf einem tatsächlichen Güterverkauf auf dem Markt basieren, sondern zugeteilt werden aufgrund von Zentralplänen und gemäß dem Ermessen der Hauptorgane, welche die Erfüllung der Pläne kontrollieren.“
- ⁵³ *Ota Šik*, op. cit., 24.
- ⁵⁴ Der reale Machtschwund der Anteilseigner macht aus dem Direktorium ein „Treuhänderkuratorium“ des Unternehmens. Vgl. dazu *A. Berle*, Corporate Power as Power in Trust, in: *Harvard Law Review* 45 (1932) 1365—1372 und *Dodd*, For whom are Corporate Managers Trustees? in: *Harvard Law Review* 45 (1932) 1145—1163. Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung, vgl. *Roth*, Das Treuhandmodell des Investmentrechts, Frankfurt 1972, 197 ff, sowie über die Funktion des Großunternehmens und der Finanzierungsmittel *Pierre Henggeller*, Le Bon de Participation, Genf 1971, 23 ff.

Rüdiger Frhr. von Wechmar (Rom, Italien)

MARKTWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

„Marktwirtschaft und Entwicklungsländer“, diese Leitzeile verlangt Definitionen. Ich bin gewiß, daß die Veranstalter bei der Themenwahl bewußt den uns in Deutschland so bekannten Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ nicht verwendet haben, um eine breitere Diskussionspalette anzubieten. Aber gerade im Hinblick auf die Entwicklungsländer scheint es mir wichtig, daß die soziale Komponente der Marktwirtschaft nicht übersehen wird.

In den Industriestaaten wird die Marktwirtschaft in recht unterschiedlicher Weise praktiziert. In einigen Ländern ist sie in das Korsett staatlicher Planung gezwängt, in anderen reduziert das Vorhandensein von Staatsbetrieben die Anwendung der reinen Lehre.

In den Entwicklungsländern sind marktwirtschaftliche Strukturen nur vereinzelt anzutreffen. Über die historischen, ökonomischen, ökologischen, ideologischen Gründe brauche ich diesem erlauchten Kreis von Fachleuten nichts mitzuteilen. Es ist jedoch die Frage erlaubt, ob bei diesen vorgegebenen Rahmenbedingungen — wie etwa in der Sahelzone oder in den überbevölkerten Regionen Asiens — ein „Export“ der Marktwirtschaft ein nützliches Mittel zur Gesundung der Volkswirtschaften wäre. Es scheint mir vielmehr vonnöten, Wege zu finden und Strukturen zu definieren, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten und Entwicklungsländern zum gegenseitigen Nutzen gefördert werden können, ohne daß dieses Bemühen in dem Versuch mündet, anderen ein bei uns bewährtes System aufzuoktroyieren. Hüten wir uns vor der Gefahr, über die Außenwirtschafts-, die Handels- und die Entwicklungspolitik einer sublimen Form des Neo-Kolonialismus das Wort zu reden.

Nach diesen wenigen Vorbemerkungen möchte ich mich jetzt einem besonderen Aspekt des Verhältnisses Marktwirtschaft — Entwicklungsländer zuwenden, dem ich mich während meiner siebenjährigen Tätigkeit als Botschafter bei den Vereinten Nationen, zuletzt als Präsident der UNO-Generalversammlung, inten-

siv gewidmet habe: Den Problemen zwischen Nord und Süd im Rahmen internationaler Organisationen.

Das mir aufgetragene Thema „Marktwirtschaft und Entwicklungsländer“ ist seit langem auch Verhandlungsgegenstand in den Vereinten Nationen. Dort heißt es nur anders und dort wird es von manchen, ja von vielen, auch weniger unter dem Aspekt der „Marktwirtschaft“ gesehen. In der UNO in New York und Genf, bei den UNCTAD- und den UNIDO-Konferenzen wird ein gröberer Raster angelegt: Nord-Süd-Konflikt, Nord-Süd-Dialog heißt es dort. Der Norden, das sind die Industrieländer, von denen keineswegs alle marktwirtschaftlich orientiert sind. Unter dem „Süden“ versteht man die Entwicklungsländer, zu denen aber auch jene Schwellenstaaten gehören, die schon vor der Tür ihres eigenen Industriezeitalters stehen und von denen einige wenige durchaus marktwirtschaftliche Komponenten in ihren Wirtschaftsstrukturen kennen.

Der Dialog zwischen den Industriestaaten — den „Reichen“ — und den Entwicklungsländern — den „Armen“ — ist inzwischen in den Versuch eingemündet, auf einer sogenannten Global-Konferenz die brennendsten Probleme der Weltwirtschaft zu erörtern und Lösungen zu suchen, die zugleich eine gerechte Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen möglich machen. Ich werde auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen, weil ich meine, daß gerade dieses Projekt zu unserem Thema etwas beitragen kann.

Wenn ich eingangs bemerkte, daß zu den Industriestaaten des Nordens auch solche Länder gehören, die nicht rein marktwirtschaftlich organisiert sind, so ist die Ergänzung nötig, daß streng genommen unter dem Rubrum „Norden“ auch die sozialistischen Staaten Osteuropas gezählt werden müßten. Auch sie sind Industriestaaten, jedoch stehen sie weder unter den Gesetzen der Marktwirtschaft, noch haben sie sich bisher sonderlich als Partner in der Hilfe für und der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hervorgetan.

Die Industriestaaten haben sich außerhalb der Vereinten Nationen in mancherlei Gruppierungen zusammengeschlossen, um ihre (mehr oder weniger marktwirtschaftlichen) Positionen abstimmen und gemeinsam vorgehen zu können. Das gilt sowohl für das Verhältnis zu den Entwicklungsländern als auch für die Beziehungen untereinander. Zwei davon sind Ihnen seit langem bekannt: die Europäische Gemeinschaft und die OECD in Paris. Solche institutionalisierten Formen westlicher Zusammenarbeit (bei dem Wort „westlicher“ mag man ein wenig zögern, denn auch Japan, Australien und Neuseeland gehören häufig dazu) haben ihre Fortsetzung in vielen Untergruppen gefunden, wie etwa der sogenannten B-Gruppe bei der UNO in Genf und in den Wirtschaftsorganisationen der Vereinten Nationen, bestehen aber auch fort in den Resten der EFTA, der Internationa-

len Handelskammer und anderswo. Die Entwicklungsländer ihrerseits — die im übrigen oft auch als die „Dritte Welt“ bezeichnet werden — haben sich ihren eigenen Zusammenschluß geschaffen: die „Gruppe der 77“, die mittlerweile schon mehr als 120 Mitglieder hat und mit der Bewegung der Blockfreien weitgehend identisch ist.

Osteuropa schließlich hat sich im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe unter sich organisiert. China spielt eine Sonderrolle. Es versteht sich als Protektor der Dritten Welt, scheint nicht so ganz genau zu wissen, ob es nun selbst noch ein Entwicklungsland ist oder schon ein Industriestaat, und versucht, die Sowjetunion bei den Mitgliedern der „Gruppe der 77“ mit verbaler Unterstützung von Forderungen der Armen des Südens sowie mit einiger Entwicklungshilfe den Rang, auch den ideologischen Rang, abzulaufen.

Außerhalb der Vereinten Nationen und ihren mannigfachen Gremien für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern vollzieht sich der Wirtschaftsaustausch — vor allem der Handel — bilateral in den traditionellen Formen. Hinzu tritt, ebenfalls bilateral, die nicht über die UNO gewährte Entwicklungshilfe, einschließlich der technischen Hilfe und der Kapitalhilfe.

Darüberhinaus kennen wir im Verhältnis der Marktwirtschaften und der Entwicklungsländer noch Formen der regionalen Zusammenarbeit, wie etwa die beiden Abkommen von Lomé zwischen zahlreichen Staaten Afrikas, des Pazifiks und der Karibik sowie der Europäischen Gemeinschaft. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang der zwar stärker politische, aber auch Wirtschaftsfragen behandelnde Zusammenschluß der Commonwealth-Staaten.

Und schließlich, last but not least, die Beziehungen und Bemühungen privater Organisationen in den Industriestaaten — in erster Linie der Kirchen, Stiftungen und der Gewerkschaften — den Ländern der Dritten Welt auf ihrem Wege zur Entwicklung zu helfen.

Soweit zum äußeren Rahmen.

Der Ministerrat der OECD hat sich auf seiner Pariser Tagung im Mai dieses Jahres (1982) mit den Wirtschaftsbeziehungen der in dieser Organisation zusammengeschlossenen Industriestaaten zu den Entwicklungsländern beschäftigt. Die offizielle Zusammenfassung des Ergebnisses dieser Beratungen verdient, wenigstens im Auszug, hier festgehalten zu werden. Zunächst muß ich aber noch einmal anmerken, was ich vorher schon hervorgehoben habe: Nicht alle Staaten des „Nordens“, also auch nicht alle in der OECD versammelten Länder sind reine Marktwirtschaften. Ich möchte hier nicht weiße oder schwarze Listen verlesen. Sie wissen selbst gut genug, wo die reine Lehre der Marktwirtschaft durch plan-

wirtschaftliche Elemente durchsetzt oder ersetzt worden ist. Und Sie wissen gleichfalls, wo gelegentlich Ansätze genuin kapitalistischen, ja frühkapitalistischen Handelns beobachtet werden können.

Doch zurück zur OECD und den Feststellungen ihres Ministerrats. Es heißt dort unter anderem:

„Die Minister befaßten sich mit den durch eine zunehmende Interdependenz und Vielgestaltigkeit gekennzeichneten Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern. Sie stellten fest, daß das weltwirtschaftliche Umfeld für die Entwicklungsländer erhebliche Belastungen mit sich gebracht und u. a. die Schuldenprobleme vergrößert hat. Die wichtigsten Faktoren, die den Entwicklungsprozeß bestimmen, sind zwar die Eigenanstrengungen und die eigene Politik der Entwicklungsländer, doch unterstrichen die Minister das unveränderte Engagement ihrer Regierungen, zur Förderung einer rascheren Wirtschafts- und Sozialentwicklung mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten. Die Minister verwiesen auf die im letzten Jahr auf bilateraler Ebene wie auch im Rahmen der multilateralen Gremien erzielten Fortschritte in der internationalen Entwicklungskooperation und trafen ganz allgemein die Feststellung, daß noch weit mehr getan werden muß. Sie betonen, wie wichtig es ist, daß die Politik in den Bereichen Entwicklungshilfe, Handel, Investitionen und Finanzen in umfassender und koordinierter Weise verwirklicht wird, damit die Entwicklungsländer bei ihren eigenen Bemühungen um eine größere wirtschaftliche und soziale Anpassungsfähigkeit unterstützt werden.“

„Die Minister nahmen die zusammenfassende Darstellung der Kopräsidenten des im vergangenen Oktober in Cancun veranstalteten Nord-Süd-Gipfels zur Kenntnis und bekräftigten, daß es wünschenswert ist, im Rahmen der Vereinten Nationen vordringlich einen Konsensus über die Einleitung von Globalverhandlungen zu intensivieren, die auf einer allseits vereinbarten Basis und unter Bedingungen durchgeführt werden, welche Aussicht auf bedeutsame Fortschritte bieten. Sie nahmen die neuesten Vorschläge für die Einleitung der Globalverhandlungen zur Kenntnis, die gegenwärtig in den Vereinten Nationen erörtert werden, und waren sich einig über die Bedeutung energischer Anstrengungen mit dem Ziel, einen Konsensus herbeizuführen. . . . Ohne diesen Bemühungen Abbruch tun zu wollen, brachten die Minister ferner ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, mit den Entwicklungsländern sowohl in den hierfür geeigneten internationalen Gremien als auch bilateral die Konsultationen über konkrete Maßnahmen sowie bei bestimmten Fragen die Verhandlungen und die Zusammenarbeit fortzusetzen, um neue Fortschritte und positive Ergebnisse zu erzielen. In diesem Zusammenhang nahmen sie insbesonde-

re zur Kenntnis, daß demnächst eine Ministertagung des GATT stattfinden und die sechste Sitzungsperiode der UNCTAD beginnen wird, an denen sie in aktiver und konstruktiver Weise teilnehmen wollen.“

Die Minister haben sich, wie schon erwähnt, auch mit dem strittigen Thema der Globalverhandlungen beschäftigt, die in einer UNO-Konferenz geführt werden sollen und wegen des Widerspruchs der Regierung Reagan bisher noch nicht beginnen konnten, obwohl seit 1979 ein diesbezüglicher Beschluß der Generalversammlung vorliegt. Es geht dabei um die globale Regelung globaler Probleme, die für die Marktwirtschaften, also im wesentlichen die Industriestaaten, von gleichem Interesse und von gleicher Dringlichkeit sind wie für die Länder der Dritten Welt.

Eine vor drei Jahren einstimmig verabschiedete Resolution der UNO-Generalversammlung nannte fünf Hauptkomplexe, über die mit dem Ziel einer Neuordnung der Weltwirtschaft verhandelt werden soll: Handel, Rohstoffe, Energie, Entwicklung sowie Währung und Finanzen. Inzwischen reift die Erkenntnis, daß auch die Themen Ernährung und Bevölkerungspolitik noch hinzugefügt werden sollten.

Ich selbst habe mich in der Zeit meiner einjährigen Präsidentschaft der UNO-Vollversammlung bemüht, diesen Globaldialog in Gang zu bringen, weil ich der Auffassung war und bin, daß wirtschaftliche Stabilität auch politische Stabilität, einschließlich geostrategischer Stabilität schafft. Weil ich ferner der Ansicht bin, daß Marktwirtschaften in den achtziger und neunziger Jahren neue Märkte suchen und alte halten müssen. Und weil ich schließlich der Überzeugung bin, daß enge wirtschaftliche Beziehungen mit den Entwicklungsländern dazu beitragen, unsere Rohstoffbasis zu sichern und damit unsere Volkswirtschaft gedeihen zu lassen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit trägt auch zur Entwicklung zuverlässiger politischer Beziehungen und somit zur Stabilität in der Welt bei. Dies gilt ganz besonders für unser Verhältnis zur Dritten Welt. Hier steht die gesamte Menschheit vor großen globalen Herausforderungen.

Eine solche globale Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Anpassung des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems an die 80er und 90er Jahre ist zu einer Frage des Überlebens, auch der Industriestaaten, geworden. Kurzfristige Lösungspläne sind kurzfristige Lösungspläne. Um so beklemmender ist die Vorstellung, daß jetzt, da wir unsere materiellen wie geistigen Ressourcen auf die Bewältigung der Strukturkrise der Weltwirtschaft, auf die Entwicklung der Dritten Welt, auf die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten konzentrieren müssen, jährlich mehr als 500 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden.

Für einen dauerhaften internationalen Frieden ist eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Dritten Welt unentbehrlich. Noch in den 70er Jahren war es das gemeinsame Ziel der Industrie- und Entwicklungsländer, innerhalb einer stetig wachsenden Weltwirtschaft das Wachstum in den Entwicklungsländern zu beschleunigen. Doch es kam anders: Zu Beginn der Dritten Entwicklungsdekade ist heute in vielen ölimportierenden Ländern der Dritten Welt das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen zum Stillstand gekommen. Die realen Pro-Kopf-Einkommen gehen in der Mehrzahl der ärmsten Länder sogar zurück.

Ich bin besorgt über die Krise der Entwicklung, ich bin besorgt, daß der Nord-Süd-Dialog an Schwung verloren hat und auf der Stelle tritt. Der Nord-Süd-Dialog und seine Fortsetzung, die sogenannten Globalverhandlungen, sind eben nicht mit herkömmlicher Entwicklungshilfe gleichzusetzen. Sie sind ein Teil weltweiter Entwicklungspolitik zum beiderseitigen Vorteil. Wir wollen auch hier, wie im Verhältnis der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft zueinander, Partnerschaft. Wir wollen keine alten oder neuen Abhängigkeiten. Es kann doch auch für die deutsche, so stark exportorientierte Volkswirtschaft nur von Vorteil sein, in einem System neuer weltwirtschaftlicher Beziehungen zu wissen, daß wir über solide, gesicherte Absatzmärkte verfügen, zu wissen, daß die Rohstoffzufuhren auf der Basis angemessener Preise und verbindlicher langfristiger Lieferzusagen verlässlich vorausberechenbar sind. Was ich für notwendig halte, ist nicht *Planwirtschaft*, sondern *vernünftige Planung*. Ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft kann nach meiner Überzeugung daher nur verhindert, eine vernünftige Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen und eine auch für uns vorteilhafte Entwicklung der benachteiligten Länder des Südens nur erreicht werden, wenn wir neue Wege suchen, wie die Strukturen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen den Erfordernissen des Jahres 2000 angepaßt werden. Das wird Opfer kosten. Wenn ich eine Prioritätenliste aufstellen sollte, die einer Globalkonferenz zur Neuordnung dieser Wirtschaftsbeziehungen als Leitfaden „Weltwirtschaft 2000“ vorlegen könnte, so kämen mir folgende Punkte in den Sinn:

1. Eine globale *Energiestrategie*, die bei Erzeugern und Verbrauchern Sicherheit schafft. Wenn von Energie die Rede sein wird, sollte nicht nur über Erdöl und dessen Preis, sondern auch über neue und erneuerbare Energiequellen verhandelt werden.

2. Eine globale *Ernährungsstrategie*, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und den Hunger zu überwinden. Ein solches Ziel sollte für die Länder mit großer Nahrungsmittelüberproduktion von ebenso großem Interesse sein wie für die Staaten, deren Völker an Unterernährung leiden. Ferner ist es notwendig, die

Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern zu steigern und eine internationale Nahrungsmittel-Notreserve anzulegen.

3. Eine den Gegebenheiten der Zukunft angepaßte moderne *Handelsstrategie*. Die Märkte der Industrieländer müssen für die Exporte aus Entwicklungsländern weiter offen bleiben und sich dort, wo dies noch nicht geschehen ist, schrittweise öffnen. Es darf auf keinen Fall zu einem Abgleiten in den Protektionismus kommen.

Nur ein freier Welthandel kann Nord und Süd gleichermaßen nutzen.

So suchen wir auch eine Lösung unseres eigenen Arbeitslosenproblems nicht in der Errichtung von Handelsschranken, sondern in der Förderung und sozialen Abstimmung eines Strukturwandels.

4. Die energische und rasche Ausarbeitung einer *Bevölkerungsstrategie*. Angesichts des explosionsartigen Anwachsens der Weltbevölkerung hat es keinen Zweck, die Hände in den Schoß zu legen und das Unheil über uns hereinbrechen zu lassen. Die Weltbevölkerung von heute über vier Milliarden Menschen wird bis zum Jahre 2000 auf über sechs Milliarden angewachsen sein. Das sind 50 % mehr Menschen, die ernährt, ausgebildet und versorgt werden müssen. Zwei Milliarden sind ungefähr das 18-fache der heutigen Bevölkerung Italiens und der Bundesrepublik Deutschland zusammengenommen. Man darf sich nicht damit trösten, daß dies ja „erst“ im Jahr 2000 eintrete. Meine Damen und Herren: 2000 das ist übermorgen.

Darum müssen wir heute schon die Konsequenzen aus der bedrohlichen Tatsache ziehen, daß auf dieser Erde bereits jetzt die natürlichen Ressourcen durch Leichtfertigkeit, Raubbau und Gewinnsucht in einem Ausmaße reduziert werden, das uns ohne baldige Umkehr zumindest in Teilen der Welt in die Katastrophe treibt.

5. Wir brauchen ebenso dringend eine sorgfältig ausgearbeitete und vorwärtschauende *Rohstoffstrategie*. Es ist richtig, daß in den meisten Fällen Rohstoffabkommen nur schlecht oder gar nicht funktioniert haben. Wenn wir aber die Produktion und den Export von Rohstoffen aus Entwicklungsländern in die Industriestaaten auf eine gesicherte Basis stellen wollen, werden wir gar nicht darum herumkommen, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir für die internationalen Rohstoffmärkte verlässliche Stabilität schaffen. Dabei muß nicht von indexierten Preisen oder einer Vielzahl von Stützungsfonds die Rede sein. Wir haben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft in den beiden Abkommen von Lomé mit den sogenannten AKP-Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik durch die verbindliche Vereinbarung des Stabex-Systems — also der Exporterlösstabilisierung — ein brauchbares Modell aufgezeigt.

6. Die konsequente Anwendung der in den Vereinten Nationen beschlossenen *Entwicklungsstrategie* für die dritte Entwicklungsdekade für die Jahre 1980 bis 1990. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht nur die Hoffnung, sondern die Erwartung aussprechen, daß sich trotz der gegenwärtigen haushaltsrechtlichen Schwierigkeiten die Bundesrepublik Deutschland weiter auf das weltweit gemeinsam vereinbarte Ziel zubewegt, nämlich 0,7 % unseres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Von den am wenigsten entwickelten Ländern sind die meisten noch immer auf eine solche staatliche Entwicklungshilfe angewiesen.

Im Zusammenhang mit meinen Bemerkungen über eine notwendige Energiestrategie möchte ich mich an dieser Stelle nachdrücklich für die Einrichtung einer Energiefiliale der Weltbank einsetzen, um auf diese Weise vor allem den finanziell schwachen Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, ihren Energiebedarf auch durch die Förderung eigener Energiequellen zu decken.

Die Dritte Welt ist ein nicht mehr wegzudiskutierender Bestandteil der internationalen Szene. Wir sollten in ihr nicht unseren Gegner, sondern unseren Partner suchen. Natürlich begründet sich eine solche Forderung auf Gegenseitigkeit. Wir müssen auch auf unsere Partner in den Industriestaaten einwirken, mit uns zusammen an einem neuen und kühnen Konzept der künftigen Weltwirtschaft zu arbeiten, das sowohl unsere Vorstellungen von der freien Marktwirtschaft bekräftigt, als auch den Erfordernissen gerecht wird, die in dem sich entwickelnden Rest der Welt heute noch befriedigt werden müssen.

Vor einem Jahr hatten sich Staats- und Regierungschefs aus Industriestaaten und Entwicklungsländern zu einem Gipfeltreffen in Cancun (Mexiko) versammelt, um dem Dialog zwischen Nord und Süd neue Anstöße zu verleihen. Die damit vor allem in der Dritten Welt verbunden gewesenen Hoffnungen auf greifbare und rasche Fortschritte sind weitgehend zerstoßen, zerrieben auch von der dramatisch negativen, allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Sie trifft — wie wir gerade am Beispiel des damals gastgebenden Landes Mexiko erleben müssen — nun nicht mehr nur die Ärmsten unter den Armen.

In den Jahren des Aufbaus nach dem letzten großen Kriege konnte man hören: wenn die Wirtschaft in den USA an leichter Grippe erkrankt, dann bekommen die Westeuropäer schnell eine Lungenentzündung. Heute sind alle Industriestaaten, vielleicht mit Ausnahme Japans, tuberkulös und die meisten der Entwicklungsländer leiden an nahezu unheilbarem Krebs. Es muß daher die Frage erlaubt sein, ob diesen tiefgreifenden Schäden (mancherorts übrigens durchaus selbstverursachten Schäden) an den Volkswirtschaften der Staaten der Dritten Welt mit herkömmlichen Mitteln der Marktwirtschaft begegnet werden kann. Und es

muß die Frage erlaubt sein, wann sich denn der Norden, oder wenn Sie wollen: der Westen, endlich zu einer großen gemeinsamen Anstrengung aufrafft, jenen verstärkt zu helfen, die sich nicht selbst aus der tödlichen Umklammerung befreien können.

Wenn Begriff und Wertinhalt einer wirklich sozialen Marktwirtschaft noch einen Sinn in diesem Zusammenhang haben soll, dann scheint es mir an der Zeit, die rein ökonomische Betrachtungsweise (die nur zu oft eine fiskalische, ja kameeralistische zu sein scheint) zu ergänzen, vielleicht sogar zu ersetzen durch eine soziale, stärker die leidenden, hungernden Menschen in den Entwicklungsländern einbeziehende Therapie. Der frühere Präsident der Weltbank, *Robert McNamara*, hat einmal gesagt, Entwicklungshilfe sei eine Herausforderung an die Humanitas, an das Gute im Menschen und zugleich wirtschaftlich überaus vernünftig.

Schon heute fehlt es in der Dritten Welt Hunderten von Millionen von Menschen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Arbeit. Die Produktion von Lebensmitteln, erst recht die Schaffung von Arbeitsplätzen, hat besonders in den armen Entwicklungsländern keineswegs mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Die schlimmen Konsequenzen sind noch nicht absehbar.

Wenn wir heute unter dem Leitgedanken „Marktwirtschaft und Entwicklungsländer“ einen Blick auf die Weltwirtschaft werfen, so sei an dieser Stelle eine scherzhafte Zusammenfassung erlaubt, die eine ernsthafte Nutzenanwendung erheischt. Ein Satiriker hat folgende Entwicklungsstufen eines Projekts in sechs Stufen gekennzeichnet: 1. Begeisterung, 2. Zweifel, 3. Panik, 4. Suche nach dem Schuldigen, 5. Bestrafung der Unschuldigen und 6. Belohnung der Nicht-Beteiligten.

Auf die Weltwirtschaft bezogen, könnte man sagen: mit Begeisterung hatten sich viele Länder der Welt daran gemacht, ihre wirtschaftlichen Probleme mit Hilfe der Notenpresse zu „lösen“. Zweifel kamen auf, als man sich der Konsequenzen bewußt wurde. Dann verbreitete sich Panik, als die Arbeitslosigkeit um sich griff. Die Suche nach dem Schuldigen ergab bei den Bürgern fast aller Länder der Welt dasselbe Resultat: Natürlich waren die Regierungen schuld. In vielen Ländern kam es daraufhin zu einem Wechsel in der Regierung, ob diese eine inflationistische Politik betrieben hatte oder nicht. Die Bestrafung der Unschuldigen oder der nur teilweise Mitschuldigen war also durchaus inbegriffen. Schließlich die letzte Stufe: Belohnung der Nicht-Beteiligten. Hier stocke ich allerdings, denn die OPEC-Länder, die belohnt wurden, waren in Wirklichkeit ja durchaus beteiligt. Heute hat auch sie die Nemesis erreicht. *Bertrand Russell* hat einmal gesagt: „Das ist der ganze Jammer. Die Dummen sind so sicher, und die Gescheiterten so voller Zweifel.“

Aber lassen Sie mich nach dieser Abschweifung zurückkehren zu meinem Versuch, einige Bemerkungen zum Thema aus der Sicht eines Mannes zu machen, der viele Jahre gewissermaßen „an der Front“ die Heiß-Kalt-Duschen des Nord-Süd-Dialogs oder der Nord-Süd-Konfrontation erlebt hat. Vor acht, neun Jahren wurde der Begriff der „New International Economic Order“ in die weltweite Diskussion eingeführt, unter dem jeder seiner Väter im Laufe der Jahre inzwischen etwas anderes zu verstehen scheint. Eines ist allerdings bis heute unbestreitbar geblieben: die umfangreich dokumentierten Vorschläge aus der Mitte der 70er Jahre hatten den unverwechselbaren Beigeschmack zentralistischer (Welt-)Planwirtschaft und, je nach Gesprächspartner, auch erkennbare marxistische Züge. Es blieb ja nicht verborgen, daß sich vor allem jene Staaten der Dritten Welt um die Propagierung dieses Programms bemühten, die enge Bindungen zur Sowjetunion hatten. Von Marktwirtschaft war nicht viel die Rede.

Inzwischen hat sich da manches abgeschliffen. Auch die Autoren haben dazugelernt. Wer mit dem anderen spricht, sammelt Erfahrungen. Und die Entwicklungsländer werden im Dialog lernen, daß ihre eigenen Anstrengungen anders, vor allem besser fundiert werden müssen. Verbale Forderungen nach einer „New International Economic Order“ mögen auf großen Konferenzen Beifall finden, bleiben aber ohne inhaltliche Konsequenz, wenn sie sich nach einem Modell zu richten versuchen, daß in den Staaten Osteuropas nicht gerade als leuchtendes Vorbild blühender Volkswirtschaft vorgezeigt werden kann.

Die Industriestaaten ihrerseits aber werden zu lernen haben, daß die Eingliederung der Entwicklungsländer in die internationale Wirtschaft Anforderungen an die Industriestaaten, übrigens auch an die Sowjetunion, stellt. Bei der „Entwicklung“ der Entwicklungsländer wird — wie ich vorher schon in anderem Zusammenhang bemerkt habe — die Frage in jedem einzelnen Fall zu stellen und vermutlich unterschiedlich zu beantworten sein, ob „Entwicklung“ (gemeint ist wohl Industrialisierung) vorteilhaft mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht werden kann. Oder ob es nicht Länder und Regionen gibt, in denen, zumindest zunächst, eine zentrale Planwirtschaft die geeigneteren Strukturen einer wirtschaftlichen Vorwärtsentwicklung anbietet. Die Sowjetunion und ihre Freunde haben hierfür Modelle und „Berater“ bereit. Ob sich diese Modelle als tauglich erweisen, wird sich zeigen. Hin und wieder entspricht ein zentralisiertes Wirtschaftssystem in Ländern der Dritten Welt auch historischen, soziologischen und ethnologischen Gegebenheiten, alte Stammestraditionen in Afrika z. B. eingeschlossen.

Versuche, den kranken Körper Volkswirtschaft in Entwicklungsländern mit therapeutischen Mitteln der Marktwirtschaft auf die Beine zu stellen und gesun-

den zu lassen, sind nur in wenigen Fällen gelungen. Das Wirtschaftsleben läuft in vielen Entwicklungsländern — denken Sie nur an Afrika — noch nach anderen Gesetzen ab. Ich wiederhole daher die Frage, ob es wirklich sinnvoll und hilfreich ist, überall die reine Lehre der Sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie kennen, in die Länder der Dritten Welt exportieren zu wollen.

„Entwicklungsländer“ — wer sind sie denn eigentlich? Singapur und Zaire, Brasilien und Bangladesch, die Länder der Sahel-Zone und jene Südasiens, Kuwait und Costa Rica, Mexiko und Marokko. Auch die Gewerkschaft der Staaten der Dritten Welt, die eingangs erwähnte „Gruppe der 77“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es mit zum Teil total verschiedenen Ausgangssituationen zu tun haben. Eine simple, mechanische Übertragung unseres Systems in allen sich bietenden Fällen halte ich für falsch, ja für gefährlich. Dennoch können wir unsere Erfahrungen vermitteln, können helfen, sich selbst zu helfen. Ich fände es allerdings verhängnisvoll, wollten wir den Grad unserer Hilfsbereitschaft, das Ausmaß unseres Willens zur Partnerschaft abhängig machen von dem jeweils vorhandenen Wirtschaftssystem oder Regime. Bei der Sorge um den Menschen dort und dem Bemühen um die Versorgung des Menschen hier, scheint mir das Ergebnis wichtiger zu sein als ein Streit um Ideologien. Im Klartext: die marxistischen Staaten Angola und Mosambik mögen uns ebenso wenig behagen wie manche lateinamerikanische Militärdiktatur. Das sollte uns nicht am Handeln hindern, nicht entmutigen, bei der Entwicklung diesen Staaten beizustehen und nicht davon abhalten, alle denkbaren Versuche zu unternehmen, den Menschen in solchen Staaten zu helfen . . . und zwar unabhängig davon, ob nun in diesen oder anderen Ländern nach marktwirtschaftlichen Leitlinien Wirtschaftspolitik gemacht wird. Vermutlich nicht.

Der Marktwirtschaft steht in vielen Entwicklungsländern der Test noch bevor. Nicht in allen diesen Staaten sind die Voraussetzungen dafür gegeben. Es fehlen Infrastruktur und/oder ökologische Bedingungen. In der vorhin erwähnten Sahel-Zone beispielsweise ist vieles wichtiger als die Einführung marktwirtschaftlicher Philosophien. Dennoch sollte das Angebot „Marktwirtschaft“ auch gegenüber den Entwicklungsländern im Katalog bleiben. Marxisten und Kommunisten halten ja ihrerseits ihre „Sonderangebote“, oftmals übrigens unter dem Ladentisch, für interessierte und weniger interessierte Abnehmer bereit. Diesen Wettbewerb brauchen gerade Marktwirtschaftler nun wirklich nicht zu scheuen.

Fernando Cuen (Mexiko)

DIE DRITTE WELT – TERMS OF TRADE

Ein Aspekt in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd ist die protektionistische Politik, mit der die Nordländer ihre eigenen Produzenten von Gebrauchsgütern, die aus der Dritten Welt importiert werden könnten, schützen. Diese Praktiken werden vor allem vom Europäischen Gemeinsamen Markt, den USA und der UdSSR betrieben. Eine Menge Gebrauchsgüter unterliegen solchen Protektionsmaßnahmen, angefangen bei Stahl und Automobilen über Textilien und Schuhe bis hin zu Rindfleisch und Butter, Citrusfrüchten und Zucker. Früher hatten derartige Protektionsmaßnahmen die Form von Importzöllen. Aber mit zunehmender Inflation und rasch sich ändernden Wechselkursen erwiesen sich diese Zölle als unwirksam. Deshalb legt die moderne Technik Beschränkungen in Mengenangaben fest – soundsoviel Tonnen Zucker oder soundsoviel tausend Automobile. Die Quoten können durch ein Handelsabkommen zwischen zwei Ländern oder zwei Ländergruppen festgelegt werden, oder sie können einseitig vom Importland bestimmt werden.

Die UdSSR bildet dabei einen Sonderfall, weil dort die Regierung den Außenhandel diktiert. Sie hat immer die Politik verfolgt, keine Produkte einzuführen, die in ausreichendem Maße im eigenen Land hergestellt werden können. Beispiele für eine solche Prohibition sind Tee und Apfelsinen.

Die USA haben eine große Zahl formeller und informeller Beschränkungsabkommen. Sie beschränken die Einfuhr von Stahl und Automobilen aus Europa und Japan, Rindfleisch aus Australien und Butter aus Neuseeland.

Das die Länder der Dritten Welt am meisten betreffende Gebrauchsgut ist Zucker. Die US-Regierung teilt einer Zahl zuckerexportierender Länder Importquoten zu, insbesondere Lateinamerika und den Philippinen, um ihre eigene (teure) Rüben- und Rohrzuckerproduktion zu schützen. Erst kürzlich wurden diese Quoten unter dem Druck der Herstellerlobby gesenkt.

Die Länder des Europäischen Gemeinsamen Marktes beschränken, gemeinsam oder einzeln, die Einfuhr einer langen Reihe von Produkten. So haben sie zum Beispiel die Japaner davon überzeugt, freiwillig ihre Automobil- und Fernsehge-

räteexporte nach Europa einzuschränken. Sie beschränken auch den Import von Viehfutter, grundsätzlich bei Körnerfutter und Sojabohnen, was vor allem die USA und Brasilien trifft.

Viele Jahre lang hat der Europäische Gemeinsame Markt mit seinen ehemaligen Kolonien und anderen Ländern ein Beschränkungsabkommen für Zucker getroffen. Aber aufgrund seiner heimischen Zuckerpreispolitik ist seine eigene Produktion rapide gestiegen, so daß er der Welt größter Zuckerelexporteur geworden ist, und für Zucker aus den Tropen ist immer weniger Platz. Der Zeitraum 1974-1980 zeigt einen deutlichen Rückgang der Zuckerimporte und einen wesentlichen Anstieg der Zuckereexporte für die Sechs und die USA.

Eine andere interessante Gebrauchsgütergruppe sind Textilien. Seit den fünfziger Jahren hat sich die Textilmanufaktur rasch aus der Ersten in die Dritte Welt verlagert, wo die Produktionskosten niedriger liegen. In Westeuropa und den USA sind Städte, die früher erheblich von der Textilproduktion abhingen, aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und zahlreicher Betriebsstillegungen tief in die roten Zahlen geraten. Um diese sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verringern, wurde im Rahmen der GATT ein multinationales Textilfaserabkommen ausgehandelt, das den führenden Textilexportländern Quoten auferlegte. Dies bremste die Ausweitung ihres Handels, jedoch mit großem Erfindungsgeist verlegten sie einen Teil ihrer Kapazitäten auf die Produktion von Textilien, die den Quoten nicht unterlagen. In Anpassung daran wurden, als das Abkommen vor kurzem für einen weiteren Zeitraum erneut ausgehandelt wurde, seine Vorschriften restriktiver gefaßt, wurden einige Quoten gesenkt und die Reihe der betroffenen Produkte ausgedehnt.

Die Länder der Dritten Welt hängen in hohem Maße vom Export von Primärprodukten in die Industrieländer ab. Unglücklicherweise ist der Weltmarkt für die meisten dieser Güter durch große Schwankungen der Preise gekennzeichnet, die innerhalb eines einzigen Jahres auf das Doppelte klettern oder auf die Hälfte fallen können. Das läßt sich an den sechs wichtigsten Primärprodukten, die die Dritte Welt ausführt, dokumentieren. So verdreifachten sich zwischen 1975 und 1977 die Preise für Kaffee und Kakao, während der Zuckerpreis um rund 60 Prozent fiel. Der Kaffee- und Kakaopreis sank in der Folgezeit ständig, aber der Zuckerpreis schwankte heftig und erreichte 1980 einen neuen Höchststand, um dann 1981 und 1982 rapide zu fallen. Zwischen 1975 und 1979 wurde der Preis für Naturgummi mehr als verdoppelt, desgleichen der Zinnpreis; aber zwischen 1979 und 1982 fielen die Gummipreise um einige 40 Prozent. Der Kupferpreis schwankt im Jahresmittel weniger, obwohl die wöchentlichen Zahlen heftigeren Schwankungen unterliegen.

Mittels internationaler Abkommen wurden zahlreiche Versuche gemacht, die Preise dieser und anderer Gebrauchsgüter zu regulieren. Mannigfache Techniken wurden ausprobiert, darunter: die Festlegung von Mindest- und Höchstpreisen, die Einrichtung einer Ausgleichsrücklage, das heißt durch Kauf und Verkauf auf dem Markt oder durch die Festlegung von Exportquoten, die von Zeit zu Zeit geändert werden. Keine dieser Techniken war, wie die Preisstatistiken zeigen, besonders erfolgreich.

Weil sich jedoch nicht alle Produktpreise zur gleichen Zeit in die gleiche Richtung bewegen, versuchen die Entwicklungsländer ihre Exporte zu diversifizieren und stabilisieren auf diese Weise etwas das Gesamtvolumen ihrer Exporteinkünfte.¹

Anmerkung

¹ Vgl. International Export Price Indices, UNO, Monthly Statistics Bulletin, April 1982.

Karl-Heinz Narjes (Brüssel, Belgien)

ORDNUNGSPOLITIK JENSEITS NATIONALER GRENZEN

I.

Nach dem letzten Weltkrieg hatten in den politischen Entscheidungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands die Fragen nach der Art und dem Umfang der Präsenz des Staates in der Wirtschaft, nach den Kriterien und dem Gefüge der vom Staat der Wirtschaft zu setzenden Daten und nach den für sie maßgebenden metaökonomischen Kriterien ein ungleich größeres Gewicht als in anderen freien europäischen Staaten, in denen der Wiederaufbau mehr unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität, wenn nicht gar der Restauration versucht wurde. Der naheliegende Systemvergleich mit dem Ostblock vermittelte der deutschen Diskussion eine breite Resonanz. Der in der politischen und akademischen Auseinandersetzung dabei verwendete Begriff der „Ordnungspolitik“ ist aber bis heute eher ein „deutscher Begriff“ geblieben. Er ist noch nicht einmal befriedigend in andere Sprachen übersetzbar, wenngleich auch es prinzipielle Diskussionen über die damit erfaßten Tatbestände gibt.

Ich kann mich hier aber nicht weiter damit auseinandersetzen sowie mit der Frage, welche Beiträge der sogenannte „Ordoliberalismus“, die katholische Soziallehre und die am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Politik zu dieser Diskussion geliefert haben.

Ich muß mich vielmehr darauf beschränken, aus der Sicht des politischen Praktikers einige Anmerkungen zu den immer dringlicheren ordnungspolitischen Problemen jenseits der nationalen Grenzen zu machen.

Dabei können wir unterscheiden zwischen den Problemen, die sich universal stellen, und denen, die sich für die ordnungspolitische Gestaltung enger regionaler Zusammenschlüsse homogener Volkswirtschaften als lösungsbedürftig erwiesen haben.

II.

Gründe für die Notwendigkeit einer systematischen und auch an metaökonomischen Zielen und Maßstäben ausgerichteten Diskussion ordnungspolitischer Entscheidungen im internationalen Bereich gibt es mehr als genug:

- Das Volumen des Welthandels hat die 2 000 Milliarden Dollargrenze überschritten. Es wächst die Zahl der Staaten, die existenziell von der Entwicklung des Welthandels abhängig sind. Nur wenige Staaten sind zur Autarkie fähig.
- Die weltweite Arbeitsteilung muß unablässig effizienter gestaltet werden, wenn allen Menschen auf die Dauer ein menschenwürdiges Dasein gesichert, wenigstens aber ihre Grundbedürfnisse befriedigt werden sollen.
- Die Notwendigkeit gilt umso mehr, als die Weltbevölkerung noch ständig steigt. Bis zum Jahre 2000 werden die Statistiken jährlich 80 bis 100 Millionen Menschen mehr ausweisen. Die Weltbevölkerung dürfte dann das Dreifache des Jahres 1914 übersteigen.
- Alle Ressourcen bleiben knapp und auch ungleichmäßig auf der Welt verteilt.
- Die ökologischen Probleme des Produzierens, ja des Lebens schlechthin, erweisen sich immer stärker als Probleme internationalen Zuschnitts, deren befriedigende Lösung nicht ohne verbindliche internationale Regeln zu erreichen sein wird, Regeln, die nicht nur die Souveränität beschränken, sondern auch dem Wirtschaftsleben Daten setzen.

Diese Feststellungen lassen schon erkennen, wie sehr die Fragen nach der Ordnung der Weltwirtschaft und der Sicherung ihrer Funktionsfähigkeit an politischem Gewicht gewonnen haben und noch fortlaufend dazugewinnen dürften. Ihnen kann nicht mehr ausgewichen werden. Da es dabei für viele Völker und Staaten um die Überlebensfähigkeit und die Selbstbehauptung geht, bedarf es keiner weiteren Begründung für die Feststellung, daß unzulängliche, ungerechte, unzumutbare und anderweit als unbefriedigend empfundene Regeln, wie schon vielfach in der Geschichte auch künftig, als Gründe ernsthafter Konflikte, wenn nicht gar gewaltsamer Auseinandersetzungen, herangezogen werden können. Infolgedessen muß die Sicherung des Friedens als der überragende metaökonomische Gesichtspunkt gelten, an dem sich die Ordnung weltwirtschaftlicher und regionalwirtschaftlicher Zusammenhänge zu orientieren hat.

III.

Ordnungsprobleme innerhalb eines Hoheitsgebietes oder einer Volkswirtschaft sind geschichtlich schon seit der Überwindung der Hauswirtschaft immer wieder konflikträchtige Themen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenlebens der Menschen gewesen.

Hierauf können wir heute ebenso wenig eingehen, wie auf die ausgedehnten Handelsbeziehungen des Mittelalters etwa in der Hanse oder später im Zeitalter des Frühkolonialismus. Die Ordnung internationaler Weltwirtschaftsbeziehungen gewinnt ihre für die heutige Zeit relevante Bedeutung erst parallel zur Industrialisierung der europäischen Volkswirtschaften und zur Entwicklung moderner Transportmittel über Land und über See: Eisenbahn und Dampfschiff.

Dazu sollte nicht übersehen werden, daß die Welthandelsbeziehungen seit dem XIX. Jahrhundert in der Phase des expansiven, ja imperialistischen Denkens unter den Akteuren häufig als ein Nullsummenspiel mißverstanden wurden und zum Teil noch werden.

Die erste Ordnung, deren Ausgestaltung und Erfahrungen auch noch heute — bewußt oder unbewußt — von großer Bedeutung ist, wird von den Historikern zu Recht als die Hegemonialordnung der *pax britannica* beschrieben. Ihre Elemente greifen nahtlos ineinander:

- Der weltweite, von autonomen Privatunternehmern getragene und über den Markt gesteuerte Handel und Leistungswettbewerb.
- Die weltweit verwendete englische Sprache.
- Das weltweit verwendete Gold und das durch Gold gedeckte Pfund Sterling als Währung.
- Die weltweite Kapitalversorgung über den Londoner Kapitalmarkt, dessen Einfluß und Bedeutung durch ein seine Zeit weit überragendes Informationssystem untermauert war.
- Die weltweit führenden Londoner Rohstoffmärkte als Absatzzentrale und Einkommensbasis für alle Regionen des früheren Empires und der heutigen Dritten Welt.
- Das Transport- und Dienstleistungszentrum London.
- Die weltweite Geltung des Common Law, einschließlich der Funktion des House of Lords als Rechts- und Schiedsinstanz.
- Die Sanktionen durch die Kanonenboote oder Linienschiffe der Royal Navy im Falle von Regelverstößen.

Dieses System wurde faktisch von vielen europäischen Staaten mitgetragen, die angesichts des universal geltenden Marktmechanismus und des Freihandels und

auch gestützt auf die Freiheit der Meere erheblich am ökonomischen Nutzen der *pax britannica* partizipieren konnten.

Mit dem Beginn des ersten Weltkrieges und mit dem politischen und ökonomischen Erstarken der Vereinigten Staaten verlor diese *pax britannica* nach und nach an Geltung. Die Vereinigten Staaten hatten bis dahin als ein protektionistisches Importland für europäische Arbeitnehmer und europäisches Kapital schon längere Zeit eine in mancher Hinsicht interessante Sonderrolle übernommen.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kann ordnungspolitisch, je nach dem Standort des Betrachters, eher als ein Interim, wenn nicht gar als ein Vakuum beschrieben werden. In den Schwierigkeiten des Wiederaufbaues nach 1919 und nach dem Verlust der britischen und europäischen Vorrangstellung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik tasteten sich Theorie und Praxis eher zögernd an die Probleme der Neugestaltung des weltweiten Datenkranzes der internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen heran.

Die Praxis war zum Teil geprägt von nostalgischen Versuchen der Rückkehr zur guten alten Zeit vor 1914, ohne daß man sich voll der irreversiblen Veränderungen bewußt geworden war. (Zum Beispiel *Churchills* Versuch als Schatzkanzler, die Golddeckung für das britische Pfund 1926 wiederherzustellen).

Auf der anderen Seite beginnt eine Serie von Weltwirtschaftskonferenzen, die manches zur Diagnose der Lage und ihrer Veränderungen beigetragen haben, wenn sie auch wenig Übereinstimmung über Therapie oder gar gemeinsame Aktionen gebracht haben. Auf diese Konferenzserie in den 20er oder 30er Jahren geht vor allen Dingen die allgemeine Erkenntnis der Unverzichtbarkeit einer verlässlichen universellen, also nicht nur bilateralen Meistbegünstigungsverpflichtung für alle am Handel beteiligten Staaten zurück. Dasselbe gilt für die Notwendigkeit konvertibler Währungen. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist der 1934 sich vollziehende Übergang zur unbedingten, also multilateralen Meistbegünstigung.

Der wesentlichste „Beitrag“ dieser Zwischenkriegsperiode liegt aber — ohne Zynismus und mit dem Abstand des historischen Betrachters formuliert — doch wohl in den schlimmen Erfahrungen, die die großen Krisen und das Scheitern vieler Bemühungen um eine Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen überall vermittelt haben:

- Die Labilität der Kapital- und Finanzbeziehungen, die im kommerziellen Bankwesen seinerzeit nicht sachgerecht verankert waren.
- Die nicht zu zügelnden „*beggar my neighbour*“-Tendenzen der Handelspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929/32.

- Die rapide schwindende politische Kraft von Regierungen, die, durch Wirtschaftskrisen geschwächt, nicht mehr in der Lage sind, ihrer Einsicht in das Notwendige zu folgen und jenseits ihrer Aussengrenzen verantwortlich zu handeln.
- Die schwerwiegenden und eskalierenden Konsequenzen eines rückläufigen Welthandelsvolumens und rückläufiger Weltmarktpreise auf jede einzelne Volkswirtschaft. Sie haben sich alle als interdependent erwiesen. Keiner konnte sich dieser Entwicklung entziehen. Man hat den Bazillus der Depression erlebt.
- Das Versagen des Völkerbundes und anderer in Betracht kommender Konferenzen vor Problemen dieser Art.
- Die Perspektivlosigkeit hegemonialer Großraumwirtschaften (Japan, NS-Deutschland), in denen die Unterordnung wirtschaftlicher und kommerzieller Belange unter politische Gebote des Hegemonen nahegebracht oder verlangt wurden. Sie konnten immer nur suboptimale Ergebnisse bringen.
- Und als wesentlichste Feststellung: unbewältigte ökonomische und soziale Krisen sind der Nährboden totalitärer Regime aller Art und Schattierungen.

IV.

Die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg ist vor dem Hintergrund dieser leidvollen Erfahrungen eindeutig geprägt durch den Versuch der vornehmlich angelsächsischen politischen Führungsgeneration, die die Situation vor dem ersten Weltkrieg noch kannte und das Scheitern aller Restaurations- und Neuordnungsversuche in der Interimsperiode erlebt hatte, verantwortlich eine dauerhafte Weltwährungs- und Welthandelsordnung zu schaffen. Ihr Bemühen war auch akademisch besser vorbereitet als 1919.

Währungspolitisch hat das System von *Bretton Woods*, mit seinem Gold/Dollar-Standard und dem Prinzip der festen, aber änderbaren Wechselkurse, dem Streben nach allgemeiner Konvertibilität und nach arbeitsfähigen internationalen Finanzinstitutionen, die diesem System Stabilität und Verlässlichkeit vermitteln sollten, Ausdruck gegeben. Das System hat bis 1971 gehalten. Die Ursachen seines Scheiterns dürften überwiegend in den Vereinigten Staaten zu suchen sein.

Handelspolitisch trat alsbald nach dem Kriege die Konferenz von Havanna zusammen. Wenn auch die von ihr ausgearbeitete Charta des Welthandels im amerikanischen Kongreß scheiterte, so ist doch das aus dieser Charta hervorgegangene

„Allgemeine Abkommen über Zölle und Handel“ (GATT) bis heute der tragfähige und unverzichtbare Rahmen für die Entwicklung des Welthandels geblieben. Im System des GATT, dessen Lebensfähigkeit durch ein permanentes Generalsekretariat in Genf abgesichert werden sollte, konnten die weltweite Arbeitsteilung und die weltweite Anwendung des Gesetzes der komparativen Kosten nachhaltig gefördert werden. Bei aller Würdigung seines historischen Beitrags zur Nachkriegsentwicklung dürfen aber auch seine Mängel nicht übersehen werden:

- Die Trennung von gewerblichen Produkten und Agrarprodukten, mit der allgemeinen Konsequenz des Verzichts auf einen liberalen Weltagrarhandel ist schon oft kritisiert worden.
- Institutionell erwies sich das GATT als sehr schwerfällig und nur begrenzt fähig, auf veränderte Umstände der Weltwirtschaft angemessen zu reagieren.

Der Prozeß der Entkolonialisierung nach 1945 bis Anfang der 60er Jahre ging zunächst mehr oder weniger spurlos am GATT vorüber, obwohl die Zahl der Mitglieder der Vereinten Nationen, um einen Indikator zu nennen, von einigen 40 auf inzwischen mehr als 150 Staaten angewachsen ist. Desgleichen hat das GATT zu langsam die mit der Entkolonialisierung verbundenen Änderungen der Ziele und Zwänge der Wirtschaftspolitik der heutigen Dritten Welt realisiert und als Gegenstand seiner weltweiten Verantwortung erfaßt. Es war deshalb nicht verwunderlich, daß sich außerhalb des GATT und auch außerhalb des Kernbereichs der Vereinten Nationen unter Führung des Argentiniers *Prebisch* eine Art Kampfverband der Unzufriedenen bildete, der als UNCTAD bekannt geworden ist. Seinem zunächst gewerkschaftsähnlichen Wirken, vor allem der in ihr führenden G 77, ist die Thematisierung der wirtschaftlichen Forderung der Dritten Welt innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen zuzuschreiben und auch deren inhaltliche Zuspitzung. Der Anspruch auf mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität wurde erhoben.

Ich erinnere an die 1974 verabschiedete Charta der Rechte und Pflichten der Entwicklungsländer und an den langen Katalog der Forderungen für eine sogenannte „neue“ Weltwirtschaftsordnung.

Es wurde also von den sich ausgeschlossen und benachteiligt Fühlenden die Forderung nach einem veränderten ordnungspolitischen Ansatz der Weltwirtschaftsbeziehungen erhoben, weil sich das GATT dieser Aufgabe zu lange versagt hatte.

V.

Ein Blick auf die weltwirtschaftlichen Beziehungen und die Weltwirtschaftspolitik der letzten 10 Jahre lehrt uns, welche Konflikte durch die ordnungspolitische Abstinenz des GATT geschaffen worden sind und wie schwer es ist, eine von Leidenschaften und vielfach auch begrenzter Einsicht getragene Diskussion wieder unter verantwortliche Kontrolle zu bringen. Dazu einige Bemerkungen:

Es wird zum Beispiel dem System des GATT das Versagen und die Untauglichkeit des Marktmechanismus vorgeworfen. Das ist in dieser allgemeinen Form unrichtig. Wer dem Markt die Folgen des Ungleichgewichts von Angebot und Nachfrage vorwirft, verkennt, daß es vielmehr gerade die Funktion des Marktes ist, solche Ungleichgewichte aufzudecken und durch seine Preissignale die Akteure deutlich und rechtzeitig zu mahnen, durch entsprechende Anpassungsentscheidungen für die Wiederherstellung des Gleichgewichts zu sorgen.

Der optimal informierte Markt soll Probleme aufdecken und auf ihre Lösung hinwirken.

Sodann werden dem Marktmechanismus die Schwankungen der Erlöse, vor allen Dingen der Rohstoffproduzenten, zum Vorwurf gemacht. Auch dieser Vorwurf ist nicht berechtigt. Die Tatsache, daß Rohstoffpreise schwanken, ist so wenig dem Markt anzulasten wie die Änderungen der Temperatur bei einem Thermometer. Die Abhilfe gegen übermäßige Schwankungen kann vielmehr teilweise in Systemen der Erlösstabilisierung gesucht werden, so wie es die Europäische Gemeinschaft in ihrem Lomé-Abkommen mit dem Stabex-System erfolgreich auf den Weg gebracht hat. Darüberhinaus sollten solche Erlösschwankungen aber auch als Signal verstanden werden, von den Strukturen der Monokulturen möglichst schnell herunterzukommen.

Schließlich ist auch der Marktmechanismus nicht, wie gelegentlich behauptet wird, die Ursache dafür, daß die Verteilung der weltwirtschaftlichen Einkommen zwischen Arm und Reich nicht überall als befriedigend empfunden werden. Die Korrektur einer unterschiedlichen und unverwünschten Einkommensverteilung ist vielmehr Aufgabe entwicklungspolitischer Natur der internationalen Transferzahlungen der Entwicklungshilfe in allen ihren Erscheinungsformen.

Der Marktmechanismus ist nicht die Ursache unterschiedlicher Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften. Er läßt nur ihre Ergebnisse sichtbar werden.

Zum System des Marktmechanismus gibt es meines Erachtens keine Alternative. Der Markt eröffnet als Koordinierungsinstrument mit Informationsvorsprüngen vor allen anderen denkbaren Zentralinstanzen viele Chancen für die friedliche Lösung ökonomischer Konflikte. Er schafft überdies den unabhängigen jun-

gen Staaten Wahlmöglichkeiten und Optionen, die ihnen in einem gedachten System des weltweiten Dirigismus, der weltweiten Bewirtschaftung und Verteilung von Lebenschancen niemals eröffnet würden.

Heute ist die Forderung nach weltweiter Lenkung der Wirtschaft nicht mehr so oft zu hören, wie vor 6 oder 8 Jahren, dennoch ist es notwendig hervorzuheben, daß jeder Rufer nach einer solchen weltweiten Zentralverwaltungswirtschaft zunächst einmal sagen sollte, welcher Instanz, welchem Machtgebilde mit Sanktionsmöglichkeiten für den Fall von Regelverstößen er solche Lenkungsbefugnisse zuweisen möchte. Etwa einer sogenannten Supermacht und wenn ja, welcher oder einem kleinen Kreis von Hegemonialmächten in der Absicht, die fragwürdige Konstruktion des Sicherheitsrats auch auf die Wirtschaft auszudehnen, oder gar den wenig verantwortungsvollen Mehrheiten in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die bekanntlich nach dem angreifbaren Prinzip der formalen Gleichheit (die Größenrelationen zwischen dem volkreichsten und dem volksärmsten Mitglied der Vereinten Nationen übersteigt 20.000 : 1), ohne Minderheitenschutz und ohne verlässliche Bindung an Grundwerte nahezu willkürlich entscheiden würden?

Zuweilen wird auch vorgeschlagen, mit Mehrfachpreisen (multiple Preissysteme), in denen die Preise je nach Bedürftigkeit der Geschäftspartner festgesetzt, gefordert oder geleistet werden können, zu besseren Lösungen zu kommen. Aber auch solche Systeme sind offenkundig nicht praktikabel.

Wer sollte die Kriterien für eine Differenzierung verbindlich feststellen, wer sollte die Differenz aufbringen und welches sollten die Kriterien für mehr Gerechtigkeit sein und wer sollte vor allem für die negativen Konsequenzen der Mißachtung der Marktsignale gerade bei den schwächsten Volkswirtschaften aufkommen?

Schließlich muß auch die Frage nach der ökonomischen Richtigkeit des Rohstoffansatzes in der großen politischen Auseinandersetzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufgeworfen werden. Ich halte diesen Ansatz nämlich schon von den natürlichen Gegebenheiten her für falsch. Tatsächlich sind die Rohstoffvorkommen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern etwa im Verhältnis 1 : 2 verteilt, wenn man die Vorräte in den Staaten des staatskapitalistischen Ostblocks zu den Industrieländern zählt. Die Entwicklungsländer jedenfalls sind weit mehr Rohstoffverbraucher als Rohstoffproduzenten. In dem Maße, in dem man also die Rohstoffverlöse zum Vehikel von Entwicklungshilfsleistungen und Transfer von Entwicklungskapital benutzen will, verletzt man das Eigeninteresse der nicht rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer an einer möglichst billigen Versorgung und sogar auch der rohstoffproduzierenden Ent-

wicklungsländer — soweit es sich nicht um die von ihnen selbst erzeugten Rohstoffe, Nahrungsmittel oder Primärenergieträger handelt — an einer preiswerten Versorgung mit anderen Rohstoffen.

Was die Lehren anlangt, die aus den ordnungspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu ziehen sind, so scheinen mir einige Punkte wesentlich zu sein:

a) Die führenden Industrieländer des Westens müssen sich auch im politischen Alltag zu der ihnen kraft ihres ökonomischen Gewichts zufallenden Verantwortung bekennen und sie kontinuierlich und voll ausfüllen. Sie sollten aus ihren defensiven und reaktiven Positionen herauskommen und ihre unkoordinierten Einzelkonzessionen durch eine überzeugende konzeptionelle Offensive, getragen von einer globalen Ordnungskonzeption, ablösen. Eine solche Konzeption kann nur dem allseitigen Nutzen dienen und dürfte nur eine dauerhafte Chance haben, möglichst viele Beteiligte zu überzeugen, wenn sie auf eine Synthese von funktionsfähigem Marktmechanismus und glaubwürdiger Bereitschaft zu umfassender subsidiärer Solidarität abzielt. Sie muß sicherstellen, daß für immer mehr Menschen Güter in ausreichender Menge und zu verantwortbaren Bedingungen produziert werden können.

Diese Ordnung muß universal und multilateral sein, nicht zuletzt auch, um eine effiziente Arbeitsteilung und einen fairen Wettbewerb möglich zu machen und um den Entwicklungsländern für ihre Evolution einen Orientierungspunkt für Normalität zu setzen.

Die ihnen zustehenden und sie begünstigenden Ausnahmebestimmungen müssen klar definiert, zeitlich begrenzt und überprüfbar sein. Das Problem des gerechten „grading up“ der Entwicklungs-, namentlich der Schwellenländer, des etappenweisen Hineinwachsens in den Pflichtenkreis der Industrieländer gehört dazu.

b) Staatshandelsländer des Ostens sind aus verschiedenen Gründen systemfremde, wenn nicht gar systemwidrige Außenseiter. Sie können nur entsprechend behandelt werden. Ich halte es für einen Fehler, sie unbesehen als vollwertige und stimmberechtigte Mitglieder in eine Ordnung hineinzunehmen, deren Überwindung, wenn nicht Vernichtung mindestens ihre Hegemonialmacht als politisches Ziel verkündet.

c) Die Unbedingtheit und Multilateralität der Meistbegünstigung ist unverzichtbare Voraussetzung für eine optimale weltweite Arbeitsteilung. Sie ist der ordnungspolitische Kernsatz und die Bedingung des angestrebten ökonomischen Erfolges. Die Meistbegünstigung gilt aber nicht nur für den Marktzugang und den Absatz, sie muß auch als die Grundregel der Nichtdiskriminierung für den

Zugang zu Rohstoffen, Energieträgern und Nahrungsmitteln gelten. Ungelöst durch die Meistbegünstigung bleibt indessen die Aufgabe, Kartelle und alle anderen Formen des Mißbrauchs von Marktmacht auf Weltebene wirksam zu bekämpfen.

Bei Betrachtungen dieser Art wird häufig übersehen, daß die Universalität der Meistbegünstigung vor allem auch eine wachsende Bedeutung für den Süd-Süd-Handel erlangt hat, ein Handel, der in seiner Gesamtheit noch im Laufe dieses Jahrhunderts deutlich den Wert des Welthandelsvolumens übersteigen dürfte, von dem 1949/50 die Väter des GATT für die ganze damalige Welt ausgehen durften.

d) Die Mängelliste des GATT, sein Reformbedarf, sollte schnell aufgearbeitet werden. Ich denke dabei besonders an die in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation zentrale Aufgabe der Bekämpfung des Protektionismus. Das GATT ist ihr nicht hinreichend gewachsen:

- Die nicht-tarifären Handelshemmnisse wuchern unzureichend kontrolliert.
- Der Handel insbesondere mit technologischen Spitzenprodukten geht zunehmend am Marktmechanismus vorbei, er wird von den Regierungen, die ihre Entwicklung gefördert haben, politisiert und bilateralisiert.
- Das öffentliche Auftragswesen findet de facto außerhalb der Regeln des GATT statt, obwohl sein Volumen und seine Bedeutung überall rapide parallel mit der Zunahme staats- und gemischtwirtschaftlicher Tendenzen wächst.
- Die Sonderrolle der Landwirtschaft ist unverändert überprüfungsbedürftig.
- Auch die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung erheblich wachsenden Dienstleistungen gehören in eine über den Markt gesteuerte Ordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen.
- Die Wahrung der Handelschancen der Entwicklungsländer, insbesondere die Verbesserung ihres Zugangs zu den Märkten der Industrieländer bleibt eine Daueraufgabe, vor allem im Bereich der sogenannten empfindlichen Produkte.
- Das Beihilfen- und Subventionsunwesen kann vom GATT faktisch nicht kontrolliert werden und damit auch nicht die von ihm ausgehenden erheblichen Wettbewerbsverfälschungen.
- In die Mängelliste des GATT gehört auch das Problem der Kartelle, der Monopolbildungen und anderer Wettbewerbsverfälschungen. Dies gilt besonders angesichts der künstlich verbesserten Marktchancen solcher Unternehmen, die direkt oder indirekt von den Staaten getragen und betrieben werden.
- Es geht namentlich auch um die Aufgabe, möglichst eine Wiederholung von Kartellen des OPEC-Typs auszuschließen. Wer diese Aufgabe leugnet, verhin-

- dert damit, daß das notwendige Vertrauen in die Sicherung von Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung auf dem Wege über die Weltmärkte zurückkehrt. Sonst bleibt die arbeitsteilige Weltwirtschaft behindert. Diesen Aspekt scheinen insbesondere einige Entwicklungsländer der G 77, die der OPEC politisch 1979 bis 1980 lauten Beifall gespendet haben, zu übersehen.
- Der Schutz der Privatinvestitionen ist verbesserungsbedürftig. Ihr Rückgang, manchmal sogar ihr volles Ausbleiben, hat einige Entwicklungsländer besonders betroffen. Die Entwicklungsfunktion der Privatinvestition wird häufig unterschätzt. Ohne sie gibt es keinen optimalen know-how-Transfer, keine zureichenden Marktkenntnisse oder Managementenerfahrungen, die die Dritte Welt bitter benötigt, um ihre eigene Entwicklung zügig zu fördern.
 - Viele der vorstehenden Forderungen und Veränderungen sind nur erfolgreich durchzusetzen, wenn sie einhergehen mit einer nachhaltigen Reform der Verfahrensgänge im GATT. Diese müssen beschleunigt werden und mehr „Biß“ bekommen.
- Insbesondere ist zu beanstanden:
- Die Sanktionen, die dem GATT zur Verfügung stehen, wirken unzureichend.
 - Die Umstände und die Dauer der Ermittlungsverfahren bei Vertragsverstößen überzeugen nicht immer.
 - Es darf vor allem keine Prämie in Gestalt der faktischen längerfristigen Hin- nahme von Vertragsverletzungen für ein vertragswidriges Verhalten geben.
- e) Auch eine Stabilisierung der Währungs-, Kapital- und Geldmarkt- sowie der internationalen Finanzbeziehungen gehört in den Forderungskatalog für eine Verbesserung und Entwicklung der Weltwirtschaftsordnung.
- Der IMF muß eine Clearingstelle der Notenbanken bleiben. Er darf nicht zu einer Entwicklungsbank herabgestuft werden, die mit inflationistischen Finanzierungsmethoden arbeitet.
 - Jegliche internationale Finanzhilfe für den Fall vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten muß frei von inflationären Effekten aufgebracht werden. Die Inflation bleibt auch auf der internationalen Ebene ein soziales Unrecht.
 - Währungs- und kapitalmarktpolitisches Ziel sollte es vor allem sein, die Kreditfähigkeit und Kapitalmarktfähigkeit der Entwicklungsländer wiederherzustellen. Dazu gehören verbindliche — nicht lexistische — Umschuldungsregelungen, sowie eine an soliden Grundsätzen sich orientierende Konditionalität.
- f) Was die Ordnung der Entwicklungspolitik anlangt, so halte ich es für zulässig, von einer Weltsozialpolitik zu sprechen, wenn man sich die fundamentalen Unterschiede zwischen einer innerstaatlichen Sozialpolitik, die mit dem Gesetz- befehl arbeitet, und der weltweiten Sozialpolitik, die von einer auf der Basis der

Gleichheit funktionierender Völkerrechtsgemeinschaft getragen wird, bewußt bleibt.

Ich hege Zweifel, ob ein „global social contract“ weiterhilft. Jedenfalls erscheint es mir notwendig, die Bereitschaft zu subsidiärer Solidarität immer wieder verbindlich herauszustellen. Das schließt auch den Respekt vor den autonomen Entwicklungsentscheidungen der einzelnen Entwicklungsländer ein. Wer von ihnen allerdings — aus welchen Gründen auch immer — die Industrialisierung verweigert, muß sich darüber klar sein, daß er aus diesem Grunde allein noch kein Recht auf unbegrenzte, oder gar noch wachsende Außenhilfe etwa zu Lasten anderer Entwicklungsländer, die den Industrialisierungsprozeß begonnen haben, erwerben kann. Zur Subsidiarität muß auch die Pflicht der Entwicklungsländer gerechnet werden, durch eine geeignete Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, sowie durch arbeitsfähige Verwaltungen die eigenen Ressourcen so umfassend und so verteilungsgerecht wie möglich zu nutzen.

Die Verweigerung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer wird übrigens nicht durch die Bereitschaft verletzt, auf Wunsch Rat zu geben, oder durch die Auflage, Entwicklungshilfe auf ihre sachgerechte Verwendung zu prüfen.

VI.

Unter den regionalen Staatenverbindungen, die wirtschaftlichen Zielen dienen, nimmt die EG wegen der Intensität und Tragweite des von ihr in Europa ausgelösten Verschmelzungsprozesses eine Sonderstellung ein. Im Falle eines überzeugenden Erfolgs dürfte sie weltweit eine Modellfunktion erfüllen.

Ihre Entstehungsgeschichte und ein Vierteljahrhundert ihrer Existenz haben bewiesen, daß eine Vollverschmelzung nur auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit unverfälschtem Leistungswettbewerb möglich ist. Zentralverwaltungswirtschaften und Dirigismus benötigen zu ihrer Funktionsfähigkeit Grenzen. Gerade diese aber sind abgeschafft.

Die ökonomische Leidensgeschichte des RGW liefert reichlich Anschauungsmaterial für die (Miß)Erfolgschancen anderer Versuche.

Die EG — an föderalen Zielen orientiert und in Ansätzen föderal strukturiert — ist weit mehr als eine kündbare völkerrechtliche Allianz. Sie ist in der Lage, ökonomische Rahmendaten mit Hilfe der Gesetzeskraft zu setzen und Wettbewerbsverstöße mit z. T. empfindlichen Sanktionen zu ahnen. Auf diese Weise kann sie dem Protektionismus erfolgreicher widerstehen als das GATT. Da 35 %

bis 40 % des gesamten Welthandels EG-Binnenhandel ist — und damit ihrer strengen Disziplin unterworfen — müssen wir die EG in der gegenwärtigen heiklen und besorgniserregenden Situation als „rocher de bronze“ der arbeitsteiligen Weltwirtschaft begreifen.

Die EG handelt im Ergebnis verantwortlicher, als ihr durch mühsame Entscheidungsprozesse belasteter Ruf es vermuten läßt:

- auf den Wirtschaftsgipfelkonferenzen,
- in den trilateralen Beziehungen mit Japan und den Vereinigten Staaten,
- in den Beziehungen zur Dritten Welt.

Die ersten Überlegungen zu Lomé III haben begonnen.

- in den internationalen Finanzinstitutionen und hoffentlich auch
- in der sich anbahnenden Diskussion über Weltumweltpolitik.

VII.

Ein erschöpfender Überblick über den ordnungspolitischen Handlungsbedarf in der Weltwirtschaft ist nicht mehr möglich.

Ich erinnere aber:

- an die schlimmen Regelungen für den Tiefseebergbau, die in Kapitel XI der Seerechtskonferenz vorgeschlagen werden.
- An manche Forderungen, die auf der Technologie-Transfer-Konferenz erhoben worden sind. Ihre Erfüllung würde das Patentwesen der Industrieländer strangulieren und einen Innovationsmotor abstellen.
- An die Regelungen für die neuen Satelliten-Informationstechnologien.
- An die Probleme der internationalen Luft- und Seeschifffahrt oder
- an die notwendigen engeren institutionalisierten Abstimmungen der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik.

Überall stoßen wir auf ordnungspolitische Probleme, deren Lösungen wir keinesfalls ausschließlich der dirigistischen Versuchung der sich manchmal überschätzenden Technokraten überlassen dürfen.

Alle Teilbereiche bedürfen des Marktes wegen seiner die Interessen koordinierenden und Konflikte lösenden, also friedenssichernden Funktion, wegen seiner optimalen Ressourcen-Allokation, also im Interesse des haushälterischen Umgangs mit knappen Ressourcen und der Bereitstellung einer qualitativen und quantitativen ausreichenden Versorgung und damit auch im Interesse der Bereitstellung einer hinreichend großen Dispositionsmasse zur Korrektur ungerechter Einkommensverhältnisse.

Viele groß angelegte Berichte haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, das Problembewußtsein für die hier skizzierten Aufgaben weltweit zu schärfen und die Diskussion über die Diagnose und Therapie auch ordnungspolitisch zu vertiefen, wenn auch ihre Empfehlungen nur teilweise als realistisch oder ordnungspolitisch unbedenklich bewertet werden können. Ihre wichtigste Botschaft scheint mir die des Zusammenhanges zwischen wachsendem Rüstungsaufwand und stagnierender Entwicklungshilfe zu sein. Ihr größter Mangel dürfte in dem mutlosen Schweigen über die Ursachen der steigenden Rüstungshaushalte zu suchen sein. Möge auch dieser Kongreß einen Beitrag zur sozialverpflichteten Fortschreibung der offenen und freien Weltwirtschaftsordnung leisten.

Wolfgang Schmitz (Wien, Österreich)

WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG DURCH SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Analogien und Unterschiede zur national-innerstaatlichen Konzeption

Die Versorgung der heutigen Massengesellschaft mit Waren und Leistungen ist nur durch Arbeitsteilung möglich. Damit besteht das Problem der Koordinierung der täglichen Tätigkeiten in den zahllosen Unternehmungen und Haushalten. Die Koordinierung ist die wesentliche Aufgabe der Wirtschaftsordnung. Als Mechanismen stehen dazu heute entweder der Markt oder der Staat zur Verfügung. In der heutigen ordnungspolitischen Diskussion hat dabei insofern ein gewisser Paradigmenwechsel stattgefunden, als die Fragestellung nicht mehr schlechthin lautet: „Markt oder Staat?“, sondern vielmehr: „Wo Markt und wo Staat?“, das heißt zur Lösung welcher Koordinierungsprobleme ist die unsichtbare Hand des Marktes (*Adam Smith*) und für welche ist die sichtbare Hand des staatlichen Behördenapparates auf Grund der spezifischen Qualitäten jeder der beiden Ordnungsmöglichkeiten am relativ geeignetsten. Welche Notwendigkeiten der Arbeitsteilung von Markt und Staat und ihres Zusammenwirkens ergeben sich daraus?

Als Beispiel für eine mögliche Antwort auf diese Frage diene die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft.¹ Diese will durch den wettbewerbsgesteuerten Markt die „Sozialfunktion des Wettbewerbs“ (*Johannes Messner*) zur Entfaltung bringen, zum Beispiel die ökonomische Effizienz, die sparsame Verwendung der Ressourcen, die rasche Anpassung an Verbraucher- und Marktverhältnisse; durch möglichst konstante (vor allem) staatliche Rahmenbedingungen (von Maßnahmen zur Erhaltung beziehungsweise Herbeiführung des Wettbewerbs über Rechts- und Währungswesen bis zum Umweltschutz) das Gesetz der Grenz-moral ausschalten und dem Markt die Grenzen setzen, die zu finden er selbst nicht in der Lage ist; sowie durch eine (hauptsächlich, aber nicht nur) staatliche zweite Einkommensverteilung zugunsten aller jener, die noch nicht, vorübergehend oder nicht mehr in der Lage sind, auf den Märkten Waren oder Leistungen anzu-

bieten, jedem eine materielle Existenzgrundlage geben. Diese ganze Konzeption beruht auf einem allgemeinen ethischen Minimalkonsens, der verhindert, daß diese Ordnung auch im Einzelnen zu ihrer Durchsetzung lediglich auf das staatliche Gewaltenmonopol angewiesen ist.

Die ordnungspolitische Problematik der Weltwirtschaft ist in der wesentlichen Fragestellung keine andere als die einer staatlich und territorial abgegrenzten Volkswirtschaft: Die Koordinierung der Aktivitäten der Unternehmungen und der Haushalte des von einer solchen Ordnung erfaßten Gebietes.

Die heutige Organisation der Weltwirtschaft

Die heutige Organisation der Weltwirtschaft geht in ihrer Grundkonzeption auf das globale Erlebnis des Zweiten Weltkrieges zurück. Seine verheerenden Folgen — für alle, nicht nur für die Besiegten, sondern auch für die Siegermächte! — hatten dann den Grundgedanken der in der „Einen Welt“ vereinten Nationen (UNO), d. h. die Tatsache noch ganz besonders allgemein bewußt gemacht, daß alle Bewohner aller Länder und Regionen durch eine die gesamte Menschheit umfassende Solidarität auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind.

Dies wurde durch die internationalen Organisationen zum Ausdruck gebracht, die aus diesem Geiste der unmittelbaren Nachkriegszeit ins Leben gerufen wurden: vor allem das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) zur weltweiten Senkung der Zölle und zum schrittweisen Abbau anderer diskriminierender Handelsschranken; die sogenannten Bretton Woods-Abkommen zur Errichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) als einen Ansatz für eine Zentralbank der Zentralbanken und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung mit ihren Töchterinstitutionen (Weltbankgruppe) zur Förderung des Kapitalstroms zunächst in die kriegszerstörten und dann in die noch in Entwicklung begriffenen Länder; die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), deren Vorgängerin für den Abbau der mengenmäßigen Aus- und Einfuhrbeschränkungen und die selbst für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Sorge trug. Mit Hilfe dieser Organisationen sollte ein möglichst freier Weltmarkt aufgebaut und abgesichert werden, der für alle offen ist.

Im regionalen, übernationalen Bereich entstanden Organisationen wie z. B. die Europäische Gemeinschaft (EG) mit dem Europäischen Währungsabkommen (EWA) einiger westeuropäischer Länder, die Europäische Freihandelszone (EFTA) einer Gruppe teilweise anderer europäischer Staaten, die Interamerikanische, die Asiatische und die Afrikanische Entwicklungsbank; der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) der (hauptsächlich) europäischen kommunistischen Län-

der; die Organisation der Erdölerzeugenden Länder (OPEC) und andere mehr. Das Verhältnis dieser regionalen Organisationen zur Weltwirtschaftsordnung rangiert von der völligen Vereinbarkeit bis zum gänzlich Konträren.

Die heutige Weltwirtschaft ist schließlich nach wie vor auch durch zahlreiche unsystematische autonome Eingriffe souveräner Staaten in den internationalen Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr gekennzeichnet. Manche glauben, daß die alarmierenden Nachrichten des Clubs of Rome über die Begrenztheit wichtiger Ressourcen die Grundidee der Nachkriegsordnung in Frage stellen. Andere wissen, daß gerade die Begrenztheit der Vorräte und Produktionsmöglichkeiten an Bord des „Raumschiffes Erde“ seine Besatzung zwingt, auf ihrer Flugbahn durch den Weltraum optimal und damit auch global zu „wirtschaften“.

Ein gegenwärtiges Hauptproblem der Ordnung der Weltwirtschaft ist daher das Phänomen des Neoprotektionismus. Dieser wird durch die weltweite Abschwächung des Wirtschaftswachstums seit 1973/74 akzentuiert. Er entstand aus der Selbsttäuschung über die Teilbarkeit des freien Handels. Nur wenn es gelänge, meint man, die „störenden“ Importe aus den Entwicklungsländern unter Kontrolle zu bringen, könnte man die Vorteile des freien Außenhandels untereinander erhalten.

Es muß auch mit dem weitverbreiteten Irrtum aufgeräumt werden, daß die Befolgung internationaler Regeln eine Konzession einer Regierung gegenüber anderen Regierungen darstellt. Es handelt sich hier auch nicht um einen Luxus, den sich nur wohlhabende Volkswirtschaften leisten können. Es ist vielmehr der einzige Weg, auf dem sich alle Regierungen gegen den Druck verschiedener Interessenverbände im eigenen Land schützen können, einen Druck, der sie, wenn sie ihm erst einmal nachgegeben haben, zu immer verzweifelterem Improvisieren zwingt. Das Offenhalten der Weltmärkte ist für alle eine Voraussetzung dafür, daß langfristig investiert und gewirtschaftet werden kann, ganz besonders aber für Länder, deren Außenhandel (einschließlich Fremdenverkehr) einen großen Teil des Sozialproduktes erwirtschaftet.

Daneben gibt es noch ein dichtes Netz internationaler Vereinbarungen mit jeweils unterschiedlichen Teilnehmerstaaten: von Verträgen über das Post- und Eisenbahnwesen und das Internationale Patentrecht bis zu zahlreichen Übereinkommen zur Entwicklung des Sozialrechtes im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes. Die augenfälligste Problematik ergibt sich aus den sehr unterschiedlichen Entwicklungsstufen der einzelnen Länder und der sehr unterschiedlichen Ergiebigkeit ihrer Ressourcen.

Damit ist ein Weltwirtschaftsgefüge entstanden, das teils auf grundsätzliche Ordnungsvorstellungen und teils auf pragmatische mehr oder minder historisch-

politisch zufällige Entscheidungen einzelner Staaten oder Staatengruppen zurückgeführt werden kann; teils ist es auf die — aus welchen Gründen immer — sehr unterschiedliche Befähigung einzelner Länder, ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, zurückzuführen.

Wir müssen heute miterleben, wie auf der einen Seite diese Wirtschaftsordnung immer mehr zerstört wird, die das Nachkriegselend in Europa und anderen Teilen der Welt (z. B. Japan) in wahrhaft atemberaubender Schnelligkeit beseitigt, wenn auch freilich nicht alle Probleme gelöst hat. Auf der anderen Seite sind wir heute Augenzeugen einer weltweiten Wiederentdeckung der Ordnungsfunktion des wettbewerbsgesteuerten Marktes und einer daraus resultierenden Renaissance marktwirtschaftlichen Denkens.

Ruf nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Die mangelnde Fähigkeit des heute bestehenden Weltwirtschaftsgefüges zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in weiten Bereichen der Welt hat den beharrlichen Ruf nach einer „neuen Weltwirtschaftsordnung“ laut werden lassen, ohne daß darunter in Frage kommende Alternativen für eine solche Gesamtordnung erkennbar geworden wären.

Bei den Problemen, die sich aus der Notwendigkeit der Organisation der Weltwirtschaft ergeben, gibt es gegenüber der Ordnungspolitik in einer nationalen Volkswirtschaft teils fundamentale Unterschiede, teils grundsätzliche Analogien. Der entscheidende Unterschied besteht darin, daß es keine internationalen Behörden gibt, die wie die Regierungen, Parlamente und Gerichtshöfe nationaler Staaten innerhalb deren Hoheitsgebiete mit dem Monopol zum Einsatz legitimer Gewalt zur Durchsetzung ihrer wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Entscheidungen ausgestattet sind. Lediglich gewisse Ansätze dazu bestehen z. B. in der Idee der unmittelbares Recht schaffenden supranationalen Behörden der Europäischen Gemeinschaft und dem System der Mehrheitsbeschlüsse im Exekutivdirektorium des IWF und den damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten.

Eine internationale Ordnungspolitik kann daher nur im Wege internationaler Vereinbarungen der einzelnen Nationalstaaten erfolgen und kann nur von denselben laufend aufrecht erhalten bzw. entwickelt werden. Einen Ansatz für eine Art internationaler Verfassung bietet das Statut der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) seit 1945. Dieses enthält aber nur sehr allgemeine Ziele für die internationale Zusammenarbeit und regelt im Konkreten nur die rechtlichen Verfahren für eine geschäftsordnungsgemäße Beschlußfassung. Damit allein fallen schon theoretische Ordnungsmöglichkeiten weg, die im nationalen Rahmen an-

geboten werden bzw. wurden, die aber sehr durchschlagskräftige Behörden zur Voraussetzung haben.

Es ist daher auch kein System öffentlicher Investitionslenkung möglich, wie es heute in manchen westlichen Staaten von sozialdemokratischer Seite angestrebt wird. Für eine überstaatliche Bewirtschaftung einzelner Märkte, z. B. zur Nutzung wichtiger Rohstoffe müßten jeweils im Einzelfall Abkommen getroffen und entsprechende Organisationen geschaffen werden.

Hier stoßen wir aufgrund der bisherigen Erfahrungen an die Grenzen der Wirtschaftsdiplomatie. Es ist unmöglich, eine neue rationale Weltwirtschaftsordnung zu errichten oder auch nur die bestehende wesentlich durch Verhandlungen unter souveränen Staaten abzuändern, ohne über eine klare, in sich geschlossene Theorie zu verfügen. Diese Theorie müßte erklären, unter welchen Voraussetzungen die gewünschte Ordnung geschaffen werden kann, welche Probleme sie bereits im Entstehen zu verhindern hilft und zu welchen sie Lösungsansätze bereithält. Darüber hinaus sollte sie aufzeigen, welche Fragen allein im nationalen Rahmen zu lösen sind. Bisweilen schien man bei den Verhandlungen davon auszugehen, alles, worüber sich die Regierungen mühsam einigten, müsse auch funktionieren. Allmählich erkennen wir aber, daß es gewisse objektive Bedingungen einer Wirtschaftsordnung gibt, auch im internationalen Bereich.

Eine internationale Planwirtschaft, wie sie einst z. B. als „Weltplanungsmodell“ von *Lenin* propagiert worden ist, ist nie wirklich zur Diskussion gestanden und wird heute nicht einmal innerhalb des kommunistischen Ostblocks zur Ordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der daran beteiligten Länder unter sich angestrebt. Die wirtschaftliche Kooperation der RGW-Länder erfolgt durch bilaterale Verträge souveräner Staaten, die auf ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet mehr oder weniger über das Außenhandels- und Devisenmonopol verfügen. Auch die Existenz internationaler Finanzinstitutionen wie z. B. der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Internationale Investitionsbank, beide in Moskau, hat daran nichts Grundsätzliches geändert.

Eine andere Alternative, wie z. B. ein globales Handelsmonopol in der Hand eines dominierenden Nationalstaates wie etwa im 19. Jahrhundert (unter dem Einfluß Großbritanniens) gehört ebenfalls der Vergangenheit an und wäre heute nicht mehr realisierbar.

So bleiben als Alternativen: Der Verzicht auf jede grundsätzliche Weltwirtschaftsordnung überhaupt und die pragmatische Regelung jeweils auftauchender Probleme durch internationale Abmachungen, die von Fall zu Fall abzuschließen wären, ohne daß die Vereinbarkeit aller dieser Regelungen untereinander geprüft wird. Die Durchführung solcher Regelungen wäre ad hoc zu schaffenden interna-

tionalen Regierungsorganisationen zu übertragen. Das ist es, was manchen Befürwortern der „neuen Weltwirtschaftsordnung“ vorschwebt.

Und schließlich gibt es noch die Möglichkeit, auch auf die Weltwirtschaft die Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft anzuwenden. In der Tat gibt es im internationalen Bereich beachtliche grundsätzliche Analogien zu der innerhalb der einzelnen Staaten anfallenden wirtschafts- und sozialpolitischen Problematik.

Die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wurde von der UN-Generalversammlung in ihrer 6. Sondersitzung im Jahre 1974 zum offiziellen Ziel dieses höchsten politischen Gremiums der Welt erhoben. Dies wurde mit der Notwendigkeit begründet, die (sicherlich unbestreitbare) wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern zu überwinden. Die neue Ordnung solle auf Gerechtigkeit und auf den Realitäten der gegenwärtigen Wirtschaftslage beruhen und eine langfristige Stabilität sowohl im Süden wie auch im Norden herbeiführen. Die dafür angebotenen staatswirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen und Instrumente beruhen auf der Meinung, daß marktwirtschaftliche Lösungen diese Ungleichheiten verstärken.

Ist es aber wirklich so, daß wettbewerbsgesteuerte Märkte die Tendenz haben, wachsende Ungleichheiten zu produzieren und so „die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer“ zu machen? Die geschichtliche Erfahrung lehrt doch wohl das Gegenteil: wirtschaftlicher Fortschritt wird durch Innovation und Spezialisierung und Nutzung der technologischen Entwicklung erzielt. In den heute als fortgeschritten geltenden Ländern hat der Wettbewerb das Ansteigen der Profitrate verhindert, während die Zahl der höher spezialisierten — das heißt höher bezahlten — Arbeitskräfte schneller stieg als die Gesamtzahl der Beschäftigten, die Einkommensstruktur wurde günstiger. Daß sich der gleiche Prozeß auch im Verhältnis der Nationen zueinander — zumindest derjenigen, die durch einen intensiven wirtschaftlichen Austausch miteinander verbunden sind — vollzieht, wird selbst bei einer oberflächlichen Betrachtung der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg offensichtlich. Träfe es zu, daß die Marktwirtschaft immer größere internationale Ungleichheit erzeugt, ließe sich das neuerliche Wiederauftauchen des Protektionismus als einer im Ursprung gegen die Entwicklungsländer gerichteten politischen Tendenz nicht erklären.

Die Beantwortung der Frage, um wieviel ein Land wirklich reicher geworden ist, scheitert im übrigen weitgehend schon daran, daß statistische Wohlstandsvergleiche sachlich kaum möglich sind. Generell als höchst problematisch sind die in diesem Zusammenhang aus dem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) abgeleiteten statistischen Belege über Einkommensunterschiede zwi-

schen Ländern unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes zu beurteilen: Der Rechenrahmen der VGR (in Form des von der UNO empfohlenen „System of National Accounts“ — SNA) beruht auf Konventionen, die — allerdings nicht zuletzt aus statistischen Gründen — im wesentlichen alle Güter und Leistungen aus der Berechnung ausschließen, für die es keinen „Marktpreis“ gibt. Je mehr Güter und Leistungen etwa im Fall weniger arbeitsteilig organisierter Volkswirtschaften innerhalb geschlossener Wirtschaftseinheiten (z. B. geschlossene Hauswirtschaft, Dorfgemeinschaft) erzeugt und verbraucht werden, desto kleiner ist auch jener Bereich, der einer Erfassung in der VGR zugänglich ist. Umso niedriger ist dann auch das ausgewiesene Pro-Kopf-Einkommen.

Der private Kapitalstrom in die Entwicklungsländer hat den öffentlichen längst eingeholt: die Direktinvestitionen, die Kredite privater Banken und die Exportkredite, die noch im Jahre 1960 vierzig Prozent der gesamten Kapitalströme aus den Industrie- und in die Entwicklungsländer ausgemacht haben, sind bis zum Jahre 1977 auf zwei Drittel angewachsen. Die Finanzkrisen in den meisten Industrieländern bewirken, daß die Hoffnung der Entwicklungsländer in der Zukunft noch mehr als bisher auf das private Kapital gerichtet ist. Die Wachstumsimpulse, die von der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgehen und die es für Sparer in den Industrieländern attraktiv machen, in weniger entwickelte Länder zu investieren, bewirken eine Verringerung des durchschnittlichen Einkommensgefälles unter den an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmenden Ländern.

Was macht den Weltmarkt sozial?

Freilich gilt auch für die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen wie für den innerstaatlichen Raum die hier gestellte Frage „Was macht den (Welt-) Markt sozial?“ Die Antwort darauf kann anhand des selben Denkrasters gegeben werden wie für die innerstaatliche Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft: wettbewerbsgesteuerte Märkte, staatliche (international vereinbarte) Rahmenbedingungen, eine zweite staatliche (Entwicklungshilfe) oder private (durch nichtstaatliche Hilfsorganisationen) Einkommensverteilung und ein ethischer Minimalkonsens, den eine solche Ordnung zur Voraussetzung hat und der allein eine friedliche Dauerkoooperation ermöglicht (wie z. B. die Anerkennung des Grundsatzes, daß Verträge eingehalten werden müssen).

So hat auch auf den internationalen Märkten die *Sozialfunktion des Wettbewerbs* eine tragende Aufgabe. Wer soll über die Ressourcen verfügen, wenn nicht der Eigentümer (oder sein Beauftragter), der für eine optimale Kombination der Produktionskräfte Arbeit, Kapital, Standort und Management sorgen kann? Gerade

in einer Zeit, in welcher die relative Knappheit wichtiger Rohstoffe und Energiequellen besonders bewußt geworden ist — wirtschaften kann man immer nur in Bezug auf relativ knappe Güter —, muß zu ihrer bestmöglichen Verfügung das sogenannte wirtschaftliche Prinzip gelten: d. h. daß mit gegebenen Ressourcen möglichst erfolgreich produziert oder ein beabsichtigter Erfolg mit einem möglichst sparsamen Einsatz der Mittel erreicht wird. Es gibt heute auch keine Instanz, die für eine gerechtere Zuteilung der Produktionsstandorte sorgen könnte als der Markt. Wer anders soll entscheiden, ob eine Produktion in einem und in welchem Entwicklungsland mit viel niedrigerer Produktivität, aber billigeren und weniger geschulten Arbeitskräften, oder in einem und welchem Industrieland mit hoher Produktivität und teureren Arbeitskräften mit einem hohen Ausbildungspotential angesiedelt werden sollte? Weltweit offene Märkte müssen die Ausnützung der technischen Möglichkeiten der Produktion und Verteilung zu den günstigsten Kosten gewährleisten.

Ein Weltmarkt, an dem über 150 sehr unterschiedliche Staaten aller Zonen, Klimata und Mentalitäten beteiligt sind, kann letzten Endes wohl auch in Zukunft nur als ein unüberschaubares System von Marktbeziehungen organisiert werden, die schon rein technisch jeder Zwangsregelung spotten. Die Marktwirtschaft des heutigen Weltmarktes ist ja keine neueste Erfindung der sogenannten „kapitalistischen Ära“, sondern eine Organisationsform, die bis weit in die Antike zurück überall entstanden ist, wo Austauschbedürfnisse vorhanden waren, aber eine zentrale Organisation fehlte. Auch die in unserem Zeitalter entwickelten weltweiten Organisationen können trotz der riesigen Fortschritte in der Informationstechnik nicht — nicht einmal für einzelne Rohstoffe — als zentrale Stellen das Marktsystem ersetzen.

Wie im nationalen Bereich muß der Wettbewerb auf offenen Märkten durch *öffentlich-rechtliche Rahmenbedingungen* bewußt herbeigeführt und erhalten werden. Zu diesen Rahmenbedingungen, die gerade auch auf internationaler Ebene notwendig sind, gehört ein System des multilateralen Handels, d. h. eines Zustandes, in welchem die Exporteure eines Landes „A“ die in einem Land „B“ erzielten Erlöse ohne bürokratische Erschwernisse zum Einkauf in einem Land „C“ verwenden können. Rahmenbedingungen müssen dafür sorgen, daß die Offenheit der nationalen Märkte langfristig gesichert bleibt, damit sich eine darauf abgestellte Struktur der Weltwirtschaft, die mittel- bis langfristige Horizonte hat, herausbilden kann. Die Erfahrungen der 30er Jahre haben deutlich gezeigt, daß der nationale Protektionismus, der glaubt, das eigene Land im Interesse eines möglichst hohen Beschäftigungsgrades der heimischen Ressourcen vor der Konkurrenz aus dem Ausland schützen zu müssen, rasch zu einer weltweiten Verarmung führen

kann und nicht im wohlverstandenen Interesse gerade kleiner Staaten liegt, deren Produktion auf gesicherte Absatzmärkte angewiesen ist. Mehr noch als in Inland ist die Sicherung offener Märkte, die den Zugang sowohl für Substitutionen als auch Alternativangebote freihält, immer noch die wichtigste Waffe gegen eine internationale Kartellbildung.

Einer der wichtigsten Beiträge der Industrieländer für eine erfolgreichere und sozialere Weltwirtschaftsordnung ist daher eine Liberalisierung der Fertigwarenimporte aus den Entwicklungsländern. Gewiß kann eine Liberalisierung bei diesen Fertigwaren die Industrieländer vor schwierige Anpassungsprobleme stellen. Aber es geht ja auch nicht darum, dieses einmal etablierte Schutzsystem von heute auf morgen im gesamten Umfang aufzugeben, vielmehr müßte es wirtschaftspolitisches Ziel der Industrieländer sein, einen Fahrplan für den allmählichen in nicht allzu kleinen Schritten vollziehbaren, vor allem jedoch unwiderruflichen Abbau des Protektionismus gegenüber den Entwicklungsländern vorzulegen.

Die Entwicklungsländer räumen im Rahmen ihrer Vorstellungen von einer neuen Wirtschaftsordnung internationalen Rohstoffabkommen einen besonders hohen Rang ein, auf deren Basis internationale Regierungsorganisationen in einzelne Weltmärkte eingreifen sollen. Beispielsweise soll im Rahmen des gemeinsamen Rohstofffonds (der UNCTAD — Welthandels- und Entwicklungsorganisation) durch den Auf- bzw. Abbau von Rohstoffausgleichslagern versucht werden, die Preisentwicklung so zu glätten, daß sichergestellt ist, daß der Markt die richtigen Signale für Investitions- und Verbrauchsentscheidungen gibt sowie für Preise sorgt, die für die Erzeuger einträglich und für die Verbraucher fair sind.

Darin wird das Dilemma sichtbar, vor dem eine solche Politik steht. Einerseits sollen bestimmte Verteilungsabsichten durch Markteingriffe realisiert werden, während man sich andererseits der trügerischen Hoffnung hingibt, der Markt könnte dann noch eine Steuerungs- und Lenkungsfunktion erfüllen. Wären Preisbewegungen lediglich das Ergebnis von Nachfrageschwankungen, würden eine Verstetigung der Abnahmebedingungen und garantierte Preise den Exporterlös zweifellos stabilisieren können. Da die Preisänderungen aber auch von Angebotschwankungen herrühren, würde eine nach beiden Seiten wirkende Preisgarantie verhindern, daß Mengenrückgänge bei unzureichender Lagerung auf die Erlöse der Produzenten durchschlagen, da es keinen zumindest tendenziellen Ausgleich für verringerte Liefermöglichkeiten in Form von Preiserhöhungen gibt. Die Ausgleichslager stoßen an zwei Grenzen: Sie binden Kapital und die internationale Bürokratie steht einem unlösbaren Prognoseproblem gegenüber. Das notwendige Lagervolumen ist schwer quantifizierbar. Offiziell garantierte überhöhte Mindestpreise würden Überschußproduktionen und Ressourcenfehlleitungen zur

Folge haben. Jede Finanzierung würde überdies bei den teilnehmenden Ländern ernsthafte Budgetprobleme aufwerfen. Es liegt gerade im Interesse der Eingliederung der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsverkehr, daß sich ihre Unternehmungen in ihrer Investitionstätigkeit nach den Koordinations- und Steuerungsprinzipien einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung orientieren können, und schließlich sind die Rohstoffländer in ihrer Gesamtheit nicht mit den Entwicklungsländern identisch. Die größten Rohstoffproduzenten sind die USA und die UdSSR.

Auch zur Lösung von Problemen, die mit dem Verhalten multinationaler Gesellschaften sicherlich da und dort verbunden sind, ist es neben nationalstaatlichen Rahmenbedingungen notwendig, daß eine marktwirtschaftliche, durch Wettbewerb geordnete Marktverfassung durchgesetzt und geschützt wird.

An einer solchen internationalen Wettbewerbspolitik mangelt es bisher. Daher sind nicht wenige internationale Wettbewerbsbeschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr aufgetreten, freilich allzu häufig unter einzelstaatlicher wirtschaftspolitischer Hilfestellung, die auf die Wahrnehmung falsch verstandener nationaler Interessen zurückging. Hier trifft man auf eine offene Flanke einer marktwirtschaftlichen internationalen Wirtschaftsordnung, deren Schließung den Industrieländern einen ersten wirtschaftspolitischen Glaubwürdigkeitstest abverlangt. Sie müßten alles daran setzen, den laufenden Bestrebungen nach einer internationalen wettbewerbspolitischen Zusammenarbeit zum Erfolg zu verhelfen.

Ein besonders krasses Beispiel für eine ordnungspolitisch bedenkliche Lösung, die jede Initiative gerade auf dem Gebiet verhindern würde, wo noch beachtliche Rohstoffreserven zu finden sind, ist der Vorschlag einer internationalen Konvention zur Nutzung der Meeresböden, wie es bei der internationalen Seerechtskonferenz der UNO zur Diskussion gestellt und bereits von zahlreichen Staaten signiert, wenn auch noch nicht ratifiziert wurde. Die dort angestrebte Produktionsbeschränkung im Tiefseebergbau zugunsten der Land-Rohstoffproduzenten würde eine weitreichende Produktionskontrolle zu Lasten rohstoffarmer Länder bedeuten. Die außerordentlichen Abgaben, die Staaten und Unternehmer bei einer Beteiligung am Abbau der Meeresbodenschätze an eine internationale Meeresbodenbehörde zahlen sollen, sowie die vorgesehene Verpflichtung aller Staaten und Firmen, die eine moderne und mit hohen Kosten entwickelte Meerestechnik entwickelt haben, diese Kenntnisse an das eigene Abbaunternehmen der neuen Behörde und an interessierte Entwicklungsländer zu übertragen, müßte ein privates Engagement, das gerade für solche Pioniervorhaben notwendig ist, geradezu verhindern. Mit einer solchen Regelung, die die Vorstellungen mancher Entwick-

lungsländer über eine neue Weltwirtschaftsordnung verwirklichen würde, wäre ihnen nicht wirklich gedient. Wirksamere internationale Vereinbarungen hingegen, die es wirklich verhindern, daß die Meere — auch bei der Ausbeutung des Meeresbodens — immer mehr zum Mülleimer der Welt werden, wären eine wichtige Rahmenbedingung zum vorsorglichen Umweltschutz in einem besonders gefährdeten Bereich.

Konvertible und stabile Währungen

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zählt vor allem auch eine leistungsfähige Weltwährungsordnung. Für einen multilateralen Welthandel bedarf es auf dem Währungssektor der freien Konvertibilität der Währungen, d. h. der Freizügigkeit, jede gewünschte Fremdwährung gegen eigene Währung zu kaufen und zu verkaufen, zumindest für die Finanzierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und soweit wie möglich auch für den Strom langfristigen Investitionskapitals. Dieses ist in der Regel mit dem notwendigen Know-how in Technologie und Management sowie den erforderlichen Weltmärktekenntnissen und mit der besten Gewähr für eine berufliche Weiterbildung des Arbeitskräftepotentials des Gastlandes verbunden. Ein gutfunktionierender internationaler Markt für langfristiges Kapital sorgt dafür, daß Ersparnisse aus Regionen, in welchen sich vergleichsweise weniger günstige Investitionsmöglichkeiten anbieten, in solche Gebiete strömen, wo entsprechende Veranlagungsmöglichkeiten einem geringeren Aufkommen an Ersparnissen gegenüber stehen. Unter den Rahmenbedingungen hat die Währungsordnung auch international eine tragende Bedeutung: Erst als die Inflation sich über weite Teile der Welt ausbreitete, wurde man auf die Funktion einer internationalen Währungsordnung aufmerksam, die darin besteht, daß sie die Erhaltung der Kaufkraft der Währungen fördern soll, genauso wie die Stabilität des Geldwertes erst die volle Erfüllung der bekannten Geldfunktionen des Tauschmittels, der Recheneinheit und des Wertaufbewahrungsmittels im nationalen Rahmen möglich macht. Die Inflation beraubt relative Preisänderungen (zumindest kurzfristig) ihres gesamten wirtschaftlich relevanten Informationswertes. Sobald Preisänderungen kein Anzeichen und Maßstab mehr für beginnende relative Knappheiten sind, müssen die Investitionen erheblich an Effizienz verlieren. Ein Gefüge stabiler internationaler Währungen ist auch die Voraussetzung für zuverlässige Informationen über Knappheiten und Überschüsse auf dem Weltmarkt.

Auf dem Gebiet der Devisenmärkte soll weder über konkurrierende Abwertung (wie in den 30er Jahren) versucht werden, die Arbeitslosigkeit zu exportie-

ren, noch durch konkurrierende Aufwertung der eigenen Währung (wie es heute wiederholt versucht wird) die hausgemachte Inflation zu den Handelspartnern zu exportieren. Beide Versuche sind nur bei einem sehr hohen Aufwand (z. B. Leistungsbilanzungleichgewichte, Verlust internationaler Währungsreserven, Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur usw.) und nur vorübergehend erfolgreich.

Für die Beeinflussung der internationalen Liquidität gilt dasselbe wie im nationalen Bereich: sowohl eine dauernde Geldwertminderung (Inflation), wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die monetäre Szene beherrschte, wie auch eine anhaltende Geldwertsteigerung (Deflation), wie sie in den 30er Jahren für die große Krise mitverantwortlich gewesen ist, sind gemeinwohlschadlich. Beide sind Abweichungen von der Zielsetzung eines stabilen Geldwertes, der für die Gemeinwohlfunktion von Geld und Kapital eine der wichtigsten Voraussetzungen ist.

Es liegt nicht, wie mancher Vertreter einer „neuen Wirtschaftsordnung“ glaubt, im Interesse der Schuldnerländer, wenn der IWF die Gewährung von Krediten zur Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzdefizite nicht an Bedingungen knüpft. Diese zwingen zu den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen, zu denen sich das betroffene Land bis dahin allein nicht durchringen konnte und gerade deshalb vielleicht schon seine internationale Kreditwürdigkeit eingebust hat. Wie im nationalen Rahmen wäre es bzw. ist es auch falsch, die Träger der Währungspolitik, wie z. B. die Nationalbanken und den IWF, auch mit Aufgaben der zweiten Einkommensverteilung und der Entwicklungshilfe zu belasten. Das wäre z. B. der Fall, wenn die Schöpfung neuer Sonderziehungsrechte (SZR) des IWF mit einer Verteilung derselben zugunsten der Entwicklungsländer verbunden würde, wie es von diesen verlangt wird.

Weltweite zweite Einkommensverteilung

Wie im nationalen Bereich gibt es auch in der Völkergemeinschaft Glieder — Personen hier und einzelne Länder dort — die (aus welchen Gründen immer) noch nicht oder vorübergehend nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich trotz entsprechender Bemühungen auf den Weltmärkten zu behaupten. Dazu zählen derzeit z. B. die Energie importierenden, rohstoffarmen Entwicklungsländer, solche Länder, deren Bevolkerungszuwachsrate jedem möglichen Wirtschaftswachstum davonläuft, sowie solche, die infolge von Naturkatastrophen (und womöglich längerfristigen Klimaverschiebungen) auf die Hilfe der internationalen Solidarität angewiesen sind.

Es ist daher auch auf weltweiter Basis in *Analogie zur zweiten Einkommensverteilung auf nationaler Ebene* notwendig, die Verteilung über die Weltmärkte bewußt zu korrigieren und zu ergänzen. Diesem Vorhaben dienen die unterschiedlichen Ströme der Entwicklungshilfen, die multilateral über internationale Institutionen oder bilateral von Regierung zu Regierung laufen. Als Beispiel für den ersteren Weg dient die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA, eine Tochtergesellschaft der Weltbank). Die IDA stellt Mittel sowie eingehende technische Beratung für Projekte in den Entwicklungsländern zur Verfügung, sie gibt solche Kredite den (derzeit 50) ärmsten Ländern zu sehr günstigen Konditionen. Ein anderes Beispiel sind das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die Sonderfonds bei den regionalen Entwicklungsbanken.

Bilaterale Hilfen erfolgen von Regierung zu Regierung. Die Industriestaaten haben den Entwicklungsländern zugesagt, ihre Entwicklungshilfe in allen diesen verschiedenen Kanälen zusammen auf 0,7 Prozent ihres jeweiligen Sozialproduktes zu steigern. Trotz langjähriger Lippenbekenntnisse blieb die Leistung von Entwicklungshilfe hinter dieser Zielsetzung meist beträchtlich zurück.

Auch die Hilfstätigkeit privater und kirchlicher karitativer Organisationen, die immer wieder den internationalen Transfer beachtlicher Beträge zu motivieren in der Lage sind, trägt — wie im nationalen Bereich — zur zweiten Einkommensverteilung bei.

Diese diversen Wege zur Entwicklungshilfe sind an der Schwelle zur „Dritten Entwicklungsdekade“ Gegenstand einer selbstkritischen Überprüfung: in Bezug auf ihre Wirksamkeit für die Entwicklung der begünstigten Volkswirtschaft (z. B. mit der Frage: Förderung der Schwerindustrie oder der mittelständischen Wirtschaft und insbesondere der Landwirtschaft) wie auch in Bezug auf die Hebung des Lebensstandards und des Bildungsniveaus der breiten Bevölkerungsschichten.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik geht es um das Wohl des einzelnen Menschen. Das gilt auch für die internationale Wirtschaftsordnung. Angesichts der Einkommens- und Vermögensstruktur, auch in den Entwicklungsländern, kann es nicht um das Wohl von Staaten oder Ländern oder Völkergruppen gehen — das sind gedankliche Abstraktionen — sondern um die dort lebenden Menschen. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen Unterscheidung ist relativ jungen Datums, seit man z. B. wahrnimmt, daß der sogenannte „Sickereffekt“ meist nur sehr langsam, wenn überhaupt in einem bemerkenswerten Ausmaß stattfindet. Darunter versteht man die Erwartung, daß jede finanzielle Zuwendung an einen Staat ungeachtet dessen Wirtschaftsstruktur (vom Agrar- und Industrie feudalismus bis zur aufwendigen Staatsapparatur) letzten Endes doch zur allmählichen

Besserung der Lebensverhältnisse für alle Bevölkerungsschichten führt, ohne daß im Zusammenhang mit einer solchen Entwicklungshilfe darauf besonders Einfluß genommen wird. Diese Hoffnungen haben sich zunehmend als trügerisch erwiesen. Am sichersten wirkt noch der Kapitalstrom, der eine generelle Hebung von Beschäftigung, Ausbildung und Einkommen bewirkt. Relativ leicht lösen dies die Hilfeleistungen, die über private karitative und humanitäre Organisationen laufen. Bei den öffentlichen Geldern, die von Staat zu Staat fließen und auf die gerade die Vertreter der meisten Entwicklungsländer so großes Gewicht legen, ist ein solcher Erfolg am meisten in Frage gestellt. Das System der Schwester- oder Partnergemeinden kommt dem Anliegen einer unmittelbaren Hilfeleistung auch nur teilweise entgegen.

Es genügt daher nicht, einen erheblichen Unterschied in der Entwicklung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zwischen verschiedenen Ländern zu ermitteln, um einen unentgeltlichen Transfer von Mitteln aus den „reichen“ in die „armen“ Länder zu rechtfertigen. Denn dieser Transfer vollzieht sich zwischen den beteiligten Regierungen, und ob die Regierungen der Empfängerländer daran interessiert sind, Armut und Not innerhalb ihres eigenen Staatsgebietes zu bekämpfen, ist oft fraglich. Für einzelne Entwicklungsländer ist erwiesen, daß ein solches Interesse unterentwickelt ist oder überhaupt nicht besteht. Rüstungskäufe und Prestigeinvestitionen sind nicht geeignet, Armut und Not wirkungsvoll zu bekämpfen.

Die Weltbank ist daher seit 1973 bestrebt, sich bewußt der Erhöhung der Produktivität der ärmsten Schichten zu widmen, in dem ihnen Zugang zu Produktionsmitteln, vor allem aus dem Ausland gesichert werden soll. Nach ihrer Meinung flossen in dem daran anschließenden Fünf-Jahres-Plan der Weltbank 30 Prozent ihrer Kredite in Projekte, die den Ärmsten, das sind 40 Prozent der Bevölkerung in der unterentwickelten Welt, zugute kommen. Trotzdem wird von ihren Kritikern die Frage gestellt, ob mit ihrem steigenden Expansionsdrang tatsächlich Entwicklungsprobleme gelöst werden.

Gegenüber der Leistung von solchen Transferzahlungen von Regierung zu Regierung gibt es heute daher zwei Grundhaltungen, die beide einer differenzierten Sicht Platz machen sollten. Auf der einen Seite wird der Leistung solcher Hilfen jede menschliche Berechtigung und positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum im Bezieherland abgesprochen. Tatsächlich darf nicht ignoriert werden, daß es auch Regierungen gibt, die ein Wirtschaftskonzept verfolgen, das nicht dem wirklichen Gemeinwohl dient, und die nur dadurch an der Macht bleiben konnten, daß sie über Wirtschaftshilfen aus dem Westen verfügen konnten. Weithin bestärkt die Entwicklungshilfe die in der Dritten Welt sehr verbreitete Meinung,

daß eine Verbesserung der Lage der Menschen von externen Bedingungen abhängt. Darüber hinaus begünstigt sie eine Entwicklungspolitik, die sich an unpassenden ausländischen Modellen orientiert. Nur als Beispiel seien öffentliche defizitäre Fluggesellschaften in Ländern genannt, deren Bürger beinahe nie reisen und erst recht nicht von diesen Fluglinien Gebrauch machen.

Auf der anderen Seite wird die Entwicklungshilfe wohl grundsätzlich als wertvolle Wachstumshilfe anerkannt. Es wird aber bemängelt, daß sie nicht den Ärmsten zufließt, sondern den Herrschenden, deren Ausgabenpolitik von persönlichen und politischen Interessen bestimmt wird und in deren Rangordnung die Lage der Ärmsten oft ein sehr geringes Gewicht hat. Die Herrschenden wegen der Armut ihrer Untertanen zu unterstützen, begünstigt unter Umständen eine Politik der Verarmung. Manche Regierungen der Dritten Welt haben die produktivsten Gruppen ihrer Bevölkerung — ethnische Minderheiten wie zum Beispiel die Chinesen in Vietnam und Indonesien oder die Asiaten in Ostafrika — verfolgt und sogar vertrieben. Gemessen an der Armut würde solchen Regierungen ein Mehr an Entwicklungshilfe zustehen, da das Einkommen in ihren Ländern gefallen ist.

Der zweiten Einkommensverteilung auf multilateraler Ebene sind auch die Tätigkeiten und insbesondere die Welternährungsprogramme der Welternährungsorganisation (FAO) zuzurechnen. Die bisherigen Erfahrungen haben ein steigendes Problembewußtsein bezüglich der fundamentalen Frage bewirkt, wie insbesondere bei Nahrungsmittelhilfen in Form von Massenverschiffungen verhindert werden kann, daß die Regierungen der Empfängerländer sich weiterhin fest auf die Hilfe einrichten und daher überfällige, aber unpopuläre Eigenanstrengungen zur Erreichung der Selbstversorgung unterlassen. Überdies sind die hohen Verwaltungskosten dieser Behörde Gegenstand zunehmender Kritik geworden.

Ein verstärkter Einsatz öffentlicher Mittel wird nur durchsetzbar sein, wenn glaubhaft gemacht werden kann, daß Wege zu einer wirksameren Entwicklungshilfe gefunden werden können. Von Kritikern der gegenwärtigen Politik wird verlangt, daß die staatliche Entwicklungshilfe dort Schwerpunkte setzt, wo sie am meisten bewirken kann, vor allem bei der Bekämpfung der Massenarmut durch die Entwicklung der Massenproduktivität. Sie verlangen, daß wenigstens ein Teil der staatlichen Entwicklungshilfe für solche Entwicklungsländer reserviert wird, die eine Politik der wirtschaftlichen und sozialen Reformen tatsächlich versuchen. Kapitalakkumulationen in großen Investitionsprojekten erzeugten bisher nur allzu oft „Entwicklungsinseln“, wobei das erhoffte „Durchsickern“ der Erträge auf das flache Land ausblieb. Eine Folge war die Landflucht von Millionen, die vergeblich Arbeit in den Slums der neuen Großstädte suchen. Eine zu-

nehmende Verarmung des Landes und unlösbare Ballungsprobleme in den überquellenden Großstädten sind die Folgen. Die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte von ländlicher Industrie und Handwerkszweigen und Kleingewerbe wachsen vergleichsweise am größten. Weltbankuntersuchungen in Indien und im nordöstlichen Teil Brasiliens haben ergeben, daß die von den Investitionen ausgehenden Beschäftigungseffekte umso größer sind, je kleiner die Betriebe, in welche investiert wurde: In den Armutszentren kommt es nicht auf Millionenprojekte an, sondern auf Millionen von Projekten. Viele Zwerge schaffen dort mehr als ein Riese. Nur so entstehen kleine selbsttragende Wirtschaftskreisläufe, entsprechend viele sichere Arbeitsplätze und eine den Menschen und ihrer Tradition gerechte Technologie (*Elmar Pieroth*).

Die Entwicklungshilfe soll nämlich nicht gewachsene Kulturen auflösen. Mit der forcierten Industrialisierungs- und Modernisierungspolitik geht oft ein zunehmender Kulturverlust einher. Die überlieferten Wertevorstellungen werden zerstört, ohne daß bei den Massen an ihre Stelle neue Werte treten. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten entfremden sich immer mehr vom Volk. Daher wird immer mehr eine Abkehr von einer rein ökonomisch verstandenen Wachstumspolitik in der Dritten Welt verlangt, die sich nicht am Modell der heutigen Industrieländer im Westen oder Osten ausrichtet.

Unterschiede zur nationalen Umverteilung

Entwicklungshilfe sollte ökonomisch gesehen als ein Instrument der globalen Umverteilung betrachtet werden. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß sich die Entwicklungshilfe in mancher Hinsicht von der nationalen Umverteilung grundsätzlich unterscheidet. Sie ist vor allem nicht auf die persönlichen Verhältnisse der Steuerzahler und der Empfänger abgestimmt. Viele Steuerzahler in den Geberländern sind weitaus ärmer, als es so mancher in den Empfängerländern ist, wo die Entwicklungshilfe außerdem häufig den verhältnismäßig Wohlhabenden zugute kommt. Auch innerhalb der marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten haben die Bestrebungen nach einer Verringerung des regionalen Einkommensgefälles ihren legitimen Platz. Der Finanzausgleich in einem Bundesstaat beispielsweise setzt aber voraus, daß sich die Bewohner dieses Gebiets in die Rechts- und Wirtschaftsordnung des Gesamtstaates einfügen. Wer innerhalb eines solchen Staates soziale Hilfe entgegennimmt, kann nicht in allem tun, was ihm nach Maßgabe regionaler Souveränitätsgefühle oder persönlichen Entfaltungsbedarfs beliebt. Er muß aus derselben Solidarität, der er die Leistung verdankt, auch Pflichten übernehmen: als Arbeitsloser eine Arbeit suchen, als Kran-

ker gesund werden wollen, als Ärmerer die legitimen Eigentumsrechte der Wohlhabenderen anerkennen usw.

Hingegen wird in der Verwendung von Transfers zwischen Staaten in keiner Weise jene rechtliche oder moralische Bindung anerkannt, die bei einem Finanzausgleich innerhalb eines Bundesstaates für die empfangende Gebietskörperschaft selbstverständlich ist. Deswegen hat ein großer Teil der Entwicklungshilfe dazu gedient, wirtschaftlich sinnlose Projekte zu fördern, korrupte Führungsschichten mit erweiterten Handlungsspielräumen zu versehen, vor allem aber ordnungspolitische Experimente zu finanzieren, die die Armut in den Empfängerländern eher noch erhöht haben. Zur Finanzierung solcher Vergeudungen haben auch die Ärmsten in den Industrieländern mit ihren Steuermitteln beitragen müssen.

Der größte Unterschied liegt darin, daß die Entwicklungshilfe den Regierungen zufließt und nicht persönlichen Beziehern von Transfereinkommen. Immer wieder wird die Frage gestellt, ob die Bevölkerung im Westen zugunsten von Regierungen besteuert werden soll, deren Politik das Einkommen in ihren Ländern unmittelbar verringert oder deren Bürger sich weigern, Tiere zu töten, wie in Indien, oder in deren Ländern Frauen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen, wie in vielen muslimischen Ländern. Die Antwort darauf darf man sich nicht zu leicht machen. Entwicklungshilfe, die zur Linderung der Armut gedacht ist, kann unter Umständen zur dauernden Armut führen, wenn deren Überwindung eine radikale Änderung traditioneller Verhaltensweisen erforderlich macht, die den Wirtschaftsprozeß per Saldo eher schwächen. Eine direkte Einflußnahme der Geberländer könnte auf Traditionen, religiöse Wertevorstellungen und andere Hindernisse stoßen, die respektiert werden müssen.

Trotzdem wird weiterhin als selbstverständlich angesehen, daß staatliche Entwicklungshilfe geleistet wird oder geleistet werden muß. Dadurch ist es zu erheblichen Ungereimtheiten gekommen. Sie ist auch häufig Ländern gewährt worden, die sich miteinander im Krieg befanden (Indien und Pakistan, Äthiopien und Somalia, Tansania und Uganda, Algerien und Marokko). Entwicklungshilfe fließt immer noch in großem Umfang Regierungen zu, deren Politik zur unmittelbaren Verarmung ihrer Untertanen führt, zum Beispiel durch die zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft, durch die Vertreibung der produktivsten Gruppen aus dem Land, durch die Unterdrückung des privaten Handels und der Industrie und durch Beschränkungen der Kapitaleinfuhr.

Ein grundsätzliches Überdenken der heute verfolgten Entwicklungskonzepte ist also genauso überfällig wie die kritische Überprüfung der Wirkungen der zweiten Einkommensverteilung im heutigen Wohlfahrtsstaat: ein sozialetisches Postulat wie jede ordnungspolitische Hinterfragung einer laufenden Praxis.

Die Problematik der Entwicklungspolitik wird z. B. mit der Bezeichnung „Nord-Süd-Konflikt“ nur sehr unzutreffend, wenn nicht gar irreführend beschrieben. Wie im nationalen Bereich stehen einander auch weltweit nicht Arme und Reiche, gleichsam als zwei Klassen gegenüber. So gibt es z. B. die erdölexportierenden Länder, die zwar noch im Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung sind, aber mit hohen Zahlungsbilanzüberschüssen über reiche finanzielle Ressourcen verfügen. Ihnen gegenüber stehen die energieimportierenden westlichen Industrieländer und die RGW-Länder wie auch die Gruppe der Entwicklungsländer, die weder über Energiequellen noch über Rohstoffe verfügen und infolge ihrer Verschuldung mit fast unlösbaren langfristigen Zahlungsbilanzdefiziten konfrontiert sind.

Ferner gibt es die Gruppe der sogenannten Schwellenländer, das sind solche, die bereits ein beachtliches Maß an Industrialisierung erreicht haben und hauptsächlich an einer Öffnung der Märkte der Industrieländer für ihre Exportprodukte interessiert sind. Schließlich gibt es solche Länder, die von Naturkatastrophen betroffen sind und sich aus eigener Kraft zu helfen nicht in der Lage sind, und schließlich solche, die sich zwar durchaus imponierend entwickeln, aber die infolge einer noch rascheren Entwicklung ihrer Bevölkerung trotzdem ein sinkendes Pro-Kopf-Einkommen aufzuweisen haben. In jedem dieser Fälle bedarf es anderer Maßnahmen und jeweils anderer Ländergruppierungen.

Die Diskussion um die neue Weltwirtschaftsordnung kann daher auch schwerlich mit Erfolg geführt werden, wenn man in Entwicklungsländern glaubt, das Gespräch im Grunde nur mit den, oder eigentlich gegen die freien Industriestaaten führen zu können. Notwendig erscheint mindestens ein Vierergespräch, das die Grundpositionen, um die es geht, realistischer zu führen erlaubt. Bei einer solchen Vierer-Verhandlung würden die Industrieländer und die Entwicklungsländer nur zwei der Verhandlungspartner sein, ihnen säßen die Sowjetunion mit ihren Satelliten auf der einen Seite und auf der anderen Seite die reichen Entwicklungsländer, insbesondere die Ölländer, die wie auch die Länder des RGW unter der Führung der UdSSR nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden dürfen, gegenüber. Die heute immer gebräuchlichere Unterscheidung einer „Vierten“ von einer „Dritten“ Welt weist in diese Richtung.

Nationale Wirtschaftsordnungen mitverantwortlich

Die Darstellung der anderen Systemen überlegenen Problemlösungskapazität einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft ist unvollständig, wenn nicht auch ein Wort zur Frage gesagt wird, inwieweit auch Länder auf einer niedrigeren

Entwicklungsstufe mit einem Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft mehr Chancen haben, ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme besser und rascher zu lösen und welche Rolle überhaupt die Ordnungssysteme der einzelnen Staaten in der Weltwirtschaftsordnung spielen.

Die Bezeichnung „Weltwirtschaft“ entstammt der Vorstellung einer räumlich und zeitlich stufenförmig verlaufenden Abfolge von Stadt-, Regional-, Volks- und Weltwirtschaft. So verbindet sich mit dem Ausdruck „Weltwirtschaft“ immer noch das Mißverständnis, es handle sich um ein selbständiges Wirtschaftsgefüge, das von den Nationalwirtschaften abgehoben sei und sie überlagere. Die Verbindung des Begriffs „Weltwirtschaftsordnung“, in welchem diese irreführenden Vorstellungen mitanklingen, hat viel dazu beigetragen, daß heute häufig der enge Zusammenhang vernachlässigt wird, der zwischen der Gesamtordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der einzelstaatlichen Wirtschaftsordnung der teilnehmenden Staaten besteht. Verengt man das Problem der Weltwirtschaftsordnung auf die Fragen überstaatlicher Regelungen, so wird der Blick für die Bedeutung der einzelstaatlichen Wirtschaftsordnung und für deren Verflechtung mit ordnungspolitisch bedeutsamen internationalen Vereinbarungen verstellt.

Unter internationaler oder Weltwirtschaftsordnung muß konsequenterweise die Gesamtheit der übernationalen und der nationalen Rechtsvorschriften und Institutionen verstanden werden, welche die ökonomischen Transaktionen im internationalen Wirtschaftsverkehr regeln. Dies umschließt alle Organisationsprinzipien, Normen, Lenkungs- und Entscheidungsmechanismen, Einrichtungen und Verhaltensweisen, die die internationalen wirtschaftlichen Aktivitäten der Wirtschaftseinheiten — der privaten Haushalte, der Unternehmen und öffentlichen Verbände — steuern. Einzelstaatliche Ordnungsformen (voneinander abweichend oder auf Grund internationaler Verträge miteinander übereinstimmend) prägen die Ordnungsstruktur in der Weltwirtschaftsordnung sehr wesentlich mit.

Welche Schwierigkeiten sich für eine Gruppe nationaler Wirtschaftsordnungen ergeben, die ihre Wirtschaft in einer im wesentlichen marktwirtschaftlich organisierten Welt nach nationalstaatswirtschaftlichen Grundsätzen führen, zeigt das Schicksal der Gruppe der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Der Umstand, daß diese Länder auf externe Rohstoff- und Energiequellen angewiesen sind, zeigt, daß selbst dieser Block für eine autarke Regionalwirtschaft zu klein ist. Jedes Jahr werden die Mengen größer, welche diese Länder zum Funktionieren ihrer Wirtschaft auf dem Weltmarkt erstehen müssen oder von der Sowjetunion außerhalb des Clearings für Devisen und zu Weltmarktprei-

sen zu kaufen haben. Auch für die Hilfe für Polen haben die Ressourcen dieser Gruppe nicht gereicht. Die Verschuldung dieser Ländergruppe gegenüber dem Westen zeigt, daß der RGW-Block für die Investitionsgüter aus dem Westen noch nichts Verkaufbares anzubieten hat. Ohne Bestehen eines freien Weltmarktes und ohne den Gebrauch westlicher, konvertibler Währungen könnten diese Länder auch unter sich keinen halbwegs funktionsfähigen Außenhandel organisieren.

Die Bedeutung der Wirtschaftsordnung in den Ländern, die sich noch auf einer geringeren Entwicklungsstufe befinden, wird heute noch häufiger übersehen als die Bedeutung der Ordnungspolitik überhaupt. Vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe muß es daher sein, in den Entwicklungsländern binnenwirtschaftliche Funktionsbedingungen und Ordnungsstrukturen zu schaffen, die wirtschaftliche Effizienz und Produktivitätsfortschritte fördern und gewährleisten. Dies erfordert in erster Linie, für funktionierende wettbewerbliche Marktprozesse, für hinreichende Leistungsanreize sowie für eine infrastrukturelle Grundausstattung zu sorgen. Durchwegs mangelt es in den meisten Entwicklungsländern an diesen wirtschaftspolitischen Voraussetzungen, wie auch — was wegen der Interdependenz im Ordnungsgefüge bedeutsam ist — an den der Marktwirtschaft entsprechenden demokratischen politischen Ordnungsformen.

Mit Hilfe unentgeltlicher Hilfeleistungen aus den Industrieländern allein kann das Armutproblem als solches in der Welt nicht gelöst werden. Das beweisen die Größenordnungen, um die es sich überall handelt. Es bedarf vielmehr eines Wirtschaftssystems, das durch Anreiz zu Leistungen und Investitionen die im Entwicklungsland brachliegenden Ressourcen zum Einsatz bringt, nach der Erkenntnis „Schenkst du einem Hungernden einen Fisch, wird er einmal satt, lehrst du ihn fischen, dann kann er immer wieder satt werden“. Zur Hilfe der Selbsthilfe gehört auch die Übertragung des Wissens und der praktischen Erfahrung um die Bedeutung der Wirtschaftsordnung für den Wohlstand und für seine gerechtere Verteilung. Das Armutproblem in den Entwicklungsländern ist dabei weniger ein Problem der Verteilung, sondern vielmehr ein Produktionsproblem und meistens auch ein solches der Bevölkerungsentwicklung. Die große Zahl von Kindern, die umso größer sein muß, je größer die Sterblichkeit ist, ist kein geeigneter Ersatz für eine fehlende Alterssicherheit, die einen funktionsfähigen Apparat zur zweiten Einkommensverteilung samt einer leistungsfähigen Volkswirtschaft voraussetzt, die auf Dauer in der Lage ist, diesen zu finanzieren.

Für die Industrieländer erscheint es als wichtigste und zugleich schwierigste wirtschaftspolitische Aufgabe, die Entwicklungsländer von der Vorteilhaftigkeit einer Rückkehr zu mehr marktwirtschaftlich orientierten wirtschaftspolitischen Strategien zu überzeugen und ein Gegengewicht gegen die verwaltungswirtschaft-

lichen Beeinflussungen zu schaffen, wie sie heute vielfach von internationalen Gremien ausgehen.

Umso wichtiger ist es, daß vor allem die Länder, deren Austausch untereinander den Hauptanteil an der Weltwirtschaftsordnung tragen, sich mehr von den Tagesfragen ab- und den ordnungspolitischen Grundsatzfragen zuwenden. Nur durch eine ausdrückliche Einigung über dieses langfristige Ziel kann auch die Verantwortung der führenden Länder für diese Ordnung selbst in klarer, unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht werden: als Erste unter Gleichen müssen sie selbst diese Regeln befolgen. Die staatsvertraglichen Bindungen, die zur Ordnung der Weltwirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit eingegangen wurden, hatten doch auch die Großmächte, vor allem die USA, vielmehr als von manchen erwartet, nicht nur der Kritik ihrer Partner, sondern auch einem erfolgreichen Drängen derselben auf ein konsequentes Verhalten ausgesetzt!

Günstige Startbedingungen für Marktwirtschaft

Es wird auch oft übersehen, daß die Startbedingungen für eine grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung in den Entwicklungsländern ausnahmslos viel günstiger liegen als für eine staatliche Verwaltungswirtschaft, für die man eine nichtkorrupte, funktionsfähige, intelligente Bürokratie braucht und eine Bevölkerung, die in der Lage ist, die bürokratischen Vorgänge durchzuführen, die zur Abwicklung einer vom Staat gelenkten und daher auch vom Staat zu vertretenden Wirtschaftstätigkeit notwendig sind.

Eine Marktwirtschaftsordnung nimmt auf einen niederen Entwicklungsstand eines Landes viel besser Rücksicht. Für den Entwicklungsprozeß kommt es vor allem auf Rechtssicherheit und längerfristige Verlässlichkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik an, die möglichst einfach, verständlich und überschaubar sein muß. Für alle Entwicklungsländer, deren Bewohner den Gehorsam nicht aufbringen können, den eine staatliche Verwaltungswirtschaft erfordert, bleibt schon allein aus diesem Grund nur der marktwirtschaftliche Entwicklungsweg offen. Freilich muß dazu auch die Bereitschaft bestehen, die hierzu notwendigen Ordnungselemente anzunehmen. Immerhin lehrt die Erfahrung, daß sich die Bevölkerung gerade in den Entwicklungsgebieten recht gut an die Marktverhältnisse anzupassen versteht. Abgesehen von der geringeren Leistungsfähigkeit einer staatlichen Verwaltungswirtschaft erfordert diese wesentlich höhere Ansprüche an Alphabetisierung, geordnetem Verwaltungsapparat, verfügbarer Statistik, polizeilicher Kontrollierbarkeit der Staatsbürger und deren idealistische Bereitschaft, für den Staat Opfer zu bringen. Infolge der mit der Staatswirtschaft verbundenen Vergeudung

an Kapital, Rohstoffen und Arbeitsleistung müßte ihre Leistungsfähigkeit nämlich noch höher sein als in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, oder sie müßten sich mit einem geringeren Erfolg zufrieden geben.

Heute gewinnt daher die Ansicht immer mehr Raum, daß es am wichtigsten ist — wenn sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Entwicklungsländer nachhaltig verbessern sollen —, das wirtschaftliche Ordnungssystem der meisten Entwicklungsländer in der Richtung auf mehr Soziale Marktwirtschaft zu verändern. Seit einigen Jahren kann man beobachten, daß die Regierungen einer immer größeren Anzahl von Entwicklungsländern dem System der Marktwirtschaft stärkeres Interesse entgegenbringen. Während in den 50er und 60er Jahren fast ausschließlich Varianten der sozialistischen Lenkungswirtschaft und staatsinterventionistischer Systeme als Vorbilder galten, vollzieht sich allmählich eine grundsätzliche Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik. In einigen wenigen Entwicklungsländern wurde eine im Prinzip marktwirtschaftliche Orientierung schon sehr früh praktiziert, z. B. in Taiwan, Singapur, Malaysia, Kenia, Nigeria, Elfenbeinküste, Brasilien. In einer größeren Zahl von Ländern, insbesondere in Südamerika (Argentinien, Chile, Peru, Venezuela) ist eine marktwirtschaftlich orientierte Politik in Vorbereitung bzw. in ersten Phasen der Realisierung.

Für das steigende Interesse an der Marktwirtschaft in der Dritten Welt gibt es vor allem zwei Gründe: die Erfahrung des wirtschaftlichen und sozialen Scheiterns der bisher befolgten sozialistischen und staatsinterventionistischen Wirtschaftskonzepte und die positiven Beispiele von Ländern in der Dritten Welt mit marktwirtschaftlichen Konzepten. Außerdem scheint ein dritter Faktor Einfluß zu gewinnen, der als Konkurrenz der Länder um den zukünftigen internationalen Status bezeichnet werden kann. In einer Studie der OECD (*The Impact of the Newly Industrialising Countries on Production and Trade in Manufactures*, Paris 1979) wurde die heutige Bedeutung von neuen aufsteigenden Industrieländern aus der Dritten Welt untersucht. Dabei zeigt sich, daß 1976 auf nur vier Länder (Taiwan, Korea, Hongkong und Spanien) fast 54 Prozent der Gesamtexporte aller Entwicklungsländer an Industriegütern entfallen. Weitere 29 Prozent dieser Exporte kommen aus Jugoslawien, Mexiko, Indien und Brasilien. Bis auf den Sonderfall Jugoslawien verfolgen alle der genannten Entwicklungsländer eine marktwirtschaftliche Ausrichtung. Von diesen Beispielen werden in Zukunft noch stärkere Anreize zur Imitation ausgehen.

Was für den Vergleich vergleichbarer hochindustrialisierter Länder gilt, gilt auch für jeweils vergleichbare Entwicklungsländer: Der „klassische“ Vergleich in dieser Richtung ist der zwischen den beiden Deutschland, die (im Jahre 1945) beide auf der gleichen Stufe der industriellen Entwicklung und auf der gleichen Stufe

der Kriegszerstörung, also beide annähernd mit dem „Jahr 0“, mit dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft begonnen haben. Vergleicht man die wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik Deutschland mit den Resultaten der DDR, so wird man immer wieder darauf stoßen, daß letztlich die wirtschaftliche und politische Ordnung entscheidend ist, in der die täglichen wirtschaftlichen Einzelentscheidungen fallen. Diese ordnungspolitische Problematik wird bisher in der entwicklungspolitischen Diskussion weitgehend vernachlässigt. Auch die größten wirtschaftlichen Anstrengungen müssen scheitern, wenn der wirtschaftlichen Tagespolitik keine rationale, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung begünstigende Ordnungspolitik zugrundeliegt. Das Problem der wirtschaftlichen Ordnung, die Frage der Marktwirtschaft oder Staatsverwaltungswirtschaft wurde jedoch in den westlichen Industrieländern mit dem Hinweis auf die staatliche Souveränität des jeweiligen Landes bisher tabuisiert. Die Achtung vor der nationalen Souveränität ist jedoch keineswegs verletzt, wenn das grundsätzliche Wirtschaftssystem eines Landes auch im Ausland diskutiert wird, solange das Land frei bleibt, seine Wirtschafts- und Sozialordnung auf demokratischem Wege selbst zu wählen.

Neuerdings gewinnt das sozial-marktwirtschaftliche System an Boden. Es wird erkannt, daß nur die Entwicklungsprozesse wirklich tragfähig sind, die auf Grund freier Initiativen in allen gesellschaftlichen Gruppen in Gang gesetzt werden. Die Chance für einen solchen selbsttragenden Prozeß steht und fällt deshalb mit den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, für die jedes einzelne Entwicklungsland selbst die Verantwortung trägt. Auch für die Entwicklungsländer ist eine freiheitliche Gesellschaftsordnung kein Luxus, sondern auch eine Frage der gesellschaftspolitischen Vernunft, auch der politischen: Soziale Marktwirtschaft und Diktatur sind miteinander unvereinbar.

Man stellt die Frage, ob entwicklungspolitische Schwierigkeiten denn wirklich vor allem in der derzeit bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung zu suchen sind oder nicht vielleicht auch in den nationalen Ordnungen, die zu wenig auf die Mobilisierung der eigenen Produktionskräfte gerichtet sind. Für die Wirtschaftsordnung tragen gerade souveräne Staaten ihre eigene Verantwortung. Entwicklungshilfe kann nur dann eine erfolgreiche Starthilfe sein, wenn die Empfängerländer für die entsprechenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen. Sie müssen mehr auf Märkte, weniger auf Bürokratie setzen. Zu viele Entwicklungsprobleme finden noch in einer falschen Wirtschaftspolitik ihre Ursache: Abschnüren privater Initiative, Verfälschung von Marktsignalen, insbesondere des Preissystems, übertriebene Importsubstitution, zu viele Staatsbetriebe, hohe Staatsdefizite und eine aufgeblähte Bürokratie. Dringend verbesserungsbedürftig ist die Empfangsstruktur für Direktinvestitionen: Rechtssicherheit für

ausländische Investoren, faire Regelungen für den Gewinntransfer, klare Grundsätze einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik als Grundlage für unternehmerische Entscheidungen. Auch eine verstärkte regionale Kooperation innerhalb der Entwicklungsländer ist notwendig, weil nur so Märkte entstehen, die für ausländische Investoren groß und interessant genug sind.

Die internationale Währungspolitik hat einen Weg entwickelt, wie die Achtung vor der nationalen Souveränität mit einer sachbezogenen Wirtschaftspolitik verbunden werden kann: Ab einem gewissen Verschuldungsgrad eines Landes beim Internationalen Währungsfonds (IWF) muß es diesem konkrete Maßnahmen anbieten, die vorher zwischen Vertretern beider Partner besprochen wurden und eine Verbesserung der Zahlungsbilanz des kreditsuchenden Mitgliedslandes erwarten lassen. Diese mit vielen nationalen Emotionen diskutierten „Konditionen“ des IWF sind notwendig, wenn mit seinen Devisenkrediten Anpassungsprozesse unterstützt und nicht Fehlstrukturen zementiert werden sollen. Diese konditionellen Kredite sind auch ein Mittel zur Übertragung währungs- und wirtschaftspolitischen Know-hows. Sie sind daher auch unter diesem Gesichtspunkt eine wirksame Entwicklungshilfe. Österreich würde heute kaum über eine Notenbank verfügen, der die Finanzierung der Öffentlichen Hand grundsätzlich untersagt ist, wenn der Völkerbund nicht seinerzeit die Gewährung einer unabdingbaren internationalen Devisenanleihe von einer solchen Bestimmung abhängig gemacht hätte, die auch dann die prompte Beendigung der damaligen Inflation zur Folge hatte.

Es ist daher nicht nur der Ruf nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, der auch auf weltweiter Ebene die Aufmerksamkeit auf die ordnungspolitischen Aspekte lenkt. Nach drei Entwicklungsdekaden ist die bisherige Strategie, von welcher z. B. noch der ganze Bericht der Brandt-Kommission² bestimmt ist, in eine Krise geraten. Die Gegenwart ist durch eine Art „Manöverkritik“ gekennzeichnet. Vieles, wenn nicht alles spricht dafür, daß analog angewandte Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie in diesem Beitrag vertreten werden, auch zum Aufbau einer neuen zukunftssträchtigen Weltwirtschaftsordnung geeignet sind, durch ordnungspolitische Zuverlässigkeit nicht nur wirtschaftliche Erfolge erwarten lassen, sondern auch durch ein System echter Interessenausgleiche soziale und politische Konfliktquellen ausschalten und die Durchsetzung dieser Wirtschaftsordnung im Einzelnen durch das legitime Gewaltmonopol der Nationalstaaten soweit wie möglich überflüssig machen. *Die Analogie zum ethischen Minimalkonsens*, als das vierte konstituierende Element der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft im Nationalstaat, liegt auf der Hand. Dazu zählen z. B. auch die Verpflichtungen, die sich aus der katastrophalen Ex-

plosion der Bevölkerung in vielen Teilen der Welt ergeben. Es wird immer deutlicher, daß auch hier der katholischen Sozialethik eine individual- und sozialethische Aufgabe erwachsen ist, die sie heute wohl anders als in der Zeit reichlich verfügbarer Ressourcen lösen muß.

Hauptsächlich benützte Literatur:

H. Gröner — A. Schüller (Hrsg.), Internationale Wirtschaftsordnung, mit Beiträgen von E. Dürr, H. Gröner, W. Jung, H. O. Lenel, F. W. Mayer, J. Molsberger, R. Peffekoven, G. Sauer, A. Schüller, H. W. und H. Willgerodt, Stuttgart-New York 1978.

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Bonn: Symposium I — Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung, mit Beiträgen von A. Müller-Armack, O. Graf Lambsdorff, E. Tuchtfeldt, K.-H. Narjes, K. Hohmann, Ronald Clapham, E. Dürr, Stuttgart 1978. Wirtschaftsredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Hrsg.): Entwicklungspolitik im Umbruch, Zürich 1979.

Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Bericht der Nord-Süd-Kommission, mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Köln 1980.

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. Bonn: Symposium VII — Zwischenbilanz der Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung, mit Beiträgen von P. T. Bauer, J. Tumlrir, H. Gröner, H. Willgerodt, J. Molsberger u. a., Stuttgart-New York 1981.

W. Schmitz (Hrsg.), Was macht den Markt sozial? — Die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft, 2. Auflage Wien 1982.

Anmerkungen

- ¹ Dargestellt nach *W. Schmitz (Hrsg.), Was macht den Markt sozial? — Die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft, Dr. Karl Kummer-Institut für Sozialpolitik und Sozialreform, Wien 1982.*
- ² *Das Überleben sichern — Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer, Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.*

ZWEITER TEIL

Joseph F. Groner (Fribourg, Schweiz)

DISKUSSIONSBERICHT

I. Die weltwirtschaftliche Situation in Wirtschaft und Gesellschaft und ihre Ursachen in Geschichte und Gegenwart

Gleich zu Beginn der Kongreßverhandlungen legt F. CUEN (Mexiko) das geographische Fundament für die Problematik der 3. Welt. Diese Welt ist zunächst gekennzeichnet durch ihre „südliche“ Lage beidseits des Äquators und damit weithin durch ein Klima, das sich, im Gegensatz zur gemäßigten Zone im „Norden“, wegen seiner hohen und zum Teil heiß-feuchten Temperaturen auf menschliche Aktivität, sowohl geistige wie körperliche, eher hemmend, ja geradezu lähmend auswirkt. Als weitere Hindernisse treten dem Menschen dort schwer zugängliche bzw. schwer überschreitbare hohe und höchste Gebirgszüge in den Weg (z. B. Anden, asiatische Bergmassive), dazu bilden Sumpflandschaften, ausgedehnte Wüstengebiete, Trocken- und Halbtrockenzonen — alles riesige Landstriche mit wenig oder keiner Fruchtbarkeit — weitere Negativposten. Nicht weniger kulturfeindlich erweist sich die tropische Vegetation. Ihre wuchernde, bisweilen erstickende Pflanzenwelt täuscht zwar natürlichen Reichtum vor, doch tatsächlich vermag sie ihn dem Menschen kaum zu bieten, denn die tropischen Wälder sind mit ihrer Undurchdringlichkeit, ihren übermäßigen Niederschlägen und den biologisch äußerst delikaten und leicht erschöpfbaren Böden wenig geeignet, um daraus auf Dauer landwirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Dazu erschwert in vielen Gegenden noch eine sehr feindliche Fauna das Leben des Menschen und auch der Tiere, wobei man natürlich vor allem an landwirtschaftliche Nutztiere denkt. Zur schädlichen Fauna zählen nicht so sehr etwa die großen Raubkatzen und andere Großtiere, sondern vielmehr und vor allem Kleintiere (Insekten, Blut-sauger) bis hinab zu mikrobiologischen Krankheitserregern. Gerade sie verursachen epidemische oder endemische Dauerkatastrophen für Mensch und Vieh (Malaria, Beulenpest, Typhus, Schlafkrankheit, Gelbfieber, Lepra, Wurmkrankheiten, Bilharziose usw.). Man kann verstehen, daß es Menschen in einer derar-

tigen „Kakosphäre“ nicht leicht hat, aus seinem „naturgegebenen“ Elend aufzusteigen, seine Armut abzuschütteln und mit der notwendigen Energie einer besseren Zukunft zuzustreben. Die Energie wird durch die widrige Natur eben oft so geschwächt, daß sie nicht ausreicht, um sich aus dem Elend herauszukämpfen, und das Elend wiederum wirft den Armen wie in einem Teufelskreis stets in neues Elend zurück.

Freilich verschärft sich die Lage in der 3. Welt nicht selten auch noch durch „selbstgemachtes“, historisches Unglück oder eine künstliche Lebensordnung, die sich dem Fortschritt in den Weg stellt. Man denke an Kasten- und Klassensysteme, religiös bedingte Hemmungen und Dauerzwiste, sprachliche Hindernisse, niedriges Bildungsniveau, dazu in manchen Ländern ewige Bürgerkriege, Anarchie, Diktaturen, fachliche Inkompetenz maßgeblicher Stellen, widersinniger Kapitalverschleiß durch Rüstungsausgaben. „Und all dies wird – oben und unten – gekrönt von der endemischen Abwesenheit staatsbürgerlicher Tugenden“, d. h. vom Mangel einer Gesellschaftsmoral, die eben unerläßlich ist für jeden materiellen und kulturellen Aufstieg. Faßt man dies alles ins Auge, so tritt der krasse Unterschied zum „Norden“ deutlich hervor: im „Norden“ wohnen die „Patrizier“ der Menschheit, im „Süden“ die „Plebejer“ oder „Proletarier“. Im „Norden“ mit seiner verbindenden geographischen Struktur, seinem ausgewogenen Klima, seiner freundlichen Flora und Fauna liegt das „Paradies“ der Reichen, der Fortschritt in Kultur und Technik und damit der Wohlstand, im „Süden“ hingegen findet man grosso modo das konträre Gegenteil davon.

Wenn es im „Süden“ auch einigen Staaten gelungen ist, aufzusteigen, wie z. B. Formosa und Südkorea, so werden nun in neuester Zeit, wie F. CUEN in einem anschließenden Beitrag weiter ausführt, durch eine massive wirtschaftliche Protektionspolitik der „westlichen“ Länder neue Hindernisse zuungunsten der 3. Welt aufgebaut. Überdies bewirken die von den Industriestaaten niedergehaltenen Weltmarktpreise, daß sich zu den dadurch erschwerten Verkaufsmöglichkeiten für die südlichen Exportländer auch noch schlechtere Erlöse gesellen, was natürlich den wirtschaftlichen Abstand zwischen Nord und Süd immer noch mehr vergrößert und das weitere Absinken des „Südens“ in die Armut beschleunigt. Erschwerend kommt hinzu das unberechenbare und zum Teil extreme Schwanken der Preise für gewisse Produkte (z. B. für Zucker, Kaffee, Gummi, Zinn usw.) innerhalb kürzester Fristen, so daß eine vernünftige Wirtschaftsplanung oder eine ausgewogene Wirtschaftspolitik in den Südländern kaum möglich ist. Zwar versuchte man durch verschiedene Techniken eine gewisse Stabilität zu erreichen, „doch keine dieser Techniken war, wie die Preisstatistiken zeigen, besonders erfolgreich.“ Der Teufelskreis bietet also keine Möglichkeit zur Flucht: die Armen

bleiben arm, weil ihre Armut sie daran hindert, die Armut zu überwinden. Ein trauriges Fazit, und mehr als die Beschreibung der Tatsachen kann nicht geboten werden.

Speziell mit dem Blick auf die Zustände in der Sowjetunion — er hatte Rußland persönlich besucht — sieht P. STEENKAMP (Holland) einen in die Augen springenden Grund für die beklagenswerte Wirtschaftslage in der völligen Abwesenheit irgendeiner „Teilnahme“ der Arbeiterschaft am Wirtschaftsgeschehen, von „Teilhabe“ oder „Mitbestimmung“ keine Rede. Daß hieraus Interesselosigkeit resultiert, Lähmung der Arbeitslust und darum Minderung der Produktion, ist selbstverständlich. Dennoch bleibt bei Fortbestehen des Systems keine Hoffnung auf Änderung. Die zentrale Verwaltung schließt jede „verteilte Verantwortlichkeit“ aus. Nach sozialistischem Wirtschaftskonzept wäre ein Verlangen danach auch völlig widersinnig, gegen die Natur des Systems, und darum kommt eine „Gewaltenteilung“ nicht in Frage.

F. Cuens Schlußsatz kann auch M. SEBASTIÁN HERRADOR unter seinen Beitrag schreiben, der sich mit dem Spezialfall Spanien beschäftigt. Hier steht die allgemeine Wirtschaftslage im Vordergrund, jedermann sichtbar in der hohen Arbeitslosenzahl (2 Millionen), vor allem unter den Jugendlichen, und überhaupt die Schwierigkeit, Arbeitsplätze zu beschaffen. Die vordringliche Sorge der spanischen Wirtschaftspolitik müßte also darin liegen, Möglichkeiten herbeizuführen, damit die neuen Generationen in die Arbeitswelt eintreten können und nicht dazu verurteilt sind, ihr Leben lang auf die erste Anstellung zu warten.

Auf dem Weg zu diesem Ziel türmen sich allerdings unüberwindlich scheinende Hindernisse auf. In erster Linie ist hier die Kosteninflation zu erwähnen, die alle Produktionselemente berührt, nicht allein die Rohstoffe, insbesondere jedoch die Energie, das heißt praktisch das Öl, für das heute 20mal mehr bezahlt werden muß als noch vor 5 oder 6 Jahren. Parallel dazu stiegen die Arbeitslöhne um 35—40 %, d. h. der Faktor Arbeitskraft hat sich in der Kostenrechnung um ebensoviel erhöht. Ein Lebenskostenanstieg bis zu 16 % führte andererseits zu einer Kreditrestriktion und zur Geldverteuerung, was wiederum bewirkt, daß die Unternehmen zur Finanzierung der Arbeitskosten 18—20 % mehr aufwenden müssen. Diese Verteuerung von Rohstoffen, Löhnen und Geld macht eine Ausweitung der Produktion nicht nur unmöglich, sondern zwingt zur Einschränkung der so hoch verteuerten Produktionsfaktoren. Der Restriktionszwang wiederum trifft vor allem die Privatunternehmer. Sie sind unter den gegebenen Umständen darum nicht mehr in der Lage, als Antriebskräfte des Fortschritts zu wirken, und das heißt, auch nicht mehr als Schöpfer von Arbeitsplätzen.

Bei solchen Verhältnissen liegt die Versuchung nahe, nach dem Staat zu rufen und die Wirtschaft in seine Hände zu legen. Allein, die bittere Erfahrung in gewissen Ländern sollte uns davor zurückschrecken lassen. Der Staat kann zwar Geld und Löhne beschaffen, kann die Lage beruhigen, doch eine echte und stabile Gesundung kann er nicht bewirken, geschweige denn eine Wirtschaftsordnung, die auf Dauer richtig funktioniert und ausreichend sichere Arbeitsplätze garantiert.

Leider, meinte Sebastián Herrador zum Abschluß seines Beitrags, habe er nur die Schwierigkeiten des Entwicklungslandes Spanien anführen können (Rohstoff, Ölpreis, Löhne, Inflation), eine Lösung für diese schwerwiegenden Probleme habe er noch nicht zur Hand, doch man müsse hier wohl mit Bismarck sagen: „Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden“, und im übrigen erwarte er vom Kongreß einige Anregungen.

Ausführlich ging T. NOJIRI (Japan) auf die Ölkrise ein, die durch das plötzliche Emporschnellen des Preises für diesen Rohstoff 1973 und 1979 in der Industrielwelt ausgelöst wurde. Die Krise hat 3 Veränderungen bewirkt:

1. Der Wirtschaftsablauf wurde nachhaltig gestört. Das billige Öl der Jahre nach dem 2. Weltkrieg hatte die Industrienationen zu einer bisher nie erlebten Wirtschaftsblüte geführt. Diese Entwicklung kam durch die Ölpreiserhöhungen um insgesamt das 17-fache innerhalb von 9 Jahren (von 2 auf 34 Dollar) plötzlich zum Erliegen. Andererseits flossen ungeheure Geldsummen in die ölerzeugenden Länder, was den internationalen Geldmarkt gründlich durcheinanderbrachte. Wenn die reichen Industriestaaten den Ölschock auch zunächst einigermaßen zu überstehen vermochten, so bedeutete er für die 3. Welt, vor allem für die ärmsten Entwicklungsländer, durch die zwangsläufig enorme Preissteigerung für Grundstoffe und industrielle Fertigprodukte einen gewaltigen Schlag. Die Folge sind Erweiterung der passiven Zahlungsbilanz, mit anderen Worten weitere Verschuldung und noch tieferes Absinken in die Armut. Es kann jedoch nicht ausbleiben, daß die Ölkrise wegen der weltweiten Wirtschaftsverflechtung auf die Länder zurückschlägt, die sie verursacht haben. Der Ruf nach einer neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung wird bereits erhoben.

2. Die Ölkrise führte zu einer nachhaltigen Erschütterung der Weltwirtschaftsordnung. Bis 1973 war diese Ordnung vom Prinzip der internationalen freien Marktwirtschaft beherrscht. Dann aber ergriffen die arabischen Ölländer im Zusammenhang des 4. Nahostkrieges ihr Öl als politische Waffe, d. h. sie drohten, ihren Rohstoff denen zu entziehen, die ihren politischen Vorstellungen nicht entsprächen. Das gleiche wiederholte sich anläßlich der politischen Ereignisse in Persien. Das Prinzip des freien und neutralen Handels wurde durch diese Verpoliti-

sierung eines an sich reinen Wirtschaftselementes schwer getroffen, und man kann nun geradezu vom Ende einer Epoche, der Epoche freier Weltwirtschaft, sprechen. Ein Ersatz durch ein neues System internationaler Ordnung wird wohl gefunden werden müssen.

3. Die Ölkrise hat schließlich den Blick für die fragwürdig gewordenen Grundlagen der Wirtschaft geöffnet. Wenn unterentwickelte Länder wie Arabien und der Iran eine weltweite Krise vom Zaun brechen konnten, so liegt dies offenbar darin, daß der Rohstoff Öl immer knapper geworden ist oder zu werden scheint. Denkt man dazu noch an die globale Umweltverschmutzung durch die moderne Industrie, so zwingt sich die Frage auf, ob wir nicht an der „Grenze des Wachstums“ oder wenigstens an den Grenzen der natürlichen Grundlagen des wirtschaftlichen Fortschritts angelangt sind. Wirtschaftswachstum geht außerdem mit Zerstörung der Natur Hand in Hand und im gleichen Tempo voran. Will man diese nicht — und wer kann sie wollen?! —, so muß man jenem wohl Einhalt gebieten. Die Ölkrise scheint einen Wink dafür gegeben zu haben, daß das „Zeitalter der Moderne“ vor dem Ende steht.

KARDINAL HÖFFNER griff auf die Ausführungen von *Cuen* über die geographischen Ursachen der Wirtschaftsmisere in den „südlichen“ Ländern zurück, anerkannte durchaus das dort Gesagte, wollte es jedoch in seiner Allgemeinheit nicht gelten lassen. Die gebirgige Schweiz, das ziemlich kalte Deutschland oder etwa das wohltemperierte und fruchtbare Angola legen den Gedanken nahe, daß es noch andere Gründe für Wohlstand bzw. Armut geben müsse. Kardinal Höffner unterstrich hier vor allem den ausschlaggebenden Wert und die Notwendigkeit der Bildung für den wirtschaftlichen Status eines Landes. Dabei redete er einer breiten Volksbildung das Wort etwa im Sinne unserer alten „Volksschule“, die ja die Voraussetzung für das Entstehen der Industrienationen im 19. Jahrhundert gewesen ist. Die Volksschulen müssen freilich zur Fachausbildung weiterführen und in der Formung eines tüchtigen Managertums ihre Krönung finden. Kardinal Höffner unterstrich sodann den bereits erwähnten Übelstand der zentralen Verwaltungswirtschaft, Grund für die Ineffizienz sozialistischer Systeme. Ein Satz, den er sich in Angola anhören mußte, stellt diesen bekannten Sachverhalt in ein grelles Licht: „Ökonomischer Kommunismus ist die miserable Zentralverwaltung des selbstgemachten Elends.“ Dies heißt allerdings nicht, unbedacht ein Loblied auf den Kapitalismus singen, wobei allerdings zwischen dem Kapitalismus früherer Prägung und dem der heutigen Zeit zu unterscheiden wäre.

Den bisher durchwegs streng betonten Gegensatz zwischen dem liberal-kapitalistischen System des „Westens“ und der sozialistischen Ordnung des „Ostens“ will CHR. WATRIN nicht in einer unbedachten Ausschließlichkeit gelten lassen.

Immer mehr nämlich engt auch in den freien Ländern die Macht des Sozialen das Feld des liberalen Kapitalismus ein. Dies erkennt man leicht an den Staatsquoten, d. h. am Anteil, den der Staat am Bruttosozialprodukt für sich in Anspruch nimmt. „Es gibt kein Land in der westlichen Welt mehr, wo dieser Prozentsatz unter 30 % liegt“ (Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich nähern sich bereits den 50 %, im skandinavischen Bereich ist diese Grenze schon überschritten). Staaten mit derartigen Versozialisierungserscheinungen haben also die Welt des ehemaligen liberalen Kapitalismus längst verlassen. Andererseits zeigt auch das sowjetische Wirtschaftssystem keinen Staatsdirigismus in Reinkultur mehr, es ist bereits von zahlreichen marktwirtschaftlichen Elementen durchwachsen, wengleich diese Tatsache in den offiziellen Statistiken nicht in Erscheinung tritt. Watrins Fazit: Die Kategorien „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ taugen nicht mehr sehr viel zur Beschreibung der gegenwärtigen Situation in der Welt.

Auch zum Begriff Entwicklungsländer will Watrin einige Differenzierungen beachtet wissen. In den letzten 10—15 Jahren haben sich eine Vielzahl dieser Länder ungeheuer gewandelt, so daß man bereits von „newly industrializing countries“ sprechen kann. Dabei denkt man vor allem an die OPEC-Staaten. In diese Länder ist inzwischen ein bis dahin unerhörter Wohlstandsstrom geflossen, d. h. es wurde eine Einkommensverteilung auf Weltebene zustande gebracht, die „nahezu einmalig in der Menschheitsgeschichte“ ist. Freilich hat sich bei manchem dieser so rasch Beglückten der Traum vom Wohlstandsparadies wegen miserabler Wirtschaftspolitik bereits verflüchtigt, und die alten Schwierigkeiten sind wieder-gekehrt.

Fragt man sich schließlich, wie es den „Aussteigern“ unter den Entwicklungsländern (Formosa, Südkorea, auch afrikanische Länder) gelungen ist, ihre bisherige Misere in einen Zustand von bescheidener bis bemerkenswerter Wirtschaftsblüte zu verwandeln, so dürften wohl marktwirtschaftliche Methoden zu den Erfolgen geführt haben. Das Bild dieser Länder wird bisweilen zwar durch Diktaturen und den Mangel an Rechtsstaatlichkeit getrübt, doch erleidet die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Prinzips dadurch keine Einbuße, vor allem wenn man zum Vergleich auf Gegenden schaut, die nach der Übernahme des sozialistischen Systems rasch noch tiefer in Not und Armut abgesunken sind.

Bleibt die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Prinzips auch unbestritten, so darf man doch nicht übersehen, welcher Voraussetzungen es bedarf, um es wirksam in Funktion treten zu lassen. Auf diesen Punkt wies I. MÜLDER (Holland/Rom) im Hinblick auf das Probestück „Kolonien“ hin. Plötzlich wurden die Völker Afrikas und Asiens in die Selbständigkeit entlassen, und sogleich war das Debakel auch schon da. Warum? Die Kolonialmächte hatten es unterlassen,

ihren ehemaligen kolonialen Untertanen für den Tag der Freiheit das nötige Instrumentarium für eine eigene Regie ihrer Staaten auf den Weg zu geben: kein ausreichender Bildungsstand der breiten Massen, aus der eine Facharbeiterschaft hätte herauswachsen können, unzulänglich ausgebaute technische und wissenschaftliche Mittelschicht, deshalb auch weithin das Fehlen unternehmerischen Geistes, dazu wenig funktionierendes Bankwesen, von den schwachen materiellen Infrastrukturen nicht zu reden. Alle diese Mängel ließen natürlich keine „integrierte Wirtschaft“ aufkommen, d. h. eine Wirtschaft mit differenzierter Arbeitsteilung, die in dynamischer Einheit unter Führung qualifizierter Manager hätte erfolgreich werden können. Die großen Leistungen der Missionare in Erziehung und Krankenfürsorge vermochten die fundamentalen Lücken einer kurzsichtigen Kolonialpolitik natürlich nicht auszugleichen, und so folgte alsbald die unausbleibliche Katastrophe.

Man muß sich allerdings fragen: warum steht es in Lateinamerika nicht besser, wo doch seit 150 Jahren von „Kolonialherrschaft“ keine Rede mehr ist? Auch hier: analphabetische, verarmte Massen kontrastierend mit höchstem materiellem und eventuell auch geistigem Wohlstand in einer dünnen Oberschicht, unzulängliches Unternehmertum, „integrierte Wirtschaft“ darum auch hier nicht vorhanden. Weshalb dieser Zustand? Feudale Genügsamkeit der Besitzenden? Mulder stellt nur die Frage. Antworten erhofft er von kompetenter Seite.

P. TRAPPE (Basel) lieferte einen Beitrag aus der besonderen Sicht afrikanischer Verhältnisse, die er aus jahrelanger persönlicher Anschauung kennen gelernt hatte. In Ergänzung zu *Cuen* betonte er, daß vor allem die „grauenvolle Nichtbeachtung der Landwirtschaft“ und ihrer Voraussetzungen zum heutigen Dilemma geführt habe. Während die afrikanischen Länder vor ihrer Unabhängigkeit landwirtschaftliche Produkte exportierten, müssen sie heute ihre Grundnahrungsmittel einführen (z. T. bis zu 90 %). „Diese Volkswirtschaften sind zum größten Teil am zerbrechen oder bereits zerbrochen.“ Dabei hat nicht erst die Ölkrise das Unheil heraufbeschworen, es stand in Afrika bereits seit dem Tag der Freiheit auf dem Programm. Europäische Heilmittel beurteilt P. Trappe skeptisch. Weder von liberalkapitalistischen noch von marxistischen Wirtschaftskonzepten ist viel zu erhoffen, da keine entsprechenden aktionsfähigen Mittelinstanzen vorhanden sind und die intensiven Gruppenbeziehungen — für den afrikanischen Menschen so typisch und immer schon Äquivalent für sozialpolitische Einrichtungen — zerbrechen zusehends. Hoffnung liegt nach P. Trappe im Ausbau sogenannter Dritter Wege, d. h. im Ausbau von Reformen oder vielmehr Wirtschaftsreformen, die von afrikanischer Mentalität geprägt und geschaffen sind, vielleicht ergänzt von „wenigen Prozenten“ externer Hilfen.

Zwischen hinein streut W. F. KASCH (Deutschland) die Frage nach dem Begriff „Gerechtigkeit“ ein oder vielmehr, was man in concreto eigentlich als „gerecht“, „recht“ oder „richtig“ bezeichnen müsse. Offenbar hängt das Richtige oder sein Gegenteil doch auch von der geschichtlichen Situation ab: was für die eine Zeit oder Kultur richtig ist, braucht es für eine andere noch nicht zu sein, ja es wäre gegebenenfalls geradezu unrecht, wollte jemand das für ihn Richtige unbesehen auf andere Verhältnisse übertragen. Als bekanntes Beispiel läßt sich die viel kritisierte christliche Missionsmethode des vergangenen Jahrhunderts anführen. Allein, was heißt dies schon gegen den unbedachten Export von europäischer Wissenschaft und Technik in völlig andersartige Kulturkreise?! Können fremde Völker nur dann zu Glück und Fortschritt gelangen, wenn sie sich den Einheitsnormen des Westens unterwerfen? Man müßte hier doch etwas vorsichtig sein und zumindest differenzieren, will man nicht in unverantwortlicher Weise — und dies gilt auch in spezifisch christlichem Sinn — mehr zersören als gut machen.

Im Rückgriff auf die Bemerkung Kardinal *Höffners* über die Notwendigkeit der Bildung in den Entwicklungsländern hebt KAST (Chile) hervor, daß in seinem Land die Qualität der Bildung vor allem unter einem extremen Vorschriftenzentralismus leide, der den Schülern keine Möglichkeit zur individuellen und kreativen Entfaltung ihrer Fähigkeiten lasse.

In einem gewissen Gegensatz zu *Cuen* vertritt er des weiteren die „etwas schockierende“ These, daß in gewissen Ländern gerade der vorhandene Reichtum an Rohstoffen zu Armut und Unterentwicklung geführt habe. Dieser Fall tritt dann besonders ein, wenn ein Rohstoff in großen Mengen vorhanden ist. Er zieht dann alle wirtschaftlichen Interessen auf sich, und andere Sektoren bleiben unbeachtet. Eine vielseitige und ausgeglichene Wirtschaftswelt wird so in diesem Lande nicht entstehen. Eine derartige wirtschaftliche „Monokultur“ zieht nicht nur ringsum Verödung und damit Armut nach sich, sondern kann plötzlich auch höchst negativ auf die allgemeine Lage zurückschlagen, wenn der Rohstoff im Welthandel Absatz- oder Preisschwierigkeiten bekommt. Auswirkungen auf die politischen und sozialen Verhältnisse sind dann leicht mitgegeben.

Schließlich macht Kast noch auf die schlechte Handhabung des Subsidiaritätsprinzips vonseiten des Staates aufmerksam. Anstatt dort unterstützend einzugreifen, wo es nötig ist, mischt er sich direkt in die Wirtschaftsverwaltung ein und gewährt den bereits ausreichend dotierten Unternehmen Staatshilfe in Überfülle, während er die bedürftigen vernachlässigt. Dies führt zu einem üblen Protektionismus, der das Problem der Armut nur verschärft und insbesondere verhindert, daß in der Landwirtschaft neue Arbeitsplätze entstehen und überhaupt bäuerliches Eigentum vermehrt wird. Protektionismus gibt es allerdings auch in reichen

Ländern, die ihre Grenzen für Produkte, etwa Agrarprodukte, schließen, um dann selbsterzeugte Produkte derselben Art zu exportieren. Dies wirkt sich bestimmt nicht entwicklungsfördernd für die 3. Welt aus, sondern heizt dort Armut und Arbeitslosigkeit noch mehr an. Der Druck dieses Übelstandes könnte durch Emigration zwar gemindert werden, doch die reichen Länder riegeln auch für diesen menschlichen Import ihre Grenzen ab.

Die Problematik Brasiliens umriß kurz C. DO COUTO E SILVA (Brasilien). Der Staat fördert mit höchstem Nachdruck seine Industrie, um für die rasch wachsende Bevölkerung Arbeitsplätze zu beschaffen. Dieses Anliegen überwiegt sogar bewußt die Absicht, durch Industrialisierung Reichtum zu erwerben. Natürlich hat auch hier das Ölschockjahr 1973 zu enormen Schwierigkeiten geführt. Man suchte, sie durch ein neues Wirtschaftskonzept in den Griff zu bekommen, das aus einer Mischung von Marktwirtschaft und sozialistischer Planung besteht, eine brasilianische „Eigenschöpfung, die geeignet ist, die Armut des Landes besseren Zeiten entgegenzuführen.“

Obwohl Bischof TUMÉ (Kamerun) erklärte, er sei kein Mann der Wirtschaft und rede nur als Laie, verstand er es, recht scharfe Lichter für die Situation seines Landes und allgemein auf Schwarzafrika zu werfen. „Bis zu einem gewissen Grad“ macht er Europa für die Armut in Afrika verantwortlich. „Sie, die Europäer, haben uns in eine Konsumgesellschaft verwandelt . . ., und wir sind gezwungen, wie Europäer zu leben und zu essen, was aus Europa kommt.“ Europäische Länder errichten in Afrika Prestigeprojekte, die Afrikaner müssen diese Projekte finanzieren, für deren Betreuung sie nicht vorbereitet sind. Weiter: afrikanische Staatsmänner werden immer wieder gestürzt, hinter diesen Putschmanövern stecken nicht selten Europäer, und die Gestürzten ziehen dann weg nach Europa. Dort bewohnen sie ihre Villen und vertreten die Interessen der europäischen Kapitalisten. Ein Wort zur Bildungsfrage: Die Kolonialmächte haben keine höheren Schulen und auch keine technischen Schulen gewünscht. „Nur dank der Kirche gibt es bei uns Schulen.“ Doch das Schulwesen wird zu wenig gefördert, darum Armut und Unterentwicklung. Landwirtschaft: auf Europa ausgerichtet ohne Rücksicht auf afrikanische Bedürfnisse. Als Beispiel führt Tumé den Baumwollanbau in Kamerun an. „Das Volk hat nichts zu essen, doch es muß Baumwolle anpflanzen, die nach Europa exportiert wird.“ Ähnliches gilt für den Kaffee: „Wir trinken keinen Kaffee, doch wir pflanzen Kaffee, um damit den europäischen Markt zu versorgen.“ Man sieht also: „Unsere Misere ist von europäischen Ländern verursacht worden. Sie sollen uns frei schalten und walten lassen, damit wir uns selbst den für uns zukünftigen Platz erringen können. Dies wird, so meine ich, für die 3. Welt von weit größerem Vorteil sein, als sie in den Sog der moder-

nen Wirtschaft hineinzuziehen.“ Schlußsatz: „Was wir verlangen, ist unsere Unabhängigkeit von Europa.“

Die Reihe der bisher schon aufgezählten Ursachen für die Massenarmut in der 3. Welt ergänzt W. SCHMITZ (Wien) noch mit dem Hinweis auf Naturkatastrophen sowie den Fortschritt der Medizin, mit dem der ökonomische nicht parallel gelaufen ist, so daß es zu dem bekannten Bevölkerungsproblem kommen mußte. Überhaupt spielt die schlechte Organisation der Wirtschaft eine ausschlaggebende Rolle, und auch anderes muß noch viel mehr bedacht werden, bevor man es verantworten kann, bestimmte Lösungen anzubieten. In Sachen Wirtschaftsordnung meinte W. Schmitz, man halte sich noch viel zu sehr in der Welt von gestern auf (Liberalismus — Sozialismus). Der Hauptgegner sei heute der Pragmatismus oder der Interventionalismus, der Mangel an Grundsatzdenken, an kurzfristigen Lösungen und an ordnungspolitischem Denken.

Das von W. Schmitz ausgegebene Stichwort „Überbevölkerung“ griff W. CORDES (Deutschland) auf. Eindrucksvolle Zahlen für einzelne Länder wie für die Erdbevölkerung insgesamt belegen die vieldiskutierte Tatsache, und die Prognosen sind noch beeindruckender (im Jahre 2000: 6 Milliarden Menschen auf der Welt). Wenn das Sozialprodukt nicht parallel zum Bevölkerungsanstieg wächst, verschärft sich natürlich die Massenarmut immer mehr. Der Grund für diesen Zustand „liegt sicherlich im medizinischen Fortschritt“. In seinem nachgereichten Diskussionsbeitrag spricht Cordes vom Wegfall des „natürlichen Ausleseprozesses“. Die Tatsache, daß menschliche Zeugung heute in einer durch die Medizin denaturierten Welt stattfinden muß, sollte auch in ethischen Überlegungen Beachtung finden. Wenn schon die 6 Milliarden Menschen, die anno 2000 die Erde bevölkern, keinen Eindruck machen, dann doch wohl die 50 Milliarden, die es rechnerisch nach drei weiteren Generationen geben wird. Das an die 3. Welt gerichtete Ansinnen, ein neues „generatives Verhalten“ zu praktizieren, stieß andererseits weithin auf Zurückweisung mit durchwegs familiärer oder politischer Begründung. Chr. Watrins Hinweis auf die 900 Millionen, die hungern, machte dabei keinen Effekt. Kardinal HÖFFNER zeigte sich für „verantwortete Elternschaft“ durchaus offen (freilich bleibt die „Methodenfrage“), in Afrika gäbe es allerdings noch Platz für Zuwachs. Die indischen Bischöfe hätten „Geburtenplanung“ abgelehnt mit der Bemerkung: „Unsere Frauen wissen besser, wie man die Empfängnis verhütet.“ Dennoch hat sich die Bevölkerung in Indien in den letzten 40 Jahren auf 600 Millionen verdoppelt.

Nachdem C. MANION (USA) den überraschenden Gedanken in die Diskussion geworfen hatte, daß „wir die Probleme in der Welt nicht mit Wirtschaft oder Politik lösen können . . ., weil sich der Kampf auf der moralischen Ebene abspielt“

(auf der die Kirche ein hilfreicher Partner ist), stieß E. RUEDA in dieser Richtung weiter, um zu zeigen, wie segensreich sich geistige Einstellungen für die Entwicklung seines ehemals unterentwickelten Heimatlandes (heute USA) ausgewirkt haben. Schon *Manion* hatte sich gefragt, aus welchen Gründen immer einmal wieder ein Land aus der Armut in den Reichtum emporsteigen kann. Rueda zeigt dies im einzelnen am Beispiel Amerikas, das im frühen 19. Jahrhundert noch in vielerlei Hinsicht, jedenfalls auch wirtschaftlich und politisch, hinter den lateinischen Staaten des Kontinents zurückstand. Doch politische Dynamik und Offenheit sowie die Bereitschaft, Immigranten jeglicher Sprache und Nation in ihre noch nebelhaft unbestimmte Gesellschaft aufzunehmen, bildeten die Startchancen für eine bessere Zukunft. Dazu kam entscheidend eine äußerste Zurückhaltung von staatlicher Seite, so daß freie Bahn für alle Initiativen gegeben war. Diese Faktoren treten noch deutlicher hervor, wenn man an den „mageren Boden“ denkt, aus dem der Reichtum Amerikas herausgewachsen ist. Die unterentwickelten Länder befanden sich in dieser Hinsicht, also was Bodenschätze und auch „strategische Mineralien“ anbelangt, in einer weitaus glücklicheren Lage, und trotzdem sind sie aus dem niedrigen Status ihrer Unterentwicklung nicht herausgekommen. Doch wie soll das auch möglich sein bei der Starrheit und geistigen Enge der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme, die dort herrschen?!

L. PASINETTI (Italien) möchte andererseits der „Illusion“ entgegenreten, daß sich die modernen Industrievölker einfach durch freie Initiativen einzelner aus ihrer ursprünglichen Notlage gewunden hätten (von England am Ende des 18. Jahrhunderts vielleicht abgesehen, und die USA wären hier wohl auch nicht zu vergessen). „Alle anderen Länder schafften den Aufstieg nur mit enormer Staatshilfe.“ Pasinetti dachte dabei zunächst natürlich an Italien. Doch mit dieser allgemeinen Erkenntnis komme man heutzutage nicht weit, wo die Frage gelöst werden muß, wie man möglichst bald die immer breiter und bedrohlicher werdende Kluft zwischen reichen und armen Ländern schließen kann. Konkret wohl: welche Mischung von freiem Unternehmertum und staatlicher Interventionspolitik zur Lösung der Probleme vorgeschlagen werden soll. In der Praxis besteht bei den zuständigen Stellen größte Unklarheit, wie Pasinetti als Mitglied des Exekutiv Ausschusses des Internationalen Wirtschaftsverbandes bezeugen kann. „Die besten Wirtschaftswissenschaftler in der Welt wissen nicht, was hier zu tun ist.“ Jeder hat zwar seine private Vorstellung, doch insgesamt stehen sie ratlos da. Immerhin hofft Pasinetti abschließend, daß sich auf einem demnächst stattfindenden Kongreß doch noch etwas Nützliches sowohl von ökonomischer wie von christlicher Warte aus einbringen läßt.

C. A. ANDREAE (Österreich) könnte *Pasinetti* einige Aufklärungen und gute Ratschläge mit auf den Weg geben. Zwar ist man rein theoretisch überzeugt, daß die Rettung der 3. Welt in der Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien liegt, doch in der Praxis wird dauernd dagegen verstoßen. Verschifft man kostenlos Lebensmittel nach Afrika, dann wird dort die Landwirtschaft geschädigt. Werden in den Industrieländern Produktionen staatlich subventioniert, dann verschließt man zugleich den einheimischen Markt für die Entwicklungsländer. Dürfen sich Gewerkschaften wie Kartelle benehmen, dann kommt es dazu, daß einige hohe Löhne einstecken, während andere mit Null-Löhnen unbeschäftigt bleiben, abgesehen davon, daß hohe Löhne Gastarbeiter anlocken, die man bei Konjunkturschwäche wieder heimschickt. Wenn Staatsindustriellen anstatt mit Produktion mit Steuern in Gang gehalten werden, dann fehlen diese Steuergelder für die Sozialpolitik. Also: das künstlich und entgegen den Marktregeln erzeugte „Glück“ der einen schlägt zum Unglück der anderen aus. Auch den Ölpreis sieht Andreae in einem anderen Licht. Er sollte nicht nur hoch sein, sondern noch höher werden. Denn nur so wird Öl gespart und Ersatz gesucht. Und „nur so funktioniert Marktwirtschaft auf lange Sicht.“ Doch warum funktioniert sie eben nicht? Weil der Sand der Politik in ihr Getriebe kommt! Die Politiker — wenigstens in den Demokratien — brauchen Stimmen, und Stimmen lassen sich leichter mit weicher Gefälligkeitsökonomie gewinnen als mit gesunder, aber etwas harter Marktpolitik. Allein die Rücksicht auf den kurzfristigen Wähler „führt dazu, daß die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern gestört sind.“

Obwohl die Krise der Weltwirtschaft jedermann gegenwärtig ist, wollte CARNIAUX (Belgien) die Schwere dieser Krise doch noch besonders vor Augen führen. Die Krise ist global und hat fast alle Länder erfaßt. Und zwar darf man dafür weder den Kapitalismus noch den Sozialismus verantwortlich machen. Es konnte nur so weit kommen wegen der weltweiten Verflechtung und gegenseitigen Abhängigkeit der einzelnen Partner in Wirtschaft und auch Kultur. Momentan ist es auf jeden Fall so, daß „wir nicht wissen, wie wir die Welt regieren sollen.“ Genauer gesehen zeigt die erwähnte globale Verflechtung zwei Hauptaspekte, einen kulturellen, bei dem es um Werte geht, und hier könnte die Kirche einen Beitrag leisten (ihr Anliegen vertritt die UNIAPAC, deren Vertreter Carniaux ist), und sodann einen wirtschaftlichen. In Bezug auf diesen ist zu bemerken: der freie Markt ist in Unordnung, ist vollständig desorganisiert. Es herrschen da recht grobe Methoden, und die Freiheit wird durch verschiedene staatliche Eingriffe dauernd beschnitten. Zu rügen ist weiter das monetäre Durcheinander, das enorme Schwierigkeiten nach sich zieht. Wem soll man diese ganze Misere anlasten? Kei-

neswegs dem kapitalistischen System! Man muß schon eher an das schlichte Unvermögen der Menschen denken.

Zu Bischof *Tumé* gewandt, machte J. PATERNOT (Schweiz) zunächst kurz die Bemerkung, daß sich Nahrungsmittelanbau für Inlandsverbrauch und zugleich für Exportlandwirtschaft durchaus auf demselben Boden vereinigen ließen, z. B. im Fall Kamerun: nebeneinander Getreide- und Kaffeeanbau. — Dann trug er sein Hauptanliegen vor, in dem zwei Gründe für das Elend in der 3. Welt zutage traten: Staatsmonopole und Staatsverschuldung. Das Staatsmonopol für landwirtschaftliche Exportprodukte wurde von den Kolonialmächten eingeführt, um Preisschwankungen auszugleichen, d. h. um den Landwirten Jahr für Jahr ein etwa gleichmäßiges Einkommen zu garantieren. Nach dem Verschwinden des Kolonialismus gingen die Monopole in die Hände der neuen, eigenen Herren über, und diese nützen sie zu ihrem persönlichen Vorteil weidlich aus. Sie bezahlen den Erzeugern meist nur geringe Preise und stecken den Großteil der Gewinne, die sie mit den Verkäufen auf dem Weltmarkt erzielen, in ihr Luxusleben (Statussymbol: Mercedes). Ein zweites schwerwiegendes Problem sind die Schulden der 3. Welt. Zählt man alles zusammen, so kommt man auf eine Summe von 400 Milliarden Dollars, die auf den Entwicklungsländern lasten, bzw. die diese Länder dem Westen zurückzahlen hätten. „Ich möchte den Kongreß fragen, wie man von diesem Schuldenberg herunterkommen soll.“

Gegen Ende des Gedankenaustauschs stellt K.-H. NARJES (Deutschland) zunächst fest, daß bisher keinerlei Einwand gegen die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Prinzipien hätte vorgebracht werden können. Des weiteren aber müsse festgestellt werden, daß schwere Fehler in der Wirtschaftspolitik unterlaufen sind, die jedoch die Tauglichkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung selbst nicht erschüttern konnten. Für die Fehler sind verantwortlich die Industriemächte (falsche Analyse, falsche Therapie), aber auch die von ihnen getragenen Organisationen (GATT, AMF). Die Ölkrise insbesondere soll vor der Wiederholung leichtsinnigen Schuldenmachens (man denke an „Recycling“) und vom Manipulieren des Ölpreises abschrecken, wodurch die Suche nach Ersatz usw. verhindert oder wenigstens verlangsamt worden ist. Die negative Preisentwicklung in der Landwirtschaft führte zu einer kaum mehr korrigierbaren Verstärkung in den Entwicklungsländern mit ihren nicht zuletzt auch politischen Folgen. Zur oft zitierten Frage „Rohstoffe“ wollte Narjes noch einmal eindeutig hervorheben, daß diese, von einigen Konzentrationen in den Entwicklungsländern abgesehen, zu zwei Dritteln in den USA, in Rußland, Australien, Kanada, Südafrika usw., also in der Ersten und der Zweiten Welt vorkommen, so daß damit in diesem Punkt die Dritte Welt eindeutig im Hintertreffen liegt. Abschließend lenkt Narjes die

Aufmerksamkeit noch auf eine ebenso heikle wie gern unausgesprochene Tatsache: die unrealistische Erwartung der Entwicklungsländer, daß ihr Heil in kurzer Zeit herbeigezaubert werden könne. „Es ist ein Unding, zu erwarten, daß man selbst bei großem Kapitaltransfer aus entwickelten Ländern, aus Industrieländern, etwas in ein oder zwei Generationen nachholen will, was andere in sechs oder acht Generationen aufgebaut haben. Diese Vorschläge sollten nicht täuschen. Wir legten damit nur Dynamit an die Entwicklung und die politische Stabilität dieser Staaten.“

Durchaus hoffnungsvolle Blicke wirft F. DIELEMAN (Holland) in die Zukunft der Dritten Welt. Dabei stützt er seine Ansicht auf 2 Tatsachen: 1. die wirtschaftliche Interdependenz (anstelle der einseitigen Abhängigkeit der 3. Welt von den Industriestaaten), die zu Kooperation zwischen Rohstoff und Fertigprodukt und damit zur Besserstellung des Rohstofflieferanten ausschlägt, 2. die erfreuliche Entwicklung der Industrie in der Dritten Welt. Im Vergleich zu den traditionellen Industrieländern ist das Wachstum dort in den letzten zwei Jahren überraschend angestiegen. Auf der Schattenseite blieb in der Dritten Welt allerdings und leider die Landwirtschaft liegen. Auf der Negativliste hat Dieleman noch einen weiteren Punkt verzeichnet, und zwar „einen sehr bedeutsamen“: das bereits bei *Cordes* und *Schmitz* angeschnittene Problem der Überbevölkerung. Die allgemein bekannten Daten und Prognosen brauchen jetzt nicht noch einmal wiederholt zu werden. Schlußfolgerung: „Ich meine, die Kirchen sollten einen Dialog über die Notwendigkeit der Geburtenkontrolle in die Wege leiten.“

Zuletzt legte R. WEILER (Österreich) seinen Finger noch auf zwei bisher kaum berührte Erscheinungen: 1. die „Unfähigkeit“ der Entwicklungsländer, untereinander Handel zu treiben. Wenn die Gründe für dieses Malaise z. T. auch historisch bedingt sind, so müßte doch nach den tieferen Ursachen dieses Zustandes gesucht werden. 2., und hier lag das Hauptgewicht von Weilers Überlegungen: der ungeheure Kapitalaufwand bzw. Kapitalverschleiß für Rüstungszwecke. Man muß sich fragen, inwieweit sich die Anschaffung von teuren Rüstungsgütern in Ländern der Dritten Welt überhaupt mit Entwicklungshilfe für ebendiese Länder verträgt. Läßt sich auch noch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß sie Kanonen zur Darstellung und Erhaltung ihrer Souveränität und zur Pflege ihres Selbstbewußtseins benötigen, so muß man bei Überrüstung oder erst recht im Fall, daß sich Entwicklungsländer bereits zu Waffenexporteuren „entwickelt“ haben (z. B. Brasilien), doch fragen, ob die hierfür eingesetzten Kapitalien nicht für bessere Zwecke hätten angelegt werden sollen.

VOLKMAR KÖHLER hat in einem dem Kongreß vorgelegten Artikel „Globalordnung — der Westen und die Dritte Welt“ (Interpress, engl. Ausg., 3. Quartal 1982,

Übersee-Verl., Hamburg) besonders die weltpolitischen Komplikationen der weltwirtschaftlichen Situation dargestellt. Vor 1945 war die Welt, wie V. Köhler ausführt, auf Europa zentriert und wurde politisch und wirtschaftlich in erster Linie von Großbritannien im Gleichgewicht gehalten. In den Jahren 1945–1949 hat sich ein neues System herausgebildet, das nicht mehr europäisch, sondern atlantisch ausgerichtet und von den USA gestützt war. V. Köhler erklärt, daß dieser Ordnung vier entscheidende Annahmen zugrundeliegen: 1. daß die atlantische Zusammenarbeit sich bestätige und zudem sich unter Einbeziehung Japans erweitere, 2. daß die Wirtschaft bis zu einem sich selbst regelnden Freihandelssystem liberalisiert werden könne, 3. daß die kommunistische Welt, besonders der Ostblock, außerhalb dieses weltpolitischen Systems verbleibe, 4. daß die Entwicklungsländer noch länger zersplittert bleiben und von der Prosperität der Industriestaaten profitieren würden. Alle vier Annahmen haben sich nicht erfüllt. Die Staaten des atlantischen Systems sind durch ein neues nationales Bewußtsein geprägt, dessen wirtschaftlicher Ausdruck der Protektionismus ist. Damit ist auch die zweite Annahme illusorisch geworden. Die Energiekrise hat diesen Trend noch gefördert. Die Entwicklungsländer sind in Massen auf die Weltbühne getreten und verstehen es, ihre Forderungen mit quantitativem Nachdruck vorzutragen. Die kommunistische Welt, vorab die Sowjetunion, spielt eine nicht erwartete Führungsrolle.

An sich, so führt V. Köhler aus, liegt das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahrzehnten, bezogen auf die Gesamtwirtschaft, deutlich über dem der Industrieländer. An dem niedrigen Pro-Kopf-Wachstum sei die Bevölkerungsexplosion schuld. Dieses Phänomen wurde während des Symposiums öfters angesprochen und hat auch die entsprechende Reaktion bei den aus den Entwicklungsländern kommenden Teilnehmern hervorgerufen.

II. Die ordnungspolitischen Wertmaßstäbe für die Beurteilung der Situation

1. Die marxistische Analyse: Die heutige marxistische Kapitalismuskritik

Nach der Schilderung der wirtschaftlichen Situation, vor allem in der Dritten Welt, stellt sich nun, entsprechend der Thematik des Kongresses die Frage, auf welche Weise dem Übelstand abzuhelpen sei, d. h. welche sozialphilosophische Theorie den Weg dazu am besten eröffnen kann. Und „am besten“ soll hier be-

deuten: läßt sich die vorgeschlagene Norm mit dem christlichen Verständnis vom Menschen in Einklang bringen? Drei Wege bieten sich an: der marxistische, der liberale und der Weg der Sozialen Marktwirtschaft.

Das wirtschaftstheoretische Konzept von *Karl Marx* entzündete sich vor allem an seiner Kritik des Kapitalismus. Der Kapitalismus bzw. der Eigentümer des Kapitals, d. h. der Produktionsmittel, ist an allem Elend schuld. Mit der Macht des Kapitals in seiner Hand unterdrückt er, ohne selbst eine Leistung zu vollbringen, die besitzlose Masse derer, die wirklich und allein Arbeit vollbringen. Im ausbeuterischen Privateigentum liegt also die Wurzel allen Übels, ja das Privateigentum ist selbst ein Übel, ein krasses Unrecht. Propagandistisch überaus wirkungsvoll wurde diese Ansicht in die Formel gefaßt: „Eigentum ist Diebstahl!“ Die „Diebe“ müssen nun im Namen der Gerechtigkeit enteignet werden, und dies kann nur geschehen in einem revolutionären Kampf des Proletariats gegen die Kapitalisten mit dem Ziel, diese zum Verschwinden zu bringen, das Kapital in Gemeinbesitz zu überführen (Kollektivismus), den Antagonismus Kapital-Arbeit, damit zugleich auch die Klassengegensätze und die ausbeuterische Herrschaft der Besitzer über die Besitzlosen zu beseitigen. Ist dieses Ziel erreicht, dann entsteht die klassenlose, befriedigte, glückliche Gesellschaft (vgl. die Referate von *Suárez González*, *Cuen*, *Sebastián Herrador*; vgl. auch *Utz*: Einführung).

Es ist klar, daß der einzelne Mensch in einer solchen egalisierten Kollektivgesellschaft, die ihm nur noch die Existenz als anonymes Rädchen in einer vom Staat in Betrieb gehaltenen Maschine zugesteht, mit dem christlichen Weltbild nicht harmoniert. Christ sein heißt immer, in einem grundlegenden Maße frei sein, über sich selbst verfügen können, sich frei entscheiden, auch zugunsten der Gesellschaft, aber nicht zwangsläufig in der Gesellschaft aufgehen, sondern ihr gegenüberstehen, sich bewußt sein, daß der Mensch nicht einfach „Material“ für eine alles in Anspruch nehmende Wirtschaft ist, sondern daß er als Geistwesen seinen tiefsten Seinsgrund im Metaphysischen besitzt und auch in jene Richtung seine letzte Hoffnung ausrichtet. Daher wird man sich niemals vom christlichen Standpunkt aus mit dem kollektiven Materialismus eines *Marx* befreunden und „die grundsätzliche Ablehnung des privaten Produktionseigentums bejahen können“ (*Utz*: Einführung). Mit anderen Worten: wegen des Materialismus, der hinter der auf den ersten Blick neutral erscheinenden marxistischen Analyse zum Vorschein kommt, ist diese Analyse für einen Christen nicht annehmbar.

Es setzt freilich niemanden in Erstaunen, wenn in Weltgegenden, wo noch soziale Verhältnisse herrschen wie im Europa des Früh- und Hochkapitalismus (hier inzwischen längst überwunden), die Urteile und Rezepte von *Karl Marx* großen Anklang finden. Und dies sogar bei Theologen. Nicht als ob diese den mate-

rialistischen Pferdefuß im Hintergrund von Marxens Ideen nicht wahrnehmen würden, doch sie meinen, ihn übersehen zu dürfen, um nur seine „Befreiungsmethode“ (Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und den faszinierenden Revolutionsgedanken) anzuwenden. Ja, sie suchten sich weltanschaulich dadurch zu retten, daß sie den Materialismus des Trierer Propheten durch die christliche Erlösungslehre ersetzen: erlöst durch Christus von Sünde (sündhafter Armut und Unterdrückung) zur Freiheit durch Befreiung von den Sozialstrukturen, in denen die Sünde inkarniert ist, via Revolution nach dem Vorbild des Priesters *Camilo Torres* (mit dem Gewehr in der Hand).

2. Die Analyse der Theologie der Befreiung

Dieses Thema wurde durch längere Ausführungen von drei Vertretern aus der lateinamerikanischen Welt, Erzbischof A. López Trujillo (Bogotá/Kolumbien), Fernando Moreno (Chile) und Weihbischof J. Lozano (Mexiko-City), eingeleitet.

Erzbischof LÓPEZ TRUJILLO betonte zunächst, daß es verschiedene Formen von „Befreiungstheologie“ gäbe, wenngleich sie in gewissen Punkten übereinstimmen. Er selber wolle sich auf die wichtigste und auch in Europa bekannteste beziehen, wobei er offensichtlich die vor allem in Nicaragua verbreitete ins Auge faßte. Bei allen „Befreiungstheologien“ geht es um die Befreiung von unmenschlicher Unterentwicklung, und das heißt von Armut, von wirtschaftlicher Ausbeutung, von politischer Unterdrückung in den Ländern, in denen die krasse Not der Massen dem Reichtum und der Macht einer dünnen Oberschicht gegenübersteht. Theologisches Gewicht erhält diese Befreiungsidee durch die Bezugnahme auf christliche Glaubenswerte und Glaubensimpulse, „die in der Sozialdoktrin der Kirche zusammengefaßt sind.“ Die „Befreiungstheologie“, die sich als „Schrei der Empörung gegen das menschliche Leid, gegen das Elend, gegen das quälende Phänomen der Unterentwicklung“ versteht, sucht nun nach einer Sozialdoktrin, mit der sie bis zum Wurzelgrund des Übels vorstoßen kann, um von den so gewonnenen Einsichten aus zum Neuaufbau der Gesellschaft aufzubrechen. Es geht also zunächst darum, die Wirklichkeit „angemessen und kohärent“ zu diagnostizieren. Manche Theologen beurteilen dabei die allgemeine Lage durchaus als „mehr oder weniger ruhiges Ganzes, das nur hin und wieder an Funktionsstörungen leidet.“ Andere hingegen — und hier sprechen die eigentlichen „Befreiungstheologen“ — betrachten die Dinge unter dem Stichwort „Konflikt“ und suchen nach einem Instrument, um den Ursachen dieses Konflikts in Gesellschaft, Wirtschaft und Geschichte auf die Spur zu kommen. Als Ergebnis des Bemühens stellte sich

dann heraus, daß sie als bestes Instrument für die Diagnose die marxistische Analyse entdeckten und damit zugleich und notwendig auf die „ökonomische Dimension“ stießen. Daraus ergab sich für sie die Annahme: die Übelstände erklären sich aus der Produktionsform bzw. den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die einen, die Kapitalisten, die Produktionsmittel und damit wirtschaftliche Macht besitzen und die anderen solche Mittel nicht besitzen und darum zur wirtschaftlichen Ohnmacht, zu Objekten der Ausbeutung, zum Status des Proletariats verurteilt sind. Die Gesellschaft wird somit in zwei Klassen aufgeteilt, zwischen denen eine antagonistische Spannung, ein „revolutionäres Klima“ herrscht, „das zum frontalen Zusammenstoß im Klassenkampf führen muß.“ Erzbischof López stellt sich die Frage, wieso ein derartig aufgewärmter Marxismus, der sich im Lauf der Zeit doch so abgenutzt, so wenig Bestätigung in der Erfahrung gefunden hat, in Lateinamerika eine solche Anziehungskraft entfalten, einen solchen „Zauber“ ausüben, eine solche „Art von Mystik“ hervorbringen konnte. Den Grund hierfür sieht er darin, daß sich lateinamerikanische Theologen nach der Generalversammlung der Bischöfe in Medellín im Jahr 1968 stark mit den sozialen Theorien beschäftigten und dabei mit der marxistischen Dependenztheorie in Berührung kamen: „Die marxistische Analyse erreichte Lateinamerika als europäische Importware der Dependenztheorie.“ Damit war der Versuch einer „Applikation der marxistischen Analyse auf unseren Kontinent gegeben.“ Man weiß nun in Lateinamerika sehr wohl, daß es eine „Abhängigkeit“ gibt, aber die Schuld am Elend der Unterentwicklung einfach dem Reichtum der kapitalistischen Länder in die Schuhe zu schieben, so als wäre die entscheidende Ursache aller Notzustände einzig und allein in der Niederhaltung und Ausbeutung durch die wohlhabenden Industrienationen zu suchen, ist „ein höchst unausgewogenes Urteil, das, nebenbei bemerkt, zu Unverantwortlichkeit führt“ in dem Sinn: „Die Schuld haben die anderen, unsere Länder selbst haben keine Kraft, sich aufzurichten, voranzuschreiten und ihre Armut zu überwinden.“

Die in die theologische Reflexion eingeführte marxistische Analyse will für eine Anzahl von „Befreiungstheologen“ ein „voller Ersatz“ für die herkömmliche Soziallehre der Kirche sein. Diese sei bankrott, habe historisch „nichts produziert“ und sich auf „eine mehr oder weniger obskure Allianz mit der wirtschaftlichen Macht“ eingelassen, so daß sie nun einer „neuen Form der Reflexion“ weichen müsse. Die Parole lautet daher: Das alte System muß zerstört werden, um „ein neues System entstehen zu lassen“, „ein System, das mit dem Sozialismus übereinstimmt“, und dies heißt Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Es handelt sich hier also wohlgerne um einen „Sozialismus in einem strikt ökonomischen Sinn“, den seine Anhänger für eine rein wissenschaftliche Angelegen-

heit und als solche für bewiesen halten, einen Sozialismus also, der ohne den ideologischen Hintergrund des Marxismus, ohne dessen metaphysischen Kern besteht. So wenigstens behaupten die „Befreiungstheologen“, und wegen dieser Trennung ist es ihrer Meinung nach durchaus möglich, sich als Christen für den Sozialismus zu erklären („Christen für den Sozialismus“): „Es ist nicht nötig, Atheist zu sein oder den historischen Materialismus in seiner Totalität zu akzeptieren, um die marxistische Analyse annehmen zu können.“ Vor diesem Trugschluß hatte bereits *Paul VI.* gewarnt, und Puebla erklärte dann „kategorisch“, daß diese Trennung in der Sozialdoktrin unmöglich ist. Man kann zwar für die pseudowissenschaftliche Theorie gewisser naiver „Befreiungstheologen“ in Anbetracht der konkreten Lage, in der sie sich befinden und aus der sie herauszukommen suchen, ein gewisses Verständnis aufbringen, sie hätten jedoch auch feststellen müssen, daß die echten Marxisten selbst eine solche Trennung als systemwidrig entschieden ablehnen.

Überaus befremdend erscheint es, wenn die marxistisch orientierten Befreiungstheologen ihre Analyse direkt auch auf die Kirche anwenden wollen und auch sie, wie die ganze Gesellschaft, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des „Klassenkampfes“ sehen wollen. Die Kirche wird dann gespalten in die Klasse einer Art von Bourgeois, die zwar keine großen Industrieunternehmungen besitzen, jedoch immerhin „Eigentümer“ der „dogmatischen Produktionsmittel“ sind. Ihnen gegenüber steht eine Kirche, die aus Not und Elend emporsteigt und das Proletariat der Armen und Entrechteten hinter sich weiß. „Diese Kirche, die aus der Welt der Armen entsteht, ist genau das, was Puebla gesagt hat mit seinem Wort ‘Option für die Armen’, aber — und das ist der Unterschied — im Sinn des Evangeliums“, und das heißt eine Kirche ohne Klassenunterschiede. „Wenn sich die Armen in ein Proletariat verwandeln und dieses Proletariat zur proletarischen Klasse wird und wenn die Authentizität der Kirche nur über diese proletarische Klasse zu erreichen ist und in ihr ihren ‘historischen Sinn’ erhält, dann stehen wir vor einem äußerst prekären Problem: Die Authentizität des Glaubens muß durch den Klassenkampf des Proletariats hindurchgehen, und damit stehen wir vor einem extremen Gegensatz zur kirchlichen Sozialdoktrin, denn der fortwährende Klassenkampf ist ein Antagonismus ohne die Möglichkeit, sich zu versöhnen oder sich gegenseitig zu ergänzen.“

Aus diesem Grund findet in diesen Kreisen auch „*Laborem exercens*“ so wenig Echo, denn hier wird für die Überwindung des Antagonismus plädiert, für die menschliche Begegnung von Kapital und Arbeit. Es ist klar, daß eine höchst explosive Situation entsteht, wenn diese Art von „Befreiungstheologie“ mit ihrer politischen Praxis Anhänger in der Kirche findet und die „Volkskirche“ (*Iglesia*

popular) errichten will in der Absicht, die Sozialdoktrin der Kirche durch eine Art revolutionärer Gesinnung zu ersetzen, „die die Tore zum Sozialismus öffnet.“ Der jetzige Papst ließ die Bischöfe Nicaraguas in keinem Zweifel über diese „Volkskirche“, wenn er ihnen schreibt, sie sei eine Kirche des Klassenkampfes und der marxistischen Analyse, eines wahrhaft freien Menschen unwürdig.

Für die Kirche in Lateinamerika ist die Lage schwierig. Sie muß einen neuen Weg finden, ohne bei irgendeiner Ideologie Anleihen zu machen, ohne Verbündungen einzugehen, weder mit dem liberalen Kapitalismus, noch mit dem Marxismus, der ihr Innerstes zu infiltrieren versucht und ihre Kraft aus dem Wort Gottes ersetzen will „im Namen von etwas, das der Kirche so teuer ist wie der Dienst an ihren Armen.“ Das Problem bestehe darin, schloß der Erzbischof, wie eine Sozialdoktrin aussehen müsse, damit sie schöpferisch und anziehend wirkt und das Zusammenleben der Menschen zu neuen Formen führt, ohne daß es „ein System oder etwas ähnliches“ (*A. F. Utz*) wird, und ihre prophetische, befreiende Stimme erheben kann, ohne von Ideologien betäubt zu sein.“

Wie F. MORENO (Chile) einleitend bemerkte, wollte er hier in der Diskussion nur in Kürze wiedergeben, was er in seinem Artikel (s. o.) ausführlich dargelegt hatte. Es sei somit einfach darauf verwiesen.

Auch Bischof J. LOZANO (Mexico-City) hat seine Gedanken, über die er im Hörsaal in geraffter Form Bericht erstattete, in seinem Artikel weiter ausgebreitet (s. o.). Man möge also dort nachlesen, dabei jedoch stets im Auge behalten, daß der Bischof die Lage im Sinn der Befreiungstheologen schildert ohne Beimischung seines persönlichen Urteils. Dies gilt vor allem auch von dem, was dort von der „Befreiungstheologie“ gesagt wird: es sind Aussagen der „Befreiungstheologie“ über sich selbst. Eine große Zahl von Kongreßteilnehmern, die, der spanischen Sprache unkundig, sich einzig auf die Simultanübersetzung stützten, hat den Bischof Lozano völlig mißverstanden, indem sie annahm, er identifiziere sich mit dieser „Theologie“. Wie aus einer späteren Wortmeldung des Bischofs deutlich hervorgeht, verwirft er die marxistisch-theologische Analyse, ohne damit aber zu mißkennen, daß das Problem der Unterdrückung in Lateinamerika vom authentisch christlichen Standpunkt aus behandelt werden muß. Es geht somit um die Suche nach einer genuin christlichen, d. h. echten Theologie der Befreiung. Bischof Lozanos eigene Stellungnahme kommt erst im angefügten Anhang zur Geltung („Elemente für eine Theologie der Befreiung von Puebla aus gesehen“). Man übersehe jedoch auch nicht sein Wort am Schluß dieses Verhandlungspunktes (vgl. unten).

G. SEIDEL (Deutschland) bemängelt in den drei obigen Vorträgen die unzureichende Verdeutlichung der philosophischen Grundlagen: „Die Begründungen

waren für mich eigentlich kaum als Philosophie erkennbar.“ Des weiteren fragt er, ob es auch in Osteuropa, wo doch vergleichbare Verhältnisse wie in Lateinamerika vorliegen, eine „Theologie der Befreiung“ gäbe. Darauf antwortet J. KONDZIELA (Lublin) klar und eindeutig: „Nein, so etwas gibt es in Polen nicht. Die einzige Chance hat die katholische Soziallehre. Nur mit ihr wird man als Partner anerkannt. Wenn man z. B. eine marxistische Analyse anwenden würde, dann würde man als marxistischer Häretiker angesehen, und mit solchen Leuten reden die Russen nicht.“ A. F. UTZ fügte dem noch hinzu, daß die östlichen Marxisten sämtliche marxistischen Interpretationen des Westens, auch z. B. die der Frankfurter Schule, als nicht orthodox verwerfen.

W. CORDES (Deutschland) sieht nicht recht den Zusammenhang zwischen dem über die Befreiungstheologie Gesagten und dem Thema des Kongresses: Christliche Alternative zur marxistischen Konzeption einer Weltwirtschaftsordnung. Worin besteht eigentlich diese marxistische Konzeption? Wie steht es darin mit dem Austausch der Güter, mit den Preisen, wie ist es weltweit mit der Arbeitsteilung bestellt, mit dem Technologietransfer, mit der Unterstützung unterentwickelter Länder usw. usw.? Ist die Realisierung des weltwirtschaftlichen Konzepts im Marxismus etwa das COMECON?

CHR. WATRIN (Deutschland) möchte die „laienhafte“ Frage stellen, „wieso die Theologie der Befreiung überhaupt eine Theologie ist“, nachdem man ihren marxistischen Charakter zur Kenntnis nehmen mußte. Nach all dem, was er in den vorliegenden Papieren gelesen hatte („oft hat man von Christus als Gott gesprochen, jetzt muß man über ihn wie über den Menschen Jesus sprechen. . . Für Christus war der Tod am Kreuz vollkommen unvorhergesehen, er hatte höchstens mit einer Steinigung gerechnet“, u. dgl. m.), mußte er sich fragen: Wo ist da die Theologie? Und er schließt: „Diese Sache kommt mir vor, wie die Gott-ist-tot-Theologie, die für mich keine Theologie war.“

Zu diesem Thema hatte sich übrigens schon F. MORENO (Chile) geäußert: „Ist die Befreiungstheologie eine echte Theologie?“ Seine Antwort lautet: „Die Theologie der Befreiung ist keine eigentliche Theologie. In den meisten Fällen besteht sie in sozio-politischen, wenn nicht ideologischen Überlegungen, die das Glaubensgut nach marxistischem Vorbild für revolutionären Umsturz der Gesellschaft benutzen. Vom erkenntnistheoretischen Gesichtspunkt aus gesehen, ist die Befreiungstheologie nicht Theologie, sondern Politik, der Glaubensinhalt ist für sie nur materielles Element und nicht normatives Prinzip, wie es bei einer echten theologischen Analyse der Fall sein müßte.“

In einem nachgereichten kurzen Beitrag wollte er jedoch noch eine Bemerkung zu *Leonardo Boff* machen, den ihm *Bernhard Häring* in einem Privatgespräch

während des Kongresses als Mann der „no-violencia“ zu empfehlen versucht hatte. Dazu präzisiert Moreno nun folgendes. 1. Dem Wortlaut nach ist bei *Leonardo Boff* von revolutionärer marxistischer Propaganda tatsächlich nichts zu finden. 2. Bei einer genaueren Prüfung seines Schrifttums stellte sich jedoch „als evident“ heraus, daß *Boff* die Gestalt Christi in hegelianisch-marxistischer Perspektive zur rein historischen Figur eines vollkommenen Menschen degradiert und ihm dazu noch revolutionäre Qualität zuspricht, die sich mit dem Evangelium nicht vereinbaren läßt. 3. Man beachte wohl, daß die Frage der „no-violencia“ bei *Boff* pastoraler oder „genauer strategisch-politischer Ordnung und prinzipiell nicht doktrinärer oder evangeliumsgemäßer Ordnung“ ist. Die „no-violencia“ ist auch nur scheinbar, insofern er eine „no-violencia activa“ vertritt, die auf „die Notwendigkeit einer politischen Methode und Strategie hingeeordnet“ ist und sich der Etikette von „no-violencia“ bedient, um sich de facto in bestimmten politischen Protest- und Oppositionsaktivitäten im Sinn der neomarxistischen Ideologie stark zu machen.

Andererseits stellt P. TRAPPE (Basel, Schweiz) die Frage, inwieweit bei der Befreiungstheologie überhaupt von einer marxistischen Richtung gesprochen werden könne, ganz abgesehen davon, daß die Begriffe, wie sie in den Vorträgen gebraucht wurden, im Marxismus anders verwandt werden. Zum Beispiel sind die Massen der Armen nach marxistischer Terminologie kein „Proletariat“, sie sind höchstens „Klassen an sich“, aber noch nicht „Klassen für sich“. Weiter fiel Trappe auf, daß die Theologie der Befreiung immer nur von Revolution rede, die aus der jetzigen Situation herausführen soll, doch von der Zeit danach spreche niemand, d. h. davon, wo eigentlich der revolutionäre Umwandlungsprozeß beginnt, der wohl nur langsam eine Besserung herbeiführen könnte. Und überdies: Wer bezahlt eigentlich die Revolution? Aus Kuba ließ man einen großen Teil der Bevölkerung fliehen, — ein Vorteil für die Ernährungslage des Landes! Doch eine solche Lösung ist nicht überall möglich. Eine gewisse Anzahl kann man auch für kurz oder lang oder für immer ins Gefängnis stecken, auch diese Methode verringert die Probleme. Im übrigen ist es auffallend, wie wenig die sozialistischen Länder den sogenannten Marxismus in Lateinamerika unterstützen. Die Sowjetunion hat mit ihren 3 Millionen Dollar pro Tag für Kuba allerdings genug von derlei Abenteuer. Also, wer bezahlt die Kosten? Schließlich noch die Ernährungslage. Sie läßt Revolutionen überhaupt nur in geringem Maße zu, wie aus dem bisher über die Landwirtschaft in Entwicklungsländern Gehörten hervorgeht. Revolution stiftet ja zunächst einmal Chaos, woher sollen dann in diesem Durcheinander die Lebensmittel für die aufgeputschten Menschenmassen kommen? „Alles in allem möchte ich meinen, daß hier vulgärmarxistisch und ohne Blick für die wei-

tere Entwicklung spekuliert wird. Das ist, vom christlichen Standpunkt aus gesehen, nicht zu verantworten.“ Man dränge die ahnungslosen, verarmten Leute in eine bestimmte Richtung, ohne sich der Verantwortung für sie bewußt zu sein. Auch dazu sei bisher kein Wort gefallen. „Ich habe aus allem Vorgetragenen nur einen beträchtlichen Pessimismus herausgehört, aber auch die Tatsache feststellen müssen, daß man — etwas pointiert gesagt — an konkreten Maßnahmen nichts anzubieten hat, jedenfalls wurde darüber nicht gesprochen.“

Die große Verantwortung, die gewisse Priester für die Zukunft der Kirche tragen, unterstrich P. STEENKAMP (Holland) als besonderen Aspekt der Befreiungstheologie. Denn sie bringen die Kirchen mit ihrer marxistischen Wirtschaftsauffassung in Verbindung, so wie andere in anderen Ländern mit „Hilfe“ der Kirche das Atomkraftwerk Kalkar oder die Cruises Missiles angreifen. Gibt es denn vielleicht auch eine sozialistische oder eine kapitalistische Theologie? Sind sich die Befreiungstheologen eigentlich bewußt, daß sie mit ihren explosiven Theorien die Kirche, deren Priester sie sind, in Stücke zerschlagen?

In dieser Perspektive liegt auch die Intervention von W. F. KASCH (Deutschland). Er fragt nach dem Realitätswert gewisser Aussagen der Befreiungstheologie, wie z. B. „Elend“, „Entfremdung“ usw. Sind diese Begriffe nicht bereits Konstrukte eines kritischen, utopischen Zugriffs auf die Wirklichkeit, um die Wirklichkeit zu verändern? Der christliche Glaube hat doch wohl mit anderem zu tun als mit haßprogrammierenden Deutungen der Verhältnisse, Deutungen, die den christlichen Auftrag zur Verkündigung der Güte Gottes und der Liebe unter den Menschen vom Ansatz her unmöglich machen und die im übrigen auch falsch sind. Wenn E. Cardenal bei einem Gottesdienst mit seinen armseligen Bauern die Anwesenheit des Heiligen Geistes verspürt, dann kann die von der Befreiungstheologie angeprangerte Wirklichkeit doch nicht schlechthin heillos sein.

Speziell mit Blick auf Nicaragua unterstreicht A. BERNA (Madrid), wie bereits andere, den politischen Charakter der Befreiungstheologie. „Sie ist ein politisches Programm.“ Man sieht dies schon äußerlich daran, daß in Nicaragua eine ganze Anzahl von Befreiungstheologen oder „Helden der Befreiungstheologie“ zentrale Verwaltungsposten bei der Militärjunta besetzen, — „eine unglaubliche Belastung für die Kirche.“ Üble Dinge gehen auf das Konto dieser Herren, auch z. B. die Vernichtung der Kultur der Mestizo-Indianer durch den soeben zitierten Priester Cardenal. Berna will hinter diesen Phänomenen — ähnliches gibt es auch im kommunistisch beherrschten Osten — die wohlbekannteste Infiltrationsmethode christentumsfeindlicher Kräfte entdecken, die es darauf absehen, mit Hilfe von „Mittelsmännern“ ihre Ziele zu erreichen. Wenn man die Kirche schon nicht zerstören kann, so läßt sie sich doch zu gewissen Zwecken gebrauchen! „Die Befrei-

ungstheologie, so scheint mir, ist so ein Versuch, die Kirche mit einer gewissen Ideologie zu infiltrieren.“ In der Abwehr dieser Gefahr liegt ganz offenbar eine der größten Herausforderungen der Kirche, meint Berna.

In diese Kerbe schlägt auch M. PORADOWSKI (Chile), indem er den „direkten Zusammenhang zwischen Befreiungstheologie und Marxismus“ aufdeckt und auf die frappierenden Ähnlichkeiten zwischen der Befreiungstheologie und Formulierungen des jungen *K. Marx* (1843) sowie den Schriften von *F. Engels* hinweist. „Befreiung des Menschen“, Christus als „Revolutionär“, das Christentum als Bewegung zur Befreiung des Menschen von der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung durch den Imperialismus des alten Rom, — die Schlagwörter gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Doch man braucht zur Entdeckung von Parallelstellen nicht einmal so weit zurückzugreifen. In seiner berühmten Grundsatzrede von 1924 bezeichnete *J. Stalin* das Programm des sowjetischen, das heißt kommunistischen Imperialismus als Krieg zur Befreiung der Völker vom Joch des wirtschaftskapitalistischen Imperialismus. Dies alles kommt einem in den Sinn, wenn man die famosen Befreiungstheologen liest, deren Werke praktisch auf der marxistischen Christologie moskauer Herkunft stehen. Bereits vor *G. Gutiérrez* gab es eine reiche Literatur aus der Feder derartiger moskauer Christologen, in der Christus als großer Revolutionär, als Mann, der damals nur darauf aus war, das jüdische Volk von der wirtschaftlichen Unterdrückung und dem römischen Imperialismus zu befreien, erscheint. Aus dieser Bibliothek schöpfen auch die heutigen Befreiungstheologen. Ihr Hauptanliegen besteht darin, die Christen, vor allem Lateinamerikas und Afrikas, mit der marxistischen Revolution zu befreunden. Somit erweist sich die Befreiungstheologie als ein Teil des Subversionskrieges der weltumspannenden marxistischen Revolution.

M. SOLLICH (Deutschland) macht auf eine Veröffentlichung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz „*Fe cristiana y compromiso social*“ aufmerksam. Darin werden Zustände und Vorgänge in Lateinamerika auf eine Art und Weise kritisiert, die von den Vorwürfen der Befreiungstheologen bisweilen nicht weit entfernt sind („Wir sind Aggressionen kultureller, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ideologischer Art ausgesetzt“ . . .).

Anschließend stellt A. HERTZ (Fribourg, Schweiz) zwei Fragen bezüglich der befreiungstheologischen Analyse. 1. Die Befreiungstheologie erklärt die „bürgerliche Soziologie“ als unwissenschaftlich und nicht objektiv, dagegen gibt sie ihre neomarxistische Tendenztheorie als wissenschaftlich aus, und zwar deshalb, weil sie aus der Praxis Lateinamerikas kommt. „Hier stellt sich die Frage nach einem ganz neuen Praxis- und Theorieverständnis.“ — Die 2. Frage betrifft den Stellenwert jener Analyse. Wäre sie eine Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie

sie tatsächlich in Lateinamerika gegeben sind, so wäre die Verkündigung des Evangeliums, wie *W. Kasch* es vorhin angedeutet hatte, möglich. Doch nach den Befreiungstheologen ist die Dependenztheorie eine *Conditio sine qua non* und auf die gesamte Weltsituation anwendbar. Daher auch der Streit mit deutschen Befreiungstheologen, z. B. *N. Greinacher* (Tübingen), der meint, eine Abschaffung des kapitalistischen Systems sei in der Bundesrepublik Deutschland nicht nötig, um eine Theologie der Befreiung zu verwirklichen. „Es ist für mich typologisch, daß im Grunde genommen eine lateinamerikanische Erfahrung verallgemeinert wird, weil man von einer Praxis ausgeht, die keine Theorie hat.“ Hertz will nun wissen, was die lateinamerikanische Kirche dazu eigentlich sagt.

D. RUBIM (Brasilien/Rom, ein Mann langer seelsorgerlicher Praxis in Brasilien) sieht die Dinge wieder von einer etwas anderen Seite. Er meint, daß man sich nicht so sehr auf philosophische Argumentationen versteifen, sondern einfach sehen soll, daß in der Praxis etwas nicht stimmt und daß man dazu von echter kirchlicher Theologie aus etwas sagen kann.

Daß man tatsächlich „etwas“ sagen kann, bestätigt v. Voss, wenn er die Frage stellt: „Welche Ratschläge gibt man denn Menschen, die, gleich aus welchen Motiven, sich dazu entschlossen haben, gegen Gewalt anzustürmen?“ Jedenfalls muß die Kirche vor Gewaltanwendung warnen. Darf also keine Rezepte anpreisen, die politische Gewalt einschließen. Ins Positive gewendet, bedeutet dies dann, Fragen wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität entwickeln für die gesamte Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsordnung. Das sind Dinge, „die auch klar dekliniert werden können.“ Eine christlich konzipierte Ethik wird noch das Ihrige dazutun, und „dann können wir doch ganz eindeutig Antworten auf die Frage finden, welche Ratschläge die Theologie der Befreiung für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geben soll. Die Kirche steht dann auch nicht in einer Kompetenzschwierigkeit, weil sie den Anspruch aus ihrem prophetischen Amt herleitet.“ Ihre Verkündigung zielt dann ab auf eine menschenwürdige Gesellschaft, in der Freiheit bejaht, die Mündigkeit gefördert und gestützt, Gerechtigkeit und Solidarität verlangt und Subsidiarität erwartet wird. „Dann stehen wir nicht in Gefahr, Opfer von Argumentationen zu werden, die sich bestimmter Begriffe bemächtigen, um keine Auskunft mehr darüber zu geben, ob das, was sie tun, mit dem prophetischen Amt noch in Einklang zu bringen ist.“

Utz bittet nun Kardinal HÖFFNER, sich über den theologischen Charakter der Befreiungstheologie zu äußern. Der Kardinal führte daraufhin folgendes aus: Es gibt in Lateinamerika mehrere Theologien der Befreiung. Die hier charakterisiert ist wohl die bedeutendste, und sie soll deshalb bei den folgenden Ausführungen

auch ins Auge gefaßt sein. Vom theologischen Standpunkt aus sind dazu nun zwei Anmerkungen fällig.

1. Bei dieser „Theologie“ wird die Sendung der Kirche horizontalisiert, und auch das Heil des Menschen sieht sich auf diese Erde beschränkt. Aufschlußreich für eine solche Einstellung sind die Aussagen eines ihrer bekanntesten Vertreter, des nicaraguanischen Priesters *Ernesto Cardenal*, der bei seinem Staatsbesuch als Kultusminister seines Landes in der DDR laut gedruckter Unterlage erklärte: „Das Reich Gottes, das Reich des Himmels, sehe ich als die vollendete kommunistische Gesellschaft an. Weiterleben nach dem Tod bedeutet, sich heute für andere Menschen engagieren, denn in ihnen vermag ich fortzubestehen. In der Auferstehung sehe ich keinen individuellen, sondern einen kollektiven Akt, der mit der Befreiung aller Menschen identisch ist.“ Hatte *Cardenal* seine Theologie nicht einmal anders gelernt? Wie soll man seine Aussagen mit der Botschaft Christi noch vereinigen können? Auf der Linie von *Cardenals* Gedankenentwicklung finden wir überraschenderweise auch *Karl Marx*. In seinem Religionsaufsatz für das Abiturrexamen 1835 schrieb er zwar über das Bibelwort: „Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben“, und sein Religionslehrer forderte ihn auf: „Analysieren Sie die drei ersten Verse im 14. Kapitel bei Johannes: 'Glaubt an Gott und glaubt an mich, im Hause meines Vaters sind viele Wohnungen, und ich gehe hin, um euch einen Platz zu bereiten'“, und weiter wurde er, wie es im Examensprotokoll heißt, über die Unsterblichkeit der Seele und das ewige Leben gefragt. Allein später wollte dieser ehemals so bibelbeflissene *Marx* von alledem nichts mehr wissen, und anstatt der „vielen Wohnungen im Haus des himmlischen Vaters“ hatte er nur noch eine vollendet humanistische Gesellschaft im Sinn und die Verheißung des Glückes hier auf Erden. Man fragt sich also, was will eigentlich diese marxistisch inspirierte Befreiungs-„Theologie“, was hat sie mit Theologie überhaupt noch zu tun, wenn sich ihre Botschaft nicht über das hinaus erhebt, was der Atheist *Karl Marx* schon vor 150 Jahren verkündet hatte?

2. fordert die Frage der Gewalt eine theologische Stellungnahme heraus. Als *Ernesto Cardenal* im vorigen Jahr den Friedenspreis des deutschen Buchhandels in Frankfurt erhielt, erklärte der katholische Münsteraner Theologieprofessor *Johann Bapt. Metz* in seiner Laudatio, dieser Priester habe sich auf die Seite der Gewalt gestellt, denn Gewaltlosigkeit könne getarnte Feigheit sein, weil sie Züge des Opportunismus tragen könne, und deswegen sei es berechtigt, auch Gewalt anzuwenden. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch der ehemalige Professor der Salesianeruniversität von Rom *Giulio Girardi*, wenn er sagt, es sei zwar schlimm, wenn man notgedrungen aus Liebe töten müsse, doch die Zuflucht zur Gewalt sei dann erlaubt, wenn kein anderer Weg mehr offenstehe. — Wie ist eine solche

These mit der christlichen Liebe vereinbar? Wird durch diese Theorie der revolutionären Gewaltanwendung nicht der Geist des Krieges in der Menschheit geweckt und wachgehalten? Unwillkürlich kommt einem da ein anderer Vertreter des Marxismus in den Sinn: *Lenin*. Er läßt eine Mutter zu ihrem heranwachsenden Sohn sagen, sobald er groß sei, werde man ihm das Gewehr geben, er soll es ergreifen und alles Militärische erlernen. Entwaffnung sei ein Grundirrtum, denn die Sozialisten könnten niemals Gegner revolutionärer Kriege sein, werde der Krieg doch erst dann überwunden sein, wenn die Marxisten die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Land, niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert hätten. Dann würden die Kriege unmöglich werden, bis dahin seien sie unvermeidlich. In diesem Zusammenhang rief Kardinal Höffner noch den Wehrkundeunterricht der DDR-Jugend in Erinnerung, durch den die Gewaltbereitschaft systematisch gepflegt wird.

„Was stellen wir nun als Theologen dem gegenüber?“, fragte der Kardinal. In seiner Antwort holte er ein Argument aus der Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ *Pius' XI.*, wo zwar auch von „Klassen“ und „Klassenkampf“ die Rede ist, jedoch als Ziel vor Augen gestellt wird, die Gegensätze zu überwinden und den Kampf in Zusammenarbeit zu verwandeln, in die friedliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit. In diesem Sinn hat die Kirche schon lange vor „*Quadragesimo anno*“ segensreich in der Sozialbewegung des 19. Jahrhunderts gearbeitet, nicht zuletzt in den zahlreichen Arbeitervereinen mit ihren hohen Mitgliederzahlen. Erwähnen muß man hier auch die Deutschen Katholikentage früherer Prägung mit ihren Sozialprogrammen, die alles andere als Aufrufe zum Klassenkampf waren. Welch ein Kontrast gerade der Katholikentag 1869 von Düsseldorf und die wütende Reaktion darauf von *Karl Marx*, wenn er an seinen Freund *Friedrich Engels* schrieb: „Die Pfaffen auf dem Düsseldorfer Kongreß und der Mainzer Bischof Ketteler kümmern sich um die Arbeiterfrage! Die Hunde kokettieren mit der Arbeiterfrage! Ich werde bei der Internationale dagegen wirken!“ Denen also, die Frieden und Versöhnung schaffen wollten zwischen Kapital und Arbeit, oder, um es theologischer zu sagen, denen, die sich in genuin christlichem Geist für Gerechtigkeit und Liebe einsetzten, schleudert der angeblich große Patron der geknechteten Arbeiterschaft — der übrigens gerne bei seinen reichen Vettern *Philipp* in Aachen und in Holland zu Tische saß — seine Kriegserklärung entgegen! Demgegenüber kann man nur wieder festhalten, „daß wir als Christen nicht den Kampf und die Zerstörung verkünden dürfen, sondern das Aufeinanderzugehen, die Überwindung der Übelstände durch Evolution, letztlich durch Gerechtigkeit und Liebe.“ Zum Abschluß rief der Kardinal noch jene Szene des letztjährigen Katholikentags von Düsseldorf in Erinnerung, wo sich *Cardenal* in der sogenann-

ten „Kirche von unten“ produzierte und den Jugendlichen etwas vom nicaraguanischen Militarismus sandinistischer Provenienz vorzuschwärmen versuchte: „Die Kinder laufen ihnen (den Soldaten) schon nach!“ Die deutschen Jugendlichen ließen sich jedoch keineswegs mitreißen angesichts solcher Worte aus Priester mund und bedrängten Herrn *Cardenal* mit Fragen, die für junge Christen durchaus bemerkenswert waren.

Zum Abschluß dieses Diskussionspunktes ergriff Bischof J. LOZANO nochmals das Wort und führte folgendes aus:

Um alle Zweifel zu beheben, möchte ich meinen Standpunkt in der Frage Befreiungstheologie nochmals klarstellen und mich dabei kurz auf 3 Punkte konzentrieren: 1. die philosophische Basis, 2. die Beziehung zum Thema des Kongresses, 3. eine andere Theologie.

Zu 1. Die philosophische Grundlage jener Richtung der „Theologie der Befreiung“, die ich im Artikel dargelegt habe, ist, so meine ich — einige sind darin nicht der gleichen Meinung — der dialektische Materialismus, nicht der historische, sondern der dialektische, und zwar auf eine simplistische Weise verstanden. Vielleicht ist es ein *Althusser*'scher, vielleicht ein stalinistischer, sicherlich, wie ich schon sagte, vermischt mit vielen Elementen der leninistischen Theorie der Abhängigkeit im Endstadium des Kapitalismus. Gewiß wird dieser ganze Komplex der Idee von *Lenin* und *Stalin* auch manipuliert, indem man sie den jeweiligen Verhältnissen anpaßt, vor allem gilt das von Nicaragua, wo man ganz klipp und klar behauptet, daß *Marx* kein Atheist war, sondern nur den falschen Gott seiner Zeit ablehnte, daß, wenn *Marx* unter den heutigen Umständen gelebt hätte, sich seine Kritik nur gegen die kapitalistische Idolatrie oder gegen die kirchliche Idolatrie gerichtet hätte, nicht aber gegen den wahren Gott der Armen.

Sicher wird dies alles auf ein politisches Programm hin manipuliert. Was jedoch im Grunde vor sich geht, darüber gibt es viele Meinungen. Stehen internationale Einflüsse dahinter? Soviel ich weiß, gibt es sie ganz bestimmt. Hochgestellte Persönlichkeiten, die diese marxistische „Theologie der Befreiung“ vertreten, genießen jede Unterstützung ausländischer Mächte.

Zu 2. Das Anliegen des Kongresses besteht darin, die christliche oder — wie ich gern sagen würde — die christlich inspirierte Alternative zum Marxismus für die wirtschaftspolitische Ordnung zu finden. Das, was ich in meinem Artikel dargelegt habe, ist eine im Sinn der „Befreiungstheologie“ verstandene „christliche“ Alternative nicht gegen den Marxismus, sondern in Übereinstimmung mit ihm. Mir scheint, daß sie im Mittelpunkt, nicht am Rande dieses Symposiums steht. Mehr noch, ich glaube, daß es eines seiner großen Anliegen ist, eine genuin christ-

liche Alternative zu gewinnen, gerade weil es bereits eine „marxistisch-christliche“ Alternative gibt.

Zu 3. Eine andere Theologie. Was hält die Kirche von der marxistischen Analyse als wissenschaftlich-philosophischem Mittel zur Interpretation der Konfliktsituation im Lichte der geoffenbarten Wahrheit? Im Dokument von Puebla gibt es einen Abschnitt über Ideologien und Politik, in dem gesagt wird, daß die im Februar 1979 dort versammelten Bischöfe, die Bischöfe Lateinamerikas, die marxistische Art und Weise der Interpretation der Offenbarung nicht akzeptieren. Und um gewisse Bedenken auszuräumen, als ob Erzbischof *López* und ich selbst zweifellos Marxisten seien: wir akzeptieren den Marxismus als Mittel zur Interpretation der Offenbarung nicht! Warum? Puebla gibt drei Gründe an:

1. Wer das tut, entleert die Sprache des Glaubens und macht daraus rein soziologische Begriffe.

2. Die marxistische Interpretationsweise zu übernehmen, würde die vollständige Politisierung des christlichen Lebens bedeuten.

3. Was entscheidend ist: die marxistische Interpretationsweise anzunehmen, um damit die geoffenbarte Wahrheit zu interpretieren, bedeutet, diese ihres transzendenten Gehaltes entleeren, d. h. sie ist kontradiktorisch, nicht konträr: die marxistische Interpretationsweise steht zur geoffenbarten Wahrheit nicht in einem konträren, sondern in einem kontradiktorischen Gegensatz. Ich sage dies, weil nicht wenige meiner lateinamerikanischen Theologen-Kollegen die Ansicht vertreten, wie der *hl. Thomas* eine ganz bestimmte Auffassung von der Offenbarungswahrheit vortragen konnte, so könnten wir dasselbe auch in Bezug auf *Marx* tun.

Konkret gesprochen: worin besteht heute diese andere Theologie? Vielleicht könnte man auch sagen, daß wir hier keine authentischen Befreiungstheologen sind. Sicher ist die Meinung weit verbreitet, daß nur die marxistische die echte Befreiungstheologie sei. In meinem Beitrag habe ich die Befreiungstheologie definiert als eine systematische Reflexion über die Konfliktsituation im Lichte des Glaubens. Je nachdem wie diese Reflexion ausfällt, ergibt sich eine jeweils andere Theologie. Ich selbst habe den Versuch gemacht — und darüber auch ein Buch geschrieben —, eine andere Befreiungstheologie vorzutragen, eine Theologie im Dialog. Denn im Dialog kann man nicht einfach „Anathema“ sagen oder alles verurteilen, im Dialog muß man sich, und dies im Licht von Puebla, mit den wesentlichen Postulaten der „Befreiungstheologie“, d. h. mit der marxistischen Analyse, auseinandersetzen. Eine Skizze dieses Buches habe ich als Anhang zu meinem eingereichten Beitrag dem Sekretariat des Symposiums übergeben; sie ist als Artikel veröffentlicht, und wenn dieser Ihre Aufmerksamkeit verdienen könnte,

so wäre damit auch zugleich ein Versuch verbunden, im Dialog einander zu verstehen und nicht einfach zu verurteilen.

3. Die liberale Analyse

Im Blick auf den liberalen Kapitalismus und den Marxismus ist zu sagen, daß sich dieser mit katholischer Weltanschauung nicht vereinigen läßt, während man jenem unter der Voraussetzung zustimmen kann, daß er den Erkenntnisnihilismus bezüglich der sozialen Werte, die Grundthese des Liberalismus, aufgibt (LUZ GARCIA ALONSO). Der Liberalismus ist eine späte Frucht des mittelalterlichen Nominalismus, der die Dinge nurmehr von seiner unmittelbar erfassbaren Außenseite zu verstehen vermochte, während er ihren dahinterstehenden Wesenheiten und seinsmäßigen Gemeinsamkeiten, d. h. ihrer essentiellen Einheit keinen Realitätscharakter zusprach. Die Dinge unterscheiden sich nur durch ihre „Namen“ und stehen ohne seinsmäßigen Zusammenhang oder seinsmäßigen Hintergrund individualistisch nebeneinander. Daher ist dem Nominalismus auch ein allen Gemeinsames, ein *Bonum commune*, ein Gemein-Wohl fremd. Dem schrankenlosen, rücksichtslosen Individualismus stehen damit die Tore offen. Die *Libertas* entartet so zum Liberalismus, der die echte Freiheit zugunsten des reinen Individualnutzens pervertiert, anstatt ihren Sinn im Hinblick auf das Wohl aller zu erfüllen. Wirft der Liberalismus seine Ungebundenheit ab, um unter dem Dach des Gemeinwohls die Gestaltungskräfte des Menschen ins Spiel zu bringen, dann kann er im katholischen Denken durchaus einen vornehmen Platz einnehmen und auch in der Welt der Wirtschaft zu einem belebenden Motor werden.

Gemäß dem Liberalismus bestimmt der freie Wille in eigener Verantwortung die Werte. Von „natürlich“ vorgegebenen Gemeinwohlwerten kann daher keine Rede sein. Die wirtschaftlichen Werte sind das Resultat eines durch freie Kommunikation entstandenen Konsenses. Dieser Konsens ist darum ein geschichtliches Resultat. Im Grunde kommt der Liberalismus mit dem Marxismus überein, einzig mit dem Unterschied, daß der Marxismus die sozialen Werte materialistisch als aus der Entwicklung der Wirtschaft abgeleitet erklärt, während der Liberalismus diese Nuance nicht hat. Es klingt sowohl marxistisch wie liberal, wenn die Theologen der Befreiung vom praktischen Diskurs (*discurso operativo*) sprechen, durch den der Wertkonsens in der Gesellschaft gefunden wird.

III. Die christliche Konzeption der Wirtschaftsordnung – Die Stellung der Marktwirtschaft im christlichen Denken

Die erkenntnistheoretischen Grundlagen für diesen Punkt lieferte LUZ GARCIA ALONSO (Mexiko-City). „Das Problem, das sich hier stellt, ist ein Problem der Kohärenz zwischen der spekulativen und der praktischen Wahrheit, zwischen der übernatürlichen und der natürlichen, zwischen der Wahrheit der moralischen und der innerweltlichen Ordnung.“ Kernpunkt bildet das *Bonum commune*, im vorliegenden Fall gewiß das ökonomische, doch dieses steht nur für einen Teil des umfassenden *Bonum commune*, das sich öffnet auf das ewige, und dieses ist das letzte Ziel des ganzen Universums. Die Kohärenz zwischen Denken und Leben, zwischen zeitlichem und ewigem *Bonum commune* wurzelt so stark im Bewußtsein, daß *Thomas v. Aquin* sagen kann, das letzte Ziel des Universums sei die Wahrheit und die höchste Lebensäußerung sei die *Theoria*, die intellektuelle Schau. Dies bedeutet also, daß die Praxis, mithin auch Politik und Wirtschaft, von entsprechenden spekulativen Erkenntnissen abhängt. Anders: aus dem Irrtum, aus einer falschen Theorie kann kein richtiges Handeln entspringen und kein befriedigendes Ergebnis erwartet werden.

Wie P. STEENKAMP unterstrich, fordert die Krise, in der wir stehen, die Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Ordnungsprinzipien, von denen man hätte ausgehen müssen, als man die Marktwirtschaft in Gang setzte. Zu den christlichen Prinzipien gehören die Eigenverantwortung und die soziale Gerechtigkeit. Man hat die Eigeninitiative mobilisiert, aber die soziale Gerechtigkeit übersehen, die durch den Mechanismus des Wettbewerbs allein nicht gewährleistet ist. Angesichts der krassen sozialen Ungleichheiten gewöhnte man sich daran, den Staat anzurufen, damit er durch soziale Flickmaßnahmen Abhilfe schaffe. Heute spüren wir die Folgen dieses staatlichen Übergewichts in den schweren sozialpolitischen Lasten, die der Wirtschaft aufgebürdet wurden. Es geht nun darum, die beiden Prinzipien, die Eigenverantwortung und die soziale Gerechtigkeit, von unten her aufzubauen: im Unternehmen und in den Branchen.

Noch akzentuierter spricht B. ALFAGEME (Spanien) in seinem Beitrag von der Strukturierung der Wirtschaft im Hinblick auf Eigenverantwortung und soziale Gerechtigkeit. Als Unternehmer in verschiedenen Branchen legt er großes Gewicht auf die intermediären Verbände, in denen sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vertreten sind, dies besonders im Hinblick auf die Eingrenzung gewerkschaftlicher Tätigkeit. Ohne diese intermediären Verbände sieht er die Gefahr, daß die Wirtschaft ein Spielball der Sozialpartner wird. Seine Skepsis gegenüber dem freien Spiel der Sozialpartner begründet er durch den Hinweis, daß diese all-

zu leicht die Bindung an das Gemeinwohl ignorieren und daß im besonderen die Gewerkschaften die Tendenz haben, einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch ein Übermaß an Mitbestimmung zu lähmen oder/und andererseits als politische Organisation (namentlich auf der iberischen Halbinsel und in den lateinamerikanischen Ländern) aufzutreten.

Die Freiheitsidee priest F. SUÁREZ GONZÁLEZ (Spanien) vor allem als *conditio sine qua non* für die Tätigkeit des Unternehmers. Ohne Freiheit kein Unternehmertum, ohne freies Unternehmertum keine wirtschaftliche Prosperität. „Mehr als alles andere braucht der Unternehmer Freiheit, um zu leben, sich zu entfalten, handlungsfähig zu werden, denn allein die Freiheit vermag in ihm die Ideen zu wecken, um mit anderen freien Unternehmern auf dem Markt zu konkurrieren.“ Man soll deshalb auch nicht von wirtschaftlichem „Start“ in den Entwicklungsländern reden, bevor sich dort nicht eine solide, schöpferische Unternehmerschicht herausgebildet hat, ein Unternehmertum also, das von marktwirtschaftlichem Denken geprägt ist. Mit anderen Systemen ist an Fortschritt nicht zu denken. Suárez González macht in diesem Zusammenhang auch auf die subtile Formulierung von *Johannes Paul II.* aufmerksam, wenn dieser in „*Laborem exercens*“ von Kollektivismus und Kapitalismus spricht. Es heißt dort nämlich, die Lehre der Kirche (über das Eigentum) stehe zum Programm des Kollektivismus, das vom Marxismus proklamiert wird, „in einem radikalen Gegensatz“ (*dissidet radicitus*), sie ist aber „zugleich auch vom Kapitalismus verschieden“ (*etiam discrepat a consiliis capitalismi*; beide Zitate in Nr. 14). Mit dem Kollektivismus also gibt es keine Gemeinsamkeit, mit dem Kapitalismus kann man sich auf der Basis des Privateigentums unter Vorbehalten treffen. Dabei hat die Kirche als letztes und entscheidendes Anliegen immer die Würde des Menschen im Auge.

J. KONDZIELA (Lublin, Polen) kommt zunächst auf gewisse schiefe Ansichten der Marxisten zu sprechen. Sie verwechseln nämlich Rentabilitätsorientierung mit fragwürdiger Gewinnmaximierung und verwechseln marktgebundenen echten Wettbewerb mit brutalem Konkurrenzkampf. Durch derartiges Betonen von Mißbraucherscheinungen besonders in der Zeit des Spätkapitalismus läßt sich echte Marktwirtschaft natürlich leicht in Mißkredit bringen. Man muß bei der marxistischen Marktwirtschaftskritik also genau darauf achten, was die Marxisten dabei eigentlich kritisieren.

Dennoch ist zu bedenken, daß innerhalb der Marktwirtschaft gewisse Tendenzen dahin gehen, zum Schaden wettbewerblicher Prozesse Machtpositionen aufzubauen. Dieser weitverbreitete Machtausübungsstil — nicht das Marktprinzip als solches — liefert heute den Konfliktstoff. Angesichts dieser Entwicklung ist zu bedenken, daß inzwischen eine Arbeiterschaft herangewachsen ist, die sich mit

dem „verwalteten und verwaltenden traditionellen Machtmonopol“ nicht mehr abfinden will. Dabei geht es im Kampf um mehr Mitsprache und Demokratie wiederum nicht gegen das Marktprinzip, sondern um die „Durchbrechung eines Macht- und Verantwortungsmonopols“ in der Wirtschaft. Diese Dinge sind im Westen bekannt, doch auch im kommunistischen Osten wird gegen die Allmacht des Versorgungsstaates rebelliert. Übrigens richtet sich der Protest der Arbeiter sogar auch gegen die Bevormundung durch die Gewerkschaften, wie das Beispiel England lehrt. Die Zukunft liegt eben ganz offensichtlich in Richtung von „Mitbestimmung und Partnerschaft im Rahmen der Marktwirtschaft.“ Sogar im Osten zeigt sich in dieser Hinsicht ein Silberstreif am Horizont. Man denke an *Ota Šik*, der bereits erklärt, daß der Markt im heutigen Stadium der menschlichen Gesellschaft durch Partnerschaft ergänzt werden müsse. Ähnliches ist aus Polen zu berichten. Der IX. Parteitag der Polnischen KP betonte ausdrücklich, „daß man vom zentralen Planen und der zentralisierten Wirtschaftsverwaltung Abschied nimmt.“ Dies geschieht durch die „Drei-S-Regel“: Selbstständigkeit (anstatt zentraler Planung), Selbstverwaltung (Abkoppelung von der Zentralverwaltungsstelle, Mitbestimmung, Partnerschaft), Selbstfinanzierung.

Man muß freilich auch die Grenzen der Wirtschaftsdemokratie bedenken, sonst kommt leicht das Gemeinwohl in Gefahr, und zwar einerseits durch das Kapital, das nach Gewinnmaximierung, Monopolisierung und Macht strebt und dadurch den Wettbewerb stört und das ganze Marktsystem aus den Angeln zu heben droht, andererseits durch die Arbeiterseite mit ihrer Anspruchssteigerung: höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. Um des Gemeinwohls willen muß man anstelle der „Interessenmonologie“ die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, wie die katholische Soziallehre sie vertritt, „in die Strukturen des Wirtschaftslebens hineinkomponieren“, und dies auf nationaler wie internationaler Ebene.

Zur Frage der Wirtschaft und katholischen Soziallehre äußerte sich C. STRZEWSKI (Polen) ebenso komprimiert wie systematisch. Dabei stellte er die Grundthese voran, daß die Norm der Wirtschaftsanalyse im Licht der katholischen Soziallehre nicht die Gerechtigkeit sei, auch nicht der Friede und ebensowenig die Solidarität, sondern die wirtschaftliche Prosperität. Und zwar Prosperität im Sinn einer auf Dauer angelegten sozialen Bedürfnisdeckung im weitesten Sinn des Wortes. Man kann dann sagen: „Die Analyse der wirtschaftlichen Situation im Lichte der katholischen Soziallehre basiert auf den Normen der wirtschaftlichen Rationalität unter der Voraussetzung, daß sie den Menschen als Wirtschaftssubjekt respektiert, seine materiellen, sozialen, kulturellen, sittlichen und religiösen Bedürfnisse vollständig berücksichtigt, daß sie keine statische, sondern eine dyna-

misch-historische Analyse ist, daß sie nicht nur individuelle, sondern auch soziale Bedürfnisse miteinbezieht“.

Dementsprechend ist ein „Idealmodell“ der Wirtschaftspolitik zu erstellen, auf das die konkreten Beschlüsse ausgerichtet sind. Das heißt, es muß über die geeigneten Mittel zur Transformation und Reform der Wirtschaft nachgedacht werden. Dabei darf man keine Kompromisse mit falschen Ideologien eingehen, wenngleich Gruppen verschiedener weltanschaulicher Richtung sich im Kompromiß auf einen Reformpunkt einigen können (so im Sinne *Pauls VI.* in „*Octogesima adveniens*“). Im übrigen empfiehlt sich ein schrittweises Vorgehen, um soziale Konflikte zu vermeiden, wie schon Kardinal *St. Wyszynski* klug empfahl. Und die nicht weniger kluge Schlußbemerkung *Strzeszewskis* sei auch nicht vergessen: zu viel moralische Ansprüche (z. B. zu üppige Löhne, zu viel Mitrede Inkompetenter u. ä.) führt zur Mißachtung der ökonomischen Gesetze mit unter Umständen fatalen Folgen. Andererseits muß sich die rein wirtschaftliche Analyse auch immer den ethischen Normen stellen, damit Gerechtigkeit und Liebe nicht verletzt werden. (Vgl. nähere Ausführungen im Artikel von *Strzeszewski*).

Mit eben diesem letzten Stichwort beschäftigt sich hauptsächlich *J. KRUCINA* (Polen). Ihm will es nicht gefallen, daß in den großen Wirtschaftssystemen, Kapitalismus und Sozialismus, der Fortschritt immer nur durch Gegensätze und Kampf — Konkurrenz- oder Klassenkampf — erreicht werden könne und die Macht der Liebe keine Rolle im System spielen darf. Er meint, das „Prinzip Liebe“ müsse ins Wirtschaftsleben eingeführt werden, sollen die Gegensätzlichkeiten eines Tages nicht in Chaos, ja Selbstvernichtung enden. *Krucina* sieht in der Enzyklika *Johannes Pauls II.* „*Dives in misericordia*“ eine starke Bestätigung seiner Idee und wirbt dafür, daß die „erbarmende Liebe“ als „Kern der Sozialordnung“ in einer „völlig neuen Dimension“ wieder in die sozialwissenschaftliche Ethik aufgenommen werde. (Vgl. seinen Artikel).

Für *F. CUEN* (Mexiko) verdichtet sich das Problem der christlichen Konzeption der Wirtschaftsordnung zur Frage: Welche ist die beste Wirtschaftsordnung? Und dies bedeutet: welche Wirtschaftsordnung ist imstande, das Kapital am effizientesten und auf die menschlichste Weise nutzbar zu machen? Die Beantwortung dieser Frage wird erleichtert durch einen Blick auf den Marxismus. Was hat er sich zum Ziel gesetzt? Er will einen „neuen Menschen“ schaffen. Den reinen „*Homo oeconomicus*“. In der Praxis heißt dies zunächst einmal Eroberung der Macht. Dies geschieht entweder auf dem Weg der Gewalt oder, in subtilerer Weise, auf dem Weg der Täuschung, der Verwirrung, der Bemächtigung der Kultur, der Verbiegung der Grundbegriffe menschlicher Kultur. Dabei ist es gelungen, gerade die Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ in eigenartiger Weise umzufärben, so

daß der Kapitalismus nunmehr um sein Ansehen gebracht wurde, während der Sozialismus in einem attraktiven Licht erscheint. Demgegenüber ist jedoch als Tatsache festzuhalten: 1. aller Reichtum dieser Welt ist dem Kapitalismus zu verdanken. 2. der Marxismus hat eine neue Form des Kapitalismus geschaffen, den Staatskapitalismus im Gegensatz zum Privatkapitalismus, doch beide Male handelt es sich um Kapitalismus. 3. in Anlehnung an *Aristoteles* muß man sagen, der Mensch sei ein „Animal capitalista“. Und zwar deshalb, weil der Mensch nicht ohne Arbeitsinstrumente, mit anderen Worten nicht ohne Produktionsmittel existieren kann.

Die „Schlüsselfrage“ lautet nun: Können wir den Kapitalismus humanisieren? Jedenfalls und trotz aller Anschwärmungen des Kapitalismus durch die Marxisten „glaube ich nicht, daß er aus der Mode gekommen ist noch sich in Auflösung befindet. Allein, nachdem wir festgestellt haben, daß er sich durch die höchste Produktivität auszeichnet, bleibt für uns nur noch die Frage, ob er auch die humanste oder humanisierungsfähigste Wirtschaftsform darstellt. Ist dies tatsächlich der Fall, dann ist er auch fähig, den Menschen voll zu integrieren mit allen seinen Ansprüchen, auch seinen kulturellen und religiösen.“

Wirtschaft als solche kann man nicht taufen, ihr Sinn erschöpft sich in der Produktion. Doch sie muß dem christlichen (und darum auch dem echt menschlichen) Element Raum lassen, darf den Menschen nicht voll für ihre Zwecke „ver-einnahmen“, und dies ist dann der Fall, wenn sie Freiheit gewährt.

Freiheitliche Wirtschaft ist für CH. MANION (USA) allein die privatkapitalistische Wirtschaft. Die Frage bleibt dabei freilich immer noch offen, ob man eher in einem System der Repression nach marxistischem Muster oder in einer freiheitlichen Überfließgesellschaft zur christlichen Vollkommenheit gelangen kann. Jedenfalls, wenn man von „christlicher Konzeption der Wirtschaftsordnung“ reden will, muß man beachten, daß „die Grundvoraussetzung jeder christlich geprägten Wirtschaftsordnung das Zugeständnis von Freiheit ist, — oder die Dinge führen in die verkehrte Richtung.“ Dazu noch Manions Frage: „Wieviele von den 150 in *K.-H. Narjes'* Beitrag zitierten Ländern erlauben die Predigt des Evangeliums?“

In den Beiträgen zum vorliegenden Punkt III scheint das eigentliche Anliegen, nämlich das Christliche einer „christlichen Konzeption der Wirtschaftsordnung“ herauszustellen und zu definieren, nur schwer oder zu wenig präzise zur Geltung zu kommen. Dies hat seinen Grund eben darin, daß das Christliche nicht im Wesen der Wirtschaft selber liegt, es gehört nicht zu ihrem Begriff. Ihr Wesen beschränkt sich auf Gütererzeugung, möglichst vorteilhafte, und auf sonst nichts. Darum kann man wohl von einer kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaft, d. h. von diesem oder jenem Modus des Wirtschaftens, aber nicht eigentlich von

christlicher Wirtschaftsordnung reden. Richtig besehen, wenn auch weniger wörtlich mit dem Terminus „christlich“ ausgesprochen, liegt das „Christliche“ der Wirtschaft lediglich darin, daß in einer bestimmten Wirtschaftswelt dem Christentum ein Raum der Freiheit gelassen oder gewährt wird, in dem sich der Mensch gemäß der christlichen Auffassung vom Menschen bewegen, sich religiös, und das heißt zunächst einmal als Mensch entfalten kann, daß er als Mensch mit Verstand und Willen ernst genommen und nicht zum schweigenden Rädchen einer von anonymen Mächten dirigierte Maschinerie degradiert wird. Ausdruck dieses Strebens, „Mensch“ sein zu wollen, ist im Reich der Wirtschaft das Verlangen nach Demokratie, Mitbestimmung, Mitbeteiligung. Man muß also hinter die Wörter, die an ihrer Vorderseite nicht unbedingt die Abzeichen des Christlichen tragen, schauen, um festzustellen, daß sie tatsächlich die Anliegen des Christen vertreten.

In diesem Sinne sind auch die Gedanken CH. WATRINS (Deutschland) zu verstehen. Er geht von der Frage der Entscheidungskompetenz in der Wirtschaft aus und betont dabei, daß hier sowohl staatliche wie auch private Instanzen ins Spiel kommen müssen. Beide Entscheidungsarten sind wichtig, nicht nur die staatliche allein, wie der Sozialismus meint, um sich gegen die Gefahr der Demokratisierungsideologie abzuschirmen. Wenn die Produktion erstellt ist, und damit fängt das Wirtschaften erst einmal an — was übrigens immer schon in Gemeinschaft geschah: Familie, Stamm, Kloster usw., heute in der Firma —, kann über Verteilung gesprochen werden. In diesem Zusammenhang wollte Watrin seine polnischen Kollegen vor unbedachter Verwendung der Begriffe „Mitbestimmung“, „Miteigentum“ warnen. Es kann nämlich im praktischen Fall, wie z. B. in Deutschland, so kommen, daß Nichteigentümer Entscheidungen treffen, deren ökonomische Kosten sie nicht tragen können. Ob sich eine derartige Mitbestimmung immer zum Vorteil der Firma auswirkt? Oder auch nur gerecht ist, wenn andere, die mit der gefällten Entscheidung gar nichts zu tun haben, die Folgen tragen müssen (Überwälzung)? Laboristische Organisationsformen können bisweilen funktionieren, „aber ich bin nicht davon überzeugt, daß wir eine Wirtschaftsordnung als Ganzes im wesentlichen laboristisch organisieren können, wenn wir den Arbeitern die Freiheit lassen, zu wählen.“ Das Problem der Haftung für Fehldispositionen ist dabei nämlich nicht gelöst, weil die Frage des Eigentums in der Schwebe bleibt. Darum auch die chronischen Übelstände bei den sozialistischen oder den „volkseigenen“ Firmen. Watrin spricht sich auf jeden Fall für einen Pluralismus von Unternehmensformen aus, dabei auch dafür, daß Gruppenproduktion nicht verboten werde.

Der Arbeiter, der mitbestimmt, aber auch zugleich Miteigentümer ist, sieht sich in „idealer“ Situation zwei Risiken ausgesetzt: einmal seinen Arbeitsplatz und dann auch noch sein zur Verfügung gestelltes Kapital zu verlieren. Davor scheut mancher zurück und steckt sein Geld lieber in die eigene Sache, z. B. in den Haushalt, in sein Auto, Eigenheim usw. Also: „Sich nicht verengen auf das laboristische oder das wirtschaftsdemokratische Modell . . ., weil dieses immer die Forderung bedeutet, daß die Menschen das Arbeitsplatzrisiko plus ihr persönliches Kapitalrisiko kumulieren, gewissermaßen auf eine Karte setzen, anstatt, was eine vorsichtige Strategie raten würde, auf mehrere Pferde zu setzen.“

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist eine Ordnung der Freiheit, sie soll auch rechtlich alle Formen von Unternehmensstrukturen erlauben, so daß man sich womöglich jenen Arbeitsplatz aussuchen kann, der den individuellen Bedürfnissen am zukömmlichsten ist. Zur Frage des Marktes tritt also die der Unternehmensverfassung hinzu, und nochmals: Da die laboristische Verfassung noch nicht ideal ausgearbeitet ist, sollte bei einer allzu betonten Empfehlung des Laborismus die Kumulierung von Risiken nicht vergessen werden. Resumée: Wirtschaftsordnungen können verschieden aussehen, die Wertmaßstäbe der katholischen Soziallehre werden jedoch auf jeden Fall in der Sozialen Marktwirtschaft am wirkungsvollsten beachtet.

CL. A. ANDREAE (Österreich) möchte *Ch. Watrins* Warnung vor Laborismus durchaus unterschreiben. In der Kombination von Mitbestimmung und Miteigentum sieht er aber unter bestimmten Bedingungen ein ausgezeichnetes Mittel zur Hebung der Arbeitsmoral, die auch Rezessionsphasen zu meistern vermag. Er weist hierbei auf einen metallverarbeitenden Betrieb in Tirol und auf den Bertelsmann-Verlag hin. „Kapital“ heißt jedoch nicht nur Geld, sondern auch — und dies ist für die Entwicklungsländer wichtig — Bildung, Gesundheit, Sacheigentum und natürlich Eigentum an Grund und Boden. Wenn eine möglichst breite Streuung des Eigentums auch ohne Zweifel dem obersten Prinzip „alles gehört allen“ entspricht, so hat es keinen Sinn, Eigentum an jene zu verteilen, die nicht in der Lage sind, es produktiv zu gebrauchen. Vorsicht ist darum z. B. bei der Bodenreform geboten.

A. F. Utz stellt als Diskussionsleiter fest, daß zwischen der durch die polnischen Teilnehmer vertretenen partnerschaftlichen Wirtschaftsorganisation und der von *Ch. Watrin* verteidigten grundsätzlich privatwirtschaftlichen Ökonomie beachtenswerte Divergenzen bestehen, die einer Abklärung bedürfen. Im Namen der polnischen Teilnehmer antwortet J. KONDZIELA, daß in Polen ganz andere staatsrechtliche Verhältnisse herrschen. Dort gäbe es die Freiheitsrechte im Sinn des Westens nicht. Es ginge in Polen vielmehr darum, dem Arbeiter in einer staatlich-

chen Planwirtschaft einen Freiheitsraum zu erringen. Eine Umwandlung des gesamten Wirtschaftssystems könne nicht im Vordergrund stehen. Die Humanisierung müsse an der Basis, im Betrieb erfolgen im Gegensatz zum westlichen Vorgehen, das zuerst die makroökonomische Organisation im Auge habe im Hinblick auf ein staatsrechtliches Denken im Sinn der freiheitlich organisierten Gesellschaft.

Ausgehend vom Zweifel, ob „*Laborem exercens*“ *Johannes Pauls II.* auch für die Marktwirtschaft eintrete — einem Zweifel, den bereits *F. Suárez González* zugunsten der Marktwirtschaft ausgeräumt hatte —, skizziert *TH. MULDER* (Holland/Rom) kurz und präzise, die „eigentlich christlichen Prinzipien oder die Prinzipien aus christlicher Sicht.“ Sie lassen sich zwar nicht, wie *O. v. Nell-Breuning* meint, „auf einen Fingernagel“ schreiben, sind aber dennoch rasch geschrieben. Das erste wurde von *Johannes Paul II.* in „*Laborem exercens*“ so formuliert: „Durch Arbeit muß sich der Mensch sein tägliches Brot besorgen.“ Weiter gehört dazu Solidarität und persönliche Verantwortung, diese ist besonders ausgeprägt im System der freien Marktwirtschaft zu finden. Schließlich Subsidiarität, „die erst die richtige Ausgewogenheit zwischen persönlicher Verantwortung und Solidarität verbürgt.“ Mulder faßte in dieser Intervention nur kurz zusammen, was er in seinem Artikelbeitrag (s. o.) ausführlicher dargelegt hat.

Ein bißchen entgegen dem bisherigen consensus universalis des Kongresses will *V. ZSIFKOVITS* (Österreich) davor warnen, „irgendeine Wirtschaftsordnung als mit dem christlichen Ideal identisch zu betrachten.“ Es könne sich immer nur um eine „Affinität“ handeln. In concreto geht es natürlich um die Frage, welche Wirtschaftsordnung das „christliche Wertpaket“ am besten verwirklicht. Dabei ist auch sehr wichtig, daß die wirtschaftlich tätigen Menschen ihr wohlverstandenes Eigeninteresse als integrierenden Faktor eines ebenso wohlverstandenen Gemeinwohlinteresses begreifen. Christlicher ausgedrückt: „daß man dem Grundprinzip des Christentums, nämlich der wohlverstandenen Nächsten- und Eigenliebe im Blick auf die Gottesliebe, entsprechend gerecht wird.“ Abschließend weist *Zsifkovits* noch auf die Sorge um die Vermehrung knapper Güter hin. Hierbei soll man nicht vergessen, „daß das sehr knappe Gut der Menschheit ihre sittliche Kraft ist, daß man mit ihr sparsam umgehen, aber auch einiges tun muß, um sie zu mehren.“

A. HERTZ (Fribourg, Schweiz) läßt die Marktwirtschaft als Glücksbringerin „größtmöglichen Glückes für die größte Zahl“ unter Voraussetzung höchst effizienter Produktivität des Eigentums durchaus gelten, obwohl diese Glücksidee ziemlich neuen Datums ist. Doch wie lassen sich die typischen Gegebenheiten der hochproduktiven Marktwirtschaft, wie Selbstverantwortung und Selbstbetei-

ligung, etwa auf die Dritte Welt übertragen, wo die Mehrzahl der Menschen noch festgefügt in kleinen Wirtschaftsgemeinschaften lebt und gar nicht fähig ist, sich selbst zu versorgen, eine Voraussetzung, die beim freien Umgang mit Eigentum doch gegeben sein muß? „Hat da der Markt mit dem Eigentum noch die Freiheitsfunktion, die das Eigentum zur Zeit *Rousseaus* noch hatte?“

Zurückgreifend auf die Ausführungen von *Ch. Watrin* gibt Z. DROZDEK (Polen) Kenntnis von den Versuchen in Polen, die dortige Wirtschaft zu reformieren. Dabei stechen drei Merkmale hervor: 1. der Versuch, Marktmechanismen einzuführen, 2. Dezentralisierung (Problem: Unternehmen), 3. Mitbestimmung. Der Versuch, marktwirtschaftliche Prinzipien in einem weithin staatskapitalistischen Land einzuführen, weckt nicht nur die Hoffnung auf eine größere Effizienz der Wirtschaft, sondern rückt auf einmal, was man im Westen vielleicht unterschätzt, auch „die Souveränität des Menschen als Konsument“ ins Blickfeld. Auch das ist ein Humanisierungs- oder Demokratisierungseffekt. — Das Mitbestimmungselement leidet darunter, daß es in einem sozialistischen Staat keine Eigentümer im eigentlichen Sinn des Wortes gibt. „Eigentümer“ ist die anonyme Beamtenschaft, die natürlich nicht die Verantwortung für das Kapital auf sich nimmt.

Doch Marktsystem und Mitbestimmung genügen noch nicht. „Es muß ein Pluralismus im Eigentumssystem und im Unternehmenssystem vorhanden sein, erst dann kann man von Marktmechanismus reden, und erst dann kann das staatliche Eigentumsmonopol gebrochen werden.“ Einige Breschen sind bereits geschlagen: Genossenschaften erhalten ihre Souveränität zurück, es gibt Gewerkschaften mit beschränkter Haftung und andere mit gemischtem (polnischem und ausländischem) Kapital, es besteht die Möglichkeit, daß eingetragene Vereine (z. B. auch katholische Organisationen) Firmen gründen. Das staatliche Eigentumsmonopol wurde also bereits zurückgedrängt, und man hofft auf weiteren Fortschritt in dieser Richtung. Das letzte Wort: „Diese Reformen sind nur dann möglich, wenn wir es nicht mit einem orthodoxen, sondern einem pragmatischen Marxismus zu tun haben. Wir hoffen, daß wir ihn haben.“

Dem Pluralismus in der vielgepriesenen Freiheit der Marktwirtschaft stellt C.-G. FETSCH (Deutschland) den lapidaren Satz entgegen: „Er existiert in der Praxis nicht!“ Geldmäßig gesehen laufen heute schon mindestens 50 % aller Ausgaben und Werte über den Staat. Die absolute Marktwirtschaft wurde also, jedenfalls in manchen Bereichen, bereits zu Grabe getragen.

Zur Frage der „Personenbezogenheit“ der Arbeit stellt Fetsch fest, daß sie umso mehr belastet ist, je größer der Betrieb wird, und dies trotz dort erhöhter Sozialleistungen.

Auf dem Feld der Mitbestimmung ist nicht zu übersehen, daß sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr eine Funktionärsschicht mit ihrer eigenen Art von Standesehrgeiz eindringt, eine Entwicklung, die den wünschenswerten unmittelbaren Kontakt der Sozialpartner keineswegs fördert.

Punkt Mitbestimmung: sie soll nicht nur dazu dienen, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden, sondern „auch moralische Werte in das Wirtschaftsgeschehen einzubringen. Das ist eminent wichtig und geht teilweise heute bei uns (in Deutschland) in der öffentlichen Diskussion verloren.“

Im übrigen funktioniert die Mitbestimmung effizienter, wenn sie sich in größeren Betrieben innerhalb sogenannter „Regelkreise“ abspielt, wo homogene Gruppen über „ihre“ Probleme reden können, Probleme, von denen sie wirklich etwas verstehen. „Denn man kann nun einmal nicht alles mitbestimmen.“ Die Demokratisierung durch Mitbestimmung muß, unbeschadet ihrer Notwendigkeit, in ihrer Begrenzung gesehen werden, sonst bleibt sie nicht mehr praktikabel.

Das Problem des doppelten Risikos, von dem *Cb. Watrin* sprach, ließe sich vielleicht entschärfen, meint Fetsch, wenn die Beteiligungen am Risikokapital weiter gestreut würden. Z. B. könnten etwa auch Hausfrauen und Beamte, also Personen — es sollten möglichst viele sein —, die nicht als Arbeitnehmer in einem Betrieb tätig sind, mit ihrem Kapitalzuschuß dort Miteigentümer werden und damit die Risiken vermindern helfen. Der Bund der katholischen Unternehmer in Deutschland sei gerade daran, ein entsprechendes Modell zu entwerfen.

Ein „kleines Beispiel für Vermenschlichung von Kapital“ lieferte W. SCHUSSER (Deutschland) aus der jüngsten Geschichte seiner Firma Siemens. 500 Millionen für freiwillige betriebliche Leistung und „viele Millionen“ für das, was unter Mitbestimmung, Betriebsratstätigkeit usw. fällt, ist schon „eine schöne Vermenschlichung des Kapitals“, die dieses „transnational marktwirtschaftlich tätige Privatunternehmen“, das seine Produkte in 126 Ländern anbietet und 100 000 Mitarbeiter im Ausland beschäftigt, zustande gebracht hat. Besonders erwähnenswert ist in dieser Hinsicht Brasilien, wo die Firma nicht nur Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte (Ingenieure, Techniker, Betriebs- und Verwaltungspersonal), sondern auch — zusammen mit anderen dort ansässigen deutschen Großunternehmen — eine Ausbildungsstätte für qualifizierten kaufmännischen Nachwuchs errichtete. Die Absolventen dieser Schule sind nicht verpflichtet, bei den beteiligten Unternehmen einzutreten, sondern können ihren Arbeitsplatz frei wählen, wo sie wollen. Aufsehen erregend ist die Schaffung eines Betriebsrates aus allen drei Bevölkerungsgruppen (Schwarzen, Weißen, Farbigen) in Südafrika. Sogar den ersten freigestellten Betriebsrat schwarzer Hautfarbe gibt es dort, „er ist eine Art Ombudsman, der sich im Sinne der dortigen Menschen hervorragend bewährt.“

Am Schluß dieses Diskussionspunktes gibt E. JAHAN (Frankreich) noch zu bedenken, daß freie Marktwirtschaft nicht unbedingt jedes Volkes Sache ist und sein muß. Die afrikanischen Völker z. B. sind traditionell ganz auf Gemeinschaft ausgerichtet und sehen in ihr ihre hohen menschlichen Werte gesichert und geborgen. Wie es übrigens mit dem „Menschlichen“ in der freien Wirtschaft bisweilen bestellt ist, läßt sich leicht an gewissen unmenschlichen Schlagwörtern, die dort herumgeistern, ablesen, wie „unerbittliche Konkurrenz“, „Wirtschaftskrieg“, „wilder Liberalismus“ usw. Der freie Markt gewährt dem Menschen sicherlich Chancen für seine Entfaltung, doch dies muß in einer gesicherten Ordnung vor sich gehen.

IV. Marktwirtschaft und Entwicklungsländer

Diesem Diskussionspunkt sei der Beitrag von G. SCHMIDTCHEN (Deutschland) über „Die deutschen Katholiken und die Dritte Welt“ als Einführung vorangestellt. Schmidtchen unterstreicht dabei das starke positive Echo, das dieses Thema im Bewußtsein der deutschen Katholiken hervorrief, ein Thema, das zur „Umstrukturierung unseres Denkens führen muß“ und das „eines der großen Themen der Bewährungsethik unserer Tage ist.“ Es blieb denn auch nicht nur bei „Betroffenheit“, sondern diese führte weiter zu einer „neuen Moral“, zur Überzeugung, daß es sich lohne, „etwas für die Gemeinschaft, für andere zu tun.“ Gewiß hat es im katholischen Deutschland schon immer ein einsatzbereites Interesse für die Dritte Welt gegeben, nur lief es früher unter dem Titel „Mission“ und war leicht geprägt von einem gewissen Überlegenheitsgefühl der missionierenden Länder und nahm gern die Gebärde der Herablassung gegenüber den „armen Heiden“ an. Diese Mentalität hat sich inzwischen gründlich gewandelt zugunsten geradezu eines partnerschaftlichen Verhältnisses, in dem Geben und Nehmen durchaus zweiseitig ist, und zwar auf allen Gebieten: wirtschaftlich, kulturell und spirituell. Wenn die in Bezug auf die Dritte Welt erwachte „neue Moral“ — vor allem mit ihrer Idee der Gerechtigkeit — sich gewiß auch schwer in „Organisation“ übertragen läßt, so wird es nach der Überzeugung der deutschen Katholiken doch niemals eine „vernünftige Weltwirtschaftsordnung“ ohne entsprechende moralische Grundlagen geben können.

Im Blick auf die Strukturen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen des Jahres 2000 stellt R. v. WECHMAR (Deutschland) eine Prioritätenliste in 6 Punkten als strategisches Programm zur Debatte:

1. Globale Energiestrategie. Sie sollte Erzeugern wie Verbrauchern Sicherheit verschaffen. Dabei stehen außer dem Erdöl natürlich auch noch andere Energieträger auf der Liste, auch die Kernenergie. Beim Öl erhebt sich die leidige Preisfrage, ein Problem, das sich in Anbetracht der Unnachgiebigkeit mancher ölerzeugender Staaten nur schwer in den Griff bekommen läßt. Suggestiert wird eine Energiefiliale bei der Weltbank zugunsten schwacher Länder, um sie in den Stand zu setzen, ihre eigenen Energiequellen auszunützen.

2. Ernährungsstrategie. Ihre Notwendigkeit ist in Anbetracht der Ernährungslage in vielen Teilen der Welt mit Millionen und Abermillionen von Hungernen und Unterernährten evident. Angesprochen sind hier jedoch nicht nur die Länder mit Nahrungsmittelüberproduktion, sondern auch die Penuria-Staaten selbst, die ihre Agrarerzeugung steigern und Nahrungsmittelreserven anlegen müßten.

3. Handelsstrategie. Und das heißt: Kein Protektionismus, sondern freier Welthandel! Die Märkte der Industriestaaten sollten also für die Entwicklungsländer offenstehen oder für sie geöffnet werden.

4. Bevölkerungsstrategie. Was ist angesichts der immer mehr sich steigenden Weltbevölkerung zu tun? Anno 2000: 6 Milliarden Menschen auf der Welt! Soll man immer noch wegschauen? Dieses Thema wurde oben schon angeschnitten und wird auch weiterhin den Kongreß nicht in Ruhe lassen.

5. Rohstoffstrategie. Rohstoffabkommen waren bisher meist schlecht oder gar nicht befriedigend. Das Problem liegt in der Stabilisierung der Märkte, die mit indexierten Preisen oder Stützungsfonds nicht zu erreichen ist. Vielleicht haben die Abkommen von Lomé zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den AKP-Ländern (Afrika-Karibik-Pazifik) mit ihrem Stabex-System (Exporterlösstabilisierung) eher Aussicht auf Erfolg.

6. Entwicklungsstrategie. Die Bundesrepublik Deutschland faßte als Hilfe für Entwicklungsländer 0,7 % des Bruttosozialprodukts ins Auge und versucht, sich diesem Ziel immer mehr anzunähern, ein Bestreben, das trotz aller Haushaltschwierigkeiten fortgesetzt werden sollte. Es stellt sich bei dieser „Strategie“ allerdings die Frage, ob Entwicklung, sprich „Industrialisierung“, immer nur mit marktwirtschaftlichen Methoden oder da und dort aussichtsreicher doch auch mit zentraler Planung verfolgt werden soll. Mit anderen Worten: „Ist es sinnvoll und hilfreich, überall die reine Lehre der Sozialen Marktwirtschaft in die Länder der Dritten Welt zu exportieren? . . . Ich glaube, daß die Vielfalt der Entwicklungsländer auch mit vielfältigen Mitteln eine Antwort erwarten kann . . . Der Marktwirtschaft steht in den Entwicklungsländern ein vielleicht noch größerer Test bevor als in den Staaten des industrialisierten Nordens.“

Nachdem der Vertreter der UNIAPAC (Internationale Vereinigung Katholischer Unternehmer) H. CARNIAUX (Belgien) die bekannte Tatsache, daß das sozialistische Wirtschaftssystem „weithin bankrott gemacht“ hat und der Sozialismus als System „augenblicklich mit keiner Antwort aufwarten kann“, hervorgehoben hatte, stellte er die Frage, weshalb dennoch so viele Menschen auf ein derartiges Bankrottsystem ihre Hoffnungen setzen. Unter anderem – vgl. Befreiungstheologie – spielt hier sicher eine Rolle, daß die Marktwirtschaft für das Problem der Arbeitslosigkeit und mehr noch für das des Hungers in der Welt noch keine Lösung gefunden hat. Die Probleme sind freilich sehr komplex, und zahlreiche Rezepte werden vorgeschlagen, die das Übel nur noch verschlimmern können. „Dies entbindet uns jedoch nicht von der Verpflichtung, nach besseren Antworten auf die brennenden Fragen, wie eben den Hunger in der Welt, zu suchen.“

Genau zu diesem Komplex äußerte sich M. FERRARI-AGGRADI (Italien) aus seiner langen Erfahrung mit den Problemen des Mezzogiorno seines Landes. Es komme nicht nur darauf an, in ein Hungergebiet rasch Lebensmittel zu bringen, entscheidend auf Dauer sei, die nötigen Voraussetzungen für ein gesundes „autonomes Produktionssystem“ zu schaffen. Von dessen Gelingen hängt das Wohl oder ein noch schlimmeres Weh der betreffenden Gegend ab.

Die ökonomische Entwicklung einer unterprivilegierten Landschaft fußt auf zwei Voraussetzungen: 1. die Hilfe von außen muß kräftig und vielseitig sein, 2. als noch wichtiger erweist sich die richtige Verwendung der zur Verfügung gestellten Güter durch die Regierung sowie auch durch die nachgeordneten Stellen und die Endempfänger. Dazu muß noch die Vorbereitung der Mitarbeiter kommen, vor allem der Techniker, Handwerker und überhaupt der verantwortlich Tätigen. Im Mezzogiorno fehlte es vor allem an dieser qualifizierten Mittelschicht, während Handlanger und Hochausgebildete der Oberstufen genügend vorhanden waren. Praktisch ging die Entwicklung nach einem Prioritätenplan vor sich: Energie, Wasser, Kommunikationswesen. „Mit diesen drei Sektoren ist alles möglich, ohne sie werden die Schwierigkeiten unüberwindlich, und die Wirtschaft macht keinen Fortschritt.“ Hier kommt wiederum die Hilfe von außen in Sicht in Form von Investitionen und technischem Know-how sowie die internationale Kooperation auf der Basis bilateraler Verträge. Was derartige Hilfen vermochten, sah man am Wiederaufbau Europas nach dem 2. Weltkrieg. Die Verhältnisse haben sich mittlerweile zwar gewandelt, dennoch sollten sich die heutigen Bemühungen vom Geist von damals inspirieren lassen.

Die Ausführungen R. v. Wechmars ins Auge fassend erklärt CHR. WATRIN (Deutschland), daß ihm dort „der wichtigste Punkt“ zu fehlen schein, nämlich der Gedanke, daß die Marktwirtschaft „aufs engste mit der Idee des Rechtsstaates

verbunden ist.“ Einer der schwersten Mängel in der internationalen Wirtschaft ist tatsächlich weithin das Fehlen der Rechtsstaatlichkeit. Jedoch scheint „die Herausbildung des Rechtsstaates fast noch wichtiger zu sein als die Frage der Marktwirtschaft und der Wirtschaftsordnung.“ Und wo sie besteht, droht die Gefahr, daß sie im Zuge der Demokratisierung zerstört wird, denn wo die Abstimmungsmehrheit recht bekommt, kommt das Recht bisweilen zu kurz. Darum: „Solange wir die Bedeutung des Rechtsstaates, also die Herrschaft der Gesetze — *Platon*: Wer soll herrschen? Die Gesetze! — nicht wieder aufs neue verstehen, werden wir eine ganze Reihe von Problemen auf nationaler Ebene nicht lösen können.“ Dasselbe gilt nicht weniger für die Verhältnisse im internationalen Bereich, wo das Elend der Entwicklungsländer nicht zum wenigsten mit dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit zusammenhängt. Man denke nur daran, daß die Riesensummen der internationalen Entwicklungshilfe nicht selten dazu dienen, untaugliche Wirtschaftsstrukturen zu festigen und neue Eliten zu finanzieren, „während die Menschen, denen man eigentlich helfen wollte, leer ausgingen.“ Watrin möchte deshalb auch der Meinung von *R. v. Wechmar* nicht zustimmen, man solle auch Diktaturen Hilfe gewähren, die doch nur (vgl. Angola, Mozambique) dazu diene, die Gewaltherrschaft zu stützen. Derlei Tyrannensysteme konnten doch nur entstehen, weil es in jenen Ländern „keinen Rechtsstaat in unserem Sinne gab und auch kein Äquivalent dafür geschaffen wurde.“ Im übrigen: Was sagen eigentlich die Sozialethiker zu all diesen Problemen? „Ihre Wissenschaft scheint hier noch nicht richtig ausgearbeitet zu sein.“

Zur Verwirklichung besserer internationaler Verhältnisse wartete Watrin nun mit zwei Vorschlägen auf. 1. Freie Wanderung der Güter, d. h. eben Abbau des wirtschaftlichen Protektionismus, denn hier erzeugt der Schutz des einen Landes das Elend der Arbeitslosigkeit in einem anderen. 2. Freie Wanderung der Menschen, und zwar nicht nur als Flucht vor Diktaturen gedacht (was im aufnehmenden Land dann als Asylantentum in Erscheinung tritt), sondern auch zur Lösung oder wenigstens Linderung des Pauperismus, obwohl gerade in diesem Punkt nicht zu verkennen ist, daß sich durch massive Zuwanderung fremder Völker in biologisch schwache Länder anderer Kultur neue Probleme auf türmen. Nichtsdestoweniger: „Ich verhehle nicht, daß zum Programm der Marktwirtschaft nicht nur der Gütertausch, sondern gerade auch die freie Wanderung der Menschen gehören soll“. Rühmenswertes Modell dafür: die USA bis 1914.

Als Sprecher der oben kritisierten Sozialethiker meldete sich H. B. STREITHOFEN (Deutschland) und verlangte gebührende Nachsicht für sich und seine Kollegen vom Fach. Seiner Meinung nach ist es zwar das „Recht und die Pflicht der christlichen Kirchen, ethische und theologische Grundsätze zu verkünden, wie

diese aber jeweils konkret umzusetzen sind, sollte man in die Eigenverantwortung der Individuen stellen.“ Darum: „Die Ethiker nicht überfordern!“

Diesen Gedanken stimmte A. F. UTZ (Schweiz) vollkommen zu, formulierte sogar noch etwas weitgehender: „Man soll die *Kirche* nicht überfordern!“ Sozial-ethische Urteile, in die konkrete Welt hineingesprochen, sind immer nur Ermessensurteile. Darum gerät die Kirche auch gleich in eine schwierige Lage, wenn sie sich da äußern soll. Sie besitzt doch nicht immer so leicht die Möglichkeit, richtig zu „ermessen“ (Beispiel: Unterstützung von Ländern mit militärischer Umsturzgefahr; in wessen Hände gerät die Hilfe, in die Hände der rechtmäßigen und rechtschaffenen Regierung oder in die Hände ihrer Gegenspieler?). Darum „ist es besser, daß die Kirche entlastet wird und die Laien das auf ihr Konto nehmen.“ Also nochmals: „Uns Fachleute nicht überfordern, und auch nicht die Kirche!“

Zur Sache „freie Wanderung“ bemerkt Utz, die Gefahr der „völkischen und soziologischen Umformung“ der Aufnahmeländer sei nicht zu übersehen, und auch der Streit ist nicht auszuschließen (vgl. Türken in Deutschland). Auch die Asylantenimmigration sieht er mit kritischem Blick.

Anknüpfend an das zuvor gefallene Stichwort „Prioritäten“ äußerte sich Bischof J. LOZANO (Mexiko) in zwei Punkten. 1. Es herrscht Übereinstimmung in der Frage des Güteraustauschs zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern, und zwar auch darüber, daß dies nach Prioritäten vor sich zu gehen hat. Das Problem besteht jedoch darin, ob ein Land mit der vorgeschlagenen Prioritätenliste einverstanden ist oder nicht. Am Beispiel Energie sieht man deutlich, wie sich die Einstellungen unterscheiden, je nachdem ein Ölland oder ein Land ohne diesen Rohstoff damit konfrontiert wird. Damit eine Prioritätenliste Aussicht auf Erfolg hat, muß sie auf die einfachsten Grundbedürfnisse, also jedenfalls auf Grundbedürfnisse, beschränkt bleiben. Nur so wird sie auch von einer breiten Öffentlichkeit akzeptiert, andernfalls entsteht von vornherein Streit über Inhalt und Reihenfolge. Natürlich spielt dabei die „Öffentlichkeitsarbeit“ der Medien eine entscheidende Rolle. 2. Die Kirche braucht sich im einzelnen als solche nicht einzumischen, ihr obliegen in concreto andere Aufgaben, doch muß sie nach genügender Information immerhin erklären können, ob eventuell dieser oder jener Vorschlag dem Geist des Evangeliums entspricht oder nicht.

C. A. ANDRAE (Österreich) hält die freie Wanderung jedenfalls dann für bedenklich, wenn die Emigranten keine „komplementäre Ausbildung und dergleichen“ besitzen und darum im Einwanderungsland leicht verproletarisieren. Als abschreckendes Beispiel in der Dritten Welt seien die Slumgürtel um die Großstädte genannt. — Die Frage der Subventionen für Diktaturstaaten kann nach Andrae von den Sozialethikern sehr wohl entschieden werden, nachdem man sie

unterrichtet hat, „wem erfahrungsgemäß das Geld zufließt.“ Dem rein ökonomischen Kalkül sind auf jeden Fall übergeordnete Gesichtspunkte voranzustellen.

Eine schwere Attacke richtete M. KAST (Chile) gegen die wiederholt aufgetauchte Idee der „Familienplanung“. „Persönlich distanzieren mich entschieden von dieser Planung.“ M. Kast behandelte das Problem zunächst vom wirtschaftlich-sozialen, sodann vom ethischen Standpunkt aus.

Zum ersten Gesichtspunkt bemerkt er folgendes. Für alle Länder, vor allem aber die unterentwickelten ist der einzig wirkliche Wert, mit dem sie rechnen können, ihre Bevölkerung. Sie bedeutet Produktivwert, vergleichbar mit anderen Produktivwerten wie Kapital, Naturschätze oder technische Hilfsmittel. Vermindert man den Produktivwert Bevölkerung, so vermindert man zwar auch die Notwendigkeit, immer mehr Menschen ernähren zu müssen, jedoch proportional dazu — „ich möchte sagen mehr noch als nur proportional“ — vermindert man für die Zukunft die wirtschaftliche Expansionskapazität. Nur keine falsche Angst: die Wirtschaft vermag schneller zu wachsen als die Bevölkerung, und diese sinkt automatisch ab, sobald jene ein gewisses Niveau erreicht hat. Andererseits: schwindet die Bevölkerungszahl zu stark, dann entsteht Überalterung und damit gerät die soziale Sicherheit ins Wanken, was sich in den armen Ländern natürlich noch schlimmer auswirken würde als in den reichen.

Des weiteren ist zu bemerken, daß in Entwicklungsländern Kinderreichtum immer noch die einzige „Sozialversicherung“ darstellt. Wird dieses Netz zu „weitausgehend“, d. h. schrumpft die Familie ein, steht die soziale Katastrophe vor der Tür. „Verkleinern wir künstlich die Familie, dann schaffen wir ein soziales Problem, das schwerwiegender ist als jenes, das wir lösen wollten.“ Schließlich: es ist ein bekanntes Gesetz, daß die Geburtenrate mit dem wirtschaftlichen Aufstieg sinkt. Die biologische Kurve aber vorzeitig bremsen, hieße, den Status der Entwicklungsländer auf einem bestimmten Niveau, das sie ohne die Eingriffe von außen überschreiten könnten, gewaltsam eingefrieren.

Zur ethischen Seite. Es ist eigenartig, daß man ein fundamentales menschliches Grundrecht wie die Entscheidung über die Größe der Familie beschneiden will, sich aber zugleich für die Beachtung weniger bedeutsamer Rechte mit Hingabe ins Zeug legt. In einem solchen Verhalten steckt doch ein ethischer Widerspruch! Des weiteren muß man bedenken, daß auf dem hier zur Debatte stehenden Bereich die Entscheidung der Familie bzw. der beteiligten Einzelpersonen maßgeblich bleiben muß. Kollektivanordnungen sind da falsch am Platze, noch viel weniger darf ein Volk einem anderen seine Vorstellungen aufzwingen. „Durch derlei üble Methoden sind die Gewissen in unseren Ländern aufs schwerste bedrängt worden.“

CL. DO COUTO E SILVA (Brasilien) hebt die Besonderheit seines Landes innerhalb der lateinamerikanischen Staaten hervor — „Wir sind Portugiesen und keine Spanier“ — und erklärt damit auch das schwache Interesse für die „Befreiungstheologie“ in Brasilien. Diese Sorte Theologie ist mehr Sache der Spanier, die von Hause aus Geschmack an der Revolution haben und darum auch die „großen Revolutionäre“ vom Schlage *Castros*, *Che Guevaras* und dergleichen hervorbrachten. In der Wirtschaftsorganisation nimmt Brasilien eine Mittelstellung zwischen staatlicher Planwirtschaft und freiem Markt ein, wobei allerdings der wirtschaftliche Dirigismus ein Übergewicht besitzt. Bei dieser „ökonomischen Mischform“ besteht natürlich immer die Schwierigkeit der Gewichtung zwischen der einen und der anderen Form: wieweit soll man vernünftigerweise sozialisieren, wieweit die Wirtschaft dem freien Spiel des Marktes überlassen? Für den Fall Brasilien ist jedenfalls nicht zu übersehen, daß es zwar Enteignungen (mit korrekter Entschädigung) gibt, andererseits jedoch bei bestehendem Finanz- und Kapitalmarkt auch finanzielle Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung vorhanden sind.

FIDES KRAUSE-BREWER (Deutschland) möchte den Sozialethikern, die, wie sie oben baten, nicht „überfordert“ werden wollen, etwas „Denkhilfe“ geben mit Ausführungen über die Aufwärtsentwicklung gewisser Länder der Dritten Welt, nachdem sie die Bremsklötze der staatlichen Planungswirtschaft auf die Seite geräumt hatten (z. B. Ägypten, Indonesien, Tunesien). Das soll allerdings nicht heißen, daß man nun das freie Marktsystem taliter qualiter über die Entwicklungsländer stützen solle. „Daß die großen Grundlinien in den Entwicklungsländern in einer staatlichen Aufbauplanung festgelegt werden müssen, ist unbestritten.“ Dennoch soll der einzelne Wirtschaftsträger von permanenten Staatseingriffen unbehelligt bleiben und auch die Preisbildung soll sich nach der Marktlage richten können. Vorwürfe sozialistischer Staaten, die das freiwirtschaftliche System als Brutstätte von Machtmißbrauch, Korruption, sozialem Elend und sozialen Unterschieden ausgeben, können ruhig mit genau der gleichen Münze zurückgezahlt werden, sie diskreditieren die Überlegenheit der Marktwirtschaft als solcher in keiner Weise. Man muß überdies bedenken, „daß in der Marktwirtschaft von heute die wirtschaftlichen und sozialen Steuerungsfunktionen des Staates durch seine Ordnungspolitik erheblich ausgebaut wurden.“ Die konsequente Anwendung des marktwirtschaftlichen Systems hat denn auch bewirkt, daß, entgegen sozialistischer Propaganda, nicht nur die Reichen, sondern auch die Armen immer reicher geworden sind, was jeder mit Händen greifen kann, der die „spektakuläre Verbesserung“ des Lebensstandards ganzer Völker zur Kenntnis nimmt, die sich von marktwirtschaftlichen Prinzipien leiten lassen.

Nachdem verschiedene Einwände gegen seine oben vorgetragenen Ansichten geäußert worden waren, sieht sich R. v. WECHMAR nochmals veranlaßt, in den Gedankenaustausch einzugreifen. Gegen Unterstützung von Gewaltregimen in den Entwicklungsländern trage er auch weiterhin keine Bedenken. Die hierbei gewährte Hilfe seien ja doch zunächst für die notleidenden Menschen gedacht und sie könne bei ihnen wohl auch ankommen. Im übrigen unterstützt man ohne Zögern ein Land wie Polen, wo der Doppeleffekt der Hilfe ebenfalls gegeben ist. Außerdem kann ein Land seine Einstellung auch ändern, wie *Fides Krause-Brewer* hervorgehoben hatte, und dann könnte sich früher gegebene Hilfe doch noch sehr reich auswirken.

Zur Frage der „Grundbedürfnisse“, die Bischof *Lozano* angeschnitten hatte, äußerte sich R. v. Wechmar nach den Erfahrungen, die er in der UNO gemacht hatte, sehr skeptisch. „Solange man sich dort darüber zu einigen versucht hat, so lange ist die Einigung darüber, was Grundbedürfnisse sind, auch ausgeblieben.“ Was wurde da nicht alles als „Grundbedürfnis“ aus- und angegeben! Nicht nur Nahrung und Erziehung, auch mit einem Stahlwerk, einer Luftfahrtlinie und mit Waffen wollten manche ihre „Grundbedürfnisse“ befriedigen, weit entfernt von den Grundbedürfnissen eines modernen europäischen Staates, wo Verfassung („Grund-Gesetz“), Freiheit, Freizügigkeit u. ä. im Vordergrund stehen. Hoffentlich reißt die Debatte darüber nicht ab und wendet sich schließlich einmal den Grundbedürfnissen zu, die echt und auch erfüllbar sind.

Zum Punkt Bevölkerungsproblem weist R. v. Wechmar vor allem im Hinblick auf die Darlegung von *M. Kast* auf die Ernährungslage hin, die besonders in den afrikanischen Staaten durchschnittlich sehr schlecht ist. Die Bevölkerungsexplosion wird jedoch nicht auf dem schwarzen Kontinent, sondern voraussichtlich in erster Linie in Mittelamerika und in Asien stattfinden. Und dann direkt an *M. Kast* gewandt: „Die Vorstellung, daß mit dieser Bevölkerungsexplosion auch eine Urbanisierung eben jener Familien eintreten wird und damit eine Entwurzelung jener tragenden Einheit, von der Sie sprachen, dies sollte uns doch zum Nachdenken veranlassen. Und die Vorstellung, daß eine Stadt wie Mexiko-City so viele Einwohner hat wie die drei Beneluxstaaten zusammen, läßt einen fürchten.“

Über die These von *K. H. Narjes* hinausgehend warf W. SCHMITZ (Österreich) kurz dazwischen: Die Marktwirtschaft ist nicht nur unersetzlich, sie ist auch ohne Alternative. Denn eine marxistische Wirtschaftsordnung gibt es gar nicht, „sie handeln auch unter sich mit westlicher Währung.“ Vonnöten ist allerdings „eine Währungsethik, die die richtige Schöpfung und Vernichtung von Geld und die Bildung von Kapital begründet und fördert“ (vgl. hierzu den Artikel des Interpellanten).

Mit seinen ausgedehnten Kenntnissen afrikanischer Verhältnisse greift hier wiederum P. TRAPPE (Schweiz) in den Meinungs austausch ein. Dabei tritt er zunächst der Ansicht entgegen, man könne mit einem Prioritätenkatalog in der Hand, d. h. „allein mit wirtschaftspolitischen Ordnungselementen prinzipielle Wandlungen herbeiführen.“ Viel entscheidender sind gesellschaftspolitische Ordnungsinstrumente wie die Rechtsordnung, deren Stärkung verlangt werden muß. — Von freier Wanderung hält Trappe für ein Land wie Afrika, wo 90 % der Bevölkerung auf dem Land wohnen, nichts. Auch hier muß man verhindern, daß das Landvolk davonläuft, indem man dem Bauern das Leben dort, wo er ist, anziehend macht. Ein „Rezept der neuen politischen Ökonomie“ hilft da nicht. „Das Problem der Stimmenmaximierung ist dort völlig absurd.“ In Einparteienstaaten geht es höchstens um die Machtmaximierung. — Auch die Marktwirtschaft sieht sich im Licht der afrikanischen Sonne etwas anders an. Mit ihren stark auf das Individuum zugeschnittenen Programmen eignet sie sich für Afrika wenig, wo stets die Gruppe den Entscheidungsfaktor darstellt. Es scheint daher dringend erforderlich, im Hinblick auf Afrika „das Subjekt der Sozialen Marktwirtschaft zu verändern.“ — Ähnliches gilt auch für das Eigentumsrecht. Anstelle des europäischen Ich tritt in Afrika das Wir der Gruppe. Wer will bei solchen Verhältnissen etwa einen Agrarkredit geben, wenn man keine Hypothek als Gegenleistung bekommen kann? Dafür muß eben ein Privateigentümer geradestehen. Kurzum: „Um mit den tatsächlich gegebenen Verhältnissen fertig zu werden, brauchen wir eine zugeschnittene Strategie. Dafür ist die Soziale Marktwirtschaft jedenfalls für den afrikanischen Raum jedoch gründlich zu revidieren.“

W. F. KASCH (Deutschland) wollte Mißstände und Fehlfunktionen, die es im sozialen Leben der modernen Welt gibt, insbesondere jene, die der Einheit dieser Welt so auffallend widersprechen (Güter austausch, Migration, Krise der Freiheit) einmal ins Licht der christlichen Ethik rücken. Müßte man hier nicht „christliche Aufklärung“ treiben, um zum Bewußtsein zu bringen, daß es auch im Sozialen das Phänomen der Sünde gibt? „Ich meine, Sünde als sozialetisches Problem ist völlig unreflektiert bei uns.“ Mag dem sein, wie ihm wolle: „Wenn wir als Christen und Ethiker und Theologen nicht deutlich machen, daß es zwischen Befolgung der Gebote und Glück und Wohlfahrt einen inneren Zusammenhang gibt, dann sind wir mit daran schuld, wenn es zu der einen Welt, zu der es kommen könnte, nicht kommt.“

L. LACHENMEIER (Schweiz) gibt der Versammlung, nach einer kurzen Bemerkung zum Nord-Süd-Dialog (die Entwicklungsländer können und müssen ihre Probleme auf ihrer nationalen Ebene lösen, für den „Rest“ tritt dann die internationale Partnerschaft ein) einiges in Form von 6 Fragen zu bedenken:

1. Glauben die Volkswirtschaftler, daß eine faire Konkurrenz ohne Protektion möglich ist? Man denke an das Lohngefälle zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

2. Wie soll eine faire Konkurrenz möglich sein zwischen Ländern mit teuren Umweltschutzaufgaben und denen, die durch Raubbau ihre eigene Existenzgrundlage zerstören?

3. Wie wird das Bruttosozialprodukt in den Entwicklungsländern gerechnet? Wenn ein Professor aus ökonomischen Gründen seine Haushälterin heiratet, dann sinkt das Bruttosozialprodukt. Legt er dagegen einen Garten an und arbeitet darin, dann hat dies keinen Einfluß auf die Statistik des Bruttosozialprodukts, obwohl er damit einen Lebenswert geschaffen hat. Ebenso wenig erscheinen auch die nicht entlohnten Leistungen in den Entwicklungsländern in der Statistik, d. h. was sonst noch gearbeitet wird und die dadurch erzielte Wohlfahrt, all dies erscheint nicht im Plan der Entwicklungsstrategie. Man kann sich also fragen, ob unsere statistischen Erhebungen wirklich das angeben, was man in den Entwicklungsländern als Wohlfahrt versteht.

4. Sind alle Errungenschaften der Industriestaaten für die Entwicklungsländer wirklich so wichtig? Wie stellen sich unsere Volkswirtschaftler unser Wachstum vor, wenn die Entwicklungsländer entwickelt sind und alle Bedürfnisse selber decken können (und dahin kommen sie vermutlich sehr schnell)?

5. An die Fachleute der Dritten Welt: Können Sie sich vorstellen, daß Klein- und Mittelbetriebe in der Lage sind, die Grundbedürfnisse Ihres Landes selbst zu decken? — In der Schweiz waren es während der Rezession ausgerechnet die Klein- und Mittelbetriebe, die jene Zeit am besten überstanden haben.

6. Glauben Sie, daß mit der erwähnten „Geburtenregelung“ das fragliche Problem gelöst werden kann? Ich glaube nicht daran. Durch „Geburtenregelung“ werden die Leute höchstens egoistischer, anspruchsvoller und bequemer. Die Sahara war einmal grün, — pointiert gesagt: machen Sie sie wieder grün und die ganze heutige Welt kann von ihr leben!

J. PATERNOT (Schweiz) wehrt sich dagegen, daß die Industriestaaten die Dritte Welt sozusagen an der Nase herumführen, mit anderen Worten: Desinformation des „Südens“ durch den „Norden“. Die Entwicklungsländer schicken ihre Intelligenz zu uns, diese schaut sich um und kommt aus dem Staunen über unseren Zivilisationsglitzer nicht heraus, doch niemand sagt ihr, daß es acht oder zehn Generationen harter Arbeit bedurfte, um zu diesem glänzenden Ergebnis zu kommen: Desinformation! — Sodann erzählen wir ihr: das Pro-Kopf-Einkommen (GNP) ist entscheidend. „Das ist Unsinn!“ Das Scheichtum Katar hat das höchste Pro-Kopf-Einkommen. Und wenn wir Shri Lanka mit seiner guten Ernährungs-

lage und seinem ausgezeichneten Gesundheitsdienst mit der Zentralafrikanischen Republik mit demselben Pro-Kopf-Einkommen vergleichen, dann vergleicht man eben zwei Dinge, die sich nicht vergleichen lassen: Desinformation! Weiter: wenn wir ihr vormachen, Industrialisierung sei eine feine Sache, dann verschweigen wir das Trauma der Industrialisierung, dem sich ein Volk aussetzt. „Wir wissen ziemlich viel über dringende Produkte, aber wir wissen nichts über den dringenden Fortschritt.“ — Die Vereinten Nationen erklären: Technologie ist der Schlüssel zur Entwicklung. Das stimmt nicht, das ist Desinformation! Man braucht dazu mehrere Schlüssel. Das Wichtigste ist wohl eine tüchtige Unternehmerschaft. Dann erst kommen Geld und Technologie. Das heißt, wenn wir sagen, Technologie ist der Schlüssel, belügen wir sie. Und wenn wir ihnen schließlich noch weismachen wollen, daß von der Technologie der allgemeine Wohlstand der Menschheit abhängt, wir bräuchten sie nur anzuwenden und der Fortschritt sei geschafft, — dann ist das nochmals eine Desinformation und „ich denke kaum, daß wir als Christen das Recht haben, sie mit derlei Mythen und Lügen abzuspiesen.“

„Soziale Gerechtigkeit“ steht zwar im Mittelpunkt der kirchlichen Sozialdoktrin, bemerkte L. PASINETTI (Italien), doch ist dieses Prinzip nicht etwas vage? Man müßte konkreter fragen: was ist heute „gerechter Preis?“ Nehmen wir das Öl. Ist sein Preis heute „gerecht“? Wenn ja, dann war er zuvor ungerecht. Weiter: Was ist „gerechte“ Einkommensverteilung? Und was heißt „gerechte“ Einkommensverteilung zwischen den Nationen? Hier sind die Unterschiede doch enorm. Also: Wo fängt hier die Ungerechtigkeit an? Es gibt auch noch andere Themen unter dem gleichen Gesichtspunkt: Arbeitslosigkeit, Zinssatz, Darlehen an unterentwickelte Länder, die dort inzwischen riesige Schuldenberge hervorgebracht haben, usw. Das alles sind Themen, in denen die christliche Verantwortung für soziale Gerechtigkeit sich konkret zu bewähren hat.

V. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Sinne der Marktwirtschaft zur Sanierung der Weltwirtschaft

R. F. PAULS (Deutschland) eröffnet das Schlußthema mit der allgemeinen Bemerkung, daß man für eine gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft auf jeden Fall Ruhe braucht, die nicht durch revolutionäre Ereignisse gestört werden darf, und daß sich die divergierenden Interessen der verschiedenartigen Wirtschaftspartner nur sinnvoll befriedigen lassen, wenn sie „in ein beherrschendes Gesamtinteresse eingebettet“ sind. Aus allem bisher Gesagten ergibt sich auch die Not-

wendigkeit einer ethischen Orientierung und einer Humanisierung des wirtschaftlichen Geschehens bzw. weiterer Humanisierung im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Dritte Welt, obwohl es nun wegen der Verschuldung der Industriestaaten immer schwerer wird, den unterentwickelten Ländern in diesem Sinn zu Hilfe zu kommen. Man muß daher mehr als zuvor nach privaten Investoren Ausschau halten, was allerdings voraussetzt, daß sie in den Entwicklungsländern attraktive Bedingungen vorfinden, vor allem die nötigen Sicherungen. Sie möchten nicht, daß ihre Kapitalien unproduktiv eingesetzt werden oder gar zwecks bequemer Gewinne in Industrieländern verschwinden. Wichtig ist ferner der Abbau von Protektionismus, d. h. positiv die Schaffung eines freien Welthandels, in dem auch die Entwicklungsländer ihre Produkte ungehindert auf den Markt bringen können. In der Dritten Welt steht im Vordergrund freilich immer noch die Agrarfrage, die dringliche Notwendigkeit, durch gesteigerte Lebensmittelproduktion die Ernährung möglichst weit aus eigener Kraft zu sichern. Würde in zahlreichen Ländern der unnötige Rüstungsaufwand beseitigt, so wären nicht nur Kräfte für die primitive Daseinsfürsorge frei, sondern es würde auch mancher bewaffnete Konflikt mit seinen meist katastrophalen Folgen überhaupt nicht entstehen. Dies alles jedoch „wird nur zu erreichen sein, wenn es gelingt, Vertrauen aufzubauen.“ Denn Geld leiht oder schenkt man nur einem vertrauenswürdigen Partner. Vertrauen basiert auf Zuverlässigkeit. Ist sie nicht vorhanden, sind alle oben gemachten guten Vorschläge in den Wind gesprochen und werden sich nie in wirtschaftliche Praxis umsetzen.

Besondere Erwähnung fand bei R. F. Pauls China, ein Land von ungeheurer wirtschaftlicher Potentialität, das, wenn seine Entwicklung stetig voranschreitet, „eine ganz entscheidende Rolle im nächsten Jahrhundert spielen wird, und dies nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.“

Als größte Gefahr, die allen drohe, nannte Pauls die bereits erwähnte „Kapitalmarktfrage der gesamten Welt.“ Er hält sie für so bedrohlich, „daß, wenn jemand im amerikanischen Kongreß auf die Wahnsinnsidee käme, einen Staat für bankrott zu erklären, eine Lawine losbrechen könnte, die alle Überlegungen, die wir angestellt haben, überrollt und wegschwemmt.“ Man denke nur an die Verschuldung der Staaten, der industrialisierten und der anderen. Vor 10 Jahren hatte der Eurodollar einen Gesamtumfang von 100 Milliarden gehabt, inzwischen ist er mindestens um das zehnfache gestiegen und er bewegt sich ohne effektive Kontrolle weiter. Gelingt hier keine Stabilisierung, „dann werden alle unsere Anstrengungen im sonstigen Bereich der Wirtschaft, werden alle Versuche, die Krisen zu bewältigen, umsonst sein.“

Das schon wiederholt berührte Thema „Bevölkerungsentwicklung“ wird von W. CORDES (Deutschland) erneut zur Diskussion gestellt. Er meinte dazu, die Kirche sei hier besonders zu einer Initiative berufen, da sie auf diesem Gebiet mehr als auf anderen Einfluß besitze. Jedenfalls sei es mit der vorgeschlagenen „Begründung der Sahara“ wohl nicht getan, die vorauszuschauenden 6 Milliarden Menschen stehen nämlich bereits in 20 Jahren vor der Tür, — an die 40 bis 50 Milliarden, wenn es „so“ weitergeht, hundert Jahre später nicht zu denken. Um den Weg zu einer Lösung des Problems — für ihn wie andere „eine der Hauptsorgen“ — frei zu machen, glaubt Cordes, daß die Moraltheologie von ihrem zu stark biologisch orientierten Sexualbegriff abkommen, d. h. die „Natur des Aktes“ entbiologisieren müsse. Dieser Akt sollte mehr im Kontext der zivilisatorischen Entwicklung gesehen werden. Während man früher der Natur „freien Lauf“ lassen konnte, da von acht geborenen Kindern „natürlicherweise“ sechs gestorben sind und sich damit offenbar naturgewollt das natürliche Gleichgewicht zwischen Leben und Tod durch die lange Menschheitsgeschichte hindurch bis heute erhalten hat, wurde es mit Hilfe der modernen Medizin erheblich durcheinandergebracht. Die Medizin hat die auf Gleichgewicht bedachte Natur sozusagen denaturiert, und nun kann der Mensch darin nicht mehr wie bisher ungestraft „secundum naturam“ leben. Er muß also, um aus dem Dilemma herauszukommen, sein Verhalten notwendigerweise ändern entsprechend den neuen Gegebenheiten der nun einmal anders gewordenen Lebensbedingungen, die sich nicht mehr auf den alten Status zurückdrehen lassen.

Bischof TUMÉ (Kamerun) wollte mit seinem Beitrag auf einen höheren Begriff von Entwicklungshilfe hinweisen. „Wenn Ihr Europäer von Entwicklung redet, denkt Ihr nur an materielle Dinge, Ihr denkt nicht an geistige Entwicklung.“ Und nun einmal unter diesem Aspekt verglichen: „Wollt Ihr behaupten, Europa sei mehr entwickelt als Afrika?“ Nun, wenn man nur an den materiellen Fortschritt denkt, muß man dies zugeben, doch „der Mensch als Mensch ist in Europa nicht mehr entwickelt als in Afrika, — und ich denke, der Mensch als Mensch ist das Entscheidende, wenn es um Entwicklung geht. Ist er nicht entwickelt, dann kann von echter Entwicklung überhaupt keine Rede sein.“ Doch Bischof Tumé wollte sich nicht mehr länger mit dieser Frage aufhalten, sondern zu „Schlußfolgerungen“ kommen. Nach einem hohen Loblied auf die vorbildhafte Tätigkeit der uneigennütigen Missionare und die großen Leistungen der Kirche vor allem im Bildungssektor bittet er, die Regierungen zu beeinflussen, daß sie ihre Hilfe entsprechend den echten Notwendigkeiten der Afrikaner geben. Mit Prestigeobjekten ist einem Volk nicht gedient, das auf dem Lande lebt. „Wir brauchen Projekte fürs Dorf!“ So wie die Missionare, die wie das Volk in den Hütten leben, echte, ange-

paßte Hilfe bringen, so mögen auch die Staaten, die Entwicklungshilfe leisten, die Lage von der Dorfperspektive aus betrachten. Und dann noch etwas, etwas sehr Wichtiges: „Lassen Sie uns selber unsere Prioritäten bestimmen! Bestimmen nicht Sie für uns und behandeln Sie uns nicht wie kleine Kinder, wir sind nämlich erwachsen und möchten uns auch als erwachsen fühlen können!“ Im übrigen hat Bischof Tumé in den Dörfern seiner Diözese Entwicklungsausschüsse eingerichtet, die über die Prioritäten beraten. „Wenn Sie sagen, Energie ist Priorität, dann mag das für Industrieländer richtig sein, für uns ist sie nicht Priorität. Denn was wir zunächst brauchen, ist Trinkwasser, ist Nahrung, ist Unterkunft, ist Bekleidung.“ Man beurteilt die Grundbedürfnisse im afrikanischen Dorf anders als in Europa, deshalb soll man die Leute dort fragen, was sie brauchen und nicht einfach das geben, was man in Unkenntnis der Sachlage für richtig hält. Bischof Tumé schließt mit der Bitte, in den einzelnen Ländern die christlichen Hilfsorganisationen zu unterstützen: „Wir hängen sehr stark von diesen christlichen Organisationen ab, sie haben in der Dritten Welt sehr viel Gutes bewirkt, und ganz besonders in meinem Land. Vielen Dank!“

Zu diesen Ausführungen des afrikanischen Bischofs paßte sehr gut die Frage von C.-G. FETSCH (Deutschland), ob die Industriestaaten in den Entwicklungsländern einfach alle möglichen Bedürfnisse wecken dürfen (was sie anscheinend tun). Es gehe doch wohl nicht darum, dort das pompöseste Produkt an den Mann zu bringen. Notwendig seien dort „einfache, der Lage angepaßte Technologien“ (ganz im Sinn von Bischof *Tumé*), ein Gedanke übrigens, den, wie vorher FIDES KRAUSE-BREWER (Deutschland) bemerkte, der ehemalige deutsche Wirtschaftsminister *Ludwig Erhard* schon in den sechziger Jahren geäußert hatte: zunächst einmal das Handwerk und die Kleinstindustrie fördern, so Know-how vermitteln und Kaufkraft schaffen und damit solide Grundlagen für den weiteren Aufbau legen. „Auf diesem Nährboden könnte sich dann ein Wirtschaftssystem entwickeln, das die Segnungen der freien Sozialen Marktwirtschaft wirklich nutzen kann.“

Aus der Sicht bzw. aus den Erfahrungen seines Landes hält C. DO COUTO E SILVA (Brasilien) als beste Lösung für die Entwicklungsländer die Kooperation mit einem Industrieland, und zwar zunächst auf Regierungsebene (Beispiel: Brasilien – USA). Der Industriestaat steht dem Entwicklungsland mit seiner Technologie verschiedener Stufung solange bei, bis sich hier die nötigen Strukturen (Bankwesen, wirtschaftliches Führungskräftepotential) für selbständige Weiterführung herausgebildet haben. Ohne eine derartige „Mischwirtschaft“ hält Cuen das „Überleben“ der Entwicklungsländer für äußerst gefährdet, denn wenn sie zu Industrieländern emporsteigen, entbrennt notwendigerweise der Kampf um die Ab-

satzmärkte, und das ist ein sehr schwieriger Kampf, ein Kampf „auf Leben und Tod“, eben Konkurrenzkampf, bei dem der eine gewinnt und der andere verliert. Gewinnen, d. h. auf dem Weltmarkt bestehen, kann aber ein aufstrebendes Entwicklungsland nur, wenn es organisatorisch und mit fachlicher Kompetenz entsprechend präpariert ist.

H.-H. ZENCKE (Deutschland) geht bei seinen Überlegungen von den Bilanzschwierigkeiten zahlreicher Länder aus, von der nicht nur eigentliche Entwicklungsländer, sondern auch Staatshandelsländer wie Polen, Rumänien und Ungarn, Schwellenländer wie Mexiko und Argentinien, aber auch ölproduzierende Staaten (Libyen, Nigeria, Irak, Iran), ja sogar das Industrieland Belgien betroffen sind. Einige dieser Staaten müssen schlicht als „praktisch pleite“ angesehen werden. Daß dadurch das internationale Kreditsystem und zugleich der Welthandel bedroht werden, liegt auf der Hand. Sucht man nach den Ursachen dieser Misere, so stößt man gewiß zunächst auf das Festhalten an falschen Wechselkursen und auf das Übel von Protektionismus und Dirigismus, die „eigentliche Ursache“ jedoch liegt in dem langandauernden wahnhaften Drang der Staatsregierungen, das Anspruchsdenken ihrer Bürger immer mehr anzuheizen und damit geradezu eine „Anspruchsinflation“ zu erzeugen, der die Kräfte des Marktes nicht mehr gewachsen sind. Die Folgen sind Kreditaufnahmen, das heißt Schuldenmachen, und das heißt wiederum, daß Wohlstand, der nicht durch volkswirtschaftliche Leistung gedeckt ist, zum „Wohlstand auf Pump“, zum „Scheinwohlstand“ degradiert wird, hinter dem die Gespenster der Inflation und des Bankrotts lauern. Dagegen hilft kein Ruf nach Staat und Bürokratie, sondern nur *ein* Mittel: „die produktiven Kräfte wecken und entfalten und die Leistungskraft der Bürger und der unternehmerischen Privatinitiative suchen.“ Es ist klar, daß bei diesem Sanierungsprozeß die Industriestaaten vorangehen müssen. Hier gilt es, Struktur-schwächen zu beseitigen und sich eventuell auf geringere Dimensionen umzustellen, um ein weltweites Wirtschaftswachstum zu garantieren, denn dieses ist „unerläßliche Voraussetzung“, — auch für den Aufstieg der Entwicklungsländer. Natürlich gilt es auch, die Staatsverschuldung durch Zurückschrauben der staatlichen Leistungen, „insbesondere der Sozialleistungen“, abzubauen. Und im übrigen mit „Mut und Überzeugungskraft“ sein Vertrauen auf die Kräfte des Marktes zu setzen. Dies ist zwar „kein leichtes Geschäft doch zur Marktwirtschaft gibt es gerade heute keine Alternative.“

Mit der soeben erwähnten Strukturreform hängt der Gedanke der internationalen Arbeitsteilung innig zusammen. FIDES KRAUSE-BREWER (Deutschland), die darauf zu sprechen kam, wies dabei den Ländern unterster Stufe vor allem die landwirtschaftliche Produktion zu, die Schwellenländer sollten in den mittelständigen

schen Industrien erfolgreich sein, und die Industrieländer werden sich weitgehend darauf beschränken müssen, hochtechnische Produkte herzustellen (Mikroelektronik, Großchemie, Verkehrstechnik usw.). Zu ihrer Aufgabe gehöre jedoch auch, die Entwicklungsländer mit Technologien zu versorgen, die deren Bedürfnissen und menschlichen Fähigkeiten angepaßt sind.

Solche weltweiten Umstellungen verlangen natürlich ihre Opfer. Doch wer opfert sich schon gern? Hierauf legte C.-G. FETSCH (Deutschland) seinen Finger. „Ich stelle — gerade bei Geistlichen — die größte Unsicherheit fest, wenn es z. B. darum geht, daß gewisse Arbeitsplätze im Zuge der internationalen Arbeitsteilung bei uns wegfallen müssen.“ Theoretisch sieht das jeder ein, doch wenn es einen Betrieb praktisch trifft, kann man natürlich nicht erwarten, „daß jedes Betriebsmitglied möglichst freudig zustimmt.“

R. WEILER (Österreich) geht auf der Suche nach Problemlösungen vom Gegensatz Industriestaaten — Entwicklungsländer aus. Im „Westen“: Freihandel, Abbau von Handelsschranken, Marktpreise, internationale Arbeitsteilung, dosierte Entwicklungshilfe. Entwicklungsländer: wenig stabile innenpolitische Verhältnisse, Bevölkerungsvermehrung, landwirtschaftliche Krisen mit Hunger im Gefolge, militärische Aufrüstung, unnötige Prestigeobjekte, bürokratische Planwirtschaft, Enteignungen und damit Verfall der wirtschaftlichen Produktivität. Dazu kommt noch, daß der Ost-Westkonflikt in die Entwicklungsländer hineingetragen wird, so daß auch dort Orientierungen nach einer von diesen beiden „Himmelsrichtungen“ entstehen. Als Folge dieser Entwicklung ergibt sich eine mehr oder weniger große Immobilisierung oder zumindest eine Schwerfälligkeit des Wirtschaftsapparates, was dem Handel der freien Staaten mit diesen halbgelähmten Wirtschaftskörpern natürlich nicht förderlich ist. Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte — allerdings nur bei Staaten, die nicht marxistisch versteinert sind — eine Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit Kontrolle durch starke und nicht korrupte Regierungen sein, was natürlich ein gewisses Maß an Freiheits- und Menschenrechten, also auch ein gewisses moralisches Niveau voraussetzt. Dann könnte auch eine effiziente Marktwirtschaft Platz greifen und entsprechend den Gesetzen wirtschaftlicher Vernunft in den Kreislauf der internationalen Weltwirtschaft einmünden. Diese Zukunftsperspektive läßt sich allerdings nicht denken ohne eine „geistig-sittliche Besinnung“: weg von liberaler Eigennutzmentalität hin zur solidarischen Kooperation. Nur so kann es „Wohlstand für alle“ geben.

Das soeben erwähnte Moment des Hungers wurde durch eine Bemerkung von K. KUTSCH (Deutschland) aufgegriffen. Die Abwendung dieser Menschheitsgeißel hält er für eine „Voraussetzung zur Sanierung der Weltwirtschaft.“ Man muß al-

lerdings bedenken, daß dies den „Einsatz von gewaltigen Energien“ erfordert. Diese können nur durch Nutzung der Naturkräfte gewonnen werden. Denn der Mensch allein taugt als „Muskelmotor“ nicht viel. Alles, was er im Verlauf eines Jahres bei einem 8-Stundenarbeitstag an Energie aufzubringen vermag, entspricht etwa 12 kg Kohle (= 100 Kilowattstunden), und nicht mehr! Setzt er jedoch maschinelle Arbeitsleistung ein, dann vermag er den Energieertrag um das vielhundertfache zu steigern. Auf die Landwirtschaft angewandt, heißt dies: möglichst viel Lebensmittelenergie (z. B. Reis, Kartoffeln, Getreide usw.) mit Produktionsenergie (Muskelkraft, Dünger, Futtermittel, Treibstoff usw.) gewinnen. Um sich ein Bild des Verhältnisses zu machen: 1 Kalorie Reis benötigt bei Naßanbau und maschineller Bestellung nur 0,05—0,1 Kalorien Aufwandsenergie.

Kritisch äußerte sich C. WATRIN (Deutschland) zunächst über Krisenprophetien. Wie oft schon wurden Krisen und Katastrophen als vor der Tür stehend gemeldet, doch herein kamen sie nie. Dies gilt auch für die Ernährungsfrage. 900 Millionen Unterernährte auf der Erde sind allerdings eine schlimme Tatsache, doch auch sie läßt sich bei den heute möglichen Produktionssteigerungen bewältigen. Ein Vorschlag: könnte man die uralte Agrikultur nicht mit einer Aquakultur erweitern, indem man etwa Fjorde als riesige Fischzuchtbasins verwendet? Hieraus könnte doch Nahrung „für eine wesentlich höhere Bevölkerungszahl“ geschöpft werden.

Zum Bevölkerungsproblem als solchem bemerkte Watrin, daß eine hohe Kinderzahl einem archaischen Alterssicherungssystem durchaus entspreche. Bei besserer Kapitalbildung, wie sie in den modernen Industriestaaten möglich und auch vorhanden ist, „besteht nicht mehr unbedingt die Notwendigkeit, daß gewissermaßen jeder einzelne in Kindern für sein Alter spart, wie die Ökonomen sagen.“

Abschließend beklagt Watrin, daß man auf dem Kongreß nicht besprochen habe, „wie wir international verhindern, daß die Stärkeren am Markt Zwang anwenden.“ Als Beispiele nennt er die Monopolisierung, jedoch auch die schwierigen Probleme der internationalen Rechtsordnung. Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn auf beiden Seiten die Verträge ohne Zwang eingegangen werden. Zur Dämpfung eines Überoptimismus: „Die Marxisten sehen in der Anwendung von Zwang ein Element der internationalen Wirtschaftsbeziehungen!“

Speziell zu dem, was auf dem Gebiet der internationalen Währungspolitik geschehen soll, äußerte sich W. SCHMITZ (Österreich). Die von H. B. *Streithofen* in seinem Einführungsreferat entworfene Konzeption einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft hält er zwar für richtig, doch müsse man sie noch „mit Inhalt ausfüllen, damit sie konkret genug wird.“ In diesem Sinn verlangt er „als Pendant zum Multilateralismus auf der Güter- und Leistungsseite die Konvertibilität zu-

mindest der wichtigsten Welthandelswährungen.“ Worauf es Schmitz ankommt, ist, die Gemeinwohlfunktion des Kapitals eindeutig zur Geltung zu bringen. Der Währungsfonds nun, der hier in Aktion tritt, weist die erwähnte Konvertierbarkeit „als Hauptelement“ aus. Er muß jedoch auch Kredite bereitstellen, um mittelfristige Zahlungsbilanzungleichgewichte zu finanzieren, — ohne Zweifel eine soziale Angelegenheit ersten Ranges. Im übrigen beachtet der Währungsfonds bei der Vergabe zwei Gesichtspunkte: 1. nicht zu viel gewähren, damit das Geld stabil bleibt; Stabilität ist „ein enorm gemeinwohlträchtiges Ziel“. 2. nicht wahllos gewähren, damit die nationalen Ökonomien gezwungen sind, die nötigen Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, um so das Gemeinwohl national und international zu fördern. Durch seine Konditionen wirkt der Währungsfonds auch „massiv“ in die Entwicklungsländer hinein, und das nach allem Gesagten mit Recht. „Eine Währungsbehörde ist weder eine Caritas noch eine Entwicklungsbank“. Verteilung und Kreditfinanzierung gehört nicht zu ihren Aufgaben. Wenn sie das Geld verantwortungsvoll dorthin bringt, wohin es gehört, dann schafft sie „gutes Geld“. Und dies ganz im Sinn der „Mobilität der Faktoren“, von denen C. *Watrin* gesprochen hatte. Wäre diese Mobilität in rechter Weise gesichert, „dann würde sich der Zug der Arbeit zum Kapital erübrigen.“ Denn der umgekehrte Weg: Kapital geht zur Arbeit, ist „der viel natürlichere und richtigere.“

Hier sei nun noch ein nachgereicherter Beitrag erwähnt, in dem T. NOJIRI (Japan) in ebenso systematischer wie prägnanter Weise seine Grundgedanken zu diesem Diskussionspunkt insgesamt ausbreitet. Dabei begründet er zunächst die Übernahme des marktwirtschaftlichen Prinzips mit der Natur des Menschen als freier, verantwortlicher Persönlichkeit, mit der Leistungskraft des Privateigentums und drittens mit der „Logik der Sozialwirtschaft“ (optimale Deckung des sozialen Bedarfs). Sodann nennt er als Voraussetzung für das Funktionieren des Marktmechanismus die Homogenität der am Markt Beteiligten sowie das Vorhandensein der objektiven Bedingungen für einen echten Wettbewerb: Information, Mobilität von Arbeit und Kapital, Verhinderung monopolistischer Machtstellungen. Dagegen bleiben als Hauptprobleme, die dem Funktionieren des Marktes als Hindernisse im Weg stehen: Unstabilität, Monopolisierung, öffentliche Güter, externe Effekte (social benefits / costs) und schließlich das Ungenügen der marktwirtschaftlichen Verteilung, das sich aus dem alleinigen Vorherrschen des Leistungsprinzips ergibt.

Im Blick auf die Weltwirtschaft weist Nojiri auf folgende Schwachstellen hin, die hier zutage treten (im Gegensatz zur Nationalwirtschaft): weniger und falsche Informationen, weniger Mobilität, ethnische und kulturelle Unterschiede, vor allem aber stark voneinander abweichende Entwicklungsstufen bei den Wirt-

schaftspartnern (entwickelte / unterentwickelte, erzeugende / nicht erzeugende). Die schwächsten Glieder in der Weltwirtschaftsgesellschaft, die nicht erzeugenden unterentwickelten Länder, können bei reiner Anwendung der marktwirtschaftlichen Prinzipien ruinöser Gefährdung ausgesetzt sein, sie bedürfen daher entsprechender Hilfe.

Für das erfolgreiche Funktionieren der Marktwirtschaft auf Weltebene hält Nojiri daher gewisse Maßnahmen für nötig: 1. Beseitigung protektionistischer Kontrollen. 2. Abbau der staatlichen Beschränkungen zugunsten der internationalen Beweglichkeit von Kapital und Arbeit. 3. Internationale Verwaltung oder Regulierung von Gütern mit international hochgradigem Öffentlichkeitscharakter (internationale Einrichtungen, Umweltschutz, Grundressourcen: Grundnahrungsmittel, Bodenschätze im Festland und im Meeresboden, internationale Information, internationale Umverteilung des Reichtums, Entwicklungshilfe). — Als größtes Hindernis stellt sich diesen Maßnahmen freilich die schwer bewegliche, meist nur auf ihre egoistischen Vorteile bedachte Souveränität der modernen Staaten entgegen. „Daher besteht heute die wichtigste Aufgabe in der Überwindung des modernen Begriffs der absoluten Staatssouveränität.“ Die Vereinten Nationen und andere überstaatliche Organisationen sowie der wachsende Widerstand der Weltmeinung gegen die Willkür der Großmächte haben die Souveränität der Staaten inzwischen bereits einigermmaßen relativiert.

Als letzter Diskussionsteilnehmer nahm KARDINAL HÖFFNER (Deutschland) noch einmal zu der wiederholt aufgeworfenen Frage der Bevölkerungsexplosion Stellung. Er unterstrich dabei zunächst, daß die Kirche keineswegs einer hemmungslosen Proliferation das Wort rede, sondern für verantwortungsvolle Elternschaft eintrete. Diese Verantwortung sei jedoch im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse der verschiedenen Länder zu sehen. „Man hat mir in den Entwicklungsländern gesagt, wenn bei uns jede Familie nur ein Kind oder nur zwei Kinder hätte, wäre es die Katastrophe.“ Überdies muß man die Größe und die natürliche Fruchtbarkeit eines Landes oder einer Gegend in Rechnung stellen. Angola z. B. ist größer und fruchtbarer als die Bundesrepublik Deutschland und zählt nur 6 Millionen Einwohner. Ähnliches gilt etwa für Zaire. In diesen Staaten gibt es also vorderhand noch keine „Probleme“.

Entscheidend ist jedoch die Frage der „Methode“ bei der „Familienplanung“, d. h. wie, mit welchen Mitteln hält man trotz der immer gegebenen biologischen Möglichkeiten die Kinderzahl gering? Für die Entwicklungsländer jedenfalls gilt ohne Zweifel, daß dort „die Pille“ keine Chancen hat, und das sowohl bei Christen wie bei Nichtchristen. China wendet bekanntlich harte Strafen als „Methode“ an, und in Indien wird brutal sterilisiert. Es gibt jedoch auch noch andere, und

zwar anscheinend ebenfalls wirksame Methoden, wie die z. B. in Indien von katholischen Krankenhäusern praktizierten. Dort kann man Abteilungen mit der Aufschrift „Natürliche Familienplanung“ aufsuchen. Ärzte, Hebammen und auch die Ehefrauen selbst werden hier in der „natürlichen Methode“ unterrichtet, und es wurde versichert: „Diese Methode bewährt sich bei uns immer.“ Es bleibe auch nicht unerwähnt, daß Mutter Theresa in einem persönlichen Gespräch erklärte, daß Frauen, die sich bei ihr für die natürliche Empfängnisverhütung entschieden hätten, laut regierungsamtlicher Zusicherung nicht sterilisiert werden. Es gibt also doch wohl Mittel und Wege, die sowohl erfolgreich als auch nicht moralisch belastet sind. Manche Länder der Dritten Welt empfinden das forsche familienplanerische Draufgängertum gewisser Industriestaaten auch als politischen Affront: „Sie wollen uns klein halten“, konstatieren sie mit Empörung. Im übrigen zeigen sie auf dieser Seite den vermeintlichen Philanthropen gegenüber nicht unbedingt Komplexe, wenn sie ihnen entgegenhalten: „In Sachen ‚Methode‘ seid *Ihr* unterentwickelt!“

Kardinal Höffner wiederholte dann noch einmal, was er bereits früher betont hatte: die allgemeine Bedeutung von Bildung und Erziehung, auch im Bereich des Beruflichen und Wirtschaftlichen. Zudem wäre es ein Vorteil, wenn man in Entwicklungsländern von einer „unproduktiven Selbstdarstellung“ abrückte und den Aufwand für alle diese überflüssigen Armeen und industriellen Großprojekte striche. „Ich bin lange Vorsitzender von Misereor gewesen und habe dabei immer verlangt, daß wir kleine Projekte, und zwar zu Tausenden, fördern — ganz im Sinn, wie es hier wiederholt verlangt wurde — und von Großbauten u. dgl. unsere Hände weglassen.“

Arthur F. Utz

RÜCKBLICK AUF DAS SYMPOSIUM

Es kann hier natürlich nicht eine Wiedergabe dessen erwartet werden, was in den Referaten und Diskussionsbeiträgen vorgetragen wurde. Vielmehr geht es hier um die Frage, inwieweit das Symposium dem Anliegen, das die Leitung vor Augen hatte, gerecht geworden ist. In dem Rückblick werden darum ergänzende Gedanken vorgetragen, die das am Symposium Besprochene auf das Geleise der im Vorwort erwähnten Disposition bringen sollen.

Situation der Weltwirtschaft und Ursachen ihrer Krise

Zu der im Symposium mehrmals gemachten Erklärung, daß an der Krise zu einem großen Teil die Bevölkerungsexplosion der Entwicklungsländer schuld sei, sei hier nochmals eigens vermerkt, wie empört die Teilnehmer der Entwicklungsländer reagierten. Sie fanden es empörend, daß man ihnen um einer für sie fragwürdigen Integration in ein ohnehin problemgeladenes Wirtschaftssystem willen ein Gesellschaftsprogramm aufzwingt, das, wie sie meinen, ein typischer Ausdruck einer sozusagen rein ökonomistisch bestimmten Wohlfahrtskonzeption ist. Daß tatsächlich die bisherige Entwicklungshilfe das gesellschaftspolitische Anliegen der Entwicklungsländer mißachtet hat, daß ein Aufstülpen der Marktwirtschaft herkömmlicher Art für sie eine unerträgliche Zumutung bedeutet, wurde verschiedentlich anerkannt (*F. Cuen, M. Sebastián Herrador, M. Capelo Martínez, C. V. do Couta e Silva* u. a., im besonderen von *P. Trappe*.)

Angesichts dieser Sachlage hat *T. Nojiri* wohl recht, daß nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die entwickelten Länder umdenken und nach einer der Wirtschaft vorgelagerten gesellschaftspolitischen Ordnungsnorm suchen müssen.

Die Wertmaßstäbe der Beurteilung der Weltwirtschaft

Damit war die Frage aufgeworfen, mit welchen Maßstäben wir die weltwirtschaftliche Situation umfassend und vertieft zu analysieren haben, um ein angemessenes gesellschaftspolitisches Konzept erstellen zu können.

Kommt etwa die marxistische Analyse in Frage? Die Kongreßteilnehmer haben bei dieser Frage mehr Gewicht auf den Vergleich der Planwirtschaft mit der Marktwirtschaft gelegt, während die Problematik an sich viel tiefer liegt und durch die Kongreßleitung auch viel tiefer gestellt worden ist. Im Grunde geht es um die Erkenntnismittel, mit denen wir zu einer korrekten, d. h. humanen, dem Menschen und seinem Lebenssinn entsprechenden Beurteilung der Ursachen der Krise gelangen sollen.

Die marxistische Analyse

Die marxistische Analyse bietet in der Tat einen, allerdings für christliches Denken inhumanen Parameter an. Es handelt sich hierbei um die bekannte Auffassung von Theorie und Praxis. Eigentlich darf man nicht sagen „Theorie *und* Praxis“, denn der Praxis vorgeordnete Theorie gibt es in der marxistischen Erkenntnislehre nicht, es gibt nur Theorie-Praxis. Dies heißt, Theorie ist in der Praxis impliziert. Was Arbeit ist, weiß nur der, der selbst arbeitet. Und was Sinngebung des Daseins ist, erfährt man einzig in der Arbeit. Den Sinn wirtschaftlichen Handelns gewinnt man nicht durch Nachdenken über die Natur des Menschen, sondern nur durch wirtschaftliches Handeln. Dies ist im Grunde gemeint, wenn *Marx* sagt, daß alle gesellschaftlichen Normen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen stammen. In dieser Grundkonzeption sind sich alle marxistisch orientierten Wirtschaftsauffassungen einig. Die Differenzierung in ein sowjetisches, ungarisches, jugoslawisches usw. System spielt demnach keine Rolle. Da die Wirtschaft ein gesellschaftliches Ganzes ist, kann von der erkenntnistheoretischen Basis des Marxismus aus nur die Kollektivwirtschaft in Frage kommen, so sehr aus pragmatischen Gründen, vor allem wegen der Beziehungen der kommunistischen Wirtschaften zu den „kapitalistischen“ Ländern, marktwirtschaftliche Instrumente benutzt werden. Die Leugnung des Rechts auf Privateigentum ist ein wesentliches Angebinde der Theorie-Praxis-Lehre des Marxismus. *H. C. Wallich* hat wohl als einziger Referent die Bedeutung des privaten Eigentumsrechts für die Marktwirtschaft als mehr oder weniger irrelevant erklärt. Seine Argumentierung bezog sich aber nur auf die Effizienz der Produktion. Der gesellschaftspolitische und vor allem ethische Bezug stand nicht im Blickpunkt seiner Darlegungen. Die marxistische Analyse der Weltwirtschaft kann auf die Kritik an der Institution des Privateigentums an Produktionsmitteln aus weltanschaulicher Sicht nicht verzichten. Zur Abschaffung des Privateigentums ist der Klassenkampf das einzige Mittel. Solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, ist die Gesellschaft gespalten, ist darum auch der für eine gesunde Wirtschaftsordnung not-

wendige Weltanschauungskonsens unmöglich: nur die kollektivwirtschaftliche Praxis vermittelt den Lebenssinn.

Die Analyse der Befreiungstheologie

Die marxistische Analyse hat das christliche Denkfeld auf dem Weg über eine bestimmte Richtung der Befreiungstheologie erreicht. Die sozialen Ungerechtigkeiten in Lateinamerika schienen manchem engagierten Christen ohne Kampf gegen das allmächtige Großkapital nicht überwunden werden zu können. Der Klassenkampf drängte sich von dieser Sicht aus auf. Damit aber ergab sich für den in dieser Weise überzeugten Christen die Notwendigkeit einer christlichen Legitimierung des Klassenkampfes. Diese konnte logischerweise nicht anders gefunden werden als durch die „Taufe“ der Theorie-Praxis-Konzeption. Das Volk Gottes erlernt die Dimensionen des Glaubens erst durch die Praxis, d. h. in diesem Fall durch den aus Liebe zur Sozialgerechtigkeit und zum Nächsten unternommenen Klassenkampf. Die Lehre („Theorie“) und damit das kirchliche Lehramt erscheinen als hemmende Superstrukturen. Die Inspiration aus *Hegel* und *Marx* ergab sich von selbst. *J. Terán Dutari*, *F. Moreno*, *Bischof J. Lozano Barragán* und *Erzbischof A. López Trujillo* haben darüber eingehend berichtet. Die marxistisch orientierten Theologen der Befreiung zu verurteilen, würde der Sache wohl wenig dienen. Die Berichterstatter über diese theologische Richtung hatten auch keineswegs im Sinn, dies zu tun. Man muß die beinahe unvermeidliche Logik verstehen, die von der lebendigen Kenntnisnahme der sozialen Ungerechtigkeit zur Klassenkampfidee und von da zurück zur marxistischen Theorie-Praxis-Konzeption führt. Die Überlegung der Befreiungstheologen war zunächst nicht durch die marxistische Erkenntnislehre verursacht, diese war lediglich das für den Klassenkampf gesuchte und gefundene Fundament. Erst dadurch wurden *Hegel* und *Marx* die Vertrauensmänner einer bestimmten Richtung der Befreiungstheologie, vorab der nikaraguanischen. Man konnte vielleicht manchmal den Eindruck gewinnen, als ob die Befreiungstheologen bei hegelianisch oder marxistisch eingestellten Autoren in die Schule gegangen wären und von daher erst den Klassenkampf als Mittel der Befreiung gefunden hätten. Ich möchte eher annehmen, daß der Kampf gegen die „Kapitalisten“, also der Klassenkampf, am Anfang stand, zu dessen Legitimierung dann die hegelianisch-marxistische Philosophie, vielleicht unter dem Einfluß deutscher Theologen, herangezogen wurde.

Der Kirche oblag nun die Aufgabe, von der Feststellung der sozialen Ungerechtigkeiten aus eine Theologie der Befreiung anzubieten, die, abseits von der Klassenkampftheorie, aus dem Fundus der in der Tradition verankerten Dogmatik

schöpfend, dem gläubigen Christen den Weg zeigt in die Befreiung, nicht nur seines persönlichen Innenlebens, sondern auch aus den sozialen Ungerechtigkeiten. Der Kirche Lateinamerikas würde diese Aufgabe leichter fallen, wenn die dortigen Staaten nicht durch blutige politische Kämpfe heimgesucht wären. Daraus erklärt sich, wenigstens teilweise, die Haltung der Kirche, ihren Priestern die ausgesprochen politische Aktivität zu verbieten.

Was das Theorie-Praxis-Verständnis der Befreiungstheologen betrifft, ist noch zu bemerken, daß auch die katholische Theologie die Praxis, d. h. die tätige Liebe, als Weg zur Erkenntnis der göttlichen Geheimnisse kennt. Die höchste Weisheit als Gabe des Hl. Geistes ist, wie *Thomas von Aquin* darlegt, eine Zugabe der vollkommenen Liebe. *Thomas* hat mit der aristotelischen Dichotomie des menschlichen Glücks in ein aktives und ein kontemplatives aufgeräumt und erklärt, daß der aus Liebe zu Gott und zum Nächsten geleistete Dienst in der gleichen Weise zur auf Erden höchstmöglichen Gotteserkenntnis führt wie die Hingabe an das beschauliche Leben. Nur ist hierbei festzuhalten, daß sich die Gotteserkenntnis, die sowohl durch tätige Liebe wie durch Beschauung (als Geschenk Gottes) gewonnen werden kann, nicht von der vorgängigen gläubigen Annahme des vom Lehramt dargebotenen Glaubensinhalts trennen darf, noch kann. Der Ersatz des Lehramtes durch den Glauben der „Volkskirche“ ist darum irrig. Das Theorie-Praxis-Verständnis, wie es *Thomas von Aquin* im Sinn der christlichen Tradition darstellte, hätte die Befreiungstheologen vor dem Rückgriff auf die klassenkämpferische Volkskirche bewahren können, ohne auch im mindesten die Dynamik der Liebe zu schwächen.

Die liberale Analyse

Während für den Marxismus die menschliche Natur mit dem geschichtlichen Prozeß der Menschheit identisch ist, es für ihn also keine allgemeine menschliche Natur im Sinn der realen Abstraktion gibt, die jede einzelne Person mit eigenen Freiheitsrechten ausstattet, kommt der Liberalismus auf einem anderen erkenntnistheoretischen Weg zur Leugnung dieser allgemeinen Natur. Nicht die Theorie-Praxis-Lehre des Marxismus, sondern der Nominalismus wird hier führend. Gemäß dem Liberalismus gibt es nur eine Vielzahl von Individuen, deren Gemeinsamkeit nur nominell ausdrückbar, nicht aber real ist. In seinen sozialen Auswirkungen ist der Liberalismus vielleicht noch verheerender als der Kollektivismus, da ihm jede Gemeinwohlkonzeption fehlt (*L. García Alonso*).

Die Analyse gemäß der katholischen Soziallehre

Die katholische Soziallehre darf nicht so sehr nach den zu konkreten sozialen und wirtschaftlichen Mißständen je verschieden formulierten Gerechtigkeitsforderungen der Päpste beurteilt werden. Sie ist in erster Linie eine bestimmte Erkenntnisweise der sozialen Wirklichkeit. Einen wesentlichen Faktor bildet hierbei die allgemeine menschliche Natur, die gemäß dem Schöpfer, bildhaft ausgedrückt, die Grundstruktur des individuell verschiedenen menschlichen Seins sein sollte. Der Christ kann sich nicht vorstellen, daß Gott in der Erschaffung des Menschen nicht eine Idee verwirklichen wollte, die wir Menschen dann als Naturgleichheit aller Menschen erkennen. In der Schöpfung ist diese Natur in gewissem Sinn das Erstintendierte. Die Lehre von der Erbsünde wie auch in der Folge die Lehre von der Erlösung knüpfen an diese allgemeine Natur an. *Thomas von Aquin* hat diese abstraktive Erkenntnisweise in Anlehnung an *Aristoteles* philosophisch formuliert. Die aus diesem Denkprozeß hervorgegangene Naturrechtslehre ist nichts anderes als eine philosophische Darstellung dessen, was die ganze Tradition implizit unter dem Verhältnis von Glaube und Vernunft verstanden hat, im Sinn des augustinischen „fides quaerens intellectum“. Gemäß der katholischen Soziallehre ist es also möglich, allgemein gültige, der menschlichen Natur entnommene Werte und Ordnungsprinzipien zu erkennen, die verschieden entsprechend den konkreten Umständen ausformuliert werden müssen. Die katholische Soziallehre ist nicht erst mit den an der Naturrechtslehre des *Thomas von Aquin* orientierten Sozialzyklen entstanden. Schon immer hat das katholische Lehramt aufgrund des naturrechtlichen Verständnisses der *natura humana* allgemein gültige Gesellschaftsnormen ausgesprochen. So hat z. B. *Eugen IV.* (1435) unter Hinweis auf die menschliche Natur verboten, die Eingeborenen der Kolonialländer zu versklaven oder ihrer Heimat zu berauben. Das kirchliche Lehramt hat diese Naturnormen stets im Verbund mit konkreten Sozialproblemen formuliert. Daraus erklärt sich die uneinheitliche Ausdrucksweise der päpstlichen Verlautbarungen über soziale Fragen. Es wäre aber falsch, zu behaupten, es gebe überhaupt keine katholische Soziallehre, sie bestehe lediglich in verschiedenen pragmatischen, weiter nicht ernst zu nehmenden Hinweisen. Der Hintergrund dieser verschiedenen Äußerungen ist das Menschenbild mit seinen ewigen Werten.

In diesem erkenntnistheoretischen Kontext war das Thema unter dem Titel der Disposition verstanden: „Die Analyse der weltwirtschaftlichen Situation im Verständnis der katholischen Soziallehre“. Von dieser Warte aus verstehen sich die Ausführungen von *B. Alfageme del Busto*, *J. Krucina*, *C. Strzeszewski*. *J. Krucina*

hat einen Gesichtspunkt christlichen sozialemischen Denkens unterstrichen, der besonderer Beachtung wert ist. Er spricht von der Liebe als einem dem Recht ebenbürtigen Wert. Damit warnt er im Grunde vor einer totalen Verrechtlichung des sozialen Lebens. Recht ist immer eine mit Zwang gekoppelte Norm. Eine freie Gesellschaft muß stets genügend Raum für die nicht reglementierte Liebestätigkeit offen halten. Eine verrechtlichte Gesellschaft hat totalitären Charakter. Man versteht diesen Hinweis besonders von einem polnischen Sozialethiker.

Die Marktwirtschaft im christlichen Denken

Mit Recht unterstreicht *F. Suárez González*, daß kein bestimmtes Wirtschaftssystem als christlich bezeichnet werden kann, daß selbst ein Wirtschaftssystem mit geringerer Effizienz sich unter Umständen als christlich ausgeben kann, obgleich es an sich nicht christlich ist, sich über den Gedanken der Effizienz hinwegzusetzen, weil die Menschheit von Gott aufgefordert wurde, die Welt dem menschlichen Fortschritt dienstbar zu machen, ihre Güter also nicht zu verschleudern. Im abstrakten Vergleich von Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft steht ohne Zweifel letztere dem christlichen Denken näher, dies aber nicht nur wegen der höheren Effizienz, sondern vor allem wegen ihrer Rücksichtnahme auf die Freiheit und die Würde des Menschen (*J. Kondziela, Fr. Suárez González, M. Capelo Martínez*). Der Vergleich basiert zudem auf einer Reihe von Voraussetzungen. Dazu gehört vor allem der wirtschaftlich reife Mensch, der sowohl als Konsument wie auch und besonders als Produzent oder Mitarbeiter des Produzenten wirtschaftlich mit den Gütern umzugehen weiß. Die Marktwirtschaft ist ein System vielfältig geteilter Verantwortung. Außerdem ist eine breitgestreute Vermögensbildung, d. h. Chancengleichheit, Bedingung für das Gelingen einer echten Leistungskonkurrenz. Hinzukommen müssen die Ordnungsfaktoren im Hinblick auf die Ausbeute der Ressourcen und auf den Umweltschutz. Gerade eine Wirtschaft, die nicht mehr mit einem unabsehbaren Wachstum rechnen kann, bedarf in erhöhtem Maße solcher Ordnungsfaktoren. Nicht zu übersehen ist die gesellschaftspolitische Bedeutung von Familie, Bildung, kultureller Lebensgestaltung, Einkommensniveau usw. Auch darf die durch den Wettbewerb stimulierte Technologie den Menschen nicht erdrücken, eine Forderung, die allerdings angesichts eines diesbezüglichen, weltweiten Konsenses wohl nie verwirklicht wird. Nur unter Respektierung all der verschiedenen vorgeordneten Normen ist die Marktwirtschaft eine echte „Soziale Marktwirtschaft“. Mit Grund unterstreicht *W. Schmitz*, daß das Epitheton „sozial“ im Zusammenhang mit der Marktwirtschaft mit Majuskel zu schreiben ist.

Unter Einbeziehung all dieser vorgeordneten Normen verdient die Marktwirtschaft, d. h. die Soziale Marktwirtschaft, als das dem christlichen Denken nächstliegende Wirtschaftssystem zu gelten.

Marktwirtschaft und Entwicklungsländer

Nun sind alle die genannten und nicht genannten Voraussetzungen der Marktwirtschaft je nach Land und Volk verschieden, so daß man real nicht von *einer* Sozialen Marktwirtschaft sprechen kann. Die Skala reicht beinahe ins Unendliche, wenn man noch die zeitliche Spanne der Entwicklung der Länder und Völker ins Auge faßt. Wer kennt die sozialen Klammern, in denen in hundert Jahren die Marktwirtschaften und vor allem die weltweite Marktwirtschaft, wenn sie überhaupt je verwirklicht werden sollte, festgehalten werden sollen? Dieses Problem führt zur Frage, inwieweit und ob überhaupt die Entwicklungsländer in die bereits (wenigstens teilweise) bestehende Marktwirtschaft der Industrieländer integriert werden können.

Das Thema wurde von *P. Trappe, Cl. V. do Couto e Silva, R. Frhr. von Wechmar, F. Cuen* und *V. Köhler* behandelt. Ist mit dem Ausdruck „Integration“ nicht zu sehr der Anspruch verbunden, die Entwicklungsländer müßten zugleich unsere Lebensnormen übernehmen? Von der Empörung der Teilnehmer aus Entwicklungsländern über die Forderung der Geburtenbeschränkung war bereits die Rede. Sie vermuten hinter dieser Forderung zugleich auch die Empfehlung des Schwangerschaftsabbruches. Außerdem sind die Bürger der Industrieländer, was ihre Wohlfahrtsdefinition angeht, zerstritten. Es melden sich immer mehr Stimmen gegen den Trend der Technologie.

Wie wenig die Entwicklungshilfe an die tief im Kulturellen verankerte Problematik gedacht hat, wurde von *P. Trappe* deutlich gezeigt. Wir bewegen uns in einem geradezu unvermeidlichen Teufelskreis. Wir können nur geben, was wir selbst haben, was die andern aber im Grunde gar nicht wollen, um zu tauschen gegen etwas, was die andern erst gegen ihren Willen noch produzieren sollen. Die Teilnehmer der Dritten Welt, vorab Bischof *Chr. Tumé* haben dies deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Weltwirtschaft

Mit dieser Problematik ist die Weltwirtschaft beladen, mit der sich im besonderen *K.-H. Narjes* und *W. Schmitz* befaßten. Das Bild der internationalen Wirklichkeit stimmt sehr pessimistisch. Die Intervention von *J. Paternot* in der Diskussion verstärkte noch diesen Eindruck. Offenbar müssen bis zur Verwirklichung der

„Neuen Weltwirtschaftsordnung“ alle, Industrie- und Entwicklungsländer, umdenken, um einen allen unausweichlichen Strukturwandel gutzuheißen. Im letzten Entscheid geht es um den moralischen Willen, über den einzelnen, über die Gruppe und die Nation hinaus die Sorgen der anderen zu verstehen. Die Weltgeschichte, wie sie bisher gelaufen ist, macht keine großen Hoffnungen. Angesichts der verhärteten Gemüter hier und dort kommt dem Theologen das an Jerusalem gerichtete Wort Christi in den Sinn: „Wie oft habe ich deine Kinder sammeln wollen, wie eine Henne ihre Küchlein sammelt, doch ihr habt nicht gewollt“ (Mt 23.37).

REFERENTEN UND KONGRESSTEILNEHMER

- Abele, Waltraud*, Wachtberg
Ajassa, Matteo, Prof. Dr., Università Urbaniana, Rom
Alfageme del Busto, Braulio, Dipl.-Ing., Unternehmer, Madrid
Alvarez de Toledo, José M. G., Argentine Ambassador to the Holy See, Rom
Amato, Angelo, Docente, Università Salesiana, Rom
Anaele, Justin, Collegio San Paolo, Rom
Andreae, Clemens-August, Prof. Dr., Rektor der Universität Innsbruck, Innsbruck
Andreae, Ilse, Innsbruck
Angiolillo, Doro, Dr., Direttore Consorzio per l'Area di Sviluppo Industriale di Bari, Bari
Augustin, H. J., Prof. Dr. med., Ärztl. Direktor d. Stadtklinik, Baden-Baden
Bauer, Johann, Verwaltungsdirektor, Bundesanstalt für Arbeit, Kommission in Italien, Rom
Bauernfeind, Heinz, Prof. Dr., Hauptgeschäftsführer Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland, Osnabrück
Beaulne, Yvon, Ambassador, Embassy of Canada to the Holy See, Rom
Becker-Berke, Monika, stud. jur., Wachtberg
Beckmann, K. F., Dr., Rechtsanwalt, Amsterdam
Bender, Klaus, Dipl. Kfm., Wirtschaftsjournalist der FAZ für Italien, Rom
Bergerre, Max, Journalist, Rom
Berna, Angel, Prof. Dr., Instituto Social „León XIII“, Madrid
Bertheaux, Raymond, OP, Università S. Tommaso, Rom
Bertozi, Letizia, Ass. Soc., Ufficio Studi e del Programma Confederazione Nazionale Coltivatori Diretti, Rom
Beutter, Friedrich, Prof. Dr. Dr., Moraltheologe an der Theologischen Fakultät Luzern, Luzern
Biedenkopf, Wolfgang, Dipl. Kfm., Journalist, Stiftung pol. u. christl. Jugendbildung e. V., Remagen-Oedingen
Biffar, Oskar D., Geschäftsführender Gesellschafter, Edenkoben
Biffi, Franco, Prof. Dr., Rettore Università Lateranense, Rom

- Borruso, Andrea*, Dr., Deputato, Dirigente Dipartimento Programma sociale. Dir. Centr. Democrazia Cristiana, Rom
- Bozzi, Rodolfo*, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
- Bruncken, Wolfgang*, Dipl. Kfm., Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln
- Brunelli, Mario*, Agenzia Informazione Adista, Rom
- Buchenroth, Günter*, Rechtsanwalt, Geschäftsführer der Bredero-Deutschland GmbH, Bonn
- Burdman, Mark*, Journalist, Bonn
- Capelo Martínez, Manuel*, Prof. Dr., Universidad Pontificia Salamanca, Madrid
- Cardaropolo, Luigi*, ofm, Prof. Dr., Rettore Pontificio Ateneo Antoniano, Rom
- Carniaux, Hubert*, Chairman de UNIAPAC, Brüssel
- Cattani, Heinz*, Dr. jur., Zürich
- Chaves, Paolo H.*, Prof. Dr., Università, Rom
- Chelli, Claudio*, Botschafter von Italien, Rom
- Conraths, Hans*, Journalist „Die Welt“, Rom
- Conus, Henri OP*, Prof. Dr., Università S. Tommaso, Rom
- Cordes, Werner*, Dr., Vorstandsmitgl. d. Westdeutschen Handelsgesellsch. Gebr. Sinn AG, Hagen
- Cornieri, Gian Luigi*, General Affairs Manager Unilever, Mailand
- Cortesi, Filippo*, Dr., Segretario Generale, ICRA, Rom
- Cuen, Fernando*, Dr., Vice Chairman of the „Ateneo Filosófico, A.C.“, Mexico D.F.
- Curcio, Rocco*, Avvocato, Presidente s. Fa. Mondells Simonsbiline, Palermo
- De Gandt, Juan Pedro*, Agencia EFE, Rom
- De Langlade, Dario*, Commendatore, Vice Segretario Generale UCID, Genua
- De Poi, Alfredo*, Senatore, President of ital. Delegation Council of Europe, Rom
- Dieleman, François J.*, Dr., N.U. Philips, Eindhoven NL
- Do Couto e Silva, Clóvis*, Dr., Decano Universidade Federal do Rio Grande do Sul-Brasil, Porto Alegre
- Do Couto e Silva, Stella Maria*, Porto Alegre
- Dohmen, Ludwig*, Deputy chief-editor WDR, Köln
- Dresner, Julio*, lic. sc. econ., Journalist, Rom
- Drozdek, Zygmunt*, Prof. Dr., Warschau
- Eberspächer, Helmut*, Dipl.-Ing., Vorsitzender des Vorstandes der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Esslingen
- Eckert, H. J.*, Dipl.-Ing., Architekt, Stuttgart

- Eckert, Sigrid*, Vorst.. CDU-Mittelstandsvereinigung Nord-Württemberg, Stuttgart
- Engelhart, Tony*, Dr., Industrieller, Düsseldorf
- Esser, Ambrosius*, OP, Prof. Dr., Università S. Tommaso, Rom
- Ewers, Msgr.*, Dekan, Rom
- Farina, Raffaele*, Prof. Dr., Rettore Università Salesiana, Rom
- Farrow, Derek Robert*, Minister Division of Finance Methodist Church, London
- Ferrandu, Salvatore*, Msgr., Vice-direttore U.C.E.I., Rom
- Ferrari-Aggradi, Mario*, Dr., Senatore, Rom
- Ferreira, Custodio*, Prof. Dr., Università Salesiana, Rom
- Fetsch, Barbara*, Düsseldorf
- Fetsch, Cornelius-Georg*, Geschäftsf. Direktor, CANDIA International, BKU-Vorsitzender, Düsseldorf
- Fiori, Publico*, Deputato al Parlamento, Avvocato dello Stato, Rom
- Fischer, Heinz-Joachim*, Dr., Auslandskorrespondent der FAZ f. Italien und Vatikan, Rom
- Flüs, Günter*, Dr., VW Wolfsburg, Wolfsburg
- Fragelli, Nelson*, Ing., Rom
- Galen, Brigitta Gräfin von*, Dr., Union de Fribourg, Fribourg
- García Alonso, Luz*, Prof. Dr., Rectora „Ateneo Filosófico, A.C.“, Mexico D.F.
- Gatti, Duido*, Prof. Dr., Università Salesiana, Rom
- Gehlhoff, Walter*, Dr., Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Hl. Stuhl, Rom
- Geller, Friedhelm*, Generalsekretär der Kongregation von den Hl. Herzen, Rom
- Geraedts, Friedhelm*, Pressesprecher des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Germani, Gino*, Prof. Dr., Harvard University Comparative Political Studies, Beverly Hills, California
- Germozzi, Manlio*, Presidente Confederazione Generale Italiana Dell'Artigianato, Rom
- Giessrigl, Johannes*, Dr., Vorstandsmitglied der Leipnik-Lundenburger Industrie AG, Wien
- Giuntella, Posto M.*, Journalist, Rom
- Giuseppe de, Giorgio*, President of Democratic-Christian Senators, Rom
- Goldmann, Hans*, Dr. med., Rio de Janeiro (RJ)
- Gonzales Noriega, José Félix*, Rechtsanwalt, Madrid
- Gorges, Karl-Heinz*, Geschäftsführer in Bau-Gorges KG, Trier

Gottschalk, Diethard, Präsident des deutsch-französischen Arbeitskreises, Düsseldorf

Gries, Margot, Bonn

Gries, Werner, Dipl.-Phys. Dr., Physiker DWK, Bonn

Grimaldi, Pietro, Dr., Impiegato Banco d'Italia, Rom

Groner, Josef, OP, Prof. Dr., Universität Fribourg, Fribourg

Haas, John, lic. theol., Ass. of the „Ateneo Filosófico, A.C.“ Mexico D.F.

Häring, Bernhard, C.S.S.R., Prof. Dr., Academia Alfonsiana, Rom

Hatmoswoyo, Sametho, Dr., Indonesia Embassy to the Holy See, Rom

Hennings, Erich Georg, Prof. Dr., Rektor Kath. Universität Minos Gerais, Belo Horizonte

Herrmann, Irmgard, Königswinter

Herrmann, Ludolf, Chefredakteur „Capital“, Köln

Hertz, Anselm, OP, Prof. Dr., Universität Fribourg, Fribourg

Heyer, Heinrich W., Dipl.-Kfm., Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- u. Großbetriebe des Einzelhandels e. V., Köln

Heyer-Römer, Elke, Allendorf-Climbach

Hillengass, Eugen, lic. phil., lic. theol., Generalökonom Gesellschaft Jesu, Rom

Hilterhaus, Friedhelm, Dr., Geschäftsführer der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Köln

Hilterhaus, Margret, Leverkusen

Hirth, Anne, Redakteurin Deutschlandfunk, Köln

Höffner, Joseph Kardinal, Prof. Dr. theol. Dr. oec., Erzbischof von Köln, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, Köln

Horten, Alphons, Unternehmer, Zürich

Horten, Elisabeth, Zürich

Huber, Georges, Dr., Journalist, Rom

Imkamp, W., Dr. theol., Vatikanstadt

Jähn, Eva, Vikarin der protestantischen Landeskirche der Pfalz, Edenkoben

Jähn, Martin, cand. Ing., Vorstand Deutsches Komitee der AIESEC e. V., Köln

Jahan, Emmanuel, Directeur du Centre Nord-Sud de l'Institut de l'Entreprise, Paris

Jansen, Thomas, Dr., Leiter der Außenstelle Rom der Konrad Adenauer-Stiftung, Rom

Jauch, Hans-Gerd, stud. jur., Wachtberg

Joblin, Joseph, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom

- Kasch, Lieselotte*, Pegnitz
Kasch, Wilhelm F., Prof. Dr., Universität Bayreuth, Pegnitz
Kast, Miguel, Prof. Dr., Former Minister of Labor, Chile, Former Minister of Planification, Former Pres. of the Central Bank of Chile, Rom
Kley, Edelgarde, Pullach
Kley, Gisbert, Dr., Vorstandsmitglied i. R. der Siemens AG, Pullach
Klüver, Henning, Journalist, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Rom
Kirkpatrick, Guillermo, Alianza Popular, Madrid
Kobold, Klaus, Ass. Europäisches Hochschulinst., San Domenico di Fiesole
Köhler, Volkmar, Dr., MdB, Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn
Kondziela, Joachim, Prof. Dr., Lublin
Kottkamp, Heinrich, stellv. Landesgeschäftsführer Junge Union Rheinland, Köln
Kraemer, Konrad W., Dr., Chefredakteur, Katholische Nachrichten-Agentur, Bonn
Kraft, Margarethe, Dr., Zahnärztin, Essen
Kraft, Otto, Bankdirektor, Vorstand i. R., Vorstand BKU, Beirat Görres-Gesellschaft, Essen
Krause-Brewer, Fides, Redakteurin Zweites Deutsches Fernsehen, Bonn
Krucina, Jan, Prof. Dr., Wroclaw
Küppers, Christel, Oberhausen
Küppers, Theo, Dipl.-Kfm., Dr., Geschäftsf. Gesellschafter der Baugesellsch. Th. Küppers, Oberhausen
Kutsch, Anneliese, Düren
Kutsch, Karl, Prof. Dr. Ing., Unternehmer, Düren
Kuttner, Adelheid, München
Kuttner, Ludwig, Dr., Unternehmer, München
Lachenmeier, Leo, Großrat, Unternehmer, Basel
Lachenmeier, Rosa, Basel
La Loggia, Giuseppe, Avvocato, Deputato Parlamento, Rom
Lampersbach, Brigitte, lic. jur., Bundesanstalt für Arbeit, Düsseldorf
Lampersbach, Gerda, Unna
Laufkötter, Eva, Dr., Schwandorf
Laufkötter, Karl, Dr., Kaufmann, Schwandorf
Leisner, Walter, Prof. DDr., Juristische Fakultät, Universität Erlangen, München
Lombardini, Siro, Prof., Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand

- López Trujillo, Cardinal Alfonso*, Msgr., Dr., Arzobispo de Medellín, Medellín/Colombia
- Lozano Barragán, Javier*, Msgr., Dr., Obispo auxiliar de Mexico, Mexico City
- Mahlberg, Lothar*, Rechtsreferendar, Wachtberg
- Manion, Christopher*, Dr., United States Senate, Foreign Relations Committee, Washington, D.C.
- Martini, Gianfranco*, Dr., Secretary General of the Council of European Municipalities, A.I.C.C.E., Rom
- Martini, M. Luisa*, Instituteur, Rom
- Matern-Rehm, Sigrid*, Redakteurin Wirtschaftswoche, Düsseldorf
- Maurenbrecher, Wilhelm*, Unternehmer, Krefeld
- Merolli, Carlo*, Avvocato, Deputato al Parlamento, Rom-Lungotevere
- Micolli, Paolo*, Prof. Dr., Direttore Università Urbaniana, Rom
- Mirone, Domenico*, Vice Presidente I.N.P.S., Rom
- Mondin, Battiste G.*, Decano de la fac. di filosofia, Università Urbaniana, Rom
- Monse, Elisabeth*, Münster
- Monse, Georg*, Dr., Vorstand Aufbauspardienst e. V., Kath. Bundesvereinigung der Arbeitsstellen für Eigentumsbildung, Münster
- Moreno, Fernando*, Prof. Dr., Instituto Latinoamericano de Doctrina y Estudios Sociales, Santiago, Chile
- Moser, Edmund*, Herausgeber „Lateinamerika Report“, München
- Moser, Hildegard*, München
- Müller, Klaus*, Redakteur WDR Fernsehen, Red. Wirtschafts- u. Sozialpolitik, Köln
- Müller-Hülsebusch, Bernhard*, Dr., Journalist, Rom-Lungotevere
- Mulder, Theodore B.C.*, SJ, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
- Narjes, Karl-Heinz*, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- Nepi, Gualtiero*, Senatore, Rom
- Neuvecelle Ivanov, Jean*, Dr., Journalist, Radio SR Lausanne, Rom
- Nichols, Peter*, Correspondent of „The Times“, Rom
- Nicolini, Bruno*, Prof. Dr., Università Lateranense, Rom
- Nitsche, Hans*, Dozent, Katholisch-Soziales Institut, Bad Honnef
- Nojiri, Taketoshi*, Prof. Dr., Faculty of Economics, Universität Kobe/Japan
- Nutz, Emil*, Geschäftsf. Pressestelle d. Arbeitgeber- u. Wirtschaftsverbände, Kassel

- Ockenfels, Wolfgang*, OP, Dr., Akademischer Rat, Universität Augsburg, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Walberberg
- O'Grady, Desmond*, Journalist, Rom
- Ortmann, Peter Paul*, Rechtsanwalt, Köln
- Osterbrauck, Willi-Dieter*, Dr., Direktor Bausparkasse Heimbau, Köln
- Ott, Wilhelm*, Dipl.-Kfm., Geschäftsführer, Bonn
- Parmeggiani, Aldo*, RAI, Rom
- Pasinetti, Luigi*, Prof. Dr., Università Cattolica del Sacro Cuore, Mailand
- Paternot, Jacques*, Ing. Chem., Generaldirektor Nestlé, Vevey
- Paternot, Marie-Madeleine*, Lausanne
- Pauls, Rolf Friedmann*, Dr., Botschafter a. D., Bonn
- Pauls, Lilo*, Bonn
- Peipers, Harald*, Dr., Mitglied des Vorstandes Hochtief AG, Essen
- Peter, Ricardo*, Ambassador from Nicaragua to the Holy See, Rom
- Petrosillo, Orazio*, ANSA, Rom
- Pezzati, Sergio*, Deputato, Dirigente Ente Pubblico, Firenze
- Plutte, Ernst-Günter*, Fabrikant, Präsident Gesamttextil Frankfurt, Vize-Präsident BDI, Köln
- Plutte, Else*, Wuppertal
- Poradowski, Michel*, Prof. Dr., Universidad Católica, Valparaiso
- Portocarrero, Gonzalo*, Prof. Dr., Universidad Católica Perú, Lima
- Postal, Giorgio*, Deputato al Parlamento, Rom
- Prawira Supradja, Raymond Toto*, Dr., Ambassador of Indonesia to the Holy See, Rom
- Puig de la Bellacasa*, Botschafter von Spanien beim Hl. Stuhl, Rom
- Puspokusumo, Talib*, Dr., Indonesia Embassy to the Holy See, Rom
- Quadrio Curzio, Alberto*, Prof. Dr., Università Cattolica del S. Cuore, Mailand
- Rainero, Giovanni*, Responsabile Relazioni Agricole Internazionali, Rom
- Redmont, Dennis F.*, Journalist „The Associated Press“, Rom
- Rehage, Doerte*, stud. phil., Münster
- Rehage, Erwin*, Dipl. Volksw., Münster
- Reiss, Ernst-Alfred*, Chefred. Hörfunk Südwestfunk, Baden-Baden
- Rende, Pietro*, Dr., Deputato al Parlamento, Rom
- Repetti, Attilio*, Consigliere Regionale Gruppo Ligure UCID, Genua
- Ridella, Riccardo*, Dr., Notaro, UCID, Genua
- Ridolfi, Silvano*, Msgr., Direttore nazionale U.C.E.I., Rom

- Ridyard, John James*, Kathmandu/Nepal
Riesle, Hector, Prof. Dr., Ambassador of Chile to the Holy See, Rom
Righi, Renato, Dir. UCID, Udine
Rigobello, Armando, Prof. Dr., Rom
Rillón, Sergio, Embassy of Chile to the Holy See, Rom
Risse, Wilhelm Karl, Gesch.Führer Deutsch-Ital. Handelskammer, Mailand
Ritter, Siegfried, Daimler-Benz AG, Stuttgart
Rossi, Kardinal Agnelo, Prefetto della S. Congregazione per l'Evangelizzazione dei Popoli, Gran Cancelliere, Rom
Rossi, Romano, Msgr., Prof. Dr., Päpstliche Kommission „Iustitia et Pax“, Vatikankstadt
Rossi di Montelera, Lorenzo, Dr., Martini & Rossi, Genève
Rossi di Montelera, Luigi, Deputato al Parlamento, Torino
Rossitto, Corrado, Dr., Presidente Uniquadri, Rom
Rubim, Dorvalino, Generalkonsultor SAC, Rom
Rueda, Enrique T., Director Catholic Center, Free Congress Research and Education Foundation, Inc., Washington
Rüschen, Gerhard, Dipl.-Kfm., Dr., Vorsitzender der Geschäftsführung Nestlé-Gruppe Deutschland GmbH, Frankfurt
Rüschen, Marianne, Frankfurt
Saile, Wolfgang, Dr., Auslandskorrespondent Rheinische Post, Rom
Saraiva Martins, José, Prof. Dr., Rettore Università Urbaniana, Rom
Sarfert, Christine, München
Sarfert, Eberhardt, Dr., Vorstandsmitglied der Bayerischen Motorenwerke AG, München
Sato, Albert, Ambassadeur République Centralafricaine, Rom
Saviano, Leonardo, Prof. Dr., Università Degli Studi di Napoli, Coordinatore Degli „Incontri Della Rotonda“, Rom
Scalia, Vito, Dr., Deputato al Parlamento, Rom
Sebastián Herrador, Mariano, Prof. Dr., Universidad Madrid, Madrid
Seeber, David A., Dr., Chefredakteur, Herder-Korrespondenz, Freiburg/Brsg.
Seidel, Gerda, Bonn
Seidel, Gundolf, Dipl.-Kfm., Dr., Beauftragter des Vorstandes der BMW AG, Bonn
Servadio, Leonardo, Journalist, Rom
Sieg, Anneliese, Köniz/Bern
Sieg, Rudolf, Dr., Dozent, Delegierter der Internat. Stiftung Humanum, Lehrbeauftragter an der Universität Bern, Köniz/Bern

- Sollich, Manfred*, Rechtsanwalt, Referatsleiter für gesellschaftspolitische Fragen
Misereor, Aachen
- Sorge, Bartolomeo*, Dr., Direttore della „Civiltà Cattolica“, Rom
- Soria, Carlos*, OP, Università S. Tommaso, Rom
- Suárez González, Fernando*, Prof. Dr., Catedrático de la Universidad nacional de
Educación a Distancia, Madrid
- Schasching, Johannes*, SJ, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
- Schiwy, Peter*, Dr., Chefredakteur, NDR-Fernsehen, Hamburg
- Schleyer, Hanns-Eberhard*, Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei des Landes
Rheinland-Pfalz, Mainz
- Schleyer, Mareike*, Mainz
- Schleyer, Waltrud*, Stuttgart
- Schmidt, Herbert B.*, Dr., Unternehmer, Bonn
- Schmidtchen, Gerhard*, Prof. Dr., Universität Zürich, Feldmeilen
- Schmidtchen, Vera*, Feldmeilen
- Schmidt-Niemack, Ruth*, Stadtverordnete, Bonn
- Schmitz, Wolfgang*, Dr., Finanzminister a. D., Präsident der Österreichischen Na-
tionalbank a. D., Konsulent für Währungsfragen der Bundeswirtschaftskam-
mer, Wien
- Schooyns, Michel*, Prof. Dr., Université Catholique de Louvain-la-Neuve,
Braine-L'Alleud/Belgien
- Schröder, Jürgen*, Prof. Dr., Universität Mannheim, Mannheim
- Schröder, Marlies*, Mannheim
- Schürer, Wolfgang*, lic.oec., International Management Symposium an der Hoch-
schule St. Gallen, St. Gallen
- Schusser, Gerda*, München
- Schusser, Walter*, Dr., Hauptabteilungsleiter Siemens AG, München
- Schwarz, Gerhard*, Dr., Wirtschaftsredakteur Neue Zürcher Zeitung, Zürich
- Steenkamp, Piet.*, Prof. Dr., Universität Eindhoven, Mitglied des Senats Holland,
Ehrevors. Christl. Dem. Partei, Eindhoven
- Stegmann, Franz-Josef*, Prof. Dr., Ruhr-Universität, Bochum
- Stehle, Hansjakob*, Dr., Journalist, Rom
- Steinhart, Friedrich*, Dr., Geschäftsführer der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft,
Wien
- Steinmann, Maria*, Geschäftsführende Gesellschafterin, Baden-Baden
- Steinschulte, Benedikt*, stud., Redaktionsmitgl. „Die Entscheidung“, internat.
Kommission JU/CDU, Köln

- Streithofen, Heinrich Basilius*, OP, Dr., Geschäftsf. Vorstandsmitglied, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Walberberg
- Strunz, Otto*, Dr., Geschäftsführer Schenker & Co. GmbH, Frankfurt
- Strzeszewski, C.*, Prof. Dr., Universität Lublin, Lublin
- Strzeszewski, Frau*, Lublin
- Tabacchi, Rodolfo*, Direttore Agenzia Ricerche e Legislazione, Rom
- Terán Dutari, Julio*, SJ, Vicerector, Universidad, Quito/Ecuador
- Thiele, Marietta*, Bünde
- Thiele, Richard*, Kaufmann, Bünde
- Toffano, Dante*, Presidente UCID, Padua
- Trappe, Paul*, Prof. Dr., Direktor Soziologisches Institut Universität Basel, Präsident IVR, Basel
- Triesch, Erika*, Siegburg-Seligenthal
- Triesch, Günter*, Hauptgeschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels e.V., Köln
- Trojaneck, Richard*, Dr., Journalist, Sodalis-Michigan
- Tumé, Christian*, Msgr., Dr., Evêque de Yagoua, Yagoua/Cameroun Republic
- Urrutia, J.*, Marktchef Nestlé, Lima
- Utz, Arthur F.*, OP, Prof. Dr., Präsident Union de Fribourg, Pensier/Fribourg, Präsident des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg
- Vedovato, Giuseppe*, Prof. Dr., Università degli studi di Roma, Rom
- Vekemans, Roger*, SJ, Director C.E.D.O.A.L., Bogotá D.E. / Colombia
- Vela, Jesús Andrés*, SJ, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
- Vetterlein, Thomas-Gunter*, Dr., Referatsleiter Politik CDU Rheinland, Köln
- Viscardi, Michele*, Publicista, Deputato al Parlamento, Neapel
- Viziano, Attilio*, Dr. Ing., Presidente Confederazione Italiana della Proprietà Edilizia, Vice Presidenti Gruppo Ligure UCID, Genua
- Voss, Rüdiger von*, Rechtsanwalt, Referatsleiter bei der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Köln
- Wagner, Baldur*, MinRat, Leiter Abt. Wirtschafts- u. Sozialpolitik CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn
- Wagner, Brigitte*, Dipl. Päd., Bonn
- Waschbuesch, Alfons*, Dr., Capo ufficio, CIC, Rom
- Watrin, Christian*, Prof. Dr., Geschäftsf. Direktor Institut für Wirtschaftspolitik, Universität Köln, Köln
- Watrin, Helga*, Köln

- Wechmar, Rüdiger Frhr. von*, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Rom
Wegener, Stephan, Dr., Stellv. Leiter des BIZ, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Weiler, Rudolf*, Msgr. Prof. DDr., Universität Wien, Wien
Werner, Reinhard, cand. psych., Kassel
- Wetter, Gustav*, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
Wetter, Carola von der, Unternehmerin, Köln
Wetter, Georg von der, Unternehmer, Köln
- Wickert, Juergen D.*, Dr., Leiter der Friedrich Naumann Stiftung, Büro Italien, Rom
- Wieland, Edith*, Journalistin, Rom
- Wiesner, Joachim*, Prof. Dr., Privatdozent Universität Köln, Bergisch Gladbach
Witte, Jan Lodewijk, Prof. Dr., Università Gregoriana, Rom
- Woopen, Albert*, Dr., Vorstandsmitglied der Eisen- u. Hüttenwerke AG, Köln
Woopen, Elisabeth, Köln
- Wünsche, Horst*, Dr., Redakteur ZDF, Wiesbaden
Wulff, Christian, stud. jur., Bundesvorstand der JU Deutschland, Osnabrück
- Zaat, L.M.A.*, Dipl.-Ing., Mitglied des Vorstandes der Bredero Gruppe, Utrecht/NL
- Zaat-Dassanayaka, E.*, Utrecht/NL
- Zabala, Sherman Caballero*, OP, Università S. Tommaso, Rom
- Zencke, Hans-Henning*, Journalist, Bonn
- Zsifkovits, Valentin*, Prof. DDr., Universität Graz, Graz

MITGLIEDER DES KONGRESS-SEKRETARIATS

- Froehlich-Koenemann, Hannelore*, Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg
- Jaschick, Lydia*, Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg
- Jaschick, Michael G.*, Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg
- Nolte, Josef*, Dipl.-Verw., Verw.-Oberrat, Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg
- Weiskirch, Hedwig*, Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg

PERSONENVERZEICHNIS

- Alfageme del Busto, B. 172—177 345 379
 Althusser, L. 342
 Amés Cobián, R. 133
 Andrade, V. 259
 Andreae, C. A. 326 351 359
 Aristoteles, 87 104 108 170 348 379
 Arroyo, A. 134
 Assmann, H. 82 84 89 100 104 105 106 108
 113
 Azevedo Cunha 257
- Bauer, P. T. 312
 Becker 258
 Behrens, P. 257
 Bender, B. 61
 Bendiv, H. J. 257
 Bentué, A. 114
 Berle, A. 259
 Berna, A. 337
 Beto, F. 134
 Bloch, E. 110
 Boff, C. 101 104
 Boff, L. 80 85 87 90 91 93 95 97 103 104 105
 106 108 111 112 113 114 335 336
 Brandt, W. 312
 Briefs, G. 61
 Budde, H. 187
- Camara, H. 86 108
 Campos, R. 257
 Capelo Martínez, M. 200-220 375 380
- Cardenal, E. 89 91 337 340 341 342
 Cardoso, F. H. 105 133
 Carniaux, H. 326 357
 Castro, F. 89 99 361
 Chruschtschow, N. 221 222 225
 Churchill, W. 277
 Clapham, R. 312
 Comblin, J. 82 103 104 105 108 109 110 113
 Comín, A. 89 91 99
 Conard, A. 256
 Concha, M. 134
 Cone, J. 102
 Congar, Y. 114
 Cook, M. L. 241
 Cordes, W. 324 328 335 367
 Cottier, G. 114
 Croce, B. 103
 Cuen, F. 39-50 271-273 315 316 317 321 322
 330 348 368 375 381
- Dahrendorf, R. 184 187
 Dantas, S. 250
 Dieleman, F. 328
 Do Couto e Silva, C. V. 236-259 323 361
 368 375 381
 Dodd 259
 Dognin, P.-D. 108
 Dos Santos, T. 105
 Drozdek, Z. 353
 Durkheim, E. 229
 Dürr, E. 312
 Dussel, E. 81 108 134

- Eisenstadt, S. N. 233
 Ellacuría, I. 101 108 112
 Engels, F. 107 182 338 341
 Erhard, L. 208 368
 Eucken, W. 203 241
 Eugen IV. 379

 Faletto, E. 133
 Fernandes, L. 257 258
 Ferrari-Agradi, M. 357
 Fetsch, C.-G. 353 354 368 370
 Feuerbach, L. 101 104
 Frank, A. G. 105
 Freire, P. 98
 Fricke, W. 187
 Friedman, J. S. 241

 Galen, B. Gr. v. 10
 Gallais-Hammono, G. 256
 García Alonso, Luz 168-171 344 345 378
 Garcin 196
 Gehlen, A. 256
 Geissler, A. 187
 Gerest, C. 167
 Gesche, B. 256
 Gibellini, R. 167
 Gilson, E. 104
 Girardi, G. 103 340
 González Faus, J. I. 134
 Gourou, P. 50
 Gramsci, A. 103
 Greinacher, N. 339
 Gröner, H. 312
 Groner, J. F. 10 315-374
 Guardini, R. 167
 Gudin, E. 241
 Guevara, C. 361
 Gutiérrez, G. 80 81 83 84 87 89 90 92 94 95
 98 99 100 101 102 103 104 105 106 108
 110 111 112 113 114 338
 Gutiérrez, J. 111

 Häring, B. 335
 Hayek, Fr. A. v. 241
 Hegel, G. W. F. 83 85 86 87 96 98 101 103
 106 107 377
 Heimann, E. 59 61
 Henggeller, P. 259
 Hernández Pico, J. 133 134
 Hertz, A. 338 339 352
 Höffner, J. 11 13-17 183 187 319 322 324
 339 341 373 374
 Hohmann, K. 312
 Holperin Donghi, T. 133
 Horowitz, D. 40
 Huber, B. 256
 Hutter, H. 109

 Inzitari, B. 256

 Jaguaribe, H. 105
 Jahan, E. 355
 Jiménez, R. 105
 Johannes XXIII. 198
 Johannes Paul I. 109
 Johannes Paul II., 110 135 137 142 157 163
 176 177 184 185 186 190 191 198 346 348
 352
 Journet, C. 110
 Jung, W. 312

 Kant, I. 21
 Kardely 239
 Kasch, W. F. 322 337 339 363
 Kast, M. 322 360 362
 Kaunda, K. 235
 Kerimow, D. A. 233
 Ketteler, W. E. v. 341
 Keynes, J. M. 202 203
 Kloppenburg, B. 112
 Koch 258
 Köhler, V. 328-329 381
 Kondziela, J. 182-187 335 346 347 351 380

- Kosta, J. 57 61
 Krause-Brewer, F. 361 362 368 369
 Krucina, J. 175-177 348 379
 Küng, H. 110
 Kutsch, K. 370
- Labourdette, M. 104
 Lachenmeier, L. 363
 Lambsdorff, O. Gr. 312
 Lang, H. 257
 Lapide, P. 229
 Lassalle, F. 107
 Leipold, H. 187
 Lenel, H. O. 312
 Lenin, W. I. 84 232 233 292 341 342
 Leo XIII. 19 198
 Leroy, M.-V. 111
 Locke, J. 21 152
 Loeber, D. A. 242 250 257 258
 López Trujillo, A. 331-334 343 377
 Lozano Barragán, J. 115-167 331 334 342
 359 362 377
- Majka, J. 183 187
 Manion, C. 324 325 349
 Mannheim, K. 90 109 113
 Marcuse, H. 109
 Maritain, J. 104 108 110 112
 Marx, K. 20 21 83 85 86 87 91 92 94 96 98
 101 104 107 108 111 182 233 330 331 338
 340 341 342 343 376 377
 Maurras, C. 100 103
 Mayer, F. W. 312
 Melchior, A. 258
 Méndez Arceo, S. 81 86 89 90 91 96 99 102
 103 104 109
 Messner, J. 288
 Metz, J. B. 110 340
 Mhabub ul Haqu, 31
 Míguez Bonino, J. 105 107 108 109 110 114
 Molsberger, J. 312
- Moltmann, J. 110-
 Monteiro 257
 Moreno, F. 80-114 331 334 335 377
 Morgenthau, H. 248
 Morlina, U. 133 134
 Morus, Th. 109
 Müller-Armack, A. 205 312
 Mulder, Th. 320 321 352
 Muñoz, R. 102 103
 Myrdal, G. 42 43 50
- Naniwada, H. 61
 Narjes, K.-H. 274-287 312 327 349 362 381
 Nell-Breuning, O. v 352
 Nkrumah, K. 235
 Nojiri, T. 51-62 318 372 373 375
 Nurkse, R. 43
 Nyerere, J. 235
- Oliveros, R. 167
- Pasinetti, L. 325 365
 Paternot, J. 327 364 381
 Paul VI. 107 112 180 333 348
 Pauls, R. F. 365 366
 Peffekofen, R. 312
 Pieroth, E. 303
 Pius XI. 15 19 198 341
 Pius XII. 19 198
 Platon 358
 Poradowski, M. 338
 Prebisch 279
 Proaño, L. 84 98 99 103
 Proudhon, P. J. 107
 Pütz, Th. 61
- Rahner, K. 110 167
 Rawls, J. 21 179
 Reese, J. M. 167
 Reyven, J. J. 256
 Ricardo, D. 108

- Rich, A. 184 187
 Richard, P. 112 134
 Riewald 258
 Röpke, W. 62
 Romero, O. A. 89
 Roth 259
 Rousseau, J.-J. 42 353
 Rubim, D. 339
 Rueda, E. 325
 Rüstow, A. 62
 Russell, B. 268
- Sauer, G. 312
 Scannone, J. C. 85 102 104 106 108 113 114
 Scheler, M. 58
 Schetting, G. 259
 Scheuing, D. H. 257 259
 Schiller, K. 61
 Schmidtchen, G. 355
 Schmitz, H. R. 104
 Schmitz, W. 288-312 324 328 362 371 372
 380 381
 Schmölders, G. 256
 Schüller, A. 312
 Schusser, W. 354
 Sebastián Herrador, M. 63-70 317 318 330
 375
 Segundo, L. 84 86 89 110 114
 Seidel, G. 334
 Seligman, G. 63
 Senghaas 26
 Senghor, L. S. 235
 Seraphim, H.-J. 61
 Shaull, R. 82
 Simmel, G. 61
 Simonsen, R. C. 241 257
 Smith, A. 288
 Sobrino, J. 80 82 84 85 90 92 93 102 103 104
 105 106 108 111 112 113 114 133 134
 Solari, G. 238
 Sollich, M. 338
- Solschenizyn, 113
 Sombart, W. 58
 Spieker, M. 109
 Spindler 258
 Šik, O. 57 61 62 185 187 259 347
 Stalin, J. 338 342
 Starke 258
 Steenkamp, P. 317 337 345
 Streithofen, H. B. 9 18 24-35 358 371
 Strzeszewski, C. 178-181 347 348 379
 Suárez González, F. 173 188-199 330 346
 352 380
- Taub, E. S. 241
 Tavares, M. da C. 133
 Terán Dutari, J. 71-79 377
 Thibon, G. 188
 Thomas v. Apuñ 87 104 114 343 345 378
 379
 Toniolo, G. 179
 Torres, C. 331
 Torres, S. 110
 Toynbee, A. 40
 Trappe, P. 228-235 321 336 363 375 381
 Truman, H. S. 248
 Tuchtfeldt, E. 312
 Tumé, C. 323 327 368 381
 Tumlrir, J. 312
- Utz, A. F. 9 18-24 62 115 171 237 330 334
 335 339 351 359 375 382
- Vekemans, R. 102 107 112 114 167
 Vidales, R. 167
 Vierkandt, A. 233
 Voss, R. v. 339
- Wald, A. 256
 Wallich, H. C. 221-227 376
 Watrin, Ch. 319 324 335 350 351 353 354
 357 371 372

- Weber, A. 245
Weber, M. 233
Wechmar, R. Frhr. v. 260-270 355 357 358
362 381
Weffort, F. 105
Weiler, R. 328 370
Willgerodt, H. 312
Willgerodt, H. W. 312
- Winslow, C. E. A. 42
Wysiński, S. 180 348
- Zeillinger, E. 257
Zencke, H.-H. 369
Zenteno, A. 134
Zsifkovits, V. 352
Zúñiga, R. 91

SAMMLUNG POLITEIA

- Band I: Arthur-F. Utz, Freiheit und Bindung des Eigentums, 1949. 172 S., kart. DM 14,80.
- Band II: Das Subsidiaritätsprinzip. Hgb. Arthur-F. Utz (vergriffen).
- Band III: Bruno Gruber, Berufsgemeinschaft und Wirtschaftsordnung. 1953. 138 S. kart. DM 12,80.
- Band IV: Max Grimme, Berufswahlfreiheit und Berufsnachwuchslenkung, Eine sozialphilosophische Untersuchung über Freiheit und soziale Bindung der Berufsentscheidung. 1954. 189 S., kart. DM 17,80.
- Band V: Franz Fallner, Die rechtsphilosophische Begründung der gesellschaftlichen und staatlichen Autorität bei Thomas von Aquin. Eine problemgeschichtliche Untersuchung. 1954. 86 S., kart. DM 9,80.
- Band VI: Antoine Pierre Verpaalen, Der Begriff des Gemeinwohls bei Thomas von Aquin. Ein Beitrag zum Problem des Personalismus. 1954. 84 S., DM 9,80.
- Band VII: Johannes Baptist Rösler, Der naturgerechte Aufbau der freien und staatlichen Hilfeleistung. 1954. 97 S., kart. DM 10,80.
- Band VIII: M.-E. Schmitt, Recht und Vernunft, Ein Beitrag zur Diskussion über die Rationalität des Naturrechts. 1955. 135 S., kart. DM 13,80.
- Band IX: Arthur-F. Utz, Formen und Grenzen des Subsidiaritätsprinzips. 1956. 128 S., kart. DM 14,80.
- Band X: Arthur-F. Utz, Sozialethik (mit internationaler Bibliographie, systematisch geordnet.)
1. Teil: Die Prinzipien der Gesellschaftslehre. 2. Aufl. 1964. XXIV, 520 S., Leinen DM 49,—.
2. Teil: Rechtsphilosophie. 1963. XIV, 409 S., Leinen DM 45,—.
3. Teil: Die soziale Ordnung. ca. 420 S., Leinen ca. DM 48,—. (erscheint 1984).
4. Teil: Die wirtschaftliche Ordnung — Wirtschaftsethik (in Vorbereitung).
5. Teil: Die politische Ordnung — Politische Ethik (in Vorbereitung).
- Band XI: Albert Ziegler, Das natürliche Entscheidungsrecht des Mannes in Ehe und Familie. 1958. 508 S., kart. DM 39,—; geb. DM 48,—.
- Band XII: Der Mittelstand in der Wirtschaftsordnung heute. Die Akten des internationalen Mittelstandskongresses von Madrid (7.—11. Mai 1958). Unter Mitarbeit zahlreicher Fachleute herausgegeben von A.-F. Utz. 1959. 552 S., Leinen DM 54,—.
- Band XIII: Brigitta Gräfin von Galen, Die Kultur- und Gesellschaftsethik José Ortega y Gasset's. 1959. 107 S., kart. DM 14,80.
- Band XIV: Egon Edgar Nawroth, Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus. 2. Aufl. 1963. XIX, 471 S., Leinen DM 49,—.
- Band XV: Alfred Moser, Die Rechtskraft der natürlichen Lebenswerte. 1962. 103 S., kart. DM 16,80.
- Band XVI: Ulrich Lück, Das Problem der allgemeingültigen Ethik. 1963. 109 S., kart. DM 14,80.
- Band XVII: Johannes Messner, Der Eigenunternehmer in Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 1964. 163 S., kart. DM 14,80.
- Band XVIII: Ludwig Wirz, Wirtschaftsphilosophie. Rekonstruktion der Wirtschaftstheorie. 1965. 264 S., Leinen DM 34,—.
- Band XIX: Peter Hartmann, Interessenpluralismus und politische Entscheidung. Zum Problem politisch-ethischen Verhaltens in der Demokratie. 1965. VIII, 71 S., kart. DM 8,80.
- Band XX: Helmut Paul Becker, Die soziale Frage im Neoliberalismus. Analyse und Kritik. 1965. 413 S., Leinen DM 48,—.
- Band XXI: Heinrich Streithofen, Wertmaßstäbe der Gewerkschaftspolitik. Ein Beitrag zur Theorie der Gewerkschaft. 1967. 331 S., Leinen DM 48,—.
- Band XXII: Carlo Regazzoni, Sittliche Normen und sinnvolle Lebensgestaltung. 1968. 121 S., kart. DM 15,80.
- Band XXIII: Arthur-F. Utz, unter Mitwirkung von Brigitta Gräfin von Galen, Ethik. 1970. 164 S., kart. DM 22,—.
- Band XXIV: Peter Paul Müller-Schmid, Die philosophischen Grundlagen der Theorie der „Offenen Gesellschaft“. Zu K. R. Poppers Philosophie des kritischen Rationalismus. 1970. 44 S., kart. DM 6,80.
- Band XXV: Helmut Sorgenfrei, Die geistesgeschichtlichen Hintergründe der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“. 1970. 230 S., kart. DM 32,—.
- Band XXVI: Robert Hettlage, Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit. Wirtschaftsplanung und Weltanschauung. 1971. 256 S., Leinen DM 42,—.
- Band XXVII: Klaus Hermann Ossenbühl, Die gerechte Steuerlast. Prinzipien der Steuerverteilung unter staatsphilosophischem Aspekt. 1972. 184 S., kart. DM 32,—.
- Band XXVIII: Martin A. Borer, Sozialethische Wertüberlegungen in der Agrarpolitik. 1972. 174 S., kart. DM 26,—.
- Band XXIX: Gerda Hauck-Hieronimi, Sozialpolitik und Wirtschaft. Ansatzpunkte sozialpolitischer Konzeptionen. 1974. 108 S., kart. DM 26,—.
- Band XXX: Die christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie. Akten des internationalen Symposiums, Madrid 1976. Unter Mitarbeit zahlreicher Fachleute herausgegeben von A. Utz und H. B. Streithofen. 1977. 288 S., Leinen DM 45,—.
- Band XXXI: Die Sozialpartner in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Akten eines internationalen Symposiums. Unter Mitarbeit zahlreicher Fachleute herausgegeben von A. Utz, H. B. Streithofen und W. Ockenfels. 1979. 295 S., DM 46,—.

Veröffentlichungen
des Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e. V.

Band I

Arthur F. Utz

Maximen moderner Mittelstandspolitik

Die Bedeutung des mittelständischen Unternehmens in der heutigen Wirtschaft

Band II

Arthur F. Utz

unter Mitwirkung von Gerda Hieronimi

Grundsätze der Sozialpolitik

Solidarität und Subsidiarität in der Altersversicherung

Band III

Arthur F. Utz

Ethik und Politik

Grundfragen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsphilosophie

Gesammelte Aufsätze

herausgegeben von Heinrich B. Streithofen

Band IV

Demokratie und Mitbestimmung

Symposium Internationale

Referate und Diskussionen

herausgegeben von Arthur F. Utz und Heinrich B. Streithofen

Band V

Peter Paul Müller-Schmid

Der rationale Weg zur politischen Ethik

Band VI

Peter Paul Müller-Schmid

**Emanzipatorische Sozialphilosophie
und pluralistisches Ordnungsdenken**

Band VII

Wolfgang Ockenfels

Gewerkschaften und Staat

Zur Reformdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Band VIII

Heinrich B. Streithofen, Hrsg.

Christliche Ethik und Arbeitskampf

Band IX

Arthur F. Utz

Ethische und soziale Existenz

Gesammelte Aufsätze aus Ethik und Sozialphilosophie, 1970—1983

herausgegeben von Heinrich B. Streithofen